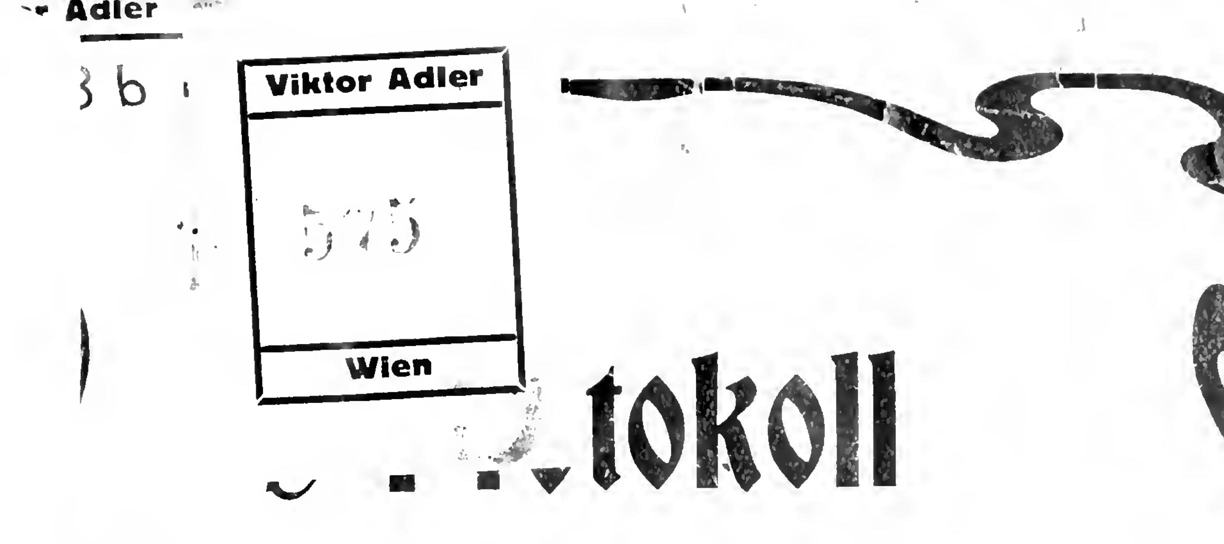


Protokoll

über die

Verhandlungen des Gesamtparteitages

der

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Samt Anhang

enthaltend das Protokoll über die Verhandlungen der zweiten sozialdemckratischen Frauenkonferenz.

Abgehalten zu Wien

vom 9. bis 13. November 1903

Agitationsausgabe. Preis 50 Heller.

Wien 1903
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Gesamtparteitages

der

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten zu Wien

vom 9. bis zum 13. November 1903



Wien 1903
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitage zu Wien 1897 (geändert am Gesamtparteitag zu Brünn).

Gesamtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesamtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesamtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegierte und, wo organisierte Frauen sind, auch eine Frau als Delegierte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegierte zu schicken. Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesamtvertretung sowie die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesamtparteitage vorbehalten. Im übrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesamtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesamtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesamtparteitages erfolgt durch die Gesamtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Tätigkeit der Gesamtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesamtparteitag zu erstattenden Berichte die Tätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesamtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesamtpartei obliegt der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesamtvertretung bestimmt der Gesamtparteitag. Die Gesamtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesamtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegierte geschehen, die am Sitz der Gesamtvertretung wohnen. Diese

Mitglieder der Gesamtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Beratungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erfordernis zusammen. Sie ist dem Gesamtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités teilnehmen, und es ist wünschenswert, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrolle.

Der Gesamtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrolle aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesamtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten

und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen

Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Tagesordnung des Parteitages:

1. **Konstituierung des Parteitages:**
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.

2. **Bericht der Gesamtparteivertretung.** Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht: Karl Kořínek.

3. **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.** Berichterstatter: Josef Hannich.

4. **Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich.** Berichterstatter: Fritz Austerlitz.

5. **Die Wahlrechtsbewegung.** Berichterstatter: Karl Vaněk

6. **Sozialpolitik in Oesterreich.** Berichterstatter: Matthias Eldersch.

7. **Internationaler Kongreß.** Berichterstatter: Dr. Viktor Adler.

8. **Konsumgenossenschaften.** Berichterstatter: Georg Emmerling und JosefRoušar.

9. **Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage.** Berichterstatter: Dr. Richard Fröhlich.

10. **Anträge und Anfragen.**



Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Die einzelnen Reden, mit Ausnahme der Referate, werden nur über Verlangen in eine andere Sprache übersetzt.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die zwei Jahre, über die die Gesamtvertretung der österreichischen Sozialdemokratie zu berichten hat, sind nicht wie frühere Perioden durch dramatisch lebhafte politische Ereignisse ausgezeichnet. Oesterreich ist während dieser Zeit nur etwas tiefer in den Sumpf gekommen, aus dem herauszuarbeiten es sich vergeblich abmüht; aber auf diesem Wege nach abwärts ist keine Einzelkatastrophe zu verzeichnen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie in Oesterreich ist von der in europäischen Ländern wesentlich verschieden. Das Proletariat und seine politische Vertretung können sich nur entwickeln im und gegen den Kapitalismus. Der Kapitalismus hat aber nicht nur wirtschaftliche und technische Bedingungen, sondern vor allem braucht er den Staat. Ja, die moderne Staatsmaschinerie ist nicht nur sein Ergebnis, sondern auch die Bedingung seiner Entwicklung. Darum scheint es nur ein Widerspruch zu sein, ist aber keiner, daß die Sozialdemokratie nichts notwendiger hat als den scharf ausgebildeten kapitalistischen Klassenstaat, den sie als seine Todfeindin bekämpft. Darunter leiden wir in Oesterreich am meisten, daß uns ein geordneter Staat fehlt, und wenn man uns als revolutionäre Staatspartei verhöhnt, so spottet man seiner selbst und weiß nicht wie. Ja, es ist wahr, das Proletariat als das entwicklungsfähigste, der Entwicklung am meisten bedürftige und sie am meisten vorwärtstreibende Element der Bevölkerung, der eigentliche Träger aller werdenden Kultur, leidet in der Tat am allerschwersten darunter, daß durch das Abfaulen des staatlichen Gefüges jede wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in diesem Lande gehemmt wird. Wenn man während dieser zwei Jahre irgend einen Fortschritt verzeichnen kann, so ist es nur dieser: Oesterreich ist noch unerträglicher wie je, noch allgemeiner, noch lebendiger und brennender ist die Empfindung geworden, daß man diesen Staat nicht mehr aushalten könne.

Aber dieser unerträgliche Staat besteht und er ist der Boden, auf dem die Sozialdemokratie ihre Arbeit verrichten muß. Daraus erklärt sich die anscheinende Zwiespältigkeit unserer politischen Tätigkeit. Wenn Oesterreich stürbe, würden die Völker, die dieses Land bewohnen, von einer Kette befreit, die ihre Entwicklung hemmt; wenn Oesterreich sich zum Leben aufrafft, werden seine Völker auch das ertragen können — was sie aber korrumpiert, entnervt und ruiniert, ist dieser furchtbare Zustand zwischen Leben und Sterben. Die Aufgabe der Sozialdemokraten ist es daher, immer und immer wieder mit größter Schärfe, mit unerbittlicher Deutlichkeit dem Staate die Diagnose zu stellen und aufzuzeigen, wie kein Palliativmittel, kein Vertuschen und kein Vertagen der Krise Rettung bringen, sondern nur eine ernste Operation, die reinen Tisch macht und von unten auf neu baut, lebensrettend sein kann. Die Verwirklichung der Forderungen, die aus den Prinzipien des sozialdemokratischen Programms ableiten, ist für Oesterreich darum Staatsnotwendigkeit. Der Kampf der Nationen kann nicht zu einem Frieden gebracht werden ohne das radikale, rücksichtslose Aufräumen mit den feudalen Kronlandsinstitutionen. Nur nachdem diese zerbrochen sind, kann die A u t o n o m i e der Nationen

aufgebaut werden, die den Völkern freie Entwicklung, dem Staate jenen Gleichgewichtszustand gewähren kann, der sein politisches Leben erst ermöglicht.

Diese notwendige Umwälzung des ganzen Staatsgefüges kann aber nicht bewerkstelligt werden ohne die Demokratie, ohne die Entfesselung aller politischen Kräfte der Völker. Die Beseitigung des Privilegienparlaments, die Gewährung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ist also nicht nur eine notwendige Lebensbedingung des Proletariats, sondern ebenso eine notwendige, lebensrettende Operation für den Staat. Wenn diese Forderungen der österreichischen Sozialdemokratie die Revolution bedeuten, dann gibt es eben nichts anderes, was diesen Staat erhalten kann, als die Revolution. Ist sie unmöglich, scheitert sie an der Schwäche der Völker und an der gewaltbewaffneten Borniertheit der Herrschenden — dann liegt vor Oesterreich nur die andere Alternative, sie heißt Spanien: der verpfaffte Militärstaat, in dem alles kaput geht, nicht zuletzt seine militärische Kraft, bis er die Beute seiner Nachbarn wird. Im Parlament wie in einer unermüdlichen Agitation hat die Sozialdemokratie dazu mitgewirkt, die Erkenntnis dieser Wahrheiten zu verbreiten und jedem Versuch entgegenzutreten, die furchtbare, aber, wenn sie das Ende bedeutet, wohltätige Krise zu verschleiern und zu versumpfen. Darum aber mußte sie in immer schärferen Gegensatz zu der Regierung des Dr. Koerber kommen, der unaufhörlich versucht, das Unrettbare zu retten, dessen Geschicklichkeit darauf hinausläuft, jeder Entscheidung auszuweichen, mit glatten Redensarten und kleinen Praktiken seine Politik weiterzufristen und dem gelähmten Staatskörper ein modernes Leben anzuschminken, dessen täuschender Anschein im schroffen Widerspruch steht zu der Wirklichkeit seines politischen und wirtschaftlichen Zerfalls. Beharrlichkeit ist eine schöne Tugend, aber sie wird zum Verbrechen, wenn sie der Erhaltung eines verderblichen Zustandes gilt und keinen anderen Erfolg haben kann, als eine Katastrophe aufzuschieben, die der unvermeidliche Beginn einer Wendung zum Besseren sein muß. Nun aber erwacht die Hoffnung, daß auch diese Pfiffigkeit endlich versagen wird. Die Staatskrise — sofern man von den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern als von einem Staate reden kann — ist zu einer Reichskrise erweitert. Das bisherige Verhältnis zu Ungarn, das schon durch die Notwendigkeit, den Ausgleich zu erneuern, ernstlich in Frage gestellt worden war, ist durch den neuesten Vorstoß der Ungarn, der ihnen den Weg zur Selbständigkeit der ungarischen Armee bahnte, zu einer Unmöglichkeit geworden. In den Dualismus, der für Oesterreich die politische Hörigkeit und die wirtschaftliche Ausplünderung bedeutet, ist eine entscheidende Bresche gelegt, und das ist das bezeichnendste und wichtigste Moment der politischen Entwicklung der letzten zwei Jahre. Die Sozialdemokratie hat pflichtgemäß das Ihrige dazu getan und ist allen anderen Parteien darin vorangegangen, die Notwendigkeit klar zu machen, daß der Dualismus fallen müsse, der in aller seiner Kompliziertheit und Künstelei nichts ist als die spanische Wand, hinter der sich der Absolutismus, die unumschränkte Gewalt der Dynastie und einiger Hofcliquen verbirgt.

So ist der Kampf der österreichischen Sozialdemokratie gegen den Staat zugleich ein Kampf um den Staat. Aber so hoffnungslos in diesem politischen Elend jedes Streben nach politischen und sozialen Erfolgen sein muß: die Sozialdemokraten haben trotzdem ihrer Pflicht genügt und unter den ungünstigsten Verhältnissen dem unfruchtbaren Boden abzuringen versucht, was irgend möglich war. Allerdings, die Gesetzgebung kam wenig in Frage. Die Abwehr schädlicher Maßregeln, einer ganzen Reihe von Attentaten auf die Interessen der Arbeiterklasse nahm alle Kräfte in Anspruch, denn das österreichische Parlament ist immer noch fähig zu schaden, nützen zu können hat es längst aufgehört. Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit unserer Abgeordneten zeigt das Bild einer umfassenden ausdauernden Arbeit, die um so mehr die Anerkennung der Arbeiterschaft verdient, als sie geleistet werden muß ohne Hoffnung auf reichen Ertrag. Das heutige Ministerium gebärdet sich zwar auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik als modern. Herr Dr. v. Koerber ist der Mann, der nirgends anstoßen will, sich gern mit allem, was Macht hat, und mit

allen Parteien zu verhalten sucht, und es ist nur die Wahrheit, wenn wir sagen, daß das Maß der politischen Verfolgung der Sozialdemokratie, die Schurigeleien in Versammlungen, die Drangsalierung ihrer Presse, in keiner Periode so gering war wie in dieser Zeit. Aber das ist ein rein negativer Charakterzug dieses Regimes. Nicht nur sind alle Versprechungen des Ministeriums unerfüllt geblieben — die Preßreform steckt im Ausschuß, die Altersversicherung ist nicht einmal noch Regierungsvorlage geworden — sondern, was noch schlimmer ist: die Haltung der Regierung ermöglicht dem Parlamente eine positive Tätigkeit schlimmster Art, und während wir sozialpolitisch nicht einen Schritt vorwärts gemacht haben, hat gerade unter Koerber die reaktionäre Mittelstandspolitik eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. Gefügigkeit gegen den Klerikalismus, Konnivenz gegen Agrarier und rückständige Kleinbürger, dazu hochgestelzte Phrasen von der Notwendigkeit industrieller Entwicklung und von großzügiger Wirtschaftspolitik: das ist die politische Wirklichkeit des Ministeriums Koerber. Aber auch die Anständigkeit gegenüber der Arbeiterschaft hat ihre engen Grenzen und der Arbeitermord, der in Triest und in Galizien verübt wurde, ist noch heute ungesühnt, ebenso wie der Einbruch in das Favoritener Arbeiterheim. Hieraus ergibt sich die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Regierung, und in flammenden Worten haben unsere Abgeordneten bei jedem Anlaß das System gekennzeichnet, das so gerne arbeiterfreundlich scheinen möchte.

Wie die sozialdemokratische Fraktion, der deutsche, tschechische und polnische Genossen angehören, im Parlamente einig und als einheitliche Vertretung der österreichischen Arbeiterschaft aller Zungen auftritt, so hat unsere Partei auch außerhalb des Parlaments trotz der weitestgehenden Autonomie ihrer nationalen Organisationen alle ihre Kämpfe in voller Einheitlichkeit geführt. Der Petitionssturm um die Alters- und Invalidenversicherung, die immer und immer sich wiederholenden Vorstöße für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Abwehr des Ausgleichs und insbesondere der die Lebenshaltung des Volkes bedrohenden Wucherzölle, der Kampf gegen die Erhöhung der Militärlasten, das alles war, um nur das Wichtigste hervorzuheben, Gegenstand einer ebenso energischen als einheitlichen Agitationsarbeit der vielsprachigen Gesamtpartei. Immer mehr kommt neben der Agitation in Versammlungen und durch Flugschriften die Agitation durch die Parteipresse zur Wirksamkeit. Wir verfügen nun über sechs Tagesblätter (zwei deutsche, zwei tschechische, ein polnisches und ein italienisches), über eine große, wackere Schar von Wochen- und Halbmonatsblättern, die immer mehr Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen. In ihrer Gesamtheit muß der sozialdemokratischen Presse das Ehrenzeugnis ausgestellt werden, daß sie zu jedem Erfolge der Arbeiterschaft im politischen und wirtschaftlichen Kampfe in erster Linie mitgewirkt, daß sie sich den Respekt von Freund und Feind erworben hat, freilich auch ebenso Haß und Furcht der Gegner wie die Liebe und den Dank der Arbeiter. Allerdings, und auch das ist leider ein gemeinsamer, internationaler Zug, steht die Verbreitung unserer Presse noch weit hinter dem, was nötig und möglich wäre, zurück; die Oesterreicher aller Zungen müssen zum Lesen erst mühsam erzogen werden.

In die Berichtsperiode fallen auch die Landtagswahlen in einigen Kronländern. Die Partei hat überall eingegriffen, schon um die Gelegenheit für die Agitation auszunützen und ihren Anspruch auf das Wahlrecht für den Landtag eindringlich zu erheben. Nicht minder wie das Parlament sind einige der bedeutendsten Landtage funktionsunfähig geworden, der nationale Kampf hat Obstruktion und Abstinenz auch in die Landstuben verpflanzt und so wird es immer deutlicher, daß die Verfassung Oesterreichs in toto et in partibus, im ganzen und in allen Teilen, Bankerott gemacht hat. Trotzdem hat man den Mut zu einer vernünftigen Wahlreform noch immer nicht. Wo man doch an sie herantritt, bewirkt die Furcht vor der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, daß man wieder zum System der fünften Kurie greift, als ob es an den politischen Verwüstungen nicht genug wäre, die dieses abgeschmackte Zerrbild einer demokratischen Reform verschuldet hat. Aber der Wunsch des Herrn

Koerber, auch die Gesetzgebung der Länder mit der fünften Kurie zu verhunzen, scheint zur fixen Idee, zum unausrottbaren Aberglauben geworden zu sein.

Schon bei den Landtagswahlkämpfen mußte die Taktik der Partei sich den in den einzelnen Ländern verschiedenen Verhältnissen anpassen. Wenn die Feudalherren und die Kapitalistenklasse im großen und ganzen überall dieselbe Physiognomie tragen und in Oesterreich nur national unterschieden sind, so tragen Kleinbürgertum und Bauernschaft sehr verschiedene Charaktermasken. Dieselbe Schichte, die in den Sudetenländern als deutsche und tschechische Nationalpartei auftritt, stellt sich in Wien und Niederösterreich als christlich-soziale Partei dar, die als Werkzeug der klerikalen Demagogie eine der größten Gefahren für das ganze Reich geworden ist. Ihre Alleinherrschaft bei den Landtagswahlen aufs energischeste zu bekämpfen und jeden ihrer Gegner zu unterstützen, war ein Gebot der Selbsterhaltung. Der Erfolg darf nicht etwa allein an der Tatsache gemessen werden, daß ein Mandat für die Sozialdemokratie erobert wurde, während freilich jenes, das wir besessen hatten, verloren ging, sondern vor allem daran, daß die Sozialdemokratie sich als der einzige Gegner der Christlich-Sozialen erwiesen hat, der bis auf weiteres überhaupt politisch ernstlich in Frage kommt. Der Kampf gegen den Klerikalismus liegt im wesentlichen auf den Schultern unserer Partei.

Die Einzelberichte geben ein anschauliches Bild von der vielseitigen Tätigkeit unserer nationalen Organisationen und lassen uns mit Genugtuung aussprechen, daß die Partei überall politisch auf dem Vormarsche begriffen ist. Nach der ungeheuren Kraftanstrengung, die die Reichsratswahlen im Beginne des Jahres 1901 erforderten, kam es zu einer unleugbaren Erschlaffung, die einige Monate währte. Seitdem aber haben sich längst die Organisationen aufgerafft und das Versäumte reichlich nachgeholt. Es wäre Schönfärberei, zu behaupten, daß es überall nach Wunsch steht, vielmehr gibt es Wahlkreise genug, wo vieles zu bessern ist und die die volle Aufmerksamkeit der Parteileitung in Anspruch nehmen. Aber im ganzen darf man sagen, daß sich die Organisationen nicht nur behauptet, sondern gefestigt und ausgebreitet haben. Das gilt nicht nur von der politischen, sondern, was in Oesterreich davon untrennbar ist, auch von der gewerkschaftlichen Organisation. Wenn trotz der Krise, trotz so vieler widriger Umstände unsere Gewerkschaften Fortschritte gemacht haben, so stellt das ihrer ruhigen, zielbewußten Arbeit ein ehrendes Zeugnis aus. Die politische und die gewerkschaftliche Organisation wirkten auch überall zusammen, wenn es galt, für einzelne Gruppen der Arbeiterschaft Fortschritte ihrer Lebenshaltung zu erkämpfen oder, was leider in den Zeiten der Krise häufiger der Fall war, Rückschritte abzuwehren. Hier sei auch des Erfolges gedacht, den Sozialdemokratie und Gewerkschaft gemeinsam erzielten, indem sie das Attentat auf das Koalitionsrecht vereitelten, das, von den Scharfmachern der Unternehmerorganisationen ausgeheckt, von der Bureaukratie versucht wurde, um den Gewerkschaften jede Unterstützung der Arbeitslosen als „Versicherungstätigkeit“ unmöglich zu machen.

Wir wollen noch kurz feststellen, daß die Frauenorganisation festere Gestalt anzunehmen beginnt, daß sich erfreuliche Ansätze zu einer systematischen Erziehung der jugendlichen Arbeiter zeigen und daß der lange rückständig gebliebene oder ungeregelt und wild wuchernde Zweig der Konsumentenorganisation anfängt, die Aufmerksamkeit und Tätigkeit unserer Parteigenossen mehr und mehr in Anspruch zu nehmen.

So sieht die Sozialdemokratie Oesterreichs auf zwei Jahre der schweren Arbeit zurück, auf Jahre, die der Arbeiterschaft nichts Erfreuliches boten, was sie nicht ihrer eigenen Kraft zu danken gehabt hätten. Wenn die kleinlichen Verfolgungen der Partei abgenommen haben — wobei man vom wilden Osten und Süden, Galizien und Dalmatien, natürlich immer absehen muß — so ist dafür ihre Verantwortlichkeit gewachsen, der Kreis ihrer Pflichten größer geworden. Ihnen zu genügen ist in Oesterreich schwerer als in jedem anderen Lande. Droht doch der Ekel an diesem Staate mit seinem politischen Jammer, mit seiner verlotterten Verwaltung jede Tatkraft zu lähmen. Mögen die ver-

weichlichten Bürger sich schmollend und tatenlos zurückziehen, so schlimm es ihnen bekommt, sie sind noch immer die Bevorzugten des Schicksals. Das Proletariat in Oesterreich aber darf sich von Verzweiflung nicht übermannen lassen, es muß, soll es nicht mit seiner ganzen Zukunft dafür büßen, seinen Widerwillen überwinden und mit täglicher Selbstverleugnung auch in diesem Sumpfe seine Pflicht tun. Vom Staate hat es nichts zu hoffen, von den Vorteilen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ist es fast ausgeschlossen, so hat es nichts als seine eigene Kraft und hat von niemandem etwas zu erwarten als von sich selbst.

Mit diesem Bewußtsein hat die Sozialdemokratie aller Zungen in Oesterreich ihre Schuldigkeit zu tun gesucht, mit diesem Bewußtsein wird sie auch künftig alle sittliche Kraft des Proletariats weckend und vereinigend ihren Weg gehen.

Für die Gesamtparteivertretung:

Die Sekretäre:

F. Skaret, H. Vaněk, J. Daszynski.

Kassabericht der Gesamtparteivertretung

für die Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903.

Einnahmen	K	h	K	h
Kassastand am 1. Juli 1901	.	.	8	03
Monatsbeiträge:				
der deutschen Parteiexekutive bis April 1903	1760			
„ tschechischen „ „ Mai 1903	680			
„ polnischen „ „ Jänner 1903	340			
„ italienischen „ „ März 1903	60	—		
„ slovenischen „ „	.	.		
„ ruthenischen „ „	.	.	2840	
Beiträge zum Gesamtparteitag Wien 1901:				
deutsche Parteiexekutive	270			
tschechische „	180			
polnische „	90	.		
slovenische „	.	.		
italienische „	.	.	540	
Beitrag für die Triester Opfer (1902) von				
der deutschen Parteiexekutive	200			
„ tschechischen „	100			
„ polnischen „	83	02	383	02
Totale	.	.	3771	05

Ausgaben	K	h
Gesamtparteitag Wien 1901	687	92
Subvention dem slovenischen Parteisekretariat	696	20
„ den Ruthenen („Wola“)	300	
Diverse Unterstützungen	580	
Zur Erhaltung des Triester Sekretariats	350	
Triester Opfer (1902, Streik)	383	02
Rückzahlung an den Zentralwahlfonds	250	
Delegationen zu Konferenzen, Parteitagen rc.	203	08
Rechtsschutz	99	22
Porto, Telegramme	11	54
Diverse	32	89
Summe der Ausgaben	3593	87
Kassastand am 1. Juli 1903	177	18
Totale	3771	05

Kontrolliert und richtig befunden am 10. Oktober 1903.

K. Kořinek,
Kassier.

Jakob Reumann. Karl Kubátek. Therese Schlesinger.

Bericht der deutschen Parteiexekutive an den Gesamtparteitag in Wien 1903

für die Zeit vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903.

Eigentlich sollte unser Bericht an den Gesamtparteitag eine zweijährige Periode, und zwar die Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1903 umfassen. Um aber Wiederholungen in unseren Parteitagsprotokollen vorzubeugen, verweisen wir betreffs unserer Tätigkeit vom Vorjahre auf den Bericht der deutschen Exekutive an den Aussiger Parteitag 1902.

Mit Befriedigung konstatieren wir gleich eingangs unseres Berichtes, daß uns der Opfermut und die unermüdliche Arbeit der organisierten deutschen Genossen wieder um ein gutes Stück nach vorwärts gebracht haben. Nicht nur, daß wir stets darauf bedacht sein mußten, unserer Partei durch eine rege Agitation immer wieder neue Kämpfer aus dem Proletariate zuzuführen, mußte der Kampf der Sozialdemokratie gleichzeitig nach zwei Richtungen geführt werden: gegen die Bourgeoisie und die von ihr ins nationale oder klerikale Lager gezogenen Arbeiter.

Trotz der hohen Geldunterstützungen durch deutschnationale Fabrikanten, trotz der Zutreiberdienste durch Fabriksbeamte und Werkmeister konnte die deutschnationale Arbeiterbewegung Deutschböhmens und Mährens dem siegreichen Vordringen der Sozialdemokratie dennoch auf die Dauer nicht standhalten. Mit Ausnahme einiger noch vorhandener schäbiger Reste gehört die deutschnationale Arbeiterbewegung der Vergangenheit an. Dasselbe gilt von ihren Blättern, die sie mangels an Abnehmern nicht mehr aufrecht erhalten konnten. Ein einziges davon besteht noch, und das hat sich von einem Wochen- in ein Monatsblatt kleinsten Formats und Umfangs umwandeln müssen.

Ganz besondere Anstrengungen, sich über Wasser halten zu können, macht die klerikal-christlich-soziale „Arbeiter"bewegung in Niederösterreich und den Alpenländern. Ihr Dasein beruht auf ihrem Wohlverhalten zu Pfaffen- und Bürgertum; ihr Zweck ist: diesem selben Bürgertum als Avantgarde im Kampfe gegen die wirtschaftlichen und politischen Forderungen des Proletariats zu dienen.

* * *

Wie die Sozialdemokratie von allen Seiten und mit allen Mitteln bekämpft wird, darüber wollen wir im nachstehenden ein kleines Beispiel bringen. Einer von den glücklichen Zufällen hat uns ein Dokument in die Hände gespielt, wodurch nunmehr der Beweis: daß die Behörden schwarze Listen über sozialdemokratische Agitatoren führen, voll und ganz erbracht ist. So hat die böhmische Statthalterei an die ihr unterstehenden Bezirkshauptleute ein Zirkular versendet, das wir im nachstehenden im vollen Wortlaute zum Abdruck bringen:

Evidenzhaltung. Reservemannschaft.

K. k. Statthaltereipräsidium in Böhmen.

Z. 9567. Prag, am 5. Juli 1902.

Herr k. k. Bezirkshauptmann!

Unter Bezugnahme auf den hieramtlichen Erlaß vom 19. September 1894, Z. 10.566, mit dem die am 15. September eines jeden Jahres zu erfolgende Vorlage von Verzeichnissen jener Personen angeordnet wurde, die dem Militärverbande angehören und sich im zivilen Leben als

Agitatoren der sozialistischen oder anarchistischen Grundsätze bemerkbar gemacht haben, ersuche ich Sie, für diese Verzeichnisse von nun an ausschließlich die gleichzeitig mitfolgenden Drucksorten zu verwenden; dieselben wurden über Anordnung der militärischen Behörde aufgelegt, da sich die bisher in Verwendung gestandenen Drucksorten als unzweckmäßig und ungenügend erwiesen haben: bei dieser Gelegenheit ersuche ich auch, auf die ordentliche und zweckentsprechende Führung dieser Verzeichnisse Einfluß zu nehmen, insbesondere auch in der Richtung, daß nur jene dem Militärverband angehörigen Personen in dieselben aufgenommen werden, die als Sozialisten oder Anarchisten notorisch bekannt sind.

Für den k. k. Statthalter:
Dörfl m. p.

Wie aus obigem Zirkular ersichtlich, geben sich die politischen Behörden dazu her, Kundschafterdienste für die Militärbehörde zu leisten. Und trotzdem wir in einem Staate leben, in dem das Recht auf freie Meinungsäußerung angeblich gewährleistet ist, dessenungeachtet wird die Gesinnung des einzelnen Staatsbürgers in Evidenz geführt, um ihm im Falle der Einberufung zur Waffenübung einen Steckbrief mit auf den Weg geben zu können.

* * *

Im Sommer 1902 wurde in den beiden Landtagen von Kärnten und Vorarlberg die Landtagswahlordnung dahin abgeändert, daß den bestehenden drei privilegierten Kurien eine dem Reichsratswahlgesetze nachgebildete IV. allgemeine Kurie angegliedert worden ist. Diese Kurie wählt in Kärnten vier, in Vorarlberg drei Mandate. Wenn man angesichts dieser lächerlichen Reformiererei dennoch von einem Erfolge sprechen kann, so ist es der, daß zugleich in Kärnten an Stelle der indirekten Wahlen die direkten eingeführt worden sind. In Vorarlberg wurde die bisherige mündliche Stimmenabgabe durch die geheime (schriftliche) ersetzt, die indirekten Wahlen in den Landgemeinden jedoch beibehalten.

Eine kleine Aenderung hat auch die Landtagswahlordnung für Salzburg erfahren. Neben der Herabsetzung des Steuerzensus von 20 Kr. auf 8 Kr. wurden ebenfalls die indirekten Wahlen aufgehoben und die direkten eingeführt. In der ersten Hälfte September 1902 erfolgte die Sanktionierung der vorangeführten Wahlreformen. Es mag wohl auf der ganzen Welt keinen zweiten Fleck Erde geben, wo ein so mannigfaltiges, verschieden geflicktes Wahlrecht besteht, wie das in Oesterreich und seinen Kronländern der Fall ist. Es ist selbst für die Eingeweihtesten sehr schwer, sich auf die Dauer zurechtzufinden, was für ein Wahlrecht in den einzelnen Kronländern zeitweilig besteht, und daran erkennt man am besten das, was man schlechtweg „österreichisch" nennt.

Das starke Anwachsen unserer Partei beweist am besten der Stimmenzuwachs bei den Wahlen in die verschiedenen Vertretungskörper. Im Herbst 1902 erfolgte die Auflösung der verschiedenen Landtage und fanden vom Oktober bis November desselben Jahres die Neuwahlen in Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Mähren, Steiermark, Schlesien und Vorarlberg statt. Unsere Partei beteiligte sich bei allen diesen Landtagswahlen mit Ausnahme der von Mähren und Schlesien. Bezüglich dieser letzten beiden wurde von den Landesparteivertretungen der deutschen sowie der tschechischen Sozialdemokratie der Beschluß gefaßt, unseren Genossen wegen des hohen Zensus vollständige Stimmenenthaltung zu empfehlen. Dafür sollen aber in allen größeren Orten Mährens und Schlesiens Volksversammlungen abgehalten werden, in denen gegen das bestehende Wahlunrecht protestiert werden soll.

Das Wahlergebnis bei den niederösterreichischen Landtagswahlen in der Städtekurie am 5. November 1902 war folgendes:

In Wien entfielen mit Ausnahme der Inneren Stadt, wo Sozialdemokraten nicht aufgestellt wurden, von 149.990 abgegebenen gültigen Stimmen 98.285 auf die bürgerlichen und 49.175 auf die sozialdemokratischen Kandidaten. Der Rest von Stimmen war zersplittert. Im Bezirk Favoriten, wo der sozialdemokratische Kandidat im ersten Wahlgange 5730 und der christlich-soziale bloß 5638 Stimmen erhielt, kam es am 7. November zur Stichwahl, bei der der sozialdemokratische Kandidat mit 6223 gegen 6262 Stimmen unterlag. Dieses Mandat war vor den Wahlen in den Händen der Sozialdemokraten und wurde an die Christlich-Sozialen verloren.

In der Provinz wurden bloß in drei Landtagswahlkreisen in der Städtekurie und in einem Landgemeindenbezirke sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt, und

zwar in den Landtagswahlkreisen Floridsdorf, Wr.-Neustadt, Korneuburg und Waidhofen a. d. Thaya (Land). Von den 2723 in Floridsdorf abgegebenen gültigen Stimmen wurde der Sozialdemokrat Seitz mit 1549 gegen den christlich-sozialen Kandidaten — der nur 1170 Stimmen auf sich vereinigte — gewählt.

In Wr. Neustadt erhielt der sozialdemokratische Kandidat von 1644 abgegebenen gültigen Stimmen 397, in Korneuburg von 1422 abgegebenen Stimmen 113 und in Waidhofen a. d. Thaya gegen 300 Stimmen.

Die sozialdemokratische Partei ist somit durch einen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtag vertreten.

Bei den Landtagswahlen der allgemeinen Wählerklasse in Kärnten wurden in allen vier Wahlbezirken 28.507 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Nationalen 14.247, auf die Klerikalen 7755 und auf die Sozialdemokraten 6229 Stimmen. Im III. Wahlbezirk: Villach-Ferlach, kam es zwischen Nationalen und Sozialdemokraten zur Stichwahl, in der wir mit 2788 gegen 2991, das ist mit bloß 203 Stimmen weniger, unterlegen sind.

Auch bei der Landtagswahl in Vorarlberg hat die Sozialdemokratie in der allgemeinen Wählerklasse gegenüber der allgemeinen Kurie bei den Reichsratswahlen ihre Stimmenzahl fast verdoppelt. (Reichsratswahl 1900 425, Landtagswahl 1902 842 Stimmen.)

Bei den oberösterreichischen Landtagswahlen erhielten die Sozialdemokraten in der privilegierten Städtekurie (Zensus 8 Kr.) in Linz 566, im Wahlbezirke Salzburg bei den Wahlen in die Landgemeindenkurie 536 Stimmen. Wir können mit Befriedigung auf der ganzen Linie einen erfreulichen Fortschritt von Stimmenzuwachs verzeichnen.

Am 7. Dezember 1902 fand in Aussig die Gemeinderatswahl in den dritten Wahlkörper statt, bei der unsere Genossen einen schönen Erfolg erzielten. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 1745 auf die Liberalen, 851 auf die als „Wirtschaftspartei" maskierten Alldeutschen und 598 auf die Sozialdemokraten. Bei der Gemeinderatswahl in Linz erhielten die Sozialdemokraten bei einem Steuerzensus von 10 Kr. 406 Stimmen.

Zu der im November 1902 stattgefundenen Gemeinderatswahl in Graz hatten sich Liberale, Nationale und Klerikale gegen die Sozialdemokraten koaliert. Dessenungeachtet brachte es unsere Partei schon bei der Hauptwahl auf 1365 Stimmen, die sich in der Stichwahl auf 1604 erhöhten. Trotzdem wurde von den beiden ausscheidenden sozialdemokratischen Gemeinderäten nur einer wiedergewählt. Der Erfolg dieser Wahl lag in der großen Anzahl der Stimmen und daß die Koalition aller bürgerlichen Gegner und trotz aller angewendeter Wahlkniffe nur imstande war, uns eines von den beiden innegehabten Mandaten zu entreißen.

An sonstigen Gemeindewahlen haben sich unsere Genossen, soweit es uns zur Kenntnis gelangte, in 143 Fällen beteiligt. Das Gesamtergebnis dieser Beteiligung ist die Erringung von 329 Ausschuß- und Ersatzmandaten im dritten und 19 Mandaten im zweiten Wahlkörper. Ein immerhin ganz schöner Erfolg, wenn man bedenkt, wie unsere Genossen gerade in den kleineren Gemeinden einen oft verzweifelten Kampf um ihre Existenz führen müssen.

Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie hat in der Berichtsperiode nicht unerhebliche Fortschritte gemacht. Bezüglich der auf dem Aussiger Parteitag 1902 gefaßten Beschlüsse über die Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation besteht derzeit, wenn auch vorläufig nur in vereinzelten Wahlkreisen, das Bestreben, sie in die Tat umzusetzen. Eine solche Straßen- und Häuserorganisation setzt ein gut funktionierendes Vertrauensmännersystem am Orte voraus, und ist alles bisherige Fehlschlagen bei Einführung dieses Systems auf den vorläufigen Mangel der auf das Zusammenarbeiten angewiesenen Genossen zurückzuführen.

Mit der Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation geht Hand in Hand die Einhebung der Parteibeiträge in den Wohnungen der Genossen. Die Art, wie die Einhebung vorgenommen wird, sowie die Höhe der Beiträge sind außerordentlich verschieden. So sehr hier mehr Einheitlichkeit erwünscht wäre, so muß es dennoch, und zwar vorläufig noch den einzelnen Wahlkreisen und Bezirken überlassen bleiben

Die Höhe der Parteisteuer, soweit sie zur Bestreitung der Agitation oder zur Schaffung eines Wahlfonds für Lokal-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen in Betracht kommt, schwankt vorwiegend zwischen 3 und 4 H. wöchentlich und 10 H. monatlich. Die Einhebung, respektive Quittierung dieser Beiträge erfolgt mittelst Blocks, Marken oder Parteiblätter.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir eines Umstandes erwähnen, der trotz wiederholter Abwehr uns leider immer wieder beschäftigt, und zwar ist das die Frage der Einhebung der Reichsparteisteuer. Wiederholt wurden insbesondere in letzter Zeit

bei Landes- und Wahlkreiskonferenzen nicht nur über die in ihre Kompetenz fallende Parteisteuer, sondern mit über die Reichsparteisteuer — über deren Einhebung und Ablieferung — Beschlüsse gefaßt, die dem Beschlusse des Linzer Parteitages 1898 schnurstracks zuwiderlaufen.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist neben Wien in den größeren Städten Niederösterreichs, weiters in Linz, Steyr und Salzburg eingeführt. In Steiermark ist die Straßenorganisation in 27 Orten durchgeführt. Schlechter sieht es in dieser Beziehung in den Orten Deutschböhmens sowie in Mähren, Schlesien, Tirol und Kärnten aus.

Betonen wollen wir noch, daß das Sekretariat der deutschen Sozialdemokratie an elf in der Provinz angestellte Vertrauensmänner einen ständigen Zuschuß von über 280 Kr. monatlich gewährt. Leider konnte die Parteivertretung bei ihren beschränkten Mitteln nicht alle in dieser Richtung geltend gemachten Wünsche befriedigen.

Die jugendlichen Arbeiter weisen einen starken Zuwachs von Mitgliedern auf. Ihre Organisation erhielt eine besondere Festigung durch die im Frühjahr 1903 erfolgte Gründung des „Reichsverbandes der Vereine jugendlicher Arbeiter Oesterreichs“. Er umfaßt derzeit zwölf Ortsgruppen mit zirka 1300 Mitgliedern in Wien und erstreckt sich außerdem auf fünfzehn Provinzstädte; durch seine Gründung wurde es auch möglich gemacht, in Graz an Stelle des durch die Behörde wegen angeblicher Statutenüberschreitung aufgelösten Lokalvereines wieder eine neue Organisation der jugendlichen Arbeiter zu schaffen. Seit einem Jahre haben sie auch ein eigenes Organ, „Der jugendliche Arbeiter“, das monatlich einmal erscheint und bereits eine Auflage von über 4000 Exemplaren erreicht hat.

Bei der Schwierigkeit, die Frauen überhaupt der Organisation zuführen zu können, müssen wir das wenige, das bis jetzt durch die bestehenden Frauenorganisationen in Wien und der Provinz erreicht worden ist, schon als anerkennenswerten Erfolg verzeichnen. Im übrigen verweisen wir auf den angeschlossenen Bericht des Frauenreichscomités.

* * *

Zunächst wollen wir auch an dieser Stelle unserer Toten gedenken. Groß ist die Zahl derer, die, sei es in der politischen oder gewerkschaftlichen Organisation, in treuer Pflichterfüllung für die Befreiung der Arbeiterklasse gekämpft und leider viel zu früh aus Reih' und Glied von unserer Seite gerissen worden sind. Mögen ihre Namen nur in kleineren Kreisen von Parteigenossen bekannt gewesen sein, so haben sie doch nicht weniger für die Verbreitung der Grundsätze unserer Partei gewirkt. Ehre ihrem Andenken!

Einer von den wenigen der alten Garde, dessen Name als auch Person in den weitesten Kreisen unserer Partei bekannt ist, Julius Popp, der noch auf dem letzten deutschen Parteitag in Aussig — wenn auch schon schwer leidend — den Vorsitz führte, ist ebenfalls, leider viel zu früh, uns durch den unerbittlichen Tod entrissen worden. Popp starb am 19. Dezember 1902 im Alter von kaum 53 Jahren. An ihm, dem die Arbeiterbewegung alles war, der sein Lebensblut für die Sache des Proletariats geopfert, der alle proletarischen Tugenden in sich vereinigte, hat die österreichische Arbeiterschaft viel verloren. Die große Liebe und Verehrung, die unserem „alten Popp“ entgegengebracht wurde, kam in der großen Beteiligung der Genossen bei dem am 21. Dezember stattgefundenen Leichenbegängnis zum Ausdruck. Seine Persönlichkeit und sein Wirken wird auch weiterhin in ehrenvollem Andenken der österreichischen Arbeiter fortleben.

Die Agitation hat in der Berichtszeit an Umfang ganz bedeutend zugenommen. Wohl sind wir durch die mangelhafte Berichterstattung nicht in der Lage, die Zahl der stattgehabten Versammlungen auch nur annähernd wiedergeben zu können, glauben aber, daß es darauf auch gar nicht so ankommt.

Von den gemeinsamen Protestversammlungen heben wir die gegen den Erlaß der Regierung betreffend das Verbot der Unterstützungen in den Gewerkschaften, gegen die neuen Militärlasten, als auch gegen den Ausgleich mit Ungarn und den Zollwuchertarif 2c. sowie die im Sommer dieses Jahres stattgefundenen Massenversammlungen für das gleiche Wahlrecht besonders hervor. Der größte Teil der agitatorischen Tätigkeit jedoch wurde auf den Ausbau der Organisation, auf die sogenannte Kleinarbeit verwendet: die Agitation von Haus zu Haus, von Tür zu Tür, von Mann zu Mann.

Gleichzeitig während der mündlichen Proteste gegen den Zoll- und Brotwuchertarif wurde von der deutschen Parteiexekutive ein Flugblatt mit dem Titel: „Brotverteuerung in Sicht!“ herausgegeben und in über 240.000 Exemplaren von den Vertrauensmännern — trotz § 23 P.-G. — in den Häusern von Tür zu Tür verbreitet.

Vom 15. bis 18. August 1902 fand in Aussig a. d. Elbe der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten statt, der das Organisationsstatut einer Aenderung unterzog und betreffs Organisation einschneidende Beschlüsse faßte. Weiters wurde die Stellung der Sozialdemokratie zum österreichisch-ungarischen Ausgleiche gekennzeichnet sowie die bürgerliche Verfälschung der Arbeiterbewegung einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Der Gewerkschaftskongreß, der in der Zeit vom 8. bis 12. Juni 1903 in Wien tagte, beschäftigte sich neben der Frage der Organisation mit dem Einflusse des autonomen Zolltarifs auf die Lage der Arbeiter. Des weiteren wurde den Konsum- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie der Alters- und Invaliditätsversicherung als auch den Tarifgemeinschaften eine spezielle und eingehende Beratung gewidmet. Aus dem Berichte der Gewerkschaftskommission an ihren Kongreß entnehmen wir, daß Ende 1902 der Stand der bei der Kommission angemeldeten Organisationen 135.178 Mitglieder, somit um 16.128 mehr als Ende 1901, betrug.

Mit der Ausdehnung der Parteiagitation werden wir an Stelle der mündlichen Agitation naturgemäß immer mehr auf das geschriebene Wort angewiesen. Das Parteisekretariat ist schon längst nicht mehr in der Lage, alle Wünsche nach Referenten befriedigen zu können. Dazu kommt noch, daß, wenn Referenten verlangt werden, der Wunsch in der Regel einen kleinen Kreis bestimmter, zudem auch sonst überlasteter Genossen, insbesondere Abgeordnete betrifft.

Die Maifeier hat, soweit uns die Berichte aus den einzelnen Orten einen Ueberblick ermöglichen, eine Abschwächung nicht erfahren. Im Gegenteil, es wurde in einer Reihe von Orten (wenn auch nur durch teilweise Arbeitsruhe) gefeiert, wo es früher vollständig ausgeschlossen erschien. Nicht überall war die vollständige Arbeitsruhe möglich, dafür aber wurden am Abend desselben Tages größere Feiern veranstaltet, in denen die Bedeutung der Maifeier besprochen und das Fest der internationalen Verbrüderung begangen wurde.

Parteipresse. Im Stande der politischen Presse ist während der Berichtszeit keine besondere Veränderung eingetreten. Die „Wahrheit“ in Oberleutensdorf hat ihr Erscheinen eingestellt, dafür erscheint ein neues Parteiblatt in Bielitz, die „Bielitzer Volksstimme“.

1. Politische Presse.

	erscheint:
Arbeiter-Zeitung, Wien	täglich
Volkswacht, Wien	„
Arbeiterwille, Graz	„
Arbeiterinnen-Zeitung, Wien	14tägig
Bielitzer Volksstimme, Bielitz	1mal wöchentlich
Böhmerwaldbote, Krumau	1 „ „
Freigeist, Reichenberg	2 „ „
Freiheit, Teplitz	2 „ „
Gebirgsbote, Gablonz	1 „ „
Gleichheit, Wr. Neustadt	1 „ „
Salzburger Wacht, Salzburg	1 „ „
Trautenauer Echo, Trautenau	1 „ „
Volksbote, Floridsdorf	1 „ „
Volksbote, Nordböhmischer, Steinschönau	1 „ „
Volksfreund, Brünn	1 „ „
Volksfreund, Steyrer, Steyr	1 „ „
Volkspresse, Czernowitz	1 „ „
Volksrecht, Aussig a. d. E.	2 „ „
Volksstimme, Nordböhmische, Warnsdorf	1 „ „
Volkstribüne, Wien	1 „ „
Volkswacht, Mähr.-Schönberg	1 „ „
Volkswille, Falkenau	1 „ „
Volkswille, Klagenfurt	1 „ „
Volkszeitung, Innsbruck	1 „ „
Volkszeitung, Nordböhmische, Saaz	1 „ „
Vorwärts, Der, Staab	1 „ „
Wahrheit, Linz	1 „ „

Es erscheinen also drei Blätter täglich, drei Blätter zweimal wöchentlich, zwanzig Blätter einmal wöchentlich und ein Blatt vierzehntägig. Die Auflage ist bei allen Blättern bedeutend gestiegen. Der gegenwärtige Stand ist bei 27 politischen Organen eine einmalige Gesamtauflage von 117.750 Exemplaren. Ferner erscheint noch ein humoristisch-satirisches Blatt der Partei, die „Neuen Glühlichter“, in Wien vierzehntägig.

2. Gewerkschaftspresse.

	erscheint:
Bäcker-Zeitung, Wien	14tägig
Bauarbeiter, Der, Wien	14 „
Bergarbeiter (Glück auf!), Turn	3mal monatlich
Buchbinder (Einigkeit), Wien	14tägig
Buchdrucker (Vorwärts!), Wien	1mal wöchentlich
Drechsler, Fachblatt der, Wien	14tägig
Druckerei Arbeiter (Hilfsarbeiterblatt), Wien	2mal monatlich
Eisenbahner, Der, Wien	3 „ „
Gerber, Fachzeitung der, Wien	2 „ „
Gewerkschaft, Die (Organ der Gewerkschaftskommission Oesterr.), Wien	14tägig
Gießereiarbeiter, Der, Wien	1mal monatlich
Glasarbeiter, Der, Tannwald	14tägig
Glashüttenarbeiter, Der, Teplitz	3mal monatlich
Graphische Nachrichten, Neue, Wien	3 „ „
Handelsangestellte, Der österreichische, Wien	1 „ „
Handelsangestellten, Organ der, Prag	20tägig
Handschuhmacher, Fachblatt der, Wien	2mal monatlich
Holzarbeiter, Der, Wien	3 „ „
Hutarbeiter, Der, Wien	3 „ „
Kleidermacher-Gehilfe, Der, Wien	14tägig
Krankenkassenangestellte (Korrespondenzblatt), Wien	1mal monatlich
Kutscher (Oesterreichische Fahrzeitung), Wien	1 „ „
Maler und Anstreicher (Dekorateur), Wien	1 „ „
Maschinist, Der, Wien	2 „ „
Metallarbeiter, Oesterreichischer, Wien	1 „ wöchentlich
Papierarbeiter, Der (Verbandszeitung der Papier- und chemischen Industrie), Wien	1 „ monatlich
Porzellanarbeiter, Der, Karlsbad	14tägig
Schirmbranche, Die, Wien	1mal monatlich
Schuhmacherfachblatt, Neues, Wien	2 „ „
Sattler, Taschner und Riemer, Fachblatt der, Wien	2 „ „
Textilarbeiter, Der, Reichenberg	1 „ wöchentlich
Tonarbeiter, Der, Wien	2 „ monatlich
Versicherungsbeamten, Organ der, Wien	1 „ „

Wir zählen somit 3 Wochenblätter, 6 dreimal monatliche, 8 vierzehntägige Blätter, 7 zweimal monatliche, 8 einmal monatliche und ein zwanzigtägig erscheinendes Blatt. Alle 33 Blätter haben eine einmalige Gesamtauflage von 101.905 Exemplaren.

Außer den politischen und gewerkschaftlichen Blättern erscheinen noch: Der „Arbeiterschutz“, Organ der Krankenkassen Oesterreichs, zweimal monatlich; der „Arbeiterstenograph“ einmal monatlich; die österreichische „Arbeiter-Sängerzeitung“ einmal monatlich; der „Jugendliche Arbeiter“ einmal monatlich; der „Naturfreund“ einmal monatlich; die „Mitteilungen der Freidenker“ einmal monatlich und die „Arbeiter-Genossenschaft“ ebenfalls einmal monatlich; lauter Blätter, die hauptsächlich in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft verbreitet werden und zum Teil nur Dolmetsche besonderer Richtungen der Gesamtbewegung darstellen.

Die politischen Verfolgungen, derer sich unsere Partei bei den Behörden und ihren Organen erfreut, haben uns wieder ein ganz nettes Sümmchen an Strafen eingetragen.

Soweit Berichte hierüber eingelangt sind, betrugen die Freiheitsstrafen, zu denen unsere Genossen deutscher Zunge im abgelaufenen Jahre verurteilt wurden: **4 Jahre 7 Monate und 19 Tage schweren Kerkers und 1 Jahr 7 Monate einfachen sowie verschärften Arrests. Die Geldstrafen beliefen sich auf 1558 Kronen.**

Wenn sich aus dem Gesamtausmaß der Freiheits- als auch Geldstrafen gegenüber den anderen Jahren eine Verminderung ergibt, so ist das weniger auf die vernünftigere Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen als auf die mangelhafte Aufzeichnung und Berichterstattung der einzelnen Organisationen zurückzuführen.

* * *

Wie wir aus vorstehendem Berichte entnehmen können, hat unsere Partei in der abgelaufenen Berichtsperiode keine besonders in die Augen springenden Erfolge zu verzeichnen, was uns bei den verrotteten politischen Verhältnissen in Oesterreich nicht zu wundern braucht. Was wir aber, dank des Opfermutes und der Beharrlichkeit unserer Parteigenossen, mit Befriedigung konstatieren können, das ist: daß unsere Parteiorganisation sich wieder um ein gutes Stück nach vorwärts entwickelt hat. Und das trotz der schwierigen und geradezu widerwärtigen politischen Verhältnisse in Oesterreich.

Ferdinand Skaret, Parteisekretär.

Bericht der tschechoslavischen Sozialdemokratie an den Gesamtparteitag.

(Für die Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903.)

Die zwei Jahre, die seit dem letzten Gesamtparteitag verflossen sind, waren geradeso wie die früheren Jahre für unsere Partei Zeiten schwerer Kämpfe, gleichzeitig aber auch Zeiten unermüdlicher Arbeit und des Sieges des tschechischen Proletariats über seine offenen und geheimen Gegner.

Während die sich stets mehrenden reaktionären pseudoliberalen bürgerlichen Fraktionen untereinander raufen und denunzieren, schreitet die Sozialdemokratie tapfer weiter vorwärts, ihrem Programme nach, die tschechische Arbeiterschaft aufzuklären und zu organisieren und für die Kämpfe der künftigen Tage zu rüsten. Und die Arbeit geht bewundernswert von statten. Die schwere wirtschaftliche Krise, die wie überall auch in Gegenden, die von tschechischen Proletariern bewohnt sind, in den Industriezentren und anderen Landesteilen traurige Spuren hinterließ, vermochte nicht, die enggeschlossenen Reihen der Arbeiterschaft zu schädigen. Unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, und auch ihre Waffen, sind heute fester, widerstands- und kampffähiger als ehedem.

Der beste Beweis der Macht, des Wachstums und der inneren Kraft der Partei ist schon der Umstand, daß in einer Zeit, da die Versuche bürgerlicher Parteien, sich eine Tagespresse zu verschaffen, mit Mißerfolg endeten und Tausende von Gulden an Opfern kosteten, da das mit großem Aufwand bourgeoisen Geldes in den Kampf gegen die Sozialdemokratie geschickte Tagblatt der national-sozialen Partei zu einem bedeutungslosen Wochenblatt zusammenschrumpfte, daß da das Tagblatt unserer Partei „Právo Lidu" für Jahre hinaus finanziell gesichert ist, wiewohl es zur Zeit der größten Verdächtigungen und Anfeindungen von den Parteigenossen unserer Partei gegründet und unter schweren Opfern erhalten wurde. Heute hat das Blatt den klingenden Namen eines ehrlichen und durchaus unabhängigen Blattes, dem es geradeso wie allen Parteiblättern möglich ist, rücksichtslos aufzutreten, die Fäulnis der bürgerlichen Welt zu enthüllen und jede Niedertracht und jedes am arbeitenden Volke ausgeführte Unrecht an den Pranger zu stellen, ohne Rücksicht auf die Mächtigen und Herrschenden.

Ein gleich erfreulicher Beweis für die Kraft unserer Partei ist auch das zweite täglich erscheinende Blatt „Dělnické Listy" in Wien. Dieses ist fast ausschließlich auf die tschechischen Genossen Wiens angewiesen, auf ihre Unermüdlichkeit in der Agitation, auf ihre kargen finanziellen Kräfte und doch tritt es wacker auf und ist ein wirksamer Schutz der Arbeiterschaft aller Nationen im Kampfe gegen internationale Reaktion und Tyrannei des Kapitalismus.

Nebstdem ist der Kampf der tschechoslavischen Sozialdemokratie ein verhältnismäßig schwierigerer und ärgerer als der der anderen Bruderparteien. Die tschechische Bourgeoisie trägt es schwer, daß sich die deutsche Bourgeoisie seit Jahrzehnten an der Regierung in Oesterreich durch ihre Leute beteiligt, aus dieser ihrer Teilnahme materielle und politische Vorteile zu verschaffen gewußt hat, mit denen sie ihren ökonomischen Interessen dienen und auch ihrer kulturellen Bedürfnisse gedenken konnte, indem sie sich ihr Schulwesen denn doch besser eingerichtet hat als das der anderen Nationen. Indirekt ist dadurch auch die tschechische Arbeiterschaft betroffen: denn ist das Schulwesen für den Kern des deutschen Volkes durchaus nicht vollkommen, ist es für die tschechische Arbeiterschaft gänzlich ungenügend. Ja, in Gemeinden, in denen die tschechische Arbeiterschaft eine ansehnliche Minorität der Bevölkerung, gibt es entweder gar keine oder nur ungenügende Schulen für die tschechische Jugend. In Wien beispielsweise, wo es nach der amtlichen Volkszählung über 120.000 Tschechen gibt, von denen die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse angehört, gibt es bis jetzt keine öffentliche tschechische Schule. Eltern, die in Würdigung der Wichtigkeit, ihre

Kinder in der Muttersprache unterrichten zu lassen, ihre Kinder in die Privatschule, die durch eigene Opferwilligkeit erhalten wird, gegeben haben, müssen mit ihren Kindern den weiten Weg nach Lundenburg zu den Prüfungen unternehmen. Daß auf diese Weise die gesunde geistige Entwicklung der tschechischen Arbeiterschaft unterbunden wird, daß ihr die Erreichung gehöriger und für unsere Bewegung notwendiger Intelligenz beträchtlich erschwert wird und so bedentend auch die gesunde Entwicklung und Tätigkeit unserer Partei leidet, ist ganz klar.

Die indifferente Arbeiterschaft als auch das Kleinbürgertum und Kleinbauerntum, die in den historischen Traditionen und in unerfüllbaren Träumen von vergangenem, schlecht ausgelegtem Ruhme des tschechischen Volkes, der sich für das Volk oft in drückende Sklaverei verwandelte, erzogen wurden, lassen sich sehr oft und sehr leicht von trügerischen Hoffnungen hinreißen. Sie hoffen, daß wenn es der tschechischen Bourgeoisie gelänge, die Länder mit tschechischer Majorität selbständig zu machen oder die deutsche Bourgeoisie aus der Teilnahme an der Staatsverwaltung zu verdrängen und ihre Plätze einzunehmen, dann für die kulturell, politisch und national unterdrückten Klassen sofort ein Eldorado des Rechtes, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt eintreten würde. In diesem Glauben und dieser Unwissenheit verzeiht das Volk den Pächtern der tschechischen Politik alle die niederträchtigen Dienste, die die jungtschechische Delegation der vereinigten Reaktion geleistet hat und durch die sie sich so traurig ausgezeichnet hat. In diesem Glauben und der Unwissenheit verzeiht das Volk all den Verrat an der wirklich demokratischen Vergangenheit des tschechischen Volkes. Andererseits aber verfällt das Volk neuen Demagogen, die auf die Anziehungskraft der alten staatsrechtlichen Schlagworte spekulieren und so das nichtdenkende Volk zu gewinnen trachten, um das Erbe der absterbenden jungtschechischen Partei an sich zu reißen.

Die tschechoslavische Sozialdemokratie hat allerdings diesen Versuchen der Bourgeoisie und der Reaktion, die Klassengegensätze mit dem Mantel des Patriotismus, mit dem Kampf um nationale Rechte u. s. w. zu verhüllen, tapfer standgehalten und hat allen vermummten Gegnern von Freiheit und wirklichem Fortschritt die Masken vom Gesicht gerissen.

Durch die schneidig und konsequent eingeleitete, in der Presse und durch eine große Zahl von Versammlungen weitergeführte Aktion gegen den Klerikalismus und besonders durch die Aufdeckung des bisher unerhörten klerikalen großen Diebstahls, jener in der ganzen Welt bekannten Ausplünderung der Sankt Wenzels-Sparkasse, welche Enthüllung ein Verdienst unseres tapferen „Právo Lidu“ ist und bleibt, wurde dem Klerikalismus ein harter Schlag versetzt, von dem er sich nicht sobald erholen wird.

Mit gleicher Konsequenz handelte die Partei auch den pseudoliberalen Parteien und ihren Gefolgschaften gegenüber.

In Tausenden von gut besuchten Versammlungen und Meetings, die in Böhmen, Mähren, Schlesien, Nieder- und Oberösterreich abgehalten wurden, wurde die Notwendigkeit des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für Reichsrat, Landtag und Gemeindevertretungen gefordert, wurde die Einführung der allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung verlangt, wurde gegen den vernichtenden Einfluß und Erhöhung der Militärlasten, weiters gegen den ungerechten österreichisch-ungarischen Ausgleich, gegen die Lebensmittelverteuerung infolge der Zolltariferhöhung und gegen Einführung neuer indirekter Steuern, gegen den Koerberschen Regierungsangriff auf die gewerkschaftliche Organisation protestiert, wurde die Hilfe der zuständigen Faktoren für die Arbeitslosen reklamiert, wurde die Besserung unseres Schulwesens und der Lehrergehalte gefordert.

In allen diesen Kundgebungen trachtete unsere Partei durch ihre Referenten und die vorgelegten Resolutionen den Unterschied zwischen Theorie und Praxis der bürgerlichen Parteien aufzudecken, wenn es sich um wirkliche Volksinteressen handelt. Mit allem Nachdruck wurde besonders darauf hingewiesen, wie die tschechische Bourgeoisie Krokodilstränen vergißt wegen der Unterdrückung von seiten der österreichischen Regierungen. Gegen die ärmeren Volksgenossen tritt dieselbe Bourgeoisie in den Gemeinden nicht weniger rücksichtslos und brutal auf, weist die Armen wegen der Armut aus den Gemeinden, spricht ihnen jedes Recht der Mitentscheidung in Gemeinden und Landtag ab, legt ihnen immer neue Lasten in Form von Gemeinde- und Landeszuschlägen auf. Flunkert mit demokratischen Phrasen und zu gleicher Zeit verhandelt sie und verbindet sich mit dem Adel, der zahlreiche Vertreter im Landtage hat, während eine Million Arbeiter keinen einzigen hat. Die Bourgeoisie protzt mit ihrem Liberalismus, feiert Huß und führt zu gleicher Zeit in Landesinstitute statt weltlicher Wärterinnen Nonnen ein. Sie versucht die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von der Lösung wirtschaftlicher Fragen abzulenken, füllt sich aber selbst von den Schwielen der Arbeiter ihre Taschen und beantragt im Zollausschuß Zoll auch auf Erdäpfel. Sie beklagt sich über die Regierung, daß sie für Notstandsunterstützungen wenig ausgibt, selbst rührte

sie aber in den ganzen 15 Jahren in rührender Eintracht mit der deutschen Bourgeoisie im Landtag keinen Finger, um die dem Landtag von der Reichsvertretung zugewiesene Versicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft durchzuführen.

Ein Erfolg unserer unermüdlichen fleißigen Arbeit ist, daß es langsam auch in den Köpfen der Angehörigen anderer als der Arbeiterklasse zu tagen beginnt, wofür der beste Beweis die Landtagswahlen in Böhmen sind, an denen sich unsere Partei durch Aufstellung von Kandidaten und durch durchgreifende Agitation beteiligte. In zahlreichen Bezirken wurden große Minoritäten erreicht, im Bezirk Josefstadt-Lieben bekamen wir die meisten Stimmen, so daß eine zweite Wahl notwendig war, bei der allerdings unsere Kandidaten den vereinigten bürgerlichen Parteien und national-sozialen Arbeitern unterlagen. Diese Parteien haben ihre ganze Kraft angewendet und eröffneten eine wütende Agitation, daß der Ansturm der Sozialdemokratie aufgehalten werde.

Und doch siegten ihre Kandidaten nur mit einer Mehrheit von 150 Stimmen. Im Smichow-Kladnoer Bezirke bekam unser Kandidat 745 Stimmen, im Pilsener 372 Stimmen, schon diesmal bedeutende Minoritäten.

Diese Wahlen, die in Böhmen zum erstenmal direkt vollzogen wurden, zeigten uns, daß unsere Partei sowohl in der Landgemeinden- als auch in der Städtekurie ein Kadre von Männern hat, die Sorge tragen werden, daß die in bürgerliche Parteien gelegte Bresche erweitert wird.

Auch bei der Reichsratsersatzwahl in der Städtegruppe Příbram-Birkenberg bekam unsere Partei eine überraschende Stimmenzahl, in Birkenberg doppelt so viel als alle Gegner zusammen.

Bei den übrigen Wahlen wurde auch ein bedeutendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen konstatiert. So bekamen wir bei den Wahlen in die Unfallversicherungsanstalt für Böhmen im Jahre 1901 im ganzen 369.510 Stimmen gegen 281.228 im Jahre 1897 (also um 88.282 Stimmen mehr), wohingegen die nationalen Arbeiter trotz brutalem Terrorismus von seiten der Unternehmer, die wie immer ihren Trabanten zum Siege verhelfen wollten, nur 178.910 Stimmen gegen 250.624 im Jahre 1897 bekamen (Minus 71.714).

In die Gewerbegerichte, soweit diese in Orten mit tschechischer Arbeiterschaft bestehen (Prag, Pilsen, Teplitz, Brünn), werden überall sozialdemokratische Beisitzer entsendet, mit Ausnahme der Gruppe Handel in Prag, wo nationale Kandidaten gewählt wurden.

Ein nicht geringerer Erfolg wurde von unserer Partei im Kampfe gegen die Bierverteuerung errungen. Dieser Kampf wurde den Organisationen durch Einführung eines Landeszuschlages von Kr. 1·70 und durch die Habgier der Gastwirte, die diesen Zuschlag zum Vorwand für eine Verteuerung von 4 H. per Liter benützen wollten, aufgedrängt. In vielen Orten, besonders in Prag und den Nachbargemeinden, wurde dieser Angriff auf die Taschen des Volkes glänzend zurückgeschlagen, die boykottierten Brauereien mußten den gestellten Forderungen entsprechen und die Kosten des Boykotts tragen. So wurden die herrschenden Kreise belehrt, daß sich die organisierte und klassenbewußte Arbeiterschaft eine so rücksichtslose Auferlegung von Lasten bei gleichzeitigem Ausschluß aus der Mitentscheidung nicht gefallen läßt.

In nicht letzter Linie muß auch der glänzende Erfolg erwähnt werden, den die im Jahre 1902 von den Prager Genossen veranstaltete I. Arbeiterausstellung errungen hat. Aus allen Organisationen fast nahm die sozialdemokratische Arbeiterschaft daran teil. Der zahlreiche Besuch der Ausstellung (231.141 Personen), zahlreiche Anerkennungen der ganzen Oeffentlichkeit, wofür der beste Beweis die vielen in- und ausländischen Blätterstimmen und der Reingewinn von rund 27.000 Kr. — das alles war ein Beleg dafür, daß die Angehörigen unserer Partei nicht nur die bestehende Ordnung zu kritisieren verstehen, sondern auch zu arbeiten, schaffen und bauen.

Obzwar das Wahlrecht für die Gemeindevertretungen der Arbeiterschaft sehr ungünstig ist — wir erwähnen so nebenbei, daß sich Fälle ereigneten, in denen Arbeiter, die in Gemeindevertretungen gewählt wurden, ihres Mandats verlustig erklärt wurden auf Grund einer Bestimmung der Wahlordnung, daß ein Arbeiter, der von dem Erträgnis seiner Arbeit lebt, nicht Mitglied der Gemeindevertretung sein kann — sind trotz alledem die Sozialdemokraten in 182 Gemeinden durch 536 Genossen vertreten, was ebenfalls nur eine Folge fleißiger Agitation ist und ein Beweis verschärfter Klassengegensätze, welche ihre Mission, die indifferenten Arbeiter aufzuklären und in das sozialdemokratische Lager zu führen, richtig erfüllen.

Etwas langsamer schreiten unsere Organisationen in Mähren vorwärts, obwohl auch dort in der letzten Zeit unsere Bewegung unleugbare Fortschritte aufzuweisen hat. Unsere Genossen siegten dort bei den Gewerbegerichtswahlen in Brünn und Mährisch-Ostrau, bei den Wahlen zur Unfallversicherungsanstalt in zwei neuen Kate-

gorien, in denen unsere Partei bisher nicht vertreten war, verwalten gemeinsam mit den deutschen Genossen die Bezirkskrankenkassen und die Allgemeine Kranken- und Unterstützungskasse in Brünn. Gemeinsam mit den Organisationen der deutschen Genossen disponieren sie über das Mandat der V. Kurie für den I. mährischen Wahlkreis und sind der entscheidende Faktor in einer ganzen Reihe von Krankenkassen auf dem Lande, ja es gelang ihnen trotz der überaus ungünstigen Wahlordnung, in einige Gemeindevertretungen zu kommen. Der Grund dafür, daß keine größeren Erfolge aufzuweisen sind, ist die etwas rückständige kulturelle und politische Entwicklung, die durch den Klerikalismus unter Assistenz der tschechischen und deutschen Bourgeoisie gehemmt wird.

An den letzten Landtagswahlen nahm unsere Partei nicht teil, da sie im vorhinein die Aussichtslosigkeit des Wahlkampfes klar sah. Wurde doch das veraltete Wahlrecht mit seiner monströsen öffentlichen und mündlichen Abstimmung, wobei der Wähler wie ein Schuljunge vor der Wahlkommission die Namen der Kandidaten hersagen muß, was tatsächlich eine Schande des 20. Jahrhunderts ist, in diesem Lande noch verschlechtert. Unsere Partei beschränkte sich daher auf einen energischen Protest gegen die Vorrechte der Deutschen und gegen das schreiende Unrecht, das an den Besitzlosen verübt wird. Die Beseitigung dieses elenden Wahlrechtes muß eine der ersten Aufgaben unserer tschechischen und deutschen Genossen sein und ihren gemeinsamen Angriffen muß die Zerschmetterung so schändlicher Privilegien gelingen.

In der Zeit vom 1. bis zum 3. November 1902 wurde in Prag der fünfte ordentliche Parteitag abgehalten, der einschneidende Beschlüsse über Organisation und Taktik gefaßt hat. Es wurde weiters die wirtschaftliche und politische Situation besprochen und Maßregeln zur erfreulichen Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen dadurch getroffen, daß sich jeder Genosse, besonders aber die Parteitagsdelegierten mit ihrer Mitgliedschaft an der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ausweisen müssen, und daß die Bildungsvereine als unzulänglich im Kampf der Arbeiterklasse in allgemeine Gewerkschaftsvereine umgewandelt werden. Der Parteitag widmete ferner seine Aufmerksamkeit den Organisationen der Frauen und der jugendlichen Arbeiter. Dann wurden Bestimmungen festgesetzt, unter denen das Eingehen eines Wahlkompromisses mit einer anderen Partei zulässig ist: mit einer Partei, die die Grundforderungen der Sozialdemokratie nicht anerkennt, darf kein Kompromiß geschlossen werden. Dann wurde noch über Kommunalpolitik verhandelt, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, Alters- und Invaliditätsversicherung und Preßreform reklamiert. Durch die Bestimmung über die Einberufung von Landeskonferenzen wurde das Organisationsstatut ergänzt.

Vom 12. bis zum 14. April 1903 tagte in Prag der Kongreß der Gewerkschafts- und Bildungsvereine, welche in der tschechoslavischen Gewerkschaftskommission vertreten sind.

Der Kongreß beschäftigte sich mit dem Verhältnis der Bildungsvereine zu den Gewerkschaftsvereinen, mit der Frage der Arbeitslosen, weiters der Alters- und Invaliditätsversicherung, mit der Frage der Industriekrisen und ihrer Rückwirkung auf die Arbeitsverhältnisse, mit den Bestimmungen über Unfallverhütung, mit der Tätigkeit der Gewerbegerichte und der Reform des Fortbildungsschulwesens. Die gefaßten Beschlüsse werden der Arbeiterschaft gewiß gute Früchte tragen.

Wiewohl verschiedene Organisationsformen versucht wurden, erreichte die Frauenorganisation nur geringe Erfolge. Nicht einmal die von den Frauen geforderte Selbständigkeit in Organisations- und Agitationsarbeiten gestaltete die Tätigkeit unter den proletarischen Frauen lebhafter. Deswegen hob der Parteitag die Bestimmungen über besondere Agitationscomités auf und bestimmte, daß fürderhin die Frauen gemeinsam mit den Männern in den lokalen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen tätig sein sollen, wo auch für ihre Schulung und Ausbildung gesorgt werden soll.

Die Gründe dafür, warum die Frauen so schwer die Notwendigkeit der Organisation begreifen, wiewohl gerade sie doch als Frauen und als Arbeiterinnen doppelt um eine bessere Zukunft auch ihrer Töchter sorgen sollen, sind tieferer Natur. Sie sind in der häuslichen Erziehung zu suchen, die aus den Frauen unselbständige Geschöpfe macht, energielose Geschöpfe, die zwar mit beispielloser Geduld jedes Elend des Lebens der Armen zu tragen vermögen, aber nicht die Kraft haben, konsequent und andauernd dem gesetzten Ziele nachzugehen. Die Genossen, die zu Hause für eine Aenderung zum besseren sorgen werden, werden ihre Frauen und Töchter zu selbständig denkenden Geschöpfen erziehen, zu Geschöpfen mit der zur initiativen Tätigkeit nötigen Energie und werden somit den Frauen und unserer Bewegung den größten Dienst erweisen.

Die Organisierung der Jugend weist einen kleinen, aber doch kennbaren und erfreulichen Fortschritt auf. In einer ganzen Reihe von Orten konzentriert

sich die Jugend in Turnvereinen, die ein wichtiger Teil unserer Partei werden könnten, wenn darin nicht nur auf die körperliche, sondern auch auf die geistige Erziehung der Mitgliedschaft im Geiste der Sozialdemokratie geachtet würde. Heuer hatten die tschechischen Turnvereine ihren ersten selbständigen Kongreß, bei dem die Grundlage zur weiteren hoffnungsvollen Entwicklung gelegt wurde.

Die Maifeier war in beiden Jahren, besonders in größeren Industriezentren sehr würdig, wiewohl die Umstände, so zum Beispiel die schwere wirtschaftliche Krise und das schlechte Wetter, der Feier nicht halb so günstig waren wie sonst. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß sich die tschechische Arbeiterschaft die Feier des 1. Mai als Demonstration für den Achtstundentag, als Demonstration gegen alles Unrecht und gegen die Mißstände in der Gesellschaft durch ganztägige Arbeitsruhe nicht mehr nehmen läßt.

Die tschechoslavische Sozialdemokratie vergaß auch nicht an die Festigung der brüderlichen Beziehungen mit den Bruderparteien der übrigen Nationen. Durch Entsendung eines Delegierten, des Gen. Němec, beteiligte sich die Partei am Parteitage der deutschen Genossen in Aussig a. d. E. im Jahre 1902, dann am Parteitage der Genossen in Deutschland in München 1902 und Dresden 1903 und durch ein Begrüßungsschreiben am Parteitage der polnischen und slovenischen Genossen im Jahre 1901. Schmerzlich erregt beteiligte sich die Partei am Begräbnisse des lieben Freundes und Genossen, des verdienten Kämpfers für Volksrechte in Oesterreich, Julius Popp.

Die Tücke des Todes entriß uns zahlreiche Genossen, so im Laufe der letzten zwei Jahre besonders die Genossen Alois Krejčí, Franz Kompyrda, Wenzel Svarer und Johann Trejbal, insgesamt Kämpfer, deren ausdauernde Tätigkeit ihnen eine dankbare Erinnerung sichert.

In Zahlen ausgedrückt, sieht die Tätigkeit und Kraft der tschechoslavischen Sozialdemokratie so aus:

Die Partei hat jetzt in 32 Wahlkreisen Böhmens, Mährens, Nieder- und Oberösterreichs 346 lokale Organisationen, die von Lokalausschüssen geleitet werden. Außerdem gibt es in den angeführten Wahlkreisen 548 Orte, in denen die Partei ihre Vertrauensmänner hat, wo der Boden für unsere Bewegung vorbereitet ist, wo vielleicht auch schon ein zur Partei sich bekennender Verein existiert, wo aber wegen Mangels an Mitteln oder passender leitender Kräfte die politische Organisation nicht ausgebaut ist.

Arbeitervereine, die im Sinne der sozialdemokratischen Prinzipien wirken, zählt die Partei: 68 politische, 446 gewerkschaftliche (auch Ortsgruppen mitgerechnet), 376 Bildungsvereine, 60 Unterstützungsvereine, 29 Turnvereine und andere, im ganzen also 979 Vereine mit 49.117 Mitgliedern.

In der tschechoslavischen Gewerkschaftskommission in Prag sind etwa 22.000 zahlende Mitglieder konzentriert. Die Gewerkschaftskommission erhält zwei Sekretariate, in Pilsen und in Kladno, in anderen größeren Städten hat sie ihre Vertrauensmänner.

Oeffentliche Volksversammlungen und Meetings wurden nach uns zugegangenen Mitteilungen 5624 abgehalten, weiters 4124 Vereinsversammlungen, 3453 § 2-Versammlungen, im ganzen also 13.201. Diese Zahl zeigt, daß die Ereignisse der letzten Zeit die Arbeiterschaft mehr denn je dazu bewogen haben, das Versammlungsrecht und die Möglichkeit zur Meinungsäußerung gründlich auszunützen in der Verteidigung der Rechte des gesamten Proletariats.

Infolge ihrer politischen Tätigkeit wurden 327 Personen gestraft, allerdings alle zu kleineren Arrest- oder Geldstrafen, deren größter Teil auf Rechnung des ungeheuerlichen § 23 des Preßgesetzes fällt.

Die Parteipresse weist auch in diesem Zeitabschnitt einen großen Aufschwung auf. Sie besteht aus folgenden Blättern:

a) politische:

Taglätter:	„Právo Lidu“ (Prag)
	„Dělnické Listy“ (Wien)
dreimal wöchentlich:	„Rovnost“ (Brünn)
	„Svoboda“ (Kladno)
zweimal wöchentlich:	„Nová doba“ (Pilsen)
wöchentlich:	„Zář“ (Prag)
	„Nový jihočeský dělník“ (Budweis)
	„Severočeský posel“ (Teplitz)
	„Hlas lidu“ (Proßnitz)
	„Duch času“ (Mährisch-Ostrau)
vierzehntägig:	„Stráž v Pojizeří“ (Jung-Bunzlau)
	„Naše obrana“ (Příbram)
	„Ženský list“ (Arbeiterinnen-Zeitung, Prag)
monatlich:	„Sborník mládeži“ (Organ der jugendlichen Arbeiter, Prag);

b) die gewerkschaftliche Presse zählte im ganzen 19 Blätter, von denen die Organe der Metallarbeiter („Kovodělník"), der Bergarbeiter („Na zdar!"), der Buchdrucker („Veleslavín") und der Textilarbeiter („Textilník") wöchentlich erscheinen.

Weiters besitzt die Partei eine Revue („Akademie"), ein antiklerikales Kampfblatt („Červánky"), ein humoristisches, monatlich erscheinendes Blatt („Rašple") und eine belletristische Monatsschrift („Rudé květy"). Das „Tiskové družstvo" (Verlagskonsortium der Partei, verbunden mit dem Blatte „Zář") gab vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 im ganzen 33 größere Arbeiten und Broschüren in einer Gesamtauflage von 246.600 Exemplaren heraus.

Die Parteifinanzen haben sich in den letzten Jahren bedeutend gebessert durch Einführung der direkten Parteisteuer, die von jedem Parteiangehörigen eingehoben wird und zugleich die Grundlage zur Teilnahme an Entscheidungen in Parteiangelegenheiten bildet. Die Einnahmen der Parteikasse betrugen vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 Kr. 15.405·35, die Ausgaben Kr. 14.319·72.

Zum Schlusse unseres Berichtes zum Gesamtparteitage sprechen wir die Hoffnung aus, daß uns die gemeinsame fleißige Arbeit in der nächsten Periode um einen Schritt weiter bringt zu unserem Ziele, uns tschechische Proletarier gemeinsam mit unseren Brüdern anderer Nationen: der Befreiung aus dem wirtschaftlichen und politischen Joch des Kapitalismus.

Karl Vaněk, Parteisekretär.

Bericht der polnischen Exekutive.

Die wirtschaftliche Depression in Galizien, von der wir vor zwei Jahren an dieser Stelle berichteten, dauerte durch diese ganzen zwei Jahre nicht nur an, sondern sie hat sich — wenn das nicht wie ein Superlativ klingt — noch bedeutend gesteigert. Die kümmerlichen Reste des Handels und des Gewerbes, die noch übriggeblieben sind, liegen gänzlich brach. Viele Tausende, ja Hunderttausende von Arbeitern, die keine Arbeit mehr zu Hause finden können, wandern weit von ihrer Heimat, nach Westfalen, nach Nordamerika, nach Brasilien, Argentinien und Mexiko, sogar nach Afrika und Australien aus. Das größte Kontingent der Emigranten nach Nordamerika liefern eben die polnischen und ruthenischen Bauern und Arbeiter aus Galizien.

Die zügellose Wirtschaft der galizischen Schlachta vernichtet nicht nur das gesamte politische und ökonomische Leben im Lande, sie degeneriert die ganze Bevölkerung sowohl physisch wie geistig, sie entvölkert direkt das Land.

Die Landtagswahlen im Jahre 1901 brachten der Schlachta einen glänzenden Sieg. Dieser Sieg wurde aber davongetragen nicht durch den moralischen Einfluß, die Werbekraft der politischen Programme der Schlachta, der Klerikalen und der Reaktionisten, sondern einzig und allein durch das indirekte und mündliche Wahlunrecht. Das haben am besten die Ersatzwahlen für ein Mandat für den Reichsrat aus der städtischen Kurie in Krakau, welche knapp nach den Wahlen für den Landtag durchgeführt wurden, bewiesen. Die reaktionäre Majorität der Landtagswahl verwandelte sich — man könnte sagen in einer Nacht — in eine Minorität bei der betreffenden geheimen Reichsratswahl! Der Stanczykenkandidat unterlag schmählich einem Oppositionellen. Dieser Fall steht nicht abgesondert da. Bei den Gemeindewahlen in Krakau und Lemberg zeigte sich das noch besser. In Krakau feierte im Jahre 1902 Genosse Ignaz Daszynski und in Lemberg im Jahre 1903 Gen. Josef Hudec seinen Einzug in den Gemeinderat!

Das politisch gereifte und klassenbewußte organisierte Proletariat Galiziens versteht aus diesen Tatsachen die richtige Lehre zu ziehen. Der Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Gemeinde-, Landtags- und Reichsratswahlen entbrannte nun im Sommer des Jahres 1903 mit erneuerter Kraft und er wird mit unermüdlicher Ausdauer geführt.

Seit einiger Zeit wird in Galizien in der bürgerlichen Presse und in Versammlungen eine rege Agitation für die sogenannte „Industrialisierung" Galiziens geführt. Es werden besondere Institutionen getroffen, eigene Blätter und Vereine gegründet, welche diese Idee propagieren und zur Durchführung bringen sollen. Unsere Partei wünscht selbstverständlich nichts mehr, als daß diese Bestrebungen bald zur Tatsache werden und Galizien sich in ein reiches Industrieland verwandelt. Wir wünschen das im Interesse des Proletariats selbst. Aber wir wissen es ebenso gut, daß, so lange das jetzt bestehende Regime im Lande und im Reiche nicht gebrochen ist, so lange bleibt

auch diese Idee ein leeres Wort, ein Phantom, das keine Aussicht auf Verwirklichung beanspruchen darf.

Ebenso verhält es sich mit einem anderen Hirngespinst, für welches sich einige phantastische Politiker aus dem Lager der polnischen Nationalen, „National-Demokraten", wie sich selbe fälschlich zu nennen belieben, ereifern: Sie verlangen nichts mehr und nichts weniger als die Ausschaltung aus Oesterreich und die Selbständigkeit Galiziens. Die Propaganda für diese Idee findet einen ziemlichen Anklang bei dem jüngeren Teil der städtischen Intelligenz und beim Kleinbürgertum. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in dieser Frage ist klar und deutlich; er ist in unserem Programme, unserer bisherigen Taktik und den Beschlüssen des Brünner Gesamtparteitages gegeben. Wir erklären einfach kurz und bündig: Einverstanden, aber ... vor allem und zuerst muß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht kommen, zuerst muß die Macht der Schlachta gebrochen werden, muß nationaler Friede im Lande zwischen den Polen und Ruthenen geschlossen werden, dann erst reden wir gerne über andere Zukunftspläne. Zur Charakterisierung dieser „National-Demokraten" sei gesagt, daß ihnen nichts greulicher erscheint als diese Forderungen einer wahren Volksdemokratie! ...

Wie groß die Rechtsunsicherheit und die Rechtlosigkeit der Landbevölkerung in Galizien gegenüber dem allmächtigen Großgrundbesitzer ist, zeigt uns am deutlichsten folgender Vorfall, welcher im Jahre 1901 sich abspielte. In Manasterzec führte die Bauerngemeinde mit dem Gutsherrn Grafen Krasicki einen langjährigen Streit wegen einer kümmerlichen Viehweide. Dabei kam es einmal vor, daß die bewaffnete Dienerschaft des Grafen, unter Anführung von zwei Gendarmen, die Bauern überfiel. Es kam zum Kampfe — das heißt: die Gendarmen und die mit Jagdgewehren bewaffneten Diener schossen einfach auf die wehrlosen Bauern. Drei Bauern waren tot, viele wurden schwer verwundet. Die Staatsanwaltschaft klagte jedoch nicht die mörderischen Knechte des Grafen, sondern die noch am Leben gebliebenen Bauern an. Das moderne „ius gladii" des gräflichen Großgrundbesitzers fand jedoch kein Verständnis bei den Richtern aus dem Volke und das Schwurgericht sprach die Angeklagten frei.

In Anbetracht solcher Tatsachen, welche besonders in Ostgalizien zur täglichen Erscheinung geworden sind, darf man sich nicht wundern, daß dem unmenschlich geknechteten und bis aufs Mark ausgebeuteten Volke endlich doch die Geduld gerissen war. Schon im Laufe des Sommers im Jahre 1901 fanden hie und da partielle Arbeitseinstellungen der Landarbeiter statt. Den Anfang machten die Bauern in Starzawa, Bezirk Mościska, bei dem Pächter Noel Fuß.

Die Erntezeit des Jahres 1902 wurde für die Latifundienbesitzer in Ostgalizien zu einer wahren Schreckenszeit. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich unter den bisher sklavisch untergebenen, lammfrommen und genügsamen Bauern und Gutsknechten „der Geist des Trotzes" und „der Unzufriedenheit". Die Bauern und die Landarbeiter wollten nicht mehr um einen Taglohn von 15 bis 40 kr. täglich roboten, sie griffen zu der modernen Waffe des Klassenkampfes — sie streikten einfach. Die Gutsknechte und das übrige Hofgesinde erklärten sich mit ihren Brüdern aus dem Bauerndorfe solidarisch. Die Geschichte der Agrarstreiks in Galizien im Jahre 1902 ist aus dem Dringlichkeitsantrage, welcher vom Sozialdemokratischen Verbande am 16. Oktober 1902 im österreichischen Abgeordnetenhause eingebracht wurde, und aus den Reden des Abgeordneten Gen. Ignaz Daszynski, welche er zu diesem Antrage am 28. und 30. Oktober 1902 hielt, genügend bekannt. In mehr als 500 Gemeinden, in 24 Bezirken, brachen die Streiks aus. Sämtliche Behörden, die staatlichen sowohl wie die autonomen, Staatsanwalt und Richter, Gendarmerie, Polizei und Militär — Infanterie und ungarische Husaren — der niedrige und der hohe, der katholische und der jüdische Klerus, die gesamte konservative und die polnische national-chauvinistische Presse, mit einem Worte alles, was nicht proletarisch ist, wurde gegen die „Rebellanten" mobilisiert. Viele Hunderte von Bauern, Männer und Weiber, wurden in Ketten geschlagen, lange Wochen (meist fünf bis sieben Wochen lang) in Untersuchungshaft gehalten, um dann meist wegen, in Oesterreich gewöhnlicher, Uebertretungen des Koalitions- oder des Versammlungsgesetzes zu Arreststrafen von drei bis sechs Tagen verurteilt zu werden. Schließlich siegte doch die wunderbare Zähigkeit und Solidarität der Streitenden. Die riesige Verbreitung der Ausstände und der absolute Mangel an fremden Arbeitskräften war ihnen dabei behilflich. Sie erlangten fast überall eine kleine Lohnaufbesserung.

Den rein ökonomischen Kampf der armen, hungernden polnischen und ruthenischen Landarbeiter wollten die ruthenischen Chauvinisten als einen Kampf um „ihre" nationalen Rechte ausposaunen; andererseits strengten sich die ihnen ebenbürtigen polnischen Demagogen an, den Massenausstand in ein Komplott gegen das Polentum in Ostgalizien umzulügen. Daß ihnen das gründlich mißlungen ist, ist ein großes Verdienst unserer Partei.

Der Kampf mit der übermütigen Soldateska und dem berüchtigten Korpskommandanten General Galgoczy, welchen unsere Genossen in Przemysl begonnen haben und in den bald auch die Redaktion „Naprzod“ und noch einige oppositionelle Redakteure verwickelt wurden, endete mit einem vollständigen Siege der Partei. Zwar wurde unser Genosse Witold Reger als Soldat von dem Landwehr-Garnisonsgerichte in Przemysl zu einer sechsmonatlichen strengen Haft, verschärft mit zwei Monaten Einzelarrest mit hartem Lager und mit einem Fasttage in jeder Woche verurteilt, aber der große, vier Wochen dauernde Prozeß vor dem Schwurgerichte in Lemberg und mehrere Prozesse in Krakau, Lemberg und Przemysl endeten mit Freisprüchen der Angeklagten. In einem solchen Preßprozeß gegen den Redakteur des „Naprzod“ Gen. Dr. Sigismund Marek versuchte der Krakauer Staatsanwalt dem Schwurgerichtssaale auf diese Weise zu entwischen, daß er bloß eine Anklage wegen Hilfeleistung der Soldaten zur Begehung des Verbrechens der Meuterei erhob und den Redakteur vor den gewöhnlichen Gerichtshof zitieren wollte. Das Oberlandesgericht in Krakau akzeptierte diese Anschauung der Staatsanwaltschaft, indem es die Anklageschrift bezüglich der Kompetenzfrage bestätigte. Der Gerichtshof erklärte sich jedoch nach durchgeführter Verhandlung als nicht zuständig. Die Staatsanwaltschaft reichte die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Der Oberste Gerichtshof verwarf jedoch die Beschwerde, ohne eine öffentliche Sitzung anzuberaumen. Nachdem auf diese Weise der hinterlistige Plan der Krakauer Staatsanwaltschaft ins Wasser gefallen war, zog sie die ganze Anklage einfach zurück ....

Das von der Parteiexekutive in Krakau herausgegebene Parteiorgan „Naprzod“ erscheint nun das vierte Jahr täglich, troß allen Hindernissen und Verfolgungen. Um zu beweisen, wie weit der Verfolgungswahn des Krakauer Staatsanwaltes zu gehen vermag, genügt, wenn wir folgende Tatsachen anführen: in der Periode vom April 1900, als das Blatt täglich zu erscheinen begonnen hat, bis zum 30. Juni 1901 wurde es 113mal und in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 genau 100mal konfisziert. Im Zeitpunkte, als dieser Bericht niedergeschrieben wird, zählt der „Naprzod“ schon die 234. Konfiskation seit seiner Gründung als Tagblatt, das heißt seit 3½ Jahren! Das ist unstreitig der höchste bis jetzt errungene Rekord ... Aber noch einige charakteristische Proben für die Krakauer Zustände. Einmal bezeichnete es der Krakauer Staatsanwalt als „offene Frage“, ob die Administration des Blattes berechtigt sei, eine nichtkonfiszierte Nummer an die Tür anpicken zu lassen: er klagte und errang eine Verurteilung des verantwortlichen Administrators wegen § 23 des Preßgesetzes. Das anderemal betrachtete er wieder als „offene Frage“, ob die Redaktion berechtigt sei, in ihren Lokalitäten einzelne Nummern zu verkaufen. Diesmal wurde er mit der Klage abgewiesen. Das drittemal erreichte er eine Verurteilung des Redakteurs wegen § 21 des Preßgesetzes deshalb, weil eine amtliche Berichtigung eines Telegramms unter den Tagesneuigkeiten eingeschaltet wurde u. s. w. u. s. w. Schier unendlich ist die Reihe der staatsanwaltschaftlichen Einfälle des Herrn Dolinski. Wir könnten auch diesmal wiederholen: Die einzige Sorge des Krakauer Staatsanwaltes des Herrn Dolinski scheint es zu sein, den „Naprzod“ zu vernichten. Leider findet er reichliche Unterstützung bei dem Gerichtshofe, welcher alle seine Konfiskationen gutheißt und bestätigt. Unter anderem wurde auch unser neues Wiener Parteiprogramm und eine Rede des Gen. Karl Kautsky, die er am Wiener Parteitage hielt, im „Naprzod“ konfisziert.

Außer dem Tagblatte „Naprzod“ erscheint noch in Krakau alle 14 Tage ein Bauernblatt „Prawo Ludu“, welches in 1200 Exemplaren gedruckt wird und eine sehr große Verbreitung unter der Landbevölkerung findet. „Prawo Ludu“ wurde in der Berichtsperiode siebenmal konfisziert.

Die populär-wissenschaftliche Monatsschrift „Latarnia“ erscheint nun seit einem Jahre, nachdem sie früher vom Dolinski „eingestellt“ wurde, regelmäßig. Jede Nummer hat eine Auflage von zehntausend Exemplaren und es mußte von einigen Nummern bereits eine zweite Auflage verfertigt werden. Rund gingen schon mindestens 300.000 dieser kleinen roten Büchel, die einen Untertitel „Sozialistische Missionen für das arbeitende Volk“ führen und zu 6 H. per Exemplar verkauft werden, ins Land, überall Licht und Aufklärung verbreitend.

Der „Arbeiter-Kalender“, welcher bereits das elfte Jahr erscheint, erreichte eine Auflage von 4000 Exemplaren Alle wichtigeren Parlamentsreden des Abgeordneten Gen. Daszynski wurden ins Polnische übersetzt und in vielen Tausenden verbreitet.

Die gewerkschaftliche und politische Organisation des polnischen Proletariats in Galizien und Schlesien hat viele und große Schwierigkeiten — von denen die größten der Mangel jeder Industrie in Galizien, die Armut, das niedrige kulturelle Niveau und die geistige Verkommenheit der Volksmassen sind — täglich zu besiegen. Trotzdem schreiten wir langsam, aber stetig vorwärts und die Partei-

exekutive hat immer ihr Möglichstes getan, um ihren ehrenvollen Pflichten nachzukommen.

Durch die Aktion für die Einführung einer Invaliden- und Altersversicherung verstand es die Parteiexekutive, die breitesten Schichten der Bevölkerung für diese wichtige Sache zu gewinnen. Es wurden viele Tausende von Flugblättern ausgeteilt, viele Versammlungen und Demonstrationen abgehalten und endlich mehrere Hunderte Petitionen mit vielen Tausenden Unterschriften gesammelt und dem Reichsrate gemeinschaftlich mit gleichen Petitionen der Bruderorganisationen anderer Länder vorgelegt.

Zur Agitation für das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wurde außer dem Manifeste der Gesamtexekutive noch eine besondere polnische Flugschrift in einer Auflage von 40.000 Exemplaren herausgegeben. Sie wurde zwar konfisziert, aber die Polizei bekam kein einziges Exemplar zur Hand. Die „Flugschrift“ erschien nämlich als eine besondere Zeitschrift!

Groß ist ebenfalls die Zahl anderer Flugblätter, die bei verschiedenen Anlässen herausgegeben wurden.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Lemberg, Krakau und Bielitz wurden die von der Organisation aufgestellten Kandidaten gewählt. Zu den bereits früher eroberten städtischen Krankenkassen in Lemberg, Krakau und der Bezirkskrankenkasse in Przemysl gesellten sich in der Berichtsperiode drei weitere Bezirkskrankenkassen in Krakau, Rzeszow und Jaroslau. Jetzt gehen auch die Genossen in Stanislau, Tarnopol, Stryj, Podgorze, Biala und Tarnow an die Arbeit, um den Augiasstall der „Diebsnester“, wie die Bezirkskrankenkassen in Galizien allgemein beim Volke genannt werden, gründlich auszukehren.

* * *

Nachdem der Lemberger Parteitag im Jahre 1901 die Organisationsverhältnisse der Partei geregelt hat, beschloß der achte Parteitag der polnischen sozialdemokratischen Partei Galiziens und Schlesiens, welcher am 4., 5. und 6. Jänner 1903 in Przemysl tagte, die Einführung einer Parteisteuer zugunsten der Parteiexekutive und den weiteren Ausbau der Parteiorganisation.

Die Einnahmen der Parteiexekutive in der Berichtsperiode vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 betrugen Kr. 1368·90, die Ausgaben Kr. 1176·80.

Nach den Beschlüssen des siebenten und achten polnischen Parteitages ist die Parteiorganisation in fünf Agitationskreise gegliedert. Von der Schaffung besonderer Wahlkreisorganisationen haben wir vorläufig in Anbetracht der herrschenden Zustände Abstand genommen.

Krakau, im Oktober 1903.

Im Auftrage der polnischen Parteiexekutive:
T. Reger.

Bericht der ruthenischen Exekutive.

„Die Partei sieht es jetzt als ihre Hauptaufgabe an, ständige Organisationen auf dem Lande zu errichten und von dem Gelingen derselben hängt auch ihre weitere Entwicklung ab.“ Mit diesen Worten haben wir unseren Bericht vor zwei Jahren geschlossen und heute wollen wir versuchen anzugeben, was in dieser Hinsicht in den letzten zwei Jahren geschehen ist: Man muß ein ruthenisches Dorf vor Augen haben, weit vom Verkehr, mit unverläßlicher Postverbindung (ihr Parteiblatt wird den Genossen von der Post absichtlich nicht zugestellt), mit einer großen Zahl Analphabeten (gegen 70 Prozent) und zwei wachsamen Hütern der bestehenden Ordnung in Person des ruthenischen Pfaffen und polnischen Schlachzizen, die gegen einen einwandernden sozialdemokratischen Agitator sofort die skrupellose galizische Gendarmerie hetzen. Wenn man noch hinzufügt den absoluten Mangel an geeigneten Versammlungslokalen und das Abtreiben derselben durch Einschüchterung der jüdischen Wirtshauspächter mit polizeilichen Schikanen, wird man ein Bild der ungeheuren Schwierigkeiten haben, mit welchen die ländliche Agitation verbunden ist. Um auf dem flachen Lande festen Fuß zu fassen, wurden in einzelnen Landgemeinden sozialdemokratische Bildungsvereine „Wola“ (Freiheit) gegründet und dadurch die Möglichkeit gegeben, allgemein zugängliche

Vereinsversammlungen in Vereinslokalen abzuhalten. Auf diese Art wurden ganze Bezirke, wie Zbaraz, Przemysl, Buczacz, Czortkow, Stanislau, mit einem Netz sozialdemokratischer Agitationsnester übersäet und das Resultat war manchmal überraschend: so hat sich die ganze Bauernschaft des Bezirkes Zbaraz (über 50.000 Einwohner) in mehreren öffentlichen Versammlungen nach einer sehr regen und gründlichen Debatte für die Sozialdemokratie erklärt und trotz einer lebhaften Agitation der Nationalpartei gegen dieselbe.

Im Vordergrund der Parteitätigkeit stand die große Streikbewegung der ruthenischen Landarbeiter im Sommer 1902. Wenn auch der Ausbruch dieser großartigen Bewegung (es standen im Streik über 200 Ortschaften und mehrere Hunderttausende Arbeiter in einer Landesfläche von über 100 Quadratkilometern) für die Partei ganz unerwartet kam, strengte sie doch alle ihre Kräfte an, um der elementaren Bewegung, die allein durch schändliche Hungerlöhne (24 bis 80 H. Tageslohn in Geld oder Korn) hervorgerufen wurde, die Form und den Charakter einer modernen Streikbewegung zu geben. Eine vom Genossen Wityk verfaßte Broschüre: „Wie soll man vorgehen in der Zeit des Streiks?", verbreitet in wenigen Tagen im ganzen Streikgebiet, belehrte die Streikenden über alle Rechtsfragen, die auf den Streik Beziehung haben könnten, und hatte den Erfolg, daß die Streikbewegung mit sehr wenigen Ausnahmen überall mit Ernst und Ruhe vor sich ging. Unsere Genossen haben es zustande gebracht, daß überall von den Streikenden Streikcomités gewählt wurden, welchen die Streikenden mit bewunderungswürdiger Selbstverleugnung auch in schwierigsten Momenten (nach galizischer Rechtsanschauung der Schlachzizen und Verwaltungsbehörden wurden ja die Streikenden von Gendarmerie und Militär durch Gewalt zur Arbeit zu zwingen versucht — es ereigneten sich viele Provokationen mit Schießerei und Blutvergießen) mit größter Disziplin folgten. Es war meistens nur dem Eingreifen unserer Genossen zuzuschreiben, daß mit wenigen Ausnahmen fast alle Streiks für die Landarbeiter siegreich beendet wurden.

Der Armee des internationalen Proletariats auch organisierte Landarbeiter des flachen Landes anzugliedern, ist sicher eine schwere, aber zivilisatorische Aufgabe; sie zu erfüllen trachtete die ruthenische Sozialdemokratie bei ihren schwachen Kräften recht erfolgreich. Das Parteiblatt weist einen ständigen Zuwachs an Abonnenten aus — mehrere Agitationsbroschüren wurden in Zeitabständen von zwei bis drei Monaten herausgegeben und verbreitet. Am 21. und 22. März l. J. wurde der erste Parteitag der ruthenischen Sozialdemokratie in Lemberg abgehalten. Beschickt wurde er von 36 Delegierten aus verschiedenen Bezirken Ostgaliziens. In regen Beziehungen mit der ruthenisch-ukrainischen Sozialdemokratie im russischen Reiche hat unsere Partei derselben auch tätigen Beistand geleistet bei Büchertransporten über die russische Grenze, wobei leider unsere Verwaltungsbehörden eine zweideutige Rolle gespielt und es sogar den russischen Polizeiorganen ermöglicht haben, auf unserem Gebiete zu intervenieren. Eine Demonstration in Przemysl zur Zeit des Zarenbesuches war ein äußerer Ausdruck des intimen Verhältnisses zu unserer Bruderpartei in Rußland und der Sympathie für ihr Tun und Lassen.

Bericht der italienischen Exekutive in Triest.

Die italienischen Sozialdemokraten Oesterreichs mußten sich auch während der letzten zwei Jahre hauptsächlich — ja beinahe ausschließlich — damit befassen, die Arbeiterschaft gewerkschaftlich zu organisieren und somit der künftigen politischen Tätigkeit des Proletariats einen fruchtbaren Boden zu bereiten. An aktiver politischer Tätigkeit hat die italienische Partei nicht viel zu verzeichnen, obwohl sie nach Maßgabe der eigenen Kräfte es nie unterlassen hat, in allen von der Gesamtpartei aufgeworfenen Fragen auch ihre Stimme zu erheben.

Im Verzeichnis der politischen Aktionen der Partei ist der von der Partei proklamierte Generalstreik in Triest hervorzuheben, der als ein politischer Streik anzusehen ist, weil er das ganze Proletariat unserer Hafenstadt zu einer bewunderungswürdigen solidarischen Bewegung gegen ein 150 Jahre altes Gesetz über den Seedienst und gegen den Mißbrauch der Marinesoldaten zu Streikbrecherdiensten vereinigt hatte. Der Generalstreik endete mit einem glänzenden Siege, kostete aber der Arbeiterklasse 12 Menschenleben, unzählige Verwundungen und Jahre Kerkers, mehrere Hunderte Ausweisungen. Den von allen vernachlässigten und vergessenen Arbeitern des Seeverkehres war aber endlich ein bißchen Freiheit und die Möglichkeit der Organisation erkämpft worden,

und den bornierten Regierungsvertretern Oesterreichs wurde noch einmal gelehrt, daß die altösterreichischen Systeme immer weniger in die Gegenwart passen.

Seitdem wird von den politischen Behörden das Vereins- und Versammlungsrecht mit modernerem Geiste gehandhabt, und unsere Partei konnte wiederholt den Beweis liefern, daß durch die Freiheit die öffentliche Ordnung viel besser geschützt ist als durch die dazu berufenen Organe.

Bedeutendes hat die Partei durch ihre Arbeiter-Fortbildungsvereine für die geistige Hebung des Proletariats geleistet. Durch Heranziehung der besten Parteigenossen Italiens ist es dem Triester Circolo di studi sociali gelungen, ununterbrochene Volksuniversitätskurse zu veranstalten, an denen Hunderte und Tausende Arbeiter teilnahmen. Der Erfolg der Sozialdemokraten drängte ähnliche Veranstaltungen der weit mehr bemittelten nationalen Bourgeoisie ganz in den Hintergrund.

Die Parteipresse ist an Zahl stärker geworden: das Zentralorgan „Il Lavoratore" erscheint seit einem Jahre dreimal wöchentlich und hatte schon eine Auflage von 5000 Exemplaren erreicht, ging aber wieder auf 3000 zurück, als die Genossen von Görz und Gradisca ihr eigenes Wochenblatt „Nuova Idea" und jene Dalmatiens das zweisprachige (kroatisch-italienische) „Socialista" gegründet haben. Die Genossen Istriens werden in nächster Zeit das nach der Erkrankung Domokos' eingestellte „Il Proletario" wieder ins Leben rufen.

Der 1. Mai wurde seit zwei Jahren in Triest allgemein gefeiert; es ruhten nicht nur die Werkstätten, sondern auch der ganze Hafenverkehr; sämtliche Geschäfte und Banken waren geschlossen. Auch in den Provinzen wurde der 1. Mai in bedeutend größerem Maße als bisher gefeiert. Aus den entlegensten Dörfern Istriens kam uns die Nachricht, daß das Arbeiterfest gefeiert worden war.

In der Berichtsperiode wurde ein Parteitag der italienischen Sozialdemokraten Oesterreichs am 5. und 6. Jänner 1902 in Triest abgehalten. Die Gesamtpartei war durch Gen. Dr. Ellenbogen, die reichsitalienische durch Gen. Cabrini vertreten. Derselbe Parteitag wählte den Gen. Dr. Ellenbogen zum Vertreter der italienischen Sozialdemokraten Oesterreichs in die Gesamtparteivertretung.

Außerdem wurden in Gradisca, in Pola und in Spalato Ende 1902 Landeskonferenzen abgehalten, von denen die in Spalato besonders hervorzuheben ist, weil sie für ganz Dalmatien den Beginn eines neuen Zeitalters zeichnete. Seitdem konnte man im unterdrückten Dalmatien mit der Agitation und Organisation vorwärts schreiten und die willkürlichen politischen Behörden durch die Presse und durch die Interpellationen des Dr. Ellenbogen eines Besseren belehren. Die Arbeiter Dalmatiens danken der Sozialdemokratie, wenn sie sich halbwegs bewegen und versammeln können, ohne von den Gendarmen überrumpelt zu werden.

Die Agitation ist sehr mangelhaft gewesen, weil wir einen großen Mangel an agitatorischen Kräften haben. Es wurden wohl mehrere auch große Versammlungen in den größeren Städten abgehalten; die Parteivertretung mußte aber beinahe ganz darauf verzichten, den Wünschen und den wiederholten Anfragen der kleineren Ortschaften nachzukommen.

An dieser Stelle sei erwähnt, daß die Italiener in den letzten zwei Jahren zwei ihrer besten Kräfte verloren haben: den Genossen Carlo Ucekar, den Gründer der Partei im Küstenlande, und Lajos Domokos, den jungen, feurigen Agitator und Mitarbeiter aller italienischen Blätter.

Die Lohnbewegungen sind außerordentlich zahlreich gewesen, es haben im ganzen 60 Streiks stattgefunden, die meisten mit gutem Erfolge, einige wenige mit vernichtenden Niederlagen, die darauf zurückzuführen sind, daß der Nachahmungsgeist gänzlich unorganisierte Arbeiter zu unüberlegten Bewegungen hingerissen hatte.

An Landtagswahlen haben sich nur die Genossen von Albona (Istrien) beteiligt. Die Folge davon war, daß sich die italienischen und kroatischen Nationalen gegen die Sozialdemokraten verbündeten.

An Gemeindewahlen beteiligten sich die Genossen in Muggia bei Triest, die 10 Sozialdemokraten durchgebracht haben.

An politischen Verfolgungen haben wir — außer den hohen Strafen anläßlich des Generalstreiks — 10 Monate und 5 Tage Gefängnisstrafen und 30 K Geldstrafen zu verzeichnen; mehrere Genossen wurden prozessiert und freigesprochen. Die Konfiskationen waren immer auf der Tagesordnung; das „Il Lavoratore" hat allein 34 zu verzeichnen, davon die meisten, weil wir mit dem Staatsanwalt über die Beurteilung der Pfaffenwirtschaft nicht einig sind.

———

Bericht der italienischen Exekutive des Trentino.

(Für die Zeit vom November 1901 bis Oktober 1903.)

Die soziale und wirtschaftliche Lage: Die ökonomische Lage unseres Landes ist eine sehr schlechte und hat sich in den letzten zwei Jahren nicht gebessert; die Art der Erzeugung, die Verteilung der diversen Klassen und alle anderen dadurch hervorgerufenen politischen und sozialen Phänomene gleichen jenen, welche vor einem halben Jahrhundert vorgekommen sind in jenen Ländern, welche heute zu den modernen zählen.

Die Bearbeitung des Bodens: Zwei Drittel unserer Bevölkerung (nämlich 240.000 Personen) betreiben Ackerbau; es handelt sich meistens um Kleingrundbesitzer und kleinen Anbau.

Die Auswanderung: Der größte Teil der in der Statistik erscheinenden Klein-Landwirtschaftsbesitzer ist dies nur dem Namen nach, nicht nur, weil ihre Schulden den Eigentumswert übersteigen, sondern auch deshalb, weil sie tatsächlich die Bearbeitung der Felder fast ausschließlich den Frauen überlassen und, um den ungenügenden landwirtschaftlichen Verdienst zu erhöhen, für Monate und Jahre auswandern und als Taglöhner, Maurer und Handlanger teils in deutscher Gegend und teils in Amerika Beschäftigung suchen. Die Zahl der Trentiner zeitweiligen Auswanderer, welche jährlich gehen und kommen, läßt sich auf zirka 40.000 bis 50.000 schätzen. In den letzten Jahren haben dieselben durch die sozialistische Propaganda den Wert der Organisation kennen gelernt und werden nicht mehr so leicht zum Schaden ihrer Brüder in den Ländern, wohin sie sich begeben, zu Streitbrechern.

Die Industrie: Kaum 60.000 Personen (6 Prozent der gesamten Bevölkerung) leben von der Industrie. Von diesen sind fast ein Drittel Besitzer (natürlich nur dem Namen nach) ihres kleinen Betriebes. Auch von jenen, welche der Statistik zufolge als das Proletariat der Industrie gelten sollten, ist kaum bei den Arbeitern in den Städten und größeren Zentren der Arbeitertypus ausgeprägt.

Die Parteien Südtirols: In Trentino gibt es außer der sozialen Partei noch zwei andere: die liberale und die klerikale Partei. Die wenigen Feudalen und die Regierungsfreundlichen sind überall mit der klerikalen Partei verschmolzen und nehmen an den Wahlkämpfen überhaupt keinen Anteil mehr. Es fehlen bei uns die sogenannten verwandtschaftlichen Parteien, wie in Italien die Republikaner, Radikalen, Anarchisten, die äußerlich anscheinend demokratische Oppositionspartei der Kleinbürger, ähnlich den Christlich-Sozialen im nahen Tirol.

Unserer Partei muß durch das Fehlen jedweder Reformpartei einen nicht geringen Teil ihrer Tätigkeit einfachen progressiven Kämpfen, welche anderenorts schon durchgekämpft oder von der weiter vorgeschrittenen Volkspartei gekämpft werden, widmen.

Die klerikale Partei: Wenigstens drei Viertel der 539 Pfarreien des Trentino sind zu organisierten Zentren der klerikalen Partei vereint, für welche Pfarrer, Kapläne, Mesner und alle diejenigen, welche unter dem klerikalen Einflusse stehen, sei es wegen materieller Stütze oder religiösen Fanatismus, eifrig agitieren. Seit sieben Jahren, nach dem Auftreten des Sozialismus, ist es Hauptaufgabe aller dieser Leute, denselben zu bekämpfen, überdies nimmt die Intoleranz auch gegen die Prinzipe und die liberalen Personen oder jene, welche sich einfach nicht in allem dem geistlichen Regime unterwerfen wollen, stetig zu. Mit diesen Prinzipien klerikalen Exklusivismus versucht man die kleinen Gemeinden zu beherrschen und zu isolieren und mit weit gefährlicheren Mitteln in den Städten. Um diese Zwecke zu erreichen und um sich einen sozialen Anstrich zu geben, griff die klerikale Partei in den letzten Jahren zu der Errichtung einiger hundert Konsumvereine und Raiffeisen-Kassen (landwirtschaftliche Kassen) 2c.

Viele dieser mehr vom parteiischen Standpunkte aus als auf Grund einer gesunden ökonomischen Richtschnur geleiteten Einrichtungen stehen am Rande des Ruins, was nunmehr auch zu einem allgemeinen Gefühl des Mißtrauens gegenüber den schwarzen Politikern führt.

Unsere Tätigkeit: Die vorerwähnten Verhältnisse vorausgesetzt, konnte kein großer Zweifel in der Wahl unserer Taktik herrschen, welche auf dem letzten ordentlichen Kongresse in Trient vom 8. Dezember 1902 mit Einhelligkeit, fast ohne Besprechung gebilligt wurde und mit dem in allen unseren vorhergehenden Kongressen angenommenen Programme übereinstimmt. Die Hauptlinien hiervon sind:

Einflößen der Kenntnis des sozialen Programms den industriellen Arbeitern der Städte, wie klein deren Anzahl auch sein mag, sie ökonomisch zur Erreichung höherer Löhne und besserer Arbeitszeit zu organisieren; so viel wie möglich wäre dieselbe Arbeit auch mit unseren Auswanderern und den Reichsangehörigen, insbesondere aber mit jenen, welche sich in das nahe Tirol begeben, vorzunehmen.

Ausdehnung unserer Tätigkeit in der Propaganda und Organisierung, soweit diese mit der den Arbeitern zu widmenden Tätigkeit tunlich erscheint, auf alle politischen und ökonomischen Klassen (kleine Bauern, Handwerker und Lehrer 2c.), welche außerhalb der zwei Hauptstädte die Majorität der Anhänger der sozialen Partei bilden.

Der Autonomiestreit und die sozialdemokratische Partei: Nachdem die Erfahrung gelehrt hat, daß bei der Ungleichheit der Verhältnisse zwischen dem italienischen und dem deutschen Teil keine Hilfe, vielmehr Schwierigkeiten für diese ökonomische Umwälzung des Trentino zu erwarten ist, kämpften wir für die Autonomie des Trentino. Im verflossenen Juli erklärte sich die große Mehrzahl von uns für die Annahme eines Vergleichprojekts, welches einem Kampfe, welcher nun seit 50 Jahren in Trentino andauert und die Zuwendung der Tätigkeit dem öffentlichen Leben für andere Lebensinteressen verhindert, ein Ende setzen sollte, da dieses den hauptsächlichsten ökonomischen Anforderungen entsprach und die Autonomie wünschenswert erscheinen ließ, nur wäre damit die Lösung auf nationalem Gebiete wegen des Fassatales weniger zufriedenstellend gewesen.

Nachdem jedoch die Autonomie ohne das allgemeine Wahlrecht nur von einer Seite vor Ausnützung schützen würde, und da keine andere Partei des Trentino ein Programm besitzt, welches diese Reform aufrichtig aufnimmt, und da in dem Kampfe der zwei Bürgerschaften nur der Rassenhaß und das Vorurteil vermischt werden, wurde auf dem Dezember-Kongresse beschlossen, daß unsere Partei nicht mit den anderen am Kampfe um die Autonomie teilnehme, sondern von nun an ihre Hauptkräfte ihrem wirklichen Zwecke, der Erziehung und Emanzipierung des Arbeitervolkes, weihe.

Die mündliche Propaganda: Die Verbreitung des Sozialismus ist bei uns durch die Zerstreuung der Bevölkerung in vielen kleinen Ortschaften und infolge Mangels an Rednern sehr erschwert. Bisher sind diese aus den wenigen Genossen, welche schon während ihrer Universitätsstudien Sozialisten wurden, hervorgegangen. Um gute Redner unter den sozialistischen Arbeitern heranzubilden, sind Instruktionskurse in den größeren Plätzen in Aussicht genommen. Bisher wurde ein solcher Kurs im verflossenen Frühjahre in Trient mit 18 Lektionen über das Werk der Verbreitung der sozialen Theorien abgehalten, der ziemlich gut besucht war.

In diesen zwei Jahren konnten wir nur in allen sechs Städten und in anderen 34 Gemeinden sozialistische Besprechungen und Versammlungen abhalten, während wir schon in der letzten Wahlkampagne zirka 60 sozialistische Stimmen zu verzeichnen hatten und leicht noch auf 100 kommen und mit Erfolg unsere Propaganda kultivieren könnten.

Ohne die Vereinsversammlungen der verschiedenen Gewerkschaften, wovon wir keine Statistik besitzen, zu berücksichtigen, wurden vom Oktober 1901 bis Mitte Oktober 1903 durch die Mitwirkung sozialistischer Redner 135 öffentliche Versammlungen im Trentino abgehalten. Zur Verbreitung des sozialistischen Programms wurden 28, für die Wahlpropaganda 75, für die Organisation und ökonomische Agitation 18, für die Agitation gegen die Militärgesetze 15, für das allgemeine Wahlrecht 13, gegen die Zölle und Konsumsteuern 10, für die Autonomie und Landesangelegenheiten 5, gegen die Beschäftigungslosigkeit und Wohnungsnot der Arbeiter und andere Lokalangelegenheiten 6, für den 1. Mai 11, für Frauen 4 Versammlungen abgehalten. Um das soziale Gefühl der Arbeiter aufrecht zu erhalten und um unsere Ideen auch auf dem Lande auszustreuen, gaben die von Trient nach Rovereto und Riva an neun aufeinanderfolgenden Sonntagen veranstalteten Ausflüge gute Veranlassung.

Sozialistische Kundgebungen: Außer den organisierten Festzügen gelegentlich des 1. Mai fand ein solcher, um gegen die Allianz der Klerikalen mit den Liberalen in den letzten Landtagswahlen zu protestieren, je einer in Trient und Rovereto aus Solidarität mit den Genossen Triests gelegentlich des allgemeinen Ausstandes statt.

Propaganda durch die Presse: Unser Tagblatt „Il Popolo“ vollendet im künftigen Frühjahre das vierte Jahr seines Bestehens. Den Hereinbruch unvorhergesehener Stürme ausgenommen, ist dessen Existenz nunmehr gesichert, nachdem dessen Bilanz bereits im Vorjahre aktiv war, und bleibt nur noch ein Defizit von einigen tausend Kronen aus den ersten zwei Lebensjahren zu decken, und glauben wir dies in den nächsten Jahren bei vorausgesetztem günstigen Fortgange bewerkstelligen zu können. Zum Glück ist es dem „Il Popolo“ durch das Interesse, welches seine tapfere Kritik gegen jede Camorra erweckt, und seine technische Ueberlegenheit gegenüber anderen Blättern des Landes gelungen, Abonnenten und Leser selbst unter seinen ärgsten Gegnern zu finden. Seine Auflage bewegt sich zwischen 2000 bis 3000 Nummern täglich und übersteigt weitaus alle anderen Blätter des Trentino. Um die Arbeiter mit einem Wochenorgan zu versehen, welches sich ausschließlich der kleinen Propaganda und den Organisierungsverhältnissen zu widmen hätte, wurde im Frühjahre 1902 von unserem Exekutivcomité der „Batocio“ gegründet, welcher nach Einführung als obligatorisches

Personatorgan für die Arbeiterorganisation bald eine Wochenauflage von 1500 Nummern erreichte. Leider hat sich jetzt diese Auflage nicht nur viel verringert, sondern hat nach dem im verflossenen April erfolgten Ausscheiden seines Direktors und verantwortlichen Redakteurs aus der Organisation unserer Partei auch aufgehört, unser Parteiblatt zu sein und verweigerte der Genannte über Aufforderung sogar die Vorlage der Bilanz an das Exekutivcomité der Partei. Der „Batocio“ ist heute Organ des Trentiner Arbeitersekretariats. Am 1. Mai 1902 und 1903 wurde eine Einzelnummer „Der erste Mai“ mit 4000 Exemplaren ausgegeben. Für das Jahr 1902 wurde ein sozialistischer Taschenalmanach ausgegeben. Im Herbste 1902 wurde ein Werk des Dr. Colmano betreffend die Arbeiter-Invaliditätsversorgung veröffentlicht. Außer unseren Blättern sind einige sozialistische Wochenblätter Italiens ziemlich verbreitet, insbesondere das satirische, illustrierte Blatt „Il Asino“ mit zirka 600 Abonnenten. Um die vielen guten Propagandawerke des Reiches zu verbreiten, wurde vom Exekutivcomité kürzlich die Errichtung eines Bücher- und sozialistischen Zeitschriftenverlages beschlossen, welcher jedoch noch nicht ins Werk gesetzt werden konnte. Dagegen wurde mit der Verwirklichung des Projekts auf Errichtung einer Parteibibliothek, geteilt in Serien zu je 60 Bänden, begonnen, von welchen je eine Serie einer Lokalsektion geschickt und mit einer neuen wieder vertauscht wird, sobald die Genossen dieselbe gelesen haben.

Die politische Organisation unserer Partei und die finanziellen Mittel wurden auf dem Februar-Kongreß 1900 beschlossen und auf jenem vom 8. bis 9. Dezember 1902 bestätigt. Der Beitrag der Genossen beträgt 10 H. für die Trientiner Parteikasse und 10 H. für die Lokalverwaltung.

Das Exekutivcomité setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen; bis zum Oktober 1902 funktionierte selbes sehr unregelmäßig und mit wenigen Sitzungen, von dort an fanden aber regelmäßige Wochen-Sitzungen mit befriedigender Teilnahme und regulärer Tätigkeit statt.

Gelegentlich der Wahlagitation wurde in Orten, wo die Partei zahlreicher vertreten ist, die Organisation in jeder Werkstätte und Straße vorgenommen.

Den finanziellen Bedürfnissen der Partei wurde bisher mehr durch fallweise Beisteuerung einzelner Genossen begegnet als mit den regulären Beiträgen der politisch organisierten Genossen.

Kongresse: Im Dezember 1901 wurde in Bozen zwischen den Delegierten unserer Partei und jenen der deutschen Genossen Tirols eine Besprechung abgehalten, in welcher die Errichtung eines italienischen Propaganda-Wochenblattes und die Umänderung der Arbeitervereine in Bildungsvereine empfohlen wurde; ferner führte dieselbe zu einer Verständigung hinsichtlich der Autonomiefrage des Trentino, in der beschlossen wurde, die Kräfte im Kampfe für die Landeswahlreform zu konzentrieren. Am 14. September 1902 wurde in Trient eine Vorbereitungsversammlung für den Kongreß von Delegierten der den einzelnen ökonomischen Organisationen angehörigen Genossen abgehalten.

Der Kongreß fand am 8. und 9. Dezember statt. Auf demselben wurden ohne bedeutende Abweichungen jene taktischen Normen politischer und ökonomischer Organisation und der Autonomiefrage beschlossen, welche wir in den einzelnen früheren Kapiteln besprochen haben.

Landtagswahlen: Im Dezember 1902 waren die Landtagswahlen. Von den sozialistischen Kandidaten gegen die Vereinigung kam Joris im Wahlbezirke von Levico, Borgo, Pergone in die Stichwahl und blieb mit 132 gegen 165 Stimmen der klerikal-liberalen Kandidaten in der Minorität.

Gemeindewahlen und Teilnahme an den Gemeindeangelegenheiten: Einen günstigen Erfolg hatten wir im vergangenen Dezember bei den Gemeindewahlen in Trient zu verzeichnen, wo die Sozialisten mit den Liberalen und Klerikalen mit den Namen Avancini und Battisti in Streit kamen. Bei der ersten Wahl traten sie mit 375 gegen 857 Stimmen in Ballotage. In der Ballotage infolge einer Allianz zwischen Liberalen und Sozialisten fiel die klerikale Liste ganz und unsere zwei Genossen drangen mit 509 Stimmen durch.

Als wir vor vier Jahren das erstemal in Trient uns bei den Gemeindewahlen beteiligten, erhielten wir kaum 130 Stimmen.

In ganz Trentino herrscht noch das Wahlsystem der drei Wahlkörper mit Ausschluß jener, welche keine direkten Steuern entrichten. Infolge unserer lebhaften Agitation in den Gemeinden für das allgemeine Wahlrecht votierten die Gemeinderäte der autonomen Städte Trient und Rovereto wenigstens eine Reform des Wahlsystems; trotzdem dieselbe nur eine schlechte Nachahmung der Wiener Wahlreform ist, erhielt sie bis jetzt weder die Genehmigung des Landtages noch die kaiserliche Sanktion.

Im Roveretaner Gemeinderat ist die Gruppe der Sozialisten mit fünf Mann vertreten. Auch in Riva, Aldeno, Civezzano und Sover haben wir sozialistische Ge-

meindevertreter, doch besteht keine reguläre Gruppe wie in Rovereto, welche mit der Vereinigung der Genossen in Relation stünde.

Der Kampf gegen die Brotsteuer: Die Gemeindeangelegenheit, welcher unsere Partei in ganz Trentino die größte Aufmerksamkeit widmete, ist der Kampf gegen die bestehenden Gemeindeauflagen und den monopolartigen Pacht des Rechtes der Broterzeugung für einen einzigen Bäcker für die ganze Gemeinde. In dieser Auflage liegt der Grund, daß das Brot ganz Trentinos nicht nur sehr schlecht, sondern auch sehr teuer und der Konsum der Polenta so enorm ist, und ist dies auch der Grund der fürchterlichen Verbreitung der Pellagra, von welcher die amtlichen Ziffern eine Vermehrung von 400 Fällen im Jahre 1900 auf 3900 im Jahre 1903 aufweisen.

Dieser unser Kampf hat angefangen, gute Früchte zu tragen. In vier bis fünf Gemeinden wurde diese Magensteuer abgeschafft; in den Gemeinden Ala und Riva ist an Stelle des Privatverschleißes mit guten Resultaten die Gemeindebäckerei getreten, in mehreren Gemeinden wird die Bewilligung der Broterzeugung nicht mehr demjenigen Bäcker übertragen, der den größten Tribut bezahlt, sondern demjenigen, der das Brot zu besseren Konditionen liefert.

Die ökonomische Bewegung und die Arbeiterausstände: In den ersten vier Jahren nach dem Entstehen des Sozialismus in Trentino hatte man häufig Ausstände mit vielen Siegen; viele Arbeiterbewegungen hatten auch ohne Ausstand einen guten Erfolg, so daß die zehnstündige Arbeitszeit und die Erhöhung der Durchschnittslöhne um zirka zehn Prozent fast allgemein wurden.

Unsere Löhne bewegen sich jedoch noch immer unter den Anforderungen der geringsten Notwendigkeit, was durch die Relation des Gewerbeinspektors bestätigt wird. Nach den Statistiken beträgt der Lohn eines erwachsenen Arbeiters in Trentino durchschnittlich Kr. 1·62, jener der Frauen 92 H.

Seitens der organisierten Arbeiter kam es im Trentino zum Schneiderstreik, welcher, kaum begonnen, gleich mit Aufbesserungen endete, und einzig nur durch die Kraft der Organisation unter Androhung gut geleiteter Ausstände erhielten die Bäcker von Trient, Rovereto und Arco, die Papierfabrikationsarbeiter und die Sticker in Rovereto Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung und Sonntagsruhe. Hingegen endete der Schusterstreik in Rovereto ungünstig.

Bei der ökonomischen Organisation wurden als Grundlage die österreichischen Gewerkschaftsvereinigungen für die Tischler, Eisenbahner, Maurer, Schuster, Schneider, Papierarbeiter angenommen. Außer dem Trentiner Arbeitersekretariat gibt es 44 ökonomische Vereine.

Der erste Mai wurde in Trient, Rovereto, Riva und Arco in beiden Jahren durch Enthaltung von der Arbeit, mit Konferenzen, sozialistischen Umzügen und Volksfesten gefeiert. Auch in Levico, Borgo, St. Michele, Bezzecca, Semelle und Malè fanden anläßlich des ersten Mai Arbeiterkundgebungen statt. In Trient und Rovereto war die Arbeitseinstellung in beiden Jahren fast allgemein.

Die Chronik der Verfolgungen: In den zwei Jahren, über welche wir relationieren, wurden 40 Nummern des „Il Popolo“ unter 600 konfisziert. Die Verurteilungen, wovon wir die Daten besitzen, belaufen sich in diesen zwei Jahren auf **303 Tage Kerker oder Arrest** und auf **1795 Kr. Geldstrafe** mit zwei Verurteilungen durch das Schwurgericht, drei durch das Kreisgericht, sechs vom Bezirksgerichte und 21 von Polizisten. Zwei Schwurgerichtsprozesse wegen Aufwiegelung und drei wegen Ehrenbeleidigung durch die Presse wurden eingestellt. Ein von 14 Abgeordneten des italienischen Klub gegen die Kritik des „Il Popolo“ über ihr Verhalten im Parlamente gegen die neuen Militärlasten vor dem Schwurgerichte in Trient angestrengter Prozeß endete mit einem Freispruche. Fünf Versammlungen wurden verboten, eine aufgelöst.

Rovereto, 24. Oktober 1903.

Das Exekutivcomité der sozialistischen Partei des Trentino.

Bericht der südslavischen sozialdemokratischen Parteiexekutive.

Die südslavische Sozialdemokratie kann ihrem allgemeinen Berichte voranschicken, daß sie sich an allen Aktionen der gesamten österreichischen Sozialdemokratie mit allen ihren Kräften beteiligt hat. Daß wir den sozialdemokratischen Gedanken in die finstersten Täler des slavischen Gebietes getragen und fruchtbar angelegt haben, das ist das Hauptverdienst unserer Tätigkeit. Wir haben dabei das Prinzip aufrecht

gehalten: „Geht in die Orte, wo noch keine Propaganda gemacht wurde, geht unter das Volk, das keine sozialistische Literatur genießt, das allein und verlassen in den reaktionärsten Bauernwinkeln haust . . .“ Dieses Prinzip hat uns auch in bisher unbearbeitete fremde Gebiete geführt. In erster Linie haben wir uns der Bauernbevölkerung Krains und Untersteiers merklich genähert. Das ganze Karstgebiet war darauf unserer Arbeit gewidmet. Es fanden Versammlungen mit dauerndem Erfolge in den entlegensten Dörfern statt; damit ist die notwendigste Vorarbeit für kommende Wahlen gemacht. Ebenso haben wir auch das Gebiet von Görz und Gradisca bearbeitet und recht schöne Erfolge gehabt. Brüderlich mit der italienischen Partei in Triest haben wir der Sozialdemokratie auch Dalmatien eröffnet. Nach dem auch von uns beschickten Kongresse in Spalato entfaltete sich in Dalmatien eine immer reger werdende Bewegung, die baldigst schöne Früchte zu tragen verspricht. Der größte Fehler in unserem Gebiete ist, daß der größte Teil der Südslaven agrarisch ist. Das Bauernelement ist bisher tatsächlich unempfänglich für unsere weitergehenden Ideen und läßt sich höchstens für die momentanen politischen Aktionen gewinnen; die „antikollektivistischen Bauernschädeln“ spotten noch unserer Propaganda . . .

Von ganz besonderer Bedeutung für die Partei ist zweifellos der große Generalstreik in Triest vom Februar 1902. Gemeinsam mit der italienischen Sozialdemokratie vermochten wir die Massen des Triester Proletariats zu einer in der Geschichte der Arbeiterbewegung beispiellosen Solidaritätskundgebung zu bringen. Die Opfer waren freilich auch kolossal. Nichtsdestoweniger hat aber die Partei gar Gewaltiges aus dieser Bewegung gewonnen. Den Aufschwung unserer Presse hat man in erster Linie dem Generalstreik zu verdanken.

Das Organ der Partei ist nach wie vor der wöchentlich in Triest erscheinende „Rdeči Prapor“. Zur Zeit des Generalstreiks hatte er eine Abnehmerzahl von rund 2400 Exemplaren; jetzt ist er zwar wieder auf rund 2000 gesunken, macht aber langsam wieder Fortschritte. Was Literatur anbelangt, gibt man außerdem in Laibach die monatlich erscheinende wissenschaftliche Revue „Naši Zapiski“ heraus; ohne bisher noch besondere Verbreitung gefunden zu haben, geht die Revue nun doch in den II. Jahrgang ein. Der Verein, welcher die Herausgabe der Revue gemacht hat, gibt nun auch Bücher unter dem Titel „Ljudska knjižnica“ heraus. Es erschienen: Heft I, Die Uebersetzung von J. S. Machars „Magdalena“; Heft II, „Der Gemeindesozialismus“ von Abditus. Außerdem erschien eine belletristische Skizzensammlung von Mihaiek „Aus den Tiefen des Lebens“. In Vorbereitung sind mehrere Bücher, unter anderen „Die Geschichte der südslavischen Sozialdemokratie“, welche Genosse Karl Linhart in Arbeit hat.

Die Organisation machte besonders auf gewerkschaftlich-wirtschaftlichem Gebiete große Fortschritte. Auf politischem Gebiete hat sich die Organisation in Laibach, Triest, Sagor, Idria und Nabresina gefestigt; neue Lokalorganisationen wurden besonders in Trifail und Görz gegründet. Auch fällt die Landesorganisation von Dalmatien sowohl unter den Wirkungskreis der italienischen als auch der südslavischen Partei. Mit der Bruderpartei in Kroatien wurde ein regeres Verhältnis geschaffen.

Versammlungen fanden allüberall statt, wo die Verhältnisse es nur erlaubten. Man mußte dabei mit den tatsächlich reaktionären politischen Verhältnissen der Slovenen rechnen. Dennoch konnten wir unsere Ideen im ganzen Gebiete verbreiten. Die Partei beteiligte sich außerdem am Kongresse der italienischen Bruderpartei und am Kongresse der dalmatinischen Genossen. Das bedeutendste Ereignis innerhalb des Parteilebens der Berichtsperiode ist der in Cilli abgehaltene Parteikongreß. Die lebhafteste Debatte wurde über „Presse“ geführt; die Laibacher Genossen wollten nämlich ihr eigenes Organ haben. Es wurde schließlich ein Vermittlungsvorschlag von Mlinar-Cobal angenommen.

So hat die Partei auf allen Gebieten große Fortschritte gemacht. Zu erwähnen wäre noch der jüngste Parteizwist, der eigentlich ein Personenzwist genannt werden muß. Durch die Praktiken eines gewissen Herrn Anton Kristan, eines Ueberläufers der liberalen Partei, welcher als Ziel die Gründung einer Art von nationalslovenischer Sozialdemokratie hat, wurde die Idrianer Lokalorganisation vom Gesamtkörper der Partei abgeschnitten, ein eigenes Blatt „Naprej!“ gegründet und damit der ganzen Bewegung geschadet. Die Exekutive hat nun die einzig logische Entscheidung getroffen: das Blatt boykottiert, Herrn Kristan ausgeschlossen. Die Partei hofft, in diesem Kampfe die Unterstützung der Gesamtpartei zu bekommen.

Große Opfer kostete der Partei insbesonders der Generalstreik. Aber auch später waren politische Verfolgungen an der Tagesordnung. Die Konfiskationen des „Rdeči Prapor“ spotten aller Beschreibung. Aus „Arbeiter-Zeitung“, „Arbeiterwille“ oder „Volkstribüne“ abgedruckte Stellen wurden erbarmungslos konfisziert.

Schließlich sei noch das Ableben zweier guter Kräfte erwähnt. Die Genossen

Franz Zeleznikar und Robert Trofenik sind nicht mehr . . . Sie gehörten zu den besten Kräften der österreichischen Bewegung.

So hat die Partei ihre Pflicht erfüllt. Mehr konnte sie noch nicht tun, da die Mittel nicht ausreichten. Mit der Hebung der Einnahmen wird auch die Agitationstätigkeit steigen.

Triest, im Oktober 1903.

Bericht des Frauenreichscomités an den Gesamtparteitag in Wien 1903.

Leider kann das Frauenreichscomité keinen glänzenden Tätigkeitsbericht erstatten; durch die vor dem Parteitag stattfindende Frauenkonferenz soll die Grundlage für eine fruchtbarere Tätigkeit gegeben werden.

Größere Versammlungen wurden im letzten Jahre nur gegen den Zolltarif abgehalten. Die Bemühungen des Comités, der „Arbeiterinnen-Zeitung“ in Wien eine größere Verbreitung zu verschaffen, hatten Erfolg. Die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist im letzten Jahre um 1200 gestiegen und wird jetzt in 4400 Exemplaren abgesetzt. Dieser günstige Stand ist hauptsächlich den Organisationen der Heimarbeiterinnen, Tabakarbeiterinnen und dem Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen zuzuschreiben. Diese Organisationen nehmen stetig an Mitgliedern zu, was für die „Arbeiterinnen-Zeitung“ Leserinnen bedeutet. Der Verein der Heimarbeiterinnen hat heute bereits fünf Ortsgruppen in Wien und drei in der Provinz (Steiermark), außerdem einige Zahlstellen. Das sind die Organisationen, auf welche das Frauencomité unmittelbar Einfluß hat, da in jeder derselben Mitglieder des Comités tätig sind. Außerhalb Wiens haben die Comitémitglieder im abgelaufenen Jahre in Niederösterreich, Mähren, Schlesien, Steiermark und Böhmen agitatorisch gewirkt.

Aus Anlaß der Frauenkonferenz hat das Frauenreichscomité Fragebogen an Organisationen und Vertrauenspersonen ausgesendet, deren Beantwortung speziell von der Arbeiterinnenorganisation in Böhmen ein tristes Bild gibt.

Wo die vielversprechendsten Anfänge vorhanden waren, ja selbst wo die ganze Organisations- und Agitationsarbeit in ein festes System gebracht war, liegt heute alles darnieder. So die Organisation der Porzellanarbeiterinnen in Westböhmen, der Glasarbeiterinnen im Isergebirg, der hausindustriellen Arbeiterinnen im Haida-Steinschönauer Gebiet und der Arbeiterinnenvereine in Westböhmen. Wo 500 bis 600 organisierte Arbeiterinnen waren, sind heute kaum 100; als Grund dafür wird bei den Glasarbeiterinnen die Krise angegeben, ebenso in Steinschönau und bei den Porzellanarbeiterinnen in Westböhmen, wo außerdem die Umgestaltung der Organisationsverhältnisse und das Unvermögen der Genossen, neben ihrer Aufgabe, die Männer in der Organisation festzuhalten und neu zu gewinnen, auch noch der Organisation der Arbeiterinnen ihr Augenmerk zuzuwenden, mitgewirkt haben. Manche bezeichnen die Agitation unter den Frauen als Sisyphusarbeit. Wohl wahr, es lehrt aber, daß in der Regel nur Frauen dieser Sisyphusarbeit bei Frauen gewachsen sind, und daß in Zukunft, soll es wieder besser werden, die Frauen selbst das treibende Element sein müssen, die, ohne zu ermüden und überdrüssig zu werden, diese Arbeit machen. Dazu gehört vor allem auch Geld.

Wahlkreise in Böhmen, die schon über 1000 organisierte Frauen hatten, haben heute kaum 300; in dem industriereichen Reichenberger Bezirk sind in 18 Ortsgruppen der Textilarbeiter keine 200 weiblichen Mitglieder! Dies zeigt wohl, daß es nicht geht, die mühevolle Arbeit, die Arbeiterinnen zu organisieren, den Genossen allein zu überlassen, hier müssen Frauen selbst systematisch arbeiten. Ebenso trostlose Bilder bieten einzelne industriereiche Gebiete von Schlesien.

Eine nennenswerte Organisation der Frauen in der Provinz ist heute fast nur dort vorhanden, wo Tabakarbeiterinnen- oder Heimarbeiterinnenvereine sind.

Es ist also viel Arbeit zu tun, um das Vernachlässigte und Versäumte nachzuholen. Vielleicht ist die zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz ein Anfang dazu: daß sie notwendig ist, lehrt wohl zur Genüge dieser Bericht.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten

vom 31. Jänner 1901 bis 25. Juni 1903

an den Gesamtparteitag zu Wien 1903.

Ueber die parlamentarischen Vorkommnisse in der Zeit vom Februar bis Juni 1901 ist allerdings schon bei dem letzten gemeinsamen Parteitage mündlich Bericht erstattet worden. Diese fünf Monate parlamentarischer Tätigkeit lassen sich aber bei diesem ersten schriftlichen Bericht der Vollständigkeit halber nicht gut ausschalten. Es wird daher im folgenden ein Gesamtbericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten seit den Neuwahlen 1901 erstattet.

I. Allgemeines.

Während der Reichsratswahlen im Dezember 1900 und im Jänner 1901 war in unseren Reihen wohl jedermann der Ueberzeugung, daß das zu wählende Parlament nur ein totgeborenes Kind sein werde. Wenn aber das gegenwärtige Haus bezüglich seiner Leistungsfähigkeit auch den allerbescheidensten Ansprüchen, die die Bevölkerung an eine „Volksvertretung" zu stellen berechtigt ist, nicht nachkommt, so hat dieses Privilegienparlament doch ein zäheres Leben bewiesen, als ihm vorausgesagt werden konnte. Es ist wohl die personifizierte Ohnmacht sowohl nach oben wie nach unten hin, allein es will nicht sterben, obgleich es auch nicht leben kann. Seine Tätigkeit ist keine Tätigkeit, die der eigenen Kraft entsprungen ist; es wird nur von außer ihm wirkenden Kräften gestoßen. Das Privilegienparlament ist im günstigsten Falle nur noch ein Mechanismus, der ununterbrochen eingeölt werden muß, wenn er nur ein wenig funktionieren soll, aber es ist kein Organismus mehr, der, selbst lebendig, auch neues Leben und weitere Entwicklung hervorruft.

Um diesen Mechanismus in Bewegung zu bringen, mußte im Jahre 1901 zu dem Mittel der Investitionen gegriffen werden; eine ungeheuer große neue Staatsanleihe war notwendig, um das Parlament „arbeitsfähig" zu machen. Die Vertreter der Alpenländer forderten schon seit einer langen Reihe von Jahren eine zweite Eisenbahnverbindung nach Triest. Um auch die Jungtschechen und den Polenklub für die Sache zu gewinnen, mußte auch für die nördlichen Länder des Reiches eine Neuschöpfung ausgeklügelt werden. Von deutschbürgerlicher Seite wurden die Anträge wegen Herstellung der Kanäle eingebracht, die die Einsetzung des Wasserstraßenausschusses zur Folge hatten. Fällt vorläufig der Hauptvorteil dieses Wasserstraßenbaues auch der Stadt Wien zu, so springt der Nutzen des Kanalbaues und der damit zusammenhängenden Flußregulierungen für die Industrie und Landwirtschaft Böhmens, Mährens und Galiziens so sehr in die Augen, als daß eine solche Vorlage nicht die Bereitwilligkeit aller Parteien zur positiven Arbeit im Gefolge gehabt hätte. Herr v. Koerber war daher sofort mit seiner Kanalvorlage bei der Hand, und die passende Schmiere für den stockenden Mechanismus war gefunden. Herr v. Koerber ließ sich vom Parlamente den großen Investitionskredit von 1250 Millionen Kronen bewilligen, wahrlich ein hoher Preis für die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Während der Beratung über die Herstellung von Wasserstraßen setzten es die Tschechen durch, daß ein Betrag von 75 Millionen Kronen von dem Investitionskredite zur Regulierung der Flüsse verwendet werde. Dieser Teil des großen Investitions-Goldregens muß unter allen Umständen als fruchtbringend bezeichnet werden.

Mit den Investitionsvorlagen auf das engste verknüpft war die Branntweinsteuervorlage, durch welche eine Erhöhung der Branntweinsteuer im Betrage von 20 Millionen Kronen im Jahre durchgeführt worden ist. Durch diese Erhöhung der Branntweinsteuer sind die Finanzen der Kronländer aufgebessert worden, das

heißt, mit dieser Branntweinsteuervorlage ist jener Teil des Badeni-Bilinskischen Ausgleichs verwirklicht worden, durch den von der damals geplanten Erhöhung der Bier-, Branntwein- und Zuckersteuer ein Betrag von 10½ Millionen Gulden an die Länder überwiesen werden sollte. Während man durch die Investitionsvorlagen dem Großunternehmertum Gewinste zu schaffen sich bemüht war und dem großen mobilen Kapital durch die Art und Weise, wie man die erste Rate der Investitionsrente im Betrage von 250 Millionen Kronen begeben hat, wirklich Millionen in die Taschen spielte, nahm man durch die Erhöhung der Branntweinsteuer den Arbeitern Millionen aus den Taschen. So ergiebig jedoch der Investitions-Goldregen auch war, die Obstruktion ist dadurch doch nicht dauernd behoben worden. Der parlamentarische Mechanismus klapperte nur insolange ächzend weiter, als gerade die Schmiere ausreichte.

In der Session von 1902 wirkte der große Investitions-Goldregen noch insofern nach, als Herr v. Koerber nach einer Beratung von sieben Monaten vom Parlamente das ordentliche Budget bewilligt erhielt, eine „Arbeitsleistung", worüber die der Regierung nahestehende Presse sich sehr erstaunt gebärdete. Ein Parlament, in dem wirkliches politisches Leben pulsiert, das eine wirkliche Macht darstellt und sich dieser seiner Macht auch bewußt ist, wird allerdings nicht in so breiter, schleppender Weise sein oberstes Recht handhaben und gewiß, wenn es schon so „gründlich" arbeitet, sich schließlich nicht zu einer reinen Bewilligungsmaschine erniedrigen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß dies die erste regelrechte Budgetdebatte nach einer Pause von vier Jahren und das Bedürfnis nach einer Vorbringung der tausendfältigen Wünsche der Wählerschaft selbst in bürgerlichen Kreisen ein allgemeines war, daher die enorme Dauer dieser Verhandlung erklärlich ist.

Herausgekommen ist bei dieser Budgetberatung, der einzigen, die stattgefunden hat, seitdem die Arbeiterschaft Vertreter im Parlamente hat, außer der Kritik nicht viel. Die vorgebrachten Wünsche fanden kein Gehör, die allermeisten der gerügten Uebelstände bestehen nach wie vor weiter und an dem Budget selbst wurde nichts geändert. Das vom Parlamente bewilligte Budget hat sich in seinen Wirkungen bezüglich der Steuerleistung der Bevölkerung in gar nichts unterschieden von einem sogenannten § 14-Budget.

Ein Parlament muß eben mehr zu tun imstande sein, als der Regierung nur das Budget zu bewilligen, wenn es für die Bevölkerung einen Wert haben soll.

Die Demagogie wird in dem österreichischen Privilegienparlamente von den bürgerlichen Abgeordneten um so schwunghafter betrieben, je offenkundiger sein Verfall wird. Da sie den Zusammenbruch im großen nicht aufzuhalten vermögen, so strengen sie sich an, ihre Wähler wenigstens im kleinen zu retten. Nebst der Obstruktion gehört die Gewerbe- und Bauernretterei zu dem politischen Rüstzeuge sämtlicher bürgerlicher Parteien. Ohne dieses Rüstzeug können sie das Auslangen nicht mehr finden.

Lieferte die Gewerberetterei einen geradezu erschreckenden Beweis von der wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit bei Beratung der Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung wie bei Beratung des Hausiergesetzes, so überkugelten sich die Bauernretter förmlich vor Bauernfreundlichkeit bei Beratung des Gesetzes wegen Aufhebung der Mautgebühren auf den ärarischen Straßen. Die Regierung machte aber die Auflassung der Mauten von der Annahme der Fahrkartensteuer abhängig. Ihr mußte zuvor eine neue Einnahme von 12 Millionen Kronen bewilligt werden, bevor sie auf den Entgang der Mautgebühren im Betrage von 2 Millionen Kronen verzichtete. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben für den Wegfall der Mautgebühren gestimmt, ohne sich aber dem Wahne hinzugeben, daß dadurch dem Bauernstande eine besondere Hilfe zuteil werden würde. Von der Auflassung der Mauten hat der Bauer nur insoweit einen wesentlichen Vorteil, als er gleichzeitig auch Lohnfuhrwerker ist. Das sind aber verhältnismäßig nicht gerade sehr viele Bauern. Jene Bauern, die keine Lohnfuhren machen, haben von der Auflassung der Mauten so viel wie nichts. Aber gerade, um ihnen auf die Beine zu helfen, wurde doch die Sache angeblich gemacht.

Den Löwenanteil von der Auflassung der Mautgebühren haben die Bierbrauereien, die Ziegelwerks- und Glashüttenbesitzer wie die Besitzer von Kalkbrennereien, Steinbrüchen u. s. w., kurz, jene Unternehmer und Unternehmungen, welche ihre Produkte noch zum großen Teile per „Achse" versenden. Von diesen Leuten, in vielen Fällen mächtigen Großgrundbesitzern, wurde aber bei der Beratung des Mautengesetzes gar nicht gesprochen. Nur die zu rettenden Bauern führten die patentierten Bauernretter im Munde, aber nicht jene hochmögenden, einflußreichen Leute, denen Hunderte, ja Tausende von Kronen in die Taschen gespielt worden sind. Für die Bauern war's gedacht, für die anderen ward's gemacht. Die eigentlichen Bauern

haben wohl die Fahrkartensteuer mit aufzubringen, bei den Mauten können sie sich den Mund abwischen. Und wie es den Bauern bei der Auflassung der Mauten ergangen ist, so wird es ihnen auch bei den neuen Lebensmittelzöllen ergehen: Sie werden nur die von ihren Führern mißbräuchlich an den Wagen der Großgrundbesitzer gespannten politischen Zugtiere sein.

Herr v. Koerber hat infolge der jungtschechischen Obstruktion für das Jahr 1903 vom Parlament kein Budget bewilligt erhalten, infolgedessen hat er sich's in zwei gleichen Jahresraten auf Grund des § 14 selbst bewilligt. Die erste Rate genehmigte er sich am 31. Dezember 1902 und die zweite Rate am 30. Juni 1903. Der Reichsrat wurde in beiden Fällen kurz vorher nach Hause geschickt. Das provisorische Budget ließen die Jungtschechen nicht durch den Wall ihrer aufgestapelten Dringlichkeitsanträge, das Rekrutengesetz aber, mittelst welchem eine Erhöhung der Militärlasten um ungefähr ein Fünftel geplant war, ließen sie passieren. Dieser neuen Belastung gegenüber brachten sie den parlamentarischen Mechanismus nicht ins Stocken. Dadurch hätten sie in der Gunst bei Hofe eine Einbuße erleiden können und so etwas verträgt die jungtschechische Demokratie nicht mehr. Konnten die Jungtschechen, obgleich ihnen das Herz blutete, nicht für das Rekrutengesetz stimmen, weil sie dieses Gesetz der Regierung Koerber hätten gewähren müssen, so waren die Deutschbürgerlichen dagegen, von den Fortschrittlichen angefangen bis zu den Christlich-Sozialen herunter, noch niemals so militärfreundlich wie im letzten Jahre. Sie verwahrten sich zwar dagegen, Regierungspartei zu sein, aber sie ruhten und rasteten nicht, bevor nicht das Rekrutengesetz angenommen worden war. Die Deutschvolklichen hätten kaum bewilligungssüchtiger sein können, als sie es waren, auch wenn sie über Krieg und Frieden wie über die auswärtige Politik der „Großmacht" Oesterreich-Ungarn zu entscheiden hätten, obgleich sie hierüber doch ebenfalls gar nichts zu sagen haben. Bis tief in den Morgen hinein mußte das österreichische Parlament auf Betreiben der bewilligungswütigen Deutschbürgerlichen beisammenbleiben, damit nur jenes Gesetz gerade an jenem Tage angenommen werde, das die Kriegsverwaltung ungefähr fünf Monate später selbst zerreißen mußte, indem sie die Fetzen davon der ungarischen Obstruktion vor die Füße legte, um sie nur zum Nachgeben zu bewegen, was aber dennoch nicht gelang.

Die Blamage, die sich das österreichische Privilegienparlament durch diese allzu eilfertige Annahme des Rekrutengesetzes geholt hat, ist untilgbar. In dieser bedingungslosen Preisgebung eines von beiden Häusern des österreichischen Reichsrates angenommenen Gesetzes ist die Bedeutungslosigkeit des österreichischen Reichsrates gegenüber dem ungarischen Parlamente aller Welt offenbar geworden. Ein Parlament, gegen das man sich solche Dinge erlaubt und das solche Dinge ruhig hinnimmt, hat das Recht auf Existenz verwirkt, es ist reif für die Grube.

Nachdem in der Sitzung vom 23. Juni die Jungtschechen wieder mit der Obstruktion eingesetzt hatten, wurde am 25. Juni der Reichsrat vertagt, obzwar Ausgleich und Zolltarif noch in Beratung gezogen werden sollten. Herr v. Koerber mußte das Parlament wieder nach Hause schicken, um sich die zweite Rate des Budgets für das laufende Jahr selber bewilligen zu können.

Inzwischen stellte sich in Ungarn die Unmöglichkeit heraus, der energisch kämpfenden Unabhängigkeitspartei und der hinter ihr stehenden magyarischen Nation das Rekrutenkontingent abzuringen, eine Tatsache, die in der Demission Szells zum Ausdruck kam. Damit war aber nicht nur das österreichische Parlament in seiner ganzen knechtischen Unterwürfigkeit höfischen Wünschen gegenüber bloßgestellt und lächerlich gemacht, auch Herr v. Koerber, der unter Aufwendung aller ihm eigenen List und Verschlagenheit die bürgerlichen Parteien zur prompten Apportierung der Militärvorlage eingefangen hatte, stand vor einer unmöglichen Situation. Die Deutschen hatten ihm das Gesetz als letzte Bürgschaft ihrer hegemonistischen Ansprüche bewilligt, da die Armee einheitlich deutsch befehligt wird. Nun sollte auch in dieses Herrschaftsrecht der Deutschen durch die ungarische Kommandosprache ein unheilbarer Riß geschehen. Und welche Blamage für die Patrioten, die sich ganz umsonst vor ihren Wählern und der breiten Masse des Volkes kompromittiert hatten! Dem Sturm des Unwillens unter den von ihm genasführten Parteien suchte Herr v. Koerber durch das niemals versagende Mittel einer Demissionskomödie zu begegnen. Nach zwölftägigem Zuwarten wurde diese Operettenkrise in der Weise behoben, daß Herr von Koerber und die übrigen Minister im Amte verblieben und nur der tschechische Landsmannminister Dr. Rezek sein Ränzlein schnüren durfte oder schnüren mußte. Oesterreich ist mithin seit Juli um einen Landsmannminister ärmer, dafür aber ist es seit August um eine § 14-Verordnung und um eine Blamage reicher. Mußte das vom österreichischen Reichsrate angenommene Rekrutengesetz in den Brunnen geworfen werden, weil es Kossuth und seine Anhängerschaft so wollten, so mußte das von dem österreichischen Reichsrate ebenfalls angenommene Zuckerkontingen-

tierungsgesetz durch eine § 14 Verordnung wieder außer Kraft gesetzt werden, weil es der Brüsseler Konferenz so gefiel. Die österreichische Regierung hat somit von der Brüsseler Zuckerkommission vor aller Welt die Bestätigung erhalten, daß sie es nicht gewußt und, nachdem es ihr der Abgeordnete Gen. Dr. Ellenbogen voraus gesagt, nicht geglaubt habe, daß das Zuckerkontingentierungsgesetz den Bestimmungen der Brüsseler Zuckerkonvention nicht entspreche. Eine solche Bestätigung ist nun zwar sehr beschämend, aber wie wäre es denn nach Oxenstierna möglich, daß die Welt mit so wenig Verstand regiert, wenn solche Dinge nicht vorkämen. Regieren heißt insbesondere in Oesterreich nicht voraussehen, sondern von einem Tage zum anderen leben. Es ist wie beim rechten Bettelvolke: Kommt der Tag, bringt der Tag.

Aber weit bedeutungsvoller als diese neuerliche unsterbliche Blamage der österreichischen Regierung war die Rückwirkung, die das Brüsseler Kontingentierungsverbot auf Oesterreich-Ungarn selbst hatte. Die Ungarn bestanden auch weiter auf ihrem Schein, hatte ihnen doch das von ihnen erzwungene Kontingentierungssystem nicht nur die Sicherung des ungarischen Absatzmarktes für ihre eigene Zuckerindustrie, sondern auch überdies noch eine um etwa 300.000 Meterzentner erhöhte Produktion gebracht. Sie, die Zucker kaum exportieren, nützen die Zwangslage Oesterreichs zur ausgiebigen Erpressung aus und da sie die einmal ergatterten Vorteile nicht mehr herausgeben wollten, so mußte sich Oesterreich zur Einführung einer Surtaxe, das heißt einer Zwischenzollinie für Zucker zwischen den beiden Reichshälften, also einer Durchbrechung des Zoll- und Handelsbündnisses entschließen.

Freilich, das ist nicht das einzige Loch, das in den längst zerschlissenen Ausgleich gebrannt wurde. Mit unsäglicher Mühe, unter Hinopferung einer ungezählten Menge von Ministerien ist es der Dynastie gelungen, dieses im Keim schon krankhafte staatsrechtliche Verhältnis bisher aufrecht zu erhalten. Wie riesenhaft aber das allgemeine Mißbehagen in diesem Ausgleich auf beiden Seiten gewachsen ist, lehrt die Tatsache, daß nunmehr seit fünf Jahren der Liebe Müh' völlig umsonst ist, so daß nicht nur mehr das Gebäude des Dualismus in allen Fugen kracht, sondern auch in jeder der beiden Reichshälften ein parlamentarisches, politisches, ja auch schon administratives Chaos eingetreten ist. Vergebens war das 1200 Millionen-Geschenk, vergebens die Pose der Modernität, die Etablierung des Ministeriums der Gefälligkeiten: Herr v. Koerber bringt niemand in Oesterreich dazu, den Ausgleich wirklich zu wollen. An dem Feuer dieser allgemeinen Abneigung kochen nun die nationalchauvinistischen Parteien ihr Süppchen und es ist unmöglich, ohne die Lösung der einen Frage an die der anderen zu schreiten. Die ganze Politik der letzten drei Jahre war nichts anderem als dem Zustandekommen des Ausgleiches gewidmet: Eisenbahnen und Wasserstraßen, Prager Assanierung und Verständigungskonferenzen, Tiroler Autonomie und Mautenauflassung, alles sollte dem höheren Zwecke der neuerlichen Kittung der auseinanderstrebenden Reichshälften dienen. Und vor allem der Zolltarif, der so vieles brachte, daß er beinahe allen Gruppen des Bürgertums irgend ein Geschenk machte, war darauf berechnet, die Abgeordneten durch die Kaptivierung ihrer beutehungrigen kapitalistischen Wähler gefügig zu machen. Es hat alles bisher nichts gefruchtet. Nicht nur die lärmende Obstruktion im offenen Haus, auch die kalte, tödlich sachliche im Ausgleichsausschuß machte das Bemühen der Regierung illusorisch und sie hätte die resignierte Vertagung des total leistungsunfähigen Parlaments selbst dann erzwungen, wenn ihr die Debâcle in der ungarischen Reichshälfte nicht zu Hilfe gekommen wäre.

So ist die Tagung des österreichischen Reichsrates trotz der unsäglich langen Dauer der Sessionen wieder völlig unfruchtbar verlaufen. Das Haus benützte seine Zeit zu demagogischen Spielereien, zu chauvinistischen Demonstrationen und leerem Kulissengeplänkel. An den großen Fragen der Zeit ging es verständnislos vorbei. In seinem Innern machte sich hohle Geschwätzigkeit, eitle persönliche Reklamesucht, ordinäre Manierlosigkeit und völliger Würdemangel breit. Es gibt kein Parlament der Welt, das einen gleichen Tiefstand an Ernst, Wissen, Tüchtigkeit und Talent aufwiese. Verächtlich wendet sich das Volk von dieser Stätte des Volksbetruges ab und es gibt heute kein zwingenderes Argument für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Oesterreich als das Abgeordnetenhaus selbst.

II. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Daß die wenigen Vertreter, die die organisierte Arbeiterschaft im österreichischen Parlament sitzen hat, auch bei einer geordneten Tätigkeit des Parlaments nicht allzu viel unmittelbare Erfolge davontragen könnten, liegt auf der Hand. In dem von den bürgerlichen Parteien selbst mattgesetzten Privilegienparlament können aber die sozial-

demokratischen Abgeordneten auch das wenige, was sich unter anderen Umständen vielleicht erzielen ließe, nicht durchsetzen. Denn hier fehlt vor allem, was für eine kämpfende Partei das wichtigste ist, der Kampf. Hier platzen nicht Argumente auf Argumente, die sogenannten Debatten sind meist auswendig gelernte Deklamationen, der Gegner bemüht sich gar nicht zu verstehen, was der Gegner will, und noch weniger seine eigene Anschauung mit dem von der Wissenschaft seiner Klasse aufgespeicherten geistigen Rüstzeug zu verteidigen. Im günstigen Falle erwehrt sich der österreichische bürgerliche Abgeordnete des ihn mit Argumenten und Tatsachen in die Enge treibenden Gegners mit einer Flut rüder Schimpfworte. So schwanken die Diskussionen des Parlaments zwischen trostloser Indolenz, banausischer Unwissenheit und verlogener Demagogie hin und her. Wollen Sozialdemokraten hier wirken, so müssen sie vor allem eines überwinden: den tiefen, lähmenden Ekel vor all der Niedrigkeit und Nichtigkeit, die sie in den Mauern des Hauses der Volksvertretung umgibt. Wenn irgendwo, so sind die Sozialdemokraten des österreichischen Parlaments auf sich allein angewiesen, und das Pflichtgefühl, das ihnen die Zugehörigkeit zur großen Sache des Proletariats anerzogen hat, macht sie hier geradezu zu Pionieren eines echten Parlamentarismus. Mehr wie anderswo hat eben auch hier die Sozialdemokratie leider noch vielfache bürgerliche Arbeit zu verrichten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben aus dem steinigen Felsen so viel herauszuschlagen sich bemüht als möglich war und so viel positive Arbeit für das Proletariat zu leisten versucht, als die Umstände eben gestatteten.

Eisenbahnen und Wasserstraßen.

Die Zurückgebliebenheit Oesterreichs in der Entwicklung seiner Verkehrswege ist eine der Ursachen seines wirtschaftlichen und geistigen Tiefstandes. Die Verkehrsentwicklung fördern zu helfen, war daher Pflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten. Der seit 30 Jahren geplante Bau der Tauern-Karawankenbahn, der durch die Machinationen Ungarns so lange verhindert war, war sowohl bestimmt, den Seehandel der einzigen österreichischen Hafenstadt, der in fortwährendem Rückgang begriffen war, zu heben, als auch insbesondere ihm die Zufuhr der Provenienzen der industriellen Gebiete Oesterreichs, also Böhmens, Mährens und Niederösterreichs, zu sichern, als auch endlich den süddeutschen Handel über österreichische Eisenbahnen zu lenken. Die Schwierigkeit und Kostspieligkeit dieses Bahnbaues, die durch die Terrainverhältnisse verursacht ist, ist an sich kein Hindernis für eine rentable Entwicklung eines solchen Schienennetzes, wie die Schweiz beweist. Allerdings muß eine weise und weit ausblickende Staatswirtschaft und speziell eine geschäftskundige, von modernen Gesichtspunkten geleitete Eisenbahnverwaltung hinzukommen. Von gleichen Erwägungen mußte man sich bei der Beurteilung der Wasserstraßenfrage leiten lassen. Die Kanäle sind eine notwendige Ergänzung der Eisenbahnen, da sie diese durch Uebernahme der geringwertigen Waren entlasten und, wie dies zum Beispiel bei der Nordbahn bezüglich der Kohlen der Fall ist, durch Verbilligung der Frachtsätze zur Preisverringerung der Waren beitragen. Insbesondere die Gegenden, in denen Produkte von großem Volumen und geringem Wert erzeugt werden, wie Holz, Mineralien, chemische Produkte und dergleichen, sind die Kanäle eine ökonomische Notwendigkeit. Die im Zusammenhange damit verlangten Flußregulierungen, besonders in den Oberläufen, bedeuten nicht nur eine unerläßliche technische Voraussetzung der Kanalbauten, sondern auch die Abtragung einer längst fällig gewordenen Schuld an die betreffenden Gebiete, die periodenweise der Verwüstung durch Wasserkatastrophen preisgegeben waren, sie bedeuten aber auch schließlich eine sehr ökonomische Kapitalsanlage durch Verringerung der alljährlich notwendigen Notstandskredite. Der Sozialdemokratische Verband hat für alle diese Investitionen gestimmt, verlangte jedoch, daß die Summe nicht auf einmal, sondern von Jahr zu Jahr nach dem für das betreffende Baujahr projektierten Präliminare bewilligt und daß hierüber alljährlich Rechnung gelegt werde. Diese Vorsicht war in der § 14-Zeit dringend geboten. Das Haus nahm jedoch bloß den zweiten Antrag an. Im übrigen beschränkte sich der Sozialdemokratische Verband darauf, den bei diesen Bauten nötigen Arbeiterschutz zu verlangen. So beantragte ein Minoritätsvotum des Abgeordneten Dr. Ellenbogen im Eisenbahnausschuß, daß für die Arbeiter bei den neuen Bahnbauten Achtstundentag, Minimallohn, Truckverbot, hygienischer Schutz und eigene Gewerbeinspektoren eingeführt werden. Das Parlament lehnte über Wunsch des Eisenbahnministers diese Anträge ab. Von der geistvollen Konsequenz des Hauses gibt jedoch die Tatsache Kunde, daß ein entsprechender Antrag des Abgeordneten Daszynski im Wasserstraßenausschuß und im Plenum angenommen wurde. Sollte der Unterschied bloß in der Stupidität dieses Hauses begründet sein oder nicht auch in der Tatsache, daß das eine Ressort von dem „Sozialpolitiker" Wittek, das andere von dem auf solche Titel minder anspruchsvollen

Tall geleitet wird? Jedenfalls bedeutet der Beschluß eines Wasserstraßeninspektorats einen Erfolg des Sozialdemokratischen Verbandes.

Auch in den übrigen Fragen des Ausbaues des Eisenbahnnetzes verhielten sich die Sozialdemokraten zustimmend und sie haben sich für die diversen Lokalbahnvorlagen, unter denen sich eine Reihe längst notwendig gewordener befunden, erhoben. Erscheint doch noch immer eine große Anzahl von Bahnbauten dringend geboten, wir erinnern nur an die international höchst wichtige Linie der Vintschgaubahn u. s. w.

Die Budgetberatung.

In dem breiten Strom der siebenmonatlichen Budgetberatung nehmen die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten eine besondere Stelle ein. Während die bürgerlichen Redner sich auf die Vorbringung einer endlosen Reihe mehr oder minder kleinlicher Querelen beschränkten, gestaltete sich das Eingreifen der Sozialdemokraten zu einer eingehenden, äußerst gründlichen und zerfasernden Kritik der gesamten Staatsverwaltung. Diese Kritik ist ja streng genommen die eigentliche Tätigkeit einer sozialdemokratischen Vertretung im Parlament, denn sie ist es allein, die durch Bloßlegung aller Widersprüche und Mißgriffe, aller Ungerechtigkeiten und Brutalitäten der bürgerlich kapitalistischen Staatsverwaltung deren Ohnmacht und Unfähigkeit, den Lauf der Entwicklung zu beherrschen und in die gesellschaftlichen Verhältnisse Ordnung zu bringen, in das Bewußtsein der öffentlichen Meinung trägt. Wie tief die Hiebe der sozialdemokratischen Kritik saßen, beweist vor allem der Umstand, daß sie regelmäßig die Minister zur Abwehr, zum Eingehen auf die vorgebrachten Beschwerden zwangen. Wie oft bestand jedoch diese ministerielle Verteidigung in einem verlegenen „Berichtigen" oder in einem verzweifelten Ableugnen! Die Wirkungen dieses schonungslosen und unabhängigen Zuleibegehens äußern sich im Wachsen des Vertrauens der Gesamtbevölkerung zum Sozialdemokratischen Verband, dessen einzelne Mitglieder von allen Teilen der Bevölkerung in immer sich steigernder Häufigkeit zur Herstellung der Ordnung, zur Beseitigung von Rechtsbrüchen, zur Linderung des Elends aufgerufen werden. Aber selten sind parlamentarischen Reden so unmittelbare Erfolge zu danken, wie sie in zwei Fällen den sozialdemokratischen Abgeordneten beschieden waren. Der eine betraf den Justizmord an dem Oberleutenant Mattachich, dem Daszynskis Rede die Kerkertüren öffnete, der andere den Südtiroler Verwaltungsskandal, den Ellenbogens Rede dadurch beendete, daß sie zur Absetzung des jahrelang von den obersten Spitzen der Behörden geschützten Betrügers Ognibeni, des Bürgermeisters von Levico, führte.*)

Neben diesen unmittelbaren, nach außen stark wirkenden Erfolgen ist jedoch, als der weit wichtigeren, der Wirkung zu gedenken, die die unermüdliche, von der Macht der Wahrheit getragene Kritik auf die systematische Abstellung einer Anzahl von Mißbräuchen unter der Oberfläche der Oeffentlichkeit und die methodische Erziehung der öffentlichen Organe zur modernen Auffassung ihres Amtes erzielte. So ist es lediglich der tätigen Wachsamkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten zu danken, wenn gewisse geheime Anschläge auf die Eisenbahnerorganisation nicht nur fallen gelassen wurden, sondern auch ihrer Entwicklung immer weniger Hindernisse in den Weg gelegt werden. So ist ferner nur die gewissenhafte sozialdemokratische Kontrolle der Militärverwaltung schuld, wenn auch in der Armee eine immer peinlichere Vorsicht, ja keinen Anlaß zur öffentlichen Beschwerde zu geben, Platz greift, wenn auch freilich hier es noch gründlicher Arbeit bedürfen wird, um uralt eingefressene schlechte Gewohnheiten auszumerzen. Im übrigen enthalten die Bugetreden aller sozialdemokratischen Abgeordneten ein mühevoll gesammeltes, reiches Agitationsmaterial aus allen Gebieten der öffentlichen Tätigkeit. Den größten Wert hatte jedoch die Budgetdebatte für den Sozialdemokratischen Verband darum, weil sie Gelegenheit zu einer reinen prinzipiellen Stellungnahme der Partei gegenüber dem kapitalistischen Staate bot. Es ist selbstverständlich, daß sie gegen alle Belastungen und nur für jene Budgetposten gestimmt haben, die entweder allgemeinen Kultur- oder speziellen Arbeiterschutzforderungen entsprachen.

Der Neunstundentag im Bergbau.

Dem mehrmonatlichen Riesenkampf der Bergarbeiter um die Verkürzung ihrer Arbeitszeit war es gelungen, die gesamte Oeffentlichkeit auf die Seite der Streikenden zu bringen. Das Ministerium Koerber mußte wohl oder übel einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitszeit im Bergbau einbringen, insbesondere da die Abgeordneten

*) Selbstverständlich darf hierbei die Bedeutung der Mitwirkung unseres ausgezeichneten Zentralorgans, der „Arbeiter-Zeitung", nicht unterschätzt werden.

Singr, Elderſch und Hybeš ſchon am 21. Februar 1901 einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Beſchäftigung von jugendlichen Perſonen, die tägliche Arbeitsdauer und die Sonn- und Feiertagsruhe im Bergbau eingebracht hatten und die Regierung kam ihrer Pflicht am 7. März 1901 nach. Im ſozialpolitiſchen Ausſchuß jedoch begann ſofort der Kampf gegen die Unternehmerſchaft, die durch allerhand Kniffe den Gegenſtand verſchleppen und eine Verkürzung der Arbeitszeit um jeden Preis verhindern wollte. Dem energiſchen Auftreten der Sozialdemokraten, die die Führerſchaft in der Frage ſofort übernahmen und behielten, gelang es, die Vorlage ſchon am 22. Mai 1901 zur Verhandlung im Plenum zu bringen. Der Minoritätsantrag der Sozialdemokraten lautete auf ſofortige Einführung des Achtſtundentages, während andere Parteien mehr oder minder weitgehende Verwäſſerungen dieſes Antrages vorſchlugen. Als nun auf eine direkte Anfrage Schuhmeiers der Regierungsvertreter, der ſeither verſtorbene Hofrat Zechner, die Erklärung abgab, daß die Schicht von der Anfahrt des erſten Mannes bis zur Ausfahrt des letzten berechnet werde, ſomit de facto der Achtſtundentag im Bergbau eingeführt werde, ſtimmte der Verband für die Vorlage, damit den Bergarbeitern eine der bedeutungsvollſten ſozialpolitiſchen Errungenſchaften ſichernd.

Die Forderungen des Militarismus.

Die Haltung des Verbandes dem Militarismus gegenüber war in der Berichtsperiode klar: die ſozialdemokratiſchen Abgeordneten bekämpften den Moloch und ſeine ſtets wachſenden Forderungen mit der ganzen Wucht und Unnachgiebigkeit der Partei. Sie hatten vor ſich eine charakterloſe Parlamentsmajorität, deren oberſtes Prinzip der militärfromme und dem Hofe gegenüber würdeloſe Servilismus iſt. Dieſe Majorität vor dem Volke bloßzuſtellen, ihr nachzuweiſen, daß ſie dieſes Volk mit gebundenen Händen dem Moloch ausliefert, und gleichzeitig die wehrloſen Opfer der Kaſerne kräftig und mutig in Schutz zu nehmen, das war die Aufgabe unſerer Verbandspolitik.

In einer Reihe von parlamentariſchen Gefechten, in denen die ſozialdemokratiſchen Abgeordneten die Gelegenheit fanden, den Militarismus anzugreifen, wurde das entſetzliche Schickſal der Volksſöhne beim Militär durch eine endloſe Reihe der ſchaurigſten Tatſachen öffentlich behandelt. Die Militärverwaltung verſuchte zuerſt — in der im öſterreichiſchen Parlamente bisher plauſiblen Art — alles abzuleugnen, bis ſie endlich bei der bekannten Galgoczy-Debatte mit den angeblich „offiziellen" Daten und Zahlen über die aſſentierten Krüppel und Wahnſinnigen, über Selbſtmorde der Soldaten und über die Beſtrafung ihrer Peiniger herausrücken mußte und glänzend die ſozialdemokratiſche Kritik beſtätigte.

Ausführlich wurde im Parlamente die dringende Notwendigkeit der Reform des militäriſchen Strafprozeſſes von den ſozialdemokratiſchen Abgeordneten begründet. Bei dieſem Anlaſſe müſſen wir wiederum der journaliſtiſchen Arbeit, die die „Arbeiter-Zeitung" vollbrachte, rühmend gedenken. In dem Kleinkriege gegen die mächtigſte Korruptioniſtenclique war die glänzende Haltung der „Arbeiter-Zeitung" in mancher Phaſe direkt entſcheidend!

Bei jeder Debatte über das jährliche Rekrutenkontingent waren die ſozialdemokratiſchen Redner die wirklichen Führer der Oppoſition und ihre Argumente trafen ſicher. Auf dieſem Boden zeigte ſich leider allzu oft, daß die Gegner des Militarismus im Abgeordnetenhauſe eine verſchwindende Minorität bilden. Die nationaliſtiſchen Schreihälſe und Hintertreppenſchacherer verſtanden immer ſo viel Rekrutenfleiſch dem Militarismus prompt zu liefern, als er nur begehrte. Die Obſtruktion hüben wie drüben verſtummte immer zeitig, wenn es galt, die Arbeiter und Bauernſöhne in die Kaſernen hineinzutreiben . . .

Dieſem ſervilen Stumpfſinne der bürgerlichen Parteien aller Nationen gegenüber verſuchte der Verband durch den hartnäckigſten Kampf in dem Ausſchuſſe und im Hauſe ſelbſt immer die öffentliche Meinung des Volkes aufzuklären über die einzelnen Phaſen des frivolen, volksfeindlichen Spieles der demagogiſchen Majorität. Und aus dieſem Grunde entſtanden auch die poſitiven Anträge des Verbandes, die dieſe Majorität unzweideutig auf die Probe ſtellen ſollten. Unſerer ganzen Politik in dem Abgeordnetenhauſe getreu, beſchränkten wir uns nicht auf prinzipielle Erklärungen, ſondern wir machten die Bevölkerung auch darauf aufmerkſam, was ſchon die bürgerlichen Parteien, wenn ſie nur Vertreter der bürgerlichen Intereſſen wären, imſtande wären, im Parlamente zu leiſten, um die herausfordernde Uebermacht des Militarismus im Staate zu begrenzen und die Bevölkerung zu ſchützen. Wir haben bisher keinen ausreichenden Grund in Oeſterreich geſehen, von dieſer Taktik

im Parlamente und in der Partei selbst abzustehen. Wir haben dadurch niemals die Klarheit des politischen Denkens bei der Masse der Parteigenossen beeinträchtigt, dafür aber das Verständnis für so manchen politischen Prozeß beim Volke erweckt.

Diese allgemeine Bemerkung möge dem Parteitage als Erklärung auch unserer Haltung in der letzten viertägigen Parlamentssession dienen, obwohl die Vorgänge vom September 1903 nicht in die Berichtsperiode fallen.

Wir müssen jedoch schon hier die Warnung an die organisierte Arbeiterschaft richten, daß der Hauptangriff des Moloch auf ihre Taschen und auf ihre Söhne erst kommen wird! Die geplante Neuanschaffung der neuen Kanonen nähert sich immer mehr. Schon hat man dem marastischen Parlament 38 Millionen Kronen für die Haubitzen als erste Abzahlung herausgelockt; bis 200 Millionen aber werden wir in den nächsten Jahren bluten müssen, wenn es nach dem Wunsche des Moloch gehen wird ... Und das gleichzeitig mit dem Raubzuge der aristokratisch-agrarischen Brotwucherer!

Die Abänderung der Gewerbeordnung und das Hausiergesetz.

Die Signatur des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses ist kleinbürgerlich. Das tritt in jenen Augenblicken hervor, wo die Obstruktion auf allen Seiten eingestellt ist und der Arbeitswilligkeit gefrönt wird. Die schwere, schleichende Krise, an der die österreichische Volkswirtschaft seit Jahrzehnten krankt und die sich in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der deutlichen Krise und mit dem Ausgleichsjammer zu einer wahren Katastrophe gesteigert hat, vermochte weder die Regierung noch das Parlament dazu, eine Wirtschaftspolitik in größerem Stile zu beginnen. Die knissige und boshafte Krämerseelennatur der kleinbürgerlichen Abgeordneten jedoch benützte die wenigen wirklichen Arbeitstage des Hauses zu ausgiebigen Rettereien des kleinen Mannes, aber nicht, wie die demagogischen Versprechungen vor den Wählern es verheißen hatten, durch Kampf gegen das Großkapital, sondern gegen die noch ärmeren Existenzen der Arbeiter und Hausierer. So beschloß das Haus unter der Führung der Christlich-Sozialen und Deutschvolklichen vorerst eine Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung, wodurch das Detailreisen, das Hausieren mit Gebäck und mit Blumen verboten werden sollte. Vergebens war der Hinweis der Sozialdemokraten darauf, daß durch das erste Verbot eine ganze Reihe von Industrien vernichtet und die dort beschäftigten Arbeiter (insbesondere Näherinnen) dem Elend preisgegeben wurden, vergebens die Erinnerung daran, daß 3000 freie Existenzen von Bäckergehilfen nicht nur ihrer Unabhängigkeit beraubt werden und daß ihr Verdienst genommen und den Bäckermeistern in die Taschen geschoben werde. Das Haus stimmte geschlossen im Sinne des kleinbürgerlichen Unternehmertums und nur mit Mühe gelang es, wenigstens den armen Blumenverkäuferinnen ihre kärgliche Existenz zu retten. Mit ähnlichem Fanatismus warfen sich dieselben parlamentarischen Gruppen auf die Hausierer. Die Vorlage des Gewerbeausschusses sollte diese Existenzen (etwa 15.000) mit einem Federstrich arbeitslos machen. Hier jedoch gelang es durch Benützung der Zerfahrenheit des Hauses nicht nur eine Unzahl von Begünstigungen für die vom Hausierhandel lebenden Gegenden zu erringen, sondern durch Annahme der Bestimmung, daß den bisherigen Hausierern die Ausstellung eines Hausierpasses nicht verweigert werden dürfe und bloß keine neuen ausgestellt werden sollen, die antisoziale Absicht der Mittelstandspolitiker zu vereiteln.

Die Sonntagsruhe.

Von demselben kümmerlichen Krämergeiste war die vom Gewerbeausschuß umgearbeitete Regierungsvorlage betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beseelt. Statt eine vollständige Arbeitsruhe zu schaffen, begnügte sie sich, den seit 1895 ohnehin faktischen Zustand gesetzlich festzulegen, überdies aber in einer Weise, die eher in reaktionärem Sinne von den Behörden ausgelegt werden kann, wobei noch für Komptoirarbeiten eine besondere Ausnahme geschaffen wurde. Die Gelegenheit benützten die Arbeiterfeinde der deutschen Volkspartei, um auf schmutzigen Schleichwegen die mit der Gesetzesvorlage in keinerlei Zusammenhang stehende Ersatzruhe der Bäckergehilfen zu beschneiden, was ihnen, allerdings nur zum Teile, mit Hilfe einer illegalen Unterstützung seitens des ihrer Partei entnommenen Vizepräsidenten Kaiser gelang. Doch ist die Annahme dieses tückischen Jesuitenstreiches seitens des Herrenhauses sehr in Frage gestellt.

Getreideterminhandel und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften.

Neben der Kleingewerberetterei machte sich naturgemäß die Bauernretterei im Hause breit. Diese gipfelte außer in der Aufhebung der Mauten und des Terminhandels in dem Gesetze über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Was den Terminhandel anlangt, so begnügte sich der Verband damit, durch Gen. Elderſch bei der Beratung im Hause folgende Erklärung abzugeben:

„Die sozialdemokratische Fraktion hat für das Eingehen in die Spezialdebatte über das vorliegende Gesetz gestimmt. Sie hat das getan, obwohl sie die Absichten der Antragsteller dieses Gesetzes nicht teilt und auch nicht in der Lage ist, die Hoffnungen, die von den bäuerlichen Interessentenkreisen an das Gesetz geknüpft werden, gerechtfertigt zu finden. Es ist den agrarischen Agitatoren gelungen, weiten Kreisen der Landwirte den Glauben beizubringen, daß ihre durch die Bedingungen des Weltmarktes wirklich schwierig gewordene Lage durch eine Aenderung der Formen des Marktverkehres verbessert werden könnte. Im Verlauf der ganzen Agitation und der Debatte in diesem Hause haben wir jedoch die Erörterung der die kleinen Landwirte vernichtenden Konkurrenz vermißt, die ihnen von dem Großgrundbesitz bereitet wird, und die mehr noch als der Weltmarkt und die Formen des Marktverkehres ihre ohnedies kümmerliche Existenz vollends untergräbt.

Die Erfahrungen in anderen Ländern haben genugsam gezeigt, daß es eine Täuschung ist, wenn man glaubt, daß dem Landwirt lediglich durch eine Reform des Marktverkehres Hilfe gebracht werden kann, ja sie haben gezeigt, daß es nicht einmal gelingen dürfte, durch das gesetzliche Verbot des Terminhandels die Exzesse des Börsenschwindels und des Wuchers mit Brotfrucht — denen energisch entgegenzutreten unser aller Wunsch ist — ernsthaft einzuschränken. Die vielfachen Erörterungen über dieses Gesetz haben ergeben, daß die Hoffnungen der Landwirte, dieses Gesetz werde die Preise ihres Produkts, der Brotfrucht, erhöhen, Illusionen sind. Damit fällt für die agrarischen Kreise der Wert des Gesetzes bedeutend, aber auch für uns, die Vertreter der Brotkonsumenten, entfällt dadurch der Grund, dem Zustandekommen dieses Gesetzes mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Wir teilen also nicht die Hoffnungen der Agitatoren für dieses Gesetz, wir halten sie für Selbsttäuschungen, wir beschränken uns aber darauf, es auszusprechen, und überlassen es den an der Getreideproduktion und dem Getreidehandel Beteiligten, den Marktverkehr so zu regeln, wie sie es für gut halten.

Wenn wir in diesem Sinne uns dem Antrag auf das Eingehen in die Spezialdebatte nicht widersetzt haben, so überlassen wir doch die volle Verantwortung für die Wirkung dieses Gesetzes und für die Enttäuschungen, die sich in nicht zu ferner Zeit daran knüpfen werden, denjenigen, welche die unter schweren Existenzbedingungen leidende bäuerliche Bevölkerung durch die maßlose Uebertreibung der Wirkung dieses Gesetzes in Irrtum geführt haben. Der selbst von den Anhängern dieses Gesetzes zugegebenen Gefahr der Ablenkung des Getreidehandels nach Ungarn und der Schädigung der Kommune Wien durch den Ruin des Lagerhauses kann nur entgegengewirkt werden, wenn Staat und Kommune durch eine großzügige Verkehrspolitik und entsprechende Vorkehrungen für den Transport und die Einlagerung des Getreides in größerem Maße als bisher für die Förderung der Interessen der Getreideproduzenten sowohl als auch jener der Konsumenten Vorsorge treffen."

Das Gesetz über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften war nach den Aussprüchen diverser agrarischer Wortführer geradezu als Schutzwall gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie gedacht. Der Sozialdemokratische Verband jedoch demonstrierte die ganze Lächerlichkeit dieser Anschauung dadurch, daß er für das Gesetz als für eine Berufsorganisation der Landwirte stimmte. Die bei dieser Gelegenheit von dem Abgeordneten Seitz gestellten Anträge, die auf eine Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter abzielten, wurden von der agrarischen Mehrheit natürlich ebenso abgelehnt, wie seine weiteren Resolutionsanträge, die einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, die Beseitigung der Gesindeordnungen, Bestimmungen über Arbeitszeit, Lohnzahlung und Kündigungsfristen u. s. w. forderten, sowie die Kranken- und Unfallversicherung für alle landwirtschaftlichen Arbeiter.

Das Ingenieurtitelgesetz.

Zwischen den von den technischen Hochschulen abgehenden und den in den höheren Gewerbeschulen ausgebildeten Berufsleuten tobt ein erbitterter Kampf um die Führung des Titels „Ingenieur". Die ersteren erblicken darin nicht eine leere Be-

koration, sondern ein Mittel des Fortkommens im sozialen Kampfe, und beanspruchen lediglich den Titel für sich, da sie die höhere Ausbildung genossen haben. In Wahrheit erweisen sich die Absolventen der höheren Gewerbeschulen als durchaus brauchbare Kräfte in technischen Etablissements, von denen sie dann, gewissermaßen als eine Art Avancement, den Ingenieurtitel erhalten. Da diese letzteren zu allermeist aus den minderbemittelten Gesellschaftsschichten entspringen, während die Hörer der technischen Hochschulen meist Söhne begüterter Leute sind, so spitzt sich diese Angelegenheit zu und es war daher kein Zweifel, auf welcher Seite der Verband zu finden sein würde. Es ist nun dem tatkräftigen Eingreifen der sozialdemokratischen Abgeordneten tatsächlich zu verdanken, daß das von den Vertretern der meistbesitzenden Klasse geplante Attentat auf das Recht der höheren Gewerbeschüler, den Titel zu führen, vereitelt und die Gesetzesvorlage zur neuerlichen Beratung an den Ausschuß zurückverwiesen wurde, dessen Aufgabe es nun sein muß, unter Belassung des Wortes Ingenieur und Hinzufügung eines unterscheidenden Nebenwortes wie „Doktor" oder „akademischer" die Frage endgültig und ohne Schaden für die Gewerbeschüler zu lösen.

Die Fahrkartensteuer.

Die Aufhebung der Mauten und die Erhöhung der Bezüge der Diurnisten bot der Regierung den Vorwand zu einem Gesetzantrage auf Einführung einer neuen indirekten Steuer, also einer neuen Belastung der breiten Massen des Volkes. Die Regierung rechnete mit der im Hause eingerissenen Demagogie, wenn sie zwischen Mauten, Diurnistenaufbesserung und Fahrkartensteuer ein „Junktim" herstellte, für das sie auch den größten Teil der bürgerlichen Presse agitieren ließ. Auch wurde dafür gesorgt, daß in die Kreise der Landwirte, Beamten, Beamtenwitwen und Diurnisten diese Agitation zum Zwecke der Ausübung eines Druckes auf die „volksfreundlichen" Parteien getragen werde. Doch muß zum Lobe wenigstens einiger Gruppen der so mißbrauchten hilfebedürftigen Kreise gesagt werden, daß sie eine Hilfe, die nur durch neue Belastung des Volkes, also wieder ihrer selbst erfolge, perhorreszierten. Der antisoziale Charakter des Gesetzes erhellt daraus, daß die Gesetzesvorlage selbst das Haupterträgnis der Steuer aus der Besteuerung der III. Klasse berechnete, da die I. Klasse 5·9 Prozent, die II. 19·3, die III. 74·8 Prozent ergeben wird. Es erhellt aber auch aus der von den sozialdemokratischen Rednern nachgewiesenen Tatsache, daß die I. und II. Klasse großenteils nur von Freikartenpassagieren benützt werde und daß insbesondere die allerreichsten Gesellschaftskreise gewohnheitsmäßig umsonst die Eisenbahn benützen. Um daher die Steuer dorthin zu wälzen, wo sie leichter ertragen werden kann, beantragte der sozialdemokratische Verband, die III. Wagenklasse von der Steuer freizuhalten. Der eigentliche Grund der Inanspruchnahme der Steuer seitens der Regierung war jedoch ein anderer, der vom Finanzminister freilich nicht zugestanden wurde: Sie sollte die Mittel zur Verzinsung des in Aussicht gestellten Haubitzenanlehens liefern. Die Sozialdemokraten ließen sich denn auch durch den von der Regierung und den „Volksparteien", darunter natürlich auch den Christlich-Sozialen, gemeinsam aufgeführten Schwindel nicht blenden und nicht einschüchtern und stimmten gegen die Vorlage. Von der maßlosen Demagogie der Parteien und der totalen parlamentarischen Unfähigkeit dieses Hauses möge nebenbei die Tatsache zeugen, daß bei der Beratung des Fahrkartensteuergesetzes unter anderem folgende Anträge gestellt wurden: Antrag auf Fortbezug der Taggelder durch die zur Waffenübung eingerückten Diurnisten (Abgeordneter Mazzorana, Italiener); auf Unterstützung und Förderung der Meisterkrankenkassen (Abgeordneter Dobernig, Deutsche Volkspartei); betreffend die Entschuldung des landwirtschaftlichen Besitzes (Abgeordneter Schrott, Katholische Volkspartei); Schaffung eines Fondes für eine allgemeine obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung (Abgeordneter Steiner, christlich-sozial) u. s. w. Lauter schöne Dinge, die aber nichts mit der Fahrkartensteuer zu tun haben. Beinahe alle diese Volksfreunde stimmten aber für die Belastung des Volkes durch die neue Steuer! Und ein Beratungskörper, der so wenig Ernst besitzt, will ein Parlament sein!

Die Zuckerfrage.

Die Rübenzuckerindustrie, dieses Muster eines kapitalistischen Gewächses, erfreute sich bekanntlich in den letzten Dezennien einer besonderen Fürsorge seitens aller europäischen kontinentalen Regierungen. Nicht nur daß man durch enorm hohe Zölle die Konkurrenz des Auslandes vollständig fernhielt und die Bildung eines Zuckerkartells hervorrief, das die Rübenbauern als Produzenten und die Gesamtbevölkerung als Konsumenten in der maßlosesten Weise bewucherte, der Staat schenkte den Zucker-

fabrikanten zu dem nach „kapitalistischen Gesetzen" resultierenden Unternehmergewinn außer dem durch den Zoll und das Kartell hervorgerufenen Wucherprofit noch einen Extraprofit in der Form der Zuckerprämien, die in den letzten Jahren die Höhe von 18 Millionen Kronen erreichten, eine staatswirtschaftliche Politik, deren Weisheit in dem Resultate gipfelte, daß der österreichische Zucker in Oesterreich für die armen Klassen unerschwinglich, dagegen in dem durch Exportzucker beglückten England so billig wurde, daß er dort zur Schweinemästung und zur Züchtung eigener zuckerverarbeitender Industrien benützt wurde. In dieses Ideal eines kapitalistischen Profitwuchersystems riß nun England ein tiefes Loch, indem es, um eine eigene Zuckerindustrie zu gründen und seine Kolonien zu begünstigen, jeden mit Prämien und Zöllen geschützten Zucker mit Strafzoll zu belegen drohte, und da England das wichtigste, ja beinahe das einzige Zuckerimportland ist, mußten sich die europäischen Staaten fügen. Nach längeren fruchtlosen Verhandlungen trat endlich im Jahre 1902 in Brüssel eine internationale Zuckerkonferenz zusammen, in der sich die europäischen Kontinentalstaaten (außer Rußland) tatsächlich verpflichteten, die Zuckerzölle und Prämien in jeder Form abzuschaffen und nur einen Ueberzoll (Surtaxe), der gerade nur zur Abhaltung der Konkurrenz des Auslandes hinreichte, einzuheben. Die österreichischen Zuckerfabrikanten suchten nun zu retten, was zu retten war, und verlangten die Einführung des Kontingentierungssystems, wodurch jedem Fabrikanten eine bestimmte Produktions- und damit auch Absatzmenge zugewiesen, also ihnen die Weiterexistenz gesichert wird. Vielleicht wäre die österreichische Regierung auf dieses Begehren nicht eingegangen, wenn nicht der allezeit böse Geist des Dualismus auch hier wieder seine für Oesterreich verderbliche Rolle gespielt hätte. Die Ungarn, die kaum für den Export produzieren, denen also an der Brüsseler Konvention wenig oder nichts gelegen war, benutzten die Verlegenheit Oesterreichs, um ihm einen großen Teil des ungarischen Zuckerabsatzmarktes abzuknapsen, und dies erreichten sie in vollendeter Weise in der Form des Kontingentierungssystems, wodurch nicht nur jeder Fortschritt in der Eroberung des ungarischen Marktes durch österreichische Zuckerfabrikanten ausgeschlossen war, sondern auch gleich von vornherein 300.000 Meterzentner bisheriger österreichischer Zuckerproduktion den ungarischen Zuckerfabriken zugewiesen wurden. Der Vertreter der Sozialdemokratie im Zuckerausschuß und im Plenum erklärte von vorneherein die Kontingentierung als der Brüsseler Konvention widersprechend und prophezeite ihre Ablehnung durch das Brüsseler Schiedsgericht. Er wies darauf hin, daß es eine neue, noch festere Form des Zuckerkartells unter Patronanz des Staates sei und beantragte, daß vorerst der Beitritt zur Brüsseler Konvention ausgesprochen, dann aber nach Abschluß neuer Verhandlungen mit Ungarn ein anderer Modus zur Regelung der Zuckerproduktion geschaffen werde. Er verwies ferner darauf, daß man sich mit dem vollständigen Verluste des englischen Marktes in nicht allzu ferner Zeit vertraut machen müsse und daß es daher nur e i n Mittel zur Erhaltung der österreichischen Zuckerindustrie gebe, die H e b u n g d e s i n l ä n d i s c h e n K o n s u m s. Zu diesem Ende beantragte er vor allem die Abschaffung der berüchtigten Kaizlschen § 14-Verordnung, durch die die Zuckersteuer um 12 Millionen Kronen erhöht wurde, eventuell eine dem zu erwartenden steigenden Konsum entsprechende sukzessive Herabsetzung von Jahr zu Jahr. Das volksfreundliche Haus, darunter auch die Christlich-Sozialen, ein Teil der deutschen Volkspartei und der Jungtschechen, lehnte alle diese Anträge ab. Von den sozialdemokratischen Prophezeiungen sind nichtsdestoweniger die fälligen bereits eingetroffen. Die Brüsseler Konferenz hat das Kontingentierungssystem abgelehnt, die Regierung war gezwungen, das Gesetz aufzuheben und, wie es die Sozialdemokraten verlangt hatten, mit den Ungarn in neue Verhandlungen einzutreten. Das Resultat davon war jedoch eine womöglich noch gewaltsamere Form der Lösung, die Einführung der Surtaxe auf Zucker zwischen Oesterreich und Ungarn. Glänzender als durch diese fortgesetzten Blamagen der Regierung konnte die Haltung der Sozialdemokraten nicht gerechtfertigt werden.

Die Rentenkonversion.

Einen günstigen Stand der Geldverhältnisse, des Bankzinsfußes und der Kurse benützte die Regierung, um den Zinsfuß der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld von 4·2 auf 4 Prozent herabzusetzen. Da dies eine Verringerung des arbeitslosen Einkommens bedeutet und einen Gewinn des Staates, der ihm direkt von den Besitzenden gezahlt wird, so stimmten die Sozialdemokraten für die Konversion. Sie unterließen hierbei jedoch nicht, den Finanzminister durch direkte Befragung nach der Ursache der Ausscheidung des „ungarischen Blockes" in die Enge zu treiben und dabei die Kläglichkeit der Stellung Oesterreich-Ungarns im Ausgleichsverhältnisse darzulegen. Die Summe der ursprünglich fünfprozentigen Staatsschuldentitres, die durch Brestl seinerzeit von 5 auf 4·2 Prozent konvertiert worden waren, beträgt nämlich rund

fünf Milliarden Kronen. Die Regierung wünschte jedoch bloß die Konversion von 3620 Millionen, so daß 1400 Millionen unkonvertiert bleiben, wodurch der Konversionsgewinn statt 10 Millionen bloß 7·2 Millionen beträgt, was also eine Einbuße des österreichischen Staates um 2·8 Millionen jährlich bedeutet. Die Ausscheidung dieser 1400 Millionen ist nun über Wunsch der Ungarn erfolgt, obwohl diese in den Ausgleichsgesetzen die Staatsschuld als eine sie gar nichts angehende Angelegenheit betrachteten, zu deren Verzinsung sie bloß die unveränderliche Summe von 29 Millonen Gulden jährlich beizusteuern sich verpflichtet hatten, und sie kann als ein Präjudiz zur Verringerung der übernommenen Verpflichtungen der Ungarn gedeutet werden. Mag dies nun vorläufig bloß eine akademische Frage sein, sicher ist gegenwärtig der Verlust von etwa drei Millionen jährlich für den österreichischen Staat, wieder ein Schaden durch den Ausgleich. Die Sozialdemokraten haben gegen die Ausscheidung des ungarischen Blockes protestiert.

Die Handelsverträge.

Die immer üppiger in die Halme schießende agrarische Anmaßung drängte im Hause fortwährend auf die Kündigung der Handelsverträge, insbesondere mit Serbien, dessen Vieh- und Zerealienexport den Agrariern, wie sie unter maßlosen Uebertreibungen versichern, sehr gefährlich sein soll. Aber auch der Handelsvertrag mit Italien, besonders die sogenannte Weinzollklausel wird heftig angefochten. Nun ist aber die Stabilität der Handelsbeziehungen eine wichtige Voraussetzung einer gesunden industriellen Entwicklung, vor allem der Bewahrung des Absatzmarktes. Je größer das durch Handelsverträge geeinte Wirtschaftsgebiet, desto mehr Schutz — relativ natürlich — vor heftigeren wirtschaftlichen Katastrophen. Insbesondere aber bevor durch Abschluß des Ausgleichs und des autonomen Zolltarifs die Vorbereitungen für neue kommerzielle Unterhandlungen mit anderen Staaten geschaffen sind, ist die Kündigung der Handelsverträge ein Widersinn, da dann Oesterreichs Handel eine gewisse Zeit sozusagen in der Luft hängen kann, ohne Sicherung gegen die eiservoll in die Lücke eindringenden anderen Handelsstaaten. Daher haben die Sozialdemokraten gegen diese Extravaganzen des Agrariertums Stellung genommen. Allerdings wich die Regierung vor dem agrarischen Angriff zurück und kündigte in kurzem Wege den italienischen Handelsvertrag. Die Kündigung des serbischen vereitelten die Sozialdemokraten jedoch durch ihre Haltung im Plenum und insbesondere im volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Der Ausgleich und die Zölle.

Gegenüber dem Ausgleich war die Stellung der Sozialdemokraten von vornherein gegeben. Die zahllosen Schäden, die er Oesterreich politisch und wirtschaftlich zufügt, die Schürung des nationalen Streites, das Wachsen des Militärbudgets, der Rückgang der Industrie und des Exports und vor allem die enorme Bewucherung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern geboten seine Ablehnung. Je eher die Trennung erfolgt, desto früher vermag Oesterreich seiner eigenen inneren Wirren Herr zu werden und seine Volkswirtschaft zu selbständiger Entfaltung zu bringen. Daher konnte auch dem selbst von konservativer Seite ausgesprochenen Wunsche, daß diesmal der letzte Ausgleich geschlossen werde, nicht zugestimmt werden, denn gerade dieser Ausgleich ist der schlechteste von allen. Allerdings hatte sich die Regierung Koerber bemüht, durch einige Scheinkonzessionen an die öffentliche Meinung der tiefinnerlichen allgemeinen Abneigung gegen den Dualismus die Spitze abzubrechen. Aber die Aufhebung der Transportsteuer, die nur, wie die Sozialdemokraten nachwiesen, der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft zugute kommen wird, oder gar die berühmte Loyalitätsklausel waren Aufputz von zu wenig sachlichem Wert, um die übrigen Schönheitsfehler des Ausgleichs zu verdecken. Hierbei wandte sich jedoch der Verband auch gegen die Koerbersche Maxime, gewisse, von seinen Vorgängern Badeni-Bilinski und Thun-Kaizl (mit dem § 14) „erledigte" Angelegenheiten, wie insbesondere die Auslieferung der Bank, als abgeschlossene Sache hinzustellen. Mit der größten Intensität aber bekämpften die Sozialdemokraten den als wichtigsten Bestandteil des Ausgleichs eingebrachten Zolltarif. Selten ist in einem Gesetzentwurf so scharf und entschieden der Klassencharakter der Regierung und des Parlaments hervorgetreten wie in diesem. Die bisherige Teuerung der Lebensmittel wird durch ihn ins Ungemessene gesteigert, insbesondere die wichtigsten, Getreide, Vieh, Fleisch, Milch, Brot u. s. w., tragen die furchtbarsten Wucherzölle, während auf der anderen Seite die Industriezölle in letzter Linie zum Stagnieren der industriellen Entwicklung, zum Ausschluß der technischen Vervollkommnung führen. Beide aber, sowohl Agrar- als Industriezölle, erschweren die Lebenshaltung des Arbeiters enorm, beide haben den Zweck, ein Monopol für gewisse kapitalistische Gruppen zu schaffen und einzelne wenige diesseits und jenseits der

Leitha ungeheuer zu bereichern. Hier standen die Sozialdemokraten wiederum ganz allein, die einzigen reinen Vertreter der Interessen der Proletarier, die bei diesem Zollwuchergeschäft keinerlei Schab zu machen haben. (Vergleiche das Kapitel: „Die Tätigkeit in den Ausschüssen".)

Die Geschäftsordnung.

Die Obstruktion ist nicht mehr eine zufällige Nebenerscheinung, sondern sie gehört bereits zum Wesen des österreichischen Privilegienparlaments. Sie ist dem ganzen Parlament unangenehm, aber man kriegt sie nicht los, da sie ein geschichtlich gewordenes Produkt, eine objektive Notwendigkeit ist. In diesem von Demagogie zerfressenen Hause ist die Obstruktion nicht mehr ein Dolch im Gewande der Parteien, sondern umgekehrt ist sie es, die die Parteien völlig in der Hand hat. Deshalb haben die Jungtschechen Stransky und Kramař längst nach Aenderung der Geschäftsordnung geschrien, um aus den Krallen dieses von ihnen selbst heraufbeschworenen Gespenstes zu entkommen. Unterstützt wurden sie in diesem Rufe von allen reaktionären Bourgeoisparteien, die ihr Schäfchen ungestört ins Trockene bringen wollen, insbesondere vom Polenklub, den Klerikalen, den Christlich-Sozialen und den Großgrundbesitzern und es war einer von den letzteren, der Dr. v. Grabmayr, der sich wohl mehr aus Wichtigtuerei die Aenderung der Geschäftsordnung zur Aufgabe setzte!

Nun gewiß, das österreichische Privilegienparlament ist verlottert und verdorben bis auf die Knochen und zur Erledigung keiner nur leidlich schwierigen Aufgabe mehr fähig; aber es ist nicht deshalb die Fleisch und Bein gewordene Zerfahrenheit und Ohnmacht sowie ein Gegenstand des allgemeinen Spottes, weil die Geschäftsordnung zu gut und frei ist, sondern weil das Wahlsystem, aus dem dieses Parlament hervorgeht, so schlecht ist. Die Unflätigkeit, das kleinliche Gezänke um kleinliche Dinge hat nicht deshalb die Vernunft im österreichischen Parlament überwuchert, weil diese Ueberwucherung durch die bestehende Geschäftsordnung nicht in entsprechender Weise hintangehalten werden kann, sondern weil in den durch Privilegien abgeschachtelten Wahlkörpern alle Furien des Chauvinismus zur Geltung gelangen und die Vernunft niederbrüllen konnten. Im Parlamente gelangt nur zur Verzapfung, was außerhalb des Parlaments gebraut wird. Und wie können auch Leute eine heilige Scheu vor dem Rechte der parlamentarischen Mehrheit haben, die selbst nur auf Grund eines Vorrechtes ins Parlament gekommen sind? Wer sich außerhalb des Parlaments in seinem Vorrechte sonnt und dadurch das gute Recht der anderen niedertreten hilft, den sollen im Parlament auf einmal Skrupel plagen, sofern er auf Gesetz und Ordnung pfeift? Wenn es Narrheit ist, was sich während der letzten Jahre im österreichischen Parlamente zugetragen hat, so lag darin eine durch die Vorrechte gezüchtete Methode. Der Größenwahn kann sich seine Opfer nicht nur auf den Höhen der Gesellschaft holen, er kann auch die mit politischen Vorrechten ausgerüsteten Spießer und Bauern befallen. In Oesterreich ist diese Sorte Wahnsinn während der letzten Jahre epidemisch geworden. Und dagegen hilft keine Aenderung der Geschäftsordnung; hier hilft nur eine Aenderung der Wahlordnung. Die Sozialdemokraten haben übrigens selbst nie die Geschäftsordnung zu Obstruktionszwecken verwendet. Dagegen hätte das Hauptprojekt der Ordnungsfanatiker die Abschaffung der Dringlichkeitsanträge, also eine Lahmlegung der empfindlichsten Form der kritischen Tätigkeit der Sozialdemokraten zur Folge gehabt. Nur auf diesem Wege war es ihnen möglich, solche furchtbare Ausschreitungen des latenten Absolutismus, wie die Schießereien in Triest und Lemberg, oder der behördlichen Schlamperei, wie die Grubenkatastrophen in Brüx und Boryslaw, der parlamentarischen Diskussion und dadurch wenigstens der teilweisen Abhilfe und Sühne zuzuführen. Aus diesen Gründen mußten die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen das auf die Geschäftsordnung geplante Attentat in der entschiedensten Weise Stellung nehmen. Da sie die Verschlechterung der Geschäftsordnung nicht im Ausschusse hintanzuhalten vermochten, mußten sie, als der von dem Abgeordneten Dr. v. Grabmayr fertiggestellte Bericht auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gestellt worden war, zu dem schärfsten Mittel greifen. Der Sozialdemokratische Verband beschloß, die abgeänderte Geschäftsordnung, durch die nur den sogenannten kleinen Parteien die bisherige Bewegungsfreiheit benommen worden wäre, während sie den „großen Parteien" belassen blieb, zu obstruieren. Auf den bloßen Beschluß des Sozialdemokratischen Verbandes hin wurde der Bericht des Abgeordneten Dr. v. Grabmayr als Beratungsgegenstand immer weiter hinausgeschoben, so daß die Annahme der verschlechterten Geschäftsordnung verhindert wurde. Sollten die parlamentarischen Scharfmacher wider alles Erwarten dennoch eines Tages ihre Pläne durchsetzen wollen, dann würden die wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten neuerdings zeigen, wie sie das schon unter Badeni in geschichtlich denkwürdiger Weise getan haben, daß jede Vergewaltigung der Minoritäten von ihnen bis zum äußersten

bekämpft wird. Aber das im Sterben liegende Privilegienparlament wird es auf eine solche Kraftprobe kaum mehr ankommen lassen.

Die Massenpetition.

Um dem Ministerium Koerber einen untrüglichen Beweis zu erbringen, daß die arbeitende Bevölkerung das in der Thronrede gegebene Versprechen wegen Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung sehr ernst genommen hat, wurden von dem Sozialdemokratischen Verbande die ihm in dieser Angelegenheit übermittelten Massenpetitionen nicht nur überreicht, sondern auch, um diese zu beschleunigen, ein Dringlichkeitsantrag eingebracht. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, trotzdem aber denkt Herr v. Koerber nicht daran, diesem Antrage Rechnung zu tragen und das in der Thronrede gegebene Versprechen einzulösen. Für die alten Arbeiter ist einfach kein Geld vorhanden, während für die Forderungen der Militärverwaltung die Staatskassen jederzeit offen stehen. Und wie wir bisher in der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung trotz der feierlichsten Versprechung seitens der Regierung wie trotz der eingebrachten Massenpetition und unseres einstimmig angenommenen Dringlichkeitsantrages dem Ziele nicht näher gekommen sind, so werden Regierung und Parlament auch weiter trachten, diese wichtigste sozialpolitische Frage der nächsten Zeit zu verschleppen, doch wird es die Aufgabe der Sozialdemokraten sein, durch unausgesetzte Mahnung an das Gewissen beider zu rütteln, noch mehr aber die gesamte Oeffentlichkeit zum Eintreten für diese Forderung in Bewegung zu setzen.

Das allgemeine Wahlrecht,

das zur Beratung des Hauses zu stellen unmöglich war, wurde bei jeder Gelegenheit von allen sozialdemokratischen Abgeordneten als die unerläßliche Voraussetzung der Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse hingestellt und so gewissermaßen die Wahlrechtsagitation in das Innere des Parlaments selbst getragen.

Die Dringlichkeitsanträge.

Wie oben bemerkt, gibt die Form des Dringlichkeitsantrages den Mitgliedern des österreichischen Abgeordnetenhauses die Möglichkeit, im Parlamente in jeder Sitzung eine ihnen wichtig dünkende Sache sofort zur Sprache bringen zu können. Diese wichtige Bestimmung der Geschäftsordnung ist von den bürgerlichen Parteien zur Obstruktion wie zu Obstruktionsdrohungen in den letzten Jahren in der ausgiebigsten Weise ausgenützt worden.

Der Sozialdemokratische Verband hat bis jetzt auch nicht einen Dringlichkeitsantrag zu Obstruktionszwecken eingebracht, weil er auf dem Standpunkte steht, daß die Diskreditierung und Zerstörung des Privilegienparlaments hauptsächlich und in erster Linie Sache der bürgerlichen Parteien ist und sie in dieser heilbringenden Tätigkeit — der einzigen, die sie leisten — nicht gestört werden dürfen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten benützten das Recht des Dringlichkeitsantrages immer dazu, wozu es geschaffen ist, um wichtige, unaufschiebbare Angelegenheiten zu erledigen. So wurden außer dem obengenannten, betreffend die Altersversicherung, Dringlichkeitsanträge unter anderem eingebracht:

betreffend die Einleitung einer Debatte über die Thronrede;

betreffend die Beschäftigung jugendlicher Personen, die Arbeitszeit 2c. beim Bergbau;

betreffend Maßregeln zur Linderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notlage;

ferner betreffend die Verwendung des Investitionskredits zur Beschleunigung der Eisenbahnbauten und

betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Organisation einer staatlichen Arbeitsvermittlung (Sitzung vom 17. Oktober 1901),

betreffend die Abschaffung des § 64 St.-G. (Verletzung der Ehrfurcht gegenüber Mitgliedern des kaiserlichen Hauses). Dieser Antrag wurde zum Zwecke der Besprechung der Uebernahme des Protektorats des katholischen Schulvereines durch Erzherzog Franz Ferdinand gestellt und führte zu einer ätzenden Kritik der klerikalen Bestrebungen des Wiener Hofes;

betreffend die Abschaffung der Paragraphe über Religionsstörung;

wegen des Streiks der Schiffsheizer des Triester „Lloyd“;

sowie wegen der blutigen Vorkommnisse und des über Triest verhängten Ausnahmszustandes.

Die letzten beiden Dringlichkeitsanträge gelangten in den Sitzungen am 15., 18., 21. und 26. Februar wie am 6. März 1902 zur Verhandlung, wobei dem Ministerium Koerber in geradezu vernichtender Weise die Leviten gelesen wurden. Ferner wurden Dringlichkeitsanträge wegen der Grubenkatastrophe in Boryslav in Galizien, wie des Wassereinbruches im „Jupiterschacht" bei Brüx in Böhmen eingebracht.

In Form von Dringlichkeitsanträgen wurde auch das Vorgehen des Unternehmertums und der Behörden während des galizischen Landarbeiterstreiks und des Lemberger Bauarbeiterstreiks einer scharfen Kritik unterzogen. Endlich wurden noch die beispiellosen Wahlfälschungen der Wiener Gemeindeverwaltung bei den letzten niederösterreichischen Landtagswahlen und das Einbrechen der Wiener Polizei in das Arbeiterheim im X. Wiener Bezirke durch zwei Dringlichkeitsanträge im Parlamente angenagelt. Daß die Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes auch in Notstandsangelegenheiten wiederholt die Regierung zur Abhilfe der Not aufgefordert haben, sei nur nebenbei erwähnt.

Selbstverständlich wurden auch von anderen Parteien eingebrachte Dringlichkeitsanträge benützt, um der Regierung und den Parteien die Wahrheit zu sagen, so der Antrag zur Aufhebung des Beamtenerlasses, der Antrag betreffend das Ehrenbürgerrecht Lobmeyers in Wien u. s. w.

Die Tätigkeit in den Ausschüssen.

Die eigentliche sachliche Arbeit des Parlaments, soweit man hier überhaupt davon reden kann, vollzieht sich in den Ausschüssen. Hier war es die unmittelbare Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten, die eine ganze Reihe von Verbesserungen an bestehenden Gesetzen erzielt und nicht selten gewisse Attentate auf einzelne Gruppen der arbeitenden Bevölkerung geradezu verhindert hat. In folgendem werden die wichtigsten dieser Arbeiten mitgeteilt:

Im Budgetausschusse begann die Debatte über das Budget für 1902 am 8. November 1901. Unser Vertreter im Budgetausschusse, Gen. Pernerstorfer, nahm wiederholt Gelegenheit, während der lange sich hinziehenden Ausschußberatungen das Wort zu ergreifen. Er besprach unter anderem die Notwendigkeit der Subventionierung des Baseler Internationalen Arbeitsamtes und forderte gedruckte Berichte über die Tätigkeit der Genossenschaftsinstruktoren. Er kritisierte die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission und des Arbeitsstatistischen Amtes. Bei dem Kapitel Gewerbeinspektion wurde sein Antrag: „Der Budgetausschuß beschließt die Bestellung von Spezial-Gewerbeinspektoren mit dem ganzen Reich als Sprengel, und zwar Hygieniker und Aerzte für chemische Fabriken, für Betriebe, bei denen Bleierkrankungen und dergleichen vorkommen u. s. w., und zwar so, daß schon im Staatsvoranschlag für 1903 die nötigen Summen eingestellt werden", angenommen. Ebenso wurde sein Resolutionsantrag, den er beim Titel Montanwesen einbrachte, angenommen: „Die Regierung wird aufgefordert, im Staatsvoranschlage bei dem Kapitel 28 so zu spezifizieren, daß die sachlichen Betriebserfordernisse und jene persönlichen Erfordernisse, die in Böhmen bestehen, unter Angabe der Zahl der beschäftigten Arbeiter möglichst detailliert aufgeführt werden." Beim Kapitel Tabak vertrat Pernerstorfer die von den Professionisten der Tabakfabriken in Monasterzyska, Winniki, Fürstenfeld, Hainburg und Krakau auf dem Wege von Petitionen vorgebrachten Wünsche und wünschte eine eingehende Inspektion der Tabakfabriken durch die Gewerbeinspektoren. In ausführlicher Weise besprach er beim Etat des Ackerbauministeriums die Verhältnisse in den ärarischen Brüxer Juliusschächten und die Frage der ländlichen sogenannten Leutenot. Bei der Beratung des Justizetats urgierte er die Reform des Preßgesetzes und illustrierte an Beispielen die trotz allen modernen Redensarten des Herrn Ministerpräsidenten noch immer herrschende Konfiskationspraxis des Staatsanwaltes Dr. Bobies, der sich damals gerade an den bekannten Mattachich-Artikeln der „Arbeiter-Zeitung" austobte. Auch unterzog er das Institut der Gerichtsinspektoren einer eingehenderen Besprechung. Bei dem Kapitel Volksschulen wies er die Angriffe auf die achtjährige Schulpflicht, die von klerikaler Seite ausgegangen war, energisch zurück, befürwortete die staatliche Subvention aller Volksbildungsbestrebungen und erörterte ausführlich die vielen Maßregelungen von Lehrern in verschiedenen Ländern, durch die eine Summe von viel Unrecht und parteimäßiger Vergewaltigung ausgeübt worden sei. Die Beratungen des Budgetausschusses zogen sich so lange hin, daß die Budgetdebatte im Plenum erst am 20. Februar beginnen konnte.

Im Legitimationsausschusse wurde von Daszynski ein heftiger, aber natürlich erfolgloser Kampf gegen die diversen Wahlschwindeleien geführt.

Im Steuerausschusse bekämpfte Gen. Hybeš die Einführung der Fahrkartensteuer zuerst durch den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Vorlage und beantragte hierauf die Beschaffung der nötigen Summen einesteils durch Erhöhung der Personaleinkommensteuer bei 20.000 Kr. übersteigendem Einkommen und eine höhere Progression als die gegenwärtige bei noch größerem Einkommen und zweitens durch Einführung eines Gebührenäquivalentgesetzes von zu Fideikommissen gehörenden Vermögen.

Nachdem seine Anträge vom Steuerausschusse niedergestimmt wurden, beantragte er die Einschränkung der Fahrkartensteuer auf die erste und zweite Wagenklasse und deren Erhöhung, damit sie den verlangten Ertrag liefert, auf 50 Prozent der Fahrkartenpreise. Und nachdem auch dieser Antrag abgelehnt wurde, meldete er ihn als Minoritätsvotum an.

Auch machte Hybeš alle Anstrengungen bei Behandlung des Gesetzes über die Begünstigungen für Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen dahingehend, daß in das Gesetz, da es auch für Fabrikswohnungen gelten soll, die Bestimmung aufgenommen werde, daß für die Räumung dieser Wohnungen nur die in dem betreffenden Bezirke bei bürgerlichen Wohnungen übliche Kündigungsfrist maßgebend sein müsse. Im Anfange schien es, als sollte der Antrag durchgehen. Da kamen aber die bürgerlichen Abgeordneten durch den deutschvolklichen Abgeordneten Hanisch darauf, daß bei Streiks die Fabrikanten die Streikenden mit der Delogierung nicht einschüchtern könnten, und lehnten den Antrag ab. Im Hause gelangte dann ein Mittelantrag zur Annahme, der eine achttägige Kündigungsfrist festsetzte.

Auch die von Hybeš beantragte Streichung der Bestimmung, daß derartige Fabrikswohnungen den Arbeitern auch gegen eine im Arbeitsvertrage nicht ziffermäßig festgesetzte Anrechnung auf den Lohn überlassen werden können, wurde abgelehnt.

Im Notstandsausschusse beantragte Gen. Hybeš im Frühjahre, da die armen Häusler sich überall über ungerechte Verteilung der Unterstützungsgelder beschweren, daß dem Ausschusse aus den unterstützten Gemeinden schriftliche Berichte über die Verteilung des Geldes eingesendet werden sollen. Kein einziger der bürgerlichen Abgeordneten stimmte dafür, da, wie sie erklärten, die Ortsverwaltungen als autonome Behörden berechtigt sein müssen, die Verteilung der Gelder nach ihren Ansichten vorzunehmen.

Im Gewerbeausschusse setzte Gen. Hannich bei Beratung des Trunkenheitsgesetzes die Aufnahme des Antrages durch, daß bei einer ersten Verurteilung bloß ein richterlicher Verweis erfolgen könne, womit ein neues, sehr wesentliches Prinzip in die österreichische Rechtspraxis eingeführt erscheint.

Im sozialpolitischen Ausschusse hat Gen. Eldersch die Interessen der Handlungsgehilfen bei Beratung der Aenderung des Sonntagsruhegesetzes und des Gesetzes betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung der Privatbeamten gegen den Ansturm der Abgeordneten von Krämers Gnaden zu verteidigen gehabt. Wenn auch im Ausschusse die Anträge unseres Genossen auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und auf Abschaffung der überflüssigen Komptoirarbeit am Sonntag niedergestimmt wurden, so konnten doch wesentliche Verbesserungen der Regierungsvorlage durchgesetzt werden, weil einzelne bürgerliche Abgeordnete aus Angst vor dem Abfall ihrer Anhänger unter den Handlungsgehilfen ihnen zustimmten. Dieser Erfolg wurde aber durch die gehilfenfeindliche Majorität des Abgeordnetenhauses, welche an der beispiellosen Unanständigkeit des Vizepräsidenten Kaiser einen eifrigen Helfershelfer fand, zum großen Teile wieder zunichte gemacht. Den sozialdemokratischen Handlungsgehilfen wird der Verrat der bürgerlichen Parteien Gelegenheit bieten, mit der gegnerischen Gehilfenorganisation gründlich aufzuräumen. Ihre Paradegehilfen, allen voran die der deutschen Volkspartei, die im Abgeordnetenhause für die Anträge der Sozialdemokraten eintreten, während ihre Klubkollegen sie brutal niederstimmen, werden ihre lächerliche Rolle bald ausgespielt haben.

Das Pensionsgesetz für die Privatbeamten befindet sich noch im Stadium der Ausschußberatung, doch sind seine wichtigsten Bestimmungen bereits durch Abstimmung erledigt. Das Gesetz ist wie jede sozialpolitische Maßnahme in Oesterreich ein elendes Flickwerk. Es fehlt der Staatszuschuß, eine zweckmäßige Organisation und vor allem hat das Gesetz den Kardinalfehler, daß es für die Privatbeamten, deren Interessen im Rahmen eines allgemeinen Versicherungsgesetzes weit besser gewahrt würden, ein eigenes Institut schafft. Immerhin mußten wir uns trotz aller prinzipiellen Einsprüche an der Beratung dieses Gesetzes beteiligen und es ist dem unaufhörlichen Drängen des Gen. Eldersch gelungen, das Geltungsgebiet dieses Gesetzes auch auf

die Handlungsgehilfen auszudehnen. Auch in der Frage des Staatszuschusses haben wir der Regierung das Zugeständnis abgerungen, daß für die unteren Gehaltskategorien nach Zustandekommen des allgemeinen Altersversicherungsgesetzes ein Staatszuschuß in Aussicht genommen ist. Auf jeden Fall hätte die Perfektion dieses Gesetzes für die Handlungsgehilfen den Vorteil, daß die ihnen zugesicherten Unterstützungen jenes Maß weit überschreiten, das bei dem allgemeinen Altersversicherungsgesetze nach berühmtem Muster in Aussicht steht. Die Unternehmervertreter haben sich gegenwärtig im Ausschusse eine kleine Obstruktion gegen das Gesetz eingerichtet, weil ihnen die normierten Unternehmerbeiträge zu hoch erscheinen. Solange eine Gesetzesvorlage nicht in Sicht war, konnten sich die bürgerlichen Parteien nicht genug in Freundschaftsbeteuerungen für die Privatangestellten ergehen. Da wurde von den Offizieren der Industrie, des Handels 2c. gesprochen, jetzt, wo es zur Betätigung dieser Freundschaft in den Beutel greifen heißt, kommt die Ernüchterung.

Gen. Elderich hat ferner bei Beratung des Pensionsgesetzes in jeder Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses die Vorlage des Gesetzentwurfes betreffend die allgemeine Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter reklamiert, die Versprechungen der Regierung in dieser Frage sind bis zum Ueberdruß bekannt. Es muß schlecht bestellt sein mit diesem so lange versprochenen Reformwerk des Herrn v. Koerber, wenn er sich nicht traut, es ans Licht der Welt zu bringen. Lange wird man die Arbeiterschaft mit Versprechungen nicht füttern können, die Regierung wird in der Oeffentlichkeit Gewißheit schaffen müssen, wie es mit der Lösung dieser brennenden Frage bestellt ist.

Ueber den sozialpolitischen Ausschuß wäre noch mitzuteilen, daß außer unserem Genossen und einigen bürgerlichen Paradearbeitern von den Parteien des Abgeordnetenhauses die reaktionärsten Elemente in den Ausschuß entsendet werden, auf die eine sozialpolitische Vorlage ungefähr dieselbe Wirkung übt wie auf den Stier das rote Tuch.

Im volkswirtschaftlichen Ausschusse erzielte Gen. Ellenbogen einen Erfolg durch Vereitlung des Beschlusses auf Kündigung des serbischen Handelsvertrages, ebenso in der Apothekerfrage. Bekanntlich ist die Erteilung der Apothekenkonzessionen einer starken Beschränkung unterworfen, die zu einem Monopol einzelner Leute geführt hat, die entweder die Apotheke von Kind auf Kindeskind vererben oder mit deren Verkauf einen schwunghaften und ergiebigen Handel treiben. Hierdurch sind alle jüngeren mittellosen Pharmazeuten von jeder Aussicht auf ein Fortkommen in ihrem Berufe ausgeschlossen. In diese Monopolwirtschaft brachte nun eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes einen Riß, da hierdurch die Rechtsgültigkeit solcher Geschäfte mit Apothekenkonzessionen aufgehoben wurde. Die Apotheker suchten nun rasch — als ob das sieche Parlament wirklich keine anderen Schmerzen hätte — diese Frage aus dem ganzen Rattenschwanz der längst spruchreifen pharmazeutischen Fragen herauszureißen und durch ein Spezialgesetz zu ihren Gunsten zu regeln. Gen. Ellenbogen wies jedoch die Ungehörigkeit dieses Vorganges nach und erklärte, daß ohne eine Regierungsvorlage über das gesamte Gebiet der einschlägigen Fragen die Beratung unmöglich sei. Sein Vertagungsantrag wurde angenommen, wodurch die Frage bereits zu Ungunsten der Monopolisten entschieden ist. An der Beratung über den Terminhandel, diesen bauernretterischen Schwindel, beteiligte sich unser Vertreter nicht.

Im Unterrichtsausschuß kämpfte Gen. Seitz gegen das an anderer Stelle besprochene Ingenieurtitelgesetz. Auch bei der bisher noch nicht beendeten Beratung seines Antrages betreffend die Schaffung eines Disziplinargesetzes für Lehrer gab es heftige Debatten zwischen unserem Vertreter und den christlichsozialen und klerikalen Abgeordneten.

Im Justizausschuß, dem Gen. Seitz angehörte, wurde unter anderem das Auskultantengesetz beraten und das mittlerweile bereits in Kraft getretene Gesetz betreffend die Ausdehnung der Haftpflicht auf Straßenbahnen.

Im Eisenbahnausschusse gelang es Gen. Dr. Ellenbogen, bei der Verstaatlichungsfrage einen Antrag durchzubringen, wodurch den Bediensteten der zu verstaatlichenden Bahnen der Fortbezug ihres Gesamteinkommens gesichert wird, während bisher stets eine Verkürzung im Falle der Verstaatlichung eintrat. Was diese selbst anlangt, so vertrat er den Standpunkt, es sei für alle jene Verstaatlichungen zu stimmen, bei denen der Staat ein gutes Geschäft mache. Durch eingehende Kritik und Fragestellung suchte er die etwas dunkle Haltung der Regierung in der Verstaatlichung der Nordwestbahn und Staatseisenbahngesellschaft klarzustellen und trieb dabei Herrn v. Wittek wiederholt in die Enge.

Im Ausgleichsausschusse wurden desselben Abgeordneten Anträge auf Einführung der Kranken- und Unfallversicherung sowie des sozialpolitischen Schutzes für die Bediensteten der Fluß- und Seeschiffahrt sowie der Küstenfischerei angenommen. Eine einschlägige Regierungsvorlage ist auch inzwischen tatsächlich dem Hause vorgelegt worden. Im übrigen war seine Tätigkeit hauptsächlich der Detailkritik der Vor-

lagen gewidmet. Einen Erfolg eigener Art erlangte er durch den energischen Angriff auf den Eisenbahnminister bei Beratung des Artikels IX des Zoll- und Handelsbündnisses, durch dessen Wortlaut die österreichische Staatseisenbahnpolitik vollständig der Gnade der Ungarn ausgeliefert worden wäre. Der Eisenbahnminister sah sich nach längerem Sträuben gezwungen, dem Artikel eine offizielle Interpretation zu geben, die in geradem Widerspruch zu der des ungarischen Handelsministers stand.

In eingehender Weise wies unser Vertreter die Richtigkeit und Unbestimmtheit der Loyalitätsklausel nach, deren staatsrechtlicher Charakter an sich schon unbestimmbar sei, desgleichen die Wertlosigkeit der Aufhebung der Transportsteuer für die Gesamtheit sowie die Geringfügigkeit der Beseitigung der Besteuerung von Kommissionslagern. Alle diese „Konzessionen" erklärte er bloß als goldene Brücken, die die Regierung den sogenannten staatserhaltenden Parteien baute, um ihnen den Verrat an den Interessen Oesterreichs leichter und vor den Wählern plausibler zu machen. Er verlangte dieser durchsichtigen Demagogie gegenüber die Notwendigkeit des Ausgleichs in einem Wesen, als einer unmöglichen, weil beiden Reichsteilen politisch oder wirtschaftlich unangenehmen Fessel, einer auf die Dauer unhaltbaren staatsrechtlichen Form.

Im Zollausschusse, wo bei fast allen Positionen des vorgelegten Wuchertarifs die Vertreter sämtlicher Parteien des Abgeordnetenhauses gegen den einzigen Vertreter der Sozialdemokratie standen, hatte Gen. Seitz zwei Monate hindurch einen besonders schweren Kampf zu führen.

Er mußte sich natürlich in erster Linie gegen die Zölle auf Kolonialwaren wenden, die als reine Finanzzölle zu ganz besonderem Widerspruch reizen und die nicht nur eine außerordentliche Verteuerung wichtiger Konsumartikel bedeuten — gewöhnlicher Kaffee wird zum Beispiel durch den Zoll um 50 bis 70 Prozent seines Wertes verteuert — sondern die überdies einen großen Teil der Mittel zur Bestreitung der Militärausgaben liefern müssen. Aber gerade das letztere war Grund genug für die patriotischen Parteien, den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit, ja selbst den Eventualantrag auf Herabsetzung des Zolles um die Hälfte mit allen Stimmen gegen die einzige unseres Vertreters niederzustimmen.

Aber auch bei der überwiegenden Mehrzahl der anderen Positionen, so bei den Zöllen auf Getreide, Fleisch und Fett, auf Milch, Eier, Obst, Gemüse und dergleichen und nicht minder bei den für die industrielle Arbeiterschaft so wichtigen Posten, wie Eisen, Leder ꝛc., wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit, beziehungsweise auf Herabsetzung der Zölle fast einhellig niedergestimmt.

Daß die Agrarier trotz aller Argumente selbst die Kühnheit hatten, einen Zoll auf Baumwolle zu verlangen und nur durch die weitestgehenden Versprechungen der Regierung veranlaßt werden konnten, von dieser lächerlich-frechen Forderung abzusehen, verdient als echt österreichische Spezialität ebenso erwähnt zu werden wie die Anträge der „modernen" Beamtenregierung, einen Zoll auf — Bücher einzuheben.

Einer besonderen Erwähnung bedarf wohl noch die Tatsache, daß gerade die Vertreter jener demagogischen nationalen Parteien, die sich so oft arbeiterfreundlich gebärden, nämlich die Alldeutschen, die Jungtschechen und die Christlich-Sozialen (welch letztere doch den größten Konsumenten agrarischer Produkte, nämlich Wien, vertreten) jederzeit unter den ärgsten Losgehern gegen die sozialdemokratischen Anträge zu finden waren und wie ein Mann für alle Fleisch-, Vieh- und Getreidezölle (ja selbst für die Minimalzölle auf Getreide) stimmten. Hatte doch der alldeutsche „Arbeiter" Herr Franko Stein den traurigen Mut, die Lebensmittelzölle als eine sozialpolitische Maßregel zu bezeichnen, für die er um so mehr eintrete, als sie die Erzielung höherer Löhne für die Arbeiter bewirkten.

Aber selbst die sogenannten „Vertreter der Industrie", die Vertreter der Handels- und Gewerbekammern, fanden nicht den Mut, den frechen Anschlägen der Agrarier entgegenzutreten, und so gingen sie denn — angeblich um die agrarische Ausschußmehrheit von noch weitergehenden Verschlechterungen des Tarifs abzuhalten — schon nach den ersten Sitzungen mit den Brot- und Fleischwucherern in die Laube und schlossen jenes famose Kompromiß, das den „Schutz der nationalen Volkswirtschaft" verbürgen und der „gemeinsamen Abwehr des deutschen Zolltarifs", besonders der durch ihn bewirkten Rückstauung dienen sollte.

Der Regierung, der ihre Vorlage von Ungarn diktiert worden war und die wohl wußte, daß sie es nicht wagen dürfe, der ungarischen Regierung auch nur in einem Punkte Abänderungen vorzuschlagen, konnte selbstverständlich nichts erwünschter sein als dieses Kompromiß.

So stand also unser Vertreter schon nach den ersten Sitzungen vor vollendeten Tatsachen und mußte sich dessen bewußt sein, daß auch nicht ein einziger seiner Abänderungsanträge Aussicht auf Erfolg haben werde.

Vergebens war sein Hinweis auf die Tatsache, daß ein Tarif, der zum Beispiel

1 Kilogramm Mehl mit 15 H. und 1 Kilogramm Fleisch mit 30 H. belastet, eine furchtbare Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter und damit eine Schwächung der Kaufkraft des Arbeitslohnes bedeutet; daß besonders die Viehzölle durchaus nicht den österreichischen Bauern, sondern fast ausschließlich den ungarischen Magnaten und Viehzüchtern zugute kommen, für die der Viehzoll allein ein jährliches Geschenk von 12 Millionen Kronen aus den Taschen der österreichischen Konsumenten bedeutet: umsonst war die Darlegung, daß ein Verzicht auf diese wahnsinnigen Zollerhöhungen und die Verwendung größerer Beträge zur Förderung der Landwirtschaft noch immer den Bauern wie den Konsumenten größere Vorteile böten als die Zahlung von Tributen an die Ungarn; wirkungslos war die Konstatierung der Tatsache, daß durch diesen Tarif die

Brotfrüchte um zirka	40 Prozent
Gemüse und Obst um . . . 50 bis 60	"
Schlachtvieh um . . . . . 10 " 20	"
Schweinefett und Speck um . . . 50	"

des Handelswertes verteuert würden; vergebens war der Hinweis darauf, daß selbst nach den Berechnungen agrarischer Führer die Kosten des Haushaltes einer Arbeiterfamilie durch diese Zölle um 15 H. per Tag, also um rund 50 Kr. per Jahr erhöht würden; vergebens die Warnung, daß wir uns den Ungarn geradezu tributpflichtig machen und bedingungslos ausliefern würden, wenn wir uns verpflichteten, selbst im Falle einer Hungersnot unsere Grenzen nur mit Erlaubnis der ungarischen Regierung zu öffnen:

Der Brot- und Fleischwucher feierte im österreichischen Zollausschusse wahre Orgien und die einzige Stimme des Vertreters der Arbeiterschaft mußte wirkungslos verhallen in dieser Wüste des krassesten Egoismus und der rücksichtslosesten Plusmacherei.

Ja noch mehr! Bei 80 von den 654 Positionen des Tarifs fand die Regierung im Ausschusse überhaupt keine Mehrheit, und zwar nicht etwa wegen der Höhe der Sätze, sondern weil selbst die ohnehin so übertriebenen Ansätze, die uns die ungarischen Zollwucherer diktiert hatten, ihren österreichischen Kollegen noch zu — niedrig waren!

Glücklicherweise waren die politischen Verhältnisse während dieser Verhandlungen für Herrn v. Koerber immer trister geworden und selbst die jungtschechischen Bauern, die trotz der offenen Obstruktion ihrer Gesinnungsgenossen im Parlamente und trotz der verschleierten Obstruktion ihrer Führer im Ausgleichsausschusse bisher bei den Zollfragen fleißig mitgearbeitet hatten, kündigten gleichfalls die Liebe und setzten auch im Zollausschuß mit der Obstruktion ein. Bald gab es keine Abstimmung mehr, bei der nicht die Jungtschechen ein Minoritätsvotum angemeldet hätten, und so endete für diesmal der ganze Wucherfeldzug mit einem jämmerlichen Fiasko.

Von allen Schätzen, die die Agrarier schon in ihren Säcken wähnten, ist nichts geblieben als die leider nicht unbegründete Hoffnung, daß es vielleicht im — nächsten Jahre gelingen werde, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Für die Abgeordneten des „freisinnigen" Bürgertums wie für die nationalen und christlich-sozialen „Arbeitervertreter" blieb aber nichts als die Schande und Schmach, mit der sie sich durch ihre Knechtschaft gegenüber den Ausbeutern und Zollwucherern aller Nationen beladen hatten.

Den Kampf um das Brot des Volkes wird die organisierte Arbeiterschaft allein zu führen haben.

Im Preßausschuß wird der Verband vom Gen. Rieger vertreten. Dem Ausschuß liegt bekanntlich die Preßreformvorlage der Regierung zur Vorberatung vor. Der Ausschuß nahm auf Antrag Riegers Abstand von einer Generaldebatte über die Regierungsvorlage und wählte ein fünfzehngliedriges Subcomité, dem die Vorlage überwiesen wurde. Gen. Rieger gehörte dem Subcomité ebenfalls an und es ist ihm gelungen, im Subcomité einige Verbesserungen der Regierungsvorlage durchzusetzen. Wann die von dem erwähnten Subcomité erledigte Regierungsvorlage vom Plenum des Preßausschusses und des Abgeordnetenhauses überhaupt zu Ende beraten wird und ob es gelingen wird, die im Subcomité erzielten Verbesserungen der Vorlage auch nur im Plenum des Preßausschusses durchzusetzen, wissen freilich nur die Götter. Die Parteicliquen des Bürgertums haben genau wie die „moderne" Regierung des Herrn v. Koerber an einer Reform der reaktionären verrotteten Preßgesetzgebung nur ein sehr mäßiges oder gar kein Interesse und lassen es gerne geschehen, daß die so dringend notwendige Reform immer wieder auf die lange Bank geschoben wird. — Gen. Rieger vertritt den Verband weiters noch im Immunitätsausschuß.

Die Einbringung von Interpellationen

hat in einer unübersehbaren Reihe von Fällen zu Untersuchungen und häufig zur Abstellung von Uebelständen geführt. Als wichtigste erwähnen wir die Interpellation bezüglich des Gewerkschaftserlasses, diejenige betreffend die Wahlen der Handlungsgehilfen in Wien, die des Gen. Hannich betreffend die von den Alldeutschen in Gablonz provozierten Prügelszenen anläßlich einer sozialdemokratischen Handlungsgehilfenversammlung, die zahlreiche Militärmißhandlungen betreffenden u. s. w.

Eingebrachte selbständige Anträge.

Cingr, Hybeš, Elderſch betreffend Bestellung von Bergbauinspektoren und die Wahl von Bergbaudelegierten;

Cingr, Hybeš, Elderſch betreffend Regelung der Lohnzahlungen beim Bergbau;

Cingr, Elderſch, Hybeš betreffend Einschränkung der Kündigung und Entlassung von Vorstandsmitgliedern der Bruderladen und Delegierten der Genossenschaften beim Bergbau aus der Gruppe der Arbeiter;

Daszynski, Pernerstorfer betreffend die Wahl eines 36gliedrigen Ausschusses zur Erstattung von Vorschlägen, beziehungsweise Aenderung der Verfassung durch Bildung einer auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle Erwachsenen vom 21. Lebensjahre an zu schaffenden Volksvertretung;

Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš wegen Abänderung des § 172 des Gesetzes vom 25. Oktober 1896 betreffend die direkten Personalsteuern;

Ellenbogen, Hybeš betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten;

Ellenbogen, Elderſch betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen 2c.;

Ellenbogen, Pernerstorfer betreffend die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Prüfung der sanitären und baulichen Verhältnisse der Wiener Krankenhäuser 2c.;

Ellenbogen betreffend eine Erhöhung der im § 16 des Gesetzes vom 14. Mai 1896, R.-G.-Bl. Nr. 74, nicht berücksichtigten Versorgungsgenüsse der Waisen nach Zivilstaatsbeamten und Staatslehrpersonen;

Hybeš, Hannich, Schuhmeier betreffend den Ausbau der Arbeiterversicherung;

Pernerstorfer, Daszynski, Hybeš wegen Erlassung eines Gesetzentwurfes betreffend die Einführung des Gebührenäquivalents von zu Fideikommissen gehörenden Vermögen;

Rieger, Pernerstorfer betreffend die Aufhebung des Kolportageverbotes;

Schuhmeier, Hannich, Pernerstorfer betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. Nr. 62, über die Feststellung der Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschule (bezüglich der Lehrpersonen);

Seitz, Schuhmeier, Hannich betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Disziplinarbehandlung der Volks- und Bürgerschullehrer;

Seitz, Schuhmeier, Hannich betreffend die Abänderung des § 54 des Gesetzes über die Grundsätze des Unterrichtswesens der Volksschulen (Disziplinarbehandlung der Lehrer);

Seitz betreffend die Regulierung der Thaya.

Ein Gesamtbild.

Die Tätigkeit der Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes gestaltet sich während der Berichtsperiode wie folgt: Eingebracht wurden 615 Interpellationen, 23 Dringlichkeitsanträge, 28 Anträge und 2 Notstandsanträge. Petitionen wurden außer der Massenpetition wegen der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung 84 eingebracht.

Von den 615 Interpellationen wurden 191 seitens der Minister beantwortet.

Als Redner stellten die Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes ihren Mann in 117 Fällen. Hierbei sind jene Reden nicht mit einbezogen, die von den Mitgliedern des Verbandes, vor allem von den Verbandsobmännern, in rein geschäftlichen Angelegenheiten gehalten wurden.

Der Sozialdemokratische Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Anträge zum Parteitag.

Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.

Zur Abänderung der provisorischen Geschäftsordnung.

1. Antrag der Parteivertretung der tschechoslavischen Sozialdemokratie:

Punkt 7 der Tagesordnung, „Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage", sei von der Tagesordnung abzusetzen und anstatt seiner der Punkt „Konsumgenossenschaften und die Arbeiter" einzuschalten.

2. Antrag des IV. Wiener Wahlkreises:

Als selbständiger Punkt der Tagesordnung soll eingeschaltet werden: „Die Konsumvereinsbewegung".

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Sozialpolitik in Oesterreich".

3. Antrag des erweiterten Kreisausschusses des IV. böhmischen Wahlkreises:

Unter der Tagesordnung Punkt 6, „Sozialpolitik in Oesterreich", soll der Punkt „Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung" eine besondere Behandlung erfahren.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: „Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage".

4. Antrag Muchitsch und Genossen:

Der Parteitag erblickt im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen der Sozialdemokratie — die daraus erwachsenden Schäden zu beseitigen, darf kein Mittel unbenutzt bleiben.

Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die ökonomische Hebung des Proletariats sein; eine notwendige Ergänzung hierzu bildet aber die Aufklärung über die Alkoholwirkung und die Erschütterung der Trinkvorurteile.

Der Parteitag empfiehlt daher allen Parteiorganisationen und Parteigenossen die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften von Parteiorganisationen. Den für die Abstinenz gewonnenen Parteigenossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenschluß in Abstinenzvereinen zu empfehlen, die ihrerseits dafür zu sorgen haben, daß ihre Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: „Anträge und Anfragen“.

5. Antrag des Genossen Julius Deutsch:

Der Parteitag erkennt die eminente Wichtigkeit der Jugendorganisationen als im Interesse der physischen und geistigen Entwicklung des Proletariats gelegen an und macht es den Parteigenossen zur Pflicht, diese nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse kräftigst zu unterstützen.

6. Antrag des Genossen Anton Behr in Krumau:

Der Parteitag möge eine Resolution beschließen, in der die Stellung der Partei zu den sogenannten Differenzgeschäften und zum Getreideterminhandel an der Börse klargelegt wird.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Bericht der Gesamtparteivertretung“.

7. Antrag Schweichhart:

Die Parteivertretung und der Verband im Abgeordnetenhause werden beauftragt, ihre Berichte zum Parteitag möglichst zeitlich in den Tagblättern zu publizieren, damit auch die Provinzpresse in die Lage kommt, noch vor Stattfinden des Parteitages diese Berichte veröffentlichen zu können.

8. Antrag Dorbič:

Der Parteitag verurteilt die Unterdrückungen und Verfolgungen, womit man die Arbeiterbewegung in Dalmatien verhindern will, protestiert aufs energischeste gegen die unerhörten Uebergriffe, die sich dort ereignen, erklärt sich solidarisch mit den Genossen Dalmatiens und fordert die Fraktion auf, sich energisch für die Schaffung besserer Zustände in Dalmatien einzusetzen.

9. Antrag Schloßnikel:

Die Berichte der einzelnen Wahlkreise sollen, wie dies bis zum vorletzten Gesamtparteitag üblich war, für künftighin dem Berichte des Reichssekretariats angefügt werden.

9a. Antrag der Parteikontrolle:

Der Gesamtparteivertretung ist das Absolutorium zu erteilen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Bericht über die parlamentarische Tätigkeit“.

10. Antrag des III. steirischen Wahlkreises:

Dem Sozialdemokratischen Verband wird für seine Tätigkeit, insbesondere für das Eintreten seines Vertreters im Budgetausschuß für die Wünsche der Tabakarbeiterschaft das vollste Vertrauen ausgesprochen und selber, respektive sein Vertreter im Budgetausschuß, wird ersucht, für die Durchführung der im Monat August l. J. eingereichten Petition der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen ganz Oesterreichs betreffs Regelung der unwürdigen Pensionsverhältnisse an die Generaldirektion der Tabakregie einzutreten.

11. Antrag des VIII. böhmischen Wahlkreises:

Der Gesamtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Tätigkeit und seine Haltung im Parlament das vollste Vertrauen aus.

12. Antrag Dr. Czech:

Der Gesamtparteitag empfiehlt der Gesamtexekutive den Punkt: „Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus" auf die Tagesordnung des nächsten Gesamtparteitages zu setzen.

13. Kundgebung der Frauenkonferenz an den Parteitag:

Die Vertreterinnen der Sozialdemokratinnen Oesterreichs erklären, mit besten Kräften dahin wirken zu wollen, daß das Klassenbewußtsein immer weitere Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen erweckt und ihnen Verständnis für die Vorgänge des öffentlichen Lebens vermittelt werde. Sie wollen die Frauen wie bisher und, wo dies möglich ist, in höherem Maße als bisher aneifern, an allen politischen Tagesfragen Anteil zu nehmen und insbesondere die männlichen Genossen in ihren Wahlkämpfen wirksam und opferfreudig zu unterstützen. Zugleich aber erklären sie es für dringend notwendig, daß die proletarischen Frauen ihre eigenen politischen Rechte in Anspruch zu nehmen lernen und bereit seien, bei jeder Gelegenheit für die Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter und insbesondere nach dem Wahlrecht der Frauen einzutreten. Die Konferenz spricht zugleich die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Männer in höherem Maße als bisher die Frauen in dieser Aufgabe unterstützen und bei jeder Gelegenheit für die rechtliche und politische Gleichstellung der Geschlechter eintreten werden, wie das Programm der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich es von ihnen verlangt und wie sie es wiederholt auf unseren Parteitagen beschlossen haben.

Nur wenn alle Parteigenossen ohne Unterschied des Geschlechtes ihre volle Kraft einsetzen, wird es uns gelingen, das, was bisher nur an unseren prinzipiellen Forderungen toter Buchstabe geblieben ist, in lebendige Tat umzuwandeln.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Die Wahlrechtsbewegung".

14. Resolution des Referenten:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, abgehalten in Wien, 9. November 1903, erklärt:

Die vornehmste Aufgabe des gesamten Proletariats Oesterreichs ist die Erringung des gleichen Wahlrechtes in alle Vertretungskörperschaften, als eines der Mittel zur Erreichung des Endzieles der klassenbewußten Arbeiterschaft: die Befreiung der Arbeit und des Proletariats aus dem Joche der kapitalistischen Ausbeutung durch Beseitigung der bisherigen Produktionsweise und Ersetzung derselben durch sozialistische Einrichtungen, welche allein eine freie und gesunde Entwicklung sowohl einzelner als auch ganzer Nationen gewährleisten.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft konstatieren mit Genugtuung, daß die von der Partei inszenierte Bewegung für das gleiche Wahlrecht in den breiten Massen des arbeitenden Volkes ein stürmisches Echo fand, welches von neuem kategorisch die Regierung und die ihr verantwortlichen Kreise an ihre Pflicht mahnt, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft sich nicht zu widersetzen und in den Wahlordnungen das gleiche Wahlrecht, welches der einzige Ausweg aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruche des Staates ist, durchzuführen.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft konstatieren gleichzeitig aber, daß der Verlauf und die Ergebnisse des Kampfes für das gleiche Wahlrecht Zeugnis ablegen, daß die Bourgeoisie aller Nationalitäten samt ihren kleinbürgerlichen Trabanten sowie auch der Klerus und die Bureaukratie ihrer historischen Aufgabe, die Lakaien und Schildträger der Reaktion zu sein, treu geblieben sind. In allen Orten und Ländern Oesterreichs, auch in den vorgeschrittensten, blieben diese Faktoren gegenüber der Bewegung Hunderttausender ärmerer ihrer Mitbürger für

die Gleichberechtigung taub und blind: ja in einer ganzen Reihe von Fällen versuchten sie den einmal schon durchgeführten und deshalb bewährten Raub an den Volksrechten mit der Einführung einer allgemeinen Kurie in die Gemeinde und den Landtag zu wiederholen, wobei sie von der reaktionären Regierung Koerber unterstützt werden. Die listige und verschlagene Handlungsweise dieser Schichten in dieser Frage der echten Demokratie legte dem Proletariat die Pflicht auf, mit aller Energie die Wiederholung dieses Raubes zu vereiteln und die Schärfe seines gerechten Zornes gleich rücksichtslos gegen die bürgerlichen politischen Parteien sowie auch gegen alle ausgesprochenen Feinde des Fortschrittes und der bürgerlichen Gleichberechtigung gegen den Adel, die Kapitalisten und Regierungskreise zu wenden.

Indem die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft den Opfern des unvernünftigen und gehässigen Eingreifens der Organe der Machthaber in den mannhaften Wahlrechtskampf der Arbeiter ihre brüderlichen Sympathien aussprechen, warnen sie vor der Anwendung von Gewaltmitteln gegen die Arbeiter in der Ueberzeugung, daß Gewalt wieder nur Gewalt erzeugt.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft sprechen wiederholt ihre Ueberzeugung aus, daß, solange nicht das gleiche Wahlrecht und die Beseitigung der Privilegien der Geburt und des Besitzes errungen wird, nicht erwartet werden kann, daß die unfähigen gesetzgebenden Vertretungskörper an die Lösung der dringendsten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen der Zeit herantreten werden. Privilegien führen immer zur Selbstbereicherung, zur Korrumpierung und Entartung des ganzen öffentlichen Lebens.

Der Parteitag fordert daher die gesamte Arbeiterschaft aller Nationalitäten Oesterreichs auf, in dem energisch eingeleiteten Kampfe für das gleiche Wahlrecht in die Gemeinde, das Land und Reich womöglich noch energischer durch Veranstaltungen von Manifestationen, Meetings und Volksversammlungen, durch mündliche Agitation und die Presse auf der ganzen Linie fortzufahren, ihn zu steigern und vor keinem Opfer im Kampfe für diese ihre wichtigste Forderung zurückzuschrecken. Sollte kein anderes Mittel übrig bleiben, ist beizeiten zu erwägen, ob es nicht notwendig wäre, wie häufig im wirtschaftlichen, so auch in diesem politischen Kampfe, zur Erringung der Volksrechte das äußerste Mittel anzuwenden.

Der Parteitag fordert endlich das gesamte Proletariat Oesterreichs auf, unter allen Umständen sich für die kommenden schweren und siegreichen Kämpfe durch Ausbau einer festen politischen und gewerkschaftlichen Organisation und Vervollkommnung seiner Presse sich vorzubereiten und kampfbereit zu halten.

15. Antrag Doležel:

Der Parteitag beschließt, daß in allen täglich erscheinenden Blättern der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs eine ständige Rubrik für das allgemeine Wahlrecht einzuführen sei, unter welcher jede Wahlrechtsbewegung veröffentlicht werden soll.

16. Antrag Skaret:

Der Gesamtparteitag nimmt alle auf der am 8. November d. J. stattgefundenen Frauenkonferenz gefaßten Beschlüsse zur Kenntnis.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich“.

17. Resolution:

Der Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs erklärt:

Die staatsrechtliche Gemeinschaft mit Ungarn ist für Oesterreich unerträglich. Sie ist wertlos: weil die durch sie angeblich erzielte Großmachtstellung der Monarchie ausschließlich Ungarn zugute kommt, das die Vorteile einheimst, während Oesterreich

die Lasten trägt. Sie ist unnütz: weil ihr ursprünglicher Sinn, die Verteidigung des europäischen Oesterreich gegen die Barbarenflut des Ostens, erschöpft ist und die künstlich aufrecht erhaltene Großmacht nur allein dem Zweck dient, der regierenden Dynastie Ansehen und Glanz zu schaffen. Sie ist schädlich: denn unter den Ursachen der inneren Wirren Oesterreichs steht der Dualismus in erster Reihe. Indem er die Parteien für ein volksfremdes, nur dynastisches Interesse in Anspruch nimmt, ist er für Oesterreich ein Element der Zersetzung geworden — der Korruption und des Verfalles aller parlamentarischen Institutionen.

Die Sozialdemokratie Oesterreichs, als die Wortführerin aller werktätigen Klassen, lehnt diese staatsrechtliche Gemeinschaft ab: rundweg, vollständig und für immer. Der Dualismus ist die Form, in der sich die dynastische Hausmachtspolitik in die Zeiten der Volkssouveränität hinübergerettet hat und durch die sie die Entwicklung aller in Oesterreich lebenden Völker bedrängt und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Entfaltung vergewaltigt. Die Sozialdemokratie, die Partei der Zukunft, fühlt sich aber frei von jenem verlogenen Patriotismus, der den Völkern nimmt, um der Hausmacht zu geben, ihr ist die Entwicklung der breiten Massen der Völker der gewichtigste Zweck der Staaten — dem sich jeder andere unterzuordnen hat, dem sich keiner hindernd entgegenstellen darf. Der Dualismus ist ein solches Hindernis — und deshalb verwerfen wir ihn. Ganz abgesehen von unserer prinzipiellen Ablehnung des Militarismus als Produkt und Werkzeug der kapitalistischen Ordnung, sind wir gegen die sogenannte gemeinsame Armee — aus der sich nun ein selbständiges ungarisches Heer bilden will, für dessen Aufzucht Oesterreich roboten soll. Wir verwerfen jede staatsrechtliche Gemeinschaft — ausnahmslos und vorbehaltlos. Die Sozialdemokratie will jedem dieser zusammengekoppelten Teile Freiheit und Selbständigkeit schaffen — damit sie sich, des harten Druckes und der beeinträchtigenden Fessel frei, nach Maßgabe ihrer Kraft und Einsicht entwickeln können.

Anders ist die wirtschaftliche Gemeinschaft zu beurteilen, die keinen überlebten Großmachtsvorstellungen entsprungen ist, sondern auch realen Bedürfnissen dient und sie auch weiterhin zu erfüllen geeignet ist. Die Sozialdemokratie Oesterreichs ist sich nicht im unklaren darüber, daß zwischen der wirtschaftlichen, auf der freien Entschließung der beiden Staaten beruhenden Einheit und den als dauernd und unabänderlich proklamierten pragmatischen Angelegenheiten ein derartiger Zusammenhang besteht, daß die Beseitigung der staatsrechtlichen Gemeinschaft die wirtschaftliche Verbindung zu beeinträchtigen, ja aufzuheben vermag. Aber die Störungen des wirtschaftlichen Bandes, die in dem periodisch abzuschließenden Ausgleich so empfindlich auftreten, ist eben die Folge der aufgezwungenen staatlichen Verbindung, in der Ungarn eine Minderung seiner staatlichen Souveränität empfindet und für welche es sich durch wirtschaftliche Konzessionen aus dem wirtschaftlichen Gut Oesterreichs bezahlt macht. Selbständig und unabhängig geworden, werden sich beide Staaten ungleich leichter verständigen und auseinandersetzen: von dem vergiftenden Einfluß der dualistischen Staatsform befreit, werden die Völker beider Staaten ihre Interessen frei und unverfälscht zu erkennen vermögen und sich zum wirtschaftlichen Bündnis zusammenfinden, in dem ihre Bedürfnisse gerecht und zweckmäßig erfüllt sein werden, der Vorteil des einen nicht zum Nachteil des anderen ausschlagen wird. Auch dieses Bündnis muß die Freiheit jedes Teiles unversehrt lassen, jedem Teile die Möglichkeit geben, die seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung entsprechenden Tatsachen zu schaffen; was es bezwecken und erhalten soll, ist nicht mehr als die Einheit des Zollgebietes — an der beide Staaten gleichmäßig beteiligt sind und zu der sie sich im Stande der Selbständigkeit, in Erkenntnis der Interessen aller ihrer Völker frei zusammenfinden werden.

Der Parteitag erklärt also, nur in der vollen und freien Selbstbestimmung Oesterreichs den Weg zu sehen, auf welchem der Aufbau einer das autonome Recht aller seiner Nationen verbürgenden staatlichen Gemeinschaft möglich ist, erklärt die

Beseitigung des Dualismus als die unerläßliche Voraussetzung zur Erkämpfung eines Oesterreich, in dem die Klasse der Arbeiter den ihr zukommenden, aber bisher schnöde vorenthaltenen Einfluß erlangt und die Bahn freimacht für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben.

18. Zusatzantrag Grigorovici zur Resolution:

Der Parteitag erklärt aber auch dasselbe bezüglich Ungarns und sieht nur in diesem Wege der Entwicklung die Möglichkeit zur Emanzipation der geknechteten, nichtmagyarischen Nationen sowie des Proletariats dieses Staates.

Aus diesem Grunde begrüßt er das ungarische Proletariat, welches mit seiner Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und der Gleichberechtigung aller in diesem Staate lebenden Völkerstämme den Grundstein zu einem modernen Staatsgebilde gelegt hat, auf das lebhafteste.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Sozialpolitik in Oesterreich".

19. Resolution des Referenten:

Unter Festhaltung der im Programme der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs aufgenommenen Mindestforderungen an gesetzlichem Arbeiterschutz beschließt der Parteitag:

Gegen die von der Regierung Koerber systematisch betriebene Verzettelung des Zustandekommens einer zeitgemäßen Reform der Arbeiterversicherung sowie deren Ergänzung durch Einführung einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersversicherung, einer Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter wird auf das entschiedenste protestiert und erklärt, daß Regierung und Parlament von der organisierten Arbeiterschaft für den Fortbestand des desolaten Zustandes der Arbeiterversicherung verantwortlich gemacht werden.

Die im sozialpolitischen Ausschusse des Abgeordnetenhauses in Verhandlung stehende Vorlage betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Privatbeamten ist mit Rücksicht auf das eingeschränkte Geltungsgebiet dieses Gesetzes, den Mangel eines staatlichen Zuschusses und die verfehlte Art der Organisation durchaus unzureichend und es kann dieselbe auch nicht als eine teilweise Befriedigung der gerechten Forderung der Arbeiterschaft nach einer gesetzlichen Vorsorge für den Fall der Invalidität- und des Alters angesehen werden, weil die bedürftigsten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von dieser Versicherung ausgenommen sind.

Die Regierung wird daher dringendst aufgefordert, ihre Vorschläge rücksichtlich einer den wiederholt geäußerten Wünschen der organisierten Arbeiterschaft entsprechenden Reform der Arbeiterversicherung unverzüglich in den kompetenten Körperschaften zur Diskussion zu stellen und nicht durch weitere vage Versprechungen die berechtigte Erbitterung unter der Arbeiterschaft noch mehr zu steigern.

Ebenso wird gegen die von der Regierung in Vorschlag gebrachte Reform der Gewerbeordnung entschiedenste Verwahrung eingelegt, weil die Perfektion derselben eine Knebelung der in den Gehilfenversammlungen organisierten Arbeiter bedeuten würde und zudem eine Stärkung der reaktionären Tendenz unseres versimpelten Gewerbegesetzes zur Folge hätte. Bei diesem Flickwerk ärgster Sorte hat die Regierung von der Reform des VI. Hauptstückes der Gewerbeordnung vollständig Abstand genommen, obzwar gerade dieses Kapitel total veraltet ist. So haben die Bestimmungen desselben über die Maximalarbeitszeit in den wichtigsten Gewerbszweigen schon lange nicht mehr Geltung und lediglich die praktische Bedeutung, daß sie den rückständigsten Unternehmergruppen im Kampfe der Arbeiterschaft um Kürzung der Arbeitszeit Anlaß zu nichtigen Ausreden geben. Eine Regierung, die sich ihrer primitivsten sozialpolitischen Pflichten nur halbwegs bewußt ist, hätte auch bei dieser Gelegenheit dem schreienden Lehrlingselende steuern und diese Prügelknaben unserer Wirtschaftsordnung gegen die unmenschliche Ausbeutung sicherstellen müssen.

Der Parteitag erklärt, daß eine durchgreifende, von modernen Gesichtspunkten ausgehende Reform der Gewerbeordnung ein unabweisbares Bedürfnis der Arbeiterschaft ist, wenn nicht der Klassenkampf eine weitere Verschärfung erfahren soll.

Die Angriffe der organisierten Ausbeuter gegen die ohnedies unzulängliche Gewerbeinspektion, gegen die bescheidene Tätigkeit des Arbeitsbeirates und der Gewerbegerichte werden vom Parteitag mit Entrüstung zurückgewiesen und etwaigen Versuchen der Regierung, den unverschämten Wünschen der Geldsackinteressenten irgendwie Rechnung zu tragen, der schärfste Widerstand in Aussicht gestellt.

Die Bestellung von Handels- und Lehrlingsinspektoren, beziehungsweise Ausgestaltung und Vermehrung der Gewerbeinspektorate ist längst spruchreif geworden, der Errichtung neuer Gewerbegerichte werden alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet und die Erstattung der hierzu erforderlichen Gutachten von den Landtagen jahrelang verschleppt. Der Mangel einer einheitlich organisierten Arbeitsvermittlung und einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, bei deren Verwaltung der Arbeiterschaft der gebührende Einfluß gesichert ist, macht sich in der von wirtschaftlichen Krisen bedrohten Zeit besonders fühlbar.

Der Parteitag protestiert auch auf das nachdrücklichste gegen den Gleichmut der Regierung, mit welchem sie arbeiterfeindliche Cliquen Brutalitäten und Gesetzesverletzungen gegen Arbeiterorganisationen und von Arbeitern geleitete Versicherungsinstitute verüben läßt und sich nur schwer entschließen kann, dem gebeugten Rechte Achtung zu verschaffen.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses auf, den vorgeäußerten Wünschen und Beschwerden der Arbeiterschaft im Parlamente in nachdrücklicher Weise Ausdruck zu geben und die Erfüllung und Berücksichtigung derselben in zweckdienlicher Weise zu fördern.

20. Antrag Weixelberger-Monetti:

Da von den berufenen Körperschaften (Gemeindevertretungen ꝛc.) eine Reform der heute bestehenden, die Volksgesundheit untergrabenden Wohnungsverhältnisse nicht zu erwarten ist, wird der Sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause beauftragt, an die Regierung um Aufstellung von Wohnungsinspektoren heranzutreten.

21. Antrag Dr. Ellenbogen-Brodecky:

Der Parteitag erklärt es ferner für eine der dringendsten Aufgaben der Sozialreform, die soziale Lage der Eisenbahner einer gründlichen Verbesserung nach allen Richtungen zu unterziehen, und verlangt, daß das Parlament den von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Antrag (Antrag Ellenbogen-Hybesch) über die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten zur Grundlage seiner Beratungen mache.

22. Antrag Richter-Polke:

Der Gesamtparteitag beauftragt den Sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses, in einer der ersten Sitzungen des Hauses die in der Thronrede versprochene allgemeine Invaliditäts- und Altersversicherung sowie eine Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter zu urgieren, beziehungsweise die Vorlage des Gesetzentwurfes zu fördern.

23. Antrag Silberer:

Der Parteitag legt entschiedenst Verwahrung ein gegen den schmählichen, nur im Ueberrumpelungswege zustande gekommenen Antrag des Abgeordneten Böheim, mit welchem das Abgeordnetenhaus die Herabsetzung des Ersatzruhetages im Bäcker-

gewerbe auf einen halben Wochentag beschloß. Der Parteitag erwartet von den in Betracht kommenden Faktoren, daß sie diesen nichtswürdigen Anschlag auf die Ruhezeit einer der ausgebeutetsten Arbeiterschichten, der zugleich eine Durchbrechung des Sonntagsersatzruhegesetzes bedeutet, zurückweisen werden.

24. Antrag Kopač-Pittoni:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß die Betriebskrankenkassen, die nicht nur selbst nicht leistungsfähig sind, sondern auch die Leistungsfähigkeit auf gesünderer Grundlage beruhender Krankenkassen beeinträchtigen, aufgelöst und deren Mitglieder den zuständigen Bezirkskrankenkassen oder den von Arbeitern autonom verwalteten Kassen einverleibt werden.

25. Antrag Kristan:

Der Parteitag erklärt es im Interesse einer ersprießlichen Sozialreform für eine dringende Aufgabe, daß die soziale Lage der Bediensteten der k. k. Staats- sowie der Privatbahnen nach allen Richtungen gründlich verbessert wird und verlangt, daß das Abgeordnetenhaus den vom Sozialdemokratischen Verbande wiederholt eingebrachten Gesetzentwurf (Verkauf, Ellenbogen, Hybeš) betreffend die Regelung der Vertragsverhältnisse zwischen den Eisenbahnen und ihren Bediensteten endlich in Beratung ziehe und der Erledigung zuführe.

26. Antrag Vaněk:

Der Parteitag fordert die Regierung Koerber auf, das Material, welches von der über die Krankenversicherung im Jahre 1897 in Wien abgehaltenen Enquete zutage gefördert wurde, sowie auch eine den Forderungen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechende Reform des Krankenversicherungsgesetzes unverzüglich dem Parlament vorzulegen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: „Internationaler Kongreß".

27. Resolution des Referenten:

Der Gesamtparteitag empfiehlt den nationalen Organisationen, den Internationalen Kongreß in Amsterdam 1904 so zahlreich als möglich zu beschicken.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Konsumgenossenschaften".

28. Resolutionsantrag des Referenten:

Die Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des österreichischen Proletariats eröffnet die Möglichkeit, nunmehr auch die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen.

Die Form der genossenschaftlichen Organisation, die heute überall dort — aber auch nur dort — möglich ist, wo die Arbeiterschaft ihre politische und gewerkschaftliche Organisation zu einem erheblichen Maße von Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit ausgebildet hat, ist der Konsumverein.

Die Vorteile eines gut geleiteten Konsumvereines für die Privatwirtschaft seiner Mitglieder sind offenbar.

Die eigentliche Bedeutung der Konsumvereinsbewegung liegt jedoch in ihren Leistungen für die Arbeiter*klasse* (*Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch Beseitigung des Zwischenhandels, Regulierung der lokalen, später der nationalen Preisbildung der Lebensmittel, Eigenproduktion, Bekämpfung der Kartelle und Trusts, materielle Unterstützung der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation, Sicherung der Existenz der Opfer des Klassenkampfes*).

Wir warnen jedoch nochmals auf das eindringlichste vor leichtfertigen, nicht genügend vorbereiteten Gründungen.

Neugründungen dürfen nur mit Zustimmung der Bezirksorganisation und im Einvernehmen mit dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und nur auf Grund der beschränkten Haftung erfolgen. Wo die Führung von Konsumvereine derzeit in den Händen indifferenter oder gegnerischer Elemente liegt, werden die organisierten Arbeiter suchen müssen, den ihnen gebührenden Einfluß zu erringen, bevor sie an die Gründung einer neuen Genossenschaft schreiten.

Der Parteitag erklärt es als die Pflicht aller von organisierten Arbeitern geleiteten Konsumvereine, dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beizutreten und dessen Bestrebungen zur Zentralisation (Verschmelzung der an einem Orte bestehenden Konsumvereine, Gründung von Einkaufsvereinigungen) zu unterstützen.

Der Parteitag erklärt es endlich als die Pflicht der Konsumvereine, ihren Angestellten die besten jeweils möglichen Arbeitsbedingungen zu gewähren.

29. Abänderungsantrag Hueber:

Der letzte Absatz der Resolution hat zu lauten:

Der Parteitag erklärt es endlich als die Pflicht der Konsumvereine, bei Feststellung der Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten im Einvernehmen mit der Organisation derselben vorzugehen.

30. Antrag Pittoni:

Am Schlusse des 4. Absatzes soll der Satz: „Sicherung der Existenz der Opfer des Klassenkampfes“ durch folgenden ersetzt werden:

„womöglich Berücksichtigung der Opfer des Klassenkampfes bei Aufnahme von Angestellten“.

31. Zusatzantrag Roušar:

Die Resolution ist zu ergänzen:

Die Durchführung der Bestimmungen dieser Resolution bleibt den einzelnen nationalen Kongressen überlassen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: „Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage“.

32. Abänderungsantrag Arbeitel zur Resolution:

Im Antrage Muchitsch und Genossen im Absatze 3 statt „Abschaffung“: „Beschränkung des Trinkzwanges“ einzusetzen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: „Anträge und Anfragen“.

33. Antrag des II. Wiener Wahlkreises:

An Stelle des Absatzes „IV. Allgemeine Bestimmungen“ der Gesamtorganisationsbestimmungen der Sozialdemokratie Oesterreichs haben folgende Sätze zu treten: Die Organisation und Agitation für alle öffentlichen Wahlen (Reichsrat, Landtag, Gemeinderat, Steuerkommission ꝛc.) wird in allen sprachlich gemischten Wahlbezirken nicht von den einzelnen sprachlichen Gruppen gesondert, sondern von allen in den betreffenden Wahlbezirken organisierten Sozialdemokraten ohne Rücksicht auf die sprachliche Zugehörigkeit gemeinschaftlich und einheitlich durchgeführt.

In allen gemischtsprachigen Gebieten sind die Vertretungskörper der einzelnen sprachlichen Gruppen der Partei (Landes-, Wahlkreis-, Bezirks-, Lokalausschüsse) verpflichtet, zu allen ihren Sitzungen die Vertreter der anderen in dem betreffenden Gebiete vorhandenen sprachlichen Parteigruppen einzuladen.

Die Verbindung der einzelnen sprachlichen Parteigruppen untereinander soll durch gegenseitige Delegierungen fortwährend aufrecht erhalten werden, weil nur auf diese Art die Zusammenfassung aller Parteikräfte für die Durchsetzung solcher Forderungen, die für die Proletarier aller Zungen gleich dringlich sind, möglich ist.

34. Antrag Adler-Skaret-Němec:

Der Parteitag beschließt:

Da der Antrag des II. Wiener Wahlkreises im wesentlichen dasselbe besagt, wie der Absatz IV der Allgemeinen Bestimmungen für die Gesamtorganisation, wird folgender Antrag gestellt:

Angesichts der Tatsache, daß die Vorschriften dieser Bestimmungen, wodurch die gemeinsame und einheitliche Parteiarbeit mehrerer nationaler Organisationen in demselben Gebiete gewährleistet werden soll, in manchen Wahlkreisen und Orten in bedauerlicher Weise vernachlässigt werden, insbesondere auch die nötige Fühlung zwischen den Vertretungen der nationalen Bezirksorganisationen vielfach nicht ausreichend hergestellt ist, hält es der Parteitag für nötig, diese Bestimmungen IV unserer Gesamtorganisation nochmals in Erinnerung zu rufen und der gewissenhaftesten Beachtung zu empfehlen.

Diese Bestimmungen lauten:

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Damit erscheint der Antrag des II. Wiener Wahlkreises als erledigt.

35. Antrag der Gewerkschaftskommission Oesterreichs:

Die Bestimmungen über das Delegationsrecht der Industriegruppen ist von „den organisierten" bis „einzuräumen" zu eliminieren und an deren Stelle „den Fachblättern ist je ein Delegierter zum Parteitage einzuräumen" zu setzen.

36. Antrag Skaret:

In Ergänzung des bestehenden Organisationsstatuts für die Gesamtpartei wird beantragt:

An Stelle des Delegationsrechts für die Industriegruppen ist zu setzen: „Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen."

37. Antrag Winarsky-Bretschneider:

Der Gesamtparteitag empfiehlt der Gesamtexekutive, auf die Tagesordnung des nächsten Gesamtparteitages den Punkt: „Die Landtage und die Sozialdemokratie" zu stellen.

38. Antrag Pölzer:

Zu dem am Wimberger-Parteitag (1901) angenommenen Beschluß, einen gemeinverständlichen Kommentar zum Parteiprogramm herauszugeben, der jedoch bis jetzt nicht durchgeführt wurde, beschließt der Parteitag, die Gesamtexekutive zu beauftragen, denselben in kürzester Zeit durchzuführen und diesen für die politische Agitation und Schulung unserer Parteigenossen und -Genossinnen so wichtigen Behelf fertigzustellen.

39. Antrag der Mandatprüfungskommission:

Bestimmungen für die Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag:

Gleich nach der Einberufung des Reichsparteitages haben die Wahlkreisausschüsse die Vorbereitungen zur Wahl der Delegierten zu treffen. Diese bestehen:

1. in der Aufforderung an die Lokalorganisation, die Wahlen vorzunehmen;
2. in der Ernennung des Kandidaten.

Der Vertrauensmann der Lokalorganisation beruft die die Pflichten zur Partei erfüllenden Genossen zu einer Organisationsversammlung, gibt ihnen den Zweck der Versammlung bekannt und, wenn die Kandidaten vom Wahlkreisausschuß aufgestellt sind, hat er ihnen auch die Namen derselben mitzuteilen. Die Wahl geschieht schriftlich und geheim. Der Vertrauensmann verfaßt den Bericht über die Wahl und sendet ihn, nachdem er vom Vorsitzenden oder Schriftführer unterschrieben wurde, an den Wahlkreisausschuß.

Vierzehn Tage vor dem Parteitag schließt der Wahlkreisausschuß die Zählungsliste.

Genossen, die die meisten Stimmen aus dem Wahlkreise erhalten haben, sind als gewählt zu betrachten und ist ihnen ein Mandat, zu dem ein Blankett von jedem nationalen Sekretariat vorzubereiten ist, auszustellen.

In dem Mandat ist das Stimmenverhältnis anzugeben und ist dasselbe vom Wahlkreisobmann und zwei Mitgliedern des Wahlkreisausschusses zu unterschreiben.

40. Resolution Daszynski-Gumplowicz.

In Anbetracht, daß die Weltmachtstellung des absolutistischen Zarentums die politische und soziale Entwicklung ganz Europas im reaktionären Sinne beeinflußt und eines der schlimmsten Hindernisse für den Vormarsch des Sozialismus darstellt;

in Anbetracht, daß das Zarentum in Rußland, Polen, Ukraina, Finnland und allen anderen seiner Herrschaft unterworfenen Ländern jeden Kulturfortschritt hemmt, jede Freiheit des Wortes und des Gedankens unterdrückt, insbesondere aber die Vorkämpfer des Sozialismus mit bestialischer Grausamkeit verfolgt und jede Regung des zum Klassenkampf erwachenden Proletariats mittelst wohlüberlegter Massenmorde in Strömen Blutes zu ersticken sucht,

spricht der Parteitag den Sozialisten Italiens wegen ihres kraftvollen Auftretens anläßlich des projektierten Zarenbesuches in Italien aus vollem Herzen Dank und Anerkennung aus und beglückwünscht sie zu dem schönen Erfolg, den über und über vom Arbeiterblut triefenden Despoten von ihrem Lande ferngehalten zu haben.

41. Antrag Wytik-Misiolek:

Der Parteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich, abgehalten zu Wien im Jahre 1903, spricht für die leichtfertige und verbrecherische Provozierung der blutigen Vorgänge von Stanislau den herrschenden Kreisen seine tiefste Entrüstung aus.

Die herrschenden Kreise, die jene räuberische jüdisch-klerikal-christlich-soziale Clique protegierten, welche die Stanislauer Krankenkasse in Händen hatte und systematisch bestahl — sie tragen die volle Verantwortung für das vergossene Blut und die gefallenen Menschenopfer.

Der Parteitag spricht den Arbeitern von Stanislau, die gegen eine ebenso brutale wie korrupte Gewaltherrschaft in unerschrockener Weise ankämpfen und die Krankenkasse unter den allerschwierigsten Verhältnissen erobert haben, seine Sympathie und Anerkennung aus.

42. Antrag Czech:

Der nächste Gesamtparteitag ist in Brünn abzuhalten.

43. Antrag Johanis:

Der nächste Parteitag ist in Prag abzuhalten.

Die Vorbesprechung.

In einem der kleineren Säle des Arbeiterheim fand Sonntag abends die Vorbesprechung behufs Feststellung der Tagesordnung und der geschäftlichen Angelegenheiten statt.

Es wurde beschlossen, dem Plenum folgendes Präsidium vorzuschlagen: Tomschik und Němec als Vorsitzende, Misiolek (Pole), Čobal (Slovene) und Jarossewycz (Ruthene) als Beisitzer. Zu Schriftführern wurden bestellt: Schrammel (Aussig), Winarsky (Wien), Hecker (Krakau) und Tusar (Brünn).

In die Mandatprüfungskommission wurden entsendet: David (Wien), Schäfer (Reichenberg), Špera (Brünn), Vaněk (Brünn), Diamand (Lemberg), Wityk (Lemberg).

Die Tagesordnung wurde ergänzt und in endgültiger Fassung folgendermaßen festgesetzt:

1. Die Konstituierung des Parteitages.
2. Bericht der Gesamtparteivertretung. Berichterstatter: F. Skaret und K. Kořinek.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: J. Hannich.
4. Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich. Berichterstatter: Fritz Austerlitz.
5. Die Wahlrechtsbewegung. Berichterstatter: Karl Vaněk.
6. Sozialpolitik Oesterreichs. Berichterstatter: M. Eldersch.
7. Internationaler Kongreß. Berichterstatter: Dr. V. Adler.
8. Die Konsumgenossenschaften. Berichterstatter: G. Emmerling und A. Roušar.
9. Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage. Berichterstatter: Dr. R. Fröhlich.
10. Anträge und Anfragen.

Schließlich wurden noch einige Abänderungen der Geschäftsordnung beschlossen.

Erster Verhandlungstag.

Montag den 9. November 1903. — Vormittagssitzung.

Um halb 10 Uhr vormittags betritt Genosse Bretschneider (Wien) die Tribüne.

Bretschneider: Es ist mir die ehrende Aufgabe zuteil geworden, Sie alle, die Sie aus dem ganzen Reiche kamen, namens der Wiener Genossen aufs herzlichste zu begrüßen und willkommen zu heißen. Die Wiener Genossen haben den Geschicken der Partei stets das lebhafteste Interesse entgegengebracht. Wir sehen auch den Ergebnissen dieses Parteitages erwartungsvoll entgegen und wünschen von ganzem Herzen, daß die Beratungen die Entwicklung der Partei auf das kräftigste fördern mögen. Gewiß werden wir auch nach der Arbeit in persönlichen Kontakt mit den Delegierten treten und dazu wird uns auch Gelegenheit geboten werden. Nochmals heiße ich Sie herzlich willkommen. (Beifall.)

Pölzer: Im Namen der Arbeiterschaft dieses Bezirkes begrüße ich Sie. Sie können überzeugt sein, daß Sie in einem Bezirke tagen, dessen Majorität sozialdemokratisch ist. Das Haus, in dem Sie tagen, ist das Haus der Favoritener Arbeiterschaft, es steht erst anderthalb Jahre, und vorgestern war es ein Jahr, daß eine wilde Polizeihorde eingedrungen ist. Ich heiße Sie nochmals willkommen. (Beifall.)

Tomschik: Im Namen der Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie begrüße auch ich Sie aufs herzlichste. Vor allem müssen wir jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag aus unserer Mitte geschieden sind. (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.) Die Genossen Popp, Krejci, Ueckar und Domokos weilen nicht mehr in unserer Mitte. Ich will die großen Verdienste der anderen Genossen gewiß nicht schmälern, wenn ich die Verdienste des Genossen Popp besonders hervorhebe. Er hat sein Herzblut für die Partei geopfert, er hat ihr sein ganzes Leben gewidmet. Ihm wie den anderen Genossen, die mit Begeisterung für unsere Sache tätig waren, werden wir stets ein ehrendes Andenken bewahren! (Die Versammlung nimmt wieder ihre Plätze ein.)

Vorsitzender **Tomschik:** Nun habe ich noch eine angenehme Pflicht zu erfüllen. Von der deutschen Parteivertretung sind die Genossen Reichstagsabgeordneter Sindermann (Dresden) und Wengels (Berlin) erschienen, außerdem ist Genossin Ottilie Baader (Berlin) für die organisierten deutschen Arbeiterinnen erschienen. Von der ungarländischen Sozialdemokratie sind die Genossen Großmann und Garanyi von Budapest, für die kroatische Sozialdemokratie Genosse Bukseg erschienen. Ich begrüße sie hiermit auf das herzlichste.

Indem ich Sie alle nochmals auf das herzlichste begrüße, erkläre ich den vierten Gesamtparteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs für eröffnet.

Winarsky verliest Begrüßungsschreiben vom Internationalen sozialdemokratischen Bureau, von Genossen aus Ragusa und Pöls sowie von unserem alten Genossen Leßner (Beifall), einem der letzten Ueberlebenden der Internationale.

Dr. Ellenbogen beantragt, dem Genossen Leßner einen Dankgruß vom Kongreß zu übersenden. (Angenommen.)

Das Bureau wird nun in der Weise, wie man sich in der Vorbesprechung darüber geeinigt hat, endgültig festgestellt. Zu den Genannten kommt noch Genosse Dr. Piscel als italienischer Schriftführer. Auch die Mandatprüfungskommission wird genehmigt. Zum Uebersetzer der tschechischen Reden wird Genosse Soukup bestellt. Im übrigen wurden alle Beschlüsse der Vorkonferenz bestätigt. Als Arbeitszeit werden die Stunden von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr festgesetzt.

Němec (Prag): Wir kommen zum erstenmal im Arbeiterheim zusammen, das mit dem Blut der Wiener Arbeiter getauft ist. Wir kommen in einer sehr schweren Zeit hier zusammen, in einer Zeit, wo alle fortschrittlichen Elemente ganz hoffnungslos geworden sind, wo die Reaktion immer drohender um sich greift und unser ganzes öffentliches Leben vergiftet. In dieser Zeit, wo die Reaktion in Wien und Oesterreich immer mächtiger wird, ist der einzige Lichtpunkt die Sozialdemokratie und ihr Parteitag. Wir haben zwar keine anscheinend großen Fragen hier zu lösen; aber gerade das, was wir heute zu tun haben, die Arbeit für den Ausbau der Organisation, das ist die wichtigste Arbeit, die wir auf diesem Parteitag zu leisten haben.

Wir müssen diesen österreichischen Schlamm durchwaten und beweisen, daß der beste Hort des Fortschrittes und der Freiheit die Sozialdemokratie ist. In diesem Sinne heiße ich den Kongreß im Namen der tschechischen Sozialdemokratie herzlich willkommen.

Wengels (Berlin): Wir sind vom deutschen Parteivorstand beauftragt, Ihnen unsere Grüße zu überbringen. In Dresden haben einzelne Wahlkreise ihren Unmut kundgegeben, daß, während die deutsche Sozialdemokratie in einem großartigen Siege die Truppen in das Feld geschickt hatte, einige unserer Leute nichts anderes zu tun hatten, als Kritik zu üben an unserem Parteiprogramm und an unseren Lehren. Da war aber das Maß voll und es ist übergelaufen. Glauben Sie nicht, daß die Arbeitermassen sich viel aus dem Streite machen. Die organisierten Massen können es nicht verstehen, wie einzelne Genossen an dem Granitfelsen Marx herumdoktern, sie waren es satt, und so ist es zu erklären, daß es zu einem kleinen Aufruhr kam. Aber mögen die Meinungen noch so sehr auseinandergehen, ich glaube nicht, daß es möglich ist, die deutsche Sozialdemokratie aus ihren Fugen zu bringen. Ich glaube, daß die Sozialdemokratie auf dem gleichen Wege wandelt, auf dem Wege zum Siege, in Deutschland wie in Oesterreich. (Beifall.)

Karl **Sindermann** (Dresden): Ich überbringe Ihnen die Grüße der Dreimillionenpartei. Was uns verbindet, sind nicht nur die alten Traditionen, sondern ist vor allem die Kampfesgemeinschaft. Sie müssen hier gegen den Klerikalismus kämpfen, gegen die gemeinsten Verleumder, gegen die Luegerei. Wir führen den Kampf genau so gegen die Verleumder der Sozialdemokratie. Wir führen den Kampf gegen das übermächtige Junkertum, das in den letzten Jahren alle Kraft daransetzt, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzusetzen. Eine Klasse, gering an Zahl, aber stark an Einfluß. Der Kampf, den wir führen, ist aber nicht nur ein Kampf gegen einzelne bürgerliche Parteien, es ist der große Kampf der neuen Weltanschauung gegen die alte Weltanschauung. (Beifall.) Dieser Kampf muß die Arbeiter an unsere Fahnen fesseln, wir sind uns bei jeder Gelegenheit dessen bewußt, daß wir unsere ganze Kraft einsetzen müssen im Interesse der arbeitenden Klasse.

Wenn wir in Deutschland einen so hervorragenden Sieg errungen haben, so ist das nicht nur auf die Riesenarbeit, die wir geleistet haben, zurückzuführen, sondern es kamen auch andere Machtfaktoren uns zu Hilfe. Lange vor der Wahl ist der deutsche Kaiser mit großer Schärfe gegen uns losgegangen. Da sagten wir uns gleich: Jetzt haben wir eine günstige Wahlparole! Und als der deutsche Kaiser den Arbeitern empfahl, das Tischtuch zu zerschneiden zwischen sich und der Sozialdemokratie, da wußten wir, daß wir den letzten Mann auf die Beine bringen müssen und daß jetzt oder nie der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen müsse. (Beifall.) Mit Ruhe

und Kaltblütigkeit haben wir den Kampf geführt und haben ihn so zu Ende geführt, daß es noch heute den herrschenden Klassen in den Ohren gellt. Nach dem Kampfe fragten die bürgerlichen Parteien: Was nun? Man spricht von Zuckerbrot, von Sozialreform. Während man früher sich damit gebrüstet hatte, daß Deutschland die beste Sozialreform habe und daß die deutschen Arbeiter ganz zufrieden sein müssen, sah man jetzt, daß die Arbeiter ganz unzufrieden waren. Man spricht von Sozialreform. Aber der Staat, der viele Hunderte von Millionen für kulturwidrige Zwecke verwenden muß, kann keine wirkliche Sozialpolitik machen.

Die deutschen Arbeiter haben volles Vertrauen zur Sozialdemokratie und sie haben ihr bei den Wahlen ein großartiges Vertrauensvotum ausgestellt. Auch Sie haben heftige Kämpfe zu bestehen. Und dieser Parteitag soll die Waffen prüfen, ob sie scharf genug sind, um den Kampf mit bestem Erfolg gegen die Gegner führen zu können. Deshalb rufen wir euch zu: Glück auf zu euren Arbeiten! (Lebhafter Beifall.)

Großmann (Budapest): Ich habe die Ehre, Sie im Namen der ungarländischen sozialdemokratischen Partei zu begrüßen. Wir haben diesmal geglaubt, zwei Vertreter zu Ihren Beratungen senden zu sollen, um inmitten des wütenden Kampfes der österreichischen und der ungarischen Bourgeoisie die Solidarität der ungarländischen Arbeiterschaft mit der österreichischen deutlich zu bekunden. Wir haben seit dem Vorjahre trotz der trostlosen wirtschaftlichen und politischen Zustände und der rücksichtslosesten Verfolgungen sowohl in der politischen als gewerkschaftlichen Bewegung Fortschritte gemacht. Im Jahre 1892 hatten wir im ganzen 8200 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, heute haben die Gewerkschaft der Bauarbeiter allein 9000 Mitglieder, die der Metallarbeiter 7000 Mitglieder. Auch die Parteipresse hat einen starken Abonnentenzuwachs. Erst kürzlich haben wir vom neuen Ministerpräsidenten Grafen Tisza gehört, daß „die Sozialdemokratie bloß eine Einnahmsquelle gewissenloser Agitatoren“ sei. So sagte er in einem Vortrage. Daraus können Sie ersehen, wie viel Aussicht wir auf eine Wahlreform haben. Unsere Oppositionsparteien sind auch nichts weniger als verläßlich. Die Zeit ist trotzdem nicht fern, wo wir in das ungarische Parlament eindringen werden. Was man uns nicht gutwillig geben wird, werden wir uns durch unablässige Agitation und Organisation erringen. (Beifall.) Stets werden wir für die gemeinsamen Ideen der internationalen Sozialdemokratie kämpfen. (Beifall.)

Bukšeg (Agram): Namens der kroatischen Bruderpartei begrüße ich den internationalen Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie aufs herzlichste. Ich rede deutsch, um die Zeit für die Uebersetzung zu ersparen. Wir haben in den letzten Jahren schwere Kämpfe führen müssen, um für unsere Bewegung wenigstens Ellbogenfreiheit zu gewähren. Wir müssen unser gesetzliches Recht erst erobern. Stets waren wir mit allen Kräften bestrebt, ein festes Glied in der großen Kette des internationalen Proletariats zu bilden, die vom nordischen Meer bis an die Endspitzen des Balkans reicht. Als Vorhut gegen den Süden haben wir das möglichste getan, obwohl Hunderte von uns in die Kerker wanderten, und wir sind vorwärtsgeschritten trotz der heftigsten Hindernisse. Fast die ganze Parteileitung schmachtete in den Kerkern. Wir mußten in diesem Jahre die Resultate zehnjähriger propagandistischer und organisatorischer Arbeit in die Wagschale werfen, um wenigsten Ellbogenfreiheit für unsere Bewegung im Lande zu gewinnen, und damit unsere agitatorisch wirkenden Genossen nicht vogelfrei für jeden Polizisten und Gendarmen sind. Unsere propagandistische Arbeit ist um so schwerer, als wir sie in einem Lande mit 50 Prozent Analphabeten zu verrichten haben. Uns interessiert an Ihren Verhandlungen vor allem, wie Sie sich zum Dualismus stellen, und als Weinbauerland kennen wir alle Verheerungen des Alkohols. Diese Erörterung interessiert uns auch sehr. Wir erwarten von Ihren Verhandlungen das Beste. (Beifall.)

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingegangen.

Bericht der Gesamtvertretung.

Referent **Skaret**: Es liegt Ihnen ein gedruckter Rechenschaftsbericht der Gesamtparteivertretung wie der einzelnen Exekutiven vor. Zwei Berichte fehlten, der der italienischen Genossen aus Südtirol und der der slovenischen Genossen. Der Bericht der Südtiroler ist zu spät gekommen, um noch in Druck gelegt werden zu können. Auch der slovenische Bericht kam uns leider zu spät zu. Ich will zu den vorliegenden Berichten nur einige Details ergänzend hinzufügen. Die Berichterstattung wurde uns diesmal wieder sehr schwer gemacht, weil wir von den Vertrauensmännern aus den einzelnen Bezirken und Wahlkreisen nicht jene ausführlichen, detaillierten Berichte erhalten konnten, um daraus ein erschöpfendes Gesamtbild unserer Tätigkeit geben zu können. Wenn Sie die Berichte der nationalen Exekutiven nachlesen, so vermissen Sie die konkreten Zahlen, weil eben die Berichterstattung mangelhaft ist. Trotzdem können Sie aus den Berichten unser Wachstum bestätigt finden. Sie können ersehen, daß wir ganz erhebliche Fortschritte gemacht haben. Wenn durch nichts anderes, so können wir das bei den verschiedenen Neuwahlen bestätigt finden. Wir haben in einer Reihe von Gemeindewahlen, von Gewerbegerichtswahlen, Personaleinkommensteuerwahlen gesiegt. Auch die Statistik der Gewerkschaftskommission weist einen ziemlichen Zuwachs auf. Auch die niederösterreichischen Landtagswahlen haben uns einen erheblichen Zuwachs an Stimmen gebracht, wenn wir auch keinen Mandatszuwachs zu verzeichnen haben. Auch bei den Gemeindewahlen in der Provinz haben wir nicht unerhebliche Fortschritte zu verzeichnen, wenn wir auch nicht auf alles, was als sozialdemokratischer Gemeindeausschuß gilt, viel geben dürfen. Es werden dort oft Leute aufgestellt, die keine Sozialdemokraten sind, aber als solche schlechtweg gelten. Ich will diese Siege natürlich nicht sehr hoch einschätzen, aber es bleibt immerhin noch ein schöner Erfolg für unsere Partei übrig.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der Wahlen, sondern auch sonst haben wir besonders gegenüber unseren nationalen Gegnern so manchen Erfolg zu verzeichnen. Wir erfahren aus dem Bericht der tschechischen Exekutive, daß die tschechischnationalen Arbeiterorganisationen langsam im Niedergehen begriffen sind, daß sie nirgends mehr eine feste Position innehaben, daß ihre Blätter, die sie als Kampforgane gegen die Sozialdemokratie geschaffen haben, im Eingehen sind. Bei den deutschnationalen Arbeiterorganisationen haben wir genau dasselbe zu konstatieren. Vor wenigen Jahren waren sie noch recht üppig, jetzt sind auch sie stark im Niedergang begriffen. Ihre Blätter sind bis auf ein einziges Monatsblatt zusammengeschrumpft, das noch dazu in ganz kleinem Umfange erscheint. Die christlich-sozialen Arbeiter, die es angeblich in Niederösterreich und in den Alpenländern gibt, fristen ihre Scheinexistenz von Gottesgnaden und der Gnade der Spießbürger.

Was nun unsere Gesamttätigkeit betrifft, ist es notwendig, dem schriftlichen Bericht doch einige Ergänzungen folgen zu lassen. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß alle unsere größeren Aktionen gemeinsam von allen nationalen Organisationen geführt wurden. Ich erinnere an die gewaltigen Arbeiterdemonstrationen, die wir im Mai 1902 gegen die Haubitzenvorlage im ganzen Reiche veranstalteten. Ich erinnere weiters an den Kampf gegen den Ausgleich und den Zolltarif und die damit verbundene künstliche Broteuerung. Bei diesem Anlaß wurde von den einzelnen nationalen Exekutiven mehr als eine halbe Million Flugblätter verbreitet, die ihre Wirkung natürlich nicht verfehlt haben. Dazu kam dann später der Kampf gegen die Erhöhung des Rekrutenkontingents und die damit verbundenen neuen Militärlasten, ein Kampf, der allerdings von unseren Fraktionsgenossen im Parlamente anders als von uns geführt worden ist. Als dann im Sommer das Parlament wieder in allen seinen Fugen zu krachen begann und als die Regierung keinen Ausweg mehr sah, als es zu schließen, hielten wir den Zeitpunkt gegeben, wieder einmal die Frage des gleichen Wahlrechtes auf die Tagesordnung zu stellen. Wir haben einen Wahlrechtskampf begonnen, der besonders in einzelnen

Ländern einen ganz bedeutenden Umfang annahm und zweifellos einen nicht zu unterschätzenden Erfolg für unsere Organisation mit hatte. Wenn der Kampf nicht überall mit dem wünschenswerten Eifer begonnen wurde, so mag das damit entschuldigt werden, daß einzelne Genossen meinten, es sei nicht mehr möglich, eine solche Wahlrechtsbewegung zu schaffen, wie wir sie in den Neunzigerjahren hatten, weil die Arbeiterschaft heute bereits einen Bruchteil des Wahlrechtes besitzt und weil ein großer Teil der Arbeiter sich damit angeblich zufrieden gibt. Daß dem aber nicht so ist, hat eben der im Sommer durchgeführte Wahlrechtskampf zur Genüge bewiesen und ich hoffe, daß dieser Parteitag Ausgangspunkt für eine große Aktion zugunsten des gleichen Wahlrechtes in alle Vertretungskörper werden wird. (Beifall.)

Wir haben uns nicht nur in politischen Aktionen, sondern selbstverständlich auch in einer ganzen Reihe sozialpolitischer Angelegenheiten zu betätigen. Ich erinnere nur an die Bewegung zugunsten der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung. Wenn auch ein Teil dieser Aktion schon vor den letzten Parteitag fällt, so kann ein abschließendes Urteil doch erst heute gegeben werden. Es wurden damals 5006 Petitionen dem Abgeordnetenhause überreicht. Darunter sind 1917 Petitionen mit 693.000 Unterschriften, ferner 1480 Petitionen von Gemeindevorstehungen, 1201 von Gewerkschaften und Arbeitervereinen, 408 von Arbeiter-Krankenkassen. Daraus können Sie schon die riesige Agitation ermessen, die wir da geleistet haben. Unsere Vertrauensmänner sind von Haus zu Haus gegangen, um die Unterschriften zu sammeln, in vielen Tausenden von Gemeindevorstehungen wurde darüber beraten. Die Folge dieses Petitionssturmes war es, daß Koerber Oel in die erregten Wogen zu träufeln suchte und am 14. Jänner 1902 die Erklärung abgab, die Grundzüge für eine Alters- und Invaliditätsversicherung seien schon fertiggestellt und werden demnächst an die verschiedenen Zentralstellen zur Begutachtung abgegeben werden. Heute sind bereits zwei Jahre seither verstrichen und wir wissen noch immer nicht, was damit geschehen ist. Die Regierung, heißt es immer, wartet auf den geeigneten Zeitpunkt, um die Vorlage einzubringen — wahrscheinlich als eines jener Heubündel, die den Parteien hingereicht werden, wenn man eine neue Volksbelastung von ihnen verlangt, die aber angeblich nicht gegeben werden, wenn man hat, was man will. (Beifall.)

Wie die Sozialpolitik dieses sozialpolitischen Koerber aussieht, beweisen unter anderem die Vorgänge beim Generalstreik in Triest. Um dem Generalstreik beizukommen, verhängte Herr v. Koerber dort den Ausnahmszustand und das Standrecht. In den Straßen von Triest wurden streikende Arbeiter niedergeschossen, zwölf Tote und eine ganz kolossale Anzahl von Verwundeten sind wieder einmal das Ergebnis der sozialpolitischen Tätigkeit. Das war im Februar 1902 und vier Monate später, im Juli 1902, wurden in Lemberg bei einer Streikversammlung der Maurer sechs Arbeiter getötet und ein halbes Hundert schwer verwundet und über die, die nicht erschossen wurden, sieben Jahre und sieben Monate schweren Kerkers verhängt.

Aber die Regierung greift nicht nur bei Streiks mit den Gewehren zugunsten der Unternehmer ein, sie ist auch sonst bereit, den Unternehmern Liebesdienste zu erweisen. So hat Dr. v. Koerber am 19. November 1902 den berühmten Erlaß herausgegeben, der die Unterstützungstätigkeit der Gewerkschaften beschränken und damit den Lebensnerv der Gewerkschaftsbewegung unterbinden sollte. Die Erregung der Arbeiter kam in zahlreichen Versammlungen zum Ausdruck, und als unsere Abgeordneten dann im Abgeordnetenhaus eine Interpellation deshalb einbrachten, mußte sich Herr v. Koerber bequemen, den Erlaß zu verleugnen, das heißt, ihm eine andere Deutung zu geben. Diese Interpellationsbeantwortung wurde sodann ins Amtsblatt aufgenommen, womit die Wirkung des Erlasses auf die Gewerkschaften beseitigt worden ist. Es wurde auch der Versuch gemacht, die Uebertretung des Koalitionsgesetzes als Verbrechen der Erpressung anzuklagen. Freilich ging das Gericht auf diesen netten Plan des Wiener Staatsanwaltes nicht ein. Die „Verbrecher“ wurden freigesprochen. Aber es bleibt immerhin ein Schandmal

unserer Justizverwaltung, daß ein Staatsanwalt nicht in Galizien und nicht in der Bukowina, sondern in Wien einen derartigen Versuch zu unternehmen wagte. Aber man ging noch einen Schritt weiter und man fügte dem Versuch, die Streikenden als Verbrecher zu behandeln, den Versuch hinzu, sie zu demütigen, sie zu erniedrigen. Wieder war es in Wien, daß Leute, die bei einer Streikdemonstration im Mai 1902 verhaftet, auf der Polizei für das Verbrecheralbum photographiert und nach allen Regeln der Kunst gemessen wurden. Man hoffte, die Leute so von weiteren Demonstrationen abzuschrecken. Das ist die Sozialpolitik unter der glorreichen Aera Koerber, gegen die wir wiederholt ankämpfen mußten.

Ueber die politischen Verfolgungen selbst, die wir erdulden mußten, haben wir leider keine genauen Aufzeichnungen. Es haben nur zwei Exekutiven darüber berichtet: diese berichten über 5 Jahre 5 Monate 24 Tage Kerkers und 1 Jahr 7 Monate einfachen Arrests und über 3000 Kr. Geldstrafe.

Was nun das Verhältnis der sprachlichen Gruppen zu einander betrifft, so ist schon im Bericht konstatiert, daß wir im besten Einvernehmen lebten. Wenn dieses Einvernehmen in den einzelnen Orten auch ab und zu etwas getrübt worden ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß man gegenüber den Auslassungen der einzelnen Genossen oft nicht genug Ruhe bewahrte, diesen Aeußerungen ein Gewicht beimaß, das sie nicht haben. Da spielt eben vielfach das verschiedene Temperament der einzelnen Genossen mit. In der Hauptsache sind wir überall einig gewesen. Anschließend daran möchte ich noch erwähnen, daß wir in der Frauenorganisation, so sehr auch gestern von den Fortschritten der Frauenbewegung berichtet wurde, doch nicht die Fortschritte gemacht haben, die wir alle sehnlich wünschen. Was wir an organisierten Frauen haben, das sind zumeist nur die in den Gewerkschaften. Ich will allerdings nicht leugnen, daß sich in Wien nunmehr eine Wandlung zum besseren zeigt.

Dagegen muß ich mit Freude konstatieren, daß die Jugendorganisation einen ganz erheblichen Fortschritt gemacht hat. Die Organisation hat jetzt mehr als 1400 Mitglieder, sie gibt seit dem Oktober vorigen Jahres ein Blatt „Der Jugendliche Arbeiter" heraus, der mit 2000 Exemplaren begann und seither seine Auflage mehr als verdoppelt hat. Die von den jugendlichen Arbeitern herausgegebene Broschüre „Die Lehrlingsfrage" ist bereits in der zweiten Auflage, insgesamt 6000 Exemplaren, erschienen. Auch der Bericht der tschechischen Exekutive konstatiert ganz bedeutende Fortschritte der Organisation der jugendlichen Arbeiter. Ich möchte nur wünschen, daß die Genossen auch der Jugendorganisation in der Provinz mehr als bisher ihr Augenmerk zuwenden.

Wenn heute vieles nicht so ist, wie wir alle es uns wünschen, und wenn es viele unserer Genossen geben mag, die mit dem wenigen, was errungen werden konnte, unzufrieden sind, so bitte ich nur nicht zu vergessen, wo wir uns befinden, und das ist: in Oesterreich. Dieses Oesterreich ist politisch ein toter Sumpf, wirtschaftlich in seinem überwiegenden Teile ein Agrarstaat. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten, die uns die unleidlichen sprachlichen Verhältnisse bereiten. Wenn wir das alles ins Auge fassen, so können wir uns ruhig — ohne unbescheiden zu sein — sagen: wir haben erreicht, was eben unter solchen Verhältnissen überhaupt zu erreichen möglich war. Und wenn wir uns nun fragen, was unsere Aufgabe in der Zukunft sein soll, so müssen wir unsere hauptsächlichste Aufgabe in der Gewinnung neuer Massen und in der Aufklärung dieser Massen erblicken. Wir sehen den Zusammenbruch des Parlaments, der sich vor unseren Augen vollzieht. Jedoch nicht nur das Zentralparlament kracht in allen Fugen, auch die Landtage drohen zu versagen. Angesichts dieses Zusammenbruches des Privilegiensystems kann ich nur eines erklären: Wir müssen alles daransetzen, um diesen von den bürgerlichen Parteien vorbereiteten Zusammenbruch noch zu beschleunigen, und unsere Aufgabe kann nur darin liegen, daß wir neue Massen werben und sie im

Sinne der Sozialdemokratie aufklären und erziehen. (Lebhafter Beifall.)

Den **Kassenbericht** erstattet

Kořinek: In dem gedruckten Bericht haben Sie auch den Kassenbericht vorliegen. Ich brauche also keine detaillierten Ausführungen zu machen. Nur einige Erklärungen. Bei den Ausgaben finden Sie einen Posten „Subvention des slovenischen Parteisekretariats“ mit 696 Kr. 20 H. Dieser Posten sollte eigentlich größer sein, die hier verzeichneten Gelder sind nur von der Gesamtexekutive. Das Sekretariat wurde aber auch von der Gewerkschaftskommission und den Eisenbahnern mit höheren Beträgen unterstützt. Die Eisenbahner haben bis Ende Juni 400 Kr. und die Gewerkschaftskommission 320 Kr. bis November vorigen Jahres geleistet, so daß zusammen 1400 Kr. an das slovenische Sekretariat in diesen zwei Jahren gezahlt wurden. Seit dieser Zeit zahlt die Gewerkschaftskommission monatlich 50 Kr. zu diesem Zwecke dem Sekretariat in Triest. Was den Posten „Rechtsschutz“ anlangt, so ist er dahin zu verstehen, daß nach dem Streik von Lemberg der Prozeß gegen die Opfer durch die Gesamtexekutive beglichen wurde. Ein Posten ist da: „Rückzahlung an den Zentralwahlfonds“. Sie wissen, daß die Kasse der Gesamtexekutive den Forderungen, die sie leisten sollte, nicht nachkommen konnte, sie mußte daher 731 Kr. von diesem Fonds borgen und auf diese Schuld hat die Gesamtexekutive 250 Kr. bis Ende Juni bezahlt. Zur Erhaltung des Triester Sekretariats steuert die Gesamtexekutive monatlich 50 Kr. bei; es unterstützen dasselbe Sekretariat noch die Metallarbeiter (monatlich 50 Kr.), die Bauarbeiter (monatlich 20 Kr.) und die Gewerkschaftskommission zahlt dem Sekretär seinen Lohn allein aus. Dadurch ist es möglich, daß wir in Triest die italienische und slovenische Organisation unterstützen konnten, so daß die Erfolge des Triester Streiks festgehalten werden konnten. Die Beträge sind bis zum vorigen Parteitag von den nationalen Gruppen sehr spärlich eingelaufen; das ist bedeutend besser geworden. Alle nationalen Exekutiven haben ihre Verpflichtungen erfüllt, auch die italienische zeigt, daß sie etwas für das Gesamtbedürfnis tun möchte, bis auf die slovenische und ruthenische Exekutive! Hoffen wir, daß es in der kommenden Periode möglich sein wird, daß auch diese sich konsolidieren. Sie sehen, die Organisation der nationalen Gruppen geht vorwärts, das spiegelt sich auch im Kassenbericht! Für die Opfer des Triester Streiks hat die Gesamtexekutive finanzielle Unterstützungen, soweit es ihr möglich war, geleistet. Am nächsten Parteitag, hoffe ich, werden wir noch besser wie heute dastehen. (Beifall.)

Neumann berichtet für die Parteikontrolle: Wir haben die Kassengebarung wiederholt geprüft, kontrolliert und stets für richtig befunden. Wenn wir etwas bedauern, so höchstens das, daß die Kasse unerwarteten größeren Ansprüchen eines Tages nicht genügen kann. Hoffentlich wird es auch in dieser Hinsicht noch besser. Ich beantrage die Erteilung des Absolutoriums.

Vorsitzender: Wir schreiten nunmehr zur **Debatte.**

Seliger (Teplitz): Ich bedauere, daß uns der Bericht der Parteivertretung so spät zugegangen ist. (Ruf: Sehr richtig!) Es ist uns Delegierten doch schwer möglich, ihn in einem so kurzen Zeitraum durchzuarbeiten. (Chorrufe.) Es haben doch auch unsere Parteiorgane in der Provinz ein sehr wesentliches Interesse daran, den Bericht rechtzeitig — nicht etwa erst mit den Verhandlungen — abzudrucken. Ich will damit dem Sekretär keinen Vorwurf machen. Er kann, glaube ich, nichts dafür, er hat die Gruppenberichte zu spät bekommen. In dem Bericht fehlt etwas, das nur im tschechoslavischen Bericht erwähnt ist, nämlich die Resultate der letzten böhmischen Landtagswahlen, vor allem der deutschen Wahlkreise. Wir sind 1901 in die Landtagswahlen eingetreten, die nationale Bewegung schlug damals noch sehr hohe Wellen, es war die denkbar ungünstigste Zeit für uns. Nun, wir haben Erfolge errungen, wie wir sie bei einem Zensuswahlrecht nicht erwartet haben. Wir haben in mehreren Wahlkreisen kandidiert und ansehnliche Stimmenanzahlen auf unsere Kandidaten vereinigt. So mußte in Reichenberg, wo unser Genosse Kiesewetter

aufgestellt war, dreimal gewählt werden. Bei der ersten und zweiten Wahl erhielt Kiesewetter die relative Majorität. Von 2500 abgegebenen Stimmen erhielt er das erstemal 1200, bei der zweiten Wahl erhielt Kiesewetter 1400 und erst bei der dritten Wahl, wo sich Alldeutsche und Deutschvolkliche gegen uns vereinigten, fiel er endgültig. In Tetschen erlangte Genosse Schrammel mehr als tausend Stimmen. In Niemes kam Beutel in die Stichwahl, in Teplitz-Land stand ich gegen die bekannte Gestalt aus der Mythologie „Jung-Siegfried" K. H. Wolf und bekam bei der Wahl über 700 Stimmen von etwa 2200 Stimmen, die bei der Wahl abgegeben worden waren. Bei der Nachwahl, die wegen der Seidl-Affaire nötig war, erhielt ich 900 von 2700 abgegebenen Stimmen. Das sind immerhin Resultate, die man erwähnen soll!

Vorsitzender: Vom Genossen Schweichart (Steinschönau) ist folgender Antrag eingelaufen:

> Die Parteivertretung und der Verband im Abgeordnetenhause werden beauftragt, ihre Berichte zum Parteitag möglichst zeitlich in den Tagblättern zu publizieren, damit auch die Provinzpresse in die Lage kommt, noch vor Stattfinden des Parteitages diese Berichte veröffentlichen zu können.
>
> Schweichart (Steinschönau).

Dorbič (Spalato) spricht kroatisch. Genosse **Bukšeg** übersetzt seine Ausführungen. Der Redner entwickelt in kurzen Zügen die Gründung der sozialdemokratischen Partei in Dalmatien. Bei der vorjährigen Landeskonferenz in Spalato wurde sie konstituiert. Am 1. Mai erschien die erste Nummer des „Sozialiste", der in kroatischer und italienischer Sprache geschrieben ist und bereits eine Auflage von 1800 erreicht hat. Es wurden auch Organisationen gegründet in Zara, Spalato, Ragusa, Sebenico. Volksversammlungen wurden uns einige verboten. In Zara selbst existieren bereits 15 gewerkschaftliche Organisationen. Es wurden daselbst 15 öffentliche Versammlungen abgehalten; eine, auf deren Tagesordnung der Militarismus war, wurde verboten. In Spalato haben aber mehr als hundert § 2-Versammlungen stattgefunden. Die Verfolgungen waren sehr brutal. Der Klerikalismus und Chauvinismus feiern angesichts des Analphabetentums große Triumphe. Unsere Aufgabe ist schwer, weil das Land auch ökonomisch ganz rückständig und sprachlich überdies zerrissen ist. Er stellt folgenden Antrag:

> Der Parteitag verurteilt die Unterdrückungen und Verfolgungen, womit man die Arbeiterbewegung in Dalmatien verhindern will, protestiert aufs energischeste gegen die unerhörten Uebergriffe, die sich dort ereignen, erklärt sich solidarisch mit den Genossen Dalmatiens und fordert die Fraktion auf, energisch für die Schaffung besserer Zustände in Dalmatien einzutreten.

Am Schlusse der Sitzung verliest Winarsky weitere Begrüßungsschreiben des „Jihočeský Dělník" (Budweis), aus Tarnopol, Gaya, Horn, Ragusa.

Der Vorsitzende schließt die Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung.

Němec (Prag, tschechisch): Genosse Skaret hat schon vom Niedergang der nationalen Arbeiterpartei gesprochen. Wir haben noch auf keinem Parteitage über unsere nationalen Arbeiter gesprochen und deswegen ist es notwendig, diese Partei einmal etwas näher zu beleuchten. Selbe wurde von den Jungtschechen gegründet, weil sie hofften, so die Sozialdemokratie vernichten zu können. Aber damit haben sie einen schmählichen Mißerfolg errungen. Sie hofften, die Arbeiter der sozialdemokratischen Bewegung abwendig zu machen. Aber es sind nur die zweifelhaften Elemente gewesen, die zu ihnen übergingen, Elemente, die ohnedies nicht zu uns gehörten. Jetzt, wo die Jungtschechen sehen, daß die nationalen Arbeiter der Sozialdemokratie nicht im geringsten Abbruch geleistet haben, ja daß diese Leute, da bei den Arbeitern nichts zu holen ist, sich an die Schichten wenden, die bisher den Jungtschechen angehörten, haben sie ihnen die Unterstützung gekündigt. So sind ihnen die Geldmittel ausge-

gangen und damit ist die Partei auch dem Untergang geweiht. Das Tagblatt, das sie hatten, ist zugrunde gegangen und das Blatt, das an die Stelle trat, fristet nur mit Mühe sein Leben. Die nationale „Arbeiterpartei" findet so nur Unterstützung in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die mit der jungtschechischen Partei unzufrieden sind. Wenn die jungtschechische Partei nicht so reaktionär und unfähig wäre, so ginge es mit den nationalen Arbeitern noch rascher zu Ende. Den Krach der nationalen Arbeiter charakterisiert am besten der Ausfall der Wahl in die Unfallversicherungsanstalt, wo sie eine schmähliche Niederlage erlitten. In Böhmen zeigt sich immer deutlicher, daß die Vertreterin der Arbeiterschaft allein die Sozialdemokratie ist und es auch bleiben wird. (Beifall.)

Schloßnikel (Sternberg): Im Bericht fehlt jede feste Handhabe zur Beurteilung über die Größe und das Anwachsen der Partei. Man ersieht aus dem Bericht nicht, welche Länder oder Wahlkreise in einer erfreulichen Entwicklung sind und in welchen die Bewegung zurückgeblieben ist, das konnte man aus den früheren Berichten immer ersehen. Es fehlen eben jetzt die Berichte der einzelnen Wahlkreise, das hat sich so seit dem Aussiger Parteitag eingebürgert. Dieses Anfügen der Berichte ist notwendig, denn nur diese bieten für die Genossen der Wahlkreise die Gewähr, ob ihr Wahlkreisvertrauensmann seine Pflicht tut. Außerdem haben die Genossen auch ein Bild der Bewegung des betreffenden Wahlkreises vor sich. Es wäre notwendig, zu wissen, welcher Wahlkreis dem Sekretariat gegenüber — in Bezug auf die Berichte — seine Pflicht tut. Wer seine Berichte nicht einschickt, soll veröffentlicht werden, denn zumeist wissen die Genossen nicht, daß ihr Vertrauensmann keine Berichte erstattet. Ich stelle daher folgenden Antrag:

> Die Berichte der einzelnen Wahlkreise sollen, wie dies bis zum vorletzten Gesamtparteitag üblich war, künftighin dem Bericht des Reichssekretariats angefügt werden.

Das Schlußwort hat Genosse

Skaret: Die vom Genossen Seliger gegen den Bericht vorgebrachten Beschwerden sind nicht ganz richtig. Er hat offenbar den Subtitel des Berichtes übersehen, wo es heißt: Bericht für die Zeit vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903. Da die böhmischen Landtagswahlen in den Herbst 1901 fielen, konnten sie somit in diesen Bericht nicht mit aufgenommen werden. Mit den zwei Parteitagen bekommen wir eine Konfusion. Der eine Parteitag berichtet über ein Jahr mit, über das der vorhergegangene entweder nationale oder Gesamtparteitag schon berichtet hat. So kommt es, daß wir dem einen Parteitag einen Bericht vorlegen sollen, den wir dem anderen schon vorgelegt haben. Wir müßten also Wiederholungen begehen, und um das zu vermeiden, haben wir den Bericht der deutschen Parteiexekutive nur für das letzte Jahr abgefaßt. Im Bericht an den deutschen Parteitag in Aussig findet sich auch der Bericht über die böhmischen Landtagswahlen. Schloßnikel hat behauptet, daß man aus den Parteitagsberichten nicht mehr jene Uebersicht gewinnt wie früher. Da stimme ich vollständig mit ihm überein. Das ist aber nicht die Schuld des Sekretariats, sondern der mangelhaften Berichterstattung der Wahlkreisvertrauensmänner. Voriges Jahr sendete ich ein Zirkular in die Provinz hinaus, damit rechtzeitig die notwendigen Aufzeichnungen gemacht werden, so daß dann der Bericht ordentlich fertiggestellt werden kann. Es gibt aber Wahlkreise, aus denen nicht eine Silbe berichtet wurde, andere schreiben, daß es nicht möglich war, die Fragebogen hereinzubekommen. Wenn wir solche Wahlkreisberichte publizierten, wie stünden wir dann da! Gewiß ist es jenen Wahlkreisen, die ihre Pflicht erfüllen — zu denen gehört der des Genossen Schloßnikel, Schrammel ꝛc. — unangenehm, daß sie wegen der nachlässigen büßen sollen. Wenn Sie gute Berichte haben wollen, treffen Sie in den Wahlkreisen rechtzeitig entsprechende Vorbereitungen. Ich schlage Ihnen vor, im Notfall aus dem Wahlkreisblatt das Wichtigste auszuziehen. Das ist das Mindeste, was man von einem Wahlkreisvertrauensmann verlangen kann. Daß wir das für die Kreise tun, ist unmöglich. Ich bin überzeugt, wir wer-

den mit Ihrer Mithilfe in der Lage sein, zum nächsten Parteitag ausführlich berichten zu können.

Vorsitzender: Nun schreiten wir zur Abstimmung.

Antrag Neumann (Absolutorium) einstimmig angenommen.

Antrag Dorbić (dalmatinische Zustände) einstimmig angenommen.

Antrag Schweichhart wird zurückgezogen.

Antrag Schlossnikel angenommen.

Es folgt nun der dritte Punkt der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.** Das Referat erstattete Genosse

Abgeordneter **Hannich:** Die Aufgabe, über die Tätigkeit im Parlament Bericht zu erstatten, ist keine erfreuliche, weil unser Wollen mit unserem Können in einem großen Widerspruch steht. Die Halbheit ist in Oesterreich ein eingewurzeltes Uebel und darunter müssen die Aktionen, die wir in diesem Parlament unternahmen, leiden. Wir im österreichischen Parlament müssen mit Wasser kochen; ich gebe zu, daß auch in der Partei oft mit Wasser gekocht werden muß. Aber im Parlament müssen wir oft mit wenig vorlieb nehmen. Ueber unser Parlament ist so oft der Stab gebrochen worden, daß es einem schwer fällt, ihn noch einmal zu brechen. Aber es muß gesagt werden, daß wir von diesem Parlament nichts zu erhoffen und nichts zu erwarten haben. Zum erstenmal haben wir Ihnen einen schriftlichen Bericht über unsere Tätigkeit vorgelegt. Wenn dieser Bericht noch nicht vollkommen ist, bedenken Sie, es ist der erste. Ich kann mich möglichst kurz fassen, weil die Tätigkeit im Parlament noch bei anderen Punkten der Tagesordnung besprochen werden wird. Wer mich kennt, weiß, daß ich, insoferne von der Tätigkeit im Parlament die Rede ist, zu den Schwarzfärbern eher wie zu den Schönfärbern gehöre. Eines aber kann ich Ihnen mit gutem Gewissen sagen: Was aus diesem steinigen Boden zu gewinnen war, was diesen versteinerten, verlogenen Menschen abzuringen war, das hat ihnen der Sozialdemokratische Verband im Abgeordnetenhause abgerungen. Jeder von uns hat, als wir in die Reichsratswahlen eintraten, gemeint, daß das neue Parlament ein totgeborenes Kind sei. Leider lebt es noch. Mit dem großen Investitions-Goldregen hat sich Herr v. Koerber im Jahre 1901 die Arbeitsfähigkeit erkauft. Noch im selben Jahre, im Herbst, kam aber die Obstruktion doch. Bis in den Dezember dauerte damals die Obstruktion. Am 9. Dezember drohte Herr von Koerber mit dem allgemeinen Wahlrecht. Die bürgerlichen Parteien krochen sofort zu Kreuz. Die Deutschbürgerlichen erkundigten sich, ob es denn wirklich Ernst sei mit dem allgemeinen Wahlrecht. Herr v. Koerber hat sie wohl beruhigt. . . . Wenn die bürgerlichen Parteien mit ihren Prinzipien von ehemals es irgendwie ernst meinten, so hätten sie antworten müssen: Gut! Her mit dem allgemeinen Wahlrecht! Aber wer von den bürgerlichen Parteien eine Konsequenz erwartet, der kennt sie schlecht. Sie fürchten sich vor nichts mehr wie vor dem allgemeinen Wahlrecht! Heute können sie ihre Wähler mit den denkbar dümmsten, simpelsten Schlagworten abtun. Die Masse der Bürgerlichen will gar nichts Besseres als solche leere Redereien. Herr v. Koerber bekam hierauf die Rekruten bewilligt und in diesem Jahre ist sogar das Budget ordnungsmäßig verhandelt worden.

Bei der Budgetdebatte haben wir Sozialdemokraten unseren Standpunkt genügend markiert. Die Genossen werden sich dessen noch entsinnen und ich brauche es nicht wieder in Ihr Gedächtnis zurückzurufen. Es war die einzige Budgetdebatte seit Jahren und die Budgetbewilligung ist gewiß ein wichtiges Recht des Parlaments. Aber wir müssen doch unumwunden aussprechen, daß ein Parlament, das sieben lange Monate zur Erledigung des Budgets braucht, nicht lebensfähig ist. Wir hielten unsere Reden bei allen Punkten, die für uns in Betracht kamen. Aber wir sind uns dessen bewußt, daß wir zum Fenster hinaus sprachen. Es wäre kindlich, anzunehmen, daß die schönste Rede, die dort gehalten wird, einen Gegner zu bekehren vermöchte.

Als die Regierung Badeni-Bilinski im Jahre 1897 mit den Ausgleichsvorlagen kam, verlangte sie die Erhöhung der Steuern auf Branntwein, Bier, Zucker und Petroleum sowie die Einführung der Transportsteuer. Die

ganze Oeffentlichkeit schrie damals auf über diese Zumutung, der armen Bevölkerung solche Lasten aufzubürden. Damals meinte jeder Mensch, das Finanzprogramm des Bilinski sei undurchführbar. Aber unter Thun und Koerber wurde das durchgeführt, was die ganze Bevölkerung unter Badeni mit solcher Entrüstung zurückgewiesen hatte. Unter Thun-Kaizl kam die oktroyierte Zuckersteuer, unter Koerber die erhöhte Branntweinsteuer, die Fahrkartensteuer und wir in Böhmen haben auch die erhöhte Biersteuer. So ist alles, was Badeni von uns verlangt hatte, nahezu bis auf das letzte i-Tüpfelchen durchgeführt. Als Entgelt für die Einführung der Fahrkartensteuer wurde die Aufhebung der Mautgebühren gegeben.

Man hat die Fahrkartensteuer auch dadurch von uns zu erlangen gesucht, daß man uns die Diurnisten auf den Hals hetzte, indem man erklärte, daß ohne Bewilligung der Fahrkartensteuer die Bezüge der Diurnisten nicht erhöht werden. Die bürgerlichen Parteien waren froh, eine Ausrede zu haben für ihre Abstimmung zugunsten der neuen Steuer. Wir Sozialdemokraten haben uns aber auf diesen Leim nicht fangen lassen. Wir haben beantragt, daß Reisende der dritten Wagenklasse von der Fahrkartensteuer befreit seien. Man hat diesen Antrag abgelehnt. Denn 74 Prozent der Steuer müssen von den Passagieren der dritten Wagenklasse aufgebracht werden. Bei der Beratung der Auflassung der Mauten wurden wahre Orgien der Bauernretterei gefeiert. Wir Sozialdemokraten haben selbstverständlich dafür gestimmt, aber wir haben uns nicht von dem Wahn leiten lassen, daß wir der Bauernschaft damit wirklich eine wesentliche Hilfe zuteil werden lassen. Die Erfahrung hat uns recht gegeben. Die Bauern haben nichts davon. Den Vorteil haben nur diejenigen Bauern, die zugleich auch Lohnfuhrwerker sind. Den Löwenanteil aber haben die reichen Besitzer von Bierbrauereien, Branntwein- und Spiritusbrennereien, Ziegelhütten, Kalkbrennereien, jene Unternehmer, die ihre Produkte noch mit den Wagen versenden; die Bauern können sich den Mund abwischen.

Der Kampf um das Bergarbeitergesetz fällt eigentlich noch in den alten Reichsrat. Die Entscheidung ist zweifellos schon an dem Tag gefallen, wo der leider noch immer im Amte sitzende Ackerbauminister Giovanelli erklärte, die Frage der Abkürzung der Arbeitszeit beim Bergbau müsse erst studiert werden, und als er vor der Entrüstung der Sozialdemokraten aus dem Hause floh. Im neuen Reichsrate mußten wir die Aktion von neuem einleiten, bis endlich die Regierung ihr Versprechen erfüllte und durch die von uns provozierte Interpretation der Neunstundenschicht durch den Ministerialrat Zechner in Wirklichkeit der Achtstundentag für die Bergarbeiter errungen wurde. Und das ist, dessen können wir uns allezeit rühmen, ein bedeutender Erfolg, den wir in diesem versumpften österreichischen Parlament zu erringen imstande waren.

Als es sich um den 38 Millionenkredit für die neuen Haubitzen handelte, da züchtigte Daszynski die bewilligungseifrigen Volksverräter mit Geißelhieben, daß sie sich krümmten und auf die Antwort ganz vergaßen. Aber sie bewilligten, und als wir dann den Finanzminister fragten, woher er die 38 Millionen ohne neue Steuern nehmen werde, erklärte er, daß man eine Anleihe machen werde. Also keine neuen Steuern, aber dafür neue Staatsschulden und stetig wachsende Zinsenlast. So wird der Staat dem Bankerott zugetrieben.

Im Kampfe gegen die Drangsalierung der armen Soldaten hatten wir bis zu einem gewissen Grad Erfolge. Es ist zweifellos, daß alle Erleichterungen ein Werk der unerbittlichen sozialdemokratischen Kritik sind, daß zumal die Abschaffung des Anbindens und des Spangenschließens nur unter dem Drucke der von den Sozialdemokraten geweckten öffentlichen Meinung erfolgte.

Als im Jahre 1903 das neue Rekrutengesetz vorgelegt wurde, da waren die bürgerlichen und zumal die kleinbürgerlichen Parteien mehr denn je geneigt, vor dem Militarismus zu kapitulieren. Sie erhielten ja „Konzessionen“ in Form unverbindlicher Versprechungen, daß bei den Militärlieferungen das Kleingewerbe mehr berücksichtigt werden würde. Als ob es möglich wäre, daß ein moderner Militärstaat seinen Bedarf bei Gevatter Schneider und Hand-

schuhmacher deckt. Wie wenig verstehen diese kleinbürgerlichen Vertreter den Zusammenhang von Militarismus und Kapitalismus, daß sie so vertrauensselig sein und meinen können, daß der Militärstaat, der seine Panzerschiffe, seine Schnellfeuerkanonen und Magazinsgewehre nur in technisch vollkommen ausgerüsteten Großbetrieben herstellen lassen kann, seine Tuch-, Leinen- und Lederwaren von den Kleinbetrieben beziehen könne. Wir sind das nicht und darum bekämpfen wir den Militarismus von der Wurzel aus, weil wir wissen, daß er der größte Schädling der Volksinteressen ist. Die übereilte Bewilligung hat mit einer gräßlichen Blamage geendet. Die Fetzen des zerrissenen Gesetzes mußten der ungarischen Kossuth-Partei zu Füßen geworfen werden. Die deutschbürgerlichen Gemeinsamkeitsschwärmer hatten sich gründlich in den Finger geschnitten, indem sie durch ihr byzantinisches Verhalten die Chancen der Gemeinsamkeit noch erheblich verringert haben.

Wir traten damals sehr energisch für die zweijährige Dienstzeit ein und haben durch diese Taktik die bürgerlichen Parteien gezwungen, ihre Stellung zur zweijährigen Dienstpflicht anzugeben, und ich erkenne an, daß wir dann bei der später abgehaltenen Volksversammlung ihr Verhalten ganz gehörig ins Treffen führten. Ich halte dafür, daß die Taktik des Verbandes wahrlich nicht ungeschickt war. Es ist wirklich gelungen, die bürgerlichen Parteien zu demaskieren.

Ich komme nun zur Zuckeraffaire. Das ist eine recht süße Geschichte. (Heiterkeit.) Die Brüsseler Konvention hat mit dem Prämienunwesen ein Ende gemacht und wir haben im Parlament daher für die Konvention gestimmt. Es wurde nun den Unternehmern zuliebe und um sie für den Verlust der Prämie zu entschädigen, das Kontingentierungsgesetz durchgepeitscht, obgleich Ellenbogen aufmerksam machte, daß die Kontingentierung mit der Brüsseler Konvention im Widerspruch stehe. Alles Warnen half nichts. Hals über Kopf wurde das Gesetz angenommen. Was ist dann geschehen? Die Brüsseler Konferenz hat zu Recht erkannt, daß die Kontingentierung der Konvention widerspreche, und nun gab es wieder einmal eine Weltblamage. Der § 14 wurde ausnahmsweise einmal strapaziert, um ein Gesetz, das der Reichsrat auf Betreiben der Regierung angenommen hatte, unwirksam zu machen. Nie trat die Ohnmacht des österreichischen Parlaments so zutage. Die Kontingentierung trat außer Kraft, aber die ungarischen Herrschaften bestanden auf ihrem Schein. So erhielten sie denn die Surtaxe. Das ist das erste Loch in das gemeinsame Zoll- und Handelsgebiet, nicht mehr und nicht weniger als eine versteckte Zollschranke.

Von den Dringlichkeitsanträgen, die wir einbrachten, sei erwähnt der Antrag Pernerstorfer auf Aufhebung des § 64 des Strafgesetzes. Der Anlaß dazu war gegeben, als der Thronfolger das Protektorat über den Katholischen Schulverein übernahm. Wir erkennen im Gegensatz zu den bürgerlichen Antiklerikalen auch dem Thronfolger das Recht zu, seine Gesinnung kundzugeben, aber dafür müssen wir das Recht haben, diese Gesinnung entsprechend zu kritisieren. Ueberrascht waren wir von dem Akte des Thronfolgers gar nicht. Solche Dinge gehören ja zu den Traditionen des Hofes. Diese Auslieferung des Volkes an Rom ist ein Erbübel dieses Staates und das bequemste Mittel, die Geister zu knechten und niederzuhalten. (Beifall.)

Der Verband ist wegen seiner Haltung im September von mehreren Seiten angegriffen worden. Aber das Hauptmotiv war wie im Februar, die bürgerlichen Parteien zu einer Stellungnahme in dieser Sache zu zwingen.

Für das Wahlrecht haben wir getan, was wir konnten. Eine besondere Aktion haben wir nicht eingeleitet, wohl aber haben wir bei jeder Gelegenheit auf die Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes hingewiesen. Im Privilegienwahlrecht ist die Wurzel unseres Parlamentsjammers zu erblicken. Wir spüren es jeden Augenblick, wohin es führt, wenn die einen an dem alten, muffig gewordenen böhmischen Staatsrecht festhalten und die

anderen von der historisch begründeten Vorherrschaft der Deutschen im Staate nicht ablassen wollen. Wir Sozialdemokraten haben demgegenüber immer nur eines zu betonen, und dieses eine besteht darin, daß wir an dem Rechte, das mit uns geboren, an dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, festhalten. Wenn wir dieses Recht einmal erkämpft haben — und es ist meine feste Ueberzeugung, daß wir es erringen werden trotz alledem und alledem — dann werden Sie einen günstigeren Bericht über unsere parlamentarische Tätigkeit vernehmen. Einstweilen müssen Sie mit diesem vorlieb nehmen. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Es ist schon selbstverständlich geworden, daß man in einer Debatte über den parlamentarischen Bericht nicht gegen den Verband auftritt. Wenn ich mich zu einer Kritik zum Worte gemeldet habe, so weiß ich wohl, daß die Mitglieder der Fraktion sich gegen mich erheben werden und auch die freiwilligen Schützer des Verbandes, wie zum Beispiel Dr. Adler. Trotzdem man also kein gutes Haar an mir lassen wird, muß ich einige Dinge sagen, weil es mir nötig erscheint, daß sie gesagt werden. Die Sitten des österreichischen Parlaments scheinen leider auf die Sitten unseres Verbandes zum Teil abgefärbt zu haben. Als im Jänner dieses Jahres bei Beratung des Sonntagsruhegesetzes der Antrag auf Beseitigung des Ersatzruhetages der Bäckergehilfen eingeschmuggelt wurde, war niemand von unserer Fraktion im Saale anwesend. Nachträglich geschah natürlich alles, was geschehen konnte. Aber ein unangenehmes Gefühl ist es doch, daß weder die Gesamtheit der Fraktion noch der Vorsichtsposten auf dem Platze waren. (Ruf: Sehr richtig!) Ein ähnlicher Fall hat sich ja schon einmal ereignet, als die erste Lesung des Preßgesetzes zur Debatte gelangte. Diese erste Lesung wurde damals als ein Erfolg der Fraktion gefeiert und gerade bei der Gelegenheit hat sich gezeigt, daß bei der Debatte eine Reihe von Genossen das Wort verloren hat, weil sie nicht anwesend waren. Einige andere mußten auf das Wort verzichten, weil sie nicht genügend vorbereitet waren. Das wirkt nicht sehr belebend auf die Agitation! Ein dritter Fall ist es, der mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, es handelt sich um die Rekrutenvorlagen. Der Bericht Hannichs war da nicht gerade erschöpfend. Schon als im Jänner laufenden Jahres die Vorlagen eingebracht wurden, waren ja große Meinungsverschiedenheiten, ob die Taktik des Verbandes wirklich befriedigend genannt werden konnte. Von vielen Seiten wurde verlangt, daß gegen die Rekrutenvorlage das Notrecht aller Parteien, die im Volke großen Anhang haben, aber im Privilegienparlament durch das Wahlsystem zu einer hoffnungslosen Minorität gemacht werden: die O b s t r u k t i o n, in Anwendung gebracht werde. Damals sagten die Abgeordneten, die Anwendung der Obstruktion sei unmöglich. In einer Versammlung beim Hamberger erklärte P e r n e r s t o r f e r, man könne keine Obstruktion machen, weil man hoffe, Verbesserungen in die Vorlagen zu bringen. Von Verbesserungen war aber dann bei der Beratung nicht die Rede, außer höchstens die Konzession der alten Hosen. Unsere Parteigenossen haben dann einen Antrag eingebracht auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit und sie haben sich bereit erklärt, auch für das begehrte erhöhte Rekrutenkontingent zu stimmen. (Ohorufe.) Das erhöhte Kontingent war im § 2 des Gesetzes enthalten, in dessen § 1 die zweijährige Dienstzeit stand. Aus den allzu knappen Berichten konnte man sich damals nicht genügend informieren, sonst hätten die Anträge des Verbandes wohl schon zu der Zeit Widerspruch gefunden.

Es ist selbstverständlich, daß es mir nicht einfällt, eine Rede für die Obstruktion bei jeder Gelegenheit zu halten. Das liegt mir fern. Die Erfolge der ungarischen Obstruktion zeigen aber deutlich, daß im Februar ein obstruktioneller Eingriff durchaus nicht so aussichtslos gewesen wäre, wie unsere Parteigenossen vom Verband meinten. Die hier angenommene Wehrvorlage wurde drüben in Ungarn zerrissen, die Regierung mußte neuerdings an das Parlament herantreten. Es war notwendig, weil in dem Zusatzantrag Chiari ausdrücklich erklärt war: das ganze Gesetz tritt nur in Kraft, wenn auch in Ungarn das gleiche Gesetz in Kraft tritt. Die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb am 17. September: „Jetzt werden wir dieses Wort, auf das sich die Regierung

sonst immer beruft, die Parität, zur Anwendung bringen; solange in Oesterreich keine neuen Rekruten, als in Ungarn nicht ebenfalls die Rekruten bewilligt werden." Wenn das auch nicht in vollem Einklang mit dem sozialdemokratischen Programme steht, so hat diese Taktik doch auch in einer Reihe von Versammlungen Anklang gefunden. Wie überrascht waren wir nun, als am 23. September die sozialdemokratische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag einbrachte, der nichts anderes bedeutete als die Bewilligung des normalen Kontingents. Das war ein Verlassen des Standpunktes der Parität und ein Verlassen des sozialdemokratischen Prinzips. Es war aber vor allem auch ganz unpraktisch. Man hätte damals sofort fragen können: Warum geschah das? Man erwiderte: Man muß den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geben, zu zeigen, ob sie für diese populäre Forderung sind oder nicht! Diese Entschuldigung gilt eventuell für den Februar. Aber da damals dieses Exempel gemacht wurde und es sich schon damals zeigte, daß die bürgerlichen Parteien des Privilegienparlaments zu reaktionär sind, um für die zweijährige Dienstzeit zu stimmen — warum denselben Beweis in demselben Jahre dann noch ein zweitesmal durchgeführt? Zur prinzipiellen Frage nur einige Worte. In unserem Programm heißt es:

> 11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung.

Das sind, wohlgemerkt, unsere nächsten Forderungen. Würde der Wiener Parteitag 1901 gemeint haben, daß wir noch ein Minimalprogramm zur Erreichung unserer nächsten Forderungen brauchen, dann hätte er dies festgesetzt. Es könnte allerdings gesagt werden, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine Etappe auf dem Wege zur Volkswehr ist, aber es ist sehr die Frage, ob dies zutrifft. In der Preßdebatte hat Schulz sich auf Engels als Blutzeugen für diese Ansicht berufen, aber die hervorgeschleppten Zitate beweisen sehr wenig. Es ist eigentümlich, daß unsere am modernsten denkenden Genossen gerade immer die ältesten Broschüren zitieren. Eine Broschüre aus dem Jahre 1865, wo es fast noch gar keine organisierte Sozialdemokratie gegeben hat, muß diesmal herhalten. Auch wenn die Anwendung dieser Broschüre berechtigt wäre, so muß doch betont werden, daß Engels damit den bürgerlichen Politikern eine Belehrung geben wollte. Engels redete nur von der ureigensten Pflicht der Bürgerlichen, er erwähnt selbst, daß das Proletariat der Sache der zweijährigen Dienstzeit reserviert gegenüberzustehen und selber auf das energischeste die Schaffung der Volkswehr zu erstreben hat. Sicher ist, daß mit der zweijährigen Dienstzeit ohne Kompensationspolitik nicht zu rechnen ist. Sie ist nicht zu erreichen, ohne daß die Fraktion sich eventuell mit einer Erhöhung des Rekrutenkontingents und damit mit einer noch größeren Ausdehnung des Militärbudgets einverstanden erklärt. Damit aber auch mit neuen Volksbelastungen, mit neuen indirekten Steuern. Wenn in unserem Programm nichts von der zweijährigen Dienstzeit darin steht, so hat dies eben seine Gründe! Es ist Sache der Bürgerlichen, das zu erkämpfen, und wenn die Bürgerlichen das nicht aus eigenem fordern, dann werden sie es auch nicht tun, wenn die Sozialdemokraten es beantragen. Prinzipiell kann nicht behauptet werden, daß dies mit unserem Programm zu vereinigen ist. Die Abgeordneten sagen nun: „Wir müssen auch positive Politik machen." Gut, einverstanden. Bedenken Sie aber immer, bei welcher Zusammensetzung des Parlaments Sie positive Politik machen wollen! Meinte man, daß die bürgerlichen Abgeordneten mitsamt dem Landesverteidigungsminister der Forderung zustimmen werden, daß am stehenden Heere eine Drittelabrüstung vollzogen wird? Diese praktische Politik ist die unpraktischeste der Welt. Wir waren nie für die Abrüstungspolitik, sondern für eine Ausdehnung der Wehrfähigkeit auf alle Schichten des Volkes. Die Taktik des Verbandes war aber nicht nur unpraktisch, sondern auch haltlos. Unsere Genossen hofften vergebens, daß ihr Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit gleichzeitig mit der Regierungsvorlage verhandelt werde. Sie mußten ihren Antrag zurückziehen, um nicht in die gefährliche Nachbarschaft der Patrioten zu geraten.

Die Zurückziehung hat uns ja vor einer Blamage bewahrt. Aber war das Ganze nötig? Das, was häue erreicht werden wollen, hätte durch einen Dringlichkeitsantrag auf Außerkraftsetzung des Rekrutengesetzes erreicht werden können. Wenn man sagt: wir mußten einen positiven Antrag stellen, weil es sich um die Drittjährigen gehandelt hat, so stellt man sich ja auf den Standpunkt des Kriegsministers, der auch gesagt hat, daß er die Drittjährigen zurückbehalten müsse, weil ihm die neuen Rekruten fehlen. Redet man sich auf die Agitation aus, die da mit unserer angeblichen Stellung „gegen die Drittjährigen" betrieben worden wäre, so sage ich, man hätte unsere Feindschaft gegen die Drittjährigen sehr schwer beweisen können. Jedenfalls hätte der Verband diesen Dringlichkeitsantrag nicht einbringen sollen. Ich sehe in allen von mir angeführten Dingen ein Symptom des Abfärbens der bürgerlichen Lässigkeit auf unsere Fraktion. Es fällt mir aber durchaus nicht ein, damit zu sagen, daß ich kein Vertrauen zu den Genossen des Verbandes habe.

Ich bin bereit, ebenfalls für ein Vertrauensvotum für den Verband zu stimmen wie jeder andere. Aber die Tatsache unseres Vertrauens sagt noch nicht, daß wir es für unmöglich erklären, daß er auch einen Fehler macht. Unfehlbar ist ja nur der Papst. Sie werden ja doch nicht wollen, daß wir unsere Fraktion zu einer Art päpstlichen Institution machen. Das Recht der Freiheit der Kritik ist doch gerade jenen Genossen sonst sehr sympathisch, die in dieser Frage mit mir nicht übereinstimmen. Der Militarismus ist ein so großes Uebel, daß er an der Wurzel bekämpft werden muß! Jede Konzession ist eine Gefahr für uns! Ein altes Wort sagt: „Wer vom Papste ißt, der stirbt daran!" Wer sich mit dem Militarismus ins Paktieren einläßt, kommt auch nicht gut davon, zumindest kriegt er einen verdorbenen Magen. Ich glaube, daß unsere Genossen im Parlament nicht ganz fehlerfrei sind. Durch die Besprechung wird wohl erzielt werden, daß derartige Fehler künftighin vermieden werden, und es wird so erreicht werden, daß unsere Genossen sich im Privilegienparlament noch weniger zu Hause fühlen werden als bisher, sie müssen sich fühlen als der vorgeschobenste Posten des Proletariats, sie haben nicht bei der Ausschmückung dieses Hauses mitzuarbeiten, sondern von innen heraus die zerstörende Tätigkeit zu ergänzen, die wir von außen her besorgen. Wenn unsere Genossen das noch mehr als bisher tun werden, dann werden alle Genossen dies mit Freuden zur Kenntnis nehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Tusar (Brünn, tschechisch): Unsere Genossen im Parlament haben hauptsächlich agitatorische Aufgaben. Es ist aber nicht richtig, wenn wir verlangen, daß die Abgeordneten eine radikale Taktik anwenden sollen. Das nächstemal ist man selbst nicht so radikal und wendet sich wegen einer Verwaltungsfrage an den Minister. Unsere Abgeordneten haben vielleicht von ihrem Standpunkt aus recht, sie konnten damals in der Wehrdebatte nichts anderes machen. Aber ist unsere Fraktion dazu da, den bürgerlichen Parteien und der Regierung so oft den Weg zu zeigen? Ich glaube, unsere Abgeordneten haben hauptsächlich agitatorische Aufgaben. Wir können unsere Abgeordneten nicht zur Obstruktion treiben. Die Tschechischnationalen treiben Demagogie und Komödie, sie könnten auch auf jungtschechische Hilfe rechnen. Wir aber sind eine ernste Partei! Wir sind mit der Tätigkeit unserer Abgeordneten einverstanden, die zehn Mann können nicht mehr machen. Wir wissen ja auch, was sie noch außerhalb des Parlaments und auch außerhalb ihrer Wahlkreise leisten.

Abgeordneter **Schuhmeier:** Ich bin überzeugt, daß hier niemand im Saale ist, der uns um unsere Stelle im Parlament beneidet. Es ist sicher, daß wir dort eine sehr schwierige Stellung haben, und wenn Sie bedenken, daß wir in der Zeit, seitdem wir im Parlament sitzen, in 117 Fällen Redner ins Feld geschickt haben, so werden Sie, selbst wenn wir einen Fehler gemacht, uns doch mildernde Umstände zubilligen müssen. Aber zum Glück sind wir darauf nicht angewiesen, da wir uns keines Fehlers bewußt sind. Gerade die schöne Lehre, die uns Winarsky gegeben hat, daß wir vom Parlament aus zerstörend wirken, haben wir immer befolgt. Winarsky hat erklärt, er habe

gegen uns kein Mißtrauen. Ich nehme das dankend zur Kenntnis. Ich habe es aber früher gewußt, denn wenn Winarsky gegen uns Mißtrauen hätte, so hätte er das gewiß irgendwo schwarz auf weiß niedergelegt. (Heiterkeit.) Aber um sein Mißtrauen handelt es sich hier gar nicht, sondern um das, was er uns als Fehler anrechnet. Winarsky sagt, der Verband habe sich bereit erklärt, überhaupt für das Rekrutenkontingent einzutreten, wenn die zweijährige Dienstzeit gegeben wird! Da muß ich ihn aber fragen: Wann haben wir uns bereit erkärt, überhaupt für ein Rekrutenkontingent zu stimmen, und wo ist das zu finden?

Im Frühjahr ist das erhöhte Rekrutenkontingent vorgelegt worden. Statt 103.100 sollten es 125.000 Mann sein. Als der Antrag in das Haus kam, haben wir sofort sehen können, daß die Parteien auch das erhöhte Kontingent annehmen werden. Nun mußte es sich uns darum handeln, wenigstens den praktischen Erfolg herauszubekommen, daß wir die bürgerlichen Parteien im Hause bewußt schuldig werden lassen, um außerhalb des Hauses gegen sie einen wirksamen Agitationsstoff zu haben. Deshalb haben wir immer in unseren Reden zu den bürgerlichen Parteien gesprochen und über ihr Verhalten in dieser Frage.

In dem Antrag, der uns im Februar vorgelegt wurde, hieß es im § 1, daß das stehende Heer 125.000 Mann zählen sollte. Es war zu erwarten, daß das Haus das annimmt. Daher stellten wir einen Antrag, der im § 1 die zweijährige Dienstzeit und im § 2 dieses Kontingent enthielt. In der Begründung habe ich ausdrücklich hervorgehoben: „Sie können für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit stimmen und dann dem Minister geben, was er will. Wenn Sie aber nicht die zweijährige Dienstzeit durchsetzen können, dann sind Sie verpflichtet, die Taschen der Bevölkerung, ihre Arbeit und ihr Blut zu schonen. Und das können Sie, wenn Sie sagen: Mehr als das, was die Heeresleitung heute schon hat, wird unter keinen Umständen bewilligt werden....“ Alle unsere Reden sind nur dahin gegangen, das Gewissen der bürgerlichen Parteien zu wecken, ihnen zu zeigen, in welch schwierige Situation sie sich begeben, wenn sie blindlings für das erhöhte Kontingent stimmen. Es ist uns damals gelungen, eine Abstimmung herbeizuführen. Die bürgerlichen Parteien sind alle schuldig geworden, wir haben also unseren Zweck vollauf erreicht. Die Deutsche Volkspartei empfindet es heute noch schwer, daß sie damals bedingungslos das erhöhte Kontingent angenommen hat, und den Christlich-Sozialen, die im Hause für das erhöhte Kontingent stimmten, draußen aber bei jeder Gelegenheit gegen den Militarismus loslegen, können wir jetzt immer nachweisen, daß sie ein falsches Spiel spielen. Bis in die letzten Tage währt dieser Erfolg für uns. Da hat Pater Bauchinger erst kürzlich im Landtag erzählt, daß die Soldatenspielerei viel Geld kostet und den Bauern die wichtigsten Arbeitskräfte entzieht. Sofort konnten wir ihm entgegenhalten, wie seine Parteigenossen im Parlament die Zughunde der Regierung waren und für diese vermehrte Soldatenspielerei gestimmt haben. Ich finde nicht, daß das eine gar so schlechte Taktik war. Ich meine im Gegenteil, das war das einzige, was man aus der Sache herausschlagen konnte.

Wir haben den Leuten immer gesagt: Nachdem wir von euch nicht annehmen können, daß ihr euch auf unseren Standpunkt stellet, daß ihr das stehende Heer beseitigt und die allgemeine Volksbewaffnung einführet, so stellen wir uns einmal auf euren Standpunkt, um euch zu zeigen, was eure Pflicht wäre. Wir haben sofort gesehen, daß das den Herren sehr unangenehm war, und wir haben — was Sie nicht vergessen mögen — auch diese Haltung erst eingenommen, als der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt worden war. Wir hätten es freilich leichter gehabt, nur auf die Abstimmung zu warten und dann dagegen zu stimmen. Aber ob das vernünftiger gewesen wäre, erscheint mir zweifelhaft. (Beifall.) Nebenbei will ich Genossen Winarsky noch mitteilen, daß die alten Hosen keine Errungenschaft des Derschatta oder des Lueger sind. Die sind

das ausschließliche Verdienst des Polenklub, der seine ganze Kraft auf diese Forderung vereinigt hat. (Heiterkeit.)

Ueber unsere Haltung im Februar hat damals niemand ein Wort verloren. Nun sind dann die Vorfälle in Ungarn gekommen, die wir übrigens im Februar vorausgesagt haben. Jetzt aber kommt Winarsky und sagt, wir hätten Obstruktion machen sollen. Ich wäre sehr dafür gewesen, Obstruktion zu machen, und wir haben auch eingehend im Verband darüber beraten. Aber glauben Sie wirklich, daß zehn Mann in diesem Parlament eine erfolgreiche Obstruktion machen können? Gewiß, Klofač und Fresl machen jeden Augenblick eine Obstruktion. Aber wollen Sie von uns wirklich, daß wir uns auch solche Niederlagen zuziehen? Wenn wir auch nur mit der Obstruktion drohen, so müssen wir wissen, daß wir mit der Obstruktion etwas ausrichten können. Aber daß wir gar eine Obstruktion beginnen, die nicht erfolgreich sein muß, das können Sie uns nicht ernstlich zumuten. Nun könnte jemand sagen, daß die Tschechischnationalen auf jeden Fall mit uns gegangen wären. Das wäre eine falsche Annahme. Auf diese Leute, auch wenn sie sich noch so radikal gebärden, ist kein Verlaß. Wir zehn Leute sind nicht einmal in der Lage, eine Interpellation allein einzubringen, geschweige denn, daß wir Dringlichkeitsanträge einbringen könnten. Und ob die Tschechischradikalen, selbst wenn sie mit uns die Obstruktion begännen, nicht bei der geringsten Konzession umfallen, das wird Genosse Winarsky auch nicht auf sein Gewissen nehmen. Jedenfalls wäre es auch zu erwägen. Obstruktion war also unmöglich, so nahe die Annahme auch lag und so bequem es gewesen wäre.

Nun kam die Herbsttagung, wo es sich der Regierung darum handelte, die Blamage mit den Drittjährigen zu verdecken. Die Regierung legte einen Gesetzentwurf vor, aus dem hervorging, daß sie noch immer an dem erhöhten Kontingent festhält und sie eigentlich nur die Chiarische Klausel zu beseitigen suchte. Wir mußten nun suchen, wo der wunde Punkt der Vorlage ist. Wir mußten nun alles daransetzen, das zu verhindern, was die Regierung will: die Erhöhung des Kontingents. Unsere weitere Pflicht war es, die Parteien, die durch die Vorgänge in Ungarn doch belehrt waren, daß man von der Heeresleitung Zugeständnisse haben kann, wenn man nur mehr Rückgrat hat, wieder schuldig werden zu lassen. So haben wir nach längerer Debatte in der Fraktion die Stellung der beiden Anträge beschlossen, die wir im Februar noch in einem Antrag zusammengefaßt eingebracht hatten. Aber diese beiden Anträge waren durch ein Junktim verbunden, indem wir am Schlusse erklärten, daß der eine nur in Kraft treten könne, wenn auch der andere in Kraft trete. Nun haben die bürgerlichen Parteien sofort erkannt, wohin wir abzielen, und da sie den ganzen Sommer über gefühlt hatten, wie unsere Agitation gerade in ihrer Stellung zur Wehrvorlage eine Stütze fand, setzten sie es beim Präsidenten durch, daß er den Antrag über die zweijährige Dienstzeit nicht zur Beratung zuließ. Wir haben nun den anderen Antrag benützt, um wenigstens an der Debatte teilnehmen zu können. Zum Schluß meiner Rede habe ich dann meinen Antrag — nicht auf eigene Faust, sondern auf Beschluß des Verbandes — zurückgezogen. Winarsky meint, daß sei unangenehm für uns gewesen. Nein, das haben wir nicht so empfunden, sondern wir haben den Erfolg gehabt, daß Abgeordneter Skene damals aufgestanden ist und den Antrag auf Bewilligung des niedrigeren Kontingents gestellt hat. Wir haben den bürgerlichen Parteien auch im Herbst den Weg gewiesen und sie haben ihn diesmal in der Tat betreten. Dadurch war unser Antrag überflüssig und wir haben ihn zurückgezogen. Wenn das eine schlechte Politik ist, dann möchte ich doch wissen, was wir hätten tun sollen, um das zu erreichen, was wir erreichen wollten. Daß nicht alle Genossen mit uns einverstanden sein würden, haben wir gewußt. Wir machen eben die Politik, die wir verstehen, und Winarsky möge mir glauben, es sitzen im Verband Leute, die nicht erst seit gestern in der Partei sind und die sich in den Dingen auch so sehr auskennen, daß selbst Winarsky zu ihnen Vertrauen hat.

Wenn Winarsky meint, der Erfolg, den wir errungen haben, daß wir

das erhöhte Rekrutenkontingent verhindert haben, sei keinen Pfifferling wert und sei nur erreicht worden, indem man das Parteiprinzip aufgab, so scheint mir die Irrung nicht auf unserer Seite, sondern auf der Seite des Genossen Winarsky zu liegen. Es hat allerdings Verblüffung hervorgerufen, als wir den Antrag zurückzogen, und ich erinnere mich noch des Eindruckes, den es bei mir hervorrief, als in der „Arbeiter-Zeitung“ stand: „Wir verstehen nicht, warum Genosse Schuhmeier den Antrag zurückzog.“ Nun, wenn ich dafür Prügel verdiene, dann hauen Sie auf uns alle los, jedem von den zehn seinen ehrlichen Teil (Heiterkeit), denn den Beschluß hat der Verband gefaßt. Die Anschauung der „Arbeiter-Zeitung“, daß ich das auf eigene Faust gemacht habe, war falsch. Ich will Ihnen noch ein Geheimnis verraten: Wenn der Referent dem ersten Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit zugestimmt hätte, so wäre bei dem zweiten Antrag niemand fester auf seinem Sitz geblieben als wir. Wir hätten auch da gesagt: Dieser Regierung keinen Mann und keinen Heller! Winarsky braucht also nicht zu fürchten, daß wir der Regierung auch nur einen Mann bewilligen werden.

Ich kann Ihnen sagen, daß ein Rekrutengesetz noch nie so eingehend beraten wurde wie dieses. Zuerst schon im Ausschuß. Und wenn der Mißbrauch mit den Spangen und dem Krummschließen endlich beseitigt wurde, wenn der Minister endlich zusagte, Rücksicht auf die Reservisten zu nehmen, uns über den Militärtaxfonds Rechnung zu legen, so ist das nicht ohne unsere Mitwirkung im Ausschuß geschehen. Nun könnte Winarsky auch da sagen: Wir sind für die Aufhebung des Militarismus und du hast nicht im Parlament zu verlangen, daß Weiber und Kinder der Reservisten zu unterstützen sind! Da dürften wir dann nichts tun, als immer nur wiederholen: Weg mit dem Militarismus! Aber wir sind der Meinung gewesen, daß wir mehr tun müssen, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß Sie unseren Standpunkt vollkommen teilen.

Winarsky hat dann noch andere Fehler, die ihm in den letzten Wochen eingefallen sind, angeführt. Es wäre wahrlich kein Wunder, wenn man einmal etwas übersehen würde. Aber ich meine doch, wir zehn können uns schon selbst das Zeugnis ausstellen, daß wir unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. Wir haben das getan vom ersten Tage, da wir hineinkamen, bis zum letzten Tage. Leicht ist es ja nicht, glauben Sie es mir, und es war auch nicht leicht für die kleine Fraktion, die Position zu erringen, die wir heute im Hause einnehmen. Daß wir gerne das Parlament in Schutt und Trümmer legen möchten, brauche ich Ihnen nicht erst versichern zu müssen. Aber stehen wir nicht immer auf dem Standpunkte, daß das Privilegienparlament an sich selbst verrecken muß? Was wir tun können, um da mitzuhelfen, tun wir.

Austerlitz: In dem parlamentarischen Bericht — so ausführlich er auch sonst ist — scheint mir doch ein notwendiges Kapitel zu fehlen: das über die Stellung der Sozialdemokratie zu diesem Parlament. Und doch hat sich diese Stellung im Laufe der Zeit beinahe völlig geändert. Eine Zeitlang ging die allgemeine Anschauung dahin, daß sich in Oesterreich ein parlamentarischer und politischer Fortschritt nur katastrophenartig vollziehen wird, daß das Parlament an das Ende seiner Tage gelangt ist und daß es durch bestimmte Einflüsse von außen zu Tode gebracht und in ein anderes, auf einem gleichen Rechte beruhendes Volkshaus verwandelt werden müsse. Aber diese Anschauung hat sich in dem Augenblick verflüchtigt, da das Parlament in die Lage kam, einen ruhigen Atemzug zu tun. Da entstand wieder die Meinung, daß dieses Parlament doch nicht tot ist, ja, daß wir das normale Parlament vor uns haben, demgegenüber eine normale Taktik einer normalen sozialdemokratischen und oppositionellen Partei einzuschlagen ist. Es ist unzweifelhaft, daß sich in der ganzen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs das Urteil über die Möglichkeit der Renaissance dieses Parlaments wieder vollständig verändert hat und daß heute die ganze Partei der Ueberzeugung ist, daß dieses Parlament nicht lebensfähig zu machen und daß auf normale Weise ein Fortschritt überhaupt unmöglich ist. Ich sehe gar nicht ein, warum

dieses wichtige Element unserer politischen Ueberzeugung seinen Ausdruck hier missen soll.

Allerdings: die Sozialdemokraten Oesterreichs sind in mancher Hinsicht eine ganz merkwürdige Partei. Sie verlangen von ihrer Fraktion die Obstruktion im Parlament und in demselben Atem auch glänzende sachliche Reden. Aber man muß sich endlich entschließen, auch in der Partei darüber konsequent zu denken. Es geht nicht an, zu verlangen, daß die Delegation der Sozialdemokratie im Parlament ausschließlich die Aufgabe habe, an dem Gefüge des Parlaments zu zerren und zu reißen, bis es zerreißt, und gleichzeitig die Aufgabe habe, ein glänzendes solventes Parlament als Fata Morgana vor den Blicken des zeitunglesenden Publikums hervorzuzaubern. Wir müssen uns entschließen, zu diesem Parlament einen einheitlichen Standpunkt einzunehmen, und das ist meiner Ueberzeugung nach, die sich auf sorgfältige Betrachtung des parlamentarischen Lebens gründet, der, daß das Parlament für die Dauer nicht lebensfähig zu machen ist, wenn es auch manchmal aus den Wirren des Tages halbwegs praktikable Gesetze auszuspeien vermag. Von dieser Anschauung zu der, daß es eigentlich Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten wäre, dieses Parlament dauernd in den Zustand der Obstruktion zu versetzen, scheint wohl nur ein Schritt. Aber es geht doch nicht an, das Wort Obstruktion als ein Schema für jede politische Verlegenheit zu benützen, und es muß gesagt werden, daß das Wort Obstruktion zwar jede Störung des parlamentarischen Lebens bezeichnen kann, daß aber Obstruktion und Obstruktion doch fundamental verschiedene Potenzen sind. Es ist gewiß falsch, daß die zehn Sozialdemokraten im Parlament schlechthin unfähig wären, Obstruktion zu machen, und im Bericht der Fraktion wird ja ausdrücklich konstatiert, daß die Fraktion entschlossen war, die Geschäftsordnungsreform mit allen Mitteln, unter denen die Obstruktion nicht das letzte, sondern stets das erste ist, zu verhindern. Sie wissen, daß diese Drohung schon ausgereicht hat, der Geschäftsordnungsreform das Genick zu brechen. Nun scheint gewiß die Meinung nicht unrichtig zu sein, daß die Verhinderung einer größeren Belastung der breiten Volksmassen, wie sie durch die Militärvorlage erfolgen sollte, ein Element von solcher Stärke ist, daß ihretwegen die Abgeordneten zur Obstruktion bemüht werden können, und Winarsky hat Ihnen auseinandergesetzt, daß in der Meinung der Parteigenossen der Wunsch nach einer Obstruktion gegen die Wehrvorlage nicht vereinzelt war. Ich erwähne das nicht etwa, um den Gedanken an eine Obstruktion zu bekämpfen, auch nicht, die Obstruktion gegen Militärvorlagen zu befürworten, sondern um den grundlegenden Unterschied zwischen Obstruktion und Obstruktion hervorzuheben.

Es ist zweifellos, daß auch die kleinste Minorität im Parlament den Widerstand aufbringen kann, der auslangt, um Obstruktion zu machen, wenn sie der Ausdruck einer Anschauung ist, die über ihren Bereich hinaus geteilt wird. Das ist bei der Geschäftsordnung der Fall gewesen, die nichts war als das Produkt von ein paar Flausenmachern, die billige Lorbeeren pflücken wollten. Aber es wäre unrichtig, zu behaupten, daß der Gedanke, Soldaten zu assentieren, ein solcher ist, der über die Fraktion hinaus eines allgemeinen Widerstandes sicher ist. Aber Sie begreifen, daß es sich hier nicht um einzelne Fakten handelt. Wenn wir die Tätigkeit der zehn Leute durchmustern, so kann bei aller Nörgelsucht und bei allem Nachahmungsbedürfnis, das unter den Genossen ja auch vorhanden ist, doch nie ein Grund zu einer absprechenden Kritik gefunden werden. Ich will auch nichts Abfälliges gesagt haben, wenn ich den Gedanken ventiliere, daß wir zu diesem Parlament auch noch eine andere Stellung haben, als sonst Sozialdemokraten haben, die ein Parlament immer als Klassenvertretung ansehen, das nur mühselig dazu gebracht werden kann, der arbeitenden Klasse zu nützen. Ich will nichts beweisen, wenn ich feststelle, daß wir gegenüber unserem Parlament eine über diese grundlegende Opposition hinausreichende Abneigung haben: weil wir in ihm ein dem Tode geweihtes, der Verwesung anheimgefallenes Produkt einer überlebten Epoche wahrnehmen. Ich sage nicht, daß die Sozialdemokraten durch Abstimmungen, Reden, Anträge diese Abneigung bekunden sollten oder

daß das etwa, soweit es möglich ist, nicht geschehen ist. Was ich sagen will, ist nichts anderes, als daß die ganze geistige Disposition der Fraktion die sein muß, daß sich die Partei, abgesehen von dem Kleinkram, den der Tag produziert und der mit dem Tage verschwindet, dieser prinzipiellen Stellung immer bewußt sein muß, womit ich aber wieder nicht gesagt haben will, daß unsere sich dessen nicht immer bewußt war. Es ist aber notwendig, zu sagen, daß sie dieses Privilegienparlament verwirft und den Glauben aufgegeben hat, daß es aus sich selbst die Kraft finden kann, sich zu erneuern. (Beifall.)

Was Bebel in Dresden gesagt hat, ist ja nur das, was die Sozialdemokratie aller Länder über das Parlament denkt, daß im Parlament, selbst wenn es aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgeht, den Klassencharakter doch nicht abstreifen kann. Nun ist es ja zweifellos begreiflich, daß sich diese prinzipielle Verwerfung eines Klassenparlaments um so mehr verwischt, wenn sich das ganze parlamentarische Leben in den Couloirs abspielt. Sie begreifen, daß Abgeordnete, die, wie schon bemerkt wurde, gezwungen werden, in Sachen der Verwaltung bei den Ministern persönlich zu intervenieren, daß Abgeordnete in einem Parlament, wo die Entscheidungen nicht immer im vollen Licht der Oeffentlichkeit fallen, wo das parlamentarische Leben nicht den Charakter hat, daß eine Majorität und eine Minorität einander gegenüberstehen, das aber auch nicht jenen redlich-rechtlichen Charakter besitzt wie der deutsche Reichstag, daß natürlich diese Abgeordneten leicht in die Stimmung versetzt werden können, sich als Glieder dieses Privilegienparlaments zu fühlen. Ich will nochmals hervorheben, daß ich überzeugt bin, daß hinter diesem Schein doch die abgrundtiefe Verachtung der Sozialdemokratie für dieses Privilegienparlament steckt und daß unsere Abgeordneten mit der Partei darin einig sind: Je schneller dieses Parlament zugrunde geht, um so besser! (Lebhafter Beifall.) Das müssen wir festhalten, denn in den Versammlungen werden immer Wünsche laut, die man an dieses Parlament zu stellen hat, und man kann selbst bei gut geschulten Genossen sehr oft die Wahrnehmung machen, daß sie in dem einen Atemzug sagen: Das Parlament soll verrecken, und im nächsten Atemzug: Es soll sich doch endlich ermannen; in einem Atemzug: Es muß verrecken, und im nächsten Atemzug prophezeien: Die Ungarn werden uns schon Dialektik einpauken, daß sich das Parlament zu einem solventen Parlament erhebe. Aber zwischen dem österreichischen und ungarischen Parlament besteht der große Unterschied, daß dieses wohl auch ein Privilegienparlament ist, aber doch nicht mehr ist als eine durchgehende Phase der Entwicklung, während jenes den Geburtsfehler hat, schon von der Entwicklung überholt gewesen zu sein, als es ins Leben trat, denn der einzige Beweggrund, der es gründen ließ, war der Wunsch nach Festhaltung des deutschen Uebergewichtes in Oesterreich, das aber schon 1867 mit gesetzgeberischen Kniffen nicht zu erhalten war.

Ich habe das sagen müssen — nicht weil ich der Meinung bin, daß die Tätigkeit unserer Abgeordneten irgendwie einer Verschleierung und noch viel weniger einer Entschuldigung bedarf, sondern weil ich der Ueberzeugung bin, daß zwischen ihnen und allen einsichtigen Genossen nicht die geringste Divergenz obwaltet, sondern daß sie selbst nichts anderes wünschen, als dieses Parlament zugrunde gehen zu sehen. Träger dieses Zugrunderichtens können freilich nicht die Sozialdemokraten sein. Denn selbst wenn die Sozialdemokraten zwanzig Mann stark wären, also allein Dringlichkeitsanträge stellen könnten, so würde die Tatsache, daß das Parlament durch die sozialdemokratische Obstruktion gehemmt würde, doch nicht anders empfunden werden denn als eine mechanische Störung des Parlaments, die natürlich nach Abhilfe schreien würde und gegen die sich trotz aller Zersplitterung die bürgerlichen Parteien noch immer zusammenfinden würden.

Wenn man die Frage, die Winarsky angeschnitten hat, objektiv betrachtet, so wird man die große Aenderung in der Behandlung von Militärfragen nicht übersehen können, die nicht zum geringsten Teil durch die Tatsache hervorgerufen ward, daß es Sozialdemokraten im Parlament gibt. Zum erstenmal

ist meines Wissens in Oesterreich die Bewilligung von Rekruten als eine Tatsache angesehen worden, die das Parlament nicht gutwillig und insbesondere nicht umsonst leistet, nachdem die Sozialdemokraten ins Haus eingezogen sind. Ich glaube nicht, daß *Welsersheimb* jemals so demütig um seine Rekruten winseln mußte als in diesem Jahre, und ich glaube nicht, daß die Militärverwaltung so viel Sorge tragen mußte, die Anschauungen, Wünsche und Stimmungen des Parlaments zu berücksichtigen, als es diesmal geschehen ist. Es ist nicht nur mit den Sozialdemokraten ein Element der Kritik in das Haus eingezogen, sondern die anderen Parteien müssen sich ihrer kritischen Tätigkeit auch anpassen. Wir waren die *Bahnbrecher dieser Kritik*, und allmählich sehen nun auch die feigen Parteien ein, daß die sozialdemokratische Kritik eine nützliche Sache ist, und wenn Sie auch nicht das Feuer so heftig anfachen, eine Laterne zündet doch jeder gern an. (Heiterkeit.)

Wenn wir das feststellen, wird der Vorwurf, der gegen die Fraktion erhoben wird, als eine *aufgelegte Kinderei* erscheinen. Der Vorwurf sagt nichts anderes, als daß die sozialdemokratische Fraktion mit dem Militarismus paktiert, daß sie bereit ist, für gewisse notwendige Forderungen des Militarismus, die ebenso notwendig für das Gefüge des Militarismus sind als für das Volk, dem Militarismus das zu geben, was er zu seiner augenblicklichen Fristung bedarf. Hier handelt es sich aber doch *nicht um den Text* eines zufälligen Antrages, sondern vor allem um die *Absicht*, die gewaltet hat. Wenn nun jeder von diesen zehn Abgeordneten aufsteht und sagt: „Du hast mich mißverstanden. Es fällt uns gar nicht ein, Soldaten zu bewilligen. Es hat sich nur der Fall ereignet, daß sich die Verweigerung bestimmter Forderungen in Form eines Bewilligungsantrages präsentiert hat. Aber es würde uns nicht einfallen, dem Militarismus auch nur einen Mann zu bewilligen" — ich glaube übrigens nicht, daß das vorweg so ganz richtig wäre —: da ist es doch geradezu kindisch, wenn der Kritiker dabei bleibt: „Was du willst, was du tust, was du meinst, ist gleichgültig. Entscheidend ist der Text des Antrages." Das heißt doch mit Gewalt Kompromißlust irgendwo hintragen, wo sie gar nicht vorhanden ist. (Beifall.)

Die entscheidende Frage ist doch die: *Hat die Fraktion Soldaten bewilligen wollen oder nicht?* Stellen Sie sich vor, wie die Situation bei uns wäre, wenn sie *normal* wäre. Der Minister würde ein Gesetz einbringen, in dem er 71.000 Soldaten verlangt. Die Sozialdemokraten würden das Gesetz bekämpfen und bei der zweiten Lesung würde der sozialdemokratische Redner sagen: Wir bewilligen keine Soldaten, aber wenn schon Soldaten bewilligt werden sollen, so verlangen wir, daß nicht *mehr* Soldaten bewilligt werden. Ich beantrage also, daß die Ziffer von 71.000 auf 59.000 reduziert werde. Könnte dann jemand kommen und sagen: Da hört sich doch alles auf, die Sozialdemokraten haben der Regierung *angeboten, ihr Rekruten zu bewilligen?* Jeder würde begreifen, daß der Verband da nichts tun wollte, als die *Mehr*belastung verhindern! Er hat nicht der Regierung Rekruten bewilligen wollen, sondern er hat die bürgerlichen Abgeordneten vor die Frage gestellt, ob sie nicht bloß Rekruten bewilligen, sondern auch: ob sie mehr Rekruten bewilligen wollen. Glauben Sie, daß Bebel in den Kommissionen des Reichstages nicht auch oft beantragt hat, eine Forderung zu streichen oder eine niedrigere Ziffer einzusetzen, sei es für ein Schiff oder für eine Festung oder für eine neue Waffe? Glauben Sie nicht, daß es töricht wäre, zu sagen, er hat beantragt, diese Forderung zu streichen, also hat er implicite — der reine Staatsanwaltston (Heiterkeit) — beantragt, die Forderung zu bewilligen? Und glauben Sie, daß sich etwas daran ändern kann, wenn sich der Text des Paragraphen ändert, wenn die Fraktion durch Umstände gezwungen wird, anstatt zu beantragen, daß die Ziffer 71.000 in 59.000 geändert werde, zu beantragen, daß 59.000 Mann bewilligt werden? *Ich sehe gar nicht ein, daß die Fraktion diesen Antrag zurückziehen mußte*, und daß die Fraktion die Zurückziehung beschlossen hat, scheint mir noch lange kein durchschlagender Grund zu sein. Die Fraktion war von einem richtigen Standpunkt ausge-

gangen und ist dann plötzlich wankend geworden. Die Fraktion ist doch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Bewilligungen für den Militarismus auf das niedrigste mögliche Maß eingeschränkt werden. Das haben Sie in dem einen Dringlichkeitsantrag beantragt. Aber Schuhmeier sagt: Das haben wir nicht notwendig gehabt, denn der Mann, der alles macht, auch für die Sozialdemokratie (Heiterkeit), der Skene, der hat es besorgt. Aber ich glaube nicht, daß es möglich ist, die Aktionen des Verbandes durch den Skene besorgen zu lassen, wobei ich noch bemerken möchte, daß der Antrag Skene und unser Antrag gar nicht dasselbe waren. Der Skenesche wollte nur die Einreihung der neuen Rekruten vertagt haben, der unsere wollte ihre Bewilligung aufheben. (Zustimmung.) Ich mache Sie nur kurz darauf aufmerksam, daß zwischen Ihrem und dem Skeneschen Antrag doch ein Unterschied besteht.

Die Vorlage der Regierung ist in der „Arbeiter-Zeitung" abgedruckt worden und nun sollen sich die Weisen der Gesetzgebungstechnik den Kopf zerbrechen, wie es die Fraktion hätte anstellen können, die Bewilligung vom Februar rückgängig zu machen. Die Bekämpfung des Militarismus „an der Wurzel" (Heiterkeit) ist ja sehr bequem. Aber ich glaube, nichts tut dem Militarismus weniger weh, als wenn man nur gegen seine Wurzel Krieg führt. (Heiterkeit und Beifall.) Wenn man das Abgeordnetenhaus vor die Frage stellt, ob es die Rekruten überhaupt bewilligen oder nicht, so wird nicht Verlegenheit die Wirkung des Antrages sein, sondern allgemeine Verblüffung über eine Lächerlichkeit, deren sich sozialdemokratische Abgeordnete sonst nicht schuldig zu machen pflegen. Ich glaube, die prinzipienfestesten Genossen hätten das nicht begriffen, wenn die Fraktion nur den Antrag eingebracht hätte, die Bewilligung der Rekruten rückgängig zu machen. Sie würden damit die bürgerlichen Klassen nicht in Verlegenheit setzen, sondern sie würden durch derartige abgeschmackte Anträge ihnen nur über die Verlegenheit hinweghelfen. (Beifall.)

Der Militarismus ist eine Fülle von Erscheinungen und Tatsachen von einem so beängstigenden Druck auf unsere Welt, daß er sich mit einigen allgemeinen Schlagworten nicht bekämpfen läßt. Hat doch so ein Mensch, der sonst erschauert, wenn man ihm mit alten Zitaten kommt, als man ihm aus Engels nachwies, wie Engels darüber dachte, gesagt: Das gilt nicht mehr! (Heiterkeit.) Sonst sind Sie ja der Ansicht, daß die Theorien wie die Weine besser sind, je älter sie sind. (Heiterkeit.) Der Militarismus muß vor allem entwurzelt werden in den Parteien und Klassen, die ihn tragen. Er muß vor allem die Rückendeckung verlieren, die er an der bürgerlichen Welt besitzt. Und das ist in Oesterreich ungleich schwieriger als in anderen Staaten. Denn dieses merkwürdige Oesterreich bringt es mit sich, daß die Bewilligung von Rekruten nicht bloß als eine Notwendigkeit erscheint, deren sich eben die bürgerliche Welt nicht zu entziehen vermag, sondern daß sie als eine Opfertat für das Volk empfunden wird. In dem Augenblick, wo die Ungarn gegen diese schwarz-gelbe Armee anrücken, wird diese nicht mehr als ein Element der Unterdrückung, nicht einmal mehr als eine harte Notwendigkeit empfunden, sondern als der lauterste und hehrste Ausdruck des Patriotismus. Sie werden es das nächste Jahr noch deutlicher sehen, wie diese Rekruten mit Begeisterung bewilligt werden, weil sie als eine Deklaration des Oesterreichertums empfunden werden. Wenn man da dem Militarismus an den Leib rücken will, so muß man mit den Dingen kommen, die in der bürgerlichen Welt bei aller Begeisterung doch als unmittelbare Opfer begriffen werden. Sie werden keinem bürgerlichen Abgeordneten einen Wähler abnehmen, wenn Sie ihm nachweisen, daß er für die Bewilligung von Rekruten gestimmt hat, wohl aber, wenn Sie ihm nachweisen, daß er nicht bloß die normale Zahl bewilligt hat, sondern über die normale Zahl aus frivolen Gründen hinausgegangen ist. Dieser Beweis ist entschieden ein sehr unangenehmer für die bürgerlichen Abgeordneten und als solcher auch für den Militarismus. Man muß den Militarismus dort packen, wo seine schwächsten Seiten sind. Dabei muß man natürlich immer auch seine Schädlichkeiten nachweisen, aber daß die Kritik der Sozialdemokraten sich nur auf ihn als einen

unabsplitterbaren Block beschränken sollte und nicht vielmehr die Aufgabe hätte, diesem Block Abbruch zu tun, ist eine Anschauung, von der ich nicht wünsche, daß sie allgemein werde, denn sie würde unseren Abgeordneten die Waffen entwinden, die den Militarismus heute wohl die unangenehmsten sind.

Nach der Logik, die wir heute gehört haben, würde die Fraktion bei der nächsten Bewilligung von Rekruten nicht mehr berechtigt sein, den Antrag auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit zu stellen: das hat Winarsky mit herzerfrischender Naivität ausgesagt. Wozu im September den Nachweis führen, der schon im Februar geglückt ist? Welche Torheit von unseren Abgeordneten, sagt er, diesen Beweis im September erneuern zu wollen, daß die bürgerlichen Abgeordneten gegen die zweijährige Dienstzeit sind, wenn das schon im Februar bewiesen wurde! Auf diese Weise könnten wir allerdings mit dem Bürgertum rasch fertig werden. Wir könnten alle Beweise auf einmal führen. Wir beantragen das allgemeine Wahlrecht! Die bürgerlichen Abgeordneten lehnen es ab! Wir beantragen die Preßfreiheit, die Abgeordneten lehnen sie ab u. s. f. Da haben wir dann für alle Ewigkeiten den Beweis geführt, wie verrottet sie sind. (Lebhafte Heiterkeit.) Das war sonst das Kennzeichen der deutschen Professoren, daß sie alles einmal bewiesen haben und sich später immer nur darauf berufen haben: Auf Seite 237 habe ich das schon bewiesen! Am soundsovielten Februar 1903 wurde der Beweis geliefert, daß das Parlament volksfeindlich ist und die zweijährige Dienstzeit nicht will. (Lebhafte Heiterkeit.) Für die Sozialdemokratie ist die Sache erledigt. (Heiterkeit. Abgeordneter Eldersch: Intabuliert!) Sie begreifen, daß es doch nicht möglich ist und nicht nützlich, den Kampf gegen den Militarismus auf diese Weise zu führen.

Wenn Sie warten wollen, bis der Minister kommt, der von Ihnen die erneuerte Bewilligung der dreijährigen Dienstzeit fordert, damit Sie dann diese ablehnen können, und wenn Sie meinen, daß die Offensive gegen den Militarismus bis zu jenem Entscheidungstage vertagt werden soll, so werden Sie damit erreichen, daß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in Sachen des Militarismus in ein paar mehr oder weniger wohlgesetzten Reden bestehen wird. Sie werden damit aber nicht das bewirken, wovor dem Militarismus am meisten graust, nämlich vor der Entscheidung der Tatsache, daß er nicht einmal jene Entwicklungsfähigkeit besitzt, die er überhaupt und schon für sich selbst braucht. Daß die zweijährige Dienstzeit gegen unser Programm ist, werde ich, solange mir nicht schlüssigere Beweise als die von Winarsky gelieferten gegeben werden, bezweifeln. Deshalb war es überflüssig, jenen Antrag zurückzuziehen, und es war überflüssig, den anderen Antrag zu stellen. Aber das sind Kleinigkeiten. Man kann einer Fraktion vorwerfen, sie habe nicht die richtige Einsicht, nicht die richtigen Einfälle, auch nicht die nötige Schlagfertigkeit. Aber wenn sich alle Anwürfe auf die zwei Fälle reduzieren, mit denen Winarsky operiert, von denen der zweite der ist, daß ein Abgeordneter einmal auch ein menschliches Bedürfnis gehabt hat und nicht in dem Augenblick im Saal war, als der Abgeordnete Böheim seinen Antrag stellte (Heiterkeit), so scheint mir das zu einer prinzipiellen Kritik, wie sie Winarsky will, doch lange nicht ausreichend zu sein.

Sie haben gesehen, daß mit dem Antrag nichts weiter bezweckt wurde, als die Forderungen des Militarismus zu reduzieren auf die Größe, die auch der bürgerliche Verstand einzusehen vermag. In der bewilligten Rekrutenzahl steckt auch die Zahl von 4000 Mann mehr für die Landwehr. Es ist unzweifelhaft, daß diese Vergrößerung nur bewilligt wurde in der Meinung, daß auch eine Vergrößerung der Honved erfolgen werde. Man hat diese Rekruten eingereiht, weil sich die Chiarische Klausel nicht auf sie bezieht. Aber diese Einreihung ist ganz bestimmt gegen Treue und Glauben geschehen und stützt sich nur auf eine Lücke im Gesetz. Ich frage Sie aber, was Sie gesagt hätten, wenn die Fraktion es nicht versucht hätte, dem Moloch diese 4000 Rekruten zu entreißen, wenn sie sich bloß begnügt hätte, die Abschaffung des Militarismus zu verlangen. Dann hätte sich, so will ich hoffen, gewiß jemand

gefunden, der erklärt hätte: Die Fraktion macht sich ihre Arbeit verflucht bequem. Statt sich in dieses Labyrinth von Gesetzestexten einzulassen und eine Entwirrung zu versuchen, lassen die Abgeordneten zwei schöne Reden los und glauben, damit genug getan zu haben.

Es ist mir zweifellos, daß die Fraktion den Weg eingeschlagen hat, den sie nach der Natur der Sache einschlagen mußte. Ich will auch feststellen, daß der Unterschied zwischen Februar und September nicht darin besteht, daß die „Arbeiter-Zeitung“ über die Aktion im Februar schlecht berichtet hat, über die andere gut, sondern darin, daß im Februar die Paragraphen des Antrages nicht abgedruckt wurden. Man soll kleinen Kindern nicht Messer und Gabel in die Hand geben und man soll dem Genossen Winarsky keinen Gesetzestext in die Hand geben. (Lebhafte Heiterkeit.) Er liest da das Wörtchen „bewilligt“, und schreit gleich: Die Sozialdemokraten haben die Minister kniefällig gebeten, doch die Rekruten von ihnen anzunehmen. (Heiterkeit.) Das Wort „bewilligt“ mag sozialdemokratischen Ohren unangenehm klingen. Aber unsere Genossen hätten natürlich lieber den Antrag gestellt, die vorgeschlagene Ziffer abzuändern: aber das war hier bei der Struktur des Gesetzes absolut unmöglich. Ich muß Ihnen da übrigens mitteilen, daß die Tatsache, daß wir zum normalen Rekrutenkontingent überhaupt Abänderungsanträge stellen können, eigentlich ein Erfolg von uns, und zwar des Abgeordneten Schuhmeier ist. Denn die Meinung der Regierung und der Parteien ging dahin, daß Abänderungsanträge, die sich auf die allgemeine Struktur des Wehrgesetzes beziehen, hier überhaupt nicht gestellt werden können. Was also der Fraktion zum Vorwurf gemacht wurde, ist also eigentlich nichts anderes, als daß sie sich mühselig ein Stück Feld erkämpft hat, um von dort aus gegen den Militarismus operieren zu können.

Ich will ja nicht zweifeln, daß der Kriegsminister die Sozialdemokraten außerordentlich schätzt, aber warum ihm gerade daran liegen sollte, zu der Dreiviertelmajorität, die er hat, noch die zehn Sozialdemokraten zu bekommen, ist nicht einzusehen. Wenn er nicht mit Winarsky einen geheimen Pakt geschlossen hat, um die zehn Leute zu kompromittieren (Heiterkeit), so werden Sie begreifen, daß es ihm gleichgültig ist, ob die Sozialdemokraten für das Gesetz stimmen oder nicht. Und daß die Sozialdemokraten wieder für die Rekruten stimmen, wenn der Minister sie nicht braucht, ist, selbst wenn man das Böseste von ihnen annehmen will, denn doch nicht von ihnen zu erwarten. (Heiterkeit.) Die Situation ist gewiß nicht so, daß die Bewilligung des normalen Rekrutenkontingents oder einer mäßigen Erhöhung jemals in unserem Parlament in Frage kommen würde. Es ist doch dort außer unseren zehn Abgeordneten nicht *ein* Mann, der den Militarismus prinzipiell verwirft.

Eines ist wahr: diese Aktion stellt sich *nachträglich* als vollständig *überflüssig* heraus. Wenn man das vorher gewußt hätte, hätte man sie sich erspart. Aber man hatte es nicht gewußt und konnte es auch nicht wissen. Daß eine Aktion mißglückt ist, ist kein Beweis dafür, daß sie schlecht angelegt, noch weniger ein Beweis dafür, daß sie prinzipiell verfehlt war. Wenn es unerlaubte Opportunitätspolitik ist, eine Aktion nach dem Erfolg einzurichten, so ist es wohl auch ein unerlaubtes Abgehen vom Prinzip, eine Aktion nur nach dem Ausbleiben des Erfolges zu beurteilen. Es ist nicht möglich, im Abgeordnetenhause vorauszusehen, wie die Verhältnisse am nächsten Tag sein werden. Ich traue mir zu, vielleicht das nächste Jahrhundert für Oesterreich vorauszusagen, aber den nächsten Tag vorauszusagen, das wäre mutwilliger Leichtsinn. (Heiterkeit.) Die Fraktion konnte annehmen, daß das Haus die Vorlage, die es bewilligen wollte, sofort in Arbeit nehmen werde. Dann wäre die Aktion des Verbandes nicht erfolglos gewesen, sondern sie hätte sich *als ein Schnitt in das lebendige Fleisch des Militarismus erwiesen.*

Sie brauchen der *Fraktion kein notdürftig zugekleistertes Vertrauensvotum zu geben*, sondern wir können alle ehrlich bekennen: *Sie hat wirklich auch in dieser Frage ihre Pflicht erfüllt.* (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Schrammel** verliest neu angekommene Begrüßungstelegramme von: Comité der revolutionären ukrainischen Partei, Lokalorganisation Bischofteinitz, Lokalorganisation Klattau, Redaktion des „Prävo Lidu", Lokalorganisation Villach, Schneiderfachverein Kolomea, Lokalorganisation Znaim, Hutarbeiter Budapest, Genossen in Heidenreichstein, Schneiderverein in Lemberg, Genossen aus Knin (Dalmatien), Volksversammlung Tarnow, Sozialistische Jugend in Lemberg, Bezirksorganisation Lilienfeld, Genossen in Freiberg, Organisierte Holzarbeiter aus Spalato, Redaktion des „Sozialiste" (Spalato), Parteivertretung von Dalmatien, Genossen aus Spalato, Schuhmacherorganisation Spalato, Bauarbeiter Spalato, Kleinbauern aus Spalato, Politische Organisation Spalato, Steinarbeiterorganisation Spalato, Organisation von Rimburg, Arbeiter-Bildungsverein „Brüderlichkeit" in Lemberg, Organisation von Strakonitz, Jugendliche in Brünn, Schormann (Budapest), Arbeiter-Bildungsverein „Wahrheit" in Budapest, Handlungsgehilfen in Kolomea, Organisierte Talleseweber Kolomea, Organisierte Arbeiter Kolomea.

Vorsitzender **Tomschik** schließt hierauf die Sitzung.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Němec:** Das Wort erhält als Berichterstatter der Mandatprüfungskommission

Vaněk: Die Kommission hat ihre Arbeiten beendet und festgestellt, daß **140** Delegierte anwesend sind: 14 Mitglieder der Parteivertretung und 8 Abgeordnete ohne Mandat, dazu 114 Delegierte mit Mandat. Die Mandate sind nicht in allen Fällen regelrecht ausgefertigt. Die Mandatprüfungskommission ist der Meinung, daß für die Zukunft eine allgemeine Regel festgestellt werden muß. Für diesmal hat sie die Mandate anerkannt, auch wenn sie nur auf brieflichen Mitteilungen der Wahlkreise beruhen. Vier Mandate konnten nicht anerkannt werden, die Kommission empfiehlt dem Parteitag aber, auch in diesem Falle eine Ausnahme zu machen und die Sache durch feste Normen zu regeln. Es handelt sich um die organisierten Schuhmacher, Bäcker, Müller und Handelsangestellten, die wohl Industriegruppen sind, aber keinen Verband haben. Nach Nationen stellt sich der Parteitag folgendermaßen dar: 74 Deutsche, 39 Tschechen, 15 Polen, 6 Ruthenen, 3 Italiener und 3 Slovenen. Ein Delegierter, Genosse Giuseppe Lazzarini aus Albona (Istrien), soll noch kommen. Zu bemängeln ist auch, daß die Wahl der Delegierten nicht nach einem einheitlichen Modus erfolgt. Die Mandatprüfungskommission behält sich vor, später einen Antrag zur Regelung dieser Dinge vorzubringen.

Zur **Geschäftsordnung** hat sich gemeldet:

Seliger (Teplitz): Zu dem Bericht der Mandatprüfungskommission habe ich eigentlich nichts zu reden. Doch möchte ich eine Angelegenheit vorbringen, weil sie mir im Interesse des Ansehens des Parteitages nötig erscheint. Aus dem III. böhmischen Wahlkreis Tachau-Mies sind zwei Delegierte erschienen, Fieth und Dr. Stark. Ich bin in Kenntnis gelangt, daß Genosse Stark, der nicht in diesem Wahlkreis wohnt und auch keiner dortigen Organisation angehört, sondern im IV. böhmischen Wahlkreis wohnt, wohl ein Mandat übertragen bekam, doch in einer Form, die nicht der Würde des Parteitages und des III. Wahlkreises entspricht. Er hat dieses Mandat erlangt gegen die Zusicherung, daß er die Kosten der Delegierung aus eigener Tasche zahlt. Auf diese Weise sollen Mandate nicht zustande kommen. Es scheint mir, als sähe das aus wie das Kaufen eines Mandats. Wenn ich auch für die Anerkennung des Mandats Stark bin, so möchte ich doch eine Aeußerung

des Parteitages gern herbeiführen, daß diese Art des Erlangens von Mandaten ganz ungehörig ist.

Hueber (Wien): Ich begreife die Einwendung des Genossen Seliger vollkommen. Aber wenn man die Verhältnisse in Westböhmen kennt und weiß, daß dort die Organisationen arm sind und keine Mittel haben, um Delegierte zu entsenden, so halte ich es für kein Verbrechen, wenn ein Genosse sich auf eigene Kosten delegieren läßt und der Organisation die Kosten erspart. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Böhmen bitte ich, das Mandat Stark nicht anzufechten.

Fieth (Staab): Die Angelegenheit geht unseren Wahlkreis an. Wir sind darauf angewiesen, Referenten aus dem IV. oder V. böhmischen Wahlkreis heranzuziehen. Ich bin im ganzen Wahlkreis der einzige, auf dem die Last der Arbeit ruht, ich bin Redakteur, Administrator des Blattes, Expeditor, Agitator des Wahlkreises und alles miteinander. Genosse Stark ist der einzige, der uns aushilft, und zwar stets unentgeltlich. Er ist uns sehr willkommen, wenn er bei uns einspringt. Arbeiter, die in der Arbeit stehen, können wir aus unserem Bezirk wegen unserer Unternehmer nicht entsenden. Dann haben wir auch nicht die Mittel dazu, um zwei Delegierte auf Wahlkreiskosten entsenden zu können. Nun glaubten wir den Dr. Stark entsenden zu können. Wir haben das im Wahlkreisausschuß besprochen, haben den Beschluß an die Bezirksorganisationen geleitet, und diese haben ihn anerkannt. Ich weiß nicht, warum man gerade gegen dieses Mandat so auftritt. Ich bin überzeugt, wenn man prüft, wird man auf dem Parteitag Mandate finden, die unter ganz anderen Umständen zustande gekommen sind.

Vorsitzender: Ich muß die letzte Aeußerung des Genossen Fieth zurückweisen, so vage Behauptungen sind nicht angebracht. Genosse Fieth könnte gewiß keine bestimmte Tatsache anführen.

Pernerstorfer: Ich möchte Ihnen doch empfehlen, da sehr vorsichtig zu sein. Es geht uns gar nichts an, ob ein Genosse zum Beispiel in Rumburg wohnt und doch aus Spalato delegiert wird. (Ohorufe.) Wir haben nur zu prüfen, ob die Entsendung gemäß den Vorschriften erfolgt ist! Ob diese Entsendung auf eigene Bewerbung oder mit selbständiger Bezahlung der Kosten erfolgt, haben wir nicht zu untersuchen. So viel Autonomie müssen wir den Wahlkreisen überlassen.

Skaret: Es ist nicht der erste Parteitag, der sich mit dieser Frage befaßt. Wir haben in Brünn darüber eine sehr lange Debatte gehabt und sind zur Ueberzeugung gelangt, daß es nicht opportun ist, daß wir eine derartige Bestimmung treffen, die für alle Zeiten die Uebertragung der Mandate an auswärts Wohnende unstatthaft erscheinen läßt. Heute müssen wir es dem Wahlkreis überlassen, mehr oder minder verdiente Genossen mit Mandaten zu betrauen. Würden Sie heute mit Stark eine Ausnahme machen, so käme noch eine Reihe von anderen Mandaten in Betracht. Wir haben nicht das mindeste gegen diesen Vorgang im III. böhmischen Wahlkreis einzuwenden.

Vorsitzender: Ein bestimmter Antrag wurde in dieser Sache nicht gestellt. Ich schreite zur Abstimmung über den Antrag der Mandatprüfungskommission. (Angenommen.) Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

Das Wort zum **Parlamentarischen Bericht** erhält Genosse

Prähauser (Salzburg): Dieser Punkt hat jedes Jahr Anlaß zu mehr oder minder heftigen Debatten gegeben. In der Partei sind eben noch immer Genossen, die auf jedem Parteitag drängen und stürmen, obwohl die Tätigkeit unserer Genossen voll und ganz anerkannt werden muß und ihnen in Tausenden Versammlungen der Dank ausgesprochen wurde. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir nicht das Recht hätten, sie vorwärts zu drängen. Am Aussiger Parteitag hat man sich darüber aufgehalten, daß die Abgeordneten mit Herrn v. Koerber so schonend vorgegangen sind. Heute sind selbst sie und sogar unsere Genossen in der „Arbeiter-Zeitung“ auf dem Standpunkt, daß an Koerber nichts dran ist. Wir haben schon früher gesagt, er ist das

Muster des österreichischen Ministers, skrupellos nach unten und rückgratlos nach oben. Manche Genossen stimmen in der Militärdebatte mit dem Genossen Austerlitz nicht überein. Damals, im September, hat man es in der „Arbeiter-Zeitung“ anders gelesen und darum haben in der Provinz viele Genossen kopfschüttelnd gesagt: „Da habt ihr einmal daneben gegriffen.“ Bei aller Rhetorik kann dieser Eindruck nicht verwischt werden. Wir tragen selbstverständlich niemandem etwas nach, aber wir wünschen, daß in Zukunft im Parlament mehr darauf losgegangen und etwas weniger staatsmännisch überlegt wird.

Vorsitzender: Es ist noch folgender Antrag des III. steirischen Wahlkreises (Weirelberger und Genossen) eingelaufen:

> Dem Sozialdemokratischen Verband wird für seine Tätigkeit, insbesondere für das Eintreten seines Vertreters im Budgetausschuß für die Wünsche der Tabakarbeiterschaft, das vollste Vertrauen ausgesprochen und selber, respektive sein Vertreter im Budgetausschuß wird ersucht, für die Durchführung der im Monat August laufenden Jahres eingereichten Petition der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen ganz Oesterreichs betreffs Regelung der unwürdigen Pensionsverhältnisse an die Generaldirektion der Tabakregie einzutreten.

Rudolf **Beer** (Wien): Ich bin mit der Haltung des Verbandes vollkommen einverstanden, dennoch wollen wir uns das Recht der Kritik nicht nehmen lassen. Nicht in allen Fragen hat der Verband jene Präzision bekundet, die wir von sozialdemokratischen Abgeordneten erwarten. Ich erachte es nicht als parteigenössisch, wenn man jemandes Kritik mit dem Worte Nörgelsucht oder mit hämischen Bemerkungen abtut. Hannich hat schon darauf hingewiesen, daß die Kulturforderungen der Investitionen für lange Zeit höchst unfruchtbare Ausgaben bedeuten und daß große Summen zur Bedeckung nötig sein werden. Da muß man fragen, ob die Fraktion ohne Vorbehalt derartige große Summen bewilligen darf, ohne sich darüber auszusprechen, wer die Mittel dazu bezahlen wird. Es herrscht ja auch nicht volle Klarheit, ob es sich da um Kulturausgaben handelt. Die Regierung hat die ganzen Investitionen als nichts anderes betrachtet wie als ein Abführmittel gegen die Obstruktion, das — wie alle derartigen Mittel — nur einmal wirkte und dann versagen mußte. Das Wichtigste ist bei allen Forderungen stets die Deckungsfrage. Kulturausgaben, die dem Kapitalismus zugute kommen und dem Proletariat keine Kompensationen bieten, finden im Proletariat auch nur wenig Anklang. (Neumann: Wir waren ja alle dafür.) Nein, wir waren nicht dafür, wir waren höchstens nicht dagegen! Die Fraktion hätte rücksichtslos fragen sollen: Wer wird die Kosten zahlen? Wenn die Regierung Millionen- und Milliardenanleihen begehrt, dann kann sie unsere Abgeordneten beim Schopf nehmen und sagen, die Investitionen bewilligt ihr und die nötigen Mittel hierzu nicht! Die Haltung in der Rekrutenbewilligung wurde von Schuhmeier verteidigt. Aber die Verteidigung war nicht durchschlagend. Er hat erklärt, niemand könne der Fraktion zumuten, daß sie je Rekruten bewillige. Ja, aber kann man denn einen Antrag auf zweijährige Dienstzeit stellen, ohne dazu die Rekruten zu bewilligen? Schuhmeier ist sich selbst mehr Respekt schuldig, er sollte solche Argumente nicht gebrauchen. Schuhmeier meinte, er habe den Antrag aus agitatorischen Gründen gestellt, wir sollten die Bürgerlichen schuldig werden lassen. Schuhmeier hat uns da als Wauwau den Bauchinger aus dem Landtag hereingebracht. Schuhmeier ist im Irrtum. Abgeordnete, die ohne zu zucken in die Verteuerung unserer wichtigsten Lebensmittel einwilligten, diese hartgesottenen Sünder werden sich nicht genieren. Unsere Abgeordneten überschätzen also diese Herren. Für uns steht die Sache so: Ist der Antrag auf zweijährige Dienstzeit eine sozialdemokratische Forderung? Die glänzenden Attacken, die Schuhmeier und Daszynski gegen den Militarismus gerade in dieser Parlamentsdebatte unternahmen, müssen wir als großartig anerkennen. Aber ich glaube, daß all das nicht hinreichte, um jene Erfolge zu erzielen, die später die ungarischen Oppositionsparteien durchsetzten. Auch die Abschaffung des Anbindens und der schweren Strafen ist ihnen vor allem zu danken. Die bürgerliche Opposition in Ungarn kann

auch unseren Abgeordneten als Beispiel dienen! Ich habe keine Begeisterung für den ungarischen Reichstag, aber diese Opposition mußte uns Respekt einflößen. Die zweijährige Dienstzeit ist keine sozialdemokratische Forderung. Sie sieht verlockend aus, gilt für eine Herabsetzung des Kontingents. Ich bin aber überzeugt, daß die Regierung selbst einen derartigen Antrag noch stellen wird und die bürgerlichen Parteien bereit sind, ihn anzunehmen. Das ist also auch kein agitatorischer Stoff. Die Regierung wird im Falle der Einführung der zweijährigen Dienstzeit nur wieder neue Militärlasten begehren. Auch mit den Soldaten mit zweijähriger Dienstzeit wird bloß der Klassenstaat geschützt werden. (Hueber: Beer, du verdirbst uns viel!) Ich glaube auch nicht wie Genosse Schulz, daß wir mit der zweijährigen Dienstzeit der Volksbewaffnung näher kommen. Die zweijährige Dienstzeit wird vielmehr die Schaffung eines berufsmäßigen Unteroffizierskorps hervorrufen. Aus dem Unteroffizierskorps entwickeln sich dann die Militäranwärter, die viele Zivilisten von einer Reihe von Stellen bei öffentlichen Aemtern ausschließen. Ich gebe zu, daß in der Form, wie unsere Genossen den Antrag stellten, eine Stärkung des Militarismus unmöglich war. Winarsky aber hat sich ein Verdienst erworben, daß er festnagelte, daß in dem Moment, wo unsere Parteigenossen solche Anträge selbst stellen, sie damit eine verschämte Anerkennung des Militarismus geben. Wenn auch ein solides Mädchen mit der Kavallerie kokettiert, so ist es seine stille Sehnsucht nach intimerer Bekanntschaft, selbst wenn es sonst aufs Militär schimpft. (Heiterkeit.) Genosse Austerlitz hat sogar Bebel als Zeugen aufgerufen. Die Aufrufung Bebels ist hier gar nicht am Platze, denn gerade Bebels glänzende Reden gegen den Militarismus und für die Volkswehr entheben ihn des Verdachtes, derartigen Meinungen nahezustehen. Die Verweigerung aller Mittel für den Militarismus ist das Wirksamste zu seiner Bekämpfung. Gegenüber einer Regierung, die kein ordentliches Wahlrecht geben will, gegenüber einem verrotteten Privilegienparlament dürfen wir in unserem unerschütterlichen Grundsatz: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ nicht irre werden. Sehr viele Genossen danken dem Genossen Winarsky für sein Eingreifen.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag von Genossen Schäfer eingelaufen:

> Der Gesamtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verband für seine Tätigkeit und seine Haltung im Parlament das vollste Vertrauen aus.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag Leibfried (Dornbirn) auf Schluß der Rednerliste eingelaufen.

Der Antrag wird angenommen.

Kopač: Ich stelle den Antrag, den vorgemerkten Rednern bloß zehn Minuten Redefreiheit einzuräumen. Wenn die Abgeordneten vielleicht so lange reden wie gestern Genosse Austerlitz, werden wir mit dieser Debatte auch übermorgen noch nicht fertig. (Heiterkeit.) Die Redner wollen sich kürzer fassen und nicht mit Jungfrauen herumwerfen. (Heiterkeit.) Es war gestern schon klar, daß unsere Abgeordneten ganz richtig gehandelt haben.

Der Antrag Kopač wird mit 44 gegen 41 Stimmen angenommen. Doch soll einzelnen Rednern mittelst Abstimmung des Parteitags eine ausgedehntere Redezeit bewilligt werden.

Abgeordneter **Daszynski:** Genosse Winarsky hat gestern von vornherein seine Position zu verbessern versucht, indem er seine Gegner einzuschüchtern versuchte. Er jammerte: Es werden die Abgeordneten kommen und der Dr. Adler und werden ihn zerfleischen und er, das unschuldige Lamm, muß doch für die Wahrheit Zeugnis ablegen. Aber wenn wir Genossen Winarsky das Recht der Kritik zuerkennen, so müssen wir ihm sagen, daß wir uns auch nicht abhalten lassen, gegen ihn zu sprechen. Was das Wirken der Abgeordneten im Parlament betrifft, so werden Sie außer dem radikalen Streben, das Parlament zu vernichten, auch eine zweite Strömung finden, die jedoch klug und weise ist und niemals auf dem Parteitag zum Vorschein kommt. Denselben Abgeordneten, denen man hier nicht genug Radikalismus predigen kann, kommt man im Parlament mit so opportunistischen und so praktischen Anforderungen

entgegen, daß man kaum begreifen kann, wie man an demselben Tage einen Minister als Verbrecher beschimpfen soll und gleich darauf Arbeiter zu demselben Minister führen soll. Und es sind oft genau dieselben Personen, die einerseits jede Mittäterschaft an der Gesetzgebungsmaschine verpönen, sie immer mit der Wurzel ausrotten wollen und die wieder dann kommen und sagen: Wir brauchen, daß der Minister das oder jenes mache oder unterlasse. Wir leben in einem Staate, dessen konstitutionelle Formen sich in einem Verwesungsprozeß befinden, das wissen wir. Aber zugleich können wir doch nicht zugeben, daß das Proletariat denselben Verwesungsprozeß durchmache. Wir wehren uns dagegen und wir sagen uns: Wenn wir auch aus dem Sumpfe schöpfen, so müssen wir doch aus dem Sumpfe die Mittel schöpfen, um der gesunden, sich entwickelnden Arbeiterklasse zu helfen, und ich mache mir wirklich keine Gewissensbisse, wenn ich deshalb zu einem Minister gehe. Denn der weiß ganz gut, daß er mich nicht kauft, wenn er das erfüllt, was ich von ihm verlange und was eine Forderung der Arbeiter ist. Aber mit radikalen Schlagworten kann man dabei doch nicht gut um sich werfen. Wir könnten nicht einen Monat diese praktische proletarische Politik in Oesterreich treiben, wenn wir uns zur Richtschnur nur die radikalen Losungen Winarskys nehmen würden, wir könnten die praktische Klassenpolitik der Arbeiter in Oesterreich nie vertreten, wenn wir eine andere Politik im Verband getrieben hätten, als wir eben getrieben haben.

Es mag wie Ueberhebung klingen, aber ich sage es doch, daß wir mit der deutschen Fraktion nicht nur den Vergleich aushalten, sondern daß wir, was die praktische Arbeiterpolitik anlangt, ihr manchmal über sind. Die Sozialdemokraten in Deutschland haben eine tausendmal leichtere Politik zu machen, aber sie können auch viel weniger machen. Sie kontrollieren den administrativen Apparat gar nicht, schon deshalb, weil sie nicht in dem Landtage — besonders im preußischen Landtage — sitzen. Sie können nicht einen Dringlichkeitsantrag einbringen, wenn irgendwo ein großer Polizeiskandal vorkommt. Der Angriff der Polizisten auf das Arbeiterheim war schon am nächsten Tage der Gegenstand der Debatte im österreichischen Reichsrat. Das wäre in Berlin nicht möglich. Nur mit Zustimmung des Ministers des Innern könnte dort der Sozialdemokratische Verband im Reichstag einen solchen Antrag einbringen. Die Kontrolle über das ganze Eisenbahnwesen ist im Reichstag ausgeschlossen. Die deutschen Genossen sind der Eisenbahnverwaltung gegenüber ganz ohnmächtig. Wir können den Eisenbahnminister nicht nur giften, sondern wir können ihm auch wirklich unangenehm werden. Ich möchte die radikalen Genossen einladen, sich einmal im Parlament den Wittek anzuschauen, wenn der Dr. Ellenbogen zum Worte kommt. (Heiterkeit.) Eine solche Politik der täglichen Kontrolle des täglichen Lebens der Administration, der täglichen Mißbräuche ist ja gewiß sehr kostbar. Aber mit radikalen Schlagworten werden Sie dabei sehr wenig gewinnen. Man muß eben auch die sachliche Politik betreiben mit Erwägung aller Umstände, die nicht immer von uns abhängen. Denn sonst würde der Radikalismus uns und die Partei nur lächerlich machen. Es ist ja sehr gut, auf dem Parteitag radikal zu sein. Es will ja jeder im Parlament dem Klassenstaat „an die Wurzel“. (Heiterkeit.) Aber bis wir die Axt an die Wurzel des Klassenstaates und des Parlaments anlegen, wie viel Zeit wird bis dahin noch verstreichen müssen! Mit radikalen Losungen und mit der urradikalen Politik, wie sie Winarsky und seine Schüler (Heiterkeit) vorschlagen, werden wir die Zeit gewiß nicht verkürzen. Aus dieser verfassungsmäßigen Stellung des Parlaments erwächst uns diese eigenartige Politik und wir haben keinen Grund, uns dieser Politik zu schämen. Im Gegenteil, wir können ruhig konstatieren, daß wir immer im Einverständnis mit der Partei handeln. Austerlitz hat gestern schon bemerkt, daß es doch nicht angeht, aus der dreijährigen Tätigkeit des Verbandes, die aus Hunderten von Aktionen besteht, herauszugreifen, daß einmal bei einer ersten Lesung einer im Buffet war oder — ich weiß nicht — vielleicht in der Vorhalle des Parlaments eine opportunistische Deputation von Genossen empfangen hat (Heiterkeit), die von ihm

verlangte, daß er sie zum Minister führe. Winarsky ist nicht so weltfremd im Parlament, daß er das nicht wüßte. Er kommt oft genug hin. (Winarsky: Doch mit keiner Deputation? — Heiterkeit.)

Es wurden nun im ganzen zwei Vorwürfe gegen unsere Taktik erhoben, ich anerkenne, in ziemlich schonender ziviler Form. Da wurde uns vorgeworfen, daß wir nicht hätten für die Investitionen stimmen sollen. Ich weiß nicht, meinen Sie nur die Investitionsvorlage, die nur dem Bau der Eisenbahnen galt, oder aber auch den zweiten Teil der Investitionen, die Wasserstraßen. Ich weiß nicht, seit wann die Sozialdemokraten überhaupt den Mut aufbringen, den Bau einer so wichtigen Verbindung von ganz Mittel- und Nordeuropa mit dem einzigen Hafen dieses Oesterreich als eine Ausgabe zu bezeichnen, die dem Kapitalismus dient, der Arbeiterschaft nicht. Ich frage Sie, seit wann es in unseren Reihen Mode ist, die Ausgaben für Kanäle und Wasserstraßen als etwas zu betrachten, wogegen Sozialdemokraten stimmen sollten. (Beifall.) Da muß ich Ihnen nun sagen: Wir haben nicht nur nicht dagegen gestimmt, sondern wir haben geschlossen dafür gestimmt (Beifall) und wir haben das nicht etwa geheim gemacht, sondern ganz offen in vollster Eintracht mit der gesamten Partei. Ich will Ihnen ganz kurz auseinandersetzen, warum wir das getan haben, ohne in die Abgeschmacktheit zu verfallen, Ihnen den Nutzen der Kanäle und der Eisenbahnverbindung mit Triest zu erklären. Aber es waren gerade damals Gründe genug, auch vom proletarischen Standpunkte aus dafür zu stimmen. Die Krise bedroht die ganze Arbeiterschaft. Anstatt nun mit Aushilfen den Notstand zu lindern, haben wir die gesunde Methode der nützlichen und notwendigen Investitionen gewählt. Ich würde es begreifen, wenn ein Delegierter hier aufstünde und sagte: Ihr habt 15 Millionen zur Linderung von Not bewilligt. Das mag humanitär sein, aber das ist keine gesunde, keine sozialdemokratische Politik, obwohl man es wenn auch nicht für modern, so doch für notwendig anerkennen kann, dem verhungernden Menschen ein Stück Brot zu geben. Ich würde dieses Argument vielleicht nicht billigen, aber ich würde doch eher begreifen, wenn man uns diesen Vorwurf machen würde. Aber daß ein Sozialdemokrat sagt, diese nützliche Eisenbahn, diese epochemachende Wasserstraße ist etwas Unnützes, weil sie so schrecklich viel Geld kostet, das kann ich nicht leicht begreifen. Was man für solche kulturelle Zwecke verwendet, das entzieht man dem Militarismus, der dadurch gezwungen wird, sich doch einige Beschränkung aufzuerlegen. Aus welchem Grunde Koerber diese Vorlagen eingebracht hat, geht uns doch nichts an. Haben wir gesagt, daß ein Minister immer nur aus den edelsten Motiven seine Gesetzentwürfe einbringt? Mag er auch aus Demagogie mit der Preßreform gekommen sein, haben wir nicht darnach gegriffen? Mag er auch aus Demagogie uns die Altersversorgung versprochen haben, wir halten ihn beim Wort. Oder haben Sie vielleicht an die Reinheit der Motive Koerbers geglaubt? Mag auch bei allem Guten, was uns die Regierung vorschlägt, noch so viel Demagogie sein, sie wird wie die Spreu vom Korn durch die Kritik des Proletariats weggeblasen werden, damit dem Proletariat nur der Nutzen von den demagogischen Plänen der Regierung bleibe. (Beifall.) Die Politik wird wohl noch lange die Kunst der Lüge bleiben, und wenn wir auch in der Wasserstraßenvorlage einen geschickten Kniff des Koerber erkannt haben, so werden wir deshalb nicht dagegen stimmen, sondern wir werden nur wünschen, er möge jeden Tag mit einem solchen Kniff entgegenkommen. Möge Herr v. Koerber nur seine Demagogie fortsetzen und das objektive Verfahren ganz abschaffen, die Militärzeit verkürzen, die Altersversorgung einführen. (Heiterkeit und Beifall.) Einen solchen demagogischen Minister könnten wir schon ganz gut brauchen. Wir müssen es eben schon mit in den Kauf nehmen, daß der Minister und die Abgeordneten keine Sozialdemokraten sind und die Investitionen doch bewilligt haben. Wir sind vorläufig nur eine kleine Gruppe im Abgeordnetenhause, aber wir haben keinen Grund, uns unserer Tätigkeit zu schämen, und vor allem keinen Grund, uns kleiner zu machen, als wir sind. (Beifall.) Wir können den Vergleich mit jeder parlamentarischen Fraktion, auch mit der Fraktion im deutschen Reichstag, aushalten. (Lebhafter Beifall.)

Damit komme ich zu unserer Stellung dem Militarismus gegenüber. Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen, die schon von Schuhmeier und Austerlitz erledigt wurden. In Militärfragen haben wir — das dürfen Sie nicht vergessen — nicht eine gewöhnliche Majorität gegen uns. Da ist die Majorität eine kompakte Garde der Regierung. Da gibt es nie irgendwelche Meinungsverschiedenheiten in der bürgerlichen Majorität. Es war wirklich unser Verdienst, daß wir es zum erstenmal dazu gebracht haben, daß wir über die Ziffer des Kontingents überhaupt beraten konnten. Wir haben ja auch erst das Recht erringen müssen, im Parlament über die Delegationen zu reden und in einem solchen Tone zu reden, um im ganzen Reiche damit Propaganda zu machen. Es war unser Verdienst, daß wir das noli me tangere der Rekrutenzahl und überhaupt die Verhältnisse beim Militär zum Gegenstand unserer Kontrolle und Kritik gemacht haben. (Beifall.) Selbstverständlich mit der Wurzel haben wir den Militarismus noch nicht vernichtet, aber wir haben ihm schon solche wuchtige Schläge versetzt, daß er es sich merken wird. Freilich müßte dieser Militarismus schon sehr morsch und faul sein, wenn die Kritik von zwei oder drei Jahren ihn umbringen könnte. Aber keine Partei hat jemals in Oesterreich, seitdem das Parlament besteht, so viel mit ihrer Kritik des Militarismus erreicht, wie der Sozialdemokratische Verband in den drei Jahren erreicht hat. (Lebhafter Beifall.) Ich bin auch ein wenig Fachmann auf diesem Gebiete. Nicht als ob ich jemals beim Militär war — ich habe es nicht einmal zum Korporal gebracht, weil ich nicht einen Tag lang die Uniform getragen habe — aber ich habe im Laufe der Zeit die Dinge doch ein wenig kennen gelernt. Wenn ich Ihnen die Briefe von Soldaten vorlesen würde, die uns zujubeln, die konstatieren, daß in den letzten Jahren die Verhältnisse in den Kasernen ganz anders geworden sind, dann würde man uns vielleicht doch mit diesem seichten Radikalismus in Ruhe lassen und gerade in der Angelegenheit, wo wir uns — das kann ich sagen — am bravsten gehalten haben. (Lebhafter Beifall.)

Ich sage Ihnen, es ist heute — trotz aller Nörgelei — so weit gekommen, daß ein Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" oder im „Naprzod" oft schon ausreicht, um Offiziere ins Garnisonsgericht zu bringen. Wir haben im letzten Jahre nicht weniger als zehn Fälle erlebt, wo unsere gewissenhafte Feststellung der Tatsachen einem Offizier seine Charge gekostet hat. Ich will Ihnen da nur ein klassisches Beispiel zitieren. An einem Montag wurde im „Naprzod" ein Militärkaplan im Range eines Hauptmannes, eine sehr angesehene Persönlichkeit, ein Adeliger, beschuldigt, er habe von einem Friseur 200 fl. für die Aufhebung des Militärboykotts verlangt, Dienstag stand der Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" und Donnerstag saß der Herr Kaplan hinter Schloß und Riegel und nach zwei Monaten war er abgeurteilt und degradiert und man veranstaltete heimlich im Offizierskorps eine Sammlung, um ihn über die Grenze, irgendwohin nach der Türkei zu schaffen. Das ist nur ein Beispiel. Aber wir könnten solche Beispiele ein Dutzend anführen. Betrachten Sie nur einmal, wie die Vertreter der Armeeverwaltung im Parlament den Sozialdemokraten gegenüber sprechen. Es ist nicht das Säbelrasseln der früheren Epochen. Der Herr Feldzeugmeister v. Welsersheimb hat uns ja sogar der Liebe der Armee zur organisierten Arbeiterschaft versichert. Nur hat er sich beklagt, daß diese Liebe nicht Gegenliebe finde. (Heiterkeit.) Stolz, wie wir sind, und kalten Herzens haben wir geantwortet, daß wir bisnun keinen Grund zu dieser Gegenliebe haben. Auf alle Anklagen von Selbstmorden und Mißhandlungen im Heere hat man zwei Jahre lang nicht geantwortet, bis man es schließlich mußte unter der Wucht der Beschimpfungen, die Pernerstorfer und natürlich ich, von seinem Beispiel hingerissen (Heiterkeit), gegen Galgoczy geschleudert haben. Sie werden sich erinnern, wie wir die Offiziersgeschichten, die sich hinter den Kulissen abspielten, aufdeckten. Erinnern Sie sich nur an die Geschichte mit dem Oberleutnant Mattachich. Wer war da auf unserer Seite? Der ganze Ring der bürgerlichen Presse war gegen diese Aktion, die Volksbuchhandlung konnte nicht einmal ein Inserat in die „Neue Freie

Presse" einrücken lassen, so hat diese Clique gearbeitet. Hat das etwas genützt? Man mußte den Mann begnadigen und man mußte damit, was für uns das Wichtigste ist, zugestehen, daß die Militärgerichtsbarkeit auch eine verbrecherische Institution werden kann. Der Fall war als Schulbeispiel gedacht.

Und nun raisonnieren Sie: Wenn die Sozialdemokraten die zweijährige Dienstzeit fordern, so fordern sie sie für die Rekruten; sie bewilligen also implicite die Rekruten, wenn sie auch keinen Antrag auf die Rekrutenbewilligung stellen. Der bloße Antrag auf zweijährige Dienstzeit ist schon ein Kompromiß, ein Zugeständnis an den Moloch, weil doch irgend jemand diese zwei Jahre dienen muß. Zu dieser logischen Ungereimtheit führt Ihre Argumentation. Wohin dies führt, werde ich Ihnen an Bebel zeigen, den Sie mit Vorliebe gegen uns anführen. Bebel hat im Reichstag ganz dezidiert gefordert, man möge die grauen Uniformen einführen. Ich glaube, Bebel dachte nicht, daß mit diesen Uniformen Holzpuppen bekleidet werden sollen. (Heiterkeit.) Wo die Uniform ist, ist auch ein Soldat. Wenn er also für die ganze Armee graue Uniformen forderte, hat er ebensoviel Soldaten dem Moloch Militarismus implicite zugestanden, da doch die Uniformen auch gefüllt werden müssen. (W i n a r s k y: Ein gewagter Schluß!) Diese schiefe Ebene, auf der ich bei diesem Schlusse bin, habe nicht ich herbeigeschafft, ich gehe nur in Ihren Fußstapfen, radikal wie Sie. (Heiterkeit.) Es wäre doch komisch, wenn man Bebel daraus den Vorwurf des Opportunismus, der Kompromißsucht machen würde. So zu raisonnieren, daß ein Antrag auf zweijährige Dienstpflicht einfach eine Blamage für die Partei war, ist eine solche Ungeheuerlichkeit, daß man in den Reihen des organisierten kämpfenden Proletariats mit diesem Argument aufräumen muß. Denn wenn Sie uns sagen, daß unsere Gegner unseren Antrag vielleicht gegen uns wenden, so sage ich Ihnen, wir werden uns schon Rat schaffen mit den Gegnern, die solche Argumente gegen uns vorbringen. Wenn wir aber aus den Delegierten zu hören bekommen, daß die zweijährige Dienstpflicht eine Verstärkung des Militarismus bedeutet und daß man dagegen sein soll: wie werden wir dann im Parlament auftreten und die Verkürzung der Dienstzeit nachdrücklich fordern können? Ich glaube aber, eine riesige Majorität wird sich hier gegen diese Anschauung erklären.

Der Militarismus wird auch ohne uns, ja gegen uns mit der zweijährigen Dienstzeit kommen müssen, nicht weil das eine sozialdemokratische Forderung ist, sondern weil sie zu den Notwendigkeiten der kapitalistischen Entwicklung gehört, und wir wollen da nichts, als diesen kapitalistischen Entwicklungsprozeß genau so abkürzen, wie wir ja auch sonst nichts wollen, als die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu befördern und so Geburtshelferdienste der neuen Gesellschaftsform zu leisten. Es ist ganz unsinnig, wenn man sagt: die ganze Gesellschaft wird diese Entwicklung durchmachen und nur wir, die Radikalen, werden abseits stehen und werden uns begnügen, in den Strom der Entwicklung hineinzuspucken. (Heiterkeit.) Das ist ja für eine Handvoll Radikaler eine sehr schöne ästhetische Beschäftigung. (Heiterkeit.) Aber für die Vertreter einer kämpfenden Klasse ist das doch zu wenig. Das ist der Unterschied, und wenn man schon Prinzipien in diese Sache hineinwirft, der prinzipielle Unterschied zwischen unserer Haltung und der, die uns Winarsky vorschreiben will. Aber haben wir denn zum erstenmal solche Anträge gestellt? Im Gegenteil, wir haben immer, wo es sich um wichtige Sachen für die Arbeiter handelte, den fruchtlosen Radikalismus beiseite gelassen, und unsere Dienste, die wir der Partei geleistet haben, waren immer im Einklang mit dem Notwendigsten der Entwicklung der arbeitenden Klassen. Bei den Investitionen und bei den Wasserstraßen haben wir nach gründlicher Beratung mit den Gewerkschaften gewisse Forderungen aufgestellt, unter denen der zehnstündige Arbeitstag war. Nun wird uns Winarsky mit dem Programm in der Hand sehr leicht des Verrates beschuldigen können, denn nirgends steht in unserem Programm: Du wirst für den Zehnstundentag kämpfen. In Hunderten und Tausenden Versammlungen haben wir den Achtstundentag verlangt. Eine ganze Literatur hat uns gezeigt, daß der Achtstundentag sofort einführbar ist. Aber niemand hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß

wir im Wasserstraßenausschuß einen zehnstündigen Arbeitstag durchgedrückt haben. Genau so ist es mit dem Neunstundentag der Bergarbeiter. Wir haben beim Streik die Forderung des Achtstundentages ganz präzise aufgestellt. Aber wir haben diese Forderung verlassen und schließlich haben wir doch für den Neunstundentag gestimmt.

Deswegen kann es nicht als Programmwidrigkeit oder auch nur als taktischer Fehler angesehen werden, was wir bei der Wehrvorlage machten. Noch ein radikales Schlagwort habe ich in der Debatte erwischt. Der Prager Genosse, der gestern sprach, hat von dem „schlichten Arbeiter“ gesprochen, der das nicht gut verstehen würde. Da muß wieder der schlichte Arbeiter herhalten, diese Drahtpuppe, die uns bei allen Kongressen vorgeführt wird, so wie man uns vor zehn Jahren immer die „schwielige Faust“ vorgezeigt hat, wenn man keine anderen Argumente wußte. Gerade der schlichte Arbeiter — und ich komme mit manchen schlichten Arbeitern zusammen, glauben Sie mir — begreift, daß von der dreijährigen Dienstzeit bis zum Milizsystem ein großer Sprung ist. Nicht als ob das siegreiche Proletariat diesen Sprung nicht machen könnte. Aber bei den gegebenen Machtverhältnissen ist dieser Sprung nicht zu machen und am allerwenigsten in Oesterreich. Der schlichte Arbeiter wird es viel eher begreifen, wenn sein Sohn statt drei Jahre nur zwei Jahre in der Kaserne dienen muß, aber er wird nicht begreifen diese Programmtüfteleien, die überdies ganz falsch und ganz unpolitisch sind. (Beifall.) Wenn uns Winarsky und der Genosse aus Prag hundert schlichte Arbeiter aufmarschieren lassen, die für ihn Zeugnis ablegen, so bin ich bereit, ihm tausend herzubringen, die mit unserem Vorgehen übereinstimmen. Aber mit solchen Demagogien sollte man uns doch nicht kommen. Wir haben in allen Versammlungen, wo wir mit dem Volke zusammenkamen, die Billigung und, was noch mehr ist, das vollste Verständnis dieser Taktik gefunden. Daß Winarsky mit uns unzufrieden ist, das ist zwar unangenehm, aber es ist nicht das erstemal und wir werden uns darüber schließlich zu trösten wissen.

Winarsky würde das uneingeschränkte Recht haben, von der Tribüne solche Einwürfe zu erheben, wie er sie erhoben hat, aber unter einer Bedingung, wenn er in dem Prozeß des Werdens unserer Politik nicht so oft um seine geschätzte Meinung gefragt worden wäre. Wir waren durch die Vergangenheit belehrt und haben deshalb einigemal Genossen Winarsky in den Verband eingeladen, er soll uns doch vorpredigen, was wir einmal Vernünftiges tun sollen, und, Genosse Winarsky, Sie sind damals nicht mit lorbeerbekränzter Stirn aus diesem Konventikel im Parlament zurückgekommen. (Heiterkeit.) Sie haben uns damals gesagt, wir sollen die Wahlrechtsfrage anschneiden, wir haben Sie ersucht, uns das genau auseinanderzusetzen. Wir haben Sie genau so behandelt, als ob Sie ein Abgeordneter wären, und haben Sie in den Rat der Opportunisten eingeladen. (Heiterkeit.) Aber Sie waren nicht nur nicht imstande, die Opportunisten zu belehren, sondern es ist Ihnen nicht einmal bei den Mitgliedern der Parteivertretung gelungen. Wenn Sie wollen, werden wir Ihnen noch einen größeren Rat zusammentreiben, aber ich garantiere Ihnen, daß Ihre Politik dort nicht siegen wird. Ihre Politik mag ja sehr bequem sein, aber die Politik wird doch nicht nur durch das bestimmt, was wir wollen, sondern auch durch den jeweiligen Stand der Volksbewegung und der Bewegung der Gegner. In dieser Politik, die so komplizierte Komponenten zu berücksichtigen hat, immer nur mit der leichtesten Phrase, mit der Verlesung irgend einer grundsätzlichen Anschauung zu kommen, das führt zu keinem vernünftigen Resultat. Es ist auch nicht geeignet, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu wecken. Winarsky hat uns Ratschläge in Hülle und Fülle gegeben. Aber noch niemals hat sich ein Rat von ihm als fruchtbar erwiesen. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Genosse Daszynski ist ja jetzt in ziemlich glimpflicher Weise mit mir verfahren. Wäre er der einzige, der gegen mich zu sprechen hätte, so wäre die Einleitung zu meiner gestrigen Rede unnötig gewesen und ich hätte vom Zerfleischen zu reden nicht nötig gehabt. So sehr Daszynski sachlich geblieben ist, so sehr muß ich sagen, daß meine Voraussetzung bei

der Rede des Genossen Austerlitz eingetroffen ist, der ja vielleicht sehr geistreich und witzig sprach, aber es würde der Sache nur genützt haben, wenn er Ausdrücke wie „kindisch", „Kinderei" und „Lächerlichkeit" nicht gebraucht hätte. Solche Aeußerungen können kein Ansporn für viele Delegierte sein, hier ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. (Rufe: Sehr richtig!) Es hat nicht jedermann den Geschmack, vor der Versammlung lächerlich gemacht zu werden. Viele Delegierte wollen sich eben nicht zum Objekt der Spaßmacherei machen lassen. Ich sage das nicht meinetwegen, denn für mich sind die Austerlitzschen Witze nicht tödlich, sondern im Interesse der anderen, besonders der Provinzdelegierten.

Ich habe gestern zu beweisen versucht, daß die Taktik des Verbandes gegenüber den Rekrutenvorlagen weder prinzipiell noch praktisch richtig gewesen ist. Was die prinzipielle Seite der Frage anlangt, so ist noch nicht bewiesen worden, daß tatsächlich ein Antrag, der die Bewilligung von Rekruten ausspricht, mit unseren Grundanschauungen in Einklang zu bringen ist. Ich will über den Zusammenhang von zweijähriger Dienstzeit und unserem Programm nicht viel sprechen. Das ist jetzt gar nicht möglich. Das war auch nicht der Kernpunkt meiner Rede. Gewiß, wenn man die Dienstzeit immer mehr abkürzen könnte, von zwei Jahren auf ein Jahr, auf sechs Monate u. s. w., dann würde das bekannte Wort vom Umschlagen der Quantität in die Qualität, das auch Genosse Schulz in der Preßpolemik angewendet hat, Geltung haben und plötzlich das Milizheer vor unseren erstaunten Blicken dastehen. (Heiterkeit.) Aber nicht darum handelt es sich, sondern um die konkrete Frage nach der Einführung der zweijährigen Dienstzeit ohne irgendwelche sonstige Veränderung an dem Gefüge des stehenden Heeres. Wenn der Genosse Austerlitz gestern gesagt hat, die Frage, ob dann wirklich mehr Rekruten nötig sein werden, sei schließlich Sache des Kriegsministers, so muß ich demgegenüber erklären, daß wir in dieser Hinsicht aus den Erfahrungen anderer Länder unsere Nutzanwendungen ziehen müssen, und da haben wir vor allem das Beispiel Deutschlands, wo die zweijährige Dienstzeit seit zehn Jahren für die Fußtruppen eingeführt ist. Die Erfordernisse dort beweisen, daß tatsächlich mit der zweijährigen Dienstzeit sich eine Steigerung des Rekrutenkontingents und des Budgets für Heeresauslagen durchsetzt. Diesen Dingen muß man in die Augen sehen. Wenn wir für das eine sind, werden wir notgedrungen auch das andere in Kauf nehmen müssen. Wenn man trotzdem für die zweijährige Dienstzeit eintreten will, gut, das zu entscheiden ist Sache des Parteitages.

Trotz der advokatorischen Geschicklichkeit des Genossen Austerlitz wird man sich doch fragen müssen, ob man 71.000 Mann nur dann verweigern kann, wenn man 59.000 beantragt! Er hat den Einwurf, daß unsere Genossen im Parlament ja ebensogut die Außerkraftsetzung des Gesetzes vom 26. Februar hätten begehren können, in welchem Antrag sowohl die Verweigerung der 71.000 Mann wie die Streichung der 4500 Mann Landwehr enthalten gewesen wäre, für lächerlich erklärt. Mit diesem billigen Einwande ist aber nichts Positives gegen meine Ausführungen gesagt. Austerlitz meinte, das wäre eine Spekulation auf Luftschlösser gewesen. Aber ist es denn nicht noch viel mehr eine Spekulation auf Luftschlösser gewesen, wenn man, wie in den Anträgen des Verbandes zum Ausdruck kommt, geglaubt hat, daß dieses Parlament, das eine Dreiviertelmajorität für Militärforderungen hat, bereit sein werde, die geringere Dienstzeit und die kleinere Rekrutenzahl einzuführen. Man hat uns nicht bewiesen, daß man nicht einen besseren Antrag hätte zustande bringen können. Freilich, Daszynski hat uns auseinandergesetzt, daß ich mit gleicher Berechtigung gegen den Antrag, den er im Wasserstraßenausschuß für den Zehnstundentag gestellt hat, auftreten könnte. Wäre das richtig, dann würde seine Behauptung, daß ich hohle Schlagwortpolitik treiben will, richtig sein. Aber das fällt mir trotz der Einladung des Genossen Daszynski nicht ein. Dieser Zehnstundentag ist ein Fortschritt, dafür war nichts zu kompensieren. Nun sagt Daszynski: „Da müssen Sie Bebel wegen der grauen Uniformen angreifen", und er glaubte damit einen

besonderen Ton in seiner Rede herauszubringen. Bebel hat die grauen Uniformen beantragt, das hat aber mit der Frage: stehendes Heer oder Milizsystem? doch gar nichts zu schaffen. Es macht keinen Unterschied aus, ob in dieser Uniform ein Milizmann oder ein Soldat steckt. (Daszynski: Er wollte Soldaten in die Uniformen stecken!) Aber es wird doch niemand behaupten wollen, daß es die prinzipielle Aufgabe der Sozialdemokraten sei, dafür zu sorgen, daß die Söhne des Volkes, die gerade Soldaten sind, schon durch ihre Kleidung zur sicheren Zielscheibe des Feindes gemacht werden. Mir hat es sich nicht allein darum gehandelt, zu beweisen, daß die Haltung der Fraktion nicht in Einklang zu bringen ist mit unserer prinzipiellen Stellung zum Militarismus. Ich wollte auch beweisen, daß sie ganz unpraktisch war. Das zu entkräften, ist keinem Redner gelungen. Austerlitz hat zugegeben, daß das Experiment unnötig war und überdies mißglückt ist. Das ist — ich möchte sagen — eine Selbstkritik, die sehr wertvoll ist. Auch Schuhmeier sagte, daß die Fraktion rechtzeitig den Kopf aus der Schlinge gezogen hat. Er hat damit zugegeben, daß eine Schlinge da war, und ich wollte nur fragen, ob es überhaupt nötig war, den Kopf in die Schlinge hineinzustecken. Wir werden gewiß alle einig sein in den Schlußfolgerungen, die aus dieser Diskussion gezogen werden können. Man hat noch gesagt, daß es wahrhaftig nicht viel ist, wenn man gegenüber einer Tätigkeit von drei Jahren nur zwei oder drei Dinge zur Kritik herausgreifen kann. Parteigenossen, das zeigt ja nur, daß wir vom Anfang an den Verband nicht herabsetzen wollten. Mögen unsere Zweifel vielleicht unberechtigt sein, möge der Verband recht haben, jedenfalls wollten wir keine illoyale Kritik entfalten. Wo die Abgeordneten in wirklich musterhafter Weise für die Arbeiterschaft eingetreten sind, fällt es uns nicht ein, Einwendungen zu erheben. Gewiß wird die glänzende Militärrede des Genossen Daszynski von uns allen anerkannt, aber es ist auch sicher, daß seine Rede, die mit den Worten „Keinen Mann und keinen Groschen" schloß, noch wirksamer gewesen wäre, wenn nicht gerade in diesem Dringlichkeitsantrage einige Mann und einige Groschen bewilligt worden wären. Wir sind gewiß nicht für das bloße Deklamieren im Parlament, aber auch unsere praktische Tätigkeit muß im Zusammenhang stehen mit den Grundanschauungen unseres Programms. Wenn Daszynski erwähnt, daß der Verband so freundlich war, mich zu seinen Sitzungen ein- oder zweimal zu laden, um meine Anschauungen über die Taktik der Partei zu hören, und ich hätte mir dort keine Lorbeeren geholt, so muß ich sagen, ich war von vornherein überzeugt, daß es mir nicht gelingen wird, den Genossen, die eine feste Ueberzeugung im Busen tragen, diese aus der Brust zu reißen. Bei der Beratung des Rekrutenkontingents — ich sage das nur, um etwaige Irrtümer zu vermeiden — war ich keiner Sitzung zugezogen. Daszynski hat ferner gesagt, die Genossen verlangen radikale Politik und dann kommen zum Teil dieselben Genossen und verlangen, wir sollen bei den Ministern intervenieren. Ja, steht denn das im Widerspruch mit dem sonstigen Verhalten der Partei? Die Genossen verlangen nichts anderes als die Anwendung des Gesetzes in bestimmten Fällen. Nichts anderes! Ich glaube nicht, daß die Genossen je irgend eine Gesetzesbeugung verlangen. (Daszynski: Dazu wären wir auch gar nicht zu haben!)

Ich sehe nicht, wie zwischen diesen Interventionen unserer Abgeordneten für die Einhaltung des Gesetzes, die, wie wir alle wissen, sehr berechtigt sind, und unserer Taktik ein Zusammenhang bestehen sollte. Das wäre ja die furchtbarste Anklage, die man gegen die Fraktion erheben könnte, denn es würde besagen, daß unsere Genossen für kleine Gefälligkeiten, welche ihnen die Minister erweisen, bereit sein würden, auf die radikale Verfechtung unserer Prinzipien zu verzichten. Das wollte ich nicht sagen und das wird auch kein anderer Genosse vom Verbande glauben.

Genossen! Meine Ausführungen mögen den Parteitag oder die Genossen, die es angeht, unangenehm betroffen haben. Ich weiß aber, daß ich damit breiten Schichten von Genossen aus dem Herzen geredet habe. Ich habe nicht an den schlichten Mann aus der Werkstätte appelliert. Eine tatsächliche Wider-

legung haben meine Ausführungen bisher nicht erfahren, und so glaube ich mit der Hoffnung schließen zu können, daß die Fraktion uns auf den künftigen Parteitagen auch nicht mehr in zwei oder drei Punkten Gelegenheit geben wird, an ihr Kritik zu üben. (Bravo!)

Dr. Adler: Wir müssen dem Genossen Winarsky alle dankbar sein, daß er jetzt so versöhnlich und so vernünftig gesprochen und den Grad seiner Anklage von gestern gemäßigt hat. Es ist doch ein Unterschied zwischen den Akzenten, wie wir sie gestern gehört haben, und wie er heute gegen die Fraktion gesprochen hat. Gestern haben Winarsky und seine Freunde das Vorgehen der Fraktion als einen schweren prinzipiellen Verstoß dargestellt, heute haben sie sich begnügt, festzustellen, daß es denn doch zweifelhaft bleibe, ob das Vorgehen der Fraktion das einzig mögliche gewesen sei oder ob nicht außer dieser Methode vielleicht noch eine andere möglich gewesen wäre. Ich wünsche gar nicht, daß der Parteitag den Erfolg habe, Winarsky zu einer bedingungslosen Anerkennung der Tätigkeit der Fraktion zu bekehren. Es würde ja unseren Parteitagen das allerbeste fehlen, wenn wir nicht immer Leute hätten, die eine Diskussion hervorrufen. Mit einer Fraktion, die vollständig einwandfrei wäre, wäre ja vielleicht dem Proletariat gedient, aber dem Parteitage gar nicht. (Heiterkeit.)

Auf die Sache selbst möchte ich nicht gern eingehen, weil mir die zehn Minuten im Nacken sitzen und auch das Mittagessen. (Heiterkeit.) Aber ich muß doch einige Worte darüber sagen. Ich glaube, es wäre sehr nützlich, wenn einmal ein österreichischer Parteitag über den Militarismus eine prinzipielle Debatte führen würde. (Beifall.) Es scheint mir sowohl auf „prinzipieller" als auf — opportunistisch möchte ich nicht sagen — sagen wir auf vernünftigerer Seite (Heiterkeit) eine gewisse Verwirrung in Bezug auf die Grundauffassung unserer Programmpunkte, die den Militarismus zum Gegenstand haben, zu bestehen. Das hat sich gestern bei Winarsky gezeigt. Ich nehme Winarsky nicht zur Zielscheibe meiner Angriffe, sondern nur als Prototyp des Parteigenossen, der sich bemüht, nachzudenken, aber nichts findet als Prinzipien, während es sich doch in der Politik auch darum handelt, Tatsachen zu finden. (Heiterkeit und Beifall.) Winarsky hat nun gestern aus dem Programm einige Sätze über den Militarismus vorgelesen und gesagt: Das sind die nächsten Forderungen unseres Programms! Ganz richtig, es steht im aktuellen Teile des Programms. Aber Winarsky hat dabei vergessen, daß wir nicht nur nächste Forderungen haben, und zwar zu jedem Programmpunkt, sondern auch noch allernächste Forderungen. Bei jedem Punkte unseres Programms haben wir neben den nächsten Forderungen unseres Minimalprogramms noch allernächste Forderungen, die die Schritte, die Etappen darstellen zu diesen nächsten, in absehbarer Zeit erreichbaren Zielen. Das ist das eine.

Das zweite ist, daß man den Begriff der allgemeinen Volksbewaffnung im Gegensatz zum Militarismus, wie mir scheint, nicht überall grundsätzlich und den Tatsachen entsprechend versteht. Ich stelle mich als einen Ketzer vor gegenüber vielen Dingen, die hier gesagt worden sind. Ich würde unter Umständen sofort dafür stimmen, jeden Mann, der die Waffen tragen kann, auf ein Jahr zum Militär zu assentieren. Ich würde für die einjährige Dienstzeit ein volles Kontingent aller waffenfähigen Leute ohneweiters eintauschen — bei einer Demokratisierung des Heeres. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen der proletarischen Auffassung über den Militarismus und der bürgerlichen Militärfeindschaft und Friedensmeierei gibt, daß wir nicht für die Abrüstung in diesem friedensmeierischen Sinne, sondern für die Bewaffnung des Volkes im proletarischen Sinne sind, und daß jeder Schritt, der sich dem nähert, für uns, in unserem revolutionären Sinne, ein Erfolg ist. Das sage ich nicht nur als Sozialdemokrat, sondern auch von einem anderen Standpunkt aus. Das sage ich aus dem hygienischen und aus dem erzieherischen Bedürfnis des Volkes heraus. Sie werden mir sagen — wir haben ja eine Menge Zugsführer, Feldwebel bei uns — der hat leicht reden. Er hat nie gedient, weiß nicht, wie die Dinge

sind. Ja, leider war ich untauglich, was soll ich da machen? (Heiterkeit.) Aber das weiß ich aus meiner Erfahrung, daß die Arbeiter, die gedient haben, bei uns und in Deutschland auch für unseren Kampf die tüchtigsten, besten und brauchbarsten sind. Das weiß ich, daß der Militarismus auch heute in seiner karikierten, niederträchtigen Form, wo er die Leute auf das äußerste drangsaliert, noch immer, weil die ganze außermilitärische Erziehung eine noch schlechtere, noch mangelhaftere, ja vielfach gar nicht vorhanden ist, also selbst in dieser niederträchtigen Form ein gewisses Surrogat bietet, das für uns nützlich ist. Wenn im deutschen Reichstag einmal konstatiert wurde, ohne die Sozialdemokraten hätte die deutsche Armee keine Unteroffiziere, so können wir vielleicht sagen: Ohne Militärdienst in der deutschen Armee haben wir keine Unteroffiziere oder doch nicht so taugliche, wie wir sie haben. Das klingt sehr ketzerisch, ist es aber nicht, und um das im einzelnen zu begründen, würde ich viel mehr Zeit brauchen, als mir zur Verfügung steht.

Der Vorsitzende **Němec** macht darauf aufmerksam, daß die Redezeit um ist.

Dr. Diamand beantragt, mit Rücksicht auf die ganz neuen ketzerischen Gesichtspunkte (Heiterkeit), die Dr. Adler vorgebracht hat, die Redezeit Dr. Adlers zu verlängern.

Hueber beantragt, für alle Redner die Beschränkung der Redezeit aufzuheben, da jedem Redner bisher die Redezeit verlängert wurde.

Der Antrag Hueber wird angenommen und die Vormittagssitzung geschlossen.

Nachmittagssitzung.

Dr. Adler setzt seine Rede fort:

Ich muß zunächst sagen, daß ich nicht die Absicht hatte, hier eine prinzipielle Debatte über den Militarismus zu eröffnen, sondern daß ich ausdrücklich sagte, es wäre wünschenswert, wenn auf dem nächsten Parteitag eine solche prinzipielle Debatte abgeführt würde. Nur um Ihnen das plausibel zu machen, habe ich jene Aeußerung gemacht, die, wie ich voraus gewußt habe, vielen von Ihnen als eine Ketzerei erscheinen wird, während sie nach meiner Ueberzeugung durchaus keine Ketzerei ist, sondern im Gegenteil mit unseren Grundanschauungen und insbesondere mit der Marx-Engelsschen Anschauung identisch ist. Ich möchte Sie nur auf das eine aufmerksam machen. So wie wir im Kapitalismus die Tendenz sehen, nach dem Ausdrucke des Kommunistischen Manifests, im Proletariat seine eigenen Totengräber zu erziehen, geradeso muß der Militarismus aus seiner eigenen Logik heraus seine eigenen Totengräber erziehen. Aus dieser seiner Logik und aus seinen eigenen Bedürfnissen heraus ist er geneigt, immer größere Volkskreise zu bewaffnen. Der Kapitalismus führt nicht nur zur Vertrustung und wirtschaftlichen Anarchie, sondern er organisiert auch in seinen Fabriken die Proletarier zu einer Armee. Auch der Militarismus nimmt die Volkskraft in Anspruch für die militärische Ausrüstung, für die kolossalen Kanonen, Kriegsschiffe. Aber es sind nicht nur die immer mehr wachsenden Kosten des Militarismus, an denen er zuletzt zugrunde geht, sondern er leistet uns in gewissem Sinne denselben Dienst wie der Kapitalismus. Sie werden mir sagen: Vergißt du denn die Greuel des Militarismus, vergißt du die Soldatenmißhandlungen und die Militärjustiz, vergißt du den geisttötenden Drill, der heute in der Armee herrscht? Nein, das alles vergesse ich nicht. So wenig, wie ich, wenn ich an die Fortentwicklung des Kapitalismus denke, den stetig wachsenden Grad der wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterklasse vergesse. Wenn ich aber sage: Jeder Schritt, der uns einer Volksbewaffnung näher bringt, zugleich mit einer Demokratisierung der Armee, liegt in unserem Interesse: dann bin ich mir bewußt, daß ich anknüpfe an die besten und ältesten Traditionen unserer Partei, direkt an Marx und Engels. Sie finden keine Stelle in Marx und Engels, wo der ewige Friede im bürgerlichen Sinne gepriesen wird, Sie finden keine Stelle, insbesondere gegen die

Volksbewaffnung, wohl aber Hunderte Stellen und ganze Plaidoyers für die Ausbreitung der Volksbewaffnung. Sie finden gerade in Engels in jener Broschüre aus den Sechzigerjahren, die schon dem Genossen Winarsky Unannehmlichkeiten bereitet hat, nicht nur ein taktisches Programm für die Partei, das durchaus nicht veraltet ist, weil wir uns noch heute darnach richten können, sondern sie finden dort auch eine ausführliche Darlegung, wie es direkt im revolutionären Interesse liegt, die großen Massen mit Gewehren zu versehen — damit ich das ganz banal ausdrücke.

Aber ich glaube, ich könnte diesen Gegenstand verlassen und mich damit begnügen, daß ich einigen Genossen große Kopfschmerzen bereitet habe. Genosse Rudolf Beer — nicht zu verwechseln mit dem Genossen Heinrich Beer, der auch radikal, aber im allgemeinen vernünftiger ist (Heiterkeit) — Rudolf Beer, der wie immer auf einem furchtbar radikalen Standpunkt gestanden ist, wird gewiß finden, daß ich nicht nur ein arger Opportunist, sondern — man weiß es nicht — am Ende gar ein Revisionist bin. (Heiterkeit.) Aber das schadet nicht. Ich glaube, man sollte diese und ähnliche Fragen wirklich einmal von einem anderen Standpunkt ansehen als von jenem der Militärfeindschaft, die gar nichts spezifisch Sozialdemokratisches ist, die wir gemein haben mit der ganzen bürgerlichen Demokratie. Das bloße Deklamieren gegen den Militarismus ist nicht sozialdemokratisch. Sozialdemokratisch ist, den Militarismus verstehen und im Militarismus den revolutionären Gehalt erkennen, so wie uns, wenn wir gemeinsam mit den Kleinbürgern gegen den Kapitalismus reden, von diesen das unterscheidet, daß wir den Kapitalismus nicht nur bekämpfen, sondern ihn auch verstehen und aus ihm seinen revolutionären Gehalt zu entnehmen wissen. Jeder Schritt, der dazu führt, die Dienstzeit abzukürzen, die Gamaschenknopfmethode, die Kavaliersherrschaft in unserer Armee und vor allem die Brutalitäten in unserer Armee zu untergraben, aus der Armee ein volkstümliches Institut zu machen, ist tatsächlich ein Schritt mehr nicht zur Miliz allein, sondern zur Erreichung aller unserer Forderungen.

Ob die Parteigenossen im Reichsrat diesen Antrag in der einzig richtigen Form gefaßt haben, wie einer meint, oder ob sie auch eine andere Form hätten finden können, wie Winarsky meint, ist darum gleichgültig. Sie sind auf dem richtigen Weg, wenn sie in dem Moment, wo der Militarismus mit neuen Forderungen herantritt, unsere Forderungen geltend machen. Ich möchte mich entschieden dagegen verwahren, daß das irgend etwas mit der Kompensationspolitik zu tun hat, die Volksrechte für Kanonen nehmen will — denn ich habe in der Mittagspause auch davon reden hören. Nicht Volksrechte für Kanonen! sagen wir, sondern: Wenn du mehr Soldaten willst, dann auf kürzere Zeit und Reformen, die nützlich sind für die ganze Kulturentwicklung.

In der ganzen Diskussion wurde immer so gesprochen, als hätten wir eine Fraktion wie andere Länder, als hätten wir ein Parlament wie andere Länder, als wäre Oesterreich überhaupt ein Land wie andere Länder. Aber das ist nicht so. Man braucht sich ja nur zum Bewußtsein zu bringen, daß die Verhältnisse, in denen wir leben, durchaus abnormale sind, daß wir alle erdrückt werden durch die täglich an uns nagende Verzweiflung über den Staat oder das staatenähnliche Gebilde, in dem wir leben, daß wir auf Schritt und Tritt von der Unfähigkeit zu arbeiten bedroht werden, weil wir in einer Luft leben müssen, in der man nicht atmen kann, weil die Luft für die Entwicklung des Proletariats fehlt, und zwar in einem Maße fehlt, daß es geradezu bewundernswert ist, daß das österreichische Proletariat trotzdem vorwärts schreitet. (Beifall.) Unsere Abgeordneten müssen ihre Arbeit in einem Parlament verrichten, dessen Boden jeden Moment in Frage steht, in einem Parlament, wo nichts sicher ist als die absolute Frivolität, der absolute Mangel an Gefühl für die Gesamtheit, die absolute Feindseligkeit aller Parteien gegen das gemeinsame Ganze. Und da muß ich mich in wenigen Worten mit Genossen Austerlitz auseinandersetzen. Austerlitz hat diesen Punkt auch berührt und er hat gesagt: Man muß sich entscheiden, entweder wir erwarten von diesem Parlament etwas, dann wollen wir es halten, oder wir sehen

— und das nennt er die grundlegende Aenderung, die sich in uns vollzogen hat — das Parlament ist nicht mehr zu halten, dann müssen wir jeden Schlag, der es trifft, mit unseren Wünschen begleiten. Ja, wenn man sich nur so entscheiden könnte und Austerlitz kann es ja selbst nicht. Jeder von uns ist überzeugt, daß das Parlament nicht leben kann, und jeder von uns steht früh auf und sieht zu seinem größten Entsetzen: das Luder lebt noch immer. (Heiterkeit.) Und mit dieser Tatsache ist trotz unserer Erkenntnis die Notwendigkeit gegeben, daß wir auf diesem Boden, den wir selbst zerstören wollen und den wir für nicht existenzberechtigt ansehen, unsere tägliche Arbeit verrichten müssen.

Aus diesem Gegensatz entspringt eigentlich die Stimmung, die uns alle — nicht nur Winarsky — erfaßt hat. Es besteht eine weitgehende Unzufriedenheit mit dem Parlament und mit der parlamentarischen Arbeit unserer Genossen, das leugne ich gar nicht. Aber diese Unzufriedenheit tritt nirgends so klar zutage wie bei unseren Abgeordneten selbst, die das in der Nähe sehen, die ganz durchdrungen sind von diesem immanenten Widerspruch, vor dem sich jeder Oesterreicher, der in Oesterreich tätig sein will, befinden muß. Wir alle können nur mit Ekel unsere Arbeit verrichten. Aber wir sind verdammt dazu, sie trotzdem zu verrichten. Aber das ist noch nicht alles. Wenn man den Vorwurf erhebt, unsere Genossen haben das Parlament noch immer nicht demoliert und sie haben sich an irgend einer Komödie nicht beteiligt, die einer Demolierung ähnlich sieht: vergessen Sie nicht, daß dieselben Parteien, die die Komödie der Demolierung aufführen, diejenigen sind, die am festesten an diesem Parlament und an seinen Privilegien halten. Für uns steht die Sache ganz anders. Wir werden Oesterreich in seinem Laufe zum Untergang nicht aufhalten. Aber während sich diese Entwicklung vollzieht, müssen wir für die Arbeiterschaft auf Schritt und Tritt das vollbringen, was sie täglich für sich braucht. Darum hat für uns neben den großen Zielen, dem Endziele unserer Partei, die weitaus größte Bedeutung das unmittelbar für den Tag Notwendige, das, was ich die allernächsten Ziele nennen möchte.

Winarsky selbst hat den Vorwurf, daß unsere Abgeordneten auf die Verwaltung Einfluß nehmen durch den Verkehr mit den Ministern, abgewehrt. Man kann auch da verschiedener Meinung sein, ob das das einzig Mögliche ist, aber im großen ganzen steht die Sache so, daß in Oesterreich das Parlament auf die Verwaltung nur sehr wenig direkten Einfluß hat. Sollen wir allen anderen Parteien den Einfluß auf die Verwaltung, der im mündlichen Verkehr mit den Ministern besteht, erlauben, sollen wir ihnen erlauben, ihre Argumente den Ministern vorzubringen, nur unseren Abgeordneten nicht, so würden wir durchaus nicht im Interesse der Arbeiterklasse handeln. Es wäre falsch, eine so trotzige Gebärde zur Schau zu tragen, mit den Ministern nicht zu sprechen und dafür zum Beispiel nicht zu erreichen, daß ein ungeschickter oder vielleicht ein allzu geschickter Ministerialerlaß, der unsere Gewerkschaften bedroht, auf kurzem Wege zurückgezogen wird. Gewiß wäre es nicht gut, wenn unsere Abgeordneten zu den Ministern kämen als Personen oder als Glieder einer zehngliedrigen Fraktion. Aber unsere Abgeordneten kommen, wie alle Welt weiß, als Sprecher von Hunderttausenden, die hinter ihnen stehen, und darum können sie auch an dem Orte, wo es notwendig ist, ihr Gewicht voll einsetzen. Ich bitte sie, das auch ferner zu tun, wo es notwendig ist, und ich bin überzeugt, man wird es ihnen nicht als falschen Opportunismus auslegen.

Es wäre noch wichtig, unseren Abgeordneten zu sagen, was wir in der nächsten Session von ihnen wünschen. Aber von dieser Session, die in acht Tagen beginnen wird, wissen wir gar nichts, als daß auf der ersten Tagesordnung einige ganz unerhebliche Dinge stehen. Ob und wann es in diesem Hause zu einer sachlichen Arbeit kommen wird, das wissen nicht nur die Abgeordneten nicht, das wissen auch nicht wir Delegierten, die natürlich viel gescheiter sind als die Abgeordneten. (Heiterkeit.) Also für die Zukunft läßt sich keine Vorschrift machen. Wir erwarten, daß unsere Abgeordneten, wie

bisher, nicht nur vom echten sozialdemokratischen Geiste geleitet sein werden, sondern auch von der kühlen Erwägung der Tatsachen und von der genauen Kenntnis dieses Landes. Oesterreich will österreichisch behandelt werden, das haben unsere Abgeordneten bisher getan und werden es hoffentlich auch weiter tun. (Lebhafter Beifall.)

Hueber: Endlich hat Genosse Adler das erlösende Wort in die Debatte hineingeworfen. Es handelt sich auf diesem Parteitag wirklich nicht um die einzelnen sogenannten Fehler der Fraktion, sondern um die grundlegende Taktik in Bezug auf den Militarismus. Da sind in der Partei drei Meinungen; nun wollen wir eine Richtschnur für unsere Abgeordneten! Adler hat zwar die Sache angeschnitten, ging aber dann nicht mehr logisch weiter. Trotz allen geistvollen Reden sind wir nun nicht viel klarer geworden. Ich bin bescheiden genug, zu erklären: Ich bin jetzt ebenso dumm wie am Anfang der Debatte. (Heiterkeit.) Daszynski hat sich die Sache sehr leicht gemacht. Er sagt einfach: Hie Radikalismus! Hie Gemäßigte! (Ruf: O nein!) Also: Hie kluge Leute! und meint damit die grundlegende Taktik zum Militarismus festgestellt zu haben. So leicht geht das, lieber Daszynski, doch nicht. Daß die propagandistische Arbeit einzelner Genossen uns vollkommen befriedigt hat, ist zweifellos. Hier handelt es sich aber darum — und das hat Winarsky hervorgerufen — prinzipiell Klarheit zu schaffen. Bei der Beurteilung der nächsten militaristischen Fragen gibt es unter uns dreierlei Standpunkte. Im Programm heißt es: Ersatz des stehenden Heeres durch ein Volksheer, Erziehung aller zur Wehrfähigkeit, allgemeine Volksbewaffnung. Das ist das Ziel. Ueber die Etappenpolitik zu diesem Ziel sind die Meinungen geteilt. Die einen sagen, es genügten Demonstrationsanträge. Keine positive Arbeit! Die zweite Meinung geht dahin, im Parlament die Frage der Abrüstung zu stellen. Die dritte Meinung hat Adler geäußert, Genosse Schulz hat sie in seinem Artikel ausgesprochen. Ihre Tendenz ist: Demokratisierung des Heeres. Auf diesem letzten Standpunkt scheinen unsere Abgeordneten im Februar gestanden zu sein. Es war auch im Februar nicht, wie man uns erzählen will, die Taktik der Roßtäuscher. Wenigstens ich habe es nicht so verstanden. Ich glaube, der Verband hat im vollen Bewußtsein seine Anträge gestellt: zweijährige Dienstzeit, selbst wenn wir das Rekrutenkontingent zu bewilligen haben. Deshalb hat er ja auch einen Eventualantrag gestellt. Jetzt im Herbst sind die Abgeordneten freilich zu einer zweiten Meinung gekommen. Was ist denn der Antrag auf zweijährige Dienstzeit mit der Bewilligung des erniedrigten Rekrutenkontingents bei dem stehenden Heer? Das bedeutet ein Stück Abrüstung. Wenn selbst die Abgeordneten sich also nicht klar sind, so ist dies ein Grund mehr, die genaueste Erörterung dieses Themas vorzunehmen. Ich verkenne die Bedeutung der zweijährigen Dienstzeit nicht. Als Soldat, der in Friedenszeiten und auch in Kriegszeiten gedient hat, und zwar an der Grenze jener Länder, in die Ellenbogen zu marschieren gedenkt (Heiterkeit), als Soldat wäre mir die Herabsetzung der Dienstzeit gewiß sehr angenehm gewesen. Aber es wäre doch Täuschung, zu meinen, daß der heutige Militarismus durch die zweijährige Dienstzeit eine Demokratisierung erfährt. Ich richte Ihnen einen Rekruten in sechs Monaten so her, daß er nicht mehr zu hören und zu sehen vermag. (Stürmische Heiterkeit.) Die Demokratisierung der Armee kann nur Hand in Hand mit der gesellschaftlichen Entwicklung erfolgen, wenn jene Massen der Armee zugeführt werden, die schon eine genügende Bildung ins Heer mitbringen. Aber zu glauben, durch die zweijährige Dienstzeit sei das Wesen des Militarismus zu ändern, das ist eine Täuschung.

Der Kampf für die zweijährige Dienstzeit ist eine Menschenpflicht, eine edle Tat für den armen gedrillten Soldaten, das ist aber auch alles. Wenn ich denke, jetzt, wo unsere Arbeiterschutzgesetzgebung darniederliegt, wo uns zum Beispiel die halbwegs besseren Bestimmungen der Gewerbeordnung genommen werden sollen, wo unsere Sozialpolitik gestorben ist, in einem solchen Moment kann ich mich nicht darauf einlassen, zu sagen: Ich erwäge jetzt, ob die Arbeiter die großen materiellen Opfer für die zweijährige Dienst-

zeit werden tragen können, durch die für den Moment der Militarismus gestärkt wird. Ich bin dafür, darüber zu diskutieren, aber zu einer anderen Zeit. (Rufe: Sehr richtig!) Wenn die Stunde gekommen sein wird! Geradeso, wie es heute unmöglich ist, den Sprung zu unseren programmatischen Forderungen zu machen, so können wir auch dieses Wagnis heute noch nicht probieren. Wenn Sie sagen, daß im Parlament eine patriotische Hurracanaille alle Militärforderungen bewilligt, selbst ohne Konzessionen, dann verstehe ich die nach zwei Richtungen hin zielende Politik der Fraktion wirklich nicht, einmal das erhöhte, das anderemal das erniedrigte Rekrutenkontingent zu bewilligen, im guten Glauben, dadurch die zweijährige Dienstzeit forcieren zu können. Da sagt aber Schuhmeier: Das hätten wir nicht getan, da wären wir rechtzeitig zurück, das hätten wir anderen überlassen. Ich glaube nicht, daß man solche Roßtäuscherpolitik machen wollte. Wir dürfen dem Genossen Winarsky dankbar sein, er hat dieses Thema aufs Tapet gebracht. Im Herbst war der Vorgang vielleicht bloß eine Außerachtlassung, im Februar nicht. Die zweijährige Dienstzeit . . . (Ellenbogen: Der Kriegsminister hat sie in Aussicht gestellt.) ist von diesem Parlament nicht zu erwarten, obwohl sie in Oesterreich bei halbwegs ehrlichem Willen der herrschenden Faktoren möglich wäre. Was ist in Oesterreich nicht schon alles in Aussicht gestellt worden. Ich glaube, die Ansicht des Genossen Adler unterscheidet sich nicht gar so sehr von der des Genossen Winarsky. Eine einjährige Dienstpflicht aller Wehrfähigen kommt ja schon in die Nähe der Miliz. Nach Adler ist der Militarismus so zu bekämpfen: Erste Etappe: Zweijährige Dienstzeit, Bewilligung sämtlicher Soldaten mit allen Werkzeugen. Dringen auf Herabsetzung der Dienstzeit. Die Idee ist von jedem Genossen zu begreifen. Adler meint, daß im Sinne von Marx diese Entwicklung etappenweise sich vollzieht. Ich glaube aber, es ist viel Zukunftspolitik in diesem Gedankengang. Wir möchten aber wissen, was die Politik für den Tag ist! Ich frage Sie, sind die Arbeiter schon so geklärt, so gesichert, daß wir ihnen eine Belastung von, sagen wir, hundert Millionen Kronen zumuten können? Ist unsere Organisation so, daß wir das wagen und sagen können: Wir ertragen diese Belastung? Ich weiß dabei nicht, ob diese Errungenschaften, solange der heutige Geist des Militarismus herrscht, ein besonderer Fortschritt wären. Ich kenne die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft Oesterreichs und habe die Empfindung, das wäre ein Experiment, noch dazu ein erfolgloses. Ich glaube, es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als unseren Genossen im Parlament vollständig freie Hand zu lassen. In allen anderen Dingen selbstverständlich sind wir ganz einverstanden. Wir haben ja schon erklärt, die zehn Mann taten, was sie konnten, besser, als wir es uns vorgestellt hatten. Aber, Genossen, wenn die Abgeordneten sogar in der Frage des Militarismus zweierlei Stellungen eingenommen haben, so ist auch das nicht ihre Schuld, weil sie sich — wie wir! — im unklaren befanden. Es gibt jetzt für uns keinen anderen Standpunkt — und möge er noch so sehr verhöhnt werden als dumm-radikal — als Demonstrationsanträge zum Fenster hinaus! Derzeit bleibt uns nichts übrig, als die Tribüne des Parlaments propagandistisch auszunützen, selbstredend bleibt es den Abgeordneten unbenommen, gegen die Mehrforderungen der Heeresverwaltung Protest zu erheben, gegen die Soldatenschinderei und gegen die barbarische Gerichtsbarkeit u. s. w. energisch aufzutreten. Eine ehrliche Heeresreform auf demokratischer Grundlage ist mit diesem feigen, devoten bürgerlichen Partner unmöglich. Läge in dem Dringlichkeitsantrage auch eine wirkliche Kulturforderung, seine Ausführung ist jetzt ganz unmöglich. Wie Hannich über die Frage denkt, weiß ich nicht, aber er wie Austerlitz erklären uns, daß von diesem Parlament nichts zu erwarten ist. In dieser Situation, in einer solchen Zeit, glaube ich, kann die Frage des Militarismus nicht so gelöst werden, wie manche Genossen glauben. Ich bin daher für die früher angedeutete radikalste Taktik, obzwar ich glaube, daß es bei uns gar keinen Radikalismus gibt. (Heiterkeit.) Wie wir da sitzen, sind wir Revisionisten vom Kopf bis zur Sohle. (Erneuerte Heiterkeit und Ohrufe.) Die Deutschen brauchen nur unsere Parteitage, unsere Tätigkeit im Parlament zu beobachten,

das ist der eleganteste Revisionismus, den man sich denken kann. Verfolgen Sie nur alle Symptome, auch die „Arbeiter-Zeitung“, und Sie werden sehen, wie recht ich habe. Es werden auch noch andere Fragen unseres Programms kommen, die besprochen werden und den Beweis meiner Behauptung erbringen.

Die Zeit ist noch nicht da, um unsere Etappenpolitik skizzieren zu können. Die Abgeordneten und die Parteivertretung sind uns aber in dieser Frage eine Antwort schuldig. Den Winarsky abzumurksen, damit ist niemandem ein Dienst erwiesen. Genosse Adler, Sie haben auch in dieser Frage ein zu großes Herz für Resolutionen (Heiterkeit), wenn ich auch weiß, daß es ein gutes ist. Aber einmal sagen „Abrüsten“, dann wieder für die zweijährige Dienstzeit sein und für die Demokratisierung des Heeres, dann wieder nur für die prinzipielle, nur propagandistische Methode, da muß einmal Klarheit geschaffen werden. Die Abgeordneten hatten keine Richtschnur, aber sie haben nach bestem Wissen und Willen gehandelt. Ich will ihnen auch keinen prinzipiellen Fehler vorwerfen. Der Parteitag soll sich jetzt erklären. (Bravorufe.)

Ellenbogen: Ich hätte auf das Wort verzichtet, wenn nicht neben Winarsky in breiten Schichten eine ähnliche Meinung vorhanden wäre. Es herrscht da große Unklarheit. Wenn von Bekämpfung an der Wurzel geredet wird, so sollten diese Genossen doch einmal ihre eigene Logik radikal ausdenken. Sie würden dann dazu kommen, wenn sie die Courage ihrer Meinung hätten, wie die alten Unabhängigen den Parlamentarismus überhaupt zu negieren. (Widerspruch.) Wenn wir im Parlament arbeiten, müssen wir Alltagspolitik treiben, von Vorlage zu Vorlage. Ich frage nun die Genossen, die hier so energisch für den Radikalismus eingetreten sind, ob nicht jeder von Fall zu Fall Verbesserungen an Vorlagen zustimmen wird. Jede kleinste Verbesserung wollen wir in Kauf nehmen. Die Frage, ob der Versuch einer Verbesserung erfolgreich ist oder nicht, ist, wie Genosse Austerlitz gestern sagte, nebensächlich. Unsere Arbeit ist Minierarbeit so gut wie die Arbeit der Gewerkschaften. Der Fall ist denkbar, daß wir, wenn große theoretische Diskussionen da sind, die großen prinzipiellen Gesichtspunkte aufrollen. Unsere prinzipiellen Gesichtspunkte sind der Leitstern unserer Politik; und jeder Erfolg, auch der kleinste, ist unmöglich gemacht, wenn wir uns nicht immer von diesen großen Gesichtspunkten leiten lassen. Kommt eine große Sache in Frage, da stehen die Reihen gruppiert, da werden die Bürgerlichen für Momente zur geeinten reaktionären Masse, da kämpft dann Anschauung gegen Anschauung. Aber im großen ganzen hat das Bürgertum in Oesterreich Vertreter, die kein Klassenbewußtsein, nur dunkeln rohen Klasseninstinkt haben. Der Vergleich mit Deutschland ist unpassend.

Dort haben sie Parteien des Bürgertums, die, gerüstet mit der Wissenschaft ihrer Klasse und bewaffnet mit energischem Willen, ihre Klasseninteressen bewußt verfechten. Wir aber müssen hier ein geistig armseliges Kleinbürgertum mit all seinen Bosheiten bekämpfen. Vergessen Sie nie, daß wir in Oesterreich arbeiten! Man kann von großen Parlamenten auch die Aufrollung großer Fragen verlangen — aber von der Kläglichkeit des unseren, dem jede Bildung, jedes Talent, jeder Mut, jede Einheitlichkeit fehlt und das das denkbar niedrigste Niveau besitzt, auf dem je ein Parlament gestanden hat? Hier ist kein Boden für Entscheidungsschlachten zwischen Weltanschauungen. Wie sähe es aber im Einzelfall aus, wenn wir uns mit dem bloßen allgemeinen Radikalismus begnügten! Nehmen Sie ein Beispiel: die Zuckersteuer. Wir haben ihre Herabsetzung um 12 Kr. beantragt, für den Fall, daß das nicht angenommen wird, Herabsetzung um 6 Kr. Als Ganzradikale hätten wir die Aufhebung der Zuckersteuer überhaupt beantragen müssen, ja noch mehr: die Aufhebung aller indirekten Steuern überhaupt. Jeder hätte das für eine leere Demonstration gehalten. Hueber ist wenigstens konsequent. Er rät uns, lediglich Demonstrationspolitik zu treiben. Allen Respekt vor Hueber, er ist ein sehr verdienter Mann, aber auf diesen Vorschlag können wir uns nicht einlassen. Das überlassen wir den Christlich-Sozialen und Tschechischnationalen. (Hueber: Nur für

den Militarismus, meinte ich.) Nein, Genosse Hueber, entweder oder. Das geht nicht. Entweder sind wir Sozialdemokraten und als solche auch innerhalb des Parlaments Erzieher der Arbeiterschaft oder wir sind Demagogen. Auf die große heroenhafte Pose des heldenhaften Bekämpfers mit der Wurzel müssen wir unter Umständen verzichten. Ich bedauere nur, daß Adler seine Ideen nicht näher ausgeführt hat. Die Genossen, vor allem aber die gegnerische Presse, sind ja stets zu bösen Interpretationen bereit, und vielleicht hätten diese Ansichten deshalb zu einem späteren Zeitpunkt geäußert werden sollen. — Noch eine kleine Richtigstellung: Hueber hat behauptet, ich will am Balkan einmarschieren. Das ist in der Notiz, auf die er anspielt, nicht gesagt gewesen. (Zwischenruf: Was heißt das Wort „Landerwerb"?) Es ist wohl das Wort „Landerwerb" darin gestanden. Aber das war doch anders gemeint. Deutschland erobert nur durch die Klugheit seiner Politik, vor allem seiner Kaufleute, diese Gegenden, in denen es uns vor der Nase ein gutes Absatzgebiet abstibitzt, es baut am goldenen Horn die großartigsten Hafenetablissements, Rußland läßt sich von Bulgarien den Hafen von Burgas abtreten. Und denken Sie an die armenischen Eisenbahnen und die Bagdadbahn, mit denen Deutschland die friedliche Eroberung Kleinasiens vorbereitet. Landerwerb heißt also hier, in den Häfen des Balkans festen Fuß fassen, also ohne Schwertstreich und ohne Soldaten. Aber jene Notiz, die Hueber meinte, wendete sich in der Hauptsache dagegen, daß wir uns durch die tückische mit Gift und Dolch arbeitende Balkanpolitik Rußlands betrügen und uns durch eine Friedenskomödie das einzige Hinterland, das unsere Industrie besitzt, aus den Händen nehmen lassen. (Zwischenruf: Das ist eine neue Theorie.)

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Wenn die von Winarsky und Hueber vorgeschlagene Taktik von Ihnen beschlossen würde, so wäre das für uns persönlich eine große Bequemlichkeit, das werden Sie mir glauben. Als im Herbst die neue Rekrutenvorlage ins Haus kam, mußten wir uns im Verlauf einiger Viertelstunden über unsere Haltung entscheiden. Wir hätten uns alle unsere Bemühungen und unsere lebhaften Diskussionen ersparen können, wenn wir uns auf den sogenannten radikalen Standpunkt gestellt hätten. Nun ist ja alles, was an Anwürfen gegen uns vorgebracht wurde, bedeutend abgeschwächt worden und selbst Winarsky hat schließlich mit einem so außerordentlichen Wohlwollen über die Fraktion gesprochen, daß es einem sehr schwer würde, gegen ihn lebhaft zu polemisieren. Wir haben nach seiner Theorie nichts zu tun, als eine Rede zu halten; es gibt nichts Bequemeres für uns. Ich glaube aber, daß das unseren Parteigenossen doch nicht recht wäre und daß wir besser tun, auf die Gefahr hin, daß wir uns auch einmal vorgreifen, wieder zu der alten Taktik zu greifen, uns jede Sache bei jedem Anlasse besonders gründlich zu überlegen. Beer hat nun gemeint, der Antrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei nicht sozialdemokratisch. Mein Gott! Wir tun eine Masse Dinge im Parlament, die nicht spezifisch sozialdemokratischen Charakter haben. Oder wollen Sie mir vielleicht einreden, daß die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes eine spezifisch sozialdemokratische ist?

Es wurde uns auch heute vorgeworfen, wir hätten gegen die Rekrutenvorlage Obstruktion machen sollen. Aber ich konstatiere mit Vergnügen, daß die Obstruktionswut sich schon sehr gelegt hat. Wir Sozialdemokraten dürfen wahrhaftig nicht eine Taktik einschlagen, die uns kompromittieren muß, denn durchdringen hätten wir gar nicht können. Wenn von einem Redner auf die erfolgreiche Obstruktion der ungarischen Unabhängigkeitspartei hingewiesen wurde, muß ich Sie doch darauf aufmerksam machen, daß zwischen der ungarischen Obstruktion, hinter der die ganze herrschende Schichte der ungarischen Bevölkerung gestanden ist, und einer Obstruktion, die die Sozialdemokraten vielleicht mit den Tschechischradikalen gemacht hätten, doch ein himmelhoher Unterschied ist. (Beifall.) Es wurde gesagt, daß wir bei der Beratung der Sonntagsruhe den perfiden Antrag Böheim nicht unmöglich gemacht haben. Ich könnte Ihnen da an der Hand des Protokolls nachweisen, daß auch das nicht möglich war. Wenn eine Debatte bei einem Paragraphen geschlossen wird und es hat sich ein Redner vorgemerkt, der einen Antrag

stellen wollte, so kann dieser den Antrag noch beim Präsidium einreichen. Der Präsident verliest den Antrag. Es ist aber keinerlei parlamentarische Möglichkeit vorhanden, gegen diesen Antrag noch zu remonstrieren. Man kann nur dagegen stimmen. Ein anderer Fall, der erörtert wurde, war der, daß bei der ersten Lesung des Preßgesetzes die von unserer Seite eingezeichneten Redner nicht im Saale waren. Aber es war gar nicht unsere Absicht, bei der ersten Lesung etwa gar einen Radau zu machen oder mit mehreren Rednern ins Feld zu rücken. Wenn mehrere Redner vorgemerkt waren, so nur deshalb, um sich bei der Auslosung der Redner die Aussichten für einen guten Platz zu bessern. Es bestand damals die Vermutung, daß unser Redner etwa um drei Uhr darankommen werde, und es erschien überflüssig, den langweiligen Ausführungen der bürgerlichen Redner zuzuhören. Da hat sich der Zufall ereignet, daß sich eine Reihe von Rednern streichen ließ, andere verloren das Wort und infolgedessen auch unser Redner, der plötzlich an die Reihe kam. Uebrigens ist jeder Vorwurf schon deshalb unberechtigt, weil ja unser Redner tatsächlich zu Worte kam.

Was die Vorwürfe gegen unsere Stellung zum Militarismus betrifft, so wurde da bereits so viel für uns angeführt, daß ich nur das wiederholen könnte, was schon gesagt wurde. Aber im Laufe der Debatte ist eine neue Frage aufgetaucht, die darauf hinausläuft, unsere Stellung zum Militarismus — wie sagt man nur? — einer Revision zu unterziehen. Adler ist ja, wie Hueber sagt, unser Oberrevisionist. Er hat seinen Revisionsvorschlag hauptsächlich auf den Hinweis auf alte theoretische Ausführungen von Marx und Engels fundiert. Als diese Broschüre erschien, waren Marx und Engels der Meinung, daß die fortschreitende Demokratisierung der europäischen Länder auch die Wirkung haben werde, alle Institutionen des herrschenden Staates mit demokratischem Geiste zu erfüllen. Diese Vorhersagung hat sich aber nicht bewährt, am allerwenigsten beim Militarismus. Wenn eine moderne Institution dem demokratischen und sozialdemokratischen Geiste unzugänglich ist, so ist es der moderne Militarismus. Wir sehen das am deutlichsten in jenen Ländern, die wirklich demokratisch sind, wie die Schweiz und Frankreich, in denen der Militarismus neuerdings in den letzten Jahren nicht in der Entwicklung zur Demokratie begriffen, sondern in der Entwicklung zum Militarismus der monarchischen Staaten. Adler ist da nicht allein auf Marx und Engels zurückgegangen, sondern über sie hinaus zu den Utopisten. Denn die Idee, die Armee mit demokratischem Geist zu erfüllen, erscheint mir als eine starke Utopie. Es wäre gut, über diese Frage einmal in methodischer und geordneter Weise zu sprechen. Die Art, wie es heute geschehen ist, kann nur verwirrend wirken und noch mehr dazu beitragen, in konkreten Fällen das Schwanken einzelner und der Partei selbst zu vermehren.

Wir Abgeordneten haben gewiß eine sehr schwierige Stellung im Parlament. Man hat auch in der Diskussion gesagt, daß wir in der Gesellschaft, in der wir uns befinden, korrumpiert werden. Das ist eine Meinung, die gar nicht so abzuweisen ist. Schlechter Umgang verdirbt die besten Sitten! Das ist ein altes bewährtes Wort und wir haben uns in der Tat gegen die auf uns in verstärktem Maße einstürmenden Einflüsse Oesterreichs zu wehren. Wenn irgend eine Institution, so ist das Parlament sozusagen der Sammelpunkt des korrupten österreichischen Geistes. Es ist gewiß kein Aufenthalt für politische Jungfrauen (Heiterkeit), die Jungfräulichkeit wäre da in der größten Gefahr. (Heiterkeit.) Aber wir können Ihnen versichern, daß wir unsere sozialdemokratische Reinheit heute noch unversehrt erhalten haben. Ich kann Ihnen noch sagen, wenn ich nicht meine Parteipflicht erfüllen müßte, ich würde keinen Augenblick in diesem Hause bleiben, das erfüllt ist von den Miasmen der Verwesung. Fürchten Sie sich übrigens nicht, wir Sozialdemokraten werden uns in dieser Luft nie heimisch fühlen. (Beifall.)

Vorsitzender: Genosse Schäfer (Reichenberg) hat Schluß der Debatte beantragt.

Schloßnikel (Sternberg): Das habe ich mir ja gleich gedacht. (Heiterkeit.) Jetzt, wo die Wiener gesprochen haben, wird abgebrochen. Ich bin dagegen.

Vorsitzender (nach Auszählung): Der Antrag ist mit 50 gegen 28 Stimmen abgelehnt. (Bravorufe.) Sie werden vielleicht diese Abstimmung später bereuen. Das Wort hat Genosse

Dr. Soukup (Prag, tschechisch): Wir sind im großen und ganzen mit der Taktik unserer Abgeordneten einverstanden, weil wir uns bewußt sind, welche schwere Aufgabe sie in diesem Parlament zu erfüllen haben. Diese Aufgabe ist zweifach: sie müssen erstens dem Parlament abzwingen, was sich ihm abzwingen läßt, und sie dürfen dabei doch den Verfallsprozeß Oesterreichs nicht aufhalten. Da wird nun immer auf die Obstruktion hingewiesen, an der sich unsere Genossen hätten beteiligen sollen. In der letzten Session haben die Tschechischnationalen eine Obstruktion inszeniert, die einige Tage und Nächte dauerte. Viele unserer Genossen haben damals gefragt, warum unsere Abgeordneten da nicht mittun. Wir haben ihnen damals ganz präzise erklärt: Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir eine solche Taktik mitmachen, ausgeschlossen, daß unsere Abgeordneten auch nur dem Schein der Lächerlichkeit sich preisgeben, ausgeschlossen, daß sie sich an diesem Hazardspiel beteiligen. Aber was liegt den Tschechischnationalen an diesen Erwägungen! Ihre Obstruktion ist ja vornehmlich aus dem demagogischen Motiv der Mandatsversicherung entstanden und da ist Vernunft nur hinderlich. Aber der zweite Grund der Obstruktion liegt in der Erwägung, daß in dem Augenblick, wo das Zentralparlament zerschlagen wird, eine Oktroyierung der Länderautonomie folgt und daß vor allem der Kaiser sich sofort in Böhmen krönen lassen wird. Nun sind auch wir der Ansicht, daß dieses Parlament zugrunde gehen muß, aber wir wollen ein anderes Zentralparlament, ein demokratisches Zentralparlament, aber ein Zentralparlament. Wir wollen es deshalb, weil das Zentralparlament unsere einzige Hoffnung im Staate ist, weil wir fest überzeugt sind, daß nur durch dieses demokratische Zentralparlament der Grundstein zu einer neuen, modernen Formation Oesterreichs gelegt werden kann. (Beifall.)

Wir können unseren Abgeordneten keine gebundene Marschroute mitgeben, sondern wir müssen ihnen freie Hand geben, in den komplizierten Fragen, die im Parlament zur Verhandlung kommen, selbst den Ausweg zu finden. Wir wissen, daß die Träger der Obstruktion nicht wir sein können, sondern daß es die altösterreichische Staatsidee ist, die sich ausleben und beweisen muß, daß sie nicht entwicklungsfähig ist.

Was jetzt kommen wird, läßt sich bei der unklaren Situation nicht voraussagen. Die Jungtschechen haben zwar, als die deutsche Bourgeoisie ihnen den böhmischen Landtag obstruierte, gedroht, jetzt das Parlament zu obstruieren. Aber diese Drohung ist nicht ernst zu nehmen. Derartige Drohungen der Jungtschechen sind immer nur gewöhnliche konventionelle Lügen. Die Jungtschechen wissen ja selbst nicht, was sie morgen tun werden. Im Klub sind zwei Strömungen, von denen man nie weiß, welche gerade die stärkere ist; die einen wollen das Parlament zerstören, die anderen wollen nichts sein als eine Hofpartei, die für kleine Konzessionen alles tut, was dieses Oesterreich von ihnen verlangt. Mögen sich die Dinge aber entwickeln wie immer, wir haben zu unseren Abgeordneten das Vertrauen, daß sie unsere Interessen vertreten werden. Es wäre allerdings wünschenswert, daß die Abgeordneten auch immer einheitlich und solidarisch vorgehen. Ich bin da verpflichtet, eine Angelegenheit zu berühren, die bei uns böses Blut gemacht hat. Unsere Genossen konnten es nicht begreifen, warum sich zwei sozialdemokratische Abgeordnete so exponierten, daß sie gegen die zweisprachigen Tafeln auf der Lokalbahn Nixdorf—Rumburg stimmten. Es handelt sich doch um eine Verkehrslinie, die alljährlich von Tausenden tschechischer Arbeiter benützt wird, in Orten übrigens, wo Tausende tschechischer Arbeiter wohnen. Und wenn es niemals jemandem eingefallen ist, dagegen zu protestieren, daß in rein tschechischen Gegenden zweisprachige Tafeln angebracht sind, so hätten die Abgeordneten in dieser Frage wenigstens sich nicht so exponieren dürfen.

Schloßnikel: Wir finden es eigentümlich, daß auf den springenden

Punkt der Sache von keinem Redner eingegangen wurde, nämlich darauf, daß unsere Abgeordneten das einfache Rekrutenkontingent beantragt haben. Genosse Austerlitz hat dies mit einem Eifer verteidigt, woraus zu entnehmen war, daß ihm die Sache sehr nahe geht, aber er konnte das Gefühl nicht bannen, daß ein Plutzer gemacht worden ist. Ich finde — und das zeigte dann später auch die Polemik in der „Arbeiter-Zeitung" — daß die Fraktion zu wenig den Zusammenhang mit der Parteivertretung wahrt und daß sie sich immer mit dieser, bevor sie Beschlüsse von so prinzipieller Bedeutung faßt, ins Einvernehmen setzen sollte. Hoffen wir, daß das Resultat der fast zweitägigen Debatte das ist, daß derartige Dinge nicht mehr gemacht werden, welche uns zur heutigen Diskussion geführt haben. Wären unsere Abgeordneten im Einvernehmen mit der Parteileitung vorgegangen, dann wäre die gerade nicht notwendige Zeitungspolemik unterblieben, die in Wien begonnen und ihr Echo in der Provinz gefunden hat, und es wäre dann auch die jetzige Debatte entfallen.

Im Laufe der Debatte wurden unsere im Programm niedergelegten Militärforderungen in einer Weise interpretiert, die es fast schwer machen, mit dem ursprünglichen Texte zu agitieren.

Sehr beschweren muß ich mich noch über etwas anderes. Ich sehe uns einen Weg gehen, der uns nach einem österreichischen Dresden führen wird. Es wird schon ein Unterschied gemacht zwischen Parteigenossen erster und zweiter Güte. Austerlitz vergleicht Winarsky mit einem Kinde, dem man nicht Messer und Gabel geben dürfe. Daszynski spricht in spöttischem Tone von Winarskys „geschätzter Meinung" und von seiner „lorbeerumkränzten Stirn". Darüber lachen die Genossen noch, aber unsere Genossen in der Provinz, die sich ihre einfachen Sitten bewahrt haben, werden dieses Verhalten nicht begreifen und sich darüber ihre Gedanken machen. Wir haben hier auch einen Beweis dafür erhalten, daß in unseren Reihen ein Anflug davon zu finden ist, was man in Deutschland Revision nennt. (Widerspruch.) Pernerstorfer nennt Adler spöttisch den Oberrevisionisten und dieser selbst bezichtigt sich, ein Ketzer zu sein. Es wäre gut, wenn wir da einen Bebel hätten, der diesen Bazillus gründlich unterdrückt. (Beifall und Widerspruch.)

Rießner (Brünn): Ich bin überzeugt, daß die ganze Militärangelegenheit kolossal aufgebauscht wurde. Nicht bloß von Winarsky, sondern auch von einer ganzen Reihe von Parteiblättern. Heute hat ja Genosse Winarsky einiges Wasser in seinen Wein getan, aber auch den anderen ist es so gegangen. Bei mir war das schon früher der Fall, ich habe es mir gleich im Beginn überlegt, dieser Angelegenheit so viel Gewicht beizulegen. Als im September die Anträge gestellt wurden und ich davon Kenntnis erhielt, wollte ich auch einen Artikel im „Volksfreund" schreiben. Nachdem ich es aber einmal gründlich überschlafen hatte, kam ich zu ruhigeren Erwägungen und fand, daß die Sache wirklich vielen Geschreis nicht wert sei. Daß sie dann bei anderen so viel Beachtung gefunden hat, daran sind erstens Mißverständnisse schuld, zweitens aber die Tatsache, daß die Aktion des Verbandes keinen Erfolg hatte. Vor allem deshalb waren die Kollegen unzufrieden. Dazu kam noch, daß unter dem Eindrucke des Dresdener Parteitages unser prinzipielles Gewissen sehr geschärft war und daß wir da plötzlich jede Gegenwartsarbeit ein bißchen mißtrauisch ansehen zu müssen glaubten.

Gegen Winarsky bin ich der Meinung, daß wir der zweijährigen Dienstzeit wohl den Rang einer sozialdemokratischen Forderung zuerkennen müssen. Im Programm steht ja allerdings nichts davon. Aber ist nicht Bebel im deutschen Reichstag oft genug gegen die Militärmißhandlungen eingeschritten, von deren Beseitigung ja auch nichts im Programm steht? Wir müssen alles anstreben, was geeignet ist, die Last und den Druck des Militarismus zu lindern.

Das, was Adler gesagt hat, scheint ja einen richtigen Kern zu haben und sich aus dem Geiste unserer ganzen Auffassung zu ergeben. Nur bedürfte es einer ausführlicheren Begründung, damit keine Mißverständnisse aufkommen können. Das, was er zum Beispiel über das erzieherische Element im Milita-

rismus gesagt hat, das uns auch zugute kommt, daß die Armee in gewissem Sinne auch uns gute Unteroffiziere liefert, damit kann ich mich nicht befreunden. Bisher hat das immer ganz anders gelautet. Bisher hat es geheißen, daß der militärische Drill eine verheerende und verrohende Wirkung übt. (Zustimmung.) Ich erinnere nur daran, wie wir gegen den Dr. **Pattai** losgegangen sind, als er den Krieg ein gesundes Stahlbad nannte. (Rufe: Das ist doch ganz was anderes!) Ich weiß sehr gut, daß Adler das, was er sagte, in einem ganz anderen Sinne meinte; aber man kann es auch leicht mißverstehen.

Genossen Schloßnikels Klage über den schlechten Ton finde ich sehr unberechtigt. Ich habe im Gegenteil einen so ruhigen und sachlichen Parteitag bisher nicht gesehen. Wir sind doch keine zimperlichen Jungferlein, die man in Watte einwickeln muß. (Heiterkeit.) Wir, die wir gegen unsere Feinde einen so kräftigen Ton anzuschlagen gewohnt sind, dürfen doch nicht gleich aus dem Häuschen sein, wenn wir einmal von Freunden ein bißchen derb angepackt werden. (Beifall.)

Weixelberger (Fürstenfeld): Ich möchte auch der Stimmung der Provinz in dieser Frage Ausdruck geben. Die Tätigkeit des Verbandes hat uns durchaus befriedigt. Die Vorwürfe bezüglich der Investitionen sind schon auf dem früheren Parteitag richtiggestellt worden. Solchen Forderungen konnten wir nicht entgegentreten. In der Militärdebatte hat der Verband sicher nicht das bezweckt, was ihm heute unterschoben wurde. Wenn die Fraktion im Parlament den Antrag einbrachte, so glauben wir ihr: sie wollte die bürgerlichen Parteien schuldig werden lassen. Sie hat uns damit einen vorzüglichen Agitationsstoff geboten. Ich glaube kaum, daß Winarsky etwas anderes heraufbeschwören wollte als eine gründliche Debatte über den Militarismus. Ich bin deshalb für den Antrag des Dr. Czech auf Festsetzung dieses Punktes für den nächsten Parteitag. Wir müssen zuerst das Nächstliegende erreichen. Durch das Erlangen des Nächstliegenden wird die ideale Programmforderung nähergebracht. Ich habe Ihnen folgenden Antrag vorzulegen:

> Dem Sozialdemokratischen Verband wird für seine Tätigkeit, insbesondere für das Eintreten seines Vertreters im Budgetausschuß für die Wünsche der Tabakarbeiterschaft das vollste Vertrauen ausgesprochen und selber, respektive sein Vertreter im Budgetausschuß wird ersucht, für die Durchführung der im Monat August laufenden Jahres an die Generaldirektion der Tabakregie eingereichten Petition der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen ganz Oesterreichs betreffs Regelung der unwürdigen Pensionsverhältnisse einzutreten.

Im Laufe dieses Jahres wurde eine große Aktion zur Regelung der unwürdigen Pensionsverhältnisse in den österreichischen Tabakfabriken unternommen. Wir wünschen, daß die Statuten derselben einer Revision unterzogen werden. Gewiß ist es nicht wünschenswert, daß die einzelnen Branchen an den Parteitag herantreten, aber die Tabakarbeiter und ihre Lage verdienen es, daß wir für diese vom Staate Ausgebeuteten eintreten.

Zápotocký (Prag) ersucht die deutschen Genossen, während tschechischer Reden größere Ruhe zu bewahren.

Brodecký (Prag, tschechisch): Der Referent hat gesagt, wir müssen das Parlament als Tribüne benützen, von der zum Fenster hinausgesprochen werden muß. Aber da sehe ich nicht ein, warum man von dieser Tribüne zum Fenster hinaus den Gegnern Argumente reichen muß. Soukup hat schon auf die Angelegenheit der Aufschriften an der Nixdorfer Lokalbahn hingewiesen. Ich führe noch an, daß dieselben beiden Genossen auch für den alldeutschen Antrag auf Errichtung einer deutschen Eisenbahndirektion in Böhmen eintraten. Wenn die Abgeordneten es mit der nationalen Gleichberechtigung so halten, können unsere Genossen den Gegnern natürlich nicht beikommen, wenn sie auf solche Abstimmungen verweisen. Wenn von Plutzern unserer Abgeordneten gesprochen wurde, so vergessen Sie auch die nationalen Plutzer nicht. Bei der Verhandlung über das Rekrutenkontingent wurde uns erzählt, es sei notwendig gewesen, eine den außenstehenden Genossen nicht verständliche

Taktik zu üben. Kurz, es wurde die Angelegenheit zu einer Sache der hohen Politik gemacht, die wir allerdings nicht verstehen.

Dr. Czech (Brünn): Ich habe die Empfindung, daß die Stellung der Partei zum Militarismus auch nach der heutigen Debatte nicht genügend geklärt ist. Da muß ich Genossen Hueber beistimmen. Gerade nach Adlers Ausführungen ist die Debatte noch nötiger. Es wurde gesagt: Wenn man die einjährige Dienstzeit gibt und die Heeresdemokratisierung, dann steuert man der Miliz zu. Als Fachmann — ich wurde zwar aus dem Offiziersstande hinausgeworfen (Heiterkeit) — sage ich Ihnen: Wenn es auch nur eine einjährige Präsenzpflicht gibt, ist daraus beim Geiste des Militarismus keine Miliz zu machen. Ich habe den Antrag gestellt, daß über diese Fragen auf dem nächsten Parteitag gesprochen wird. Ich hätte sogar nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn ein anderer Punkt dieses Parteitages abgesetzt worden wäre und wir jetzt schon eine gründlichere Debatte darüber gehabt hätten. Die zwei Jahre bis zum nächsten Parteitag sind eine lange Zeit. Es muß aber klar sein, ob wir alle noch auf dem Standpunkt „Keinen Mann und keinen Groschen" stehen. (Zwischenruf: Daran halten alle fest!) Das bezweifle ich. Leider fehlt eine Resolution über diesen Punkt. Ich stelle es dem Präsidium anheim, ob es meinen Antrag bei diesem oder aber beim siebenten Punkte der Tagesordnung zur Abstimmung zulassen will. Da es an einer den Standpunkt der Partei zusammenfassenden Resolution fehlt, ist es gut, wenn der Parteitag durch Annahme meines Antrages zu erkennen gibt, daß er die Diskussionen über unsere Stellung zum Militarismus nicht für abgeschlossen erklärt.

Vorsitzender Němec: Wir können auf diesem Parteitag nicht die Tagesordnung des nächsten festsetzen. (Rufe: Warum nicht?)

Dr. Adler: Es besteht kein Hindernis, daß der Parteitag erklärt, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Da der Parteitag die höchste Instanz ist, könnte er es beschließen. Ich nehme also den Antrag Czech in folgender Form auf:

Es wird der Partei empfohlen, die Frage des Militarismus auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Vorsitzender: Gegen diese Fassung des Antrages ist nichts einzuwenden. Ich erteile das Schlußwort dem Genossen

Hannich: Ich werde mich so kurz als möglich fassen. Die Debatte ist weit über das Ziel hinausgeraten, doch sind so viel anregende Gedanken dabei laut geworden, daß ich nicht umhin kann, dem Genossen Winarsky, der mit seinem Stahl diese Funken schlug, ohne jeden Beigeschmack von Satire meinen Dank zu sagen. Von Genossen Schäfer liegt Ihnen folgender Antrag vor:

Der Gesamtparteitag spricht dem Sozialdemokratischen Verbande für seine Tätigkeit und seine Haltung im Parlament das vollste Vertrauen aus.

Mögen Sie selbst entscheiden. Hueber hat uns empfohlen, eine neue Erklärung über den Militarismus zu beschließen, das gehört nicht mehr in den Rahmen meiner Berichterstattung und wird Sache des nächsten Parteitages sein. Ich habe noch auf einige Bemerkungen zweier tschechischer Genossen zu erwidern. Genosse Dr. Soukup hat den Wunsch ausgesprochen, daß, wenn es wieder zu einer Abstimmung über solche Fragen wie Lokalbahn Nixdorf—Schönlinde komme, der Verband geschlossen vorgehe. Für den Antrag Dr. Kindermann-Nowak wegen der Anbringung doppelsprachiger Aufschriften bei der Lokalbahn Nixdorf—Schönlinde haben wir, ich und Genosse Pernerstorfer, dafür gestimmt.

Wir zwei haben das in der festen Ueberzeugung getan, daß wir auf Grund der Brünner Resolution dies tun konnten. Ich bin weder der Autor noch Befürworter der Brünner Resolution gewesen, aber ich glaube heute noch, daß unsere Haltung richtig war. Wenn Sie meinen, daß wir eine andere Haltung einnehmen sollen, so werden Sie gut tun, die Brünner Resolution genauer zu interpretieren. Weiter muß ich sagen, daß man in solchen Sachen nicht übertreiben soll. Dr. Soukup hat erklärt, daß auf dieser Bahn Tausende von Tschechen reisen. Das ist nicht richtig. Es ist eine rein

deutsche Gegend. Sie könnten einen Preis aussetzen und Sie würden von den Tausenden Tschechen blutwenig finden. Bei diesem Kapitel kommt vor allem die Bedürfnisfrage in Betracht. Erwähnt werden muß, daß kurz vorher die aus Landesmitteln erbaute Bahn Melnik—Mscheno nur tschechische Aufschriften erhalten hatte. Der letztere Redner hat uns — nicht in böser Absicht — unterschoben, daß Pernerstorfer und ich für die Einführung einer deutschen Eisenbahndirektion in Böhmen gestimmt haben. Wir haben uns an einer derartigen Abstimmung gar nicht beteiligt, es hat im Hause überhaupt gar keine gegeben. Den Antrag Schäfer anzunehmen, stelle ich Ihnen anheim.

Vorsitzender: Die Debatte ist geschlossen. Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat das Wort Genosse

Dr. Adler: Ich wäre berechtigt, in Form einer tatsächlichen Berichtigung eine zweistündige Rede zu halten, da ich als Revisionist und gar als Oberrevisionist bezeichnet wurde. Gegen eine solche Behauptung kann man in weniger als zwei Stunden schwer operieren. (Heiterkeit.) Es ist mir aber vollständig gleichgültig, wenn diejenigen, die im Revisionismus vernünftige Dinge finden, jede vernünftige Aeußerung sich als revisionistisch aneignen möchten. Weniger gleichgültig ist mir, daß man mir sagte, ich hätte Konfusion gestiftet und nichts zur Klärung beigetragen. Ich gestehe, ich bin nicht hergekommen, um die Frage des Militarismus aufzuwerfen. Das ist meine tatsächliche Berichtigung. (Heiterkeit.) Ich hielt es nur für notwendig, zu zeigen, daß hier tiefere Probleme liegen, als man zu erörtern beliebt hat. Das soll auf dem nächsten Parteitag gründlich besprochen werden. Nur gegen Rießner und Czech möchte ich mich wehren, als hätte ich dem Militarismus besonders erzieherische Wirkungen beigemessen. Ich berichtige tatsächlich (Heiterkeit), daß mir das nicht eingefallen ist. Wohl aber habe ich nicht dem Militarismus, aber der Dienstpflicht, selbst in der heutigen verwerflichen und empörenden Gestalt, gewisse Vorteile nicht abgesprochen. Das halte ich allerdings aufrecht und das stimmt mit der Erfahrung der Genossen überein. Auch dagegen verwahre ich mich, daß man eine Aehnlichkeit mit den „Kanonen gegen Volksrechte" herausfindet, wie ich in der Pause auch hören mußte. Ich trete dem entgegen, daß man aus meinen Ausführungen ableite, daß nicht mehr jeder Mann und jeder Groschen verweigert werden soll. Auch ich würde das in einer derartigen Stellung unbedingt tun und auch energisch wirken, daß überhaupt so wenig Männer und Groschen als möglich bewilligt werden. Das hat die Fraktion getan. (Beifall.)

Vorsitzender: Ich konstatiere, daß das keine tatsächliche Berichtigung war. (Heiterkeit.) Das Wort hat nun zu einer tatsächlichen Berichtigung Genosse

Dr. Ellenbogen: Nicht im Parlament, sondern im Eisenbahnausschuß wurde über die deutsche Eisenbahndirektion abgestimmt und ich stimmte dafür. Es war ein Antrag der Deutschen. Ich konstatiere aber, daß Tschechen und Polen entsprechende Direktionen in Böhmen und Galizien beantragten. Ich habe auch dafür gestimmt. (Heiterkeit.)

Abstimmung.

Antrag Schäfer einstimmig angenommen.

Antrag Weirelberger dem Verband zugewiesen.

Antrag Adler-Czech angenommen.

Begrüßungen sind noch eingelangt aus Zürich, Dornbach, Pilsen, Sebenico, Laibach, Buchdruckereihilfsarbeiter Böhmens, Mödling, Saaz, Spital und von der Redaktion des „Naprzod". Hierauf schließt Vorsitzender Němec die Sitzung.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: **Tomschik.** Es wird beschlossen, den fünften Punkt: **Die Wahlrechtsbewegung,** vorzunehmen.

Schriftführer **Schrammel** verliest eine Kundgebung der Frauenkonferenz an den Parteitag:

Die Vertreterinnen der Sozialdemokratinnen Oesterreichs erklären, mit besten Kräften dahin wirken zu wollen, daß das Klassenbewußtsein immer weitere Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen erweckt und ihnen Verständnis für die Vorgänge des öffentlichen Lebens vermittelt werde. Sie wollen die Frauen wie bisher und, wo dies möglich ist, in höherem Maße als bisher aneifern, an allen politischen Tagesfragen Anteil zu nehmen und insbesondere die männlichen Genossen in ihren Wahlkämpfen wirksam und opferfreudig zu unterstützen. Zugleich aber erklären sie es für dringend notwendig, daß die proletarischen Frauen ihre eigenen politischen Rechte in Anspruch zu nehmen lernen und bereit seien, bei jeder Gelegenheit für die Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter und insbesondere nach dem Wahlrecht der Frauen einzutreten. Die Konferenz spricht zugleich die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Männer in höherem Maße als bisher die Frauen in dieser Aufgabe unterstützen und bei jeder Gelegenheit für die rechtliche und politische Gleichstellung der Geschlechter eintreten werden, wie das Programm der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich es von ihnen verlangt und wie sie es wiederholt auf unseren Parteitagen beschlossen haben.

Nur wenn alle Parteigenossen ohne Unterschied des Geschlechtes ihre volle Kraft einsetzen, wird es uns gelingen, das was bisher nur an unseren prinzipiellen Forderungen toter Buchstabe geblieben ist, in lebendige Tat umzuwandeln.

Sodann erstattet das Referat in tschechischer Sprache

Vaněk: Es sind jetzt acht Jahre, seitdem wir uns die erste Abschlagszahlung auf unsere Forderung von den herrschenden Klassen aufzwingen ließen, jene fünfte Kurie, die man uns statt des gleichen Wahlrechtes aufgezwungen hat. In diesen acht Jahren haben wir wiederholt den Versuch gemacht, die politische Uebermacht der Besitzenden zu brechen und die politischen Rechte der Besitzlosen zu erweitern. Aber leider muß konstatiert werden, daß unser Streben in den früheren Aktionen nicht jene Gestalt annahm, die erforderlich gewesen wäre. Wir sind vielfach bei den breiten Schichten des arbeitenden Volkes nicht dem genügenden Verständnis begegnet. Unsere Genossen waren zwar immer auf dem Platze, aber nicht immer war auch das Interesse der Massen zu wecken. In letzter Zeit ist es besser geworden. Die Bewegung, welche am 26. Juli durch Massenversammlungen in größeren Städten eingeleitet worden ist, nahm erfreulicherweise zu und fand in den breiten Massen des arbeitenden Volkes einen stürmischen Anklang. Das zeigt uns, daß es unsere nächste Aufgabe sein muß, die Massen zum politischen Bewußtsein zu bringen. Wenn die herrschenden Klassen wieder den Schwindel von 1895 wiederholen, den Wahlrechtsraub nun bei der Wahlreform für den Landtag und die Gemeindevertretungen erneuern wollen, indem sie uns wieder die fünfte Kurie und den vierten Wahlkörper hinwerfen, so können sie das nur deshalb, weil wir nicht genug Widerstand entgegenstellen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen uns, daß der Appell an die Vernunft, den Gerechtigkeitssinn und die fortschrittliche Gesinnung immer vergebens ist. Was die Arbeiter errungen haben, haben sie nur durch energischen, opfervollen Kampf errungen, und auch in Zukunft wird der Satz gelten, daß wir nur dann genug stark sind, wenn wir unsere Waffen zu führen wissen. Lassalle hat den Arbeitern gesagt: Ihr müßt eure ganze Kraft auf diesen

einen Punkt konzentrieren. Ihr müßt so lange nur an das allgemeine Wahlrecht denken, bis ihr es errungen habt. Dieser Rat unseres großen Politikers wurde von uns leider nicht genug beherzigt. Allerdings, unsere Aufgaben sind heute viel zahlreicher, so daß wir wirklich nicht mehr imstande sind, alle unsere Gedanken auf den einen Punkt zu konzentrieren. Die Aktionen gegen den Militarismus, gegen die Zollerhöhung, gegen den Klerikalismus, die Aktion für die Altersversicherung haben unsere Aufmerksamkeit doch einigermaßen vom Kampfe für das Wahlrecht abgelenkt. Aber es ist doch eine systematische Arbeit notwendig, wenn man einen Erfolg erzielen will. Jedenfalls darf man es nicht so tun, wie man es bis jetzt getan hat. Die Reichsparteivertretung hat den nationalen Exekutiven mitgeteilt, daß beschlossen wurde, eine solche Aktion zu unternehmen. Aber weiter hat sie nichts getan. Mit Mühe haben wir tschechischen Sozialdemokraten es durchgesetzt, daß wenigstens die Einleitung des Kampfes überall einheitlich sei. Aber dann ist nichts weiter geschehen, als daß eine Anzahl Versammlungen stattfand. Ich meine, daß wir endlich mit mehr Nachdruck den Kampf aufnehmen sollen. Die Blätter sollen eine ständige Rubrik dafür haben, die Parteileitung soll eine Broschüre über das allgemeine Wahlrecht herausgeben, ein Musterreferat für Genossen, die halbwegs nur in Versammlungen referieren können, sie soll immer wieder die Arbeiter auf die Ungerechtigkeit der Wahlordnung erinnern. In jedem öffentlichen Lokal, in jeder Arbeiterwohnung sollen die Ziffern, die das Wahlunrecht veranschaulichen, uns vor die Augen treten. Die Ziffern: 19 Großgrundbesitzer wählen einen Abgeordneten, 70.000 Arbeiter wählen auch nur einen Abgeordneten! sollten in jeder Arbeiterwohnung, in jedem öffentlichen Lokale, auf jeder Wand anstatt des Haussegens angebracht sein. (Heiterkeit.)

In Brünn ist für das Wahlrecht bereits Blut geflossen. Wir dachten, daß nun der Kampf in ganz Oesterreich entbrennen werde. Aber kein Widerhall erfolgte in den großen Städten, kein Widerhall zeigte sich namentlich in Wien, dem Zentrum unserer Bewegung. Die Wahlrechtsbewegung ist dadurch auf einen toten Punkt gekommen. Es ist nicht mehr das nötige Feuer da. Unsere Aufgabe ist, dem Feuer der Wahlrechtsbewegung neue Nahrung zuzuführen, damit es nicht nur hie und da aufflackere, sondern daß es bald in ganz Oesterreich zu einer mächtigen Flamme werde. (Beifall.)

Ein Fehler ist, daß, wenn vom allgemeinen Wahlrecht gesprochen wird, unsere Genossen immer nur an das Reichsratswahlrecht denken. Die Landtage und die Gemeindevertretungen werden ganz vergessen, obwohl es für uns auch von der größten Bedeutung ist, in diesen Körperschaften Einfluß zu gewinnen. Die Gemeindeverwaltung ist gerade für uns die nächste Gemeinschaft und darum in gewissem Sinne wichtigste Körperschaft. Die Vergeudung des Gemeindevermögens durch die herrschenden Cliquen, die Ueberwälzung der Gemeindelasten auf die Arbeiter, die schmähliche Armenversorgung, der Mangel jeder Sozialpolitik, die Kommunalpolitik zugunsten der Bäcker, Gastwirte, Fleischer, Hausbesitzer, die skandalösen Wahlmißbräuche: alles das sollte uns begreiflich machen, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter endlich eine Kontrolle über die Gemeinderegierung gewinnen. Wir in Böhmen haben da sehr wertvolle Erfahrungen gemacht. In Žižkov wurden bei den letzten Wahlen der fünften Kurie sozialdemokratische Stimmzettel von den Kommissionsmitgliedern in den Kanal geworfen. (Hört! Hört!) Der Regierungsvertreter mußte davon wissen, aber er hielt es nicht für notwendig, einzuschreiten. Die Sache ist erst nach Jahren bekannt geworden, als sich die Gemeindevertreter untereinander zerstritten und dann die Geheimnisse der Korruptionswirtschaft verrieten. Derselbe Schwindel wurde auch in Karolinenthal und in vielen anderen Orten begangen. Auch den Landtagen müssen wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden, schon deshalb, weil ja vom Landtagswahlrecht vielfach das Reichsratswahlrecht abhängt. In Böhmen wurde bis zum Jahre 1901 für den Landtag und daher auch in der fünften Kurie des Reichsrates indirekt gewählt, erst jetzt ist das direkte Wahlrecht eingeführt. Und in Mähren muß

noch immer der Wähler, wie ein Schulbub seine Lektion, bei der Wahlurne die Namen der Wahlmänner hersagen. Wieviel Stimmen wir auf diese Weise verlieren, läßt sich leicht ermessen, wenn man bedenkt, in welcher Abhängigkeit gerade auf dem Lande die besitzlosen Schichten sind.

Auf wessen Hilfe können wir nun bei diesem Kampfe zählen? Gibt es außer der Arbeiterschaft noch eine Schichte, die an einem anständigen Wahlrecht ein Interesse hätte? Es gibt doch noch bürgerliche Parteien, die gern mit ihrer demokratischen Gesinnung prunken, ja sogar einmal für das allgemeine Wahlrecht eingetreten sind! Aber wir haben im Laufe der Zeit eingesehen, daß das nur leere Prahlerei und Betrügerei ist und daß keine bürgerliche Partei aufrichtig für das gleiche Wahlrecht ist. Auch die sogenannten demokratischen Parteien sind im Wesen reaktionär und ihr Demokratismus reicht nur so weit, als sie noch die Hoffnung hegen, indifferente Arbeiter für sich zu gewinnen und ihren politischen Einfluß für ihre Kasseninteressen mißbrauchen zu können. Unsere Jungtschechen zum Beispiel haben lange die Welt getäuscht, indem sie sich stellten, als ob sie für das allgemeine gleiche Wahlrecht seien. Aber je stärker die Sozialdemokratie geworden ist, welche bekanntlich von den kleinbürgerlichen Unternehmern ausgebeutete wehrlose Lehrlinge, Frauen und Arbeiter kräftig zu schützen weiß, um so mehr hat die Liebe der Jungtschechen für das allgemeine Wahlrecht nachgelassen. Sie sind jetzt so tief gesunken, daß sie, wie die Klerikalen, Alttschechen, Agrarier, nur noch eine „gerechte" Wahlrefom verlangen, was in der Praxis so viel bedeutet, daß sie für die Erhaltung der Privilegien der Besitzenden sind. Und die Deutschfortschrittlichen? Nun, die haben nie ein Hehl daraus gemacht, wie weit es mit ihrer fortschrittlichen Gesinnung her ist. Im böhmischen Landtag haben sie jetzt Obstruktion gemacht, um die Wahlreform der Jungtschechen, die das Wahlrecht der Ehrenbürger aufheben wollten, zu verhindern. Es ist ja bezeichnend, daß die Jungtschechen keine andere Wahlreform zu machen wußten, und noch interessanter, daß sie, die in Mähren das Recht der Ehrenbürger genau so mißbrauchen, sich dagegen wehren, daß die Deutschliberalen dasselbe in Böhmen machen. Im mährischen Landtag sind die Tschechen und die Deutschen darangegangen, Frieden miteinander zu schließen. Sie haben aber den ganzen nationalen „Ausgleich" dem Wahlreformausschuß übergeben, was für sie die angenehme Folge hat, daß der Ausschuß für längere Zeit nicht dazu kommen wird, sich mit der Wahlreform zu beschäftigen, weil er überhaupt nicht gewillt ist, etwas Vernünftiges in der Wahlrechtsfrage zu tun.

Keine der bürgerlichen Parteien kommt also bei einem Kampfe für das Wahlrecht für uns in Betracht. Wir werden in diesem Kampfe ganz allein stehen, uns ganz allein auf unsere Kraft verlassen müssen. Ein kleines Häuflein fortschrittlicher Leute in Böhmen hat eine Liga für das allgemeine Wahlrecht gegründet. Aber sie finden kein Verständnis bei der sogenannten Intelligenz. In der Versammlung, die sie veranstalteten, haben sich nur die Arbeiter eingefunden, die Professoren, Beamten, Advokaten, Studenten haben sich bis auf eine ganz kleine Anzahl ferngehalten. Die Arbeiter haben also auch da auf keine Hilfe zu rechnen und sind angewiesen, ihre historische Aufgabe, die Träger des Fortschrittes und der Demokratie zu sein, allein durchzuführen. Da ist es aber um so notwendiger, daß die Arbeiterschaft mit aller Energie diesen Kampf führte. Die Stimme der Vernunft wird nicht gehört. Es ist derselbe Prozeß wie in dem Kampfe für die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter. Da können die Arbeiter jahrelang an den gesunden Verstand der Arbeitgeber, an ihr Christentum und Mitleid appellieren; sie können in einem fort klagen, daß sie bei den Hungerlöhnen samt ihren Frauen und Kindern zugrunde gehen, sie können immer und immer darauf hinweisen, das die Erhaltung ihrer Gesundheit ein eminentes Interesse des Staates und der Gesellschaft ist: sie stoßen nur auf steinerne Herzen, taube Ohren und blinde Augen der Unternehmer. Erst dann, nachdem die Arbeiter entweder gut organisiert ihre Forderungen aufstellen oder nötigenfalls zu dem äußersten Mittel, dem Streik, zur Verweigerung der Arbeit greifen, erst dann sind die Besitzenden geneigt, zu verhandeln und Konzessionen zu machen. Im

politischen Kampfe ist es nicht anders. Solange wir unsere Rechte nur akademisch, in den Versammlungen und Resolutionen reklamieren und die Machthaber mit Beweisen des gesunden Verstandes überzeugen wollen, so lange wollen sie nicht sehen und hören. Die Wahlrechtsfrage ist eine reine Machtfrage. Darum wird es notwendig, auch zum anderen Mittel zu greifen und die Verweigerung der Arbeit auch in den Dienst des politischen Kampfes zu stellen. Wann und wie, ist eine Frage der Zukunft, welche aber beizeiten in unseren Organisationen ventiliert werden muß. Schon die Diskussion über diese Frage wird für die Aufklärung der Massen von großem Nutzen sein. Ich bin überzeugt, daß wir in Zukunft auch vor diesem äußersten Mittel nicht werden zurückschrecken können und daß sich die Dinge bei uns nicht anders entwickeln werden als in Belgien, wo die Arbeiter durch den allgemeinen Streik für das Wahlrecht kämpften. Man kann mir einwenden, daß auch in Belgien damit nichts erreicht wurde. Gewiß, der Versuch ist in Belgien nicht gelungen. Aber das spricht nicht gegen das Mittel, daß es nicht gleich zum Ziele führt. Der Gebrauch jeder Waffe erfordert eine gewisse Uebung, eine gewisse Schulung. Wir werden auch dieses Mittel gebrauchen lernen. Und wenn wir nicht sofort Erfolge erringen können, so werden doch unsere Bataillone im Kampf ihre Kraft erproben und sich für den späteren, siegreichen Kampf schulen. Dieser äußerste Kampf wird uns nicht erspart bleiben. Darum müssen wir uns beizeiten darüber klar sein, darüber nachdenken und in den Organisationen darüber beraten, kurz, die Arbeiter vorbereiten auf das, was kommen muß und kommen wird. (Beifall.)

Ich beantrage folgende Resolution:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, abgehalten in Wien, 9. November 1903, erklärt:

Die vornehmste Aufgabe des gesamten Proletariats Oesterreichs ist die Erringung des gleichen Wahlrechtes in alle Vertretungskörperschaften, als eines der Mittel zur Erreichung des Endzieles der klassenbewußten Arbeiterschaft: die Befreiung der Arbeit und des Proletariats aus dem Joche der kapitalistischen Ausbeutung durch Beseitigung der bisherigen Produktionsweise und Ersetzung derselben durch sozialistische Einrichtungen, welche allein eine freie und gesunde Entwicklung sowohl einzelner als auch ganzer Nationen gewährleisten.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft konstatieren mit Genugtuung, daß die von der Partei inszenierte Bewegung für das gleiche Wahlrecht in den breiten Massen des arbeitenden Volkes ein stürmisches Echo fand, welches von neuem kategorisch die Regierung und die ihr verantwortlichen Kreise an ihre Pflicht mahnt, den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft sich nicht zu widersetzen und in den Wahlordnungen das gleiche Wahlrecht, welches der einzige Ausweg aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruche des Staates ist, durchzuführen.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft konstatieren gleichzeitig aber, daß der Verlauf und die Ergebnisse des Kampfes für das gleiche Wahlrecht Zeugnis ablegen, daß die Bourgeoisie aller Nationalitäten samt ihren kleinbürgerlichen Trabanten sowie auch der Klerus und die Bureaukratie ihrer historischen Aufgabe, die Lakaien und Schildträger der Reaktion zu sein, treu geblieben sind. In allen Orten und Ländern Oesterreichs, auch in den vorgeschrittensten, blieben diese Faktoren gegenüber der Bewegung Hunderttausender ärmerer ihrer Mitbürger für die Gleichberechtigung taub und blind; ja in einer ganzen Reihe von Fällen versuchten sie den einmal schon durchgeführten und deshalb bewährten Raub an den Volksrechten mit der Einführung einer allgemeinen Kurie in die Gemeinde und den Landtag zu wiederholen, wobei sie von der reaktionären Regierung Koerber unterstützt werden. Die listige und verschlagene Handlungsweise dieser Schichten in dieser Frage der echten Demokratie legte dem Proletariat die Pflicht auf, mit aller Energie die Wiederholung

dieses Raubes zu vereiteln und die Schärfe seines gerechten Zornes gleich rücksichtslos gegen die bürgerlichen politischen Parteien sowie auch gegen alle ausgesprochenen Feinde des Fortschrittes und der bürgerlichen Gleichberechtigung, gegen den Adel, die Kapitalisten und Regierungskreise zu wenden.

Indem die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft den Opfern des unvernünftigen und gehässigen Eingreifens der Organe der Machthaber in den mannhaften Wahlrechtskampf der Arbeiter ihre brüderlichen Sympathien aussprechen, warnen sie vor der Anwendung von Gewaltmitteln gegen die Arbeiter in der Ueberzeugung, daß Gewalt wieder nur Gewalt erzeugt.

Die Vertreter der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft sprechen wiederholt ihre Ueberzeugung aus, daß, solange nicht das gleiche Wahlrecht und die Beseitigung der Privilegien der Geburt und des Besitzes errungen werden, nicht erwartet werden kann, daß die unfähigen gesetzgebenden Vertretungskörper an die Lösung der dringendsten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen der Zeit herantreten werden. Privilegien führen immer zur Selbstbereicherung, zur Korrumpierung und Entartung des ganzen öffentlichen Lebens.

Der Parteitag fordert daher die gesamte Arbeiterschaft aller Nationalitäten Oesterreichs auf, in dem energisch eingeleiteten Kampfe für das gleiche Wahlrecht in die Gemeinde, das Land und Reich womöglich noch energischer durch Veranstaltungen von Manifestationen, Meetings und Volksversammlungen, durch mündliche Agitation und die Presse auf der ganzen Linie fortzufahren, ihn zu steigern und vor keinem Opfer im Kampfe für diese ihre wichtigste Forderung zurückzuschrecken. Sollte kein anderes Mittel übrigbleiben, ist beizeiten zu erwägen, ob es nicht notwendig wäre, wie häufig im wirtschaftlichen, so auch in diesem politischen Kampfe, zur Erringung der Volksrechte das äußerste Mittel anzuwenden.

Der Parteitag fordert endlich das gesamte Proletariat Oesterreichs auf, unter allen Umständen sich für die kommenden schweren und siegreichen Kämpfe durch Ausbau einer festen politischen und gewerkschaftlichen Organisation und Vervollkommnung seiner Presse sich vorzubereiten und kampfbereit zu halten.

Špera (Brünn, tschechisch): Die Stimmung zum Kampfe für die Wahlreform war im Volke vorhanden, wenn auch der Referent das bestreitet. Aber wir selbst haben das Volk zurückgehalten. Wir warteten, was in Wien geschehen werde. Aber in Wien ist dann die Bewegung plötzlich schwach geworden und so hat dann auch die Bewegung in der Provinz nachgelassen. Wenn die Wiener Genossen vorangmarschiert wären, so wären wir draußen mit Begeisterung losgegangen. Der Fehler lag bei der Leitung der Partei und es wäre zu wünschen, daß diese Leitung in Zukunft etwas energischer und zielbewußter wäre, dann würde auch das Vorgehen in der Provinz einheitlicher sein können.

Habermann (Pilsen, tschechisch): Ich kann den Ausführungen des Referenten nicht zustimmen. Der Gedanke des gleichen Wahlrechtes gewinnt meiner Ueberzeugung nach immer mehr Boden. Auch die Landtage müssen sich jetzt mit der Wahlreform beschäftigen. Gestern zum Beispiel wurde dazu der steirische Landtag gezwungen. Es ist allerdings notwendig, die Bewegung nicht aufhören zu lassen. Auch ich lege besonderes Gewicht auf die Wahlen in die Gemeindevertretungen. Solche Gemeinden wie Žižkov gibt es in Böhmen eine ganze Menge. Schon deshalb ist es notwendig, eine Wahlreform für die Gemeinden zu erstreben. Mit dem, was der Referent über die Notwendigkeit schärferer Mittel gesagt hat, stimme ich vollkommen überein. Daß man, wenn man nur will, auch ernste Kämpfe durchführen kann, zeigt uns der Bierboykott, den wir in Böhmen mit einem solchen Erfolg durchgeführt haben. Durch diesen Kampf wurden die Landesfinanzen sehr in Mitleidenschaft gezogen. Es wäre gut, darüber nachzudenken, ob man nicht mit diesem Kampfesmittel einen Erfolg erzielen könnte. Genosse Špera hat darauf hingewiesen, wie wichtig es für die Wahlrechtsbewegung ist, daß die Wiener Arbeiter an der Spitze

marschieren. Ich stimme dem zu und wünsche nur, daß die Wiener Genossen endlich uns die Parole geben zum Kampfe, wir werden gewiß alle auf unserem Platze sein.

Genossin **Schlesinger** (Wien): Der Punkt, den wir jetzt behandeln, steht mit dem gestrigen Thema in engem Zusammenhang. Gestatten Sie mir daher, daß ich deshalb auch auf die gestrige Debatte zurückgreife. Die Kritik, die Winarsky an der Tätigkeit unserer Fraktion verübt hat, hat nicht nur, wie Adler sagte, auf das Problem hingewiesen, wie sich die Sozialdemokratie zu der Militärpolitik im allgemeinen verhält, sondern auch auf das noch viel tiefere Problem, wie revolutionäre Taktik mit praktischer Tagespolitik zu vereinen sei. Wenn Ellenbogen gesagt hat, der Standpunkt Winarskys bedeute in seiner letzten Konsequenz die Uebereinstimmung mit der Anschauung der Unabhängigen, welche alle parlamentarische Tätigkeit als opportunistisch zurückweisen, so gibt es doch wohl niemanden in diesem Saale, der auf diesem Standpunkt steht. Aber dieses Kurienwahlrecht hat den Konflikt zwischen revolutionärer und praktischer Tätigkeit verschärft. Ich glaube wirklich, daß die Politik, welche unsere Fraktion geübt hat, nicht allen Genossen genug klar und verständlich war; daran aber ist nicht unsere Fraktion, sondern die fünfte Kurie schuld. Die Machtlosigkeit, zu der uns diese verurteilt, bewirkt nur zu oft, daß unsere Abgeordneten mit dem ganzen Aufgebot unserer Kampfesmittel kleine und leider oft auch kleinliche Vorteile erzielen müssen. Wir wissen also, wohin wir uns mit unserer Unzufriedenheit zu wenden haben. Diese Unzufriedenheit soll als ein Feuer in unsere Wahlrechtsbewegung einschlagen. Nur einige Worte noch zu der Resolution der Frauenkonferenz. Sie enthält nichts als Selbstverständlichkeiten, die anzunehmen jeder Sozialdemokrat sich längst verpflichtet hat. Wenn Sie dafür stimmen, daß diese Resolution durch den Gesamtparteitag zur Kenntnis genommen wird, dann erwarten wir von Ihnen allerdings auch die Erfüllung ihres Inhaltes. Genosse Adler hat in seinem großen Herz Platz für die Resolution, er hat ja schon in Graz einen ähnlichen Beschluß empfohlen; der wurde angenommen, aber, wie mancher andere, bisher nicht in Tat umgesetzt. Stimmen Sie heute für diese Resolution, so müssen Sie auch darnach handeln. Wer das nicht tun will, stimme lieber ehrlich dagegen.

Dolezel (Wien, tschechisch): Der Referent hat erwähnt, das die tschechische Exekutive die Reichsparteivertretung immer drängen mußte, daß sie doch etwas tue. Wir tschechischen Sozialdemokraten in Wien haben eine Reihe von Versammlungen in Wien abgehalten, zu denen wir Genossen Vaněk aus Prag als Referenten bestellten. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat unsere Versammlungen totgeschwiegen. Ich stelle daher folgenden Antrag:

> Der Parteitag beschließt, daß in allen täglich erscheinenden Blättern der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs eine ständige Rubrik für das allgemeine Wahlrecht einzuführen sei, unter der jede Wahlrechtsbewegung veröffentlicht werden soll.

Dr. Morgenstern (Mähr.-Schönberg): Als wir in der Provinz das Zirkular der Parteivertretung erhielten, daß die Partei in die Wahlrechtsbewegung eintrete, da sagten wir: Endlich! Es hat lange gedauert. Schon auf dem Grazer Parteitag wurde sie beschlossen. Mit dem bisherigen Verlauf sind wir sehr wenig zufrieden. Dieser Vorwurf richtet sich vor allem gegen die Presse. Namentlich unser führendes Zentralorgan könnte da mehr leisten, als es bisher getan hat. Es geht doch nicht an, die Wahlrechtsbewegung dann und wann mit drei oder vier Zeilen zu betreiben. Ich wünsche nur, die Genossen der „Arbeiter-Zeitung“ mögen darauf bedacht sein, daß sie durch eine starke Betonung in der Presse die Wahlrechtsbewegung am wirksamsten fördern können. Betrachten Sie nur, wie viel Reklame die Alldeutschen mit ihrer „Los von Rom“-Bewegung zu machen verstehen und wie kärglich unsere Wahlrechtsversammlungen von der „Arbeiter-Zeitung“ erwähnt werden. In der Provinz sagt man, die Bewegung wird nicht mit dem genügenden Eifer geführt. Die Versammlungen allein genügen nicht. Schließlich wenn die Leute in den Versammlungen fünf, sechs Jahre dasselbe erzählt erhalten!

(Austerlitz: Auch die Leser!) Die Wahlrechtsbewegung muß überhaupt in den Großstädten am lautesten vor sich gehen, die Provinz ist dazu weniger geeignet. Aber vor allem ist es endlich an der Zeit, daß die Wahlrechtsfrage im Parlament aufgerollt werde. Man vertröstet uns immer auf den richtigen Moment. Ich glaube, mit dem fortwährenden Warten auf eine günstige Gelegenheit wird schließlich jede Gelegenheit verloren gehen. Erst wenn von der Tribüne des Parlaments die rechten Worte fallen, wird die Wahlrechtsbewegung ordentlich vorwärtsgehen. Damit, daß unsere Abgeordneten bei jeder Frage auf das Wahlrecht hinweisen, wird die Wahlrechtsbewegung nicht so gefördert, als wenn in einer einheitlichen Debatte, sagen wir auf dem Wege eines Dringlichkeitsantrages, die ganze Frage aufgerollt wird und dann draußen das Echo erweckt wird. Erinnern Sie sich an die Wirkung der einstigen Reden Pernerstorfers im Parlament in den Jahren 1895 und 1896. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch noch an den beim vorigen Gesamtparteitag angenommenen Antrag erinnern, der sich mit der Beseitigung der ärgsten Uebelstände in den bestehenden Wahlordnungen befaßt. Von unserem mährischen Landtag ist eine Reform nicht zu erzielen. Den vorigen Wahlrechtsausschuß haben die Tschechen gesprengt, jetzt werden ihn die Deutschen sprengen. (Zwischenruf: Das ist nationale Gleichberechtigung! — Heiterkeit.) Wenn man erwägt, daß die meisten Landtage schon an die Einführung der direkten Wahlen geschritten sind, so bleiben nur wenige Landtage, die zu dieser notwendigen Arbeit nicht fähig wären, übrig, und es dürfte doch nicht ganz aussichtslos sein, die Arbeit im Parlament zu lösen. (Zwischenruf: Aber! Aber!) Auf die Regierung können wir in Bezug auf die Wahlreform nicht rechnen. Koerber hat zwar einmal mit der Einführung des Wahlrechtes gedroht, heute jedoch steht er auf dem Standpunkte der Einführung dieser miserablen fünften Kurie in die Landtage, er will das Badenische Unrecht also noch befestigen. Mit dem Absatz, daß der Generalstreik auch ins Auge gefaßt wird, erkläre ich mich vollständig einverstanden. Trotz aller Erfahrungen in Belgien, Frankreich, Spanien bin ich der Meinung, daß es ohne dieses Mittel nicht gehen wird. Wir müssen endlich wie die Genossen im Ausland zu den äußersten Mitteln greifen. Die herrschenden Klassen sollen sehen, daß wir für diese Forderung mit unserer ganzen Energie kämpfen wollen. (Bravo!)

Behr (Krumau): Ich bin auch der Meinung, daß es im Interesse der Wahlrechtsbewegung läge, wenn im Parlament eine Aktion erfolgte, aber sie müßte mit Wucht und Nachdruck eingeleitet werden. Die Bewegung geht naturgemäß von den großen Städten aus. In den Provinzen sind breite Schichten noch ohne Verständnis der Notwendigkeit des Wahlrechtes. Die Partei müßte mehr Agitation auf jene brachliegenden Bezirke wenden, wo der Industrialismus noch schwach entwickelt und wo es daher schwerer ist, große Massen zu organisieren. Es müßten dorthin bekanntere Redner entsendet werden. Früher ist das geschehen und da ist es doch gelungen, Tausende von Menschen zusammenzubringen, die oft meilenweit herbeikamen. Auch heute wäre das möglich, wenn wir die entsprechenden Referenten hätten, deren Popularität die Massen herbeizieht. Man sagt immer: Das geht nicht; die paar Abgeordneten, die wir haben, sind mit Geschäften und agitatorischer Arbeit so überhäuft, daß da nichts zu machen ist. Da muß doch wenigstens das denkbar Mögliche geleistet werden. Die indifferente Masse kommt eben nur, wenn ein bekannter Name sie lockt.

Noch eine Frage möchte ich berühren: ob es nämlich nicht notwendig wäre, im Kampfe das *äußerste Mittel* anzuwenden. Damit kann nur gemeint sein: der *politische Generalstreik*. Diese Frage wird immer wieder auftauchen, wir kommen darüber nicht hinweg. Auch die Genossen im Deutschen Reiche erwägen bereits, was zu tun wäre, wenn die Reaktion es unter dem Eindruck der gewaltigen Siege wagen sollte, das Wahlrecht anzutasten. Ich weiß, daß wir nicht heute oder morgen mit dem Generalstreik beginnen können. Aber immer müssen wir unsere Genossen auf dieses letzte Mittel hinweisen, sie allmählich mit diesem Gedanken vertraut machen, ihnen allmählich zum Bewußtsein bringen, daß in der Politik ebenso wie in

der gewerkschaftlichen Bewegung der Streik das letzte Mittel ist. Es ist die einzige Art, wie wir Revolution machen können; Revolutionen mit Gewalt sind heute nicht mehr möglich. Und um den Generalstreik möglich zu machen, müssen wir mit leidenschaftlichem Eifer politisch und gewerkschaftlich organisieren (Hueber: Soldaten bewilligen und Generalstreik!), und zwar nicht bloß in den großen Städten, sondern auch in der Provinz und selbst dort, wo keine großen Industriebezirke sind. (Beifall.)

Prähauser (Salzburg): Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, weil mir die Resolution zu inhaltslos scheint. Was empfiehlt man uns denn? Nichts anderes, als was wir bisher unablässig und unermüdlich getan haben. Ich habe mich oft darüber gewundert, wie die „Arbeiter-Zeitung" es zusammenbringt, so alle Tage dasselbe Thema zu variieren. Die Sache muß ja den Genossen dort schon vor Ekel beim Halse herauswachsen. Wir haben alles gemacht. Pfui! gerufen, vor den Fenstern der Reaktionäre demonstriert. Immer und immer wieder. Bisher hat nichts geholfen. Ja, was soll man zum Schluß tun? Die Resolution läßt durchblicken, daß wir einmal zum Generalstreik greifen können. Dagegen bin ich nun entschieden. Warum sollen wir Proletarier uns selbst das Blut abzapfen, wenn wir Gelegenheit haben, unseren Gegnern das Messer in den Leib zu rennen? Wir haben in allen größeren Städten und Industrieorten die Konsumvereine, in kleineren Orten gibt es kleine Geschäftsleute, welche mit unseren Bestrebungen sympathisieren, bei diesen soll die Arbeiterschaft einkaufen.

Das sind die Mittel, unser borniertes Kleinbürgertum kirre zu machen, es dafür zu züchtigen, daß es solche Vertreter ins Parlament entsendet. Für das Frauenwahlrecht bin ich ganz entschieden. Es ist ja richtig, daß die Frauen mit ihrer Frömmigkeit den Klerikalen leicht zur Beute werden. Aber gerade in der Konsumvereinssache sind sie ein maßgebender Faktor, und damit können sie sehr leicht gewonnen werden. Keineswegs dürfen wir es so machen wie die belgischen Genossen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Schrammel (Aussig): Ich halte es für verfehlt, daß hier wieder wie auf jedem Parteitag vom Generalstreik gesprochen wird. Unsere Aufgabe ist, unsere Organisationen besser auszugestalten und dann werden wir schon sehen, was zu geschehen hat. Vorläufig ist es Sache der Vertrauensmänner der verschiedenen Organisationen, die Massen darüber zu belehren, wie notwendig eine Wahlrechtsbewegung ist. Von Genossen Morgenstern wurde hier gesagt, daß in der „Arbeiter-Zeitung" zu wenig Propaganda für das Wahlrecht gemacht wird und daß eine derartige Parlamentsdebatte belebend wirken würde. Ich glaube, es ist geschehen, was getan werden konnte. Kein Artikel der „Arbeiter-Zeitung" ist erschienen und keine Rede im Parlament gehalten worden, wo nicht schließlich auf die Schädlichkeit des heutigen Wahlsystems hingewiesen worden wäre. Mehr kann nicht mehr geschehen. Was hätte im Parlament in den letzten Jahren eine Aktion für das gleiche Wahlrecht bei diesem Chaos genützt? Wenn ich nicht irre, ruht so wie so ein Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes im Verfassungsausschuß. Zum Wort gemeldet habe ich mich aber vor allem wegen des Antrages der Frauenkonferenz. Ich bin mit der Resolution vollständig einverstanden, bedauere aber, daß viele Genossen in dieser Hinsicht etwas rückständiger denken. Wenn wir die Wahlen ins Auge fassen, so wissen wir, wie die bürgerlichen Frauen aus dem Mittelstande politisch mißbraucht werden. Der Schwindel mit den Vollmachten von Frauen hat uns in vielen Gemeinden zu Fall gebracht. Das beweist, wie nötig die Aufklärung der Frauen ist. (Hueber: Der bürgerlichen?) Der kleinbürgerlichen, die in der Provinz leichter wie in der Großstadt zu gewinnen wären! Ueber Nacht und auf einmal können die Frauen nicht politisch gemacht werden. Aber fangen wir diese Aufklärung nur erst an! Frauenorganisationen wurden in verschiedenen Orten gegründet, die selbstverständlich unter der Aufsicht der Bezirksverbände stehen und diese Aufklärungsarbeit leisten. Auch in anderen Orten werden uns solche Frauenorganisationen nur nützen. (Beifall.)

Leibfried (Dornbirn): In der Agitation für das Wahlrecht sind wir

einig. Wir müssen uns nur darüber schlüssig werden, wie wir die Wahlrechtsbewegung wieder in Fluß bringen. So lauwarm kann die Geschichte nicht weitergehen, namentlich in der Provinz, wo die Masse noch sehr indifferent ist, trotzdem die Stimmung der organisierten Arbeiter daselbst der Wahlrechtsbewegung günstig ist. Noch so gute Referenten wirken in der Provinz nicht so wie Reichsratsabgeordnete; ein Abgeordneter wirkt in der Ankündigung eben als Zugtier. (Heiterkeit.) Die Frauen werden von den Pfaffen so schön am Narrenseil geführt, daß wir doch vorsichtig in der Agitation für das Frauenwahlrecht sein müssen. Ich glaube, kein einziger Sozialdemokrat würde jetzt ins Parlament kommen, wenn die Frauen heute schon das Wahlrecht fürs Parlament hätten, aber trotzdem bin ich aus prinzipiellen Gründen für das Frauenwahlrecht. Das Wichtigste ist, daß die Wahlrechtsbewegung stärker einsetzt, im Parlament sowohl wie auf der Straße. Es muß wieder mehr Begeisterung in die Massen getragen werden. Nicht nur in den paar Großstädten, sondern auch in der Provinz muß es wieder lebendig werden und erwarte ich daher, daß die Reichsparteileitung die etwas rückständigen Provinzorganisationen finanziell unterstützt und Redner zur Verfügung stellt.

Skaret (Wien): Das Lied über den Mangel an Abgeordneten als Referenten, das der Vorredner angestimmt hat, möchte ich gleich abtun. Es läuft kein Ansuchen um Referenten ein, wo nicht das Verlangen nach Abgeordneten ausgesprochen wäre. Ueberließe man uns noch die Auswahl der Abgeordneten, so ließe sich noch darüber reden. Man macht nämlich auch noch unter den Abgeordneten eine scharfe Auslese. Nur zwei, höchstens drei Mann läßt man uns zur Auswahl. Jeder andere wirkt nicht genügend, sagt man. Was schleicht sich da ein? Ich frage, wer legt denn so viel Gewicht darauf, daß der oder jener der Referent sein muß? Die Spießbürger in den einzelnen Orten! Für derlei leere Galavorstellungen sind unsere Abgeordneten uns wirklich zu gut. Erwarten die Genossen denn vielleicht dadurch, daß diese Schaustellungen das Bürgertum am Ort überzeugen werden? Die Leute kommen allerdings etwas zahlreicher in die Versammlung, weil sie die Neugier hintreibt, nicht weil sie erfahren wollen, was die Sozialdemokratie fordert. (Diamand: Aber sie hören doch, was er sagt!) Von Bekehrungen kann keine Rede sein. Wenn einer von uns hinausgeht, hat er sich ausschließlich nur auf die Gewinnung der Arbeiter, nicht aber auf eine ganz aussichtslose Bekehrung des Bürgertums zu verlegen. (Austerlitz: Auch bei Wahlrechtsversammlungen?) Wenn Sie wollen — auch dort. Genossin Schlesinger hat in ihrer einschmeichelnden Weise (Genossin Schlesinger: Wem habe ich geschmeichelt?) für die Anerkennung der Beschlüsse der Frauenkonferenz Stimmung gemacht. Aber wir können nicht gestatten, daß eine andere Konferenz ihre Beschlüsse hierher bringt. Dann kann auch der Gewerkschaftskongreß seine Beschlüsse dem Parteitag unterbreiten. (Hueber: O nein, da kannst du ruhig sein, Skaret, das werden wir nicht tun!) Wir erkennen gerne an, daß die Genossinnen auf ihrer Konferenz in dem einen Tag Außerordentliches für ihre Bewegung geleistet haben. Weil daher keiner unter uns ist, der das nicht anerkennen würde, genügt es, daß wir die Beschlüsse der Frauenkonferenz heute zur Kenntnis nehmen. Wir wollen hier nicht jeden einzelnen Beschluß der Gefahr einer neuerlichen Diskussion und Abstimmung aussetzen. (Genossin Schlesinger: Verlangen wir ja gar nicht!) Ja, und deswegen können wir eben nicht alles in Bausch und Bogen fressen. Vielleicht könnten wir nicht jeden einzelnen Beschluß annehmen. Um diese Diskussion zu unterlassen, empfehle ich Ihnen, daß wir alle die Beschlüsse der Frauenkonferenz einfach zur Kenntnis nehmen.

Dr. Adler: Die Frage des Wahlrechtes muß natürlich bei uns auf der Tagesordnung stehen, denn sie ist die grundlegende Frage der österreichischen Politik. Gerade darum stehen wir vor der Schwierigkeit, daß wir diese Not, die immer da ist, nicht immer zu einer brennenden, großen Agitation machen können. Unser politischer Kampf ist wesentlich ein Kampf ums Wahlrecht; aber Sie können nicht erwarten, irgend eine Bewegung auf längere Zeit in einer Höhe zu erhalten, die die Leidenschaften in gleicher Weise zu entfalten

vermag. Das ist psychologisch, auch massenpsychologisch unmöglich. Wir müssen das Bewußtsein von der Elendigkeit unseres Wahlrechtes immer lebendig erhalten bei uns, bei den bürgerlichen Parteien, bei der Regierung, aber wir können unmöglich fortwährend den Kampf in jener Siedehitze, auf jener Höhe halten, in die er nur zu gewissen Zeiten bei günstigen Gelegenheiten hinaufgetrieben werden kann. Wenn ich also glaube, daß wir für den Wahlrechtskampf tun, was wir können, möchte ich doch jenen Rednern entgegentreten, die in dem Hinweis in der Resolution, daß das Proletariat schließlich auch noch andere, äußerste Mittel zur Verfügung hat, einen nicht opportunen, unerwünschten Hinweis auf den Generalstreik sehen. Wir wissen nicht, ob das österreichische Proletariat zum Generalstreik kommen wird, aber wir wissen ebensowenig, ob er uns erspart sein wird. So gewissenlos es wäre, für die nächste Zeit einen Generalstreik zu politischen Zwecken anzukündigen, ebenso unklug, ja unverantwortlich wäre es, den Generalstreik abzuschwören. Die Erfahrungen des Auslandes geben dazu keinen Anlaß. Der Generalstreik in Belgien war für mich — im Gegensatz zu vielen Genossen — ein Beweis, daß es bei einer tüchtigen Organisation möglich ist, den Generalstreik eintreten zu lassen und, was ich früher für ganz unmöglich hielt, auch zu beendigen. Ich habe den glorreichen Rückzug der belgischen Genossen für einen der größten Erfolge der Organisation gehalten, der je da war! Wir wissen alle: Was wir unternehmen, jede Aktion wird erst dann von großer Bedeutung, wenn wir unsere Handlungen bewußt beginnen und auch bewußt beenden können. Das schien beim Generalstreik unmöglich; nun zeigt es sich: er ist in einer vernünftigen, besonnenen, klaren Weise zu Ende zu führen. Darum bin ich nicht dafür, unsere Gegner zu beruhigen, daß sie davor sicher sind. Wir würden in ihnen damit eine gefährliche Illusion nähren. Abschwören wollen wir den Generalstreik nicht. Wann, wie, ob, das steht dahin.

Die Genossinnen von der Frauenkonferenz, die über alles Erwarten gut abgelaufen ist, bringen uns vor den Parteitag die Produkte ihrer Tätigkeit. Wir sollen ihre Resultate zur Kenntnis nehmen. Wir haben ja nichts dagegen, daß das geschieht. Aber die Genossinnen dürfen nicht erwarten, daß wir uns hier, wo wir eine reichliche Tagesordnung zu erledigen haben, auch noch eine Diskussion über das Frauenwahlrecht aufdringen lassen. Wir sind mit unserem Herzen (Heiterkeit) bei ihnen, aber wir haben jetzt aktuellere Dinge zu erledigen.

Nachmittagssitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Johanis (Prag, tschechisch): Der Referent hat einige Anregungen gegeben, wie man den Kampf für das Wahlrecht wieder etwas lebendiger machen könnte. Dabei hat er ein wichtiges Mittel vergessen: den Kampf unserer Abgeordneten im Parlament. Wenn diese so vorgehen, daß sie die Zufriedenheit der breiten Massen erregen, so wird auch die Begeisterung für das Wahlrecht entfacht werden. Der Generalstreik ist kein Mittel, über das man so einfach aburteilen kann. Der Gedanke des Generalstreiks hat schon an sich große propagandistische Bedeutung. Schon die Drohung mit dem Generalstreik. Herr v. Koerber wird vielfach, auch von unseren Genossen, für einen modernen Menschen gehalten. Aber Koerber ist nicht anders, als seine Vorgänger waren, das hat sich gerade in der Wahlrechtsfrage gezeigt. Vergessen wir nicht, daß Koerber sich grundsätzlich für die fünfte Kurie in den Landtagen ausgesprochen hat. Der Kampf für das Wahlrecht in die Landtage könnte auch mit mehr Energie geführt werden. Da muß ich gerade unseren deutschen Genossen in Böhmen den Vorwurf machen, daß sie es an dieser nötigen Energie sehr fehlen ließen. (Beifall.)

Prokesch (Mähr.-Ostrau, tschechisch): Wir haben in den letzten Jahren allerlei große Aktionen vorgenommen, für die Altersversicherung, gegen das Attentat auf die Gewerkschaften, gegen die Wucherzölle. Aber ich muß konstatieren, daß wir bei keiner Aktion so viel Anklang fanden als bei der Aktion für das Wahlrecht. Damit ist dokumentiert, daß die Forderung des allgemeinen

Wahlrechtes noch immer unter den Arbeitern lebendig ist. (Beifall.) Unsere bürgerlichen Parteien im mährischen Landtage stellen sich so, als ob sie für die Wahlreform für den Landtag wären. Aber in Wirklichkeit tun sie alles, um das Wahlrecht für den Landtag zu verhindern. Sie täuschen uns nicht. Wir wissen, daß alle diese Parteien, Deutsche wie Tschechen, Feinde der Wahlreform sind. (Beifall.)

Nießner (Brünn) beantragt Schluß der Debatte. (Angenommen.)

Es folgt nun das Schlußwort des Referenten

Vaněk: Ich stelle mit Genugtuung fest, daß gegen die vorgeschlagene Resolution keine Einwendung erhoben worden ist. Deswegen habe ich es nicht mehr notwendig, darüber weiter zu reden. Nur auf einige, wie mir scheint, unrichtige Auffassungen einzelner Redner will ich zurückkommen. Habermann ist der Meinung, daß es zweckmäßig wäre, dem Staate Steuern zu hinterziehen durch eine Einschränkung des Konsums. Das ist leichter gesagt als getan. Wir haben es ja beim Bierkrieg gesehen, wie ungeheuer schwer es ist, da durch Enthaltung den Staat nur um zwei Millionen Steuern zu bringen. Wie unmöglich wäre es da erst bei jenen Artikeln, die nicht, wie das Bier, entbehrliche Genußmittel, sondern unentbehrliche Nahrungsmittel sind, und die sind ja alle mit Steuern belegt. Es würde also ein in dieser Richtung geführter Kampf so viel bedeuten, daß wir den Arbeitern auferlegen, nicht zu essen und nicht zu trinken, weil für die besteuerten Lebensmittel kein Ersatz geboten werden kann. Genosse Prähauser erblickt in den Konsumgenossenschaften ein geeignetes Mittel für den Kampf um politische Rechte. Das ist ja nicht zu bezweifeln, aber es wäre töricht, sich auf die Konsumvereine allein zu verlassen. Mit Konsumgenossenschaften treffen wir die Großkapitalisten, die da entscheidend sind, nicht. Die fürchten sich mit ihren Trusts und Kartellen und Verbänden nicht davor. Mit der Waffe können wir bloß die Kleinbürger und die Kleinhändler treffen. Auch Genosse Adler meint richtig, daß wir immer auf unsere letzte und schärfste Waffe hinweisen und die Arbeiterschaft mit dem Gedanken vertraut machen sollen, sie, wenn es sein muß, zu gebrauchen. Wenn er aber zugleich sagt, daß man sich nicht allzu rasch ausgeben solle, weil man die Bewegung nicht dauernd auf einem Siedepunkt erhalten kann, so muß ich einwenden, daß wir in den letzten acht Jahren die Bewegung nie auf einen Siedepunkt gebracht hatten. Wir haben nicht genug getan, es wird notwendig sein, daß die Partei öfter und nachhaltiger eingreift und der Bewegung neue Antriebe gibt und immer und immer neue Nahrung zuführt. Wenn die Parteivertretung nur beschließt, eine Wahlrechtsbewegung einzuleiten, sich aber um die weitere Entwicklung nicht kümmert, ist nichts natürlicher, als daß anstatt einer Steigerung eine Erschlaffung der Bewegung eintritt. Es ist gewiß, und das haben wir namentlich in der letzten Zeit erfahren, daß die Arbeiter schon satt sind der ewigen Versammlungen und Resolutionen und daß sie darauf warten, von schärferen Mitteln Gebrauch machen zu können. Genosse Adler hat in einer Wiener Versammlung, in der über die letzten brutalen Angriffe der Christlich-Sozialen verhandelt wurde, einen schönen Satz ausgesprochen, der von uns in unserem Kampfe für das gleiche Wahlrecht beherzigt werden muß. Er sagte: „Die Wahrheit ist eine große Sache; wenn sie aber siegen soll, muß man ihr zum Siege verhelfen!" Dies gilt nicht nur für die bürgerlichen Professoren, sondern in unserer Wahlrechtsbewegung auch für uns. Wollen wir das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht in den Reichsrat, die Landtage und die Gemeindevertretungen erlangen, dürfen wir vor keinem Kampfe zurückschrecken, und müssen wir vor allem auch von den äußersten Mitteln und Waffen Gebrauch machen, den Kampf so lange und beständig fortsetzen, bis wir den Sieg erreichen. Wir müssen nicht bloß die Regierung, sondern auch die bürgerlichen Parteien angreifen, denn die sind es vor allem, die sich vor das gleiche Wahlrecht stellen.

Es liegen bloß die Anträge der Frauenkonferenz und des Genossen Tolezel vor. Den ersteren können wir natürlich nicht weiter verhandeln, sondern nehmen ihn zur Kenntnis. Der zweite Antrag ist annehmbar mit

einer kleinen Aenderung. Anstatt: „Es ist eine Rubrik einzuführen, worin alle Wahlrechtsbewegungen registriert werden", soll es heißen: „... in welcher jede Wahlrechtsbewegung im In- und Auslande verfolgt werden muß".

Vorsitzender: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Genossin

Schlesinger (Wien): Genosse Skaret hat von meinem einschmeichelnden Wesen gesprochen. Ich frage ihn, ob er einen einzigen Fall anführen kann, in welchem ich durch andere als sachliche Argumente auf irgend einen Genossen einzuwirken versucht habe. Wenn ich mich erst einschmeicheln müßte, um Genossen zur Anerkennung prinzipiell anerkannter Dinge zu bewegen, so wäre das eigentlich kein gutes Zeugnis für die Genossen. Ich könnte Ihnen hier Proben meiner Einschmeichlungskunst geben, aber ich berufe mich auf Genossen Dr. Adler als Zeugen, ob er mir nicht gesagt hat: „Stellen Sie sich nicht auf diesen Standpunkt, Sie machen sich dadurch unbeliebt." Ich erwiderte ihm: „Ich werde tun, was meiner Ueberzeugung entspricht." Glauben Sie vielleicht, daß ich mich bei Dr. Wähner und Lothar Schöffer, als ich in die Höhle des Löwen ging, um diese Ehrenmänner wegen ihrer Beschimpfung der sozialdemokratischen Frauen zur Rechenschaft zu ziehen, einschmeicheln wollte? Als ich vor sieben Jahren zur Partei kam, wußte ich, daß ich von den Feinden schmutzig angegriffen werde; ich wußte aber nicht, daß auch Genossen mich hier persönlich, hier wie auf der Frauenkonferenz, angreifen werden. Aber wie immer es sei, ich werde unbeirrt an den Grundsätzen der Partei festhalten.

Skaret (Wien): Ich wollte alles andere, nur keinen persönlichen Angriff auf die Genossin Schlesinger unternehmen, als ich von ihrer einschmeichelnden Weise sprach. Darin kann gewiß niemand einen persönlichen Angriff finden. (Rufe: Sehr richtig!) Ich berichtige, daß mir nichts ferner gelegen ist als ein solcher Angriff.

Dr. Adler (mit Zurufen empfangen): Ich kann nichts dafür (Heiterkeit). Genossin Schlesinger hat mich als Zeugen angerufen. Es ist weder Skaret noch mir eingefallen, die Tüchtigkeit, Opferwilligkeit und die fleißige Parteiarbeit der Genossin Schlesinger in den geringsten Zweifel zu ziehen. Genossin Schlesinger hat uns aber überdies noch beweisen wollen, daß sie auch den harmlosesten Spaß nicht versteht. Ich muß als angerufener Zeuge anerkennen, daß ich ihr Streben immer für ernst, aber nicht immer für sehr klug gehalten habe. Das ist mein gutes Recht, gegenüber Genossinnen so gut wie gegenüber Genossen. (Genossin Schlesinger: Welchem Genossen ist das schon gesagt worden?) O, sehr vielen. (Heiterkeit.) Das Plaidoyer der Genossin Schlesinger war sowohl für die Sache als für sie selbst ganz überflüssig. Das wollte ich hier bezeugen.

Es erfolgt nun die Abstimmung.

Die Resolution wird angenommen.

Die Resolution der Frauenkonferenz wird zur Kenntnis genommen. Ferner wird beschlossen, auch die übrigen Resolutionen der Frauenkonferenz zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag Doležel wird der Exekutive zugewiesen.

Der Parteitag geht nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung über: **Der Dualismus und die Sozialdemokratie in Oesterreich.**

Berichterstatter ist

Austerlitz: Die Tagesordnungen der österreichischen Parteitage werden dem künftigen Geschichtsschreiber zweifellos ein Rätsel bieten. Wenn Sie die Verhandlungen aller Parteitage der europäischen Sozialdemokratie durchmustern, so werden Sie nirgendwo die Fragen finden, die die österreichische Sozialdemokratie unaufhörlich beschäftigen. Denn das Thema, über das ich zu sprechen habe, ist nur die unmittelbare Fortsetzung jener Beratungen, die wir in Brünn über die aktuellste, über die Grundfrage der österreichischen Politik, die nationale Frage hatten. Und wieder sind wir heute aufgerufen zu einer Arbeit, die weder eine Gegenwartsarbeit der Sozialdemokratie genannt werden kann noch eine Arbeit ist, die im Fluß der Entwicklung unseres theoretischen Denkens steht. Mit einem Worte, die österreichischen Sozialdemokraten sind von der Geschichte verurteilt, die Grundlagen des staatlichen Lebens zu prüfen

und zu erforschen, ob diese Grundlagen dauerhaft sind, und wenn nicht, Vorschläge zu machen, wie sie dauernd werden können.

Wenn wir die Frage des Dualismus in einen Satz zusammenfassen, so lautet sie so: die Ungarn wollen weg von Oesterreich und die Oesterreicher sind verpflichtet, sie für das Dableiben zu entschädigen. Ungarn ist an Habsburg allerdings durch die Gewalt der Waffen gekommen. Der Zusammenschluß Ungarns und Oesterreichs unter der Herrschaft der habsburgischen Familie ist eine Folge der Tatsache, daß Oesterreich Ungarn von der Türkengefahr befreit, Ungarn dem Orient entrissen und es in einen Teil Europas verwandelt hat, wobei ich jedoch nicht leugne, daß diese Verwaltung so dürftig ausgefallen ist wie die Europäisierung Oesterreichs überhaupt. (Heiterkeit.) Im ganzen Zug der Entwicklung aber strebt Ungarn von Oesterreich weg, will sich von dem im Preßburger Reichstag mit Begeisterung aufgenommenen Zusammenschluß befreien. Daß sich in diesen drei Jahrhunderten Geschichte diese Kräfte nur schwach geäußert haben, ist nicht überraschend. In diesen drei Jahrhunderten haben die Völker nur sehr wenig politisches Leben gezeigt. Aber auch während dieser Zeit war die Verfassung Ungarns die, daß seine staatliche und territoriale Selbständigkeit unangezweifelt blieb, wenn auch nach dem ganzen Verhältnis der Kräfte jener Zeit die Gewalt bei der absoluten Monarchie blieb. Sie wissen, daß Ungarn im Jahre 1848 die Revolution sehr gründlich gemacht und sich eine Verfassung erstritten hat, die nicht nur eine außerordentliche politische Kraft zeigte, sondern auch Ungarn beinahe unabhängig von Oesterreich gemacht hat, und Sie wissen, daß sich an die Revolution das Beginnen der Contrerevolution knüpft: Ungarn in eine landläufige österreichische Provinz zu verwandeln. Wenn wir rückschauend der Contrerevolution gedenken, so entbehrt sie für uns vollständig der Raison, nicht nur soweit sie es unternommen hat, Ungarn Oesterreich als Teil dieses Völkergemenges einzuverleiben, sondern nicht minder in dem Widerstande gegen die sogenannten konstitutionellen Einrichtungen Oesterreichs. Wenn wir wahrnehmen, wie wenig diese konstitutionellen Einrichtungen der Macht der Monarchie Abbruch getan haben, wie sie sich im modernen Europa wenn nicht gerade zu einem Werkzeug, so doch zu einer Schutzgarde des Monarchismus umgewandelt haben, so begreifen wir nicht, daß einmal eine so geringe Einsicht bestehen konnte, sich dieser angeblichen Teilung der Gewalten mit dem Volke entgegenzustemmen. Noch weniger freilich ist jenes Beginnen verständlich, worin die geschichtlichen Ueberlieferungen von der Selbständigkeit Ungarns vom Wiener Hof so gröblich verkannt wurden, noch weniger ist es zu begreifen, daß die habsburgische Monarchie glauben konnte, die Eigenart dieses schon von der Geographie als selbständiges Emporium hingestellten Gebietes mit dem Schwamm des schwarzgelben Oesterreichertums wegwischen zu können.

Sie wissen, daß der Versuch schmählich mißlungen ist und daß über die Weisheit der Contrerevolution das Werk von 1867 die Bilanz geliefert hat. Die ganze Machterweiterung, die Habsburg in den blutigen Jahren erstritten, besteht darin, daß die Ungarn die praktisch geübte Gemeinschaft in Sachen der Heeresverfassung im Jahre 1867 auch theoretisch anerkannt haben — wie es im Werke Deaks heißt: daß aus der pragmatischen Sanktion auch die Elemente fließen, die zur Verteidigung der Sicherheit des Vaterlandes notwendig sind. Aber seit jener Zeit ist Ungarn ein Pfahl im Fleische Oesterreichs, seit jener Zeit ist das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn so, daß alle Elemente der Entwicklung der Völker Oesterreichs in Anspruch genommen werden, um die Ungarn in der Treue für ihren König zu erhalten. Das war schon bei der Entstehung des Dualismus der Fall. Der Dualismus ist ein Vertrag zwischen dem ungarischen Reichstag und dem Kaiser von Oesterreich. Er ist ein Vertrag, dessen hauptsächlichster Bestandteil die Verwandlung des Kaisers von Oesterreich in den ungarischen König ist. Die Verhandlungen über jenen Vertrag sind ausschließlich zwischen der Krone und Ungarn geführt worden. Die Verwalter Oesterreichs hatten keine andere

Sorge als die, die Macht des Kaisers von Oesterreich in Ungarn zu erhalten und zu festigen. Es ist ganz bezeichnend, daß bei den ersten Verhandlungen über den Dualismus, beim Geburtsakt des Dualismus, die Frage der sogenannten Herrscherrechte den österreichischen Unterhändlern als die wichtigste erschien. Die ungarische Verfassung war in der Beschränkung der Majestätsrechte außerordentlich weit gegangen, und es ist als Erfolg der österreichischen Unterhändler erachtet worden, daß die Beschränkung dieser Majestätsrechte wesentlich verringert worden ist. So zum Beispiel hatte die revolutionäre Verfassung dem Palatin, dem Vertreter des Kaisers, solange dieser nicht in Ungarn residiert, das Recht zuerkannt, die Minister selbst zu bestimmen; der Kaiser hatte auch sonst bloß den Ministerpräsidenten zu ernennen, die Ressortminister hatte er nur zu bestätigen; die Auflösung des Reichstages konnte nur erfolgen, wenn der nächstjährige Voranschlag genehmigt worden war. Die österreichischen Unterhändler, die eigentlich bestimmt gewesen wären, die österreichischen Interessen gegenüber Ungarn zu vertreten oder doch die Interessen des Gesamtstaates, haben sich ausschließlich darauf beschränkt, die in jener Verfassung ausgesprochene Verringerung der Majestätsrechte zu beseitigen. Wohl ist es ihnen auch eingefallen, sich unter anderem die Zusicherung geben zu lassen, daß die Kirchengüter nicht konfisziert werden dürfen, aber sie haben den geringsten Eifer gezeigt, die für die gemeinsamen Angelegenheiten bestimmten Organe mit den erforderlichen Machtvollkommenheiten auszustatten.

Dreißig Jahre österreichischer Geschichte, dreißig Jahre Erziehung, die uns die Ungarn in so ausgiebiger Weise zuteil werden ließen, haben nicht ausgereicht, den Oesterreichern diese eigentümliche Begeisterung für die Herrscherrechte auszutreiben. Denn wieder erhebt sich in Oesterreich das Geschrei über die Bedrohung des Majestätsrechtes durch die Ungarn, und wenn man diesen patentierten Oesterreichern zuruft: Was kümmert euch das Verhältnis zwischen den Ungarn und ihrem König! so antworten sie: Es kümmert uns viel, weil die Armee, die die Ungarn jetzt magyarisieren, doch wir bezahlen müssen! Aber es ist doch klar, daß der entscheidende Punkt nicht in den Majestätsrechten liegt, sondern in den Kosten, die wir bezahlen müssen, und ich glaube, wenn man trotz des Patriotismus, der sich überall so aufdringlich breit macht, ein Plebiszit darüber veranstalten würde, ob die Oesterreicher bereit sind, die Wahrung der Majestätsrechte mit einer Erhöhung der Quote zu bezahlen, so würde den Wahrern und Innehabern der Majestätsrechte ein lautes Nein! entgegenschallen. (Lebhafter Beifall.) Dieser Einfluß Ungarns auf die Geschichte Oesterreichs dünkt mir einer der entscheidenden Punkte in der Frage, ob wir die Beibehaltung des Bandes zwischen Oesterreich und Ungarn anstreben sollen. Es läßt sich nicht leugnen und jeder Blick in die Geschichte Oesterreichs in diesen dreißig Jahren beweist es uns, daß sich in ihr wie ein roter Faden das Bestreben zieht, die Völker Oesterreichs schwach und kraftlos zu erhalten, um an ihnen ein gefügiges Instrument für die Prestigepolitik der Dynastie zu erhalten. Wir müssen uns dabei aber klar sein, und Sie als sozialdemokratische Zeitungsleser sind geschult genug, um zu verstehen, daß man nicht immer ein mysteriöses Gebilde der Großmacht meint, wenn man gezwungen ist, von der Großmacht zu sprechen. . . . Es ist nicht so, daß die Bewahrung des Dualismus ein Gebot unserer Großmachtstellung ist, sondern es ist ausschließlich die Politik des Ansehens der regierenden Dynastie, die zum Mittelpunkt der österreichischen Politik gemacht worden ist.

Seitdem Oesterreich mit Ungarn in ein staatsrechtliches Verhältnis getreten ist, ist Oesterreich von der Ausgleichspolitik beherrscht. Ich verstehe unter Ausgleichspolitik jenes eigentümliche Bestreben, daß die Krone, wenn sie auch jetzt durch ihre Minister vertreten wird und nicht mehr den Ungarn direkt entgegentritt, daß also die österreichische Regierung mit den Ungarn über die Bedingungen österreichischer Politik ins reine kommt und dann die mit den Ungarn abgemachten Bedingungen den Oesterreichern aufzwingt. Sie werden wahrnehmen — und namentlich die Geschichte des letzten Aus-

gleiches ist davon beherrscht — daß die Möglichkeit unbefangener, sachlicher Politik in Oesterreich nicht nur vollständig geschwunden ist, sondern daß auch die verschiedensten, heterogensten, entferntesten Gebiete der inneren Politik zu dem Zwecke herangezogen werden, um den zwischen der Krone und den Ungarn vereinbarten Ausgleich den Oesterreichern aufzuzwingen. Am sinnfälligsten ist diese Ausgleichspolitik beim letzten Ausgleich hervorgetreten, nicht bloß deshalb, weil diese am meisten in unserer Erinnerung haftet, sondern vornehmlich darum, weil nunmehr die Zersetzung Oesterreichs, hauptsächlich durch das Verhältnis mit Ungarn bedingt, offenkundig wurde. Denn die Badenischen Sprachenverordnungen — ich weiß, daß das für einen internationalen Parteitag eine kitzliche Angelegenheit ist, aber ich will hier nur von den Folgen, nicht von der Berechtigung der Sprachenverordnungen sprechen — wurden von dem Manne aus dem Osten nicht deshalb unternommen, um dem tschechischen Volke zu einem Rechte zu verhelfen. Es ist kein Zweifel, daß sie nur deshalb erlassen worden sind, um die Vertreter der tschechischen Bourgeoisie zu gefügigen Werkzeugen der im Augenblick lebendigen Ausgleichspolitik zu machen, das heißt, es wurde eine Frage, die so eindringlich nach einer rein sachlichen Behandlung schreit, die mit dem Ausgleich so gar nicht im Zusammenhang steht, benützt, um für das den Großmachtträgern notwendige Ausgleichswerk gefügige Werkzeuge zu schaffen. Das können einmal die Sprachenverordnungen sein, das anderemal kann es die konfessionelle Schule sein, einmal sogar politische Reformen oder politische Ausnahmsgesetze. Nichts ist in Oesterreich groß, nichts klein, nichts ist nah, nichts entfernt genug, um nicht herangezogen zu werden, für die Ausgleichspolitik eine Stütze abzugeben. Dadurch verfälscht sich unser ganzes politisches Leben und aus der unbefangenen Prüfung und Würdigung aller Notwendigkeiten der Zeit wird die Frage, womit man sich die Gunst der Krone am besten erwirbt. Die ganze Ausgleichspolitik beruht darauf, die Parteien durch irgendwelche Konzessionen in der Verwaltung oder geringfügige Konzessionen in der Gesetzgebung zu dienstwilligen Werkzeugen der Großmachtspolitik zu machen, und deswegen ist der Streit zwischen den Nationen so lange unlösbar, als die Gunst der Krone zu erwerben ist und als — was allerdings jetzt viel weniger der Fall ist — die Gunst von oben den Effekt hat, die Entwicklung der einen Nation sprunghafter zu gestalten. Der Zusammenhang der Wirren in Oesterreich, der Verfälschung und Verfilzung dieser Wirren bis zur Unlöslichkeit mit dem Dualismus, das ist, glaube ich, die entscheidende Frage.

Ich sage also: Solange die Völker in Oesterreich für ein fremdes, außer ihnen liegendes Interesse in Anspruch genommen werden, sind sie immer vor die Möglichkeit gestellt, ja geradezu zu der Notwendigkeit gedrängt, die natürliche Entwicklung zu verfälschen, um durch den Verrat an den Interessen ihrer Nation oder an den Interessen ihrer Kultur die Gunst von oben zu einem Instrument ihrer Entwicklung zu machen. Ich glaube also, daß, wer Ordnung im Innern dieses Reiches will, das heißt wer an die Stelle der unerträglichen, haßerfüllten und in Bosheiten jeglicher Art sich äußernden Eifersucht der Völker die natürliche Entwicklung auf den Bahnen der Kultur setzen will, wer diesen ewigen, unauslöschlichen Hader nicht zu einer Idylle, sondern zu einem Wettbewerb der Kultur umgestalten will, wo nicht der Vorteil des einen der Nachteil des anderen wird: der muß vor allem diesen vergifteten Pfeil aus unserem Körper entfernen, der unser Blut zum Stocken bringt und eine natürliche, logische, auf Vernunft und Einsicht gegründete Politik in Oesterreich unmöglich macht. (Lebhafter Beifall.)

Aber der Dualismus ist nicht bloß ein Fremdkörper in unserem Fleische, er ist vor allem eine Minderung unserer staatlichen Macht. Das Wort mag Ihnen bizarr scheinen, denn durch alle Reden, die wir hier gehört haben, klingt es ja durch, daß wir einen wahren Vorteil darin sehen, wenn sich die augenblicklichen Aeußerungen dieser staatlichen Macht möglichst schwach erweisen. Aber daß wir Oesterreicher uns immer bekreuzigen und daß selbst

bei Erwähnung eines besseren und zukunftsreicheren „Oesterreich“ die Menschen eine peinliche Empfindung ergreift, daß wir mit einem Worte die Kriterien des § 300 gegen den Staat gleichsam mit der Muttermilch eingesogen haben, daß wir es förmlich wie eine unzeitgemäße Anwandlung von Patriotismus empfinden, wenn jemand von staatlicher Macht in Oesterreich spricht, das ist ja nicht verwunderlich. Das ist eben die Folge davon, daß sich zwischen diesem Inhalt des Staates, nämlich den Völkern, und dem Ausdruck dieses Inhaltes, dem Staate selbst, ein Abgrund aufgetan hat, so daß die Völker Oesterreichs sich mit dem Staate Oesterreich niemals identisch fühlen, sondern diese Identifizierung mit dem gebotenen Maß von Hohn und Rücksichtslosigkeit abweisen. (Beifall.)

Es ist aber dennoch zweifellos, daß, wenn Oesterreich von einem einheitlichen Volk bewohnt wäre, wenn der österreichische Staat der Ausdruck eines einheitlichen nationalen Willens wäre, dieser Staat und das den Staat bildende Volk die Minderung der staatlichen Macht, die ihm der Dualismus auferlegt, nicht ertragen würde. In dem unsäglichen Wirrwarr unseres Abgeordnetenhauses ist die Minderung der staatlichen Macht nicht so sinnfällig zu erkennen, wie sie wirklich besteht. Aber wenn Sie die Elemente, die die Macht eines Parlaments ausdrücken, Revue passieren lassen, so werden Sie bemerken, daß von ihnen dem österreichischen Abgeordnetenhaus nicht ein einziges verliehen ist, daß es vom Dualismus um den ihm gebührenden Einfluß: das eigene Land nach dem eigenen Willen zu verwalten, vollständig beraubt ist. Nehmen Sie nur das Recht der Budgetbewilligung. Wenn einmal die Verfassungsgeschichte Europas geschrieben werden wird, so wird sich zeigen, daß das Budgetrecht, das ehemals geradezu als das Kriterium der parlamentarischen Macht angesehen wurde, überall allmählich zu einer bloßen Dekoration geworden ist. Aber es gibt doch kein Parlament in der Welt, das auf diesen Hauptpunkt gar nicht die Hand legen dürfte — als eben das österreichische. Und ich muß immer lachen, wenn ich in den Zeitungen lese: Wir werden Rache nehmen an den Ungarn, wenn sie die Armee magyarisieren! Ich möchte nur wissen, wie das Abgeordnetenhaus das anstellen könnte. Das Budget wird in den Delegationen bewilligt und es ist nach der Sachlage unmöglich, eine das Budget verweigernde Delegation zusammenzubringen. Bei den Ausgaben für die gemeinsamen Angelegenheiten hat das Parlament nicht einmal jenes dekorative Bestimmungsrecht über das Budget, das doch in allen anderen Staaten besteht, sondern dieses entzieht sich auch formell seiner Abstimmung. Die Quote wieder — das ist das Verhältnis, nach welchem die Ausgaben von Oesterreich und Ungarn zu decken sind — wird durch die Quotendeputationen festgestellt, und wenn ich mir nun selbst vorstelle, daß die österreichische Quotendeputation fest bleibt und die Quote nicht mehr in der bisherigen Höhe bewilligen wird, wenn sich also die Oesterreicher bei der Quote rächen wollten, so hat dann der Kaiser das Recht, die Quote zu bestimmen. Der Dualismus ist also darauf eingerichtet, dem österreichischen Parlament den gebührenden Einfluß auf die Militärangelegenheiten unter allen Umständen zu entziehen. Noch ärger ist es mit den auswärtigen Angelegenheiten. Ueber das Verhältnis dieses Staates zu den anderen Staaten wird in der Kabinettskanzlei entschieden. Die Vertretung des Volkes hat nicht den geringsten Einfluß darauf.

Aber nehmen Sie den ganzen Ausgleich. Nehmen Sie die ungeheure Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse, die im Ausgleich eingesponnen sind. Diese ganze Fülle von wirtschaftlichen Tatsachen ist durch den Dualismus dem Einfluß der Volksvertretung vollständig entzogen. Denn wenn man sich über den Ausgleich sieben Jahre lang unterhält und wenn sich so verschiedene Regierungen bemühen, zu einem Einvernehmen zu gelangen, und man kommt dann zu dem, was im Augenblick gerade noch möglich ist, dem Kompromiß, zu dem der andere Teil noch bereit ist, so ist die Sache entschieden. Wohl wird dann diese Summe von Vorlagen dem Abgeordnetenhause unterbreitet, die Abgeordneten halten lange Reden, alles geschieht mit der ganzen Gala, mit der ganzen spanischen Etikette, die sich in

diesem Abgeordnetenhause allmählich herausgebildet hat: erste Lesung, zweite Lesung, dritte Lesung, großer Ausgleichsausschuß, Subcomité, Referenten, Korreferenten.... Aber es ist gar nicht möglich — ich will nicht sagen, es geschieht nicht, denn das wäre kein organisches Gebrechen des Dualismus — es ist nach der Natur der Sache unmöglich, daß das Parlament auf diese Summe von Haupt- und Nebenfragen einen wirklichen Einfluß zu erringen vermag, und sein ganzes Tun und Treiben hat vorweg keinen anderen Zweck, als dem Kompromiß der Regierungen die Zustimmung zu geben. Nicht einmal so steht es, daß das Parlament annehmen oder lassen muß: es muß annehmen — sonst „nimmt“ eben der § 14 „an“.

Mit einem Worte, der Dualismus setzt auf der österreichischen Seite ein schwaches Parlament voraus. Wenn man die Ursachen unserer inneren Wirren nachprüfen würde, wenn man fragen würde, warum es das Bestreben war, das Haus immer ohnmächtig zu halten und durch das Teilen des Ganzen zu herrschen, warum man den Streit der Nationen unterhält, warum man diesen Streit nicht wenigstens alle zehn Jahre liquidiert wie die wirtschaftlichen Beziehungen — denn wenn auch ein ewiger Friede nicht möglich wäre, so wäre doch ein Friede auf Zeit, ein nationaler Ausgleich möglich — warum man das alles nie gewünscht oder gesucht hat, und so hat das den Grund, daß man oben sehr wohl gewußt hat, daß in dem Augenblick, wo sich ein stolzes, selbstbewußtes, kräftiges Parlament entwickeln würde, die Todesstunde des Dualismus geschlagen hat. Der Dualismus braucht ein schwaches Parlament und jede Schwächung des Parlaments hat eine weitere Schwächung zur Folge, bis dann der ganze Körper in senilem Marasmus versinkt. Nun wäre das noch immer nicht die entscheidende Frage. Denn für Oesterreich steht die Sache nicht so, ob es beim Dualismus bleibt oder ihn verläßt, sondern die Sache steht für uns so, wann Ungarn uns den Dualismus kündigen wird — denn der eigentliche Angriff gegen den Dualismus geht von Ungarn aus. Nun könnte man natürlich den Ungarn nachweisen, daß sie bei dem Dualismus ein außerordentlich profitables Geschäft gemacht haben. Aber es ist eben so, daß man zur Liebe niemanden zwingen kann. In Ungarn sind die staatsbildenden Elemente in folgender Reihenfolge „patriotisch“: erst national, dann vielleicht dynastisch, wenn die Dynastie der Ausdruck der Nation ist, und dann erst reichsgemeinsam. Aber das bißchen Reichsgemeinsamkeit hat sich schon verflüchtigt und das Wort Gesamtmonarchie wirkt wie das rote Tuch auf die Ungarn, und der Minister muß sich dort förmlich entschuldigen, wenn er anerkennen will, daß eine Gemeinschaft besteht. Die Ungarn — wir lassen vorläufig die Nationalitäten aus dem Spiele — also der herrschende Stamm des ungarischen Staates, die Magyaren, sind ein nach Europa versprengtes Volk, dessen größte kulturelle Leistung die ist, daß es sich seine Nationalität bewahrt hat. Ich will damit kein Schmähwort sagen; aber das ist ihre Bedeutung für Europa, daß sie Magyaren geblieben sind; mehr werden sie, glaube ich, für Europa nicht bedeuten. (Heiterkeit.) Es ist begreiflich, daß ein kleines Volk, das einmal die staatliche Selbständigkeit besessen hat, sie ununterbrochen sucht und immer stärker sucht, je schwächer die Hindernisse gegen sie werden. Für die Ungarn steht die Sache so, daß sie selbständig eine Nation sein können, selbständig einen Staat bilden können und daß in dem Augenblick, wo das Verhältnis mit Oesterreich für sie den ziffermäßigen Vorteil verloren hat, sie dieses Verhältnis auflösen werden. Der Dualismus war nämlich für die Ungarn eine Eroberung: sich aus den Klammern der Reichsgemeinschaft zu befreien und sich zu einem selbständigen Staate zusammenzufinden, war für die Magyaren ein nationaler Fortschritt. Es ist selbstverständlich, daß sie in dem Fortschritt keinen Halt kennen und sich keinen auferlegen wollen. Sie haben nichts verloren an einer nebulosen Reichsgemeinschaft, bei der sie nicht mit dem Herzen, sondern nur mit der Hand in fremden Taschen waren. (Heiterkeit.) Wenn sie wahrnehmen werden, daß in den Taschen nicht mehr genug Beute ist, wird für sie das einzige Interesse wegfallen, das sie an dem Dualismus haben.

Es ist zweifellos, daß der Zug der Loslösung Ungarns von Oesterreich in Ungarn übermächtig ist und *daß keine von Oesterreich ausgehende Kraft ihn zurückzuhalten vermag.* Der Dualismus ist nämlich ausschließlich ein *Verhältnis zwischen Ungarn und der Dynastie* und es ist vielleicht Zeit, eine zu einer wahren Legende erhobene Fabel zu zerstören: daß der Dualismus ein Abkommen zwischen der ungarischen und der deutschen Bourgeoisie sei, das darin bestehe, daß in Ungarn die Magyaren und in Oesterreich die Deutschen herrschen sollen. Das ist schon chronologisch falsch; denn die Ausgleichsvorlagen waren in Ungarn schon Gesetz, bevor sie an das österreichische Parlament überhaupt gelangt sind. Es war genau so wie jetzt: daß die Krone mit den Ungarn schon einig war und daß damals diese Einigung — jetzt tut man das nur noch mit dem § 14 — daß der Ausgleich auf dem Umwege der parlamentarischen List und Ueberrumpelung den Oesterreichern aufgedrungen wurde. Und wenn ich die deutsche Bourgeoisie und ihre Redlichkeit und politische Einsicht noch so gering einschätze, so ist es doch unzweifelhaft, und ein Blick in die Protokolle beweist es deutlich, daß die Deutschen vor die Wahl gestellt waren, entweder das Uebereinkommen selbst zu sanktionieren oder die Krone zu veranlassen, jene Wendung schon im Jahre 1867 zu machen, die sie dann wegen der äußeren Politik im Jahre 1879 doch gemacht hat: entweder selbst zu sanktionieren oder es durch die von *Belcredi* schon bereit gestellte slavische Majorität sanktionieren zu lassen. Man beruft sich auf die bekannte Unterredung zwischen *Belcredi* und *Andrassy* im Jahre 1867, wonach Belcredi Andrassy gefragt haben soll, ob er Einfluß darauf nehmen werde, wie die Politik in Oesterreich eingerichtet werden soll. *Belcredi* meinte damals, es müsse doch Ungarn *gleichgültig* sein, *wer* zum Träger des Dualismus in Oesterreich gemacht werde; wichtig könne für ihn nur sein, daß Oesterreich sich für den Dualismus bereit erkläre. Darauf soll Andrassy geantwortet haben, das sei ihm gar nicht gleich, er verlange, daß in Oesterreich die Deutschen regieren, und er werde davon nicht abstehen, daß die Delegationen von dem Zentralparlament entsendet werden. Denn es sei für Ungarn nicht gleichgültig, ob es mit dem Zentralparlament oder mit siebzehn Landtagen zu tun habe. Belcredi fiel bekanntlich und es kam mit *Beust* die deutsche Periode Oesterreichs. Aber das beweist nichts. Im Jahre 1867 war die Situation so, daß die Nation, die allein die Trägerin des Staates und seiner Einrichtungen war, eben die Deutschen waren. Aber durchaus falsch ist die Behauptung, der Dualismus sei ein *Abkommen* zwischen diesen beiden Bourgeoisien und er habe seinen Sinn verloren in dem Augenblick, wo die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie von der Herrschaft vieler Bourgeoisien abgelöst wurde. Dennoch ist es vielleicht eine Logik der Geschichte, daß Andrassy im Jahre 1867 die Forderung verfocht, daß die Trägerin des Dualismus in Oesterreich die deutsche Bourgeoisie sein soll, und daß es *Banffy* im Jahre 1898 durchaus gleichmütig hingenommen hat, daß die Ausgleichsvorlagen zu einem Instrument der Politik gegen die Deutschen in Oesterreich geworden sind.

Im Jahre 1867 haben die Ungarn gewiß den Dualismus als das letzte Werk ihrer staatlichen und nationalen Entwicklung betrachtet, in ihm ein Maximum gesehen — im Dualismus und nicht in der „Ausstattung" des Dualismus — das sie als staatliches Volk zu erringen vermögen. Aber daß im Jahre 1898, nach dreißig Jahren, die Ungarn dieser Sorge um die Trägerschaft des Dualismus und seine Rückendeckung in Oesterreich nicht gehabt haben, *das beweist,* glaube ich, *daß sie an die Erhaltung des Dualismus nicht mehr denken, sondern nur an seine Liquidierung.* Es hat sich das Kräfteverhältnis vollkommen verwandelt und der Dualismus erscheint in Ungarn nicht mehr als Errungenschaft, sondern als ein Abbruch ihrer Rechte, und es ist vielleicht mit ein Zug der geschichtlichen Gerechtigkeit, daß die Partei, die von der Geschichte ausersehen war, den Dualismus von Ungarn nach Oesterreich zu importieren, seine Totengräberin geworden ist.

Denn wenn auch die Deutschen von diesem denkwürdigen Kapitel nicht mehr reden mögen hören, so ist es doch unzweifelhaft, daß, wie die Sprachenver-

ordnungen ein Ausdruck der Ausgleichspolitik sind oder waren, der Kampf gegen die Sprachenverordnungen bis zur Obstruierung des Ausgleiches ein Ausdruck tiefgehender Wandlung in Oesterreich gewesen ist, ein Ausdruck, dessen sich die Völker oft nicht bewußt werden, so daß sie glauben, sie machen nur landläufige, hergebrachte Politik, bis später erst erkannt wird, daß ihre Politik bereits einen anderen Inhalt gewonnen hat. Die Tatsache, daß der Kampf um ein nationales Recht der Deutschen bis zu jenem Punkte geführt wurde und über jenen Punkt hinaus, der eine Grundlage der staatlichen Existenz Oesterreichs ist, beweist doch, daß der reichstreuesten Nation in Oesterreich, dem schwarz-gelbsten Volk seine nationalen Interessen in dem Augenblicke, wo es sich bedrängt wähnt, wichtiger dünken als die Erhaltung des Dualismus, die eine Voraussetzung der Großmacht, die Bedingung des Reiches ist. Und es ist nicht zu bezweifeln, daß unter den Elementen, die den Dualismus entwurzelt haben, dieser Kampf der Deutschen wenn auch nicht obenan steht, so doch von einer ganzen Entwicklungsreihe den Anfang gemacht hat. Wenn der Dualismus so vollständig auf den Hund gekommen ist, wenn er sich nur durch eine Reihe extremer Verfassungsbrüche das Leben sichern, wenn er auf normale parlamentarische Weise nicht mehr durchgesetzt werden kann, so bedeutet das nichts anderes, als daß an die Stelle der gesetzmäßigen Erledigung die Gewalt getreten ist. Wenn sich die Gewalt auch nicht mehr in jenen Formen äußert, wie sie etwa zur Sprengung des Kremsierer Reichstages geführt hat, sondern manierlicher auftritt, so ist es doch zweifellos, daß der Dualismus heute in Oesterreich nicht mehr durch den Willen der Völker erhalten wird — wenn ich auch zugebe, daß sich der umgekehrte Willen noch nicht geäußert hat — sondern nur durch den Willen der Krone, der im Notverordnungsrecht der Regierung einen halbwegs politischen Ausdruck gefunden hat.

Darin liegt überhaupt das Entscheidende. Wenn diese Minister, die unter dem Spotte von ganz Europa die Verhandlungen mit Ungarn führen, die schon Objekte für die Witzblätter geworden sind, ihre Tätigkeit frei und nur dem Parlament verantwortlich führen könnten, glaube ich, wäre der Faden schon längst gerissen, denn so blutleer ein solcher Minister auch ist, so müßte ihn einmal doch der Ekel erfassen. Aber jetzt folgt er einem Willen, der an der Erhaltung der Großmacht interessiert ist. Ich halte wenig von dem politischen Reinlichkeitsbedürfnis der Oesterreicher und wir haben gesehen, daß sich aus Zeiten der Schmach Zeiten der scheinbaren Gloire entwickelt haben. Aber ich halte es doch für unmöglich, daß sich in Oesterreich jemand zum Dualismus anders als unter dem Gefühle der Scham bekennen kann, er in ihm was anderes sieht als eine augenblicklich noch notwendige Form. Sie können die Aeußerungen der patriotischesten und im Oesterreichertum schwelgenden Politiker verfolgen — ein wirkliches Bekenntnis zur Macht, zum Ansehen und zur Größe Oesterreichs, ein Bekenntnis zum Dualismus werden Sie nicht mehr finden, sondern nur das verlegene Geständnis, einer Notwendigkeit nicht entgehen zu können. Ein Verhältnis, das so kompromittiert und prostituiert worden ist, ist meines Erachtens nicht zu reinigen. Unter den Gründen, die dem Dualismus den Boden abgegraben, steht dieser politische Makel, den er in den letzten Jahren auf sich geladen hat, mit in erster Reihe.

Der wichtigste Posten in der österreichischen Politik sind bekanntlich die Nationalitäten in Ungarn. Wenn den Oesterreichern das Wasser bis zum Mund läuft, nehmen sie die Statistik zur Hand und beweisen daraus, daß die Magyaren nicht die Mehrheit in Ungarn sind. Sie seien wohl das stärkste Volk in Ungarn, aber sie bilden nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung. Freilich, Oesterreich wird immer nur aus Verlegenheit gerecht. Solange die Magyaren treue Stützen des Dualismus waren, ist es weder den patriotischen Oesterreichern noch den Inhabern der Macht in Oesterreich eingefallen, die Ungerechtigkeiten, die an den Nationen in Ungarn verübt wurden, auch nur im geringsten unpassend zu finden. Erst in der Not erinnert sich Oesterreich an das Recht, das in den Sternen hängt, als ein unveräußerliches Gut der Völker. (Heiterkeit.) Aber wenn sich die Oesterreicher über Ungerechtig-

keiten entrüsten, so steckt immer eine zweifelhafte Absicht dahinter. Es ist gewiß wahr, daß Ungarn auch von anderen Nationen bewohnt wird, aber daß die magyarischen Nationalitäten gerade nach Oesterreich besondere Sehnsucht haben sollten, ist recht unwahrscheinlich. Auch für die nichtmagyarischen Nationalitäten hat sich der Kaiser von Oesterreich in den König von Ungarn verwandelt, und wenn sie auch mit dem herrschenden Magyarenstamm eine Rechnung zu begleichen haben, daß sie diese Rechnung via Wien ausgleichen wollten, scheint mir nicht so gewiß, als die „Patrioten" sich's einbilden. Es ist auch nicht wahr, daß die Magyaren ihre nationale Hegemonie in Ungarn nicht bewahren könnten. Es ist unzweifelhaft, daß das Deaksche Nationalitätengesetz, das den Nationen in Ungarn die Pflege ihrer Nationalität verhieß, zur Verwandlung der einst gewiß kaisertreuen Nationalitäten in Adnere des Magyarenstammes wesentlich beigetragen hat. Es ist aber unrichtig, daß die Magyaren nicht eine vernünftige Nationalitätenpolitik befolgen könnten, ohne fürchten zu müssen, in die Gefangenschaft der Nationalitäten zu geraten. Nehmen Sie die Kroaten, die doch unter den nichtmagyarischen Nationen die agilsten und die politisch entwickeltsten sind. Sie sind mit den Magyaren sehr unzufrieden und diese Unzufriedenheit hat zu schweren Eruptionen geführt. Deshalb meint man, daß sich die Kroaten gegen die Magyaren empören, weil sie von ihnen national verfolgt werden. Das ist falsch. Ich glaube, daß es wenig Völker in Oesterreich von der Größe der Kroaten gibt, die sich so weitgehender staatlicher und nationaler Rechte erfreuen, und ich glaube, die numerisch und politisch — von der Kultur will ich nicht reden — stärkeren Tschechen wären außerordentlich froh, wenn sie in Oesterreich dasselbe Maß nationaler Freiheit und Autonomie erringen könnten, das die Kroaten in Ungarn besitzen. Im Gegenteil, die Empfindlichkeit der Kroaten gegen jede Aeußerung magyarischer Unduldsamkeit ist nur ein Ausdruck dafür, daß die autonomen Rechte der Kroaten sehr bedeutend sind: das macht sie gegen jede, auch kleine Verletzung so empfindlich. Gewiß kommt es auch zum Lärm, wenn in Oesterreich irgendwo eine falsche Aufschrift angebracht wird, und die Unzufriedenheit darüber nimmt, wie auch wir gesehen haben (Heiterkeit), die mannigfaltigsten Formen an. Dennoch ist es wegen einer deutschen oder tschechischen Aufschrift an der unpassenden Stelle — unpassend vom Standpunkte der anderen — noch zu keiner blutigen Revolution gekommen. Aber die Kroaten sind eine politische Nation und von den Magyaren als solche anerkannt, und sie empfinden jede Beeinträchtigung ihrer nationalen und staatlichen Autonomie so tief, wie mit minderen Rechten ausgestattete Nationen in Oesterreich vielleicht größere Beeinträchtigungen zu empfinden sich nicht erlauben können.

Ich sage also, daß die nichtmagyarischen Nationalitäten für die Oesterreicher eine außerordentlich dürftige Hoffnung sind. Denn man darf den Haß nicht immer als eine gleiche Sache ansehen. Gewiß sind zum Beispiel die ungarischen Arbeiter mit dem Privilegienparlament, als das ihnen der Budapester Reichstag entgegentritt, außerordentlich unzufrieden und empfinden den tiefsten und unauslöschlichsten Haß gegen dieses Gebilde, das ihnen als eine Klassenbevorrechtung entgegentritt. Aber der Haß der einen ist noch nicht der Haß der anderen. Wenn die Hofburg dem ungarischen Reichstag grollt, weil er eine Beeinträchtigung ihrer Macht oder ihrer Machtgelüste ist, und wenn die ungarischen Arbeiter ihn hassen, weil er eine Beeinträchtigung ihrer rechtlichen Ansprüche an eine Volksvertretung ist, so ist Haß und Haß hier nicht dasselbe, und die Herren in Wien würden sich sehr irren, wenn sie den Haß der Arbeiter gegen den Budapester Reichstag als einen Posten in ihre Rechnung stellen wollten. Es ist selbstverständlich, daß sich in einem Staate wie Ungarn, der sich aus einem Agrikulturstaate mühselig zu einer industriellen Entwicklung emporarbeiten will, noch all die Ueberreste des Feudalismus in unverfälschter asiatischer Weise repräsentieren, daß sich da eine unendliche Summe von Mißständen, von Zerwürfnissen, von Rechnungen aufgestapelt hat, Rechnungen, die beglichen werden müssen, aber die in Budapest werden beglichen werden. Die Nationalitäten werden in Ungarn erstarken und werden sich hoffentlich das ihnen gebührende Recht und

den ihnen gebührenden Einfluß im Reichstag erkämpfen. Die ungarischen Arbeiter werden die Privilegien der Budapester Feudalgrafen und der Budapester Juden zu brechen wissen und an die Stelle des Privilegienparlaments ein anderes, entwicklungsfähiges Parlament zu setzen wissen. Aber das sind ihre Sorgen, innere Angelegenheiten Ungarns, und es wäre verfehlt, aus der Tatsache, daß in Ungarn so viel Rückständigkeiten vorhanden sind, die Möglichkeit abzuleiten, daß Oesterreich diese Rückständigkeiten zu einem Element der Wiener Politik umgestalten könnte und daß es möglich wäre, von Wien aus die Bewegung gegen den ungarischen Reichstag anzuzünden.

Aber selbst wenn es möglich wäre, die ungarischen Nationalitäten lebendig zu machen, wenn das große Ziel des Ehrgeizes der Oesterreicher gelänge, Oesterreichs Wirren nach Ungarn zu verpflanzen und den ungarischen Reichstag zu einem Abbild unseres Parlaments umzugestalten: wäre das ein Grund für uns, Kompagnons an diesen ungarischen Wirren sein zu wollen? Wenn die Industrialisierung in Ungarn fortschreitet, so werden selbstverständlich die Nationalitäten aus ihrem Schlafe erwachen. Dann ist auch die fabriksmäßige Züchtung magyarischer Intelligenz so weit gediehen, daß der Magyarenstamm saturiert ist, und wenn einem rumänischen oder slovakischen Intelligenzler einmal eine Prämie sicher war, falls er sich als Magyare darstellt, so ist das Magyarentum nunmehr mit autochthonen Intelligenzlern gesättigt und die Intelligenz strömt immer wieder zu ihrem eigenen Volksstamm zurück. Es ist auch zweifellos, daß die Industrialisierung vor allem die Arbeiter nationalisieren und die Tatsache erzeugen wird, daß es slovakische und rumänische Arbeiter geben wird so daß die Erwecker des nationalen Gedankens in Ungarn eigentlich die Arbeiter sein werden. Es ist also kein Zweifel, daß die nationale Oberherrschaft der Magyaren in Ungarn nicht dauernd aufrecht zu erhalten ist; zunächst nicht, weil die Ungarn numerisch die anderen Nationen einzeln wohl bedeutend überragen, aber doch der Gesamtheit der Nationen nur als Minorität gegenüberstehen. Nicht nur, daß die Geburtsziffer der Magyaren zu gering ist; die anderen Nationalitäten wohnen auf dem flachen Lande, wo eine Entnationalisierung denn doch nicht möglich ist. Es sind also vorläufig nur indifferente, latente Kräfte vorhanden. Aber es ist zweifellos, daß sich einmal diese Kräfte entfalten werden und daß sie wahrscheinlich dem ungarischen Reichstag, wenn auch nicht so stark wie in Oesterreich, so doch ganz empfindliche nationale Verlegenheiten bereiten werden. Ich wünsche den Nationalitäten viel Glück, ich wünsche, wenn Sie wollen, den Magyaren viel Pech, aber ich glaube, in dem Augenblick wird sich nur in Ungarn derselbe Zustand der Unbeweglichkeit herausstellen, den wir heute in Oesterreich sehen. Die Parlamente werden dann durch das Gegengewicht der aufeinander einstürmenden Kräfte überhaupt tot gemacht. Es ist dann keine motorische Kraft vorhanden, die das Parlament vorwärts bringen kann. Aber von allen diesen parlamentarisch-politisch-technischen Tatsachen abgesehen, muß ich aufrichtig gestehen, daß ich durchaus nicht das Bedürfnis sehe und namentlich nicht dafür schwärme, die Schwierigkeit der nationalen Verhältnisse für Oesterreich um die Schwierigkeit der nationalen Verhältnisse in Ungarn zu vermehren. Wir sitzen hier alle so einträchtig beisammen und haben einander so lieb oder nicht lieb (Heiterkeit), aber wir haben gerade aneinander genug. Es ist keine Kleinigkeit, wenn sich diese vielen Nationalitäten in Oesterreich vertragen und verständigen sollen, und wenn wir unserer Bourgeoisie noch „nationale Dialektik einpauken" sollen, so haben wir für eine so schöne Reihe von Jahren Arbeit genug, daß sich unser Ehrgeiz daran bescheiden lassen kann. Warum wir aber absolut noch die Rumänen und Slovaken von Wien aus erziehen sollen, warum wir dieses ganze Völkergemenge zu einem anationalen Brei entwickeln wollen sollten, das werde ich nie einsehen, und wenn es wahr ist, daß die nationale Umgestaltung Ungarns unvermeidlich ist, so ist es nur ein Grund mehr, von Ungarn wegkommen zu wollen. Wir wollen durchaus nicht in einem solchen Aufmarsch von Völkern begraben werden. Wir belassen jedem Volke nicht nur das Recht, sondern geben ihm auch die Pflicht, sich selbst zu entwickeln.

Mit der staatsrechtlichen Tatsache des Dualismus ist man also fertig. Oesterreich ist nicht ein Staat wie die anderen und lebt auch nicht von dem, wovon andere Staaten leben. Die leben vom Patriotismus, den man anderswo, wo das Wort nicht einen solchen Beigeschmack hat, Vaterlandsliebe nennt. Wovon lebt aber Oesterreich? Oesterreich lebt vom Irredentismus seiner Völker, davon, daß die Abneigung des einen Volkes gegen das andere die Abneigung gegen Oesterreich aufhebt. Oesterreich lebt nur davon, daß sich die Abneigung der einzelnen Völker nicht zu einer Gesamtabneigung verdichten kann, es lebt davon, daß keine Nation der anderen gönnt, daß sie vom Reiche wegkommt. (Heiterkeit.) Man würde das als eine Unbill empfinden, wenn es die andere besser hätte (lebhafte Heiterkeit), und ich muß sagen, es ist auch so. Wir sind von der Geschichte verurteilt, diesen Staat mühselig zu entwickeln, und wir geben keinem Teil das Recht, sich fortzuschleichen. Soll jeder seinen Teil Arbeit, seinen Teil Mühsal haben! Ein Staat, dem das, was man in anderen Staaten nur als Notwendigkeit erkennt, nämlich den Militarismus, das geheimste Mysterium des Patriotismus ist, ein solcher Staat, in dem der Patriotismus geradezu kaserniert ist, der verträgt nicht, daß ein Druck von außen auf ihm lastet, und wenn wir den staatsrechtlichen Dualismus überprüfen, werden wir nicht auf einem einzigen Punkte einen Nutzen für Oesterreich sehen.

Großmacht! Wir haben Interessen im Osten, wobei ich nicht rate, unter dem Kommando unseres Freundes Ellenbogen eine Armee auszurüsten, um dort Land zu erwerben. (Heiterkeit.) Wenn man das Verhältnis Oesterreichs ganz plastisch ausdrücken soll, so ist es das, daß für Oesterreich Ungarn nicht Osten sein kann, sondern „Vaterland" sein muß. Wir hätten genau von der Leithagrenze an den Osten beherrschen können und wären nicht gezwungen worden, ihn von der Balkangrenze zu beherrschen. Aber worauf reduziert sich alle Großmachtstellung im heutigen Europa? Sie reduziert sich auf zwei Tatsachen: auf die Tatsache der militärischen Verteidigung und auf die Tatsache der wirtschaftlichen Verteidigung. In diesem Sinne ist ja Oesterreich-Ungarn vorläufig Eine Macht, weil es dem Auslande als ein einheitliches Gebiet erscheint, dessen Grenzen von denselben Soldaten bewacht und von denselben schwarz-gelben Grenzpfählen abgesteckt sind. Aber wir müssen unterscheiden. Wozu braucht man in Oesterreich Soldaten? Man sagt, wir brauchen sie, um unsere Grenzen zu bewachen. Das Merkwürdigste ist nur, daß die Oesterreicher nicht alle wünschen, daß die Grenzen gar zu gut bewacht werden (Heiterkeit), und viele meinen, daß, wenn der einzige Nachteil der Aufhebung der militärischen Gemeinschaft der wäre, daß die österreichische Grenze dadurch schlechter bewacht würde, das eigentlich doch nur als großer Vorteil aufzufassen und ein vornehmlicher Grund wäre, die Aufhebung des Dualismus zu wünschen. Aber ich gebe ja zu, daß so unpatriotische oder sagen wir, so fortgeschrittene Anschauungen nicht diejenigen sein können, die von den Machthabern oder auch nur von der besitzenden Klasse in Oesterreich geteilt werden. Ich kann aber dennoch die Frage der militärischen Notwendigkeit nicht übergehen, weil ja auch in den Augen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Ordnung der Militarismus nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zu irgend einem Zweck angesehen wird. Und zu diesem Zwecke gehört die Sicherung gegen einen wie immer gearteten Feind. Was die Feinde im Innern betrifft, so brauchen wir wirklich keine Soldaten. Ich weiß nicht, wo die zuerst anfangen sollten, um Oesterreich von den Leuten zu säubern, die österreich-feindlich sind. Es bleibt also doch als eigentlicher Zweck: die Sicherheit nach außen. Die größte Verlegenheit, die einzige auswärtige Verlegenheit Oesterreichs kann doch nur die sein, daß Oesterreich mit Rußland wegen des Balkans in Streit gerät. Wir können doch nicht annehmen, daß wir noch einmal mit dem Deutschen Reiche Krieg führen werden, denn die Saturierung des Deutschen Reiches ist eine europäische Tatsache, in die mutwillig zu greifen niemand versuchen wird. Die Hoffnung auf eine friedliche Vergrößerung Deutschlands will ich damit niemand rauben. (Heiterkeit.) Es bleibt also wirklich nur Rußland. Es ist nun zweifellos, daß sich der russische Staat in einem solchen Um-

formungsprozeß befindet, daß kriegerische Unternehmungen für ihn aus der Reihe der europäischen Tatsachen geschieden sind. Aber weshalb sollten wir auch mit Rußland in Krieg kommen? Doch selbstverständlich nur wegen des Balkans. Aber die Balkangrenze zu bewachen, ist doch Aufgabe des Staates, den wir dem Orient entrissen und zu einem europäischen Staate gemacht haben, das ist doch in diesem Staatenbunde die historische Aufgabe Ungarns. Der Dualismus interessiert uns am Balkan. Wenn wir ihn aufgeben, sind wir am Balkan nicht mehr interessiert. Die Polizei am Balkan zu spielen, haben die Magyaren. Es tut mir leid, daß ich ihnen diese Aufgabe zuweisen muß, aber es ist eine Aufgabe, die ihnen schon die Geographie zugewiesen hat. Es ist kein Zweifel, daß die Großmachtsstellung — die doch auch einen Zweck haben muß, nicht nur den, daß einer Kaiser ist und nach ihm einer Kaiser wird — zur Bewahrung unserer Grenzen vollständig unnötig ist. Wenn Ungarn ein selbständiger Staat sein wird und Oesterreich auch ein selbständiger Staat, so werden sie immer noch Nachbarn sein, die gegeneinander keine Eroberungen zu machen haben. Es wird selbstverständlich ebenso möglich sein, ein militärisches Bündnis zu schließen, wie es anderen souveränen Staaten auch möglich ist. Nach der Bewahrung der Großmachtsstellung in dieser Richtung ist also absolut kein Bedürfnis. Es ist im staatsrechtlichen Dualismus nicht eine einzige Tatsache, die wert wäre, daß sie erhalten bliebe, und alle Tatsachen, die er produziert, sind wert, daß sie zugrunde gehen. Sie sehen, daß ich das ausschließlich vom Standpunkte der realen Augenblickspolitik betrachte. Wir schwärmen nicht für den Militarismus. Am allerwenigsten aber vermögen wir einzusehen, warum wir Söhne unserer Nationen assentieren sollen zur Bewachung der ungarischen Grenze.

Nun sagen aber die Leute, der Dualismus werde als europäische Notwendigkeit erkannt und in dem Augenblick, wo Ungarn eine Revolution machen würde gegen die Herrschaft der gemeinsamen Dynastie, würden nicht bloß von Rußland, sondern auch von Deutschland aus Soldaten einmarschieren, um die Störung des europäischen Gleichgewichtes hintanzuhalten. Man muß bei der Betrachtung dieser Dinge außerordentlich vorsichtig vorgehen. Die Machtmittel, um etwas zu verhindern oder um etwas zu erzwingen, haben sich nicht nur beträchtlich verändert, sondern auch beträchtlich erhöht. Es ist heute nicht nötig, eine Revolution zu machen, man kann dasselbe heute auch schon mit parlamentarischen Abstimmungen erreichen. Es ist wahr, die Völker können nicht so leicht Revolution machen, weil man genug Soldaten gegen sie hat. Aber die Machthaber können auch nicht mehr so leicht die „Empörer" niederknallen lassen. Wenn die Völker nicht die Mittel haben, um eine Revolution zu machen, so haben die Machthaber noch weniger Mittel, die Revolution niederzuschlagen. Die Politik der Ungarn vom Jahre 1849 könnte sich wohl in Europa nicht wiederholen, aber die Politik der Habsburger von 1849 bis 1851 wäre auch nicht mehr möglich. Es ist auch nicht notwendig, Revolution zu machen. Ja, wenn die Ungarn noch einmal die Dummheit machen würden, in der Debrecziner Kirche ihre Proklamation zu erlassen, würde sich der Dreibund als Element der europäischen „Ordnungspolitik" wohl bewähren. Aber wenn Ungarn bei Marchegg Zollschranken aufrichtet, wird in ganz Europa kein Soldat in Bewegung gesetzt werden. Das ist eben eine ungemein nüchterne Revolution, und eine dauernde Obstruktion ist unter Umständen eine ebensolche Revolution eines national noch geschlossenen Volksstammes, wie es früher Aufstände waren. Es ist kein Zweifel, daß sich diese Revolution bereits vollzieht, und so wenig ich die Absicht habe, auf augenblickliche Verhältnisse zu exemplifizieren, so ist es doch unzweifelhaft, daß sich in Ungarn ein bewußter Wille zu einem bewußten Zweck sammelt, und wenn wir geneigt wären, diesem Willen uns als Leibgarde der Hofburg entgegenzustemmen, so würden wir nur die unausweichliche Niederlage erleiden, die anderen beschieden sein wird.

Aber der staatsrechtliche Dualismus wird ja von niemandem in Oesterreich und noch weniger in der Sozialdemokratie für ein besonderes Gut erachtet. Für die Sozialdemokraten ist die Frage immer nur so gestanden:

Müssen wir den staatsrechtlichen Dualismus als eine Last auf uns nehmen, um uns den wirtschaftlichen Dualismus zu erhalten? Nie war für Oesterreich etwas anderes die Frage, wenn auch der schwarz-gelbe Janhagel sich eifrig bemühte, die Sache zu verdunkeln. Für Oesterreich kommt bei der Frage, ob es das Verhältnis mit Ungarn lösen will, nur in Betracht, ob die Vorteile der wirtschaftlichen Gemeinschaft groß genug sind, ihre staatsrechtlichen Nachteile aufzuwiegen. Bei Beurteilung des wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn muß man ins Auge fassen: Es ist ebenso sicher, daß für die Ungarn der wirtschaftliche Zusammenhang mit Oesterreich einmal eine Bedingung ihres Daseins war, wie es zweifellos ist, daß einmal der Augenblick kommen kann, wo dieses Zusammensein mit Oesterreich für ihre wirtschaftliche Entwicklung ein Hindernis wird. Für die Ungarn war der wirtschaftliche Zusammenhang mit Oesterreich, als ihre wirtschaftlichen Aeußerungen noch ganz unentwickelt waren, eine Krücke, an der sie gehen lernen konnten. Aber es wird keine Verwunderung erregen, daß sie einmal so weit gekommen sein können, um ohne Krücken zu gehen. Ob der Augenblick schon jetzt gekommen ist, mag eine Frage sein: keine Frage aber ist es, daß der Augenblick einmal kommen wird. Dafür ist ja nichts bezeichnender als die Tatsache, daß die wirtschaftliche Gemeinsamkeit zu allererst eine Forderung der Ungarn war. Bis 1851 wurden ja auf Waren aus Ungarn Zölle erhoben und es ist wirklich ein für uns Nachfahren ganz ungewohntes Zeichen ungarischer Bescheidenheit, daß die Ungarn bloß die Bitte vorbrachten, diese Zölle mögen ermäßigt werden. Aufgehoben wurden sie erst 1851. Für Ungarn war die Zollgemeinschaft mit Oesterreich wirklich ein wirtschaftlicher Treffer. Ungarn war ein ausschließlich agrikoles Land, Oesterreich hatte eine entwickelte Industrie. Aber die Ungarn kauften ihre Waren ohnedies nur in Wien. Der Zusammenhang könnte also für sie keinen Zwang bedeuten. Sie gewannen aber im österreichischen Gebiete einen bedeutenden Markt für die Ueberschüsse ihrer agrikolen Produkte. Das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn kann nicht verglichen werden mit einem unauflöslich zusammengefügten Zollgebiet. Denn das Entscheidende an dieser Zollgemeinschaft mit Ungarn ist ja, daß sie nicht sein muß, sondern nur sein kann. Oesterreich ist ein wirtschaftlich entwickelteres Land als Ungarn, aber es gibt auch da Gebiete, die zurückgeblieben, und solche, die entwickelter sind. Es ist ein durchaus nützliches Gebot nationaler und staatlicher Verwaltung, daß die rückständigen Gebiete von den wirtschaftlich entwickelteren Gebieten unterstützt werden, wobei ich nicht verhehlen will, daß das schon in Oesterreich außerordentlich bedenklich ist — weil nämlich die wirtschaftliche Verschiedenheit schließlich auch eine nationale Verschiedenheit ist, so daß mit der Pflege des wirtschaftlich rückständigen Gebietes, mit der wirtschaftlichen Entwicklung eines Gebietes, die von den Fortgeschritteneren geübt wird, auch die Stärkung der nationalen Kraft eines anderen Volksstammes, eines nationalen Gegners, verbunden sein kann. Das ist im allgemeinen auch der Grund, warum die nationalen Forderungen, die oft nur Kulturforderungen sind und von denjenigen, die sie erheben, mit leidenschaftsloser Beharrlichkeit auch immer als Kulturforderungen deklariert werden, von den anderen nicht ausschließlich als Forderungen der Kultur, sondern auch als Forderungen einer anderen national geschlossenen und also möglicherweise national feindseligen Kultur empfunden werden. Aber das nur nebenbei. Das Verhältnis verschärft sich natürlich, wenn die wirtschaftliche Pflege, die ich einem Gebiete angedeihen lasse, nur zeitlich begrenzt ist und daher mit der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Gebietes mir auch der Verlust der Entwicklung, die ich herbeigeführt, drohen kann. Das nun ist im Dualismus der Fall.

Ungarn hat sich an Oesterreich entwickelt. Oesterreich hat ihm vor allem eine Bank beigestellt. In den wirtschaftlichen Dingen spielt die Bank anscheinend eine außerordentlich nebensächliche Rolle. Aber das ist keineswegs der Fall. Hat doch der Kampf um die Magyarisierung der ehemaligen Nationalbank den Hauptinhalt des ersten Ausgleichskampfes gebildet, und es ist so weit gekommen, daß damals in Oesterreich eine Ministerkrisis drohte. Oester-

reich hat Ungarn die Möglichkeit gegeben, als solventer Staat aufzutreten, eigentlich schon bei der Geburt. Die Geschichte des jungfräulichen Kredits der Ungarn verdiente einmal ausführlich erzählt zu werden. Sie wissen, daß Oesterreich Schulden gemacht hat. Zu den gemeinsamen Ausgaben hat früher Oesterreich einen Beitrag geleistet und Ungarn einen Beitrag und der Rest ist gepumpt worden. Diese Schulden waren so angewachsen, daß, als die Auseinandersetzung erfolgte, das jährliche Zinsenerfordernis 150 Millionen ausmachte; damals hat sich Ungarn bereit erklärt, seinen Beitrag weiter zu zahlen. Aber obwohl es nach der Quote von 30 Prozent 45 Millionen hätte zahlen müssen, hat es sich nur bereit erklärt, 30 Millionen jährlich zu zahlen. Den Oesterreichern wollte man es überlassen, entweder das übrige zu zahlen oder für den Rest Bankerott zu machen. Oesterreich hat sich — nobel, wie es ist — bereit erklärt, das Ganze zu zahlen, und hat den Bankerott dann ein Jahr später doch gemacht. Aber es hat den Bankerott nur allein gemacht. Durch diesen Schwindel ist Ungarn in seine Selbständigkeitsepoche getreten mit einem unversehrten Kredit. Ein Land wie Ungarn braucht nichts so notwendig wie Kredit, und unser unvergeßlicher Wittelshöfer, der die Geheimnisse der reinen Plusmacherei so durchschaut hat wie selten einer, hat ausgerechnet, daß die Ungarn eigentlich aus der Bank nur auf einen Kredit von 30 bis 35 Millionen Anspruch hätten, wie er dem Umlauf der unbedeckten Noten in Ungarn entsprochen hätte. Aber Ungarn besitzt einen Kredit von 110 Millionen. Es ist in manchen Jahren vorgekommen, daß das Portefeuille der Bank für Groß-Kanizsa so groß war wie das für Triest und das Portefeuille von Debreczin fünfmal so stark wie das für Reichenberg. Die Bank ist die Quelle hoher Profite für Ungarn, und wenn die ungarischen Effekten heute so hoch stehen wie die österreichischen, so ist das nur eine Folge der Tatsache, daß die ungarischen Effekten in derselben Währung bezahlt werden wie die österreichischen. Die gemeinsame Bank, die gemeinsame Währung haben den ungarischen zweifelhaften Papieren österreichische Sicherheit gegeben, haben den Ungarn die Möglichkeit gegeben, die Hilfsquellen des Industriestaates für sich in Anspruch zu nehmen.

Das Verhältnis zu Oesterreich war für Ungarn das Verhältnis eines sich erst auf die Beine stellenden Kindes zu einem Manne, wenn auch nicht zu einem starken Manne, der Oesterreich gewiß nie war. Das hat sich geändert, als Ungarn an eine eigene Industrie zu denken begann. Man pflegt, wenn man die Notwendigkeiten und Vorteile des Dualismus hervorheben will, immer auch darauf zu verweisen, daß sich beide Staaten wirtschaftlich ergänzen. Oesterreich, sagt man, sei mehr oder weniger doch ein entwickelter Industriestaat, Ungarn ein Agrikulturstaat. Die beiden können miteinander ihre Produkte austauschen. Aber das ist doch nur so lange wahr, als es sich um das Verhältnis beider Staaten zueinander handelt, und es wird in demselben Augenblick zum Gegenteil, wenn es sich um das Verhältnis des Gesamtstaates zum übrigen Europa handelt. Da ist das Bedürfnis der beiden Staaten ein entgegengesetztes. Oesterreich hat das Bedürfnis nach Schutzzollpolitik für seine Industrie und Freihandel für agrikole Produkte, das Bedürfnis Ungarns, besonders solange es noch keine Industrieprodukte erzeugt hat, war immer: Freihandel für Industrieprodukte — denn der Schutz war für es eine gleichgültige Sache, der Zoll für sie nur eine Belastung des Konsums — Schutzzoll für Agrarprodukte. Aber auch territorial kam das zum Ausdruck. Das Bedürfnis Oesterreichs war immer Freihandel nach Osten und Schutzzoll nach dem Westen. Ich will mich da selbstverständlich nicht auf Erörterungen über die Berechtigung der Schutzzölle einlassen. Aber wir haben, wenn wir schon Schutzzölle besitzen, das Bedürfnis gehabt, unsere Industrie gegenüber der entwickelten Industrie Europas zu schützen und den offenen Markt gegenüber dem Balkan zu bewahren. Wir hatten das Bedürfnis, unsere Industrieprodukte nach den Balkanländern abzusetzen und ihnen dafür den Ueberschuß ihrer Agrarprodukte abzunehmen und ihnen außerdem ein kulanter Bankier zu sein. Das Bedürfnis Ungarns aber war das entgegengesetzte. Es

hatte kein Bedürfnis nach Schutzzöllen für die Industrie gegenüber dem Westen, wohl aber ein großes Bedürfnis nach der Absperrung des agrarischen Marktes gegenüber dem Balkan. Sie wissen, daß die Absperrung des Balkanmarktes den Ungarn gelungen ist, daß die Interessen seiner Schweinezüchter unserer Industrie den Markt in Serbien, die Interessen seiner Viehzüchter den Markt in Rumänien gekostet haben und daß sich der Export nach diesen Ländern seit dem Zollkrieg um 50 Millionen Gulden verringert hat.

Es wäre ein Mangel an Gewissenhaftigkeit, wenn ich übergehen wollte, daß sich das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn doch wesentlich anders gestaltet hat, seitdem Ungarn auch eine Industrie zu entwickeln beginnt. Wir sind an Ungarn in zweifacher Richtung beteiligt — als Produzenten und als Konsumenten. Ungarn ist nicht nur ein Absatzgebiet für unsere Ueberschüsse an Industrieprodukten, sondern auch ein Lieferant für unser Bedürfnis an agrarischen Produkten. Nun begreifen Sie, daß in dem Augenblick, wo wir mit Ungarn einen Zollkrieg beginnen würden, würde der ungarische Markt für unsere industriellen Ueberschüsse gesperrt und unser Markt für die agrarischen Ueberschüsse Ungarns. Aber der ungarische Ueberfluß ist zugleich unser Bedarf. Wir würden also Ungarn nicht bloß die Möglichkeit der Ausfuhr von Lebensmitteln nehmen, sondern wir würden auch *unseren unentbehrlichen Bedarf an Lebensmitteln verteuern.* Aber die Sache steht für Oesterreich noch in anderer Beziehung ungünstig. Die industrielle Ausfuhr ist schwerer zu handhaben als die agrikole. Wir könnten zwar die agrarischen Produkte Ungarns mit einem Zoll belegen, aber wir könnten dabei nicht so leicht anderswo einen Ersatz für diese Produkte finden. Erstens liefert die ungarische Agrikultur nicht nur Bedarfsartikel, sondern unentbehrliche Bedarfsartikel, sie ist Qualitätsagrikultur; dann aber sind wir auch räumlich auf Ungarn angewiesen. Ungarn ist zweifellos unser natürlicher Lieferant von agrarischen Produkten. Es ist auch nicht zu verhehlen, daß wir auch für die Ueberschüsse unserer industriellen Produkte nicht so leicht einen anderen Absatz finden könnten. Erstens ist der industrielle Markt in der ganzen Welt bereits besetzt und zweitens ist die österreichische Industrie durchaus nicht so entwickelt, um auf dem offenen Markte den Wettbewerb mit besser entwickelten Industrien auszuhalten. Nun bleibt der Balkan ein gewiß sehr entwicklungsfähiges Gebiet, aber es darf nicht übersehen werden, daß man zum Balkan wesentlich über Ungarn gelangt, und dann auch, daß der ganze Bedarf des Balkans nicht groß genug ist, um uns für den Verlust des ungarischen Marktes zu entschädigen.

Es ist also zweifellos, daß die Frage für Oesterreich außerordentlich ernst ist, und es ist zweifellos, daß sich über den *wirtschaftlichen* Dualismus nicht so urteilen läßt wie über den *staatsrechtlichen*. Nun werden Sie begreifen, wie töricht es ist, wenn die Leute sagen: Wenn wir keine gemeinsame Armee haben, dann soll auch von der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit keine Rede sein. Das ist ein Beweis, wie der patriotisch-politische Nebel den Leuten das Sehen erschwert. Aber man spricht uns nicht nur von der Erweiterung des österreichischen Absatzes auf dem offenen Markte und auf dem Balkan, sondern auch von einer *Zollunion mit Deutschland.* Das ist nun vornehmlich eine politische Forderung und ein Beweis, welche Formen der § 58 des Strafgesetzbuches annimmt. (Heiterkeit.) Gewiß, die Leute haben recht, daß sich aus einer wirtschaftlichen Verschmelzung allmählich auch eine politische Verschmelzung entwickeln kann. Zweifellos hat Oesterreich Einfluß im deutschen Zollverein deshalb begehrt, um die Vorherrschaft im Deutschen Reiche aufrecht zu erhalten, und wie ich glaube, hat auch *Bismarck* aus keinem anderen Grund den Eintritt Oesterreichs für eine Unmöglichkeit angesehen. Wenn die österreichische Industrie mit der deutschen Industrie in ein dauerndes, vor jeder Möglichkeit der Auflösung behütetes Zollgebiet treten würde, dessen Form ich nicht schuldig bin, Ihnen auseinanderzusetzen, würde das natürlich für diese Industrie ein Vorteil sein. Denn wenn sie ein Bestandteil der ganzen wirtschaftlichen Kraft Deutschlands würde, würde diese ganze wirtschaftliche Kraft Deutschlands auch uns zu Gebote stehen, das heißt

als eine theoretische Eventualität kann man das ja immer ins Auge fassen — wenn wir Deutschland einverleibt würden, so würde das für einige augenblickliche Träger unserer wirtschaftlichen Interessen vielleicht Unannehmlichkeiten haben. Aber die ganze wirtschaftliche Macht dieses großen, entwickelten Reiches würde dem ganzen ehemaligen österreichischen Wirtschaftsgebiete zu Gebote stehen. Ganz anders ist es bei einer bloßen Zollunion, da ist natürlich der deutsche Fabrikant kein Förderer unserer Industrie, sondern ein Konkurrent, und es ist kein Zweifel, daß die österreichische Industrie diese Konkurrenz nicht aushalten würde.

Ich habe Ihnen alle Tatsachen, wenn auch nicht annähernd in vollem Umfange, dargelegt, die für die Erhaltung der wirtschaftlichen Einheit mit Ungarn sprechen, und Ihnen nichts verhehlt, was als Folge der Auflösung hervortreten würde. Was folgere ich daraus? Müssen wir Bewahrer der wirtschaftlichen Einheit sein und den staatsrechtlichen Dualismus mit in Kauf nehmen oder können wir zu der Folgerung kommen, daß, wenn wir selbst durch die Gefahr eines Zollkrieges mit Ungarn gehen müssen, wir diesem unleidlichen und vergiftenden Verhältnis zu entrinnen uns bestreben müssen? Sie müssen sich die Sache so vorstellen: Es ist gar kein Zweifel, daß die österreichische Industrie in Ungarn einen zollbehüteten Markt hat und daß dieser Zollschutz für sie große Bedeutung besitzt. Es ist kein Zweifel, daß sie im freien Wettbewerb einer Konkurrenz zu begegnen hätte, der sie vielleicht nicht in allen Punkten gewachsen wäre. Aber es wäre doch ganz merkwürdig, wenn man bekennen müßte, daß die österreichische Industrie unfähig ist, einen Markt zu behaupten, mit dem sie dreißig Jahre in innigster wirtschaftlicher Gemeinschaft steht. Wenn das die österreichischen Fabrikanten nicht treffen, ist es ganz unmöglich, daß sie sich jemals wirtschaftlich entwickeln. Neben der rein industriellen Tüchtigkeit spricht ja auch der kommerzielle Faktor bei Beherrschung eines Landes eine Rolle. Wir beherrschen Ungarn nicht nur durch die Fabrikanten in Böhmen, sondern auch durch die Händler am Franz Josefs-Quai. Wir beherrschen sie vor allem als Nachbarn, deren östliche Gewohnheiten so vielfältig zusammentreffen. (Heiterkeit.) Ungarn hat keine eigene Bourgeoisie. Es ist unfähig und hat nicht die Möglichkeit, eine Industrie aus eigener Kraft zu entwickeln. Seine Bourgeoisie ist ausschließlich Händlerbourgeoisie, es ist jenes Bürgertum, das notwendig ist, die regelmäßige Versorgung und die normalen Geschäfte des wirtschaftlichen Lebens zu versehen. Diese Bourgeoisie ist übrigens, wie ich nebenbei bemerke, vorzugsweise eine jüdische. In Budapest leben allein 169.000 Juden und in ganz Ungarn 851.000. Daß sich diese jüdische Bourgeoisie nicht hauptsächlich mit Ackerbau beschäftigt, ist ziemlich klar. Sie, die unter den magyarischesten Namen auftritt (Heiterkeit), ist der Träger des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn. Durch diese Bourgeoisie kann allein Ungarn mit Europa in Verbindung treten, denn so weit ist es noch nicht gekommen, daß die Leute in England und Frankreich magyarisch lernen, sondern die Weltsprache der Ungarn ist noch immer die deutsche. Durch diese Bourgeoisie hat es Verbindung — keine ganz reinliche allerdings — mit ganz Europa. Wir kennen den ungarischen Markt aufs genaueste. Für diesen Markt erzeugen seit dreißig Jahren ausschließlich die österreichischen Fabriken. Was an Industrieprodukten von auswärts nach Ungarn kommt, kommt zuerst nach Oesterreich und von hier erst mittelbar nach Ungarn. Europa kennt Ungarn fast gar nicht. Wir beherrschen den ungarischen Markt kommerziell vollständig und wirtschaftlich fast vollständig. Es ist weiter kein Zweifel, daß der zollgeschützte Markt, den Oesterreich an Ungarn hat, ein wesentlicher Grund für den Stillstand unserer Industrie ist. Denn dadurch wird die eigentümliche Gewohnheit der Oesterreicher, die Trägheit, großgezogen. Die Industriellen sind in Oesterreich durch den Zollschutz zu einem langsameren Tempo ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gelangt, als es der Fall wäre, wenn sie den Stachel der freien Konkurrenz im Nacken spürten. Ich zweifle also nicht, daß die österreichische Industrie in der Lage ist, den Verlust dieses Zollschutzes zu ertragen; daß sie in der Lage ist, diese Macht trotz der Zollfreiheit vor ganz

Europa zu behaupten. Da muß man sagen: Wer schwimmen will, muß ins Wasser. Wenn die österreichischen Industriellen, die mit ihren Exportmöglichkeiten nach China und Japan so viel Flausen machen, nicht einmal Preßburg und Oedenburg besetzen könnten — wären nicht die dreißig Jahre Zollschutz, die die österreichische Bevölkerung mit so viel Opfern bezahlt hat, hinausgeworfenes Geld gewesen? Ich glaube auch nicht, daß sich die Dinge sofort in vollständige Unvernunft umsetzen würden. Zweifellos brauchen wir die Ungarn und die Ungarn brauchen uns. Und wenn das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn das Verhältnis zweier freier Staaten wäre mit selbständiger Souveränität oder — wenn Sie den ganz unwahrscheinlichen Fall präsumieren wollen — zweier Föderativrepubliken, die also ihre wirtschaftlichen Verhältnisse nur nach den Grundsätzen und Gesetzen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit einrichten würden, würden sie natürlich nie zu dem Wahnsinn gelangen, Krieg gegeneinander zu führen, der beiden Wunden schlägt, sondern zum vernünftigen Grundsatz, *die Produkte des einen Teiles gegen die des anderen auszutauschen.*

Da die Ungarn zur Auflösung der pragmatischen Sanktion zu schwach sind, zur Aufrichtung der Zollschranken der Reichstag schon kompetent wäre, so ist kein Zweifel, daß der Akt, durch den Ungarn seine Souveränität in die Welt setzen wird, die Aufrichtung der Zollschranken sein wird. Aber das ist noch nicht das, was dauernd zu behaupten sein wird. Sie begreifen ja, die Gemeinsamkeit des Heeres muß man *abschaffen*. Die Gemeinsamkeit des Zollgebietes muß man immer erst begründen, und zwar alle zehn Jahre. Und wenn die Leute glauben, es werde eine Revolution aller europäischen Potentaten entstehen, die zur Verteidigung Oesterreichs ins Feld rücken werden, so ist das wirklich ein Irrtum. Der ungarische Reichstag wird einfach die Gemeinsamkeit des Zollgebietes nicht mehr bewilligen, wobei ich bemerke, daß sie eigentlich längst schon nicht bewilligt ist und daß die Ungarn jeden Augenblick Zollschranken aufrichten können. Sie tun es nur nicht, weil es ihnen noch nicht paßt. Ich glaube also, daß der Akt, mit dem die Ungarn werden zeigen wollen, daß sie nicht zu Wien gehören, die Aufrichtung von Zollschranken sein werde. Aber da Zollschranken nicht nur dem Bedürfnis Oesterreichs, sondern auch dem Ungarns widerstreiten, bin ich überzeugt, daß dieser Zustand des schärfsten wirtschaftlichen Kampfes, wenn er je eintreten wird, nur ein *Uebergangsstadium* sein wird, und daß zwei Staaten, die ihre vollständig staatliche Selbständigkeit gewonnen haben, vom Drange getrieben sein werden, ihre natürlichen Interessen gegeneinander auszutauschen.

Dazu kommt noch, daß die Ungarn ihre Industrien allmählich entwickeln; und es ist ein Gesetz, daß die industriellen Länder aufeinander noch mehr angewiesen sind als zwei Länder, deren wirtschaftliche Struktur sich widerspricht. Die ungarische Industrie ist heute schon zum Teil auf den ausländischen Markt angewiesen. Für Ungarn wäre die Aufrichtung von Zollschranken nicht bloß eine Unbequemlichkeit, die sie in ihrem schwachen wirtschaftlichen Fundament schwer träfe, sondern es wäre auch die Unterbindung ihrer eigenen Industrie.

Sie werden also unterscheiden zwischen der ernsten Entschiedenheit, mit der wir die Auflösung des staatsrechtlichen Bandes fordern, und der Ueberzeugung, mit der wir an die Auflösung des wirtschaftlichen Bandes schreiten. Wir wollen durchaus nicht, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit auf den breiten Schultern der österreichischen Bevölkerung ausgetragen wird. Aber wir sind überzeugt, daß die wirtschaftliche Trennung eine Voraussetzung für ein vernünftiges, zweckmäßiges, gesundes, wirtschaftliches Verhältnis zu Ungarn ist. *Deswegen stimmen wir dafür, daß der staatsrechtliche Dualismus aufgehoben werde, und erklären die wirtschaftliche Gemeinsamkeit nur dann für dauerhaft, wenn sie aus der Freiheit und Selbstbestimmung der Staaten hervorgeht.* (Beifall.)

Nun frage ich: Mit welchen Kräften haben wir zu rechnen, wenn wir die Frage des Dualismus betrachten? Sie wissen ja, die Oesterreicher werfen

sich von Zeit zu Zeit in Positur und tun so, als ob der österreichische Landsturm schon gegen die ungarischen Grenzen ausrücken wollte. Aber das Medium unseres Einflusses auf Ungarn ist doch ausschließlich die Krone. Die Krone kann den Ungarn nehmen, die Krone kann ihnen geben. Die Krone kann ihnen verweigern, die Krone kann ihre Wünsche erfüllen. Die Krone hat ja schon einmal den Versuch gemacht, Ungarn in eine österreichische Provinz zu verwandeln. Aber ich glaube, dieselben Tatsachen, die das Scheitern jenes erweiterten Reichsrates der Schmerlingschen Verfassung verursacht haben, würden sich jedem Versuch entgegenstellen, eine durch die Natur schon aufgelöste Gemeinschaft irgendwie staatsrechtlich zu konservieren. Und wenn wirklich die Frage so steht, wie sie nicht falsche, sondern echte Oesterreicher — es gibt in diesem merkwürdigen Lande sogar solche — formuliert haben; daß das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn in der Form des Dualismus unhaltbar ist, aber das Verhältnis doch in anderen Rechtsformen aufrecht zu erhalten wäre, so glaube ich, daß diese vereinzelten Stimmen die Lehren der Geschichte absolut nicht würdigen wollen. Das allgemeine Wahlrecht ist kein Wundermittel. Es ist nicht wahr, daß die Dinge, die schlechthin unmöglich sind, von irgend einer Demokratie versehen und vermittelt werden können. Der Versuch, Oesterreich mit Ungarn zu verknüpfen, ist nicht gescheitert, weil er mittelst eines untauglichen Mittels unternommen wurde, sondern deshalb, weil er unrealisierbar ist. Daß wir nach Ungarn Maschinen verkaufen und die Ungarn nach Oesterreich Getreide und Ochsen, das reicht nicht aus, um einen Staat zu begründen.

Wirtschaftliche Dinge lassen sich wirtschaftlich erledigen. Jede Aufgabe in der Geschichte hat ihre bestimmte Formel und bestimmten Instrumente. Völker, die Waren austauschen, gibt es viele. Aber das war niemals der Grund, daß sie sich zärtlich umarmen. (Heiterkeit.) Leute, die Rechnungen einander zu zahlen haben, brauchen sich doch keine Liebeserklärungen zu machen. (Erneuerte Heiterkeit.) Dinge, die durch Handelsverträge erledigt werden können, brauchen nicht zur Grundlage staatlicher Verkettungen gemacht zu werden. Aber wenn irgendwo auf der bewohnten Welt das Vertrauen zu cäsaristischer Politik nicht empfehlenswert ist, ist es in Oesterreich; denn es ist nicht wahr, daß die Machthaber dieses Oesterreich das Bedürfnis haben, die nationale Kraft staatlich auszudrücken, denn sie haben immer nur das Bedürfnis gehabt, die nationale Kraft zum Schemel ihrer Größe zu machen; es ist nicht wahr, daß sie eine demokratische Mission in der Weltgeschichte zu erfüllen haben, nicht wahr, daß die Idee des Oesterreichertums die Erfüllung der Demokratie ist, sondern die Mission dieses Oesterreich war, die Völker zu vergewaltigen für eine mysteriöse Größe außerhalb der Völker, und ich werde mir nicht einreden lassen, daß sich alle geschichtlichen Tatsachen plötzlich umformen könnten und eine cäsaristisch-demokratische Politik in Oesterreich gemacht werden könnte.

Der Staatsstreich, der in Oesterreich gemacht werden und der die Wirkung haben soll, die Teile fester aneinander zu kitten, die berühmte Klammer abzugeben, die die zentrifugalen Tendenzen hemmt und aus den versprengten Teilen eine Einheit schafft, und derselbe Staatsstreich, der wieder an einem anderen Punkte die Aufgabe vollziehen soll, die staatliche Einheit aufzuheben und die durch das Uebergewicht des einen Teiles gebundenen Kräfte lebendig zu machen: immer zu demselben Zwecke, immer um die Entwicklung der Bevölkerung zu befördern: dieser Staatsstreich dünkt mir in dieser Ausdehnung ein verflucht undemokratisches Element der Politik. Diese cäsaristische Politik, die man uns einladet, mitzumachen, diese Politik, die der Großmacht dienen soll, aber auch den Interessen des Proletariats, ist trotz ihrer demokratischen Vermummung nicht darnach, daß wir hinter der Larve nicht das alte, schwarzgelbe, nur modern verhüllte Gespenst erkennen würden.

Es gibt nichts, was in diesem Lande eine Entwicklung schaffen kann, als die wirklichen Kräfte der Nationen; diese Kräfte sollen entfaltet werden und sollen sich ungestört entwickeln, befreit von jedem Druck von außen. Die Ungarn mögen es sich einrichten, so gut sie können und so gut sie es brauchen.

Wir wollen aber unser Feld rein bekommen, und ich glaube, daß die sagenhafte Großmacht wohl verschwinden wird, aber ein vernünftiges, weit mächtigeres, den Interessen der Völker dienliches Gebilde an ihre Stelle treten wird. Der Dualismus ist das, was die Entwicklung der Völker hemmt. Deswegen muß er verschwinden. Frei und selbstständig werden sich die Völker finden zu einer besseren, einträchtigeren Ordnung der Dinge. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Dr. Hugo Stark: Genosse Austerlitz hat die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie zum Dualismus dahin gekennzeichnet, daß wir staatsrechtlich von Ungarn loskommen wollen, die wirtschaftliche Gemeinsamkeit aber, die zu erhalten im proletarischen Interesse liege, eventuell durch einen Zollkrieg eine Restaurierung erleben müsse. Er hat von der Umwandlung des zollbeschützten Marktes in einen offenen als annehmbar für Oesterreich und österreichische Proletarier aber trotzdem auch gesprochen; er hat darauf aufmerksam gemacht, daß das gemeinsame Zollgebiet eine Institution auf Kündigung ist, also nicht sein muß, und daß in Ungarn die Tendenz dahin geht, nicht nur die staatsrechtliche Trennung durchzuführen, sondern auch die Handelsbeziehungen als zwischen fremden Staaten zu regeln. Ich bin der Meinung, daß der umgekehrte Weg in Ungarn wahrscheinlicher ist. Wir stehen vor dem Moment, wo ein neuer Ausgleich gemacht wird. Er könnte uns vor die Tatsache der Aufrechterhaltung der staatsrechtlichen Gemeinschaft und der Aufstellung eines autonomen Zolltarifs stellen. Das muß ja noch keinen Zollkrieg bedeuten, sondern die Aufforderung, zum Abschlusse eines Handelsvertrages auf Basis des autonomen Zolltarifs in Verhandlung und Vereinbarung zu treten. Ich befinde mich mit Austerlitz und Daszynski im Widerspruch, indem ich behaupte, daß die Frage der Abänderung des Handelsbündnisses in einen Handelsvertrag für uns sehr gefährlich, ja ernstlich gar nicht diskutierbar ist. Oesterreich steht zu Ungarn im Verhältnis eines Industriestaates zu einem Agrarstaat, der sein Defizit an Nahrungsmitteln aus Ungarn bezieht und andererseits das Handelsmonopol in Ungarn besitzt. Ungarns Ueberschüsse decken Oesterreichs agrarische Defizite. Freilich bedeutet Zollfreiheit gegenüber Ungarn Zollschranken gegenüber den anderen Staaten, aber in normalen Erntejahren im gemeinsamen Zollgebiete sind diese Agrarzölle gegen das Ausland, da das gemeinsame Zollgebiet den gemeinsamen Bedarf voll deckt, nur in Theorie in Geltung; erst bei Mißernten spüren wir diese Agrarzölle gegen die anderen Staaten sehr bitter. Wir können uns zwar auch einen Handelsvertrag mit Ungarn ohne Zollschranken denken. Aber bei einem jeden Handelsvertrag mit niedrigen Zöllen oder Zollfreiheit würden dieselben Folgen, Verwandlung Ungarns für uns aus einem Monopol- in einen offenen Markt, eintreten infolge des Bestandes der Meistbegünstigungsklausel. Bei Eintritt des Handelsvertrages müßten wir allen anderen Handelsvertragsstaaten dieselben Begünstigungen auf dem ungarischen Markte eingeräumt sehen, die uns konzediert wurden. Gleichgültig, wie hoch die Zölle wären, sie bedeuteten den Verlust des zollbeschützten Marktes. Wir wären der Konkurrenz der anderen Staaten ausgeliefert. Es ist klar, daß, wenn wir einen Zoll auf ungarische Produkte einheben, die Höhe dieser Zölle nur der Konsument zahlen müßte, denn die heimischen Produzenten würden ihre Preise sofort erhöhen, daß dagegen Ungarn auch bei Errichtung von Zollschranken gegen Oesterreich trotz der hierdurch bedingten Notwendigkeit des Wettbewerbes mit den anderen agrarischen Handelsvertragsmächten Oesterreichs auf dessen Markt wegen der Vorteile, die ihm seine geographische Lage, seine Tarifpolitik, die Qualität seiner Produkte 2c. bieten, seine Stellung behaupten würde. Ein Handelsvertrag mit Oesterreich an Stelle des bisherigen Handelsbündnisses würde Ungarns Exportinteressen nicht schädlich sein, ihm nur bezüglich der Deckung seines industriellen Imports freie Hand gewähren, die im Interesse der Anbahnung neuer Absatzverbindungen für seine agrarischen Ueberschüsse gegen die Interessen des österreichischen industriellen Exports nach Ungarn letzteres gewiß auszunützen nicht versäumen würde. Oesterreich, das zeigt die Statistik, würde

auf offenem Markt in Ungarn wie im Welthandel, im Welthandel gerade in den entscheidenden Artikeln nicht konkurrenzfähig sein. Ein Blick in das statistische Handbuch lehrt das.

Vorsitzender **Tomschik:** Ihre Redezeit ist abgelaufen, ich werde den Parteitag befragen, ob Sie sie überschreiten dürfen.

Bei der Abstimmung wird dem Redner eine Verlängerung der Redezeit vom Parteitag *nicht bewilligt*.

Winarsky (Wien): Mit dem ersten Teil der Ausführungen des Genossen *Austerlitz* und der Resolution wird gewiß jeder Delegierte einverstanden sein. Gewagter scheinen mir seine Vorhersagungen über das wirtschaftliche Bündnis, in dem sich das getrennte Oesterreich und das getrennte Ungarn wieder zusammenfinden werden. Austerlitz meint, daß nach der staatlichen und wirtschaftlichen Trennung eine Einigung viel leichter zustande kommen wird, weil Oesterreich das Absatzgebiet der agrarischen Produkte Ungarns und Ungarn das der Industrieprodukte Oesterreichs ist. Das würde aber auch für die Aufrechthaltung der Gemeinsamkeit sprechen. In dem Augenblick, wo die Trennung von Oesterreich und Ungarn staatsrechtlich durchgeführt ist, würde auch die Tendenz der Industrieförderung drüben zu einer Schutzzolllinie gegen Oesterreich führen. Ich erinnere Sie an die eigenartige Tarifpolitik auf den ungarischen Staatsbahnen, an die Festsetzung der Surtaxe für Zucker, die nichts als eine Zwischenzolllinie ist. Ich glaube, die Einigung wird nicht leichter sein, wenn die volle Trennung eingetreten ist. Der Kampf wird dann noch schärfer entbrennen. Trotzdem bin ich für die Beseitigung des Dualismus, aber ich meine, daß man sich über die Konsequenzen der Beseitigung klar sein muß. Auch in Oesterreich selbst würden die Tendenzen auf Absplitterung einzelner Gebiete durch die Trennung von Ungarn gefördert werden, die Bestrebungen der nationalen Tschechen, Italiener, Kroaten würden dadurch gefördert werden. Ich sehe auch nicht ein, warum das industriell und kulturell hoch entwickelte Westösterreich, wenn es sich von Ungarn wirtschaftlich trennt, mit *Galizien* und der *Bukowina* noch *weiter zusammenbleiben soll. Wir* zahlen die Kosten der Herrschaft der Schlachzizen. Bedenken Sie nur: 1899 bezahlte man in ganz Oesterreich per Kopf durchschnittlich an direkten und indirekten Steuern 30 Kr.;

in Niederösterreich	waren es durchschnittlich	67 Kr.
„ Böhmen	„ „ „	37 „
„ Schlesien	„ „ „	47 „
Dagegen		
in Galizien	„ „ „	12 „
„ der Bukowina	„ „ „	12 „
„ Dalmatien	„ „ „	6 „

Ich vermag also nicht zu verstehen, weshalb diese Gebiete auch weiterhin mit dem österreichischen Staat vereinigt sein sollen. (Zwischenruf: Also los von Galizien!) Ich will nur zeigen, wie im Gefolge der Beseitigung des Dualismus überall neue Keime des Verfalles entstehen. Die Beseitigung des Dualismus ist der *zweite Schritt zur Auflösung des gemeinsamen Staates*, so wie *seine Gründung der erste Schritt war*. Darin müssen wir klar sehen und diese Klarheit vermisse ich in der Resolution. Noch eines: Da die Auflösung des dualistischen Verhältnisses unweigerlich die Auflösung Oesterreichs überhaupt zur Folge haben muß, so müssen wir uns auch mit den Folgen dieser Auflösung auf die *internationale Politik des Proletariats* befassen. Oesterreich hat Aufgaben gegen den Osten; nicht gegen die Türkei, aber gegen Rußland ist es ein Bollwerk. Es fragt sich, ob das Zerschlagen Oesterreichs nicht das Ueberwiegen Rußlands und damit eine Bedrohung der westeuropäischen Kultur und des vorwärtsstrebenden Proletariats der westeuropäischen Länder zur Folge haben wird. Ich meinesteils sehe darin keine Gefahr, sondern glaube, daß die selbständigen Gebiete, die hier entstehen werden, die Interessen der westeuropäischen Kultur gegenüber dem Zarismus besser wahren werden als dieses marastische, zu jeder Tat unfähige Oesterreich. Ich kann also nach all dem vorher Gesagten

nicht wie Austerlitz glauben, daß aus der Asche von Großösterreich Kleinösterreich entstehen wird wie der Vogel Phönix. Aber gerade weil ich der Ansicht bin, daß die Auflösung des Dualismus einen Schritt näher zur Auflösung Oesterreichs bedeutet, und weil ich glaube, daß die Auflösung dieses Staates eine Vorbedingung für die natürliche Entwicklung seines Proletariats ist, deshalb bin ich für die Beseitigung des Dualismus. Was wir zu vollbringen haben im Interesse des Proletariats aller Nationen Oesterreichs, ist die Erkämpfung politischer Rechte, so daß es vorbereitet ist für den Tag der Liquidation, um dann etwas dreinreden zu können. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Ellenbogen: Ich halte es für ziemlich überflüssig, sich solchen Zukunftsphantasien hinzugeben, wie sie Genosse Winarsky uns eben produziert hat. Wir wollen uns womöglich über die Wirkungen der Lösung des staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisses Rechenschaft geben. Aber was aus diesem Kadaver Oesterreich wird, das ist gleichgültig, das Proletariat kümmert es nicht, seine Existenzberechtigung beruht auf anderen Voraussetzungen als dieser Staat. Jedenfalls müssen wir uns auf die Gefahr, die aus der Lösung des staatsrechtlichen Verhältnisses für die Arbeiter entspringt, gefaßt machen. Es wird dann ein Zollkrieg entstehen, die Lebensmittelpreise werden ungeheuer erhöht werden, davon wird das Proletariat schwer betroffen. Während die Agrarzölle jetzt nur im Falle von Erntedefiziten fühlbar werden, würden im Augenblick der Errichtung dieser Zollgrenzen die österreichischen Agrarier zu einem furchtbaren Raubzug schreiten. Aber ich glaube, für uns steht die Frage gegenwärtig weniger so: Was wird dann geschehen? Weit wichtiger ist die Frage: Ist es möglich, auf der einen Seite und wünschenswert auf der anderen Seite, dieses Verhältnis aufrecht zu erhalten? Die zweite Frage hat Austerlitz so gründlich beantwortet, daß darüber nichts mehr zu reden ist. Aber die Sache steht so, daß die österreichische Wirtschaft durch das Weiterbestehen des Ausgleiches vollständig ruiniert wird! Unsere Industrie wird durch das Aufblühen der ungarischen tief geschädigt und unser Export verschwindet immer mehr. In absehbarer Zeit hätten wir eine Masse Arbeiterentlassungen zu erwarten, ja sogar einen Stillstand der kapitalistischen Entwicklung in Oesterreich. Kommen dann noch Zollschranken dazu, so wird der vollständige Anstoß zum Ruin gegeben. Allerdings gegenüber Leuten, die keine Eisenbahnen wollen, die nicht wissen, daß der Kapitalismus seine Entwicklungsstadien durchmachen muß, daß die Ueberwindung des Kapitalismus nur durch die Entwicklung des Kapitalismus erfolgen kann, wäre jedes Argument verfehlt. Aber für alle klar denkenden Genossen ist es verständlich, daß das Stillstehen der kapitalistischen Entwicklungsmaschine einen furchtbaren Eingriff in das Recht des Proletariats bedeutet. Der Dualismus verdichtet nicht nur politisch das Chaos noch mehr, er verwirrt die Nationalitätenfrage ganz heillos, noch viel ärger aber wirkt er auf wirtschaftlichem Gebiete. Wenn wir uns unserer Haut wehren wollen, so müssen wir unbedingt für die Trennung sein. Schlechter, als es ist und zu kommen droht, kann es nicht werden. (Stürmischer Beifall.) Da ist es uns gewiß lieber, einen Augenblick noch tiefer hinein- und dann aber endgültig herauszukommen! Die Lösung wird der österreichischen Industrie große Hemmungen bereiten, aber wie steht es denn mit der ungarischen Industrie? Wie ist sie denn möglich geworden? Mit österreichischem Geld! Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat mit österreichischem Geld die ungarische Industrie gezüchtet, abgesehen von der Quote.

Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Ellenbogen: Ueber den Ausgleich ist in zehn Minuten nicht zu reden.

Pölzer (Wien): Ich beantrage weitere zehn Minuten Redezeit für Ellenbogen.

Resel (Graz): Ich beantrage unbeschränkte Redezeit.

Dr. Stark: Dann muß rückwirkend auch noch ich das Wort bekommen.

Dr. Ellenbogen: Ich will keinen Unterschied unter Genossen machen. Aber es ist für den Parteitag doch von Wichtigkeit, zu wissen, wie sein parlamentarischer Vertreter im Ausgleichsausschuß darüber denkt.

Der Antrag Pölzer wird abgelehnt, der Antrag Resel angenommen.

Dr. Ellenbogen (fortfahrend): In dem Augenblick, wo der Ausgleich aufhört, wird der Oesterreichisch-ungarischen Bank irgend ein Malheur passieren. Daß man dann das in ungarischen Immobilien festgelegte Geld sehr leicht hereinkriegen wird, ist nicht wahrscheinlich. Wenn die Ungarn Bankerott ansagen, so wird das eben ein Fall sein, der sich in Rumänien etwa alle fünf bis zehn Jahre ereignet, da dieses Land wegen seiner immer wiederkehrenden passiven Zahlungsbilanz alle fünf bis zehn Jahre Staatsbankerott ansagt. Einige Millionen gingen da verloren, aber die ungarische Industrie könnte nicht weiter mit österreichischem Geld herausgezüchtet werden. Die Konkurrenz würde dann ohne Loyalitätsklausel auf ihre natürlichen Bedingungen zurückgeführt werden, die abnorme Begünstigung der ungarischen Industrie durch Steuerbefreiungen u. s. w., die von unserem Geld bezahlt werden, aufhören. Wenn wir heute unseren Export schützen wollen, fällt uns da nicht Ungarn fortwährend in den Arm? Auch da muß ich sagen, daß gegen Genossen, die gegen das Argument der Ausdehnungsnotwendigkeit des industriellen Absatzes mit witzelnden Redewendungen wie „Kolonialpolitik" oder „Großösterreich" zu Felde ziehen, ernstlich nicht zu polemisieren ist. Aber wenn wir zum Zwecke dieser Ausdehnung des Absatzmarktes einmal Schiffe bauen wollten, so könnten wir es nicht, weil es Ungarn nicht erlaubt. Wie sind wir durch die Ungarn in unserer Eisenbahnpolitik beengt! Wir müssen unser 128 Millionen Kronen-Defizit noch steigern durch die Unmöglichkeit der Erhöhung der Tarife, weil die Ungarn es wollen! Wir müssen unsere österreichischen Eisenbahnen dazu benützen lassen, daß die Ungarn mit billigeren Tarifen als wir selbst ihre Waren befördern! Das alles ist nicht aufrecht zu halten. Es wurde vom Balkan gesprochen. Wir dürfen die einzige Linie, die uns direkt mit dem Orient verbindet, über Novibazar nach Salonich nicht bauen, während sich die Ungarn zwei Linien mit österreichischem Geld haben bauen lassen. Wollen wir unsere österreichische Wirtschaft und damit die Löhne der Arbeiter und die Beschäftigung der Arbeiter von den Ungarn abhängig sein lassen? Nein, wir sind gezwungen, im Interesse unserer Erhaltung als organisierte proletarische Bewegung auf die Lösung des dualistischen Verhältnisses hinzuarbeiten.

In der Resolution, mit der ich sonst vollständig einverstanden bin, ist ein Ausdruck enthalten, dessen Opportunität ich bezweifle. Er redet einer künftigen „Einheit des Zollgebietes" das Wort. Ich meine, das ist jener Teil der Zollpolitik, in dessen Erörterung wir uns nicht einlassen sollen. Was aus der Lösung des Dualismus im einzelnen herauskommen wird, das weiß ich nicht; daß wir aber dies zu wünschen haben, ist zweifellos nicht der Fall. Man wird einwenden, wir müssen uns eine klare Vorstellung von dem machen, was daraus werden soll. Wir vermeiden es aber absichtlich, uns über einige Fragen zu äußern, nicht weil wir nichts darüber wissen oder uns vorstellen, sondern weil diese Detailregelung nicht unsere Sache ist. Wie stellen wir uns zum Beispiel vor, wie der österreichische Kaiser sich mit dem König von Ungarn auseinandersetzen soll? Das geht uns gar nichts an. Wir sind nicht verpflichtet, uns den Kopf der Juristen, Diplomaten und Staatsrechtslehrer, die die staatsrechtliche Form des neuen Verhältnisses zu finden haben werden, zu zerbrechen, aber ebensowenig haben wir zu entscheiden, ob dann sofort ein Zollgebiet oder nicht vorhanden sein wird. Hier ist Gelegenheit, unsere Haltung rein prinzipiell festzulegen. Daß wir, die prinzipiell Freihändler sind, den Kampf gegen das Prinzip der Zollwirtschaft bekennen, Einheit des Zollgebietes begehren, das ist ein Widerspruch, der nicht gerechtfertigt ist. Das würde man uns immer und mit Recht vorhalten. Ich glaube, wir lassen das einfach aus. Wir haben nur die Pflicht, die politische und wirtschaftliche Trennung von Ungarn zu begehren und zu erklären, daß nur große Wirtschaftsgebiete im Sinne der Entwicklung des Kapitalismus liegen. (Beifall.)

Vorsitzender: Wir brechen die Debatte ab. Zu einer Mitteilung erteile ich das Wort dem Genossen

Neumann: Am 22. Oktober erfolgte die Schließung der Schuhmacherkrankenkasse durch den Wiener Magistrat. Gegen diese rein parteipolitische Verfügung, die sich als Mißbrauch der Amtsgewalt gekennzeichnet hat, haben wir sofort rekurriert. Heute ist der Rekurs erledigt worden. (Hört!) Dem Rekurs wurde gesetzmäßig stattgegeben. Morgen um halb 9 Uhr hat die Kasse wieder dem Gehilfenobmann Genossen Möller übergeben zu werden. (Bravorufe. — Zwischenrufe: Wozu Bravo? Die Erledigung ist doch selbstverständlich!) Die Verfügung — das ist merkwürdig — ist am 5. November erflossen und vermutlich bereits am 6. November in den Händen des Magistrats gewesen. Am 7. November hat eine Gemeinderatssitzung stattgefunden, in der eine bestellte Interpellation von Lueger beantwortet wurde. Damals hat der Bürgermeister von dieser Verfügung der Statthalterei wohl schon gewußt. Trotzdem hielt er seine demagogisch verleumderische Rede. Gegen jeden perfiden Mißbrauch der Amtsgewalt und gegen die kecke Belügung einer erwählten Körperschaft müssen wir uns aussprechen und den Schuldigen das Stigma der Lüge und der Verleumdung aufprägen. (Stürmische Zustimmung.)

Der **Vorsitzende** erklärt sodann, daß der Parteitag die soeben gehörte Mitteilung mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt.

Nachdem noch die Begrüßungen aus Pola, Czernowitz, Bischofteinitz, Krems, vom Verbande der Tonarbeiter und dem deutschen Arbeiter-Abstinentenverein verlesen werden, schließt Vorsitzender Tomschik die Nachmittagssitzung.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: **Tomschik.**

Vorsitzender: Zu einer Mitteilung hat das Wort Genosse

Pölzer: Die Genossen von der Parteivertretung waren gestern — ich teile das auf einige Bemerkungen mit — durch ein Schiedsgericht an der Teilnahme beim Kommers verhindert.

Vorsitzender: Ich muß noch den Genossen Seitz entschuldigen, der durch die Landtagssitzungen am Erscheinen hier verhindert ist. Seitz hat mit der christlich-sozialen Horde genug zu tun und sich für die Landtagsdebatten auch vorzubereiten. Er ist also selbstverständlich entschuldigt. Wir setzen nunmehr die Debatte über **Dualismus und Sozialdemokratie** fort.

Němec (Prag, tschechisch): Oesterreich befindet sich in einer politischen, staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und schließlich, betrachtet man die christlich-soziale Bewegung, auch kulturellen Krise. Wollen wir die Quelle dieser Krise erkennen, so müssen wir uns genau ansehen, was dieser Staat ist. Es ist kein Einheitsstaat. Völker und Länder sind künstlich zusammengefügt, gewaltsam in ein Ganzes gebracht. Aber nicht einmal wirtschaftlich ist Oesterreich einheitlich. Neben den aktiven Ländern gibt es solche, deren Finanzwirtschaft passiv ist. Es gibt Länder, die eine vorgeschrittene Industrie haben, und Länder mit einer ganz rückständigen Landwirtschaft. Der Unterschied zwischen den Deutschen aus Nordböhmen und den Alpenländern ist größer als zwischen den Deutschen und Tschechen in Böhmen und den benachbarten Teilen Deutschlands. Mit Rücksicht auf diese Verschiedenartigkeit sollte man den Nationen die Freiheit der Entwicklung lassen, damit sie sich wenigstens einigermaßen gleichmäßig entwickeln können. Statt dessen wurde im Jahre 1867 der Dualismus eingeführt, in Ungarn die nichtmagyarischen Nationen aufgeopfert und in Oesterreich eine Verfassung geschaffen, die den Deutschen die Herrschaft sichern sollte, obwohl diese nur eine Minorität der Bevölkerung bilden. Das alles ist aus Rücksicht auf die Interessen der Dynastie geschehen, damit sich das Reich nach außen als Großmacht präsentieren könne. Aber

der Rahmen, in den die Nationen und ihre Bestrebungen gewaltsam eingezwängt wurden, hat sich als immer drückender erwiesen, und als diese Nationen sich entwickelten und sich ihrer Kraft bewußt wurden, suchten sie diesen Rahmen zu sprengen. Um diesen Rahmen des Dualismus nun zusammenzuhalten, suchten die Regierungen für den Ausgleich die einzelnen Parteien zusammenzukaufen. Und als man sah, daß die Deutschen in letzterer Zeit nicht die nötige Bereitwilligkeit zeigen, den österreichisch-ungarischen Ausgleich ohne Festlegung ihrer bisherigen nationalen Vorrechte, gegen welche sich eine heftige Opposition erhebt, zu machen, wendete man sich um Hilfe an die Jungtschechen, Klerikalen und Stanczyken. Für die Sprachenverordnungen sollte der Ausgleich bewilligt werden. Die Deutschen wurden rebellisch und zeigten, daß sie Kraft genug haben, diesen Plan zu zerstören. Was ihnen an Zahl fehlt, das ersetzen sie durch ihre Wahlprivilegien und durch ihre wirtschaftlichen Fähigkeiten. Daraus sollten doch ihre Gegner die Belehrung schöpfen, daß sie die Wahlprivilegien beseitigen müssen. Aber sie wollen das gleiche Wahlrecht aus Furcht vor ihren eigenen Leuten nicht verlangen und müssen es deshalb auch aufgeben, die Privilegien zu beseitigen. Wo die natürliche Entwicklung unterbunden wird, verschwindet auch jene Ruhe, ohne die nicht der Weg zu einer gesunden Entwicklung gefunden werden kann, besonders in sozialer Beziehung. Darunter leidet am meisten die Arbeiterklasse, die nicht vorwärts kommen kann und deren Entwicklung durch die so gestärkte Reaktion vollkommen gehemmt wird.

Wenn wir nun die Quelle des Uebels suchen, finden wir sie in der dualistischen Staatsform und den Schwierigkeiten, welche deren Erhaltung bereitet. Wir können nichts anderes verlangen, als daß dieser Zustand gänzlich beseitigt wird, zugleich aber, daß selbstverständlich auch die Verfassung unseres Staates auf eine andere Grundlage gestellt werde. Wir haben schon in Brünn beschlossen, wie wir uns das vorstellen, und gesagt, daß die Autonomie der Nationen eingeführt werden muß. In einer solchen Gestaltung des Staates könnten wir den Bestrebungen standhalten, die gegen das Volk gerichtet sind. Weil wir wissen, daß, wenn nicht bald eine Aenderung vorgenommen wird, wir immer tiefer sinken, deshalb müssen wir selbst um diese Aenderung sorgen. Der Resolution kann man im ganzen zustimmen, soweit sie die Verhältnisse darstellt. Wir müssen, wenn wir schon in Oesterreich leben müssen, Sorge tragen, daß es so geregelt werde, daß wir hier auch leben können. Anstatt des Polizeiösterreich wollen wir ein demokratisches Oesterreich, welches erst dann seinen sozialen Aufgaben entsprechen könnte. (Beifall.) In der Resolution finde ich aber den Hinweis auf den deutschen Parteitag in Aussig unzulässig, da der Gesamtparteitag doch ganz autonom ist und sich nicht in seinen Beschlüssen auf Beschlüsse nationaler Parteitage berufen kann. (Beifall.)

Den Vorsitz übernimmt **Němec**.

Kristan (Wien): Gewiß berührt es eigentümlich, wenn Sozialdemokraten, die ja immer für eine Welteinheit schwärmen, hier auf eine Verkleinerung bestehender Größen hinarbeiten. Bürgerliche Journalisten könnten darüber fabulieren. Doch bei näherem Besehen kann man bemerken, daß es nicht nur wirkliche, sondern auch fiktive Zusammengehörigkeiten geben kann, wie es ja auch nur fiktive Trennungen geben kann. Von einer tatsächlichen Zusammengehörigkeit heute zu sprechen, ist ja schon verfehlt. Heute bereits! Geradeso, wie man andererseits beobachten kann, wie sich die Ungarn zuweilen bemühen, den Schein der Trennung hervorzurufen. Wenn sich Sozialdemokraten mit diesem Thema beschäftigen, so kommen vor allem die Interessen des Proletariats in Betracht, und zwar nicht nur die des österreichischen, sondern im Sinne der Internationalität auch die des ungarischen Proletariats. Von einem ungarischen Proletariat schlechthin kann ja eigentlich nicht gesprochen werden, auch wenn man Magyarien nicht mit Ungarn verwechselt. Neben dem Ausgleich der Ungarn gibt es ja auch einen Ausgleich der Ungarn mit den Kroaten. Winarsky hat gestern darauf hingewiesen, daß nach der Lösung des Verhältnisses von Oesterreich-Ungarn auch eine Lösung der einzelnen

Teile Oesterreichs erfolgen wird. Ellenbogen meinte, darüber sei nicht zu spintisieren. Ich glaube, das sollten wir sehr wohl überlegen, denn diese Frage ist für die Frage des Dualismus entscheidend. Für uns Südslaven ist das von besonderem Interesse. Die Südslaven sind heute schon kulturell geteilt und leiden darunter. Für uns kommen die nationalen Fragen ja nur in Betracht, insoferne die Sprache ein Kulturmittel ist. Von diesem Standpunkt aus erscheint es uns nicht wünschenswert, das bestehende Verhältnis noch mehr zu lockern. Abgesehen davon, daß Slovenen mit Kroaten und Serben viele gemeinsame Interessen haben, sind schon diese einzelnen kleinen Stämme politisch zersplittert und dadurch auch in ihrer Kulturentwicklung ungemein gehemmt. Nicht nur ein kulturelles Zusammengehen der Slovenen mit den Kroaten ist behindert, auch die Kroaten und die Serben sind in verschiedene Staatsgebiete zersprengt und nicht einmal eine einheitliche Literatur kann sich entwickeln. Ich brauche nur das Wort *Dalmatien* auszusprechen. Dieses wird de facto von Oesterreich verwaltet, gehört aber de jure anerkanntermaßen zu Kroatien. Tatsächlich führt der kroatische Landtag auch den Titel „Landtag von Dalmatien“, der Banus führt den Titel „Banus von Dalmatien“. Im kroatischen sowohl als auch im gemeinsamen ungarisch-kroatischen Wappen ist das dalmatinische auch aufgenommen. Wir hörten außer dem Ruf „Los von Ungarn!“ auch noch den: „Los von Galizien und Dalmatien!“ Nicht bei den Sozialdemokraten, sondern bei den Bürgerlichen hat da eine große Konfusion Platz gegriffen. Charakteristisch ist es ja, daß in Oesterreich und Ungarn alle darin einig sind, daß das dermalige Verhältnis niemandem gefällt, keiner Klasse, keiner Nation. Aber dieselben Politiker, die heute „Los von Ungarn!“ rufen, pflanzen die schwarz-gelbe Fahne auf der Ofener Hofburg auf. Ja sogar der Einmarsch nach Ungarn wird begehrt. (*Zwischenruf*: Aber doch nicht von uns!) Hat doch Lueger bereits den Geist des Jellacic beschworen, und die bürgerlichen Parteien sind auch nicht faul, die Umwandlung Ungarns zu einer österreichischen Provinz zu fordern. Es wird sich zeigen, daß die Sozialdemokraten auch hier die Aufgaben der Bürgerlichen zu erfüllen haben. Die bürgerlichen Parteien werden keinen Ausweg aus diesen Fragen finden. Obwohl auf den ersten Blick die Trennung nicht wünschenswert erscheint, so bleibt von einem höheren Standpunkt aus nichts anderes übrig. Es ist einfach kein anderer natürlicher Weg zu finden. Obwohl auf den ersten Blick die Trennung nicht wünschenswert erscheint, so bleibt von einem höheren Standpunkt aus nichts anderes übrig, als diesen zufällig zusammengekleisterten Körper in seine natürlichen Teile zu zerlegen, erst dann werden sich die zusammengehörigen Teile wieder frei zusammenfügen. Ich glaube, daß auch unsere ungarische Partei die Trennung fordert und sogar die Zolltrennung gewünscht hat. (Ruf: Aus anderen Gründen wie wir!) Ob sich die ungarische Industrie dann selbständiger entwickeln wird, das wage ich nicht zu untersuchen. Sicher ist, daß auch die ungarischen Sozialdemokraten durch die Ausgleichsfragen geradeso behindert werden wie wir. Erst dann, wenn man nicht mehr gezwungen sein wird, in diesem Dreck herumzustochern, dann erst wird es möglich sein, sich mehr jenen Aufgaben zuzuwenden, die wir zu erfüllen haben. Weil wir meinen, daß ein modernes Oesterreich — vielleicht wird es gar kein Oesterreich sein — nur entstehen kann, wenn das unmoderne, fiktive Oesterreich zertrümmert wird. Man glaubt, daß in Ungarn nur magyarisiert wird, aber es wird noch mehr rumänisiert. Auch die Slavisierung ist eine Tatsache. Wenn nun die nationalen Fragen in Ungarn für uns irgend ein Interesse haben und wir das Magyarentum nicht übermächtig sehen wollen, so ist das auch bei einer Trennung nicht zu befürchten! Im Gegenteil, die nationale Emanzipation wird sicherer erfolgen. Austerlitz sagte: Die Aufgabe, Polizei auf dem Balkan zu sein, fällt den Ungarn zu. Das wäre ein verdammtes Pandurenregiment. Wir haben in Bosnien, das ein Magyare regiert, gesehen, wie brutal — nicht nur gegen die Mohammedaner — diese „Wohlfahrtspolizei“ wirkt. Viel mehr ist das südslavische Element der natürliche Kulturträger am Balkan. Deshalb ist es für uns von Interesse, daß dort die sozialdemokratischen Ideen gestärkt werden. Winarsky meinte, mit

dem zerfallenden Oesterreich würde vielleicht ein Bollwerk gegen den Zarismus zugrunde gehen. Er hat diese Befürchtung dann selbst wieder zurückgenommen. Ich sage Ihnen noch mehr: das alte Oesterreich war nie ein Bollwerk gegen den Zarismus, sondern eine Stütze desselben. Erst eine neue Konstellation wird das besser besorgen. Mögen die Ereignisse bald ergeben, daß die Resolution bald Wirklichkeit wird. (Bravo.)

Grigorovici (II. Bukowinaer Wahlkreis): Ich komme vom äußersten Osten der Monarchie und gehöre einer Nation an, die im Reiche zu schwach vertreten ist, um eine selbständige Organisation zu haben. Ich habe auch nicht das Mandat, hier speziell das organisierte rumänische Proletariat der südlichen Bukowina zu vertreten, da unsere Organisationen national gemischt und daher der deutschen Parteiorganisation angegliedert sind. Als Angehöriger der rumänischen Nation und infolge meiner Kenntnisse der slavischen Sprachen und der damit verbundenen Verwertung der entsprechenden Literatur habe ich mehr Einblick in die Nationalitätenverhältnisse Ungarns und bin darüber besser informiert als Austerlitz, der leider noch nicht anwesend ist. Was mir an seinen Ausführungen nicht gefallen hat, ist eben, daß er eine naive Anschauung über das Verhältnis der ungarischen Nationen zur herrschenden Magyarenclique hat, und daß er daher mit Gleichgültigkeit über ihr ferneres Schicksal hinweggegangen ist. Man wird mir einwenden, meine Auffassung, daß wir uns dieser unterdrückten Nation annehmen müssen, sei romantisch. Es gibt nun nicht bloß lügenhafte Romantik, sondern auch solche, die auf Wahrheit beruht, und solche haben wir nie verschmäht. Austerlitz ist auch nicht freizusprechen von Romantik, für ihn sind es eben die Magyaren, die vom Schimmer des Heldentums umflossen erscheinen. Es ist die alte, auf gefälschte historische Voraussetzungen beruhende Magyarenlegende, deren Verbreitung gewisse bürgerliche Kreise besorgen und die in der „Neuen Freien Presse“ und in der „Frankfurter Zeitung“ gepflegt wird. Ich stehe da auf einem anderen Standpunkt und bin auch nicht der Meinung, daß die Sozialdemokratie alle Romantik abschwören soll, vorausgesetzt, daß diese in ihrem historischen Kerne einwandfrei ist. Mir war es peinlich, hier immer vom ungarischen Parlament reden zu hören. Es ist bloß ein magyarisches Parlament, das obendrein von einer Clique beherrscht wird, mit der selbst das magyarische Volk nicht die geringste Gemeinschaft hat. Vor 1848 hatte Ungarn eine ständische Verfassung und die Leibeigenschaft bestand noch. Damals gab es bei elf Millionen Einwohnern 700.000 Wähler. Und im „modernen“ Ungarn, das keine Leibeigenschaft und keine Stände mehr kennt, gibt es bei achtzehn Millionen Einwohnern bloß eine Million Wähler. Das Verhältnis hat sich also kaum geändert. Ist das ein modernes Parlament? Unsere Pflicht ist es, gegen jede Bedrückung aufzutreten, wo immer sie auch vorkommt. Es fällt mir nicht ein, zu verlangen, daß wir als Befreier auftreten sollen — das wäre ja Wahnsinn. Aber unsere Sympathien müssen wir den unterdrückten Völkern und Volksklassen in Ungarn deutlich ausdrücken und sagen, daß wir mit dem magyarischen Cliquenparlament nichts gemein haben. Daß diese Unterdrückung eine furchtbare ist, dafür ist folgende Tatsache charakteristisch: Ein Parteiorgan der Rumänen in Siebenbürgen hat im Verlaufe der letzten zehn Jahre nicht weniger als 34 Prozesse über sich ergehen lassen müssen; die Geldstrafen betrugen insgesamt 75.000 Kr. und es wurden in diesem Zeitraum zusammen 17 Jahre Gefängnis über die Redakteure dieser einen Zeitung verhängt. Der slavischen und deutschen Presse ergeht es auch nicht besser. Es wäre die Pflicht unserer Parteipresse, die Genossen über diese Dinge genauer zu informieren. Die Herren im ungarischen Parlament werden eine Riesenfreude haben, wenn sie sehen, wie naiv die Sozialdemokraten sind, daß sie an ihren Antimilitarismus glauben. Was Austerlitz über die Kroaten gesagt hat, daß sie einen hohen Grad von Unabhängigkeit besitzen, das spricht doch nicht für die ungarische Nationalitätenpolitik. Die Magyaren haben ja als Besiegte, Niedergerungene das gewähren müssen.

Ich betone ausdrücklich, daß wenn ich hier von der magyarischen Nation spreche, ich nicht die gesamte Nation meine. Diese ist im Parlament nicht ver-

treten und nicht im mindesten identisch mit der dort herrschenden Schichte. Das ist eine böse Clique, die das Land fest in der Hand hält. Wenn einer aus dieser Clique nicht ihren Willen tut, wird er wegen Defraudation angeklagt, und Beweise sind immer vorhanden. (Heiterkeit.) Wir mischen uns nicht ein in die inneren Verhältnisse Ungarns; aber das sind wir verpflichtet, den unterdrückten ungarischen Nationen unsere Sympathien auszudrücken, so wie wir es bei den Buren und anderen Volksstämmen getan haben. Ich stelle daher folgenden Zusatzantrag zur Resolution des Genossen Austerlitz, der als letzter Absatz an diese angeschlossen werden soll:

> Der Parteitag erklärt aber auch dasselbe bezüglich Ungarns und sieht nur in diesem Wege der Entwicklung die Möglichkeit zur Emanzipation der geknechteten nichtmagyarischen Nationen sowie des Proletariats dieses Staates.
>
> Aus diesem Grunde begrüßt er das ungarische Proletariat, das mit seiner Forderung nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und der Gleichberechtigung aller in diesem Staate lebenden Völkerstämme den Grundstein zu einem modernen Staatsgebilde gelegt hat, auf das lebhafteste.

Resel (Graz): Ich glaube, diese Frage ist die weitaus wichtigste unseres Parteitages. Es hätte nicht geschadet, wenn dafür die Auseinandersetzungen über den Militarismus unterblieben wären. Wir haben uns vorläufig nicht über theoretische Auseinandersetzungen über den Militarismus, die viel Verwirrung anstiften können, zu unterhalten, sondern über die Ursachen des österreichischen Militarismus. Dieser Punkt kann gerade in dieser Debatte aufgezeigt werden. Ich verweise auf die Artikel des Genossen Kautsky in der „Neuen Zeit". Die Behauptung, daß der weitaus größere Teil der Bevölkerung von dem ganzen Ausgleich sehr wenig weiß, ist leider richtig. Sonst wäre es ausgeschlossen, daß große Kreise mit Ausschluß der Arbeiterschaft darüber einfach hinweggehen und gar nicht Stellung nehmen. Die Nationalen haben in der letzten Zeit erklärt, daß man unter Umständen für den Ausgleich stimmen kann, wenn schon nicht anders, so wenigstens noch für diese zehn Jahre; Baernreither hat ja das erlösende Wort: „Diesmal noch" gefunden. Austerlitz hat in einer glänzenden Rede den Ausgleich beleuchtet. Auch ein Bürgerlicher hätte diese Rede halten können. (Daszynski: Nicht alles darin!) Na, ich weiß nicht. Wir sind an der Entwicklung der Industrie gewiß mitinteressiert, aber eigentlich sollten im Vordergrund des Kampfes gegen den Ausgleich unsere Kapitalisten stehen, sie haben aber ein Kompromiß mit den Agrariern geschlossen. Allerdings kommt bei uns der Wille der Industrie im Parlament nicht zur Geltung. Nur der Mittelstand und das Kleinbürgertum kommen dort zum Wort, für die kommen aber nur die Fragen ihrer eigenen Existenz in Betracht. Das Kleinbürgertum ist ja überhaupt gegen die Entwicklung der Industrie. Die meisten der Vertreter im Parlament treiben eine Politik, die der ganzen Entwicklung Oesterreichs schädlich ist; sie fragen nur: Was gibt uns die Krone, wenn wir zu Diensten sind? Daraus entstehen unsere Parlamentsbeschlüsse. Die Volkswünsche werden nicht berücksichtigt. In den letzten Jahren ist kein Schritt wirtschaftlicher oder kultureller Fortentwicklung geschehen. Nicht nur Stillstand herrscht, sondern es geht zurück. Zum Beispiel die Metallarbeiter leiden sehr unter dieser Stagnierung und die Krise dauert in Oesterreich für sie an. Es gibt in Oesterreich Politiker, die meinen, eine Lösung, sei sie noch so schlecht, ist dem heutigen Zustand vorzuziehen, weil man dann wenigstens berechnen kann, was man künftighin zu unternehmen hat. Immer weniger hat Oesterreich einen Vorteil von der Gemeinsamkeit mit Ungarn, aber die Lasten der Gemeinsamkeit wachsen immer mehr. Die 4/10 Prozent, die bei der letzten Quotenberatung für uns abgefallen sind, wiegen bei weitem das nicht auf, was derweil an Ungarn zugestanden wurde. Die wirtschaftliche Entwicklung Oesterreichs leidet schwer unter der Gemeinsamkeit. Wir können die wichtigsten Verkehrswege nicht bauen — die Beratung über die Verbindung Dalmatiens mit dem Balkan hat dies bewiesen — die Ungarn wollen es nicht. Aus Ungarn werden wir

immer mehr hinausgedrängt und verlieren einstweilen die anderen Absatzgebiete. Wenn das andauert, so ist ein weiterer Niedergang der Industrie zweifellos. Der neue Zolltarif würde die Industrie schwerer schädigen als eine Trennung. Die Schädigung innerhalb dieser zehn Jahre wäre nicht mehr wettzumachen. (Austerlitz: Es ist ja ein Schutzzolltarif, der schädigt die Bevölkerung, nicht die Industrie!) Herr v. Koerber würde einen anderen Zolltarif vorlegen, wenn er nicht an den Ausgleich glauben würde. Der Großmachtswahn wird schwinden, wenn wir uns von Ungarn trennen. Die Kräfte, die heute für den Militarismus tätig sind, werden sich dann der wirtschaftlichen Entwicklung zuwenden müssen. Für die österreichische Arbeiterschaft ist eine Entwicklung der Industrie nicht bloß notwendig, weil sie beschäftigt sein will, sondern ist auch eine Vorbedingung für die Besserung der Lage der Arbeiter. Diese Aussicht schwindet immer mehr, je mehr wir der Versumpfung entgegengehen. Die Frage ist auch vom Standpunkt der Nationalität besprochen worden. Ich dachte, daß die Südslaven sich noch mehr aufregen werden; ich glaubte, sie werden sagen, wir wollen nicht den Ungarn ausgeliefert werden. Es wäre aber auch ganz gefehlt, zu glauben, daß dadurch eine Schädigung der Ungarn angegliederten Nationen erfolgen würde. Ich verweise auf die letzten Unruhen in Kroatien; da hat man steirische Soldaten hingeschickt. Stets ist man bereit, mit den Soldaten der einen Nation die andere zu beugen. Das würde bei einer Trennung auch geändert werden. Es wurde auch gesagt, wir hätten an einem großen Staatsgebiet ein Interesse. Ich verweise Sie auf Belgien. Ein kleiner Staat, aber ohne irrsinnige Militärbelastung und mit wirtschaftlich hoher Entwicklung. Es muß nicht immer ein großer Staat sein, der die Interessen der Entwicklung besser fördert. Genosse Dr. Stark hat erklärt, daß er die Loslösung von Ungarn für sehr bedenklich hält, weil Ungarn einen ungünstigen Handelsvertrag schließen könnte, wir könnten dadurch schwer geschädigt werden. Ich glaube das nicht. Ungarn ist auf Oesterreich angewiesen, mehr als wir auf Ungarn. Wir können uns das, was uns an Lebensmitteln fehlt, leicht zu nicht viel höheren Preisen verschaffen. Unser Export nach Ungarn hat sich ohnedies relativ vermindert. (Dr. Stark: Noch immer 800 Millionen Kronen!) Heute führt Ungarn nach Oesterreich mehr ein als wir nach Ungarn. (Zwischenruf: Aber was?) Ich weiß, wir beziehen nur argrarische Produkte aus Ungarn. Oesterreich führt hauptsächlich Textil- und Eisenwaren aus. In den zehn Jahren werden wir aber das ungarische Absatzgebiet vielleicht ganz verloren haben und kein neues Absatzgebiet gesucht haben. Den Orient werden wir inzwischen auch ganz verloren haben. Nach England können wir nichts ausführen, das ist selbstredend. Wir können uns andere Absatzgebiete nicht suchen, Ungarn verhindert es. Vor allem aber muß betont werden, daß der Dualismus die Wurzel unseres Militarismus ist. (Beifall.)

Dr. Czech (Brünn, zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluß der Debatte, weil eine Fortsetzung auf Kosten der anderen wichtigen Punkte erfolgen würde.

Dr. Stark (Karlsbad): Ich bitte, mich, da ich gestern nur zehn Minuten reden durfte, gerechterweise meine Rede fortsetzen zu lassen.

Vorsitzender: Das geht nicht. Erklären Sie sich für oder gegen den vorliegenden Antrag. Ein persönliches Plaidoyer kann ich nicht zulassen.

Dr. Stark: Dann bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird Schluß der Debatte angenommen.

Daszynski (zu einer tatsächlichen Berichtigung): Ich konstatiere tatsächlich, daß die Zahlen, die Winarsky angeführt hat, veraltete sind. Ich bin nicht gegen ein „Los von Galizien", aber im Sinne unseres Brünner Programms (Winarsky: Das war auch meine Absicht), nicht im Sinne der „Neuen Freien Presse" oder der Schönerianer.

Es folgt nun das Schlußwort des Referenten

Austerlitz: Ich will nur einige kurze Bemerkungen zu den in der Debatte gemachten Ausführungen beifügen. Es wurde gesagt, daß bei einer

Trennung der beiden Staaten im österreichischen Parlament die Agrarier so übermächtig werden würden, daß sie uns ihre egoistischen Bestrebungen als Gesetz aufzwingen könnten. Ich vermag wirklich nicht einzusehen, was für einen Unterschied es für die österreichische Arbeiterklasse bilden soll, ob die Beute, die aus den Lebensmittelzöllen geschöpft wird, von den österreichischen Feudalgrafen allein oder von ihnen in Kompagnie mit den ungarischen Feudalgrafen verzehrt wird. Höhere Lebensmittelzölle, als sie heute im Abgeordnetenhause zur Verhandlung stehen, könnte auch ein Zollkrieg mit Ungarn nicht zutage fördern. Das Ergebnis der Zolltrennung von Ungarn wäre also nur, daß wir mit diesen Zöllen dann auch den Import von Ungarn nach Oesterreich treffen würden. Nun sind die Zölle des Wuchertarifs Produkte der Macht der ungarischen Feudalgrafen und der österreichischen Feudalgrafen zusammengenommen, und es ist doch zweifellos, daß, wenn auch der österreichische Agrarismus außerordentlich mächtig ist, er doch für die österreichische Arbeiterklasse ein geringeres Gewicht hat und eine eher besiegbare Potenz wird, wenn er die mächtige Unterstützung der Ungarn entbehrt. Wenn es also zweifellos ist, daß die Lösung Oesterreichs von Ungarn die Macht der österreichischen Agrarier nicht verschwinden machen wird — da man doch mit der Tatsache rechnen muß, daß Oesterreich auch ein stark agrarischer Staat ist und das schamlose Wahlrechtsprivileg den agrarischen Schichten noch über ihre positive Bedeutung hinaus Macht verleiht — so wird sie uns doch möglicher machen, der Macht der Agrarier zu begegnen, wenn wir von Ungarn wegkommen, als wenn wir mit Ungarn verbunden bleiben. Es wird dann im Gegenteil möglich sein, dem Prozeß der Industrialisierung in Oesterreich ein beschleunigtes Tempo zu geben und dadurch schon dem Staate das Bedürfnis einzupflanzen, die ausschließlich agrarische Politik, die er seit 1892 macht, aufzugeben.

Jetzt werden unsere Verträge mit dem Ausland nur zu dem Zwecke geschlossen, der Landwirtschaft eine erhöhte Exportfähigkeit zu bieten. Aber abgesehen davon, daß dadurch eine Absperrung des inneren Marktes für Produkte des Auslandes erfolgt, deren Einfuhr trotz der agrarischen Produktion für uns unentbehrlich ist, ist auch an sich von Sozialdemokraten eine Politik nie zu billigen, die die Ausfuhr agrarischer Produkte fördert. Es ist besser, daß wir den Ueberschuß agrarischer Produkte in Oesterreich zu verzehren trachten. Das ist übrigens ein Prozeß, den der Staat nicht aus Humanität vollführen wird, zu dem er aber durch den Fortschritt der Industrialisierung gezwungen werden wird. Wenn wir also die Möglichkeit der Ausfuhr agrarischer Produkte unterbinden, also bei der Ausfuhr antiagrarische Politik machen, dann bahnen wir einer Entwicklung den Weg, die zur Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter führt.

Es wurde von allen Rednern als richtig erkannt, daß der entscheidende Punkt in der Wechselwirkung des ungarischen Marktes mit dem österreichischen liegt, daß wir das Bedürfnis haben, uns den ungarischen Markt für die Ueberschüsse unserer Industrie offen zu halten und andererseits als Vertreter der arbeitenden Klasse der Erwägung nicht aus dem Wege gehen dürfen, daß ein Zollkrieg mit Ungarn nur auf dem Rücken der arbeitenden Klasse geführt werden könnte. Es ist also nicht möglich, nur mit trockenen Ziffern der Statistik zu operieren und zu sagen: Eigentlich ist die Einfuhr von Ungarn nach Oesterreich größer als die Einfuhr von Oesterreich nach Ungarn, also sind die Ungarn bei der Zolltrennung mehr im Nachteil als wir. Das ist ja nur theoretisch — und da in sehr bedingtem Maße — richtig, weil die Ungarn ihre Industrieprodukte in der ganzen Welt kaufen können, die Oesterreicher aber sie nicht in der ganzen Welt verkaufen würden; dann aber auch deshalb, weil die Erschwerung der Einfuhr von Ungarn nach Oesterreich nicht allein den Ungarn, sondern auch den Oesterreichern und vor allem den armen Oesterreichern schaden würde. Das habe ich ja ausführlich auseinandergesetzt und ich will nur noch bemerken, daß sich die Dinge im wirklichen Leben nicht mit so unmittelbarer und brutaler Sicherheit abzuspielen pflegen, wie es nach der Theorie der Fall sein sollte. Der Umwandlungsprozeß in der Versorgung eines Marktes ist ein Prozeß von einem Lebensalter. Wenn der schärfste Zollkrieg

zwischen Oesterreich und Ungarn ausbräche, so würde sich ja nicht am nächsten Tage alles ändern, wenn auch die theoretische Möglichkeit dazu vorhanden wäre, sondern es werden auch dann noch immer die Bedingungen des Verkehres zwischen beiden Staaten bestehen, die in anderen Tatsachen wurzeln und auch weiterhin ihre Kraft behalten. Sie müssen begreifen, daß der ungarische Markt vom österreichischen ganz abhängig ist. Unter den Elementen, die Ungarns wirtschaftliche Stärke begründet haben, steht nicht nur der Kredit, den die öffentlichen Institutionen an Ungarn vermittelt haben, sondern noch mehr der von österreichischen Privatwirtschaften den Ungarn gewährte Kredit; und ebensowenig wie ein Arbeiter, der bei einem Greisler verschuldet ist, sofort die Bezugsquelle wechseln kann, weil ein anderer Greisler billiger ist, ebensowenig ist es möglich, daß eine Wirtschaft, die von einem anderen Markte abhängig ist, sofort den Markt wechseln kann, weil ihr theoretisch andere Wirtschaftsquellen zu Gebote stehen. Ungarn hat zwei Quoten: die eine, bei der es Oesterreich mit seinen 30 Prozent beschummelt, die andere, die es am Franz Josefs-Quai schuldig bleibt. (Heiterkeit.) Die vollständige Abhängigkeit des wirtschaftlichen Marktes von Oesterreich bedingt das vollständige kommerzielle Uebergewicht Oesterreichs. Der ungarische Markt ist ja für die Weltwirtschaft nicht groß genug, abgesehen davon, daß er durch die sprachliche Verschiedenheit eine für den Europäer nicht kommensurable Größe darstellt und eine kommerzielle Kraft verlangt, die in Bewegung zu setzen für Europa der ungarische Markt doch ein zu kleines Gebietsfeld ist.

Was die Gefahr für die österreichische Industrie betrifft, die durch die Absperrung des ungarischen Marktes entstehen könnte, halte ich sie für das nebensächlichere Moment in der Frage der Zolltrennung. Denn ich glaube nicht, daß ein österreichischer Fabrikant, dessen Produktion hauptsächlich für den ungarischen Markt eingerichtet ist, sofort, wenn Zölle eingeführt werden, weil es theoretisch so stimmt, seine Produktion einstellen würde. Die Industrie ist ungemein anpassungsfähig und Sie wissen, wenn der Profit des Kapitalisten in Gefahr ist, wird der Kapitalist äußerst erfindungsreich und selbst die alte österreichische Schlamperei und Trägheit kann und würde überwunden werden, wenn die Notwendigkeit dazu an die Industriellen herantreten wird: eine Notwendigkeit, die sich in der furchtbarsten Weise zeigen wird, die der Kapitalist kennt, nämlich in der Aufhebung oder Verringerung der Profitrate. Um die österreichische Industrie bin ich außerordentlich wenig besorgt, und was die Versorgung des österreichischen Marktes mit ungarischen Agrarprodukten betrifft, so muß ich sagen: Selbst wenn die Ungarn eine Zollinie aufrichten würden, so wären die österreichischen Schutzzölle gegen die ungarischen Produkte *nicht eine notwendige Maßregel*, sondern nur eine technische Maßregel des Vergeltungskrieges. Es wäre für uns gar keine Notwendigkeit, die ungarischen Agrarprodukte mit Schutzzöllen zu belegen — selbst wenn Ungarn unsere Industrieprodukte mit Zöllen belegt. Wenn allerdings in Oesterreich die agrarische Kraft durch die Einsichtslosigkeit des Bürgertums und durch das Wahlprivileg stärker bleibt, wenn die modernen Klassen, die Oesterreich eigentlich ernähren, die Oesterreich tragen, die Bourgeoisie und die Arbeiter, nicht den ihnen gebührenden Einfluß in Oesterreich bekommen, wenn namentlich die industrielle Bourgeoisie in ihrem nationalen Chauvinismus so verblendet bleiben wird, daß sie ihr wirtschaftliches und kulturelles Interesse nicht zu erkennen vermag, wenn wir zweifeln müßten, aus Oesterreich einen halbwegs modernen Staat zu machen: dann müßten wir eben mit der Tatsache rechnen, daß die österreichischen Agrarier uns das Joch auferlegen werden, das wir von uns abstreifen, indem wir den Verband mit Ungarn lösen.

Aber das ist eine Frage *unserer inneren Kraft*. Ich glaube also, daß der Wahnsinn des agrarischen Protektionismus an der ehernen Notwendigkeit der Dinge eine Grenze finden wird, wobei ich Ihre Aufmerksamkeit auf die entscheidende Tatsache lenke, daß die durch den Verband mit Ungarn uns aufgezwungene Großmachtstellung eine unerhörte Belastung aller Produktionselemente in Oesterreich darstellt, die sich unmittelbar in Steuern,

Gebühren und Abgaben der verschiedensten Art für die Kapitalisten, aber noch viel stärker in einer furchtbaren Belastung der breiten Massen ausdrückt. Wenn wir auf Zucker, Bier, Branntwein, Petroleum, Luft ungeheure Steuern sehen, so dürfen wir nicht vergessen, daß das eine durch den Dualismus erzeugte „Notwendigkeit“ ist. Oesterreich hat die Ressourcen eines kleinen Staates, ist aber durch den Dualismus gezwungen, auf dem Fuße einer Großmacht zu leben. Deswegen müssen alle Elemente der Volkswohlfahrt in unerhörter Weise herangezogen werden, um die Fortfristung der Großmacht zu ermöglichen. Ich glaube also nicht, daß wir von der Zolltrennung jene schlimmen Folgen befürchten müssen, die von manchen Rednern befürchtet werden. Dabei müssen Sie auch bedenken, daß wir ja eigentlich viel ernsthafter und gewissenhafter über diese Angelegenheit beraten, als es unsere Pflicht wäre — da wir ja doch nur der eine Faktor des Produktionsprozesses sind — ernsthafter und gewissenhafter als selbst die Industriellen und Agrarier, die auf ihren Tagen, allerdings mehr der Flausen halber, sagen, daß sie die Lösung des Verbandes mit Ungarn wollen.

Nun noch einiges über die Einwendungen, die sich gegen meine Bemerkungen über die Nationalitäten wenden. Speziell der Genosse, der als Vertreter der Rumänen gesprochen hat, hat gemeint, daß ich über die Lebensfragen der nichtmagyarischen Nationalitäten in Ungarn mit einer gewissen Lieblosigkeit oder Gleichmütigkeit hinweggegangen sei, und er hat seine Anschauungen in eine Resolution verdichtet, die er Ihnen zur Annahme empfiehlt. Ich brauche den Genossen nicht zu erklären, daß es einem internationalen Sozialdemokraten vollständig fern steht, irgendwo den kleinsten Volkssplitter kränken oder in seinen natürlichen Rechten auf Entwicklung beeinträchtigen zu wollen, wenn sich nachgerade auch die Erwägung nicht abweisen läßt, daß sich die verschiedenen Nationalitäten die übermäßige Empfindlichkeit doch abgewöhnen könnten, aus der sie bei Erwähnung ihrer Nationalität Ehrenbezeigungen verlangen. Man darf das Wort Rumäne, Ruthene oder sonst ein anderes nicht erwähnen, ohne gleichsam verpflichtet zu sein, zu erklären, daß man diesem Volke alles Gute wünscht. Das ist doch unter Sozialdemokraten selbstverständlich. Ich würde es als eine Ueberhebung ansehen, wenn ich mir gestatten würde, den Rumänen eine ausdrückliche Erklärung über ihr Recht auf nationale Entwicklung zu geben, ohne ihnen die Verpflichtung aufzuerlegen, daß sie auch diese Glückwünsche immer bei der Erwähnung der Deutschen aussprechen. Wir sind nicht mehr als sie und sie nicht weniger als wir.

Es ist auch nicht notwendig für einen internationalen Sozialdemokraten, zu erklären, daß er den ungarischen Arbeitern in ihrem Kampfe für den Fortschritt ihrer Klasse, in der Eroberung der politischen Rechte für ihre Klasse alles wünscht, was er der eigenen Arbeiterklasse wünscht. Daß wir die Bestrebungen der ungarischen Arbeiter auf Erringung politischer Rechte mit unseren werktätigen Sympathien begleiten und einen Erfolg ihrer Bestrebungen geradezu als Erfolg unserer eigenen Bestrebungen ansehen, ist so selbstverständlich wie nur möglich, und ich bedaure, daß man gezwungen ist, so glatte Selbstverständlichkeiten von der Tribüne herab noch einmal versichern zu müssen, denn die Versicherung erweckt den Schein, als ob es doch nicht gleich selbstverständlich gewesen wäre. Ich erachte es also als überflüssig, daß der Parteitag diese Resolution annimmt, die ja an sich berechtigt ist, aber doch überall eher ihren Platz hat als in einem praktischen Gegenwartsprogramm unserer Partei. Es ist auch ebenso überflüssig, daß wir den ungarischen Arbeitern bei dieser Gelegenheit unsere Sympathien für die Erringung des Wahlrechtes aussprechen, wie wenn wir sie bei dieser Gelegenheit etwa den sächsischen Arbeitern aussprechen würden. Wir wären sehr erstaunt, wenn die ungarischen Arbeiter auf einem Kongreß bei der unmittelbaren Feststellung eines praktisch-politischen Programms beschließen würden, den österreichischen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen das Privilegienparlament ihre Sympathien auszudrücken. Wir würden das gewiß nicht falsch auffassen, aber wir würden

sagen, daß die ungarischen Arbeiter doch genug Sorgen in ihrem eigenen Heim haben, daß sie mit diesen genug zu tun hätten. Ebenso erstaunt werden auch die ungarischen Arbeiter ob unserer deplacierten Sympathiebezeigungen sein und sie würden wohl nicht unrecht haben, wenn sie erklärten, daß auch wir in unserem Heim genug zu tun haben, um die Sorgen für die ungarische Entwicklung den Ungarn zu überlassen. Es gibt eine schwarz-gelbe Reichsgemeinschaft und es gibt eine sozialdemokratische Reichsgemeinschaft, aber die ist auch falsch. Es gibt keine anderen Beziehungen zwischen uns und den ungarischen Arbeitern als die Beziehungen internationaler Solidarität, wie mit den deutschen, französischen, belgischen Arbeitern auch. Die ungarischen Arbeiter von Wien aus bemuttern zu wollen, steht einem Sozialdemokraten wirklich übel an. Wir maßen uns nicht an, in Wien noch immer den Mittelpunkt für Oesterreich und Ungarn zu sehen. Es ist nicht notwendig, die Aktion eines sozialdemokratischen Parteitages mit platonischen und nichtssagenden Sympathiekundgebungen allzusehr zu beschweren.

Wenn der rumänische Genosse mir den Vorwurf gemacht hat, daß ich „vergessen" habe, zu erklären, daß wir mit dem ungarischen Cliquenparlament nichts zu tun haben wollen, so glaube ich, daß das wieder auf einem solch mißverstandenen Gefühl Allösterreichs beruht. Das ungarische Cliquenparlament verachte und hasse ich genau so wie alle Cliquenparlamente. Aber ich vermag nicht einzusehen, warum ich gegenüber dem Pester Reichstag eine andersgefärbte und nuancierte Gesinnung aufbringen soll als gegenüber jeder Verkörperung von Unrecht und Willkür. Ich habe mit dem ungarischen Parlament nichts zu tun. Die Herren sind für uns keine Bundesgenossen, auch nicht im Kampfe gegen den Militarismus, weil wir uns keiner Täuschung über die Triebfeder ihres „antimilitaristischen" Geistes hingeben. Wir wissen, daß sie nicht gegen den Militarismus, sondern für die militärmagyarische Gloire sind. Aber die Aufgabe, mit diesem Unrechtsparlament fertig zu werden, ist eben Aufgabe der unterdrückten Nationalitäten und unterdrückten Klassen Ungarns. Das ist echte internationale Politik — die nicht nur internationale Verpflichtungen der sozialdemokratischen Parteien untereinander kennt, sondern auch die Verpflichtung der Parteien, mit ihren Unterdrückern fertig zu werden.

Wir täuschen uns über die Gründe der ungarischen Opposition nicht im geringsten. Wir haben wiederholt festgestellt, daß wir diesen Kampf nur deshalb begrüßen, weil er ein Kampf gegen den Dualismus ist; ich habe wirklich kein Verständnis für Fahnen und Embleme, ich bin vollständig fahnenblind und emblemenblind. (Heiterkeit.) Aber wenn die Ungarn verlangen würden, daß der Türsteher der Hofburg jeden Morgen nach Budapest fahren muß, um ungarische Luft zu atmen, und dann abends wieder zurückfahren soll, so würde ich diesen armen Mann beklagen, weil das wirklich zu viel Arbeit für einen Menschen wäre. (Heiterkeit.) Aber wenn die Ungarn deshalb Obstruktion machen würden, so würde diese Obstruktion meine Sympathien besitzen. Man muß unterscheiden zwischen dem, was die Wirkung, und dem, was die Ursache einer Sache ist. Ueber die Ursachen mögen sich unsere ungarischen Genossen mit der Unabhängigkeitspartei auseinandersetzen, und wenn sie sich mit ihr auseinandersetzen, so werden wir da nicht die Besserwisser spielen wollen — selbst wenn wir ihr Vorgehen für nicht richtig halten würden. Aber für uns ist nur die Wirkung maßgebend.

Ich bitte Sie noch, in der von mir vorgeschlagenen Resolution die Beziehung auf die Aussiger Resolution zu streichen. Es hat sich mir, als ich diese Stelle aufnahm, nicht darum gehandelt, die Priorität für den Aussiger Parteitag in Anspruch zu nehmen in einer Sache, die Gemeingut aller Genossen in Oesterreich ist. Ich hielt mich nur für verpflichtet, die Quelle meiner Weisheit anzugeben, damit mich niemand eines Plagiats an der politischen Weisheit anderer beschuldige. (Heiterkeit.) Im übrigen glaube ich, Ihnen die Annahme der Resolution mit gutem Gewissen empfehlen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung wird zuerst der Antrag Grigorovici an-

genommen. Sodann wird die Abstimmung über die Resolution vorgenommen. Die Resolution lautet folgendermaßen:

Der Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs erklärt:

Die staatsrechtliche Gemeinschaft mit Ungarn ist für Oesterreich unerträglich. Sie ist wertlos: weil die durch sie angeblich erzielte Großmachtstellung der Monarchie ausschließlich Ungarn zugute kommt, das die Vorteile einheimst, während Oesterreich die Lasten trägt. Sie ist unnütz: weil ihr ursprünglicher Sinn, die Verteidigung des europäischen Oesterreich gegen die Barbarenflut des Ostens, erschöpft ist und die künstlich aufrecht erhaltene Großmacht nur allein dem Zweck dient, der regierenden Dynastie Ansehen und Glanz zu schaffen. Sie ist schädlich: denn unter den Ursachen der inneren Wirren Oesterreichs steht der Dualismus in erster Reihe. Indem er die Parteien für ein volksfremdes, nur dynastisches Interesse in Anspruch nimmt, ist er für Oesterreich ein Element der Zersetzung geworden — der Korruption und des Verfalles aller parlamentarischen Institutionen.

Die Sozialdemokratie Oesterreichs, als die Wortführerin aller werktätigen Klassen, lehnt diese staatsrechtliche Gemeinschaft ab: rundweg, vollständig und für immer. Der Dualismus ist die Form, in der sich die dynastische Hausmachtspolitik in die Zeiten der Volkssouveränität hinübergerettet hat und durch die sie die Entwicklung aller in Oesterreich lebenden Völker bedrängt und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Entfaltung vergewaltigt. Die Sozialdemokratie, die Partei der Zukunft, fühlt sich aber frei von jenem verlogenen Patriotismus, der den Völkern nimmt, um der Hausmacht zu geben, ihr ist die Entwicklung der breiten Massen der Völker der gewichtigste Zweck der Staaten — dem sich jeder andere unterzuordnen hat, dem sich keiner hindernd entgegenstellen darf. Der Dualismus ist ein solches Hindernis — und deshalb verwerfen wir ihn. Ganz abgesehen von unserer prinzipiellen Ablehnung des Militarismus als Produkt und Werkzeug der kapitalistischen Ordnung, sind wir gegen die sogenannte gemeinsame Armee — aus der sich nun ein selbständiges ungarisches Heer bilden will, für dessen Aufzucht Oesterreich roboten soll. Wir verwerfen jede staatsrechtliche Gemeinschaft — ausnahmslos und vorbehaltlos. Die Sozialdemokratie will jedem dieser zusammengekoppelten Teile Freiheit und Selbständigkeit schaffen — damit sie sich, des harten Druckes und der beeinträchtigenden Fessel frei, nach Maßgabe ihrer Kraft und Einsicht entwickeln können.

Anders ist die wirtschaftliche Gemeinschaft zu beurteilen, die keinen überlebten Großmachtsvorstellungen entsprungen ist, sondern auch realen Bedürfnissen dient und sie auch weiterhin zu erfüllen geeignet ist. Die Sozialdemokratie Oesterreichs ist sich nicht im unklaren darüber, daß zwischen der wirtschaftlichen, auf der freien Entschließung der beiden Staaten beruhenden Einheit und den als dauernd und unabänderlich proklamierten pragmatischen Angelegenheiten ein derartiger Zusammenhang besteht, daß die Beseitigung der staatsrechtlichen Gemeinschaft die wirtschaftliche Verbindung zu beeinträchtigen, ja aufzuheben vermag. Aber die Störungen des wirtschaftlichen Bandes, die in dem periodisch abzuschließenden Ausgleich so empfindlich auftreten, sind eben die Folge der aufgezwungenen staatlichen Verbindung, in der Ungarn eine Minderung seiner staatlichen Souveränität empfindet und für welche es sich durch wirtschaftliche Konzessionen aus dem wirtschaftlichen Gut Oesterreichs bezahlt macht. Selbständig und unabhängig geworden, werden sich beide Staaten ungleich leichter verständigen und auseinandersetzen; von dem vergiftenden Einfluß der dualistischen Staatsform befreit, werden die Völker beider Staaten ihre Interessen frei und unverfälscht zu erkennen vermögen und sich zum wirtschaftlichen Bündnis zusammenfinden, in dem ihre Bedürfnisse gerecht und zweckmäßig erfüllt sein werden, der Vorteil des einen nicht zum Nachteil des anderen ausschlagen wird. Auch dieses Bündnis muß die Freiheit jedes Teiles unversehrt lassen, jedem Teile die Möglichkeit geben, die seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung entsprechenden Tatsachen zu schaffen; was es bezwecken und

erhalten soll, ist nicht mehr als die Einheit des Zollgebietes — an der beide Staaten gleichmäßig beteiligt sind und zu der sie sich im Stande der Selbständigkeit, in Erkenntnis der Interessen aller ihrer Völker, frei zusammenfinden werden.

Der Parteitag erklärt also, nur in der vollen und freien Selbstbestimmung Oesterreichs den Weg zu sehen, auf welchem der Aufbau einer das autonome Recht aller seiner Nationen verbürgenden staatlichen Gemeinschaft möglich ist, erklärt die Beseitigung des Dualismus als die unerläßliche Voraussetzung zur Erkämpfung eines Oesterreich, in dem die Klasse der Arbeiter den ihr zukommenden, aber bisher schnöde vorenthaltenen Einfluß erlangt und die Bahn freimacht für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgaben.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Wir schreiten nun zur Beratung des nächsten Punktes der Tagesordnung: **Sozialpolitik in Oesterreich.** Das Referat erstattet

Abgeordneter **Eldersch** (Brünn): Die parlamentarischen Zustände Oesterreichs sind hier schon viel erörtert worden. Aber auch ich muß einige Worte darüber verlieren. Im Parlament herrscht eine große Abneigung gegen den Arbeiterschutz. Die Bürgerlichen haben sich in den Kurienburgen gut verschanzt. Sie haben nicht zu fürchten, daß sie von der Arbeiterschaft zur Verantwortung gezogen werden. Der Schwindel der nationalen Arbeiterorganisationen hat überall Bankerott gemacht. So begnügen sich die bürgerlichen Parteien damit, den Abgeordneten, die in der fünften Kurie auf Arbeiterstimmen rechnen wollen, eine oder die andere Abstimmung freizugeben, während die großen Parteien selbst gegen alle sozialpolitischen Anträge stimmen. Was hat das Parlament in der abgelaufenen Session gemacht? In den sozialpolitischen Ausschuß hat man die reaktionärsten Abgeordneten hineingeschickt. Aber selbst die Anträge dieses Ausschusses sind im Parlament zuweilen noch gefallen. Wenn wir einmal eine Forderung durchgedrückt haben, so war es stets nur einem Ansturm der Arbeiter zu danken. Ich erinnere Sie an die Entstehung des Neunstundentaggesetzes der Bergarbeiter. Das Gesetz zur Steuerbegünstigung von billigen und gesunden Wohnungen wurde zwar angenommen, aber es hat keine besondere Wirkung gehabt. Ich möchte die Genossen aber darauf aufmerksam machen, daß einige vielleicht zu Hause doch den betreffenden Körperschaften, Sparkassen u. s. w. einen Rippenstoß geben könnten, die Vorteile, die dieses Gesetz ihnen gewährt, zu benützen und ihr Geld in solchen Gebäuden anzulegen. Dann hat man ein Sonntagsruhegesetz für die Handlungsgehilfen beschlossen, das natürlich den Wünschen der Handlungsgehilfen nicht Rechnung trägt. Bei der Beratung dieses Antrages wurde der Antrag über den Ersatzruhetag der Bäcker vom Abgeordneten Böheim eingeschmuggelt. Ich muß da auf eine Bemerkung Winarskys zurückkommen. Der Antrag Böheim wurde in einer vorher stattgehabten Sitzung abgelehnt. Es konnte uns nicht einfallen, daß er in der Debatte noch einmal gestellt werden wird und daß der Präsident einen bereits abgelehnten Antrag nochmals zur Abstimmung bringen wird. Knapp vor der Abstimmung hatte Böheim seinen Antrag nochmals eingebracht, im Saale herrschte großer Lärm. Als der Präsident zur Abstimmung aufforderte, fragten wir uns erstaunt: „Was ist denn das?“ und ich eilte zum Präsidenten. Aber da war es schon zu spät, die Abstimmung war schon erfolgt. Nicht uns trifft da die Schuld, sondern den Antragsteller und das Präsidium, das ihm in geschäftsordnungswidriger Weise Vorschub geleistet hat.

Mit dem Unternehmerschutz hat sich das Parlament wiederholt befaßt, ich erinnere nur an die wiederholten Zuckerdebatten; für die Arbeiterschaft hat es sich weniger interessiert. Auch der Regierung haben wir eine unglaubliche Pflichtvergessenheit in Bezug auf die Fragen des Arbeiterschutzes vorzuwerfen. Ja die Regierung will nicht einmal die anständige, sinngemäße Durchführung der Gesetze fördern. In welcher unglaublichen Weise leistet das

Ackerbauministerium den rückständigsten Bergbauunternehmern Vorschub! Man verlängert die Arbeitszeit der Bergarbeiter über das Gesetz hinaus, in allen Teilen des Reiches hören wir Klagen, die der Regierung diese gesetzwidrigen Begünstigungen der Kohlenbarone vorwerfen. Auch in der Frage der Gewerbeordnung haben wir der Regierung den Vorwurf der Nichtbeachtung der Arbeiterinteressen zu machen. Der Arbeitsbeirat hat die Frage bereits verhandelt. (Hueber: Und die Vorlage noch verschlechtert!) Bei dieser Reform der Gewerbeordnung fehlt vor allem die Reform des sechsten Hauptstückes, das ganz veraltet ist, die Bestimmungen über die gesetzliche Maximalarbeitszeit sind längst bei mehr als 50 Prozent der Betriebe nicht mehr in Geltung. Selbst im Kleingewerbe ist das schon ganz anders geworden. Auch in der Frage des Lehrlingsschutzes muß Remedur geschaffen werden. Der Schutz der Jugendlichen muß gesetzlich sichergestellt werden. Ebenso steht es mit den Anträgen der Unfallverhütungskommission. Es wurde schon eine Reihe von Vorschlägen erstattet, aber die Regierung berücksichtigt sie nicht, die entsprechenden Erlässe stehen in den meisten Branchen noch aus. Ebenso steht es mit den Gewerbegerichten. Wir haben bisher 14 Gewerbegerichte, nicht mehr! In allen Orten müssen die Genossen — dank dem Gewerbegerichtsgesetz — erst mit den lokalen Cliquen kämpfen und dann verschleppen die Landtage ihr Gutachten, das auch eingeholt werden muß, jahrelang. Besonders in Böhmen spüren wir das. (Hueber: Auch in Niederösterreich!) Die Regierung aber urgiert nicht! Ebenso ist es mit der Gewerbeinspektion. Pernerstorfer hat im Parlament vergebens eine größere Budgetpost für die Gewerbeinspektion begehrt, sie wurde abgelehnt. Die Gewerbeinspektoren sind mit Arbeit überhäuft. Nach den Berichten konnten sie im Vorjahre bloß 17.000 Betriebe inspizieren. Das ist gegenüber der Zahl der Betriebe eine lächerlich geringe. Wir verlangen nicht nur die Erweiterung des Gewerbeinspektorats, sondern auch die Zuziehung weiblicher Vertrauenspersonen aus der Arbeiterschaft. In Fragen des Lehrlingsschutzes sollte die Machtbefugnis der Gewerbeinspektoren erweitert werden, aber die Regierung zeigt nicht die geringste Lust, die bestehenden Institutionen auszubauen.

Sie zeigt nicht einmal eine Lust, die bestehenden unzulänglichen Institutionen zu schützen. So hetzen die Unternehmer gegen den Arbeitsbeirat, gegen das Gewerbeinspektorat, und sie verlangen, daß dem Handelsministerium deren Verfügungen übertragen werden. Offenbar haben die Herren Grund, anzunehmen, daß die Räte im Handelsministerium sehr freundlich gesinnt sind. (Zustimmung.) Die Gewerbeinspektoren werden eben von den tatsächlichen Verhältnissen überzeugt, daß vielfach radikale Reformen not tun. Diese Früchte der lebendigen Anschauung sind den Unternehmern zuwider. Ebenso ungerechtfertigt ist die Hetze wider den Arbeitsbeirat. Der Arbeitsbeirat prüft mit lächerlicher Aengstlichkeit seine Kompetenz. Er reklamiert nicht einmal die ihm zugewiesenen Rechte. Da er aus einer Hofratskurie, einer Professorenkurie und aus einer Arbeiterkurie, die durchaus nicht aus lauter Sozialdemokraten besteht, zusammengesetzt ist, ist es klar, daß dort keine Beschlüsse gefaßt werden können, die den Unternehmern sehr unangenehm werden können. Trotzdem werden von der Regierung sozialpolitische Vorlagen im Parlament eingebracht, ohne daß sie den Arbeitsbeirat vorher passiert haben. Ueberdies sind ja noch der Industriebeirat und der landwirtschaftliche Beirat als Gegengewicht da. Im Arbeitsbeirat wurde die Arbeitszeit der Kessel- und Maschinenwärter beraten. Nach einer Ministerialverordnung vom 27. Mai 1885 kann eine große Zahl von Unternehmungen — 580.087 — kontinuierlich betrieben werden. Diese Verordnung benachteiligt viele Arbeiter aufs schwerste, nämlich die Kessel- und Maschinenwärter, die oft eine 16- bis 24stündige Arbeitszeit haben. Der Arbeitsbeirat hat nun beschlossen, daß in ununterbrochenen Betrieben eine dreifache Schicht eingeführt und dazu noch eine 1½stündige Arbeitszeit zum Reinigen der Maschinen gefügt werden soll. Bei der Uebergangsschicht hat der Arbeitsbeirat eine 16- bis 18stündige Arbeitszeit als angängig erklärt.

Bedenkt man die hohe Temperatur, in der diese Arbeit erfolgt, so handelt es sich nur um einen lächerlich bescheidenen Beschluß. Trotzdem hat der Industriebeirat bereits ein Veto eingelegt und der Industriellentag hat sich noch mehr echauffiert. Die Regierung hat in all diesen Fragen nie den Mut gehabt, den Unternehmern die Wahrheit zu sagen. Herr v. Koerber ist der reine Hans Dampf in allen Gassen. Er begrüßt Kleingewerbetreibende, er begrüßt Agrarier, er begrüßt Industrielle, er würde auch uns alles Mögliche versprechen. Herr v. Koerber ist wie ein Schaubudenbesitzer, er verspricht allen, zu helfen, aber die alte reaktionäre Wirtschaft geht dabei überall ihren Gang. Was für schöne Erlässe hat Herr v. Koerber in der Tuberkulosenfrage herausgegeben! Unter seinem Regime ist aber nicht der kleinste Schritt zur Beseitigung jener Uebelstände, die der fruchtbarste Nährboden der Tuberkulose sind, geschehen. Freilich, Erlässe kosten niemanden etwas, da haben die Unternehmer nichts einzuwenden.

Auch in der Frage der Arbeiterversicherung will Koerber nicht Ernst machen. Die bestehende Versicherung ist ganz unzulänglich. In allen Kranken- und Unfallversicherungsinstituten waren 1901 nur 2,364.694 Versicherungspflichtige, in den Bruderladen waren 1899 nur 161.504 Mitglieder und in den Hilfskassen 1901 nur 22.143 versicherungspflichtige Mitglieder, zusammen 2,548.341 Versicherte. Nehmen wir noch die Dienstboten- und freiwillig Versicherten dazu, so bekommen wir annähernd drei Millionen Versicherte. Fragen wir uns nun, wieviel Personen versicherungspflichtig sind. Wenn wir eine zehnprozentige Entwicklung seit der Volkszählung von 1890 annehmen, so bekommen wir einen Kreis von neun Millionen Versicherungsbedürftiger. Nur drei Millionen sind im besten Fall im Genusse der Krankenversicherung. Der Kreis der Unfallversicherten ist noch enger. 1902 wurden 59.871 Unfallsrenten ausbezahlt. Von einer Altersversicherung ist noch keine Spur. Einzelne private Betriebe haben in dieser Hinsicht kümmerliche, unzugängliche Institutionen, die nur ein Mittel sind, um einen Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Die meisten Institutionen sind bankerott. Ich erinnere Sie nur an die Zustände bei der Alpinen Montangesellschaft. Jahrelang zahlt da der Arbeiter ein; solange es keine Krüppel gibt, kommt man natürlich aus. Wird der Arbeiter alt, ist der Krach da und man erklärt: Entweder ihr willigt in eine Restringierung eurer Ansprüche oder wir gehen mit der Entlassung vor. Wiederholt mußten wir im Parlament wegen derartiger desolater Zustände interpellieren. Vor allem leiden die Krankenkassen an der verfehlten Organisation. Die Arbeiterschaft sollte mit den Betriebskassen, die mehr als 600.000 Mitglieder haben, endlich aufräumen. Die Leistungen der Kassen sind infolge des Mangels einer Alters- und Arbeitslosen-, der Beschränkung der Unfallversicherung übergroße, die Kassen nicht genug leistungsfähig. Verwalten Sozialdemokraten die Kassen, so können sie zuweilen Ansprüche Bedauernswerter, auch wenn sie gesetzlich nicht exakt begründet sind, nicht zurückweisen. Durch den Verwaltungsgerichtshof sind den Kassen auch teilweise die Lasten der Armenversorgung aufgebürdet worden. Im Jahre 1901 haben die Kassen mehr als drei Millionen an Spitalskosten gezahlt. Diese Leistungen sind den einzelnen Ländern noch immer zu gering, und es muß dieser Ausnützung von Arbeiterinstituten entschieden entgegengetreten werden. Wir müssen uns auch darüber beklagen, daß die Regierung amtlichen Uebergriffen von Beamten nicht genügend energisch entgegentritt. Die Schließung der Schuhmacherkrankenkasse ist ja jetzt aufgehoben worden. Aber wie lange dauert es oft, bis solche Mißgriffe, wie sie der Wiener Magistrat bewußt durchführt, gesühnt werden!

Die Alters- und Invaliditätsversicherung will die Regierung im Zusammenhange mit einer allgemeinen Reform der Krankenversicherung machen. Koerber hat trotz aller Versprechungen bis heute seine Absichten nicht bekanntgegeben. Es wird noch weiß Gott wie lange dauern, bevor wir den bürgerlichen Parteien die Entscheidung abringen können. Koerber muß endlich sagen, wie es mit dieser Reform bestellt ist. Nach jahre-

langem Ringen und Kämpfen wollen wir endlich wissen, wie wir daran sind. Das wäre die primitivste Anstandspflicht des Herrn v. Koerber, darüber endlich ein gerades Wort zu sagen. Auf wiederholte Anrempelungen von mir hat Herr v. Koerber im sozialpolitischen Ausschuß erklärt, die parlamentarischen Zustände seien gegenwärtig der Erledigung nicht günstig. Wenn die Regierung warten will, bis im österreichischen Parlament Ordnung wird, dann wird es in Oesterreich nie eine Altersversicherung geben. (Stürmische Zustimmung.) Das schlechte Gesetz über die Altersversicherung der Privatbeamten kann gewiß niemand als eine Abschlagszahlung betrachten, denn es kommt ja nur den gutgestellten Beamten – mit Mühe haben wir die Handlungsgehilfen hineingebracht – zugute. Ich will über dieses verfehlte Gesetz nicht länger reden. Die Unternehmer erklären bei jeder Gelegenheit, sie seien nicht in der Lage, weitere Lasten für die Arbeiterversicherung auf sich zu nehmen. Die Arbeiterversicherung verursacht jetzt 87¾ Millionen Kronen Kosten, davon tragen die Unternehmer die Hälfte. Wenn wir diese Summe ins Verhältnis bringen zu den in einem Jahre ausgezahlten Löhnen – ich folge da der Berechnung Dr. Verkaufs – die er mit **1500** Millionen beziffert, so beträgt die ganze Last ein Prozent der ausgezahlten Löhne. Das ist ein lächerlich geringer Betrag, so daß von einer Verminderung der Konkurrenzfähigkeit nicht gesprochen werden kann. Wenn wir bedenken, was die deutschen Unternehmer zahlen, so begreift man das Geschrei der unseren gar nicht. Die deutsche Altersversicherung hat 123½ Millionen Mark im Jahre 1901 gekostet. Die Hälfte haben die Unternehmer gezahlt.

Den österreichischen Arbeitern sind diese Beträge für die Altersversicherung vorenthalten worden! Herr v. Koerber, der alljährlich 66 Millionen für den Pensionsetat der meist hohen Staatsbeamten hat, der 300 Millionen jedes Jahr für den Militarismus, der Staat, der in 50 Jahren den Gründern und Aktionären der Eisenbahnen 2500 Millionen aus seinen Mitteln ausgeliefert hat, muß auch für die Arbeiterversicherung das Nötige übrig haben! Betrachten wir, da die Unternehmer stets über die „Lasten" jammern, den Schaden, der den Arbeitern durch die heutige mangelhafte Versicherung erwächst. Auch die Arbeiter zahlen 44 Millionen an Beiträgen. Dabei bekommt der kranke Arbeiter nicht einmal seinen vollen Taglohn! Es gab 1901 in den Krankenkassen 1,495.990 Erkrankungsfälle mit 25,566.122 Krankentagen. An Krankenunterstützungen wurden 30,017.188 Kr. ausbezahlt. 61.430 Kr. zahlten die Bruderladen aus und 14,459.779 Kr. wurden an Unfallsrenten gegeben. Was für ein immenser Ausfall von Lohnzahlungen steckt aber da dahinter! Dabei weiß man, in welcher schmutzigen Weise die Renten restringiert und oft ganz eingestellt werden.

Wir haben gar keinen Anlaß, auf das österreichische Privilegienparlament in Sachen des Arbeiterschutzes irgendwelche Hoffnungen zu setzen. Was wir tun können, wird geschehen. Aber es muß Aufgabe unserer Organisation sein, Arbeiterschutz selbst zu erkämpfen. Setzen Sie auf das Parlament keine Hoffnungen, auf Ihre eigene Kraft die stärksten! Die Gewerkschaften sind ein verläßlicherer und wirkungsvollerer Faktor zur Hebung des Arbeiterschutzes. Auch im Parlament werden wir Reformen am leichtesten dann zustande bringen, wenn Sie draußen vorher die Unternehmer bezwungen und ihren Widerstand gebrochen haben. Mit unserem veralteten Vereins- und Versammlungsgesetz, mit dem noch veralteteren Koalitionsgesetz muß aufgeräumt werden, damit wir in unserem Kampf Ellbogenfreiheit gewinnen. Ich fordere Sie auf, in noch höherem Maße dafür zu sorgen, daß die Kampfreihen außerhalb des Parlaments sich noch dichter um das Abgeordnetenhaus zusammenschließen als bisher. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Der Referent beantragt folgende Resolution:

Unter Festhaltung der im Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs aufgenommenen Mindestforderungen an gesetzlichem Arbeiterschutz beschließt der Parteitag:

Gegen die von der Regierung Koerber systematisch betriebene Verzettelung des Zustandekommens einer zeitgemäßen Reform der Arbeiter-

versicherung sowie deren Ergänzung durch Einführung einer allgemeinen Invaliditäts- und Altersversicherung, einer Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter wird auf das entschiedenste protestiert und erklärt, daß Regierung und Parlament von der organisierten Arbeiterschaft für den Fortbestand des desolaten Zustandes der Arbeiterversicherung verantwortlich gemacht werden.

Die im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses in Verhandlung stehende Vorlage betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Privatbeamten ist mit Rücksicht auf das eingeschränkte Geltungsgebiet dieses Gesetzes, den Mangel eines staatlichen Zuschusses und die verfehlte Art der Organisation durchaus unzureichend und es kann dieselbe auch nicht als eine teilweise Befriedigung der gerechten Forderung der Arbeiterschaft nach einer gesetzlichen Vorsorge für den Fall der Invalidität und des Alters angesehen werden, weil die bedürftigsten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von dieser Versicherung ausgenommen sind.

Die Regierung wird daher dringendst aufgefordert, ihre Vorschläge rücksichtlich einer den wiederholt geäußerten Wünschen der organisierten Arbeiterschaft entsprechenden Reform der Arbeiterversicherung unverzüglich in den kompetenten Körperschaften zur Diskussion zu stellen und nicht durch weitere vage Versprechungen die berechtigte Erbitterung unter der Arbeiterschaft noch mehr zu steigern.

Ebenso wird gegen die von der Regierung in Vorschlag gebrachte Reform der Gewerbeordnung auch in der vom Gewerbeausschuß des Arbeitsbeirates begutachteten Form entschiedenste Verwahrung eingelegt, weil die Perfektion derselben eine Knebelung der in den Gehilfenversammlungen organisierten Arbeiter bedeuten würde und zudem eine Stärkung der reaktionären Tendenz unseres versimpelten Gewerbegesetzes zur Folge hätte. Bei diesem Flickwerk ärgster Sorte hat die Regierung von der Reform des VI. Hauptstückes der Gewerbeordnung vollständig Abstand genommen, obzwar gerade dieses Kapital total veraltet ist. So haben die Bestimmungen desselben über die Maximalarbeitszeit in den wichtigsten Gewerbszweigen schon lange nicht mehr Geltung und lediglich die praktische Bedeutung, daß sie den rückständigsten Unternehmergruppen im Kampfe der Arbeiterschaft um Kürzung der Arbeitszeit Anlaß zu nichtigen Ausreden geben. Eine Regierung, die sich ihrer primitivsten sozialpolitischen Pflichten nur halbwegs bewußt ist, hätte auch bei dieser Gelegenheit dem schreienden Lehrlingselend steuern und diese Prügelknaben unserer Wirtschaftsordnung gegen die unmenschliche Ausbeutung sicherstellen müssen.

Der Parteitag erklärt, daß eine durchgreifende, von modernen Gesichtspunkten ausgehende Reform der Gewerbeordnung ein unabweisbares Bedürfnis der Arbeiterschaft ist, wenn nicht der Klassenkampf eine weitere Verschärfung erfahren soll.

Die Angriffe der organisierten Ausbeuter gegen die ohnedies unzulängliche Gewerbeinspektion, gegen die bescheidene Tätigkeit des Arbeitsbeirates und der Gewerbegerichte werden vom Parteitag mit Entrüstung zurückgewiesen und etwaigen Versuchen der Regierung, den unverschämten Wünschen der Geldsackinteressen irgendwie Rechnung zu tragen, der schärfste Widerstand in Aussicht gestellt.

Die Bestellung von Handels- und Lehrlingsinspektoren, beziehungsweise Ausgestaltung und Vermehrung der Gewerbeinspektorate unter Zuziehung von weiblichen Inspektionskräften und Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft ist längst spruchreif geworden, der Errichtung neuer Gewerbegerichte werden alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet und die Erstattung der hierzu erforderlichen Gutachten von den Landtagen jahrelang verschleppt. Der Mangel einer einheitlich organisierten Arbeitsvermittlung und einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, bei deren Verwaltung der Arbeiterschaft der gebührende Einfluß gesichert ist, macht sich in der von wirtschaftlichen Krisen bedrohten Zeit besonders fühlbar.

Der Parteitag protestiert auch auf das nachdrücklichste gegen den Gleichmut der Regierung, mit welchem sie arbeiterfeindlichen Cliquen Brutalitäten und Gesetzesverletzungen gegen Arbeiterorganisationen und von Arbeitern geleitete Versicherungsinstitute verüben läßt und sich nur schwer entschließen kann, dem gebeugten Rechte Achtung zu verschaffen.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses auf, den vorgeäußerten Wünschen und Beschwerden der Arbeiterschaft im Parlament in nachdrücklicher Weise Ausdruck zu geben und die Erfüllung und Berücksichtigung derselben in zweckdienlicher Weise zu fördern.

Zu dieser Hauptresolution sind folgende Zusatzanträge und selbständige Resolutionen beantragt:

1. Antrag der Genossin Karoline Monetti und des Genossen A. Weixelberger:

Da von den berufenen Körperschaften (Gemeindevertretungen ec.) eine Reform der heute bestehenden, die Volksgesundheit untergrabenden Wohnungsverhältnisse nicht zu erwarten ist, wird der Sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause beauftragt, an die Regierung um Aufstellung von Wohnungsinspektoren heranzutreten.

2. Antrag Dr. Ellenbogen-Brodecky:

Der Parteitag erklärt es ferner für eine der dringendsten Aufgaben der Sozialreform, die soziale Lage der Eisenbahner einer gründlichen Verbesserung nach allen Richtungen zu unterziehen, und verlangt, daß das Parlament den von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Antrag (Antrag Ellenbogen-Hybesch) über die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten zur Grundlage seiner Beratungen mache.

3. Antrag der Genossen Richter, Wolfik und Polke:

Der Gesamtparteitag beauftragt den Sozialdemokratischen Verband des Abgeordnetenhauses, in einer der ersten Sitzungen des Hauses die in der Thronrede versprochene allgemeine Invaliditäts- und Altersversicherung sowie eine Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter zu urgieren, beziehungsweise Vorlage des Gesetzentwurfes zu fordern.

4. Antrag des Genossen Silberer:

Der Parteitag legt entschiedenst Verwahrung ein gegen den schmählichen, nur im Ueberrumpelungswege zustande gekommenen Antrag des Abgeordneten Böheim, mit dem das Abgeordnetenhaus die Herabsetzung des Ersatzruhetages im Bäckergewerbe auf einen halben Wochentag beschloß. Der Parteitag erwartet von den in Betracht kommenden Faktoren, daß sie diesen nichtswürdigen Anschlag auf die Ruhezeit einer der ausgebeutetsten Arbeiterschichten, der zugleich eine Durchbrechung des Sonntagsersatzruhegesetzes bedeutet, zurückweisen werden.

5. Antrag der Genossen Kopač, Dorbić, Lazzarini und Pittoni:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß die Betriebskrankenkassen, die nicht nur selbst nicht leistungsfähig sind, sondern auch die Leistungsfähigkeit auf gesünderer Grundlage beruhender Krankenkassen beeinträchtigen, aufgelöst und deren Mitglieder den zuständigen Bezirkskrankenkassen oder von Arbeitern autonom verwalteten Kassen einverleibt werden.

6. Antrag des Genossen Kristan:

Der Parteitag erklärt es im Interesse einer ersprießlichen Sozialreform für eine dringende Aufgabe, daß die soziale Lage der Bediensteten der k. k. Staats- sowie der Privatbahnen nach allen Richtungen gründlich verbessert wird, und verlangt, daß das Abgeordnetenhaus den vom Sozialdemokratischen Verband wiederholt eingebrachten Gesetzentwurf (Verkauf, Ellenbogen, Hybesch) betreffend die Regelung der Vertragsverhältnisse zwischen den Eisenbahnen und ihren Bediensteten endlich in Beratung ziehe und der Erledigung zuführe.

7. Antrag des Genossen Banĕk:

Der Parteitag fordert die Regierung Koerber auf, das Material, welches von der über die Krankenversicherung im Jahre 1897 in Wien abgehaltenen Enquete zutage gefördert wurde, sowie auch eine den Forderungen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechende Reform des Krankenversicherungsgesetzes unverzüglich dem Parlament vorzulegen.

Brodecký (Prag, tschechisch): Ich muß Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, wie sich der Staat als Arbeitgeber benimmt. Bei den Staatsbahnen gibt es eine Kategorie VI, die 42 Kr. monatlich Lohn erhält bei 16-, 18- bis 24stündiger Arbeitszeit. Selbst der Eisenbahnminister bestimmt in seinem Erlaß, daß der Dienst nicht länger als acht Nächte hintereinander dauern darf. Darnach kann man sich schon eine Vorstellung machen über die Zustände in dieser Kategorie. Die Krankenversicherung ist hier skandalös. Den Aerzten wird genau vorgeschrieben, welche Medizinen sie den Kranken verschreiben dürfen.

Kopač (Triest): Das niedrige Niveau der österreichischen Sozialpolitik ist allbekannt. Humanitäre Anstalten erfüllen mangelhaft, teilweise gar nicht ihre wichtige Mission. Wir haben zum Beispiel die Betriebskrankenkassen, die allerorten nur kümmerlich vegetieren, weil bei ihnen jede Arbeitervertretung unmöglich gemacht wird. Dennoch geschieht nichts gegen die Betriebskrankenkassen. Im Gegenteil. Wir haben zum Beispiel in Triest eine Bezirkskrankenkasse, in der auch ein großer Teil der Lloydarbeiter versichert war. Nun will plötzlich die Lloydverwaltung eine Betriebskrankenkasse errichten. Die Bezirkskrankenkasse muß dadurch arg geschädigt werden und die Lloydarbeiter werden ebenfalls geschädigt, weil sie nun ein Institut bekommen sollen, auf das sie gar keinen Einfluß haben. Allerdings haben sie, wie die Dinge jetzt stehen, auch keinen Einfluß auf die Bezirkskrankenkasse, denn die Statthalterei will aus ganz nichtigen Gründen und trotz der Entscheidung des Magistrats unseren Wahlsieg noch immer nicht anerkennen und verwaltet die Kasse selbst. Angeblich, weil kein zweiprozentiger Reservefonds vorhanden ist. Was ist die Folge? Die Arbeiter bekommen nichts. Man spart mit den Medikamenten und mit den Aerzten. Noch ärger ist es in Nabresina mit der Bezirkskrankenkasse bestellt. Die Unternehmer, die immer vergessen haben, ihre Beiträge zu zahlen, haben die Kasse auf den Hund gebracht, und jetzt hat sich die Bezirkshauptmannschaft Sezana ihrer bemächtigt. Die „Sanierung" erfolgt in der Weise, daß die kranken Arbeiter das Nachsehen haben. Aerztliche Hilfe können sie in Nabresina nur haben, wenn sie vormittags erkranken. Ins Spital kommen sie nach Görz, wo man ihnen nur dann etwas zu essen gibt, wenn sie früh in die Messe gehen. Die Spitalsleitung ist in Händen einer klerikalen Körperschaft. Nun haben wir ja gar nichts gegen den Messebesuch einzelner, wenn wenigstens die Verpflegung eine entsprechende wäre. Das ist aber natürlich nicht der Fall.

Aehnlich wie mit den Krankenkassen sieht es bei uns auch mit der Unfallversicherung aus. Wir haben eine Anstalt, die das ganze Küstenland, Dalmatien, Görz, Gradisca und noch dazu Krain umfaßt. Sie funktioniert elend. Wir haben einen Fall gehabt, wo ein Arbeiter seine Arbeitsfähigkeit fast völlig einbüßte und doch nur 11 Kreuzer tägliche Rente bekam. Drei große Länderkomplexe haben zusammen bloß eine Unfallversicherungsanstalt, aber weder in Laibach noch in einem anderen Vororte gibt es eine Filiale oder auch nur einen Beamten, an den sich die Arbeiter wenden können. Eine solche Behandlung der Sache macht den ganzen Gedanken des Gesetzes zuschanden.

Wir haben aus diesen Gründen einen Zusatzantrag eingebracht, worin wir vor allem verlangen, daß mit den Betriebskrankenkassen endlich aufgeräumt und daß sie in die Bezirkskrankenkassen einverleibt werden. (Beifall.)

Johanis (Prag, tschechisch): Die Gewerbeinspektion ist, das fühlt heute jeder, in ihrer gegenwärtigen Form ungenügend und es ist notwendig, daß sie durch eine Inspektion, die von den Arbeitern vorgenommen wird, ergänzt werde. Auch die Gewerbegerichte haben sehr oft so

viele Fehler, daß sie für die Arbeiter wertlos sind. Da muß die Tätigkeit des Landesgerichtsrates Kahovec in Prag an den Pranger gestellt werden, der sich im Amte als Angestellter der Unternehmer fühlt. Was die Sonntagsruhe betrifft, so muß man sich über die ungemein niedrigen Strafen für Uebertretung des Gesetzes beschweren. Aber das charakterisiert unsere österreichische Sozialpolitik, daß man zwar Arbeiterschutzgesetze schafft, aber den Unternehmern erlaubt, sie zu übertreten. (Beifall.)

Hornof (Prag): Unsere Sozialpolitik ist ganz unzureichend, aber noch ärger ist, daß selbst die Gesetze, die schon bestehen, nicht eingehalten werden. Nicht von den unteren Behörden, ja nicht einmal vom Ministerium selbst. Während der Krise, wo selbst die böhmische Statthalterei Ansuchen um Bewilligung der Ueberzeitarbeit ablehnte, hat das Handelsministerium einem Unternehmer eine Ueberzeitarbeit von drei Stunden täglich für dreizehn Wochen bewilligt. (Hört! Hört!) Solcher Fälle ließen sich viele anführen. Und das alles, obwohl Tausende Metallarbeiter ohne Arbeit, ohne Brot sind. Ich bitte die Abgeordneten, im Parlament auf derartige Unzukömmlichkeiten hinzuweisen. (Beifall.)

Karoline Monetti (Marburg): Genosse Eldersch hat darauf hingewiesen, daß man bezüglich der Wohnungsfrage an die verschiedenen Vertretungskörper Forderungen stellen muß. Wir haben das in Marburg versucht. In einer Wählerversammlung, die sich mit den elenden Marburger Wohnungsverhältnissen befaßte, waren der Bürgermeister und die Gemeinderäte anwesend und ich nahm die Gelegenheit wahr, die verschiedenen Volksnotwendigkeiten zu besprechen; darunter die Wohnungsverhältnisse. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Gesundheit das einzige Gut des Volkes ist, es daher die Aufgabe jeder Gemeindevertretung wäre, dem Volke dieses Gut zu erhalten; da man sich heute der traurigen Tatsache bewußt ist, daß kaum ein Drittel des Volkes gesund ist, geht man daran, Tuberkulosenheime zu errichten, rottet das Uebel aber nicht mit der Wurzel aus, indem man die schlechten Wohnungen, diese Brutstätten der Tuberkulose, Skrofulose, Rhachitis, kurz, aller Volkskrankheiten bestehen läßt. Die Tuberkulosenheime können wir gar nicht benützen, und wenn schon, was ist uns damit gedient, wenn wir dann in unsere schlechten und ungesunden Wohnungen zurückkehren müssen? So wie in Marburg, so gibt es wohl überall Wohnungen, die diesen Namen nicht verdienen, elende Löcher, in die reiche Leute nicht einmal ihre Hunde sperren würden. Ja, gerade Familien, die mit Kindern gesegnet sind, wenn man beim Proletariat von einem Segen sprechen kann, Familien also, die Kinder haben, sind von der Gesellschaft geradezu geächtet und müssen bei der bekannten Kinderfeindlichkeit der meisten Hausherren mit den schlechtesten, ungesündesten Wohnungen vorlieb nehmen, gerade von diesen aber verlangt und erhält der Staat die Arbeiter und Soldaten, die doch gesund und kräftig sein sollen.

Schafft uns also gesunde Wohnungen und Volksbäder! Pflicht der Gemeinde wäre es, für gesunde Wohnungen, für Wohlfahrtsgebäude und für Errichtung von hygienischen Arbeiterhäusern zu sorgen. Das habe ich damals auch unserem Bürgermeister gesagt. Er gab alles zu, aber er sagte, es lasse sich jetzt nichts machen, denn man könne den Hausherren nicht schaden. Aber wenigstens dafür werde die Gemeinde künftig sorgen, daß bei neuen Häusern keine Dach- und Kellerwohnungen gestattet werden. Nun ist in Marburg bald darauf ein neues Kreisgerichtsgebäude errichtet worden und viele Tausende wurden auf die äußere Ausschmückung verwendet. Oben ist das Haus sehr schön, unten aber befinden sich trotz der Versprechungen des Bürgermeisters Kellerwohnungen. Wir haben daher einen Antrag eingebracht, daß der Verband im Parlament durch einen Gesetzentwurf die Bestellung von Wohnungsinspektoren verlangen soll. (Beifall.)

Fieth (Staab): Mir scheint, daß diese Diskussion noch wichtiger ist als die über den Dualismus, denn an diesen Dingen sind die Arbeiter unmittelbar interessiert. Genosse Hannich sowie Genosse Eldersch als Referent zu diesem Punkte haben erklärt, daß von diesem Parlament nichts zu erwarten und nichts zu hoffen ist. Wie ein roter Faden ging durch alle Reden auf diesem Parteitage die Meinung, daß man vom Parlament nichts erwarten

könne; jetzt aber bringen wir Anträge ein, die das Parlament beschäftigen sollen. Es scheint also, daß wir doch dem Parlament noch einige Fähigkeit zutrauen, sozialpolitisch zu arbeiten, und ich glaube mit Recht. Hätten wir den Neunstundentag der Bergarbeiter ohne die parlamentarische Tätigkeit unserer Fraktion erhalten? Schuhmeier war es, der noch im entscheidenden Augenblick eingegriffen und damit durchgesetzt hat, daß die Ein= und Ausfahrt in die Arbeitszeit eingerechnet wird, daß das Gesetz unter Dach und Fach gebracht wurde. Viel können wir allerdings vom Parlament nicht erhoffen, aber einige wichtige Reformen lassen sich doch auch bei den gegebenen Umständen herausschlagen. Gewiß ist die Organisation noch wichtiger, aber deshalb brauchen wir Verbesserungen des Koalitions= und Versammlungsrechtes, und das ist nur auf dem Wege der parlamentarischen Arbeit zu erringen. Das wird doch wohl noch dem Parlament abzutrotzen sein. Wir müssen Mittel und Wege finden, die Organisationen so zu stärken, daß sie schließlich ihre Forderungen auch ohne Parlament durchsetzen werden können. Aber solange das nicht der Fall ist, brauchen wir die sozialistischen Anträge im Parlament. Genosse Beer als auch Genosse Dr. Adler haben als das äußerste Mittel zur Erringung der berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft den Generalstreik genannt. Wohl ist es wahr, daß wir jetzt nicht so organisiert sind, um denselben durchzuführen, aber wir müssen die Arbeiter auf dieses äußerste Mittel einschulen, es ist die Revolution, die im Hintergrunde lauert, die uns im Kampfe vorwärts treibt. Wir wollen nicht nur Anträge und Resolutionen annehmen, sondern die Mittel wissen, mit welchen wir etwas für die Arbeiter erringen können. Wir werden unsere Abgeordneten schon, wenn es nötig sein wird, durch laute Kundgebungen unterstützen und ihren parlamentarischen Aktionen Nachdruck geben. (Beifall.)

Bezüglich der Krankenversicherung sieht es in Oesterreich noch sehr traurig aus, besonders hinsichtlich der Krankengeldbemessung. Hier gilt die Höhe des ortsüblichen Taglohnes. In den Bruderladenkrankenkassen zum Beispiel werden die Arbeiter mit 80 H. bis Kr 1·60 eingeschätzt und bekommen ein Krankenkeld von 60 bis 96 H. täglich — zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Hier muß Wandel geschaffen werden. Wir haben im Mies=Pilsener Kohlenrevier nun durch die Organisation im Wege der Bergbaugenossenschaften beantragt, daß die Bergarbeiter nach ihrem vollen Arbeitslohn versichert werden. Wie sich die Herren Unternehmer, die ja bekanntlich aus finanziellen Gründen gegen eine derartige Reform sind, dazu stellen werden, wissen wir heute noch nicht, aber wir werden alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um diese Verbesserung durchzusetzen.

Ich vermisse in der Resolution die Forderung von Bergbauinspektoren unter Beiziehung von Sachverständigen aus den Reihen der Bergarbeiter, also Schaffung einer ordentlichen, vernünftigen Grubeninspektion. Diese Forderung ist eine unserer dringlichsten und ich glaube, daß sie auch diesem Parlament noch abzuringen sein wird. (Beifall.)

Vaněk (Prag): Ich benütze die Gelegenheit, Sie aufmerksam zu machen, wie Herr v. Koerber im Interesse der Arbeiterschaft vorgeht und wie im Interesse der besitzenden Klassen. 1897 war in Wien die Enquete über das Krankenversicherungswesen. Von den Arbeitern wurde sehr umfangreiches Material zur Reform des Versicherungsgesetzes vorgelegt. Mehr als sechs Jahre sind seither verflossen, aber die Regierung rührt sich nicht. Die Enqueteresultate sind vergessen worden und man wird Herrn v. Koerber erst erinnern müssen, ehe er der Sache wieder gedenkt. Wenn er nun den Zuckerbaronen so rasch und ohne sich zu bedenken beigesprungen ist, ist er auch verpflichtet, sich einer so lange schon fälligen sozialpolitischen Reform endlich anzunehmen. Wie es scheint, hat aber die Regierung gar kein Verständnis für unsere Forderungen, denn statt daß sie die Schaffung großer Kassenverbände, die Konzentration des Kassenwesens fördert, werden jetzt in Böhmen allenthalben noch Zersplitterungen und Teilungen von Kassen vorgenommen. Unsere Aufgabe ist also auch in dieser Richtung, die Regierung aufzuwecken und sie anzutreiben.

Kristan (Wien): Das Handelsstatistische Amt hat es sich seit einiger Zeit zur Aufgabe gemacht, Publikationen über sozialpolitische Einrichtungen herauszugeben. Voriges Jahr erschien eine Publikation über Privatbahnen, denen eine über Staatsbahnen folgte. Wenn man diese Berichte ansieht, so sieht man sogleich, welcher Art die österreichische Sozialpolitik ist. Da werden zum Beispiel die Löhne und Gehalte zu den Wohlfahrtseinrichtungen gerechnet. (Heiterkeit.) Nicht eine Spur von sozialpolitischem Geist wird man darin entdecken. Es zeigt sich daraus nur deutlich, was von der Eisenbahnsozialpolitik im allgemeinen zu halten ist. Vielfach ist die Meinung verbreitet, daß es die Eisenbahner besser haben als die Arbeiter in Privatbetrieben. Man verweist auf die unbedeutenden, schwächlichen Ansätze zur Altersversicherung, die ja obendrein nur einen Bruchteil der Angestellten betrifft. Wie sieht es in diesen Provisionsinstituten aus? Die Arbeiterschaft hat da nichts mitzureden, höchstens pro forma. Bei der Aspangbahn zum Beispiel bedarf jeder Beschluß des Vorstandes beim Provisionsinstitut der Genehmigung des Verwaltungsrates. Den größten Teil der Beiträge müssen die Eisenbahner selbst bezahlen und dabei sind die Provisionen, die sie dann erhalten, ganz minimal. Zudem fristen die Fonds ihr Leben zum großen Teil aus Strafgeldern. Voriges Jahr wurden bei den Staatsbahnen 42.000 Kr. an Strafgeldern eingenommen. Bei den niederösterreichischen Landesbahnen gibt es keine Altersversicherung, ja nicht einmal eine rechte Krankenversicherung. In vielen Dingen sind die Eisenbahner noch viel schlechter daran als die industriellen Arbeiter. Jeder Versuch, eine entsprechende Inspektion einzuführen, ist bisher gescheitert und gerade bei der Eisenbahn wäre ein Inspektorat vielleicht noch dringender als bei der Industrie. Es gibt keine Gewerbegerichte, aber dafür ein Disziplinarverfahren, gegen das selbst das Strafgesetz ein Werk modernsten Geistes ist. Zu den Wohlfahrtseinrichtungen wird aber dafür auch die Erbauung einer katholischen Kapelle in Galizien gerechnet.

Es sind tatsächlich auf diesem Gebiete dringende Aufgaben zu erfüllen und ich identifiziere mich in dieser Hinsicht vollständig mit Genossen Brodecký. Nicht als ein Zusatz soll der eingebrachte Antrag behandelt werden, sondern als eine selbständige Resolution. (Beifall.)

Kamper (Mitterdorf): Das Gewerbeinspektorat bedeutet für die steirischen Eisen- und Hüttenwerke Null. Alle drei bis vier Jahre findet eine Inspektion statt. Die Unternehmer vertragen sich mit dem Gewerbeinspektor sehr gut und die Arbeiter wagen keine Beschwerde, weil sie die Entlassung fürchten. Es gibt bei uns Fabriksordnungen, die geradezu unglaubliche Dinge enthalten. Die Arbeiter aber müssen es hinnehmen und der Gewerbeinspektor bemerkt nichts. Ich möchte wünschen, daß unsere Abgeordneten energisch auf die Vermehrung der Gewerbeinspektoren dringen. Bei unserer leider noch rückständigen Organisation ist uns die Arbeit der Abgeordneten im Parlament unentbehrlich.

Ganz miserabel steht es mit den Bruderladen, die nur ein Ausbeutungsinstrument für die Unternehmer sind. Die meisten sind passiv und die Arbeiter bekommen, nachdem sie fünfzehn bis zwanzig Jahre eingezahlt haben, fast gar nichts. Auch das müßte geändert werden, daß es bei uns in den Hüttenwerken oft gar keinen Lohntarif gibt. Die Gewerbeinspektoren hätten da genug zu tun und es wäre dringend notwendig, daß sie ausgiebig vermehrt werden. (Beifall.)

Es wird nun Schluß der Debatte beantragt und angenommen.

Vorsitzender: Das Schlußwort erhält nun Genosse

Elderſch: Ich habe noch ein Versäumnis nachzuholen. Ich erwähnte die Genossenschaftsinstruktoren in meinem Bericht nicht. Diese Herren glauben, daß sie nur die Interessen der Unternehmer zu fördern haben. Wir haben im Parlament auch über ihre Tätigkeit, namentlich über die des Herrn Dr. Tomaschek in Böhmen, Beschwerde geführt.

Genossin Monetti hat mich mißverstanden. Ich habe nicht von den Tuberkulosenheimen gesprochen, ich weiß wohl, daß sie eine Wohltat sind, aber vorbeugend — davon sprach ich — wirken sie nicht. Ich habe von einem

Gesetz gesprochen, das auf die Errichtung guter und billiger Wohnhäuser abzielt, und darauf aufmerksam gemacht, daß die Genossen die öffentlichen Körperschaften darauf aufmerksam machen sollen, daß sie ihr Geld in derartigen Unternehmungen anlegen sollen.

Auf den Wunsch des Genossen Fieth, daß wir auch Bergbauinspektoren in der Resolution fordern sollen, muß ich bemerken, daß wir in der vorigen Session einen fertigen Gesetzentwurf auf Einführung von Bergwerksinspektoren eingebracht haben. Wir haben diesem Wunsch also schon entsprochen und ein neuerliches Begehren wäre überflüssig.

Was die Krankenversicherung betrifft, so betone ich, daß die Regierung auch eine Reform der Krankenversicherung als so dringend hinstellt wie die Altersversicherung. Ich glaube also, es ist nicht zweckmäßig, aus dem Komplex der Arbeiterversicherung die Frage der Reform der Krankenversicherung ausscheiden zu wollen. Ich bitte deshalb, die Resolution des Genossen Vaněk, so selbstverständlich sie ist, nicht anzunehmen. Wir müssen unsere Kräfte heute konzentrieren, wenn die Regierung mit ihren Vorschlägen kommen wird, es soll ja da auch den Krankenkassen eine Aufgabe zufallen. Verlangen wir nur die endliche Veröffentlichung dieser Vorschläge.

Die Resolution Ellenbogen und Brodecký ist durch die Resolution Kristan überflüssig geworden. Ich bitte, sie anzunehmen, aber als einen eigenen Antrag. Auch den Antrag Silberer nehmen Sie an und gegen den Antrag Kopač habe ich nichts einzuwenden; ich glaube nur nicht, daß wir eine separate Aktion gegen die Betriebskassen beginnen können. Auch das wird bei Beratung des Versicherungswesens zu tun sein. Den Antrag Polke können Sie annehmen oder ablehnen, er ist selbstverständlich. Ihn zu stellen war überflüssig.

Vorsitzender: Wir schreiten nun zur Abstimmung. Die Resolution wird einstimmig angenommen; ferner wurden angenommen die Anträge Polke, Silberer, Kopač, Kristan, Vaněk. Antrag Ellenbogen entfällt.

Vorsitzender: Wir schreiten nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Internationaler Kongreß in Amsterdam.

Das Referat hat Genosse

Dr. Adler: Der internationale Kongreß hätte nach den Beschlüssen des vorigen Kongresses bereits in diesem Jahre stattfinden sollen. Er wurde verschoben, insbesondere auf Wunsch der deutschen Genossen, die heuer mit den Wahlen beschäftigt waren, und auch der holländischen. Der Kongreß wird also vom 14. bis 20. August 1904 stattfinden. Die Bedeutung des internationalen Kongresses für unsere Partei brauchte ich gerade auf unserem Parteitag am allerwenigsten ausführlich zu beleuchten. Denn wir sind der internationalste Kongreß, der von allen internationalen Kongressen am meisten Arbeit verrichtet. Eine so geschlossene Internationale, wie wir sie hier repräsentieren, kann natürlich der internationale Kongreß, der Sozialisten der ganzen Welt umfaßt, nicht darstellen. Aber gerade wir wissen am allerbesten, wie die persönliche Berührung, der freundschaftliche Verkehr, wie die gemeinsame Arbeit die Empfindung für die Solidarität des Proletariats alle Zungen wachhält und befestigt. Aber es scheint gerade jetzt, als ob die internationalen Sozialistenkongresse berufen wären, über den Rahmen der bloßen Gefühlspolitik, der bloßen Demonstration hinaus noch mehr als bisher auch noch den Boden für sachliche Erörterungen zu geben. Wir hatten schon auf dem Pariser Kongreß die Millerand-Frage im Mittelpunkt der Diskussion und wir werden in Amsterdam offenbar zwei alle Sozialisten in allen Ländern berührende Fragen zu erörtern haben: wir werden über die allgemeinen Grundsätze der Sozialdemokratie und über den Generalstreik zu verhandeln haben. Der erste der beiden Punkte wurde auf die Tagesordnung gesetzt, um allgemein bindende praktische Grundsätze für die sozialistischen Parteien aller Länder festzulegen.

Es kann mir nicht einfallen, hier auf die Tagesordnung selbst einzugehen. Aber ich muß doch mit einigen Worten meiner und, wie ich glaube,

auch Ihrer Anschauung über die Möglichkeit allgemeiner Grundsätze für die sozialistische Taktik in allen Ländern Ausdruck geben. Es ist zweifellos, daß wir in allen Ländern ein gemeinsames sozialistisches Programm haben. Der prinzipielle Boden unserer Bewegung ist in allen Ländern derselbe. Aber daraus folgt natürlich nicht, daß auch die Taktik in allen Ländern dieselbe sein kann, auch nicht, daß die Gestaltung, die das Programm in den einzelnen Ländern bekommen muß, dieselbe sein kann. Es hängt von der Geschichte der Partei und dem Entwicklungsstadium des Landes ab.

Gestatten Sie mir, daß ich da auf eine frühere Debatte zurückgreife. Es geschieht oft, daß die Streitigkeiten der Sozialisten aller anderen Länder pauschaliter und kritiklos auf unseren Boden übertragen werden. Selbstverständlich fühlen wir solidarisch mit den Genossen aller Länder, führen wir im Herzen ihre Kämpfe mit. Und dabei kann natürlich der eine mit Jaurès, der andere mit Guesde empfinden. Es geht aber nicht an, diese Gegensätze auf österreichischen Boden zu übertragen und hier diese Meinungsverschiedenheiten im übertragenen Wirkungskreise gewissermaßen auszufechten. (Heiterkeit.) Es ist begreiflich, daß wir dem Kampfe zwischen Revisionisten und Prinzipiellen in Deutschland mit größter Spannung gefolgt sind und hie und da auch persönlich Partei ergriffen haben. Aber darin sind wir einig: bei uns existiert dieser Gegensatz nicht. Er kann nicht existieren, weil wir in Oesterreich ganz andere Bedingungen des Kampfes haben. (Sehr richtig!) Ich kann es deshalb nur als guten Spaß ansehen, wenn uns Hueber alle „Revisionisten" genannt hat: er hätte uns ebensogut alle „Prinzipielle" nennen können. (Heiterkeit.) So war es ein gutes, aber nichts besagendes Scherzwort, wenn mich Pernerstorfer den „Oberrevisionisten" genannt hat; er hätte mich ebensogut den „Oberorthodoxen" nennen können; er hätte damit ungefähr dasselbe gesagt, nämlich nichts. (Heiterkeit.) Der Gegensatz zwischen der prinzipiellen Grundlage und der Notwendigkeit praktischer Tätigkeit, der Gegensatz zwischen dem allgemeinen Satze und dem praktischen Detail ist überall vorhanden und entwickelt sich mehr und mehr in dem Maße, als die praktische Tätigkeit zunimmt. Auch wir könnten möglicherweise einen Millerand in Bereitschaft haben, aber der Posten für ihn ist nicht frei! (Große Heiterkeit.) Zu Hause haben wir mit dem Streit, wann die Sozialdemokratie die Regierungsverantwortlichkeit übernehmen soll, nichts zu tun. Wir haben ganz andere Verlockungen. Die Verantwortlichkeit für diesen Staat zu übernehmen, wird kein Sozialist, überhaupt kein leidlich vernünftiger Mensch bereit sein. Wir führen diese Kämpfe also, wenn überhaupt, gewissermaßen in partibus infidelium. Der Kampf spielt nicht bei uns. Trotzdem möchte ich auch die Bedeutung der Diskussion, die auf dem internationalen Kongreß über diese Streitpunkte geführt werden wird, nicht unterschätzen. Im Gegenteil: all das sind Probleme und Schwierigkeiten, die in anderen Ländern bereits da sind, die für uns aber früher oder später kommen werden. Ohne Zweifel ist auch die Entwicklung der sozialistischen Parteien in anderen Ländern nicht gleichgültig für die Entwicklung unserer eigenen Partei. Unser Denken, unsere Auffassung wird dadurch bis zu einem gewissen Grade beeinflußt. Es ist uns nicht gleichgültig, ob der Sozialismus in anderen Ländern Vorstöße nicht macht, die er machen könnte, oder Vorstöße in einer Richtung unternimmt, wo sie naturgemäß unfruchtbar bleiben müssen. Denken Sie an den Generalstreik, den die Allemanisten als Allheilmittel, als die eigentliche Form der sozialen Revolution betrachten. An dieser Frage haben wir ganz besonderes Interesse. Wir würden also mit voller Aufmerksamkeit an den Verhandlungen teilnehmen und gelegentlich selbst bei einzelnen Punkten der Tagesordnung mit größter Entschiedenheit unsere Auffassung geltend machen, zum Beispiel bei dem Punkte „Auswanderung und Einwanderung", der Oesterreich in erster Linie interessiert. Wenn da regelnder Einfluß zu nehmen wäre, so wäre das eine ungeheure Wohltat, und da denken wir nicht an die Auswanderung nach Amerika, sondern die viel näher liegende, eingreifendere innerhalb der Volksstämme in Europa, selbst zwischen Deutschen und Slaven, Italienern und Slaven 2c. 2c. Hier ist eine internationale Arbeit zu be-

sorgen, hier könnten ersprießliche Resultate erzielt werden, an dieser Arbeit wollen wir mitwirken. Nun muß ich noch mit einigen Worten einen bereits angenommenen Antrag zur Sprache bringen. Es ist jener Beschluß der Frauenkonferenz, den vorher auch der Dresdener Parteitag angenommen hat, bei allen Wahlrechtskämpfen grundsätzlich auch das Frauenwahlrecht zu fordern. Der Antrag wurde hier zur Kenntnis genommen. Es ist möglich, daß dieser Punkt auf dem internationalen Kongreß zur Besprechung kommt, aber ich kann es unseren österreichischen Frauen nicht mit Sicherheit versprechen, daß die Zeit dafür gefunden wird. Bei unserer Organisation gibt es eine Vertretung unserer Gesamtpartei auf dem internationalen Kongreß nicht. Die Deutschen in Oesterreich sitzen als deutsche Organisation, die tschechischen Genossen als Tschechen, die polnischen Genossen unter ihren Brüdern aus Deutschland und Rußland als Polen auf dem Kongreß. Wo unsere Italiener sitzen werden, weiß ich noch nicht. Eine zahlreiche Beschickung nicht nur durch die politischen, sondern auch durch die gewerkschaftlichen Organisationen ist notwendig, damit wir vor dem sozialistischen Proletariat der anderen Länder so dastehen, wie wir wirklich sind, würdig und ausreichend repräsentiert. Ich habe den Eindruck, daß wir zu bescheiden sind, daß unsere Parteiarbeit im Ausland sehr geschätzt wird. Unsere Brüder sollen wissen, wie es bei uns steht, welches Gewicht unsere Organisation darstellt. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme folgender Resolution:

> Der Gesamtparteitag empfiehlt den internationalen Organisationen, den Internationalen Kongreß in Amsterdam 1904 so zahlreich als möglich zu beschicken.

Der Kongreß findet in einem sehr merkwürdigen Moment statt. Der Sozialismus in allen Ländern ist ein sichtbares, für alle erkennbares Stück politischer Macht geworden. Er fängt an, in allen Ländern vor die Aufgabe gestellt zu werden, wie diese politische Macht auszuüben und wie sie zu vermehren ist. Dieses Problem ist in Amsterdam zu entscheiden. Wir wünschen dem internationalen Kongreß dabei den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Wir gehen nunmehr in die Debatte über. Das Wort hat Genosse

Steiner (Wien, tschechisch): Wir haben nichts dagegen, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung gestellt wurde, obzwar er eigentlich auf die nationalen Kongresse gehört. Wir haben auch bereits auf unserem Kongreß darüber verhandelt. Wir wundern uns aber darüber, daß das internationale Sekretariat es verweigerte, den von uns beantragten Punkt „Die nationale Frage und die Sozialdemokratie" auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses zu stellen. Wir dachten, als wir diesen Antrag stellten, daß es gut wäre, wenn der internationale Kongreß prinzipiell aussprechen würde, welchen Standpunkt die sozialdemokratischen Parteien in dieser Angelegenheit einnehmen sollen. Es würde dann auch die Stellung des Kongresses zur sozialdemokratischen Taktik erleichtert werden.

Dr. Adler: Es ist richtig, daß die tschechischen Genossen den Punkt „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie" auf die Tagesordnung des Amsterdamer Kongresses gesetzt haben wollten. In einer Vorkonferenz ist der Antrag auch vorgelegen. Wie Sie sehen, ist eine Anzahl sehr wichtiger und dringender Punkte vorgelegen und man zögerte, einen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, in dem nur wir Gelehrte sind. (Heiterkeit.) Manche Sozialisten anderer Länder wissen gar nicht, um was es sich da handelt. Das internationale Bureau, das sich in Brüssel alljährlich versammelt, hatte nicht den Mut, auch diesen etwas heiklen Punkt der Tagesordnung hinzuzufügen. Es steht den tschechischen Genossen frei, ihn nochmals in Anregung zu bringen, ich glaube aber nicht, daß sie diesmal viel Erfolg haben werden. Es wird sich empfehlen, dieses Thema auf einem späteren Kongreß zu besprechen. Niemand war der Meinung, daß der Punkt nicht wichtig wäre; im Gegenteil, man war der Ansicht, daß seine Diskussion mehrere Punkte der jetzigen Tagesordnung verdrängen würde. Wir werden ja bis zum nächsten Parteitag in dieser Wissenschaft noch viel gelehrter sein. (Beifall.)

Vorsitzender: Wir schreiten zur Abstimmung.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Ueber den nächsten Punkt: **Die Konsumvereinsbewegung und die Arbeiterschaft** referiert

Emmerling: Seit Jahren muß sich die österreichische Arbeiterschaft auf ihren Kongressen mit der Konsumvereinsbewegung beschäftigen. Sie muß sich damit beschäftigen, trotz der ablehnenden Haltung, die bis jetzt alle diese Kongresse — mit Ausnahme des letzten Gewerkschaftskongresses — einnahmen. Aber immer wieder tritt diese Frage auf, sie ist trotz aller ablehnenden Kongreßbeschlüsse nicht aus der Welt zu schaffen. Es ist das eigene Interesse der Arbeiter, das sie treibt, sich dieser Frage — der Frage der Konsumentenorganisation — zuzuwenden. Die Konsumvereinsbewegung — deren Ziel die Organisation des Widerstandes gegen die Ausbeutung durch den Zwischenhandel, namentlich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung ist — ist so alt wie die Ausbeutung durch den Zwischenhandel. Wir finden eine Anzahl Konsumvereine schon im 18. Jahrhundert und es ist bezeichnend, daß die ersten Konsumorganisationen Bäckerorganisationen waren. Charles Fourier hat schon in seinem Gütervermittlungssystem diese Form aufgenommen, und wenn das auch bei ihm nur Theorie blieb, so sind doch die späteren praktischen Versuche, namentlich die Robert Owens, nichts anderes gewesen als die Ausführung jener Bestrebungen, als Mißernte und Hungersnot die arbeitende Bevölkerung in großes Elend versetzten.

Die Genossenschaften, die Anfang des 19. Jahrhunderts in England auf Grundlage der Owenschen Organisation gegründet wurden, hatten keinen Bestand. Die Gründe sind mannigfach: sie waren für den Markt bestimmt, hatten also keinen gesicherten Absatz, unterschieden sich also in nichts von den gewöhnlichen kapitalistischen Unternehmungen und sie gingen dann auch an der kapitalistischen Konkurrenz zugrunde. Die große politische Bewegung in den Dreißigerjahren, die unter dem Namen Chartismus bekannt ist und die die größte politische Bewegung des 19. Jahrhunderts war, wurde zwar Anfang der Vierzigerjahre durch die Brutalität der liberalen Regierung unterdrückt, aber sie ließ so viel Wut und Haß, aber auch so viel Kraft in der englischen Arbeiterschaft zurück, daß sich die Arbeiter nun mit großer Vehemenz auf die wirtschaftliche Organisation warfen. Damals wurde der Grundstein gelegt zu der noch heute machtvollen Gewerkschaftspolitik, aber auch zur Genossenschaftspolitik. Die Ausbeutung der englischen Arbeiterschaft durch die Kapitalisten wie auch durch den Zwischenhandel war gerade in den Vierzigerjahren eine ungeheure. In das Jahr der größten Hungersnot fällt die Gründung des Konsumvereines von Rochdale, der für die ganze Konsumvereinsbewegung vorbildlich wurde. 1844 traten in Rochdale 27 Flanellweber zusammen und gründeten einen Konsumverein. Das Bedeutende an diesem Konsumverein war, daß er auf eine ganz andere Basis gestellt wurde als alle seine Vorgänger. Die 27 Weber von Rochdale haben vor allem ein wichtiges Prinzip eingeführt: das Prinzip der Barzahlung; jeder sollte, was er kaufte, auch sofort bezahlen. Sie haben dann aber auch das demokratische Prinzip der Selbstverwaltung eingeführt, das anders ausgedrückt auch so lautet: Jeder Käufer soll ein eigener Verkäufer sein. Dieses Prinzip war bei früheren Genossenschaften wenigstens nicht so vollkommen ausgebildet. Wir haben auch jetzt noch eine Form von Konsumvereinen, die dieses Prinzip nicht kennen, das sind die Fabrikskonsumvereine, deren Zweck es ja auch nicht ist, den Arbeitern zu nützen, sondern sie an die Fabrik zu ketten. Wichtig war auch, daß der Profit ausgeschaltet wurde. Der Profit war es ja, der die Owenschen Genossenschaften zugrunde gerichtet hat, bei denen der Reingewinn nicht nach Maßgabe der Geschäftsanteile verteilt wurde. In Rochdale wurde das Prinzip eingeführt, daß der Reingewinn nicht nach Maßgabe der Geschäftsanteile, sondern nach Maßgabe des Umsatzes verteilt werde. Es ist dies eigentlich keine Dividende, sondern eine Rückvergütung. Nicht das Kapital war entscheidend, sondern die genossenschaftliche Betätigung.

Man sieht, der Konsumverein von Rochdale ist bereits auf ganz moderner Grundlage aufgebaut. Im ersten Jahre ging es natürlich nur langsam vorwärts. Er hatte damals einen Wochenumsatz von 50 Kr. Aber zwanzig Jahre später war aus diesem Konsumverein eine große Konsumvereinsbewegung entstanden, die bereits einen Jahresumsatz von 60 Millionen Kronen auswies, 1890 waren es schon 538 Millionen, 1900 schon 1½ Milliarden. England hat heute 1603 Konsumvereine mit 1,646.000 Mitgliedern mit 474 Millionen Einlagen und mit 170 Millionen jährlichem Reingewinn. Sie sehen, daß das eine riesige Organisation ist. Selbstverständlich haben sich diese Konsumvereine nicht damit begnügt, den lokalen Zwischenhandel auszuschalten, sie haben bald auch den Agenten und den Grossisten überflüssig gemacht, indem sie eine Einkaufsvereinigung bildeten. Dann sind sie auch selbst Produzenten geworden und haben so den Profit der Kapitalisten in ihre Kassen geleitet. Sie besitzen große Mühlen, Schuhfabriken, Konservenfabriken, Seifenfabriken, Holzbearbeitungsfabriken, dann eigenen Gemüsebau, Molkereien, Butterfabriken. Sie beschäftigen in den Schuhfabriken 7700 Arbeiter, in der Kleidererzeugung 4000, in Damenkleider- und Putzartikelerzeugung 2400, Weberei 2400, Brotbäckerei 4000, Baugewerbe 1600, im Schiffbau und in Maschinenwerkstätten 2400, in Druckereien 1100 Arbeiter. 7 große Frachtdampfer durchkreuzen für sie die Meere. Sie besitzen das größte Theegeschäft und haben eigene Theeplantagen. Die großen Einkaufsgenossenschaften haben Einkaufshäuser in Deutschland, Dänemark, Canada, in den Vereinigten Staaten, in Australien, sie haben Exportschlächtereien in Dänemark u. s. w. Es ist eine großartige Organisation, die sich die englischen Konsumenten geschaffen haben. Ein Siebentel der ganzen englischen Bevölkerung bezieht die Waren aus Konsumvereinen. Die Saat, die die 27 Flanellweber in Rochdale ausgestreut, ist herrlich aufgegangen. Die Konsumvereine sind heute in England ein Machtfaktor geworden, wie man es nie ahnen konnte.

Eine wesentlich andere Entwicklung hat die Genossenschaftsbewegung in Deutschland genommen. Hier hat es schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts eine genossenschaftliche Organisation gegeben, aber die Beteiligung der Arbeiter daran war nur sehr gering. In Deutschland bildete damals der Mittelstand die Mehrheit der Mitglieder; der Mittelstand glaubte damit gegen den Kapitalismus eine wirksame Waffe gefunden zu haben. Es wurden Rohstoffvereinigungen, Werkzeugbeschaffungsgenossenschaften, Darlehenskassen gegründet und letztere Vereine bilden auch heute noch in dem im bürgerlichen Lager stehenden Verbande die Mehrheit gegenüber den Konsumvereinen. Zwischen Schulze-Delitzsch und Lassalle war ein heftiger Kampf entbrannt.

Das eherne Lohngesetz, wonach eine Verbilligung der Lebensmittel eine Herabminderung der Löhne bedeute, hat in der ersten Zeit sehr der Entwicklung der Konsumvereinsbewegung geschadet. Es wäre sehr interessant, zu untersuchen, inwieweit die Aufstellung des ehernen Lohngesetzes beeinflußt war von dem Umstande, daß die Konsumentenorganisation eine Organisation des Gegners war. Schulze baute die Genossenschaften auf dem Prinzip der Selbsthilfe auf, während Lassalle dem das Prinzip der Staatshilfe mit Kapitalbenützung entgegenstellte. Die deutschen Arbeiter sind der Konsumentenorganisation ferngeblieben und erst Ende der Sechzigerjahre beginnt die Genossenschaftsbewegung auch unter ihnen einen Aufschwung zu nehmen. Man kann bei der deutschen Konsumvereinsbewegung drei Perioden unterscheiden: eine Periode der langsamen Entwicklung vor 1873, wobei die Jahre 1869 bis 1873 immerhin ein etwas lebhafteres Tempo zeigen, dann eine Periode der völligen Stagnation von 1873 bis 1885 und von da an eine Periode des Aufschwunges, in der gerade die letzten zehn Jahre der Konsumvereinsbewegung eine ungeahnte Blüte verschafften. Im Jahre 1864 existierten 38 Vereine mit 7700 Mitgliedern, 1873 schon 189 Vereine mit 87.500 Mitgliedern, bis 1885 sank dann die Zahl der Vereine auf 162, wobei allerdings die Mitgliederzahl auf 120.000 stieg. In der zweiten Periode der Stagnation machten sich auch die Wirkungen des Sozialistengesetzes bemerkbar, und erst als die Arbeiterschaft imstande war, die Wirkungen des Sozialistengesetzes aufhalten zu können,

kommt es wieder zu einem Aufschwung in den Konsumvereinen. 1886 gibt es 164 Vereine mit 144.000 Mitgliedern, 1900 schon 568 Vereine mit 522.000 Mitgliedern. Der Umsatz ist von 5 Millionen Kronen auf 15 Millionen gestiegen. Heute ist die deutsche Genossenschaftsbewegung, die ursprünglich eine kleinbürgerliche Bewegung war, zu einem Machtfaktor in der Arbeiterbewegung geworden. Auch in Belgien ist die Genossenschaftsbewegung in den letzten zehn Jahren zu großer Blüte gelangt.

Von Oesterreich können wir das leider nicht sagen. In den Jahren 1890 bis 1900, wo sich die Genossenschaftsbewegung überall großartig entwickelte, machte Oesterreich einen kläglichen Eindruck. Oesterreich ist ja selbst nichts anderes als eine große Greislerei. (Heiterkeit und Beifall.) Nirgends ist die Ausbeutung des arbeitenden Volkes so groß als in Oesterreich, wenn man das Verhältnis der direkten zur indirekten Steuerleistung in Betracht zieht. Auf allen Gebieten gibt es nur Fälschungen und Surrogate, in Oesterreich fehlt der Zug ins Große, und so blüht bei uns auch die Greislerei. Die Industrie hat sich in Oesterreich nur sehr langsam entwickelt und nur langsam hat sich mit ihr auch die Konsumvereinsbewegung entwickelt. Die Konsumvereinsbewegung ist eben ein Kind der Industrie und wird überall dort entstehen, wo den Arbeitern das wenige, was ihnen die kapitalistische Ausbeuterklasse in Form von Löhnen noch läßt, durch die Ausbeuter auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung wieder abgenommen wird. Wir haben hier keine genauen Aufzeichnungen über den Stand der Konsumvereinsbewegung. Es bestehen jetzt ungefähr 800 Konsumvereine mit etwa 250.000 Mitgliedern, eine Zahl, die England schon Ende der Sechzigerjahre erreicht hat. Der Brünner Parteitag hat die Anerkennung der Konsumorganisation durch die Partei davon abhängig gemacht, daß ein Verband existiert, der sich in unseren Händen befindet und der die Kontrolle der Konsumvereine besorgt. Nun ist das sogenannte Revisionsgesetz in Kraft getreten, das regelmäßige Revisionen in den Konsumvereinen vorschreibt, und wir haben auch bereits einen Verband gegründet, der die Autorisation zur Vornahme der Revisionen erhalten hat. Aber leider befindet sich noch immer eine große Zahl von Arbeiter-Konsumvereinen bei dem bürgerlichen Verbande, der unter der Führung des Abgeordneten W r a b e tz steht. Unserem Verbande gehören aber 170 Vereine mit 53.000 Mitgliedern und einem Umsatz von 17 Millionen an. Es ist also, wenn man österreichische Maßstäbe anlegt, eine immerhin ganz bedeutende Organisation.

Ich habe Ihnen ein Bild entworfen, wie sich die Konsumvereinsbewegung entwickelt hat, und ich glaube, schon dieses Bild ist geeignet, die große Bedeutung dieser Bewegung für die Arbeiterschaft zu beweisen. Der Konsumverein hat vor einem Geschäftsmann die Sicherheit des Absatzes infolge Konzentration des Bedarfs voraus. Ein Kaufmann braucht lange, bevor er die Bedürfnisse seiner Abnehmer erkennt. Er muß, da er auf laufende Kundschaft angewiesen ist, immer Lockartikel führen, das heißt, er muß einzelne Artikel unter dem Kostenpreise verkaufen, muß oft schwindelhafte Reklame treiben, um die Leute für sich zu gewinnen. Aber man begreift, daß er nicht daraufzahlen kann und daß er deshalb, was er bei diesem Artikel verliert, bei anderen hereinbringen muß; das kann er, will er nicht durch höhere Preise konkurrenzunfähig werden, nur durch M i n d e r g e w i c h t o d e r d u r ch V e r f ä l s ch u n g d e r W a r e n. Und so ist gerade die freie Konkurrenz, hervorgerufen durch die außerordentlich hohe, in keinem Verhältnis zur Bevölkerungszahl stehende Zahl der Zwischenhändler, Greisler u. s. w. die Ursache der ungeheuerlichen Lebensmittelfälschung. Wie die Gewerkschaften die Aufgabe haben, die Ausbeutung des Arbeiters durch seine Unternehmer zu verhindern, so haben die Konsumvereine die Aufgabe, die Ausbeutung durch den Zwischenhändler zu verhindern. Ein Geschäft wird gegründet, um Profite zu ergeben, der Konsumverein aber will keinen Profit und er kann daher seinen Mitgliedern gute und unverfälschte Waren geben. (Beifall.) So liegt die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiter wesentlich darin, daß sie e i n e S t e i g e r u n g d e r L e b e n s h a l t u n g d e r A r b e i t e r h e r b e i-

führen. Die Mitglieder eines Konsumvereines brauchen bei ihren Einkäufen nicht den Profit des Geschäftsmannes mitzubezahlen und bekommen, wenn trotzdem ein Ueberschuß erzielt wurde, ihn daher in Form einer Dividende am Ende des Jahres zurückvergütet. Die Mitglieder der Konsumvereine haben also bedeutend ökonomischer mit ihrem Gelde gewirtschaftet als diejenigen, die ihr Geld zu den borniertesten, ärgsten Gegnern ihrer Klasse tragen und so ihre eigenen Feinde unterstützen. (Beifall.) Wir beseitigen durch die Konsumentenorganisation zweifellos den Zwischenhandel und dieser Ausschaltung des Zwischenhandels sind ja die Erfolge der Konsumvereinsbewegung in allen Ländern vornehmlich zu danken.

Wir leben in der Zeit der *Kartelle* und *Trusts* und auch da können die Konsumvereine, was die anderen nicht können, bis zu einem gewissen Grade den Kartellen entgegentreten. Wir können dem Eisenkartell gewiß nichts antun, wohl aber können wir auf die Kartelle, die sich auf die Nahrungsmittelversorgung beziehen, schon einen wirksamen Einfluß ausüben. Wir brauchen heute in Wien jährlich ungefähr zweihundert Waggons Zucker; diesen Zucker müssen wir von der Verkaufsvereinigung der Zuckerindustriellen beziehen, die uns die Preise diktiert. Wenn unsere Konsumvereinsbewegung so entwickelt wäre wie die deutsche, könnten wir eine eigene Zuckerfabrik bauen und so das Kartell sprengen oder wir könnten durch die Drohung damit größere Bonifikationen für uns erzwingen. Als das Seifenkartell in Deutschland die Preise diktierte, hat die Drohung der Konsumvereine, daß sie eine eigene Seifenfabrik bauen werden, genügt, daß die Preise sofort sanken. Aber noch etwas kommt da in Betracht. Von dem Moment an, wo der Konsumverein der größte Abnehmer des Kartells geworden ist, liegt die Versuchung für eine einzelne Kartellfirma sehr nahe, aus dem Kartell auszutreten und allein das ganze Geschäft mit dem Konsumverein zu machen. Wir sind also auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung in der Lage, *den Kartellen einigermaßen wirksam entgegenzutreten*. Das ist natürlich nur möglich, wenn die Genossenschaftsidee in die weitesten Kreise der Arbeiterbevölkerung dringt. Die deutschen und englischen Konsumvereine haben ungeheure Kapitalien dadurch angesammelt, daß die Arbeiter ihr Geld nicht mehr in die großen Sparkassen einlegen, sondern in den Konsumverein, der auch ein Sparverein ist. Die staatlichen und städtischen Sparkassen sammeln ungeheure Kapitalien durch Tausende kleine Sparbeträge und aus diesen Kapitalien werden oft die ärgsten Bodenwucherer in Form von Hypotheken unterstützt. *Den Wohnungswucher unterstützen so gerade die, die darunter am meisten zu leiden haben.* In Hamburg wurde der Konsumverein „Produktion" gegründet, bei dem das Statut bestimmt, daß alle Rückvergütungen so lange aufgespart werden, bis ein Betrag von hundert Kronen für das Mitglied erreicht ist, die dann als Notfonds bestehen. Der Verein ist aber damit auch in die Lage versetzt, mit billigem Gelde zu arbeiten, und braucht nicht in die Abhängigkeit von Wucherern und Lieferanten zu kommen.

Ich habe schon erwähnt, daß der Gewerkschaftskongreß sich mit der Frage der Konsumvereine beschäftigt hat. Er hat eine Resolution beschlossen, in der erklärt ist, daß die Konsumentenorganisation eine Ergänzung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ist. Wir legen Ihnen eine Resolution vor, die feststellt, was dieser Parteitag zu tun hat: zu erklären, *daß es Pflicht der Arbeiter ist, diese Form der Organisation nicht außer acht zu lassen, sondern sich angelegentlich um sie zu kümmern*. (Beifall.) Wenn Klagen über die Konsumvereine vorkommen, so sind *wir nicht ohne Schuld*. Wir haben uns noch nie um diese Organisation gekümmert. Um Krache und unvorsichtige Gründungen zu verhindern, haben wir in der Resolution bestimmt, daß neue Gründungen nur mit Zustimmung der Bezirksorganisation und im Einvernehmen mit dem Verband der Arbeitergenossenschaften erfolgen dürfen. So wird es möglich sein, zu verhindern, daß wir durch Neugründungen, die keine Existenzberechtigung haben, wieder in unserer Arbeit gestört werden. In Wien haben

wir auch eine Anzahl Konsumvereine gehabt, die dem Verkrachen nahe waren. Heute hat der Konsumverein „Vorwärts“ diese Konsumvereine aufgenommen und so die Mitglieder vor Schaden bewahrt. Außer diesen 4000 Mitgliedern der alten Konsumvereine hat der „Vorwärts“ aber noch 4500 neue Mitglieder gewonnen. Es ist also möglich, aber es ist nur möglich, wenn die Konsumentenorganisation im engsten Anschluß an die anderen Organisationen steht. Man kann Erfolge erzielen, aber nur, wenn man sich auch wirklich darum kümmert. In Böhmen und Mähren hat man sich um die Konsumvereine nie gekümmert, hat sie ihren Weg zum Abgrund ruhig gehen lassen.

Wenn wir auf Grund dieser Resolution die Konsumentenorganisation als Bestandteil der proletarischen Organisation betrachten und sie als solche auch unterstützen werden, bin ich sicher, daß auch bei uns die Konsumvereine denselben Aufschwung nehmen werden wie in Deutschland und England und daß wir damit dann ein neues wirksames Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse gewinnen werden. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte Sie, folgende Resolution anzunehmen:

Die Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des österreichischen Proletariats eröffnet die Möglichkeit, nunmehr auch die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen.

Die Form der genossenschaftlichen Organisation, die heute überall dort — aber auch nur dort — möglich ist, wo die Arbeiterschaft ihre politische und gewerkschaftliche Organisation zu einem erheblichen Maße von Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit ausgebildet hat, ist der Konsumverein.

Die Vorteile eines gut geleiteten Konsumvereines für die Privatwirtschaft seiner Mitglieder sind offenbar.

Die eigentliche Bedeutung der Konsumvereinsbewegung liegt jedoch in ihren Leistungen für die Arbeiterklasse (Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch Beseitigung des Zwischenhandels, Regulierung der lokalen, später der nationalen Preisbildung der Lebensmittel, Eigenproduktion, Bekämpfung der Kartelle und Trusts, materielle Unterstützung der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation).

Wir warnen jedoch nochmals auf das eindringlichste vor leichtfertigen, nicht genügend vorbereiteten Gründungen. Neugründungen dürfen nur mit Zustimmung der Bezirksorganisation und im Einvernehmen mit dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und nur auf Grund der beschränkten Haftung erfolgen. Wo die Führung von Konsumvereinen derzeit in den Händen indifferenter oder gegnerischer Elemente liegt, werden die organisierten Arbeiter suchen müssen, den ihnen gebührenden Einfluß zu erringen, bevor sie an die Gründung einer neuen Genossenschaft schreiten.

Der Parteitag erklärt es als die Pflicht aller von organisierten Arbeitern geleiteten Konsumvereine, dem Verbande der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beizutreten und dessen Bestrebungen zur Zentralisation (Verschmelzung der an einem Orte bestehenden Konsumvereine, Gründung von Einkaufsvereinigungen) zu unterstützen. Der Parteitag erklärt es endlich als die Pflicht der Konsumvereine, ihren Angestellten die besten jeweils möglichen Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Das Korreferat zu diesem Punkt erstattet

Roušar (Prag, tschechisch): Die Freunde der Konsumvereinsbewegung führen eine ganze Reihe von Argumenten als Beweis, daß sie der Arbeiterbewegung nützen kann. Es wäre ungerecht, zu leugnen, daß sie das vermag. Aber es spricht auch eine große Zahl von Gründen dafür, daß die Konsumvereine der Arbeiterbewegung auch schaden können und daß man daher in dieser Angelegenheit sehr vorsichtig vorgehen muß. Auf dem Kongreß in

Brünn hatte man sich gegen die Konsumvereine ausgesprochen, auf dem Gewerkschaftskongreß für sie. Wonach sollen sich die Genossen also halten? Jetzt hat jeder eine Resolution für sich (Heiterkeit), sowohl der Freund als der Feind der Konsumvereine.

Man sagt, die Konsumvereine geben dem Arbeiter billige Waren. Richtig! Aber wir wissen auch, daß, wo die Lebensmittel billig sind, auch die Löhne niedrig sind. Nehmen Sie nur einen Textilarbeiter aus Wien und einen aus Nordböhmen. Wo der Arbeiter mehr braucht, wird er besser bezahlt. Ich unterschätze die Bedeutung eines gut geleiteten Konsumvereines nicht, aber daß er das Niveau der Lebenshaltung der Arbeiter hebt, läßt sich kaum nachweisen. Uebrigens ist es auch gar nicht notwendig, daß der Konsumverein billiger verkauft. Ich kenne zahlreiche Konsumvereine, die teuer einkauften, deren Leiter nicht manipulieren konnten und dann teurer verkauften als die Kaufleute. Ich kenne einen Konsumverein, da wurden auf jede Ware 20 Prozent zum Kaufpreis aufgeschlagen. Einmal gelang es, billiges Mehl zu kaufen. Aber da wurde plötzlich das Mehl teurer. Der Konsumverein aber verkaufte sein Mehl zum alten Preise. Alle Leute kauften das Mehl im Konsumverein, der Vorrat war bald ausverkauft, der Konsumverein mußte nun das Mehl teurer einkaufen, als er es verkauft hatte, und die Kunden blieben aus. Diese Wirtschaft ist nicht vereinzelt.

Man erzählt uns, daß die Konsumvereine unverfälschte Waren liefern. Ich würde Ihnen wünschen, so manchen Konsumverein in der Provinz zu besuchen. Da steht ein Nichtfachmann an der Spitze, der kauft, was man ihm anbietet, oft auch schon verfälschte Waren. Ebenso ist es auch mit dem Argument, daß man beim Konsumverein den Profit des Zwischenhändlers erspart. Das mag für die großen Konsumvereine gelten, die im großen kaufen, oder wo der Verband einkauft, aber die kleinen verstreuten Konsumvereine wollen nicht zu einem Verbande gehen. Sie sind sehr mißtrauisch und sagen, wenn man ihnen zuredet: Die in Wien wollen uns wieder bestehlen! Auch die Dividendenwirtschaft ist ein Schaden der Konsumvereine. Die Eigentumsbestie wird durch die Dividende geweckt, die Dividende wird die Hauptsache beim Konsumverein. Wir haben Konsumvereine, die 10 bis 15 Prozent Dividende zahlen. Aber die Angestellten sind skandalös gezahlt, die Waren schlecht. Jeden Augenblick lesen wir in einem Blatte ein Inserat: „Ein Lagerhalter oder Angestellter für einen Konsumverein gesucht. Gehalt 30 fl. monatlich. 1000 fl. Kaution erforderlich.“ Natürlich, damit sie mit seinem Gelde Geschäfte machen können. Und das sollen wir als Parteiinstitution ansehen?

Wir in Böhmen haben besonders traurige Erfahrungen mit den Konsumvereinen gemacht. Wo ein Konsumverein gegründet wurde, konnten wir schon das Kreuz über die Organisation machen. In Nimburg hatten wir eine sehr gute Organisation. Da fiel den Leuten ein, einen Konsumverein zu gründen. In wenigen Monaten war der Krach da und die Organisation war hin. Auch in Podiebrad und Lieben ging es ähnlich. Dabei ist Lieben eine Arbeiterstadt, hat also die besten Bedingungen für einen Konsumverein. Das Ende war aber auch da der Krach. So brachten uns die Konsumvereine vielfach nur eine Schädigung der Partei. Solange die Arbeiter nicht genug geschult sind, kann man ihnen die Errichtung von Konsumvereinen nicht empfehlen. Erst muß der Boden für die Konsumvereine vorbereitet werden. Man verweist uns auf England und Belgien, wo es ging. Aber ich habe Ihnen Beweise aus Oesterreich geliefert, daß es nicht ging. Ebenso könnten Sie mir erzählen, daß in Afrika Palmen wachsen. Bei uns ist der Boden nicht dafür. Wir müssen auch für die Konsumvereine erst den Boden vorbereiten.

Wir sind nicht gegen die Konsumvereine, aber wir verlangen, daß man nur sehr vorsichtig bei der Gründung vorgehe. Die Verhältnisse sind nicht überall gleich. Bei Ihnen hier sind andere Verhältnisse als bei uns in Böhmen. Das beste wäre, die grundsätzliche Stellung hier zu bestimmen, alles übrige den nationalen Kongressen zu überlassen. Viele Genossen überschätzen die Konsumvereine. Es geht sogar so weit, daß sie sich einbilden,

damit die Gesellschaftsordnung ummodeln zu können, wenn die Konsumvereinsbewegung nur genügend erstarkt sei.

Der Resolution kann ich im allgemeinen zustimmen, weil sie uns die Gewähr bietet, daß wir gegen voreilige Gründungen einschreiten können. Ich stelle nur den Zusatzantrag, daß die Durchführung den nationalen Kongressen überlassen werde. (Beifall.)

Die Verhandlung wird nun abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

Begrüßungsschreiben sind eingelaufen aus Zwittau, Pola, Leibnitz und Krakau.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: **Tomschik.**

Vorsitzender: Wir schreiten zur **Debatte über Konsumvereine.** Das Wort erhält Genosse

Schloßnikel (Sternberg): Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß haben wir uns für die Konsumvereine bereits ausgesprochen. Es geht nicht an, daß dieselben Vertreter, die als Politiker der Sozialdemokratie angehören, als solche eine andere Stellung zu den Konsumvereinen einnehmen. Wir werden natürlicherweise heute entsprechend den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses beschließen. Was der Genosse Roušar vorgebracht hat, beweist nur, wie nötig es ist, daß wir die Konsumvereine nicht aus dem Auge lassen und Einfluß auf sie nehmen. Nur dann werden Uebelstände wie die geschilderten vermieden werden. Was hat uns der Brünner Beschluß, der gefordert hat, daß wir uns unparteiisch verhalten sollen, genützt? Hat man uns nicht trotzdem jeden Krach, jede Unregelmäßigkeit in einem Arbeiter-Konsumverein vorgeworfen? Als wir in der Provinz im Sinne des Gewerkschaftskongresses handelten, da sind wir auch auf den Widerstand der eigenen Genossen gestoßen. Deshalb müssen wir am Kongreß einen Beschluß fassen, der auch die in dieser Hinsicht reaktionären Genossen belehrt. Viele Vereine sind noch an den Wrabetz-Verband gebunden, das muß gelöst werden. Auch das wollen wir den Provinzgenossen von hier aus sagen! Wenn es schwer ist, die Konsumvereinsleitungen zum Beitritt in unseren Verband zu führen, so ist daran der frühere Verband schuld. Er war eine verfehlte Gründung. Wir in Sternberg haben mit dem ersten Verband schlechte Erfahrungen gemacht, deshalb sind die Sternberger nur schwer dazu zu bewegen, dem neuen Verband beizutreten. Nehmen wir die Resolution an, wie sie uns vorliegt.

Genossin **Seidel** (Wien): Ich habe es freudig begrüßt, daß hier endlich die Frage der Konsumvereine zur Entscheidung gebracht werden soll. Die früheren Parteitage haben es abgelehnt, der Frage näherzutreten, und für damals haben die Parteitage auch ganz recht gehabt. Ich habe es begriffen, daß sie damals nichts mit den Konsumvereinen zu tun haben wollten. Aber inzwischen hat sich die Ansicht der Parteigenossen über diese Fragen geändert und wir haben eingesehen, daß auch die Konsumvereine den Zwecken der gesamten Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden sollen. Es gibt ja viele Genossen, die noch heute glauben, daß der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation durch die Konsumvereine wichtige Kräfte entzogen werden, aber im allgemeinen setzt sich doch der Grundsatz durch, daß jede Bewegung diejenigen Kräfte sich aneignet, die sie braucht. Wird es heute jemandem einfallen, zu sagen, daß die gewerkschaftliche Bewegung der politischen Kräfte entzieht? Es gibt aber auch glänzende Politiker, ausgezeichnete Gewerkschaftler, zur Leitung der Versammlungen aber sind sie ungeeignet, ebenso gibt es Konsumvereinler, die wieder auf anderen Gebieten versagen. Roušar hat gemeint, daß dadurch, daß der Arbeiterschaft auf

dem Lande billigere Lebensmittel verschafft werden, die Unternehmer die Löhne drücken werden. Nun, ich glaube, die Löhne drücken, das wollen die Unternehmer immer, ob die Lebensmittel billiger oder teurer sind. Deshalb haben wir ja eine gewerkschaftliche Organisation, die diesen Gelüsten wirksam entgegentreten kann. Gerade jetzt, wo uns die Lebensmittel durch den Zolltarif so verteuert werden sollen, müssen wir die Arbeiter als Konsumenten organisieren. Ich will nicht bestreiten, daß in manchem Konsumverein große Uebelstände waren oder sind, aber alle diese Uebelstände sind nur ein Beweis dafür, daß wir uns um diese Sache kümmern müssen! In Brünn und Umgebung haben wir zirka 70 Konsumvereine, in Mähren zirka 300 Konsumvereine. Diese kleine greislerische, zwerghafte Organisation ist eben verfehlt, wir müssen sie auf moderne Grundlagen stellen. Wenn wir diese Konsumvereine fest in die Hände nehmen und im Verband organisieren, dann werden sie für die Arbeiter und für die Arbeiterbewegung etwas leisten können. Bei unseren Konsumvereinen und noch mehr bei jenen, die wir erst schaffen wollen, gilt es vor allem, die Mitglieder zu erziehen, daß sie nicht in der Dividendenjägerei ihr Ziel sehen. Vielfach hat man in alten Konsumvereinen nur durch die Dividende angelockt, aber wir wollen die Vereine auf eine andere Basis stellen. Die Konsumvereine können dadurch, daß hier eine Menge von Verwaltungskräften großgezogen wird, sehr gedeihlich wirken. Wir wollen ja einst das Erbe der heutigen Gesellschaft antreten. Dazu werden wir Kräfte brauchen, die in jeder Hinsicht geschult sind. In den Genossenschaften können wir uns Kräfte schaffen, die dereinst fördernd einzugreifen vermöchten. Ich empfehle Ihnen aus allen diesen Gründen die Annahme der Resolution. (Bravo!)

Vorsitzender: Vom Genossen Pittoni ist folgender Ergänzungsantrag eingelaufen:

Am Schlusse des vierten Absatzes soll der Satz: „Sicherung der Existenz der Opfer des Klassenkampfes“ durch folgenden ersetzt werden: „womöglich Berücksichtigung der Opfer des Klassenkampfes bei Aufnahme von Angestellten“.

Tusar (Brünn): Prinzipiell sind wir alle von den Vorteilen der Konsumvereinsbewegung überzeugt. Darin sind wir uns alle einig. Eine Frage ist nur, ob wir sie auch unterstützen sollen. Man führt an, daß sie auch mehrfach Schaden stiften. Das ist aber doch kein Beweis gegen die Organisationen. Ich würde es begreifen, wenn jemand sagt: Wir sind dagegen, weil wir nicht genug fähige Kräfte haben. Schablonenmäßig scheint sich mir die Sache doch nicht lösen zu lassen, deshalb stimme ich dem Antrag Roušar zu. In Mähren sind die Verhältnisse schon besser als in Böhmen und die Partei wird sich dort um die Konsumvereine ernstlich umschauen müssen. Die Hauptstütze sehe ich im Verband. Der Einwurf Roušars, daß die Löhne niedriger werden, wenn die Lebensmittel billiger werden, scheint mir doch nicht richtig. Diese Anschauung des ehernen Lohngesetzes ist von uns schon längst aufgegeben. Roušars Verlangen, daß dort, wo keine gute Gewerkschaftsorganisation ist, auch keine Konsumvereine gegründet werden sollen, halte ich dagegen für ganz berechtigt. (Beifall.)

Hueber (Wien): Wir haben es uns seinerzeit wohl überlegt, ehe wir an den Gewerkschaftskongreß herantraten. Es ist ja begreiflich, daß die tschechischen Genossen vor einer dritten Organisation, wie sie die Konsumvereine neben der politischen und gewerkschaftlichen darstellt, sich fürchten, weil sie meinen, daß unter dieser Ueberbürdung die innere Festigkeit der Partei leiden würde. Aber die Konsumvereinsbewegung ist einmal da, sie blüht auf und so soll sie zu unseren Zwecken gebraucht werden. Wir müssen uns der Konsumvereinsbewegung in dem Maße annehmen, als der Arbeiter dabei organisiert wird. Roušar hat eine Menge Anklagen erhoben, ich unterschreibe seine Argumente wohl, aber alles, was Roušar gesagt hat, beweist nur, daß da Remedur geschafft werden solle. Unsere Absicht hier ist ja nicht, daß Sie hinausgehen sollen und an allen Ecken und Enden Konsumvereine gründen sollen. Nein, wir wollen das Bestehende zusammenfassen! Es ist be-

dauerlich, daß der neue Vorstand der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit jenem Mißtrauen angesehen wird, das man in der Provinz für Wien überhaupt besitzt. Nun müssen aber doch auch diese Konsumvereine revidiert werden und bevor wir uns von Bürgerlichen oder Landesbehörden revidieren lassen, lassen wir uns doch lieber von unseren Genossen im Verband revidieren. Gerade der Verband wird vor vorschnellen Gründungen warnen. Auch das ist falsch, was Kouřar über die Wirkung auf die Löhne sagte. Im Gegenteil, wir werden schon dafür sorgen, daß die Unternehmer von billigen Lebensmittelpreisen keinen Nutzen haben. Wo eine Organisation ist, hat das eherne Lohngesetz keine Kraft. Was existiert, soll in einen gesunden Körper zusammengeschweißt werden, und dort, wo noch Konsumvereine sind, die Mitglieder des Wrabetz-Verbandes sind, müssen sich unsere Genossen mit dem Herauskommen tummeln. Gerade in Böhmen hausieren jetzt einige Doktoren herum, die einen rein tschechischen Verband machen wollen. (Rufe bei den Tschechen.) Ich finde es sehr zweifelhaft, ob wir unsere Vereine den jungtschechischen Herren ausliefern sollen. Gewiß wird unsere Konsumorganisation einmal die Kraft bekommen, mit den genossenschaftlichen Organisationen der Urproduzenten in Kontakt treten zu können. Die landwirtschaftlichen Arbeiter- und die Kleinbauerngenossenschaften werden einmal mit uns in Zusammenhang treten. Nicht heute, nicht morgen, aber es wird dazu kommen! Ich bitte Sie auch, meinen Zusatzantrag anzunehmen:

> Der Parteitag erklärt es endlich als die Pflicht der Konsumvereine, bei Feststellung der Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Organisationen derselben vorzugehen.

Wenn wir gegenüber dem Unternehmer verlangen, daß er mit uns über die Arbeitsbedingungen verhandle, so müssen auch die Vereine mit uns über die Lohnbedingungen verhandeln. Die Konsumvereine brauchen sich nicht zu fürchten, wir nehmen ja in allen Institutionen, bei den Gewerkschaften (Zwischenrufe: Bei der Presse!) auf die finanziellen Verhältnisse Rücksicht. (Bravo!)

Genossin **Novak** (Wien): Diese Frage geht uns Frauen an! Es fällt der Frau, wenn sie will, leicht, dem Manne gegenüber Argumente gegen den Konsumverein vorzubringen, warum sie dort nicht einkaufen will. Wir haben eine Menge Männer als Mitglieder in den Vereinen, deren Frauen nur einzelne Waren oder gar nichts im Verein kaufen. Zudem blüht der Zwischenhandel mehr denn je. Knapp neben den Konsumvereinen prosperieren oft die Greisler. Es gibt vornehmlich ein Mittel, die Arbeitersfrau an die Vereine zu ziehen, das ist Reinlichkeit. Frauen, die im Punkte der Reinlichkeit sehr streng sind, sind heute oft gezwungen, schmutzige Waren in schmutzigen Laden zu kaufen. Die Frauen beklagen sich zuweilen über höhere Preise in Konsumvereinen, aber daß das Kilo Zucker im Verein oft viel schwerer ist als beim Greisler, übersehen sie, genau so, wie sie nicht daran denken, daß der Preis für den Liter Spiritus durch Zuschütten von Wasser sehr einfach verbilligt werden kann. Der Konsumverein beruht auf seiner Solidität, nicht auf Lockmitteln! Etwas wäre notwendig, nämlich daß den Leuten Kredit in der Höhe ihrer Einlagen gewährt wird. In momentanen Geldnöten müssen wir trachten, diesen Frauen beizustehen. Was den Antrag Pittoni betrifft, dem ich beipflichte, kann man ein sehr guter Genosse, aber ein schlechter Konsumvereinsangestellter sein. Vor allem soll man die Frauen darauf aufmerksam machen, daß sie in den Konsumvereinen gute Milch bekommen. Diese Milch können wir beruhigt unseren Kindern geben; das können wir gewöhnlich von der Milch der Milchmeier nicht sagen. Die Frauen geben in dieser Frage den Ausschlag, denn die Männer können die Frauen gar nicht so kontrollieren, wie sie wollen. Und nicht nur einzelne Waren, sondern alles, was der Arbeiter braucht, muß er trachten, im Konsumvereine zu erwerben. (Bravo!)

Duda (Pottendorf): Die Konsumvereine bilden schon längere Zeit den Zankapfel in der Bewegung. Die Meinungen sind verschieden, es gibt noch

sehr entschiedene Gegner in unseren Reihen. Gewiß sind auch wir, wie Roušar sagt, in einzelnen Orten Niederösterreichs durch die Konsumvereine geschädigt worden. Das kam aber so: Ein Teil der Genossen bekam die Gründerwut, das gründete bis in die kleinsten Nester. In diesem Taumel gingen viele Vereine zugrunde. Andere gingen wieder hin und sagten: Es ist unmöglich. So kam es, daß selten der richtige Weg nüchtern gefunden wurde. Wenn ich hier für die Konsumvereine spreche, so will ich Ihnen dafür einen wichtigen Grund sagen. In vielen Orten Niederösterreichs, wo wir noch keinen Konsumverein haben, errichten jetzt die Fabrikanten solche. Zum Beispiel im IX. niederösterreichischen Wahlkreis. Der Fabrikant stellt sich einen Meister hinein, der Direktor wird Obmann und der Arbeiter wird gezwungen, dort einzukaufen. Dem betreffenden Arbeiter sind nun die Hände gebunden. Vielfach hängt er auch durch die Wohnung vom Unternehmer ab. Kommt es da zu einem ernsten Kampfe, so kann der Fabrikant den Arbeiter direkt aushungern! Deshalb müssen wir die Frage jetzt entscheiden, deshalb — sonst kommen uns auf diesem Gebiet die anderen zuvor — ersuche ich Sie um Annahme der Resolution. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt Arbeitel (Bielitz) den Schluß der Debatte. Hornof (Prag) bekämpft den Antrag. Seliger (Teplitz) spricht dafür.

Schluß der Debatte wird angenommen.

Vorsitzender: Ich erteile das Schlußwort dem Genossen

Emmerling: Ich werde mich im Sinne des eben gefaßten Beschlusses kurz fassen. Prinzipielle Einwendungen gegen die Resolution wurden weder von Roušar noch von anderen gemacht. Der Genossin Novak muß ich sagen: Das Betriebskapital der Konsumvereine sind die Geschäftsanteile. Die dürfen nicht in Form von Kredit wieder ausgegeben werden. Da kämen die Vereine leicht auf eine schiefe Ebene, die größte Zahl der zugrunde gegangenen Konsumvereine hat das der Kreditgewährung zuzuschreiben, dagegen sind die Engländer nur durch die Bezahlung groß geworden.

Es wurde auch davon geredet, daß die Bediensteten nicht entsprechend entlohnt werden, aber der größte Teil der Vereine zahlt bessere Löhne, als Handlungsgehilfen sonst erhalten. Der Antrag des Genossen Pittoni wurde von ihm zurückgezogen, ich habe den Passus gestrichen, gegen den er sich wendete. Die Worte „Sicherung der Existenz der Opfer des Klassenkampfes“ fallen also — ich ersuche Sie darum — im vierten Absatz der Resolution weg. Es war zuweilen Praxis, daß um einer Maßregelung willen eine Organisation gegründet wurde, das war eine ungesunde Praxis.

Die Sozialdemokratie muß jede Ausbeutung der Arbeiterschaft bekämpfen, kann daher die Ausbeutung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung nicht außer acht lassen. Am wirksamsten ist der Kampf durch die Konsumvereine. Jedoch ist dies nicht so zu verstehen, daß nunmehr eine neue Gründungsepoche kommt. Prüfen Sie vielmehr die bestehenden Vereine, untersuchen Sie genau, ob sie allen unseren Anforderungen entsprechen, kräftigen und stärken Sie diese Vereine! Ein Konsumverein ist ein Geschäft und jedes Geschäft muß auf soliden Voraussetzungen beruhen! Vor allem aber muß jeder Konsumverein dem Verband der Arbeitergenossenschaften angehören. Draußen in Deutschland hat sich eine reinliche Scheidung vollzogen, sie muß auch bei uns vollzogen werden. Insolange unsere deutschen Vereine sich nicht zur Zentralisation und Großeinkaufsgenossenschaft zusammenfanden, wurden sie willig geduldet. So ist's auch in Oesterreich. Nur solange sich die Vereine nur auf die Erzielung hoher Dividenden verlegen, wird ihnen kein Hindernis in den Weg gelegt. Wenn die Vereine in unserem Verband sind, können, dank unserem Revisionsrecht, Unregelmäßigkeiten ausgemerzt werden, ehe es zu spät ist. Gegen den Zusatz Roušars zur Resolution habe ich nichts einzuwenden, nehmen Sie also die Resolution mit dem Zusatze an. (Beifall.)

Als Korreferent erhält das Schlußwort Genosse

Roušar (tschechisch): Aus der Debatte ging hervor, daß die bestehenden Konsumvereine im Sinne der Partei arbeiten sollen. Er glaubt, daß es doch nötig ist, behutsam vorzugehen, weil unsere Genossen oft sehr leichtsinnig zu Werke gingen. Wenn man glaubt, Konsumvereine gründen und dann Mitglieder erwerben zu können, so ist das ähnlich, wie wenn Arbeiter zuerst in Streik treten und sich dann erst eine Organisation gründen wollen. Die Resolution bietet eine Handhabe gegen die voreilige Gründung von Konsumvereinen. Roušar meint, daß die Konsumvereine in manchen Fällen verringerte Löhne verursachen. Wo der Arbeiter Haus und Feld hat, da spekuliert der Unternehmer gleich darauf, daß der Arbeiter auf ihn angewiesen ist, und drückt ihn auf das mögliche Minimum hinab. Was die Unterstützung der Konsumvereine durch die politische und Gewerkschaftsbewegung betrifft, so dürfen sich die Konsumvereine nicht beklagen, daß die Genossen sich nicht genug interessieren. Die Konsumvereine verlangen unsere Unterstützung, aber sie selbst tun nichts für uns. In Prag haben sie uns gleich das Mißtrauen und die Verachtung ausgesprochen, weil die Exekutive nicht rasch genug sie unterstützte. Aber in der Wahlbewegung konnten wir diese Genossen zu Referaten nicht bewegen. Im IV. böhmischen Wahlkreis ereigneten sich Dinge, die ein Menetekel für uns sein sollten. Das war eine gute Organisation, durch den Konsumverein wurde sie gänzlich ruiniert. Auch von der amtlichen Kontrolle soll man sich nichts versprechen, die Genossen sind dazu in erster Linie berufen. Die Inspektion in Böhmen hat im Vorjahre zu genau — vier Kontrollen von Krankenkassen geführt. Die Resolution mit den Zusatzanträgen bietet die Möglichkeit, für die Zukunft etwas Besseres herauszubilden. (Bravo!)

Vorsitzender: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung.

Die Streichung im vierten Absatz der Resolution (Antrag Emmerling) wird angenommen.

Antrag Pittoni zurückgezogen.

Zusatzantrag Hueber angenommen.

Zusatzantrag Roušar angenommen.

Resolution angenommen.

Vorsitzender: Der nächste Punkt ist: **Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage.**

Das Referat erstattet

Dr. Fröhlich: Es ist dies heute das erstemal, daß die Alkoholfrage einen Punkt der Tagesordnung unserer Parteitage bildet. Noch vor wenigen Jahren wäre dies unmöglich gewesen. Wodurch ist es heute möglich geworden? In erster Linie dadurch, daß sich der Charakter der Alkoholbewegung in diesen Jahren ganz gewaltig geändert hat. Der Mäßigkeitsbewegung, dieser bürgerlichen Bewegung zur moralischen Beeinflussung der Menschen, ist es gelungen, nicht nur dauernde Erfolge in der Bekämpfung des Alkoholismus nicht zu erzielen, sondern auch das Vertrauen der Arbeiterklasse völlig zu verlieren, soferne sie es jemals auch nur spurenweise besessen hat. Diesen Bestrebungen hafteten alle Eigenschaften bürgerlicher philanthropischer Bewegungen an, von der Einseitigkeit der Argumente bis zum unerträglichen Predigerton der Akteure. Pastoren mit und ohne Soutane waren es, die von der Sünde des Trunkes geredet haben, besonders des Trunkes der Arbeiter. Der Proletarier war derjenige, der das, was er hat, vertrinkt und der immer nur noch mehr haben will, um es auch vertrinken zu können. Diese Leute haben sich stets nur gegen die Erscheinung des Schnapsalkoholismus gewehrt. Sie wandten sich gegen den Schnapsalkoholismus gewiß nicht nur deshalb, weil sie ihr Glas Bier oder Wein in Ruhe weiter trinken wollten, sondern aus der Unkenntnis der Tatsachen über die Alkoholwirkung — man wußte damals nur vom Schnapsalkoholismus als einer verheerenden Krankheit und hielt Bier und Wein nicht nur für völlig unschädlich, ja, nützlich und notwendig, sondern das Bier geradezu für ein Mittel, den Schnapsalkoholismus beseitigen zu helfen. Dabei übersahen sie aber, daß dieser Schnapsalkoholismus gerade eine Folge der ungeheuren niedrigen Lebenshaltung ist, der schlechten Wohnungsverhältnisse, der elenden Löhne, der ganzen durch den Kapitalismus herbei-

geführten Vertierung, der selbst nur ein Symptom dieser Vertierung, ein Symptom industrieller Degeneration ist.

Und da sie diesen Zusammenhang nicht erkannten, war es begreiflich, daß sie erfolglos ihre Kräfte verbrauchten, dieses Symptom zu bekämpfen, anstatt dort anzupacken, wo man anpacken mußte, nämlich die Klassenlage dieser Schichte durch politische und gewerkschaftliche Organisation zu heben. Und es ist ganz begreiflich, daß sich gegen diese Art der Argumentation, die immer sagt: „Saufen: Ursache, soziale Not: Folge“, jeder vernünftige Mensch wehren mußte, der den genau entgegengesetzten Zusammenhang erkannt hat. Diese Argumentation barg außerdem die große Gefahr in sich, daß sie die weitesten Kreise auch der Arbeiterschaft immer wieder von den wirklichen Zusammenhängen abzulenken geeignet schien, um so mehr als diese bürgerliche Theorie auch gleich ein Heilmittel gegen alle Schäden der Zeit bereit hielt. War einmal das Saufen der Proletarier als die Ursache der sozialen Not erkannt, so brauchten die Proletarier nur das Trinken aufzugeben und die soziale Frage war gelöst! Dieser Alkoholbewegung gegenüber, die nur an den Symptomen der Trunksucht herumkurierte, hatte die Sozialdemokratie vollständig recht, wenn sie sagte: Wir haben mit euch nichts zu tun! Uns sind unsere Leute, unsere Zeit, unser Geld viel zu wertvoll, als daß wir sie verschwenden könnten, um Kurpfuscherei an den Symptomen zu treiben! Wir wollen das Uebel an der Wurzel fassen und die Klassenlage heben — dann wird mit Erreichung der höheren Lebenshaltung auch der Alkoholismus verschwinden.

Schon hier zeigt sich aber die große Schwierigkeit, die der Alkoholismus der Organisationsarbeit bereitet, gerade auf diesem niedrigsten Stand der Lebenshaltung ist der Alkohol der Faktor, der die Organisationsarbeit ungeheuer erschwert, und auch auf dieser niedrigsten Stufe der Lebenshaltung würde man die Arbeiter viel leichter für alle Bestrebungen, die zur Verbesserung ihrer Lage führen würden, gewinnen können, wenn sie den Alkohol nicht hätten. Gilt dies auch in erster Linie für den niedrigsten Stand der Lebenshaltung, wie es etwa in den böhmischen Landesdistrikten oder bei den Ostrauer Bergarbeitern sich zeigt, gilt es doch auch in hohem Maße für einzelne Arbeiterschichten außerhalb jener Elendsdistrikte, ja, für viele selbst hier in Wien. Es ist hier in Wien einem Mann, der eine bestimmte Arbeiterschichte organisieren wollte, geschehen, daß ihm die Leute die Schnapsflasche entgegenhielten: „Das ist unsere Organisation! Wir brauchen dich nicht!“ Der Mann ist hier im Saal, kann es bezeugen. Schon in dieser primitivsten Form ist der Alkoholismus also ein Feind der Organisationsbestrebungen. Sicher ist, daß auch diese niedrigst gestellten Arbeiter das Bedürfnis nach höheren Löhnen, nach kürzerer Arbeitszeit weit intensiver fühlen würden, wenn sie den Alkohol nicht hätten. Aber auf dieser niedrigsten Stufe der Lebenshaltung wird doch in erster Linie das Verlangen nach höherem Lohn und kürzerer Arbeitszeit begriffen.

Für den Kampf um die Grundforderungen werden die stumpfen Sinne jener im tiefsten Elend Versinkenden vielleicht doch zuerst zu erwecken sein.

Gäbe es nur diese aus den niedrigsten Lebensverhältnissen entspringende Form des Alkoholismus, dann hätte eine direkt angreifende antialkoholische Bewegung kaum einen rechten Sinn. Dann hätten die Leute vollkommen recht, die sagen: Organisieren und wieder organisieren, denn dadurch werden die Bedingungen für jeden wahren kulturellen Fortschritt erst geschaffen.

Nun liegen aber die Dinge doch so, daß es neben diesem Alkoholismus, der die unmittelbare Folge der schlechten Lebensverhältnisse ist, neben dieser Trunksucht in ihrer krassesten Form noch einen Alkoholismus gibt, der alle Schichten der Bevölkerung durchsetzt, das ist der Alkoholismus, der nicht aus dem Elend, sondern aus den Trinkgewohnheiten folgt, wie sie heute einmal in der ganzen Welt eingebürgert sind. Dieser Alkoholismus, der aus dem mäßigen Alkoholismus folgt und der nicht nur unter den Nichtorganisierten, sondern auch unter den Organisierten und Organisierbaren besteht, das ist der Alkoholismus, der einer direkten Beein-

flussung zugänglich ist, weil wir an den, der ihm ausgesetzt ist oder ihm sogar zu verfallen droht, seiner Klassenlage nach doch mit unseren Argumenten einigermaßen herankommen können.

Der Zahl der Opfer sowie seiner Bedeutung nach ist dieser Alkoholismus für den Kampf der Arbeiterklasse weitaus wichtiger als jener andere krasse, brutale Schnapsalkoholismus. Dieser aus unseren Trinksitten, aus der Stellung der ganzen heute lebenden Generation, zum Alkohol überhaupt entspringende Alkoholismus, der unabhängig von der sozialen Stellung ist, ist um so gefährlicher, als er sich nicht unter den abstoßenden, auffälligen Formen der Trunksucht, des Säuferwahnsinns äußert, sondern verhüllt und beschönigt durch die allgemeinen Trinkgewohnheiten, unter deren schützender Decke seine zahllosen Opfer fordert.

Gegen diese Art des Alkoholismus wendet sich die moderne Abstinenzbewegung, gegen diesen — „mäßigen" Alkoholismus, der übrigens oft genug auch in die schweren Formen der Trunksucht übergeht, wendet sie sich deshalb, weil er direkt angreifbar ist und weil er direkt angegriffen werden kann dort, wo er seine Wurzel hat: in den Trinkgewohnheiten, in den Trinksitten, im Trinkzwang. Erst durch die wissenschaftlichen Forschungen der letzten Jahrzehnte ist dieser Alkoholismus in seiner Ausbreitung und Bedeutung erkannt worden.

Hier muß ich Ihnen einen kleinen Abriß geben, wie dieser Alkoholismus eigentlich aussieht. Wie die Dinge heute liegen, ist es so, daß die Opfer, die der Schnapsalkoholismus fordert, an Zahl durchaus zurückstehen hinter denen, die Bier und Wein fordern. Bier und Wein sind schon heute, auch der Alkoholmenge nach, die getrunken wird, weitaus gefährlicher als der Schnaps. Es wird im Bier und Wein auch hier in Wien etwa das Doppelte an Alkohol durch den Körper hindurchgeschickt als mit Schnaps. Sieht man die zur Verfügung stehenden Statistiken daraufhin an, so findet man, daß diese Art des Alkoholismus an erster Stelle steht, auch was die Zahl seiner Opfer betrifft. Auf einer internen Klinik in Prag waren von 1525 Alkoholikern nur 119 reine Schnapstrinker, dagegen 845 reine Bieralkoholiker, also mehr als die Hälfte. Wir haben leider von Oesterreich sehr wenig verläßliche Daten, besonders die Gesamtsumme des Schadens läßt sich nur annäherungsweise schätzen, aber aus der Schweizer Statistik ergibt sich, daß von den erwachsenen Männern jeder zehnte, von den Männern zwischen 40 und 60 Jahren jeder sechste an den Folgen seines Alkoholgenusses stirbt, und die Schweizer Städte haben einen Alkoholkonsum, der sicher nicht höher ist, als er in Wien sich stellt. Es war dort möglich, das genau festzustellen, weil es seit Jahren genaue darauf bezügliche Zählungen über alle nicht nur in Spitals-, sondern auch Privatverpflegung stehende Kranke gibt.

Und in den Gegenden, wo der echte, angeblich so gesunde Naturwein getrunken wird, in den Weinkantonen, schnellt die Zahl noch bedeutend in die Höhe. Aber die Zahl gibt ja nur ganz schwere Fälle. Was da an Arbeitsunfähigkeit, an Not in der Familie durch den Alkoholismus hervorgerufen wurde, was da an Unglück, Schmerzen aller Art, dadurch vernachlässigter Erziehung der Kinder, damit verknüpfter Brutalität noch vorausgegangen ist, ehe der Mann gezählt ward, das ist in der Zählkarte nicht enthalten. Welche Sprache diese Zahl spricht, mögen Sie daraus erkennen, daß außer der Tuberkulose überhaupt keine Volkskrankheit so viel Opfer fordert als der Alkohol. Wichtig ist, daß das nur zum geringsten Teil wirklich Fälle von Säuferwahnsinn sind, kaum ein Zehntel der gesamten Summe. Nicht an Säuferwahnsinn, an der klar in die Augen springenden Form des Alkoholismus geht der zehnte Teil der Bevölkerung zugrunde, sondern an einem Alkoholismus, von dem die Menschen meist nichts wissen und der die Folge der Trinkgewohnheiten ist.

Außer der direkten Schädigung durch den Alkohol kommt noch die indirekte in Betracht, die in der Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende Einflüsse aller Art besteht. Es gibt kaum eine Infektions-

krankheit, die Tuberkulose eingeschlossen, die nicht alkoholisierte Individuen weitaus rascher zugrunde richtet als die Menschen, deren Widerstandskraft durch den Alkohol nicht herabgesetzt ist.

Hier muß auch noch ausdrücklich darauf verwiesen werden, daß es gerade die medizinischen Forschungen der letzten Jahre waren, die festzustellen gestatteten, daß sich die zwar unmittelbar nicht bemerkten Schädigungen, die kleine Alkoholmengen erzeugen, durch die monate- und jahrelang fortgesetzte Wiederholung dieser Einflüsse schwerster Alkoholerkrankungen summieren können — eine Schädigung, die sich bei entsprechend großem Beobachtungsmaterial auch in der verminderten durchschnittlichen Lebensdauer der Mäßigen gegenüber dem Durchschnittsalter der Abstinenten aufs klarste ausspricht.

Für Oesterreich kommt gegenüber der Schweiz noch in Betracht, daß bei uns eine ganze Menge von Faktoren mit tätig ist, die den vom Alkohol begonnenen Zerstörungsprozeß unterstützt, Faktoren, die in der hochzivilisierten Schweiz fehlen, wo bessere Löhne, bessere Nahrung, bessere Wohnungen immerhin imstande sind, den auf die Menschen losgelassenen Alkohol in seinen Wirkungen abzuschwächen.

Aber das kann doch nur ein Grund mehr für uns sein, den Kampf gegen den Alkohol aufzunehmen. Gerade weil bei uns degenerierende Faktoren in solcher Zahl und Macht tätig sind, haben wir doppelt Ursache, wenigstens jene auszuschalten, deren wir heute schon in weitem Umfange Herr werden können.

Das gilt auch in gewissem Sinn von den Beziehungen zwischen Alkohol und Verbrechen. Gewiß sind in unseren Zuständen zahllose Faktoren wirksam, die verbrecherische Neigung zu entwickeln, vorhandene Neigungen zu verstärken vermögen — aber sehr oft beseitigt erst der Alkohol die letzte Hemmung — was der Nüchterne niemals getan hätte, tut hemmungslos der Berauschte.

Diese Verhältnisse legte besonders schön Otto Langs Untersuchung über die Zustände in Zürich dar. Unter 141 wegen Körperverletzung zu Gefängnisstrafen Verurteilten, zählte er 125, die ihr Vergehen unter dem Einfluß des Alkohols verübten, das sind 88·7 Prozent.

Außerdem hat Lang den Beweis erbracht, daß es durchaus nicht der Gewohnheitstrinker, der typische Alkoholiker ist, der zum Verbrechen neigt, sondern daß der Gelegenheitstrinker seinen unschuldigen einmaligen Rausch sehr oft mit schweren Strafen zu sühnen hat.

Seine hierauf bezüglichen Ermittlungen zeigen, daß an den im alkoholischen Zustand begangenen Körperverletzungen die Gelegenheitstrinker mit 81 Prozent, die Gewohnheitstrinker nur mit 19 Prozent beteiligt sind!

Aber wir Oesterreicher sind hierin völlig konkurrenzfähig. Für alkoholische Verbrechen wurden im Lauf zweier Jahre im Gerichtssprengel Korneuburg allein 294 Jahre schweren Kerkers ausgesprochen — in Wien zählt man an den Samstagen, Sonntagen, Montagen eines Jahres an die 8000 alkoholische Exzesse leichtester bis schwerster Art! Und weiter:

Es gibt vielleicht kein Land der Welt, wo eine solche Menge der männlichen Insassen der Irrenanstalten ihre Krankheit dem Alkohol verdankt, als Oesterreich. Das gilt nicht nur für das Weinland Niederösterreich, sondern auch für das Bierland Böhmen. Das muß deshalb nochmals ausdrücklich hervorgehoben werden, weil man uns immer nur den Schnaps als Feind hinstellen will. Man sagt uns: „Geht nur los gegen den Schnaps! Alles übrige schadet nicht!" Aber genau das Gegenteil ist richtig. Gegen den Schnapsalkoholismus direkt loszugehen, haben wir also zunächst überhaupt nur ganz beschränkte Möglichkeiten, weil er in erster Linie durch eine Erhöhung der Lebenshaltung der schnapstrinkenden Bevölkerungsschichten bekämpft werden muß, wohl aber können wir losgehen, wo das sogenannte mäßige Trinken anfängt.

Was bedeutet das alles für die Arbeiterklasse? Es ist kein Zweifel, daß der gesunde Mensch zu jeder Kulturarbeit geeigneter ist als der kranke Mensch, auch daß der Mensch, der keine Bierleber, keine Bierniere, kein Bierherz hat,

in der Organisationsarbeit und in den Kämpfen des Proletariats besser zu verwenden sein wird. Außerdem ist es zweifellos, daß alle Faktoren, die die Klassenlage des Proletariats herabdrücken, durch die Wirkung des Alkohols noch verstärkt werden, daß die schlechte Ernährung, die in weiten Kreisen herrscht, durch den Alkohol noch zu einer größeren Gefahr wird, daß die Ueberarbeit durch den Alkohol in ihrer degenerierenden Wirkung noch bedeutend verstärkt wird. Alles das, was den Arbeiter ins Elend hineinstößt, wird durch den Alkoholismus in seiner Wirkung noch erhöht, alles, was ihn herauszuführen imstande ist — die Organisation jeder Art — wird durch ihn niedergehalten, gehemmt. Wenn es nun richtig gewesen ist, die bürgerlichen Mäßigkeitsprediger zurückzuweisen, weil ihre Kurpfuscherarbeit uns nur Zeit, Geld und Leute kostet, so muß man aber erst recht sagen: Diese Form des Alkoholismus, die für so selbstverständlich gehalten wird, kostet uns Zeit, Geld, Leute, und deshalb müssen wir gegen sie ankämpfen. (Beifall.)

Jeder von Ihnen weiß es besser als ich, welche Schwierigkeiten der Organisation von denjenigen Schichten der Arbeiterschaft bereitet werden, die noch recht innig an ihren Trinkgewohnheiten hängen. Man kann nicht sagen, daß da die Klassenlage schuld wäre. Denn der Organisierte an der Drehbank hat denselben Lohn wie der Unorganisierte, der daneben steht. Aber wenn der Arbeiter ein Liebhaber geistiger Getränke ist, wenn er die Trinkfreuden schätzt, so werden alle Argumentationen der Organisierten an ihn viel schwerer herankommen, weil er seine Lage, weil er die ganze Situation, in der er sich als einzelner und als Angehöriger seiner Klasse befindet, nicht so klar zu überschauen imstande ist, als er es wäre, wenn er sich jene Verbesserung seiner Stimmung, die bei ihm durch ein wenig Alkohol zu erzeugen ist, nicht verschaffen könnte. Weil aber schon diese geringe Menge Alkohols gerade das Gehirn, das Kampforgan unserer Organisationen, in erster Linie angreift, muß man dieser Alkoholisierung des Gehirns entgegenarbeiten. Nun führt natürlich nicht jeder Tropfen Alkohols sofort zur Trunksucht. Dem gehen alle Stadien der Verbesserung der Stimmung voraus, die den unbefriedigten Menschen nicht zum Bewußtsein kommen lassen, wie sehr es ihm an aller wirklichen Befriedigung seiner Bedürfnisse mangelt. Der Alkoholismus macht aus dem unbefriedigten Menschen sehr rasch ein befriedigtes Wesen, sehr oft nur ein befriedigtes Tier, er schafft eine Befriedigung nur für kurze Zeit, die aber der organisatorischen Arbeit zur Befriedigung unserer Kulturbedürfnisse direkt entgegenarbeitet, und wenn Marx sagen konnte, die Religion sei Opium für das Volk, weil sie ihm eine Befriedigung im Jenseits verspricht und es dadurch von der Gegenwartsarbeit ableitet, gilt das in noch viel höherem Maße vom Alkoholismus, weil er dem Menschen schon ein glückliches Diesseits vortäuscht, ihm den Druck des Elends, der der schwunggebende Faktor in der Aufwärtsbewegung der Massen ist, nicht so zum Bewußtsein kommen läßt, als es im nüchternen, nicht alkoholisierten Gehirn tatsächlich zum Bewußtsein kommt.

Von ungeheurer Wirkung ist dieser mäßige Alkoholismus auch in seinem Einfluß auf die Jugend. Ich glaube, auch die Optimistischesten unter uns glauben nicht, daß wir imstande sein werden, unser Wiener Programm selbst in allen Punkten zu verwirklichen. Es wird noch manche nachkommende Generation diesen Kampf fortführen müssen und diese nächste Generation müssen wir schlagfertig und kampfkräftig erhalten. Nun ist der Alkohol nirgendwo so vielfach schädigend als gerade bei der Jugend. Denn nicht nur dem schadet der Alkohol, der ihn selbst trinkt, sondern er wirkt auch durch die Vergiftung der Keimzellen auf die Nachkommenschaft. Die Nachkommen von Trinkern leiden meist an schweren geistigen Störungen. Zwischen dem Trinkerkind und dem Kind des Nüchternen liegen aber hundert Uebergänge, hundert Abstufungen in der Leistungsfähigkeit der Gehirne, parallel den hundert und hundert Graden dieser undefinierbaren Mäßigkeit. Will der Arbeiter das Höchstmaß an Leistungsfähigkeit dem Kinde als meist

einziges Erbteil mit auf den Lebensweg geben, so muß er Abstinent sein. Aber der Alkoholismus schadet der Jugend auch dadurch, daß die Jugend in die Trinkgewohnheiten unmittelbar hineinwächst. Selbst die Schuljugend wächst nicht alkoholfrei auf, es sind bis 90 Prozent der Schulkinder, die Alkohol in irgend einer Form genießen. Das ist aber um so weniger gleichgültig, da ja der jugendliche Organismus für die Wirkungen des Alkohols in besonders hohem Maß empfänglich ist.

Wenn es also richtig ist, daß dieser Alkoholismus, der aus den Trinkgewohnheiten und Trinkvorurteilen entspringt, so gefährlich ist, so ist andererseits selbstverständlich, daß man ihn nur bekämpfen kann, indem man diese Trinkvorurteile untergräbt, daß man der allgemeinen Gewohnheit des Trinkens die Gewohnheit des Nichttrinkens entgegenstellt; daß man das Paktieren mit dem Alkohol aufgibt, das jeden Menschen als mäßig erscheinen läßt, solange er nicht unter dem Tisch liegt, und selbst dann noch — denn da sagt man nicht: „Der hat zu viel getrunken", sondern: „Der hat zu wenig vertragen". (Heiterkeit.) Dieses allgemeine Volksurteil wird zum größten Teil noch durch einen alten, aus der alten Medizin herübergenommenen Zopf gestützt, der allerdings glücklicherweise schon erheblich kürzer geworden ist und mit der Zeit hoffentlich ganz verschwinden wird: daß man den Alkohol zu allen möglichen Dingen haben muß, daß er ein brauchbares Nahrungsmittel sei, daß körperliche und geistige Arbeit besser bei Alkoholwirkung verlaufen und was derlei Behauptungen mehr sind. Aber gerade die exakte Forschung der letzten Jahre hat den unumstößlichen Beweis erbracht, daß der Alkohol als Nahrungsmittel schon wegen seiner zerstörenden Wirkungen auf alle Körperteile nicht in Betracht kommen könne, daß er jede Art von Arbeit nur hemmt, daß er in den in der Praxis in Betracht kommenden Mengen in jeder Beziehung nur schadet. Und auch hierin unterscheidet sich unsere moderne Abstinenzbewegung abgrundtief von den alten und neuen Mäßigkeitsbestrebungen — daß ihr neben den praktischen Erfahrungen des Alltags die gewichtigsten wissenschaftlichen Beweismittel zu Gebote stehen. Dazu kommt, daß die Abstinenzbewegung die einzige Methode der direkten Bekämpfung des Akohols ist, die die Feuerprobe der Erfahrung siegreich bestanden hat.

Das Entscheidende für die Abstinenz ist, daß der einzige Nutzen, den der Alkohol hat, der ist, daß er die Menschen in gute Laune versetzt, sie zufrieden macht, ein Nutzen, der vielleicht der schwerste Schaden ist, den er für die Arbeiterklasse bedeutet. Er macht die Menschen zufrieden, das heißt, daß er sie abhält, aufzumucken gegen das, was sie drückt, daß sie gar nicht spüren, wie schlecht es ihnen geht. Er macht die Menschen zufrieden und wir brauchen unzufriedene Menschen. (Lebhafter Beifall.) Der Alkohol ist darum so ungeheuer gefährlich, weil er auch ein so einfaches Mittel ist, den Menschen zufrieden zu machen; es gibt kein einfacheres Mittel, auch den unglücklichsten Menschen zufrieden zu machen, als — nicht ein Rausch — sondern schon ein paar Krügel Bier. Das ist die Form der Ausschaltung der Unannehmlichkeiten dadurch, daß wir die Gehirnrinde betäuben, sie in einen schlafähnlichen Zustand versetzen. Aber wir wollen, daß der Mensch wach werde! Und weil der Alkohol dieses Erwachen hindert, deshalb ist er ein Feind der Arbeiterschaft. Und weil der Alkohol dieser schwere Feind des Proletariats ist, weil er vielfach noch gerade unter der täuschenden Maske des Freundes in dessen Reihen sich eingenistet hält, deshalb muß ihm ohne jedes Paktieren rücksichtslos an den Leib gegangen werden, und das tut nur die ausnahmslose völlige Abstinenz — ganz abgesehen davon, daß sie allein ein zur Massenorganisation brauchbares einfaches und klares Programm vorstellt.

Aber er ist nicht nur wegen seiner direkten Wirkung ein Feind der Arbeiter, sondern auch weil er ein Machtmittel in der Hand der herrschenden Klasse ist. Die Alkoholmengen, die uns die Klöster und Feudalherrschaften liefern, nützen den herrschenden Klassen nicht nur dadurch, daß dafür ein großer Teil des Volkseinkommens ausgegeben wird, der anders besser ver-

wendet werden könnte — in Wien werden täglich 300.000 Kr., in Oesterreich jeden Tag 4 Millionen Kronen für Alkohol ausgegeben; in Wien wird für geistige Getränke doppelt so viel ausgegeben als für Fleisch! — sondern auch dadurch, daß er eine alkoholisierte Bevölkerung schafft, die viel leichter zu beherrschen ist als eine nüchterne. So wird der Alkoholismus direkt zu einer Stütze derjenigen Gesellschaftsordnung, aus der wir hinaus wollen und mit allen Mitteln heraus müssen! Würden die Menschen nüchtern und klar den ganzen Druck des Elends empfinden, sie würden diese Zustände keinen Augenblick länger aushalten, durch die Alkoholisierung der Masse hört das Elend auf, ein revolutionärer Faktor zu sein — ein Grund mehr für uns, den Alkoholismus zu bekämpfen!

Wenn wir den Alkoholismus bekämpfen, so tun wir nichts anderes, als was unser Programm in die Worte faßt: das Proletariat kampffähig zu machen und zu erhalten, physisch und geistig, es mit dem Bewußtsein seiner Lage zu erfüllen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Alles das wird durch den Alkoholismus gehemmt, er vermehrt die Schwierigkeit, den ganzen Druck des Elends umzumünzen in das feurige Wollen der Entschlüsse.

Adler hat einmal das tiefe Wort geschrieben: „Die Ahnungen der Zukunft sind so viel wert, als sie uns Kraft geben für den Kampf der Gegenwart.“ Ich glaube, man kann das Wort umkehren und es bleibt nicht weniger wahr: Die Kampfmittel der Gegenwart sind so viel wert, als sie uns Zukunftswünsche zu verwirklichen versprechen. Mit anderen Worten: Welche Bedeutung wir den Kampfmitteln beimessen, hängt außer von ihrer augenblicklichen Wirksamkeit im Kampfe des Alltags auch noch ab von ihrer Beziehung zu unserem Kulturideal, zu unserem Endziele. Eine neue Gesellschaft wollen wir aufbauen, der Welt ein neues Gesicht geben; dieser neuen Gesellschaft die Grundfesten zu errichten, das ist die Arbeit der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation. Schon diese Arbeit wird ungeheuer durch den Alkoholismus gehemmt. Aber dazu kommt noch, daß, wenn wir dieses Haus aufführen, wir uns doch auch einen Begriff machen sollten über die Menschen, die darin wohnen. Jeder von uns muß den bloßen Gedanken schon als Schmähung empfinden, daß die Menschen der neuen Gesellschaft deshalb zufrieden sein werden, weil sie alkoholisiert sind. Die Zufriedenheit wird dann aus der Gesundheit der Gehirne, aus der Befriedigung der aus einem gesunden Gehirn stammenden Bedürfnisse zur Wahrheit werden. Um diese Kultur der Zukunft nicht erstehen zu lassen, sind genug hemmende Faktoren an der Arbeit. Einer dieser Faktoren, die wir heute schon auszuschalten imstande sind, wenn wir nur wollen, ist der Alkohol. Er ist das letzte Attribut der Philisterhaftigkeit und des Banausentums. Wenn wir die neue Welt wollen, so werden wir sie mit neuen Menschen erfüllen müssen. *Nicht neue Ziele setzt uns die Abstinenz, aber sie gibt uns für unsere alten Ziele eine scharfe, wirksame, neue Waffe. Es ist an uns, diese Waffe zu gebrauchen. Tun wir es!* (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Es liegt folgender Antrag von *Muchitsch* und Genossen vor:

Der Parteitag erblickt im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampfesfähigkeit der Arbeiterklasse, einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen der Sozialdemokratie — die daraus erwachsenden Schäden zu beseitigen, darf kein Mittel unbenützt bleiben.

Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die ökonomische Hebung des Proletariats sein; eine notwendige Ergänzung hierzu bilden aber die Aufklärung über die Alkoholwirkung und die Erschütterung der Trinkvorurteile.

Der Parteitag empfiehlt daher allen Parteiorganisationen und Parteigenossen die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und erklärt als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften von Parteiorganisationen. Den

für die Abstinenz gewonnenen Parteigenossen ist als wirksamstes Mittel der Agitation gegen den Alkohol der Zusammenschluß in Abstinenzvereinen zu empfehlen, die ihrerseits dafür zu sorgen haben, daß ihre Mitglieder ihrer Pflicht gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation nachkommen.

Muchitsch (Graz): Ich muß zur Begründung des letzten Absatzes meiner Resolution einige Worte sagen. Es wird dort auf die Abschaffung des Trinkzwanges Gewicht gelegt. Das Referat war wohl für jeden, der nicht einen ganz bornierten Standpunkt in der Alkoholfrage einnimmt, überzeugend. Da ist es selbstverständlich, daß wir in unseren Organisationen den Trinkzwang beseitigen. Es ist eine sehr mißliche Sache, wenn bei Beratungen recht fleißig getrunken wird. Es wird dadurch viel Aufregung erzeugt, abgesehen davon, daß oft mancher nicht zu einer Versammlung kommt und als Ausrede wählt, daß er nicht das Geld für das Bier hat. Wenn man den Trinkzwang aufhebt, wird man auch leichter das Geld aufbringen, um ein Privatlokal zu erhalten. Es ist wohl leichter, einige Heller für den Zins als das Zehnfache für das Bier zu zahlen. Es ist auch notwendig, der Alkoholfrage sowohl in der Presse als in unseren Versammlungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es gibt eine Anzahl abstinenter Genossen, die in der Gewerkschaftsbewegung hervorragend tätig sind, die ihre abstinente Gesinnung für sich behalten und es nicht für notwendig halten, die Abstinenz zu provozieren. Die Resolution empfiehlt auch den Zusammenschluß in Abstinenzvereinen. In Deutschland hat sich das Zentralorgan der Gewerkschaften gegen die Abstinenzvereine erklärt und das damit begründet, daß die Bekämpfung des Alkoholismus auch in den bestehenden Organisationen besorgt werden könne. Aber ich glaube doch nicht, daß das richtig ist. Wir wollen kein Sektenwesen treiben, aber die Abstinenzvereine wirken doch als die Dränger, die unablässig für die Propaganda sorgen. Der Umstand, daß der Parteitag sich mit dem Alkoholismus beschäftigt, ist ja auch dem Umstande zuzuschreiben, daß wir schon seit einer Reihe von Jahren unsere Abstinenzvereine haben. Deshalb sind diese eigenen Arbeiter-Abstinenzvereine eine unbedingte Notwendigkeit, ich möchte sagen: ein notwendiges Uebel.

Es ist im Interesse des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse, dem Alkohol an den Leib zu rücken, ihn aus unseren Reihen zu bannen. Es ist kein Zweifel, daß nüchterne, klar sehende und klar lebende Männer eher als alkoholisierte imstande sein werden, den Kampf der Arbeiterklasse zu einem gedeihlichen Ende zu führen. (Beifall.)

Schloßnikel (Sternberg): Das Referat des Genossen Dr. Fröhlich war so ausgezeichnet, daß man es als Flugschrift unter den Massen unserer Genossen verbreiten sollte, damit unsere Genossen über diese Frage aufgeklärt werden. Wir im VI. mährischen Wahlkreis wissen, welche Folgen der Schnapsteufel hat. In Ostrau zum Beispiel verhindert der Schnaps jede größere Organisation. Wir alle wissen auch, wie viele tätige Genossen wir durch den Alkohol verloren haben. Aber eine andere Frage muß ich da aufwerfen. Wir wollen die Abstinenz propagieren. Aber was sollen wir mit unseren Arbeiterheimen machen, die zum großen Teil auf dem Konsum von Bier und Wein beruhen? Mancher gute Abstinent ist sehr niedergeschlagen, wenn er am Ende des Monats erfährt, daß im Arbeiterheim einmal weniger Bier vertilgt wurde als sonst. (Heiterkeit.) Das mag vielleicht auch der Grund sein, warum mancher Genosse seine abstinente Ueberzeugung für sich behält, wie Genosse Muchitsch sagt.

Abgeordneter **Daszynski:** Wir brauchen eine Kundgebung, die markant genug ist, jede Gemeinschaft mit den bürgerlichen Abstinenzlern und Wasserfanatikern abzuweisen, und ich bin dem Referenten dankbar, daß er das so präzise festgestellt hat. Wir hören schon jetzt ein Stück Zukunft, wenn wir den Arbeitern den Alkohol sozusagen verekeln. Wir tun damit dem proletarischen Klassenkampf keinen Abbruch. Das beweist schon die Tatsache, daß die Antialkoholbewegung, die so viele vernünftige Köpfe in Oesterreich ergriffen hat, sie nicht von der Sozialdemokratie weg, sondern näher zur Sozialdemokratie

gebracht hat. Wer es ernst nimmt mit dem Kampfe gegen den Alkohol, der muß unumstößlich zur Sozialdemokratie kommen. Auch der Vorwurf, daß die Antialkoholbewegung das Parteibewußtsein trüben könne, ist durch die vielen kämpfenden sozialdemokratischen Abstinenten, die weit entfernt davon sind, harmlose Wasserfanatiker zu sein, widerlegt. Es ist eine auf unzählige Erfahrungen gestützte Tatsache, daß der Alkohol vielfach der Feind des Klassenkampfes ist. Der erste Gegner, der uns unter den Arbeitern entgegentritt, ist der Alkoholismus. Genosse Arbeitel konnte Ihnen erzählen, daß die Organisation in Bielitz an die 20.000 Weber nur deshalb nicht herankommen kann, weil sie dem Alkohol solche furchtbare Opfer bringen. Und so ist es auch in Ostrau, so in vielen anderen Orten.

Die Gegner der Abstinenzbewegung haben eine gefährliche Waffe gegen uns, nicht dadurch, daß sie gegen uns sprechen, sondern weil der Trinkzwang ihnen hilft. Ich möchte da auf Strömungen in der Partei, die jetzt doch schon immer schwächer werden, auf die spöttischen, hämischen Bemerkungen, denen jeder Abstinent ausgesetzt war, hinweisen. Das hat sich doch schon ziemlich zum Besseren gewendet. Schloßnikel hat uns den quasitragischen Konflikt zwischen den Arbeiterheimen und der Mäßigkeitsbewegung vorgeführt. Wir leben eben in keiner vollkommenen Welt und da sind solche Konflikte schwer zu vermeiden. Aber ich möchte wünschen, daß wir in jeder Stadt ein solches Arbeiterheim und einen solchen tragischen Konflikt haben. (Heiterkeit.) Ich glaube, Dr. Fröhlich fühlt sich hier in diesem Arbeiterheim, in dem auch ein solcher Konflikt besteht, doch nicht unbehaglich. Denn die Abstinenzler haben gerade durch das Arbeiterheim ein Feld für ihre ersprießliche Tätigkeit erhalten und ich glaube, wenn ich schon prophezeien darf, die Zeit ist nicht mehr fern, wo nicht das Bier und auch nicht das Wasser, sondern die proletarische Organisation aus ihrer Kraft allein das Arbeiterheim erhalten wird. (Beifall.) Die Tragik der edlen Wasserfanatiker, die in den Arbeiterheimen die Hände ringen, weil zu wenig Bier konsumiert wird, nehme ich nicht gar so ernst. Der Biergenuß ist eine traurige Vorbedingung für die Arbeiterheime; aber die Marschroute, die klar vor uns liegt, ist: die Befreiung vom Bier und seinen Schädlichkeiten. Die Sozialdemokratie hat die große Aufgabe, dem Volke für den Alkohol einen würdigen Ersatz zu liefern, und das kann sie nur, wenn sie die Belustigungen des Volkes veredelt. (Beifall.)

Rautenkranz und **Spera** beantragen Schluß der Debatte.

Der Antrag, gegen den sich **Weixelberger** ausspricht, wird angenommen.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung erhält das Wort

Dr. Adler: Ich habe gegen Schloßnikel zu bemerken: Es ist nicht richtig, daß Arbeiterheime, die vernünftig geführt werden, den Alkoholismus befördern; es ist nicht richtig, daß sie den Trinkzwang befördern, sondern sie heben den Trinkzwang auf. Nicht überall, wo Arbeiterheime gebaut werden, sind auch die Vorbedingungen dafür vorhanden und es gibt gewiß solche Unternehmungen, die besser unterblieben wären. Aber wo die Vorbedingungen bestehen, geben gerade die Arbeiterheime die Möglichkeit, Lokale für unsere Organisationen zu schaffen, wo man bei den Sitzungen nicht immer Alkohol vertilgen muß. Es ist wahr, daß wir aus dem Alkoholkonsum einen Teil unserer Zinsen zu zahlen haben. Aber ich wünsche mir gar nichts weiter, als daß Dr. Fröhlich alle Arbeiter zu Abstinenten macht. Dann werden wir uns sofort ein zweites Arbeiterheim gründen. (Heiterkeit und Beifall.)

Das Schlußwort hat

Dr. Fröhlich: Ich möchte noch einmal ausdrücklich darauf verweisen, daß, wenn Sie wollen, und Sie wollen es anscheinend, nachdem gegen das, was ich gesagt habe, kein Widerspruch erhoben wurde, daß das Wort nicht nur Wort bleibe, sondern daß es zur Tat werde, Sie auch selbst mitarbeiten müssen. Auch die Befreiung vom Alkohol kann nur das Werk der arbeitenden Klasse selbst sein. Es nützt nichts, wenn die Wissenschaft auch tausendmal all das feststellt, was ich Ihnen gesagt habe, wenn dabei doch weiter getrunken wird. Will man die Schäden des Alkoholismus beseitigen, muß man dort

anfangen, wo man am besten anfangen kann, bei sich selbst. Das ist es, was ich jedem von Ihnen noch besonders auf das Gehirn binden möchte. (Heiterkeit.) Ich unterstreiche nochmals, um jeden Zweifel auszuschließen, was ich vorhin gesagt habe: die bürgerliche Mäßigkeitsbewegung war ein Mittel, um der Arbeiterschaft ihre Kampfmittel zu verwässern, ein Mittel zur Verschleierung der Klassengegensätze, die proletarische Abstinenzbewegung ist ein Mittel, um die Klassengegensätze scharf herauszuarbeiten. Der Fortschritt unserer Bewegung beruht einzig und allein auf dem Klassenkampf, die Abstinenz ist ein wirksames Mittel dieses Kampfes, da sie die Kampffähigkeit des Proletariats erhöht, die Schlagfertigkeit steigert, die Widerstandsfähigkeit vermehrt! Einen Beweis, daß auch die Praxis des Kampfes davon Gebrauch machte, erbrachten die Belgier. Wir haben gelesen, daß beim belgischen Generalstreik die Parole ausgegeben war: Keinen Alkohol! Wir wollen die Alkoholfreiheit aber doch nicht erst im Moment der Schlacht, sondern wir wollen sie auch, um die Schlacht vorzubereiten. Damit aber müssen wir sofort beginnen. Eine Vertagung der Frage ist unmöglich. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt nun die Abstimmung.

Ein Antrag Arbeitel, in der von Muchitsch beantragten Resolution statt „Abschaffung des Trinkzwanges" dessen „Beschränkung" zu verlangen, wird abgelehnt und die Resolution sodann angenommen.

Nun werden die Wahlen in die Reichsparteikontrolle vorgenommen. Auf Vorschlag Pölzers werden Seitz, Steiner und Amalie Seidel gewählt.

Vorsitzender: Nun schreiten wir zum letzten Punkt der Tagesordnung: **Anträge und Anfragen.**

Das Referat hat übernommen

Skaret: Es liegt ein Antrag des II. Wiener Wahlkreises vor, der eine Abänderung des Artikels IV unserer allgemeinen Organisationsbestimmungen verlangt:

An Stelle des Absatzes „IV. Allgemeine Bestimmungen" der Gesamtorganisationsbestimmungen der Sozialdemokratie Oesterreichs haben folgende Sätze zu treten: „Die Organisation und Agitation für alle öffentlichen Wahlen (Reichsrat, Landtag, Gemeinderat, Steuerkommission 2c.) werden in allen sprachlich gemischten Wahlbezirken nicht von den einzelnen sprachlichen Gruppen gesondert, sondern von allen in den betreffenden Wahlbezirken organisierten Sozialdemokraten ohne Rücksicht auf die sprachliche Zugehörigkeit gemeinschaftlich und einheitlich durchgeführt.

In allen gemischtsprachigen Gebieten sind die Vertretungskörper der einzelnen sprachlichen Gruppen der Partei (Landes-, Wahlkreis-, Bezirks- und Lokalausschüsse) verpflichtet, zu allen ihren Sitzungen die Vertreter der anderen in dem betreffenden Gebiete vorhandenen sprachlichen Parteigruppen einzuladen.

Die Verbindung der einzelnen Parteigruppen untereinander muß durch gegenseitige Delegierung fortwährend aufrecht erhalten werden, weil nur noch diese Art von Zusammenfassung aller Parteikräfte für die Durchsetzung solcher Forderungen, die für die Proletarier aller Zungen gleich dringlich sind, möglich ist."

Wir haben uns nun mit den tschechischen Genossen dahin geeinigt, Ihnen statt dessen folgenden Antrag Skaret-Němec zu unterbreiten:

Der Parteitag beschließt: Da der Antrag des II. Wiener Wahlkreises im wesentlichen dasselbe besagt wie der Absatz IV der allgemeinen Bestimmungen der Gesamtorganisation, wird folgender Antrag gestellt: „Angesichts der Tatsache, daß die Vorschriften dieser Bestimmungen, wodurch die gemeinsame, einheitliche Parteiarbeit mehrerer nationaler Organisationen in demselben Gebiet gewährleistet werden soll, in manchen Wahlkreisen und Orten in bedauerlicher Weise vernachlässigt werden, insbesondere auch die nötige Fühlung zwischen den Vertretungen der nationalen Bezirksorganisationen vielfach nicht ausreichend hergestellt ist, hält es der Partei-

tag für nötig, diese Bestimmungen IV unserer Gesamtorganisation nochmals in Erinnerung zu rufen und der gewissenhaftesten Beachtung zu empfehlen. Diese Bestimmungen lauten: IV. Allgemeine Bestimmungen. In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.

Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen." — Damit erscheint der Antrag des II. Wiener Wahlkreises als erledigt.

Diesen Antrag empfehlen wir Ihnen zur Annahme. Ich betone nochmals, wir haben uns geeinigt und es liegt hier keine Aenderung des Organisationsstatuts, sondern nur eine Erinnerung an die Pflichten, die uns erwachsen, vor.

Antrag Skaret-Němec wird angenommen. Hierdurch entfällt der Antrag des II. Wiener Wahlkreises.

Nun kommen wir zum Antrag Hueber:

In den Bestimmungen über das Delegationsrecht der Industriegruppen ist von: „Den organisierten" bis: „einzuräumen" zu eliminieren und an deren Stelle: „Fachblättern ist je ein Delegierter zum Parteitag einzuräumen" zu setzen.

Dazu ist ein weiterer Antrag Skaret eingebracht:

In Ergänzung des bestehenden Organisationsstatuts für die Gesamtpartei wird beantragt:

An Stelle des Delegationsrechtes für die Industriegruppen ist zu setzen:

„Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen."

Antrag Skaret wird angenommen, damit entfällt Antrag Hueber.

Wir kommen nun zum Antrag Abram-Bretschneider:

Der Gesamtparteitag empfiehlt der Gesamtexekutive, auf die Tagesordnung des nächsten Gesamtparteitages den Punkt: „Die Landtage und die Sozialdemokratie" zu stellen.

Ich beantrage die Zuweisung an die Gesamtexekutive. (Angenommen.)

Wir kommen nun zum Antrag Pölzer:

Da der am Wimberger-Parteitag (1901) angenommene Beschluß, einen gemeinverständlichen Kommentar zum Parteiprogramm herauszugeben, bis jetzt jedoch nicht durchgeführt wurde, beschließt der Parteitag, die Gesamtexekutive zu beauftragen, denselben in kürzester Zeit durchzuführen um diesen für die politische Agitation und Schulung unserer Parteigenossen und -Genossinnen so wichtigen Behelf fertigzustellen.

Wir haben bereits im Herbst den Beschluß gefaßt, Genossen Adler mit der Abfassung dieser Broschüre zu beauftragen. Adler hat leider bisher die Zeit dazu infolge seiner Ueberbürdung nicht gefunden. Ich glaube, daß der Parteitag den Wunsch aussprechen soll, daß Adler in kürzester Zeit diese Arbeit verfaßt.

Antrag Pölzer angenommen.

Noch ein Antrag der Mandatprüfungskommission liegt vor:

Bestimmungen für die Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag. Gleich nach der Einberufung des Reichsparteitages haben die Wahl-

kreisausschüsse die Vorbereitungen zur Wahl der Delegierten zu treffen. Diese bestehen:

1. In der Aufforderung an die Lokalorganisation, die Wahlen vorzunehmen.

2. In der Ernennung des Kandidaten.

Der Vertrauensmann der Lokalorganisation beruft die die Pflichten zur Partei erfüllenden Genossen zu einer Organisationsversammlung, gibt ihnen den Zweck der Versammlung bekannt und wenn die Kandidaten vom Wahlkreisausschuß aufgestellt sind, hat er ihnen auch die Namen derselben mitzuteilen. Die Wahl geschieht schriftlich und geheim. Der Vertrauensmann verfaßt den Bericht über die Wahl und sendet ihn, nachdem er vom Vorsitzenden oder Schriftführer unterschrieben wurde, an den Wahlkreisausschuß.

Vierzehn Tage vor dem Parteitag schließt der Wahlkreisausschuß die Zählungsliste.

Genossen, die die meisten Stimmen aus dem Wahlkreise erhalten haben, sind als gewählt zu betrachten und ist ihnen ein Mandat, zu dem ein Blankett von jedem nationalen Sekretariat vorzubereiten ist, auszustellen.

In dem Mandat ist das Stimmenverhältnis anzugeben und ist dasselbe vom Wahlkreisobmann und zwei Mitgliedern des Wahlkreisausschusses zu unterschreiben.

Das ist eine Art Geschäftsordnung zur Vornahme der Wahl für die Delegation zum Parteitag. Ich bitte Sie, diesen Antrag der Gesamtexekutive zuzuweisen. Sie hat ihn dann den nationalen Exekutiven zuzuweisen.

Wird der Exekutive zugewiesen.

Den Antrag Deutsch:

> Der Parteitag erkennt die eminente Wichtigkeit der Jugendorganisation, als im Interesse der physischen und geistigen Entwicklung des Proletariats gelegen, an und macht es den Parteigenossen zur Pflicht, diese nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse kräftigst zu unterstützen

bitte ich Sie, nicht nur anzunehmen, sondern auch aufs kräftigste zu unterstützen. Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft. (Beifall.)

Gröbner (Wien): Da die Jugendlichen hier keinen Vertreter haben, so möchte ich hier auf diesen Antrag besonders aufmerksam machen. Namentlich einen Wunsch haben die Jugendlichen am Herzen. In neuerer Zeit werden nämlich ihre Versammlungen mit Vorliebe von Gegnern gesprengt. Es ist daher unsere Pflicht, die Versammlungen der Jugendlichen zu besuchen und zu schützen. (Beifall.)

Antrag Deutsch wird angenommen.

Skaret: Genosse Behr (Krumau) hat einen Antrag über den Terminhandel eingebracht:

> Der Parteitag möge eine Resolution beschließen, in der die Stellung der Partei zu den sogenannten Differenzgeschäften und zum Getreideterminhandel an der Börse klargelegt wird.

Ich bitte, diesen Antrag, der eine eingehende Erörterung verlangt, an die Gesamtexekutive zu leiten.

Angenommen.

Dann liegt uns noch eine Resolution Daszynski-Gumplowicz vor, die wir selbstverständlich annehmen:

> In Anbetracht, daß die Weltmachtstellung des absolutistischen Zarentums die politische und soziale Entwicklung ganz Europas im reaktionären Sinne beeinflußt und eines der schlimmsten Hindernisse für den Vormarsch des Sozialismus darstellt;
>
> in Anbetracht, daß das Zarentum in Rußland, Polen, Ukraina, Finnland und allen anderen seiner Herrschaft unterworfenen Ländern jeden Kulturfortschritt hemmt, jede Freiheit des Wortes und des Gedankens unterdrückt, insbesondere aber die Vorkämpfer des Sozialismus mit bestialischer Grausamkeit verfolgt und jede Regung des zum Klassenkampf erwachenden Proletariats mittelst wohlüberlegter Massenmorde in Strömen Blutes zu ersticken sucht,

spricht der Parteitag den Sozialisten Italiens wegen ihres kraftvollen Auftretens anläßlich des projektierten Zarenbesuches in Italien aus vollem Herzen Dank und Anerkennung aus und beglückwünscht sie zu dem schönen Erfolg, den über und über vom Arbeiterblut triefenden Despoten von ihrem Lande ferngehalten zu haben.

Angenommen.

Dann ein Antrag Witzk-Misiolek:

Der Parteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich, abgehalten zu Wien im Jahre 1903, spricht für die leichtfertige und verbrecherische Provozierung der blutigen Vorgänge von Stanislau den herrschenden Kreisen seine tiefste Entrüstung aus.

Die herrschenden Kreise, die jene räuberische jüdisch-klerikal-christlich-soziale Clique protegierten, welche die Stanislauer Krankenkasse in Händen hatte und systematisch bestahl — sie tragen die volle Verantwortung für das vergossene Blut und die gefallenen Menschenopfer.

Der Parteitag spricht den Arbeitern von Stanislau, die gegen eine ebenso brutale wie korrupte Gewaltherrschaft in unerschrockener Weise ankämpfen und die Krankenkasse unter den allerschwierigsten Verhältnissen erobert haben, seine Sympathie und Anerkennung aus.

Angenommen.

Weiter ein Antrag des Genossen Dr. Czech, der vorschlägt, daß wir in Brünn den nächsten internationalen Parteitag, und ein Antrag des Genossen Johanis (Prag), den Parteitag in Prag abzuhalten. Ich bitte Sie, die Wahl der Gesamtexekutive zu überlassen und die Anträge ihr zuzuweisen. (Geschieht.)

Leibfried (Dornbirn): Ich möchte an die Parteivertretung noch die Frage richten, ob man nicht eine Flugschrift über den 1. Mai zu ganz billigem Preis herausgeben könnte, damit auch in der Provinz die Agitation erleichtert wird.

Skaret: Die Exekutive wird sich mit dieser Frage befassen.

Damit sind die Verhandlungen beendet.

Vaněk (Prag): Ich spreche gewiß im Sinne aller auswärtigen Delegierten, wenn ich den Wiener Genossen für ihre Gastfreundschaft, mit der sie uns den Aufenthalt hier so angenehm gemacht haben, den Dank der auswärtigen Delegierten ausspreche und gleichzeitig dem Präsidium für seine Umsicht, die unsere Arbeit so gefördert hat, den Dank ausspreche.

Hueber: Wir müssen auch den Tschechen dankbar anerkennen, daß sie die Arbeit uns mehr noch als an früheren Parteitagen erleichtert haben. Wir danken ihnen für ihr Entgegenkommen.

Daszynski: Ich glaube, wir haben noch eine Pflicht hier zu erfüllen. Wir haben das erstemal eine Probe mit dem neuen Präsidium gemacht und sie haben die Probe glorreich bestanden. Es ist ein schweres Stück Arbeit, das das Präsidium sehr taktvoll erledigt hat. Wir bringen ihm den wärmsten Dank entgegen.

Vorsitzender **Tomschik:** Ich glaube, die Genossen nehmen das zur Kenntnis. (Heiterkeit.) Es hat mancher geglaubt, dieser Parteitag werde keine dringende Arbeit verrichten. Nun hat es sich gezeigt, wie viel Dringendes wir zu besprechen hatten, so daß wir unsere Debatten durch Schlußanträge beenden mußten. Solche Debatten, das dürfen wir ruhig sagen, können nur die Sozialdemokraten führen, und wir stehen am Schluß vollkommen einig da. Beim nächsten Parteitag kommen wir gestärkt wieder zusammen. Ich schließe hiermit den Parteitag mit einem Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie. (Stürmische Hoch- und Nazdar-Rufe.)

Die deutschen Delegierten singen das Lied der Arbeit, in das auch Tschechen und Polen einstimmen. Hierauf singen Polen und Tschechen „Die rote Fahne“. Stehend hört der Kongreß die packenden Klänge dieses Liedes an.

Zuschriften und Telegramme.

An den Parteitag langten von nachstehenden Organisationen, Instituten und Genossen Begrüßungsschreiben, Zuschriften oder Telegramme ein: Internationales sozialdemokratisches Bureau, Brüssel; Genossen in Ragusa; Genosse Friedrich Leßner, London; Comité der revolutionären ukrainischen Partei; Lokalorganisation Bischofteinitz; Lokalorganisation Klattau; Redaktion des „Pravo Lidu“; Lokalorganisation Villach; Schneiderfachverein Kolomea; Lokalorganisation Znaim; Hutarbeiter Budapest; Genossen in Heidenreichstein; Schneiderverein in Lemberg; Genossen aus Knin (Dalmatien); Volksversammlung Tarnow; Sozialistische Jugend in Lemberg; Bezirksorganisation Lilienfeld; Genossen in Freiberg; Organisierte Holzarbeiter aus Spalato; Redaktion des „Socialista“, Spalato; Parteivertretung von Dalmatien; Genossen aus Spalato; Schuhmacherorganisation Spalato; Bauarbeiter Spalato; Kleinbauern aus Spalato; Politische Organisation Spalato; Steinarbeiterorganisation Spalato; Organisation von Nimburg; Arbeiter-Bildungsverein „Brüderlichkeit“ in Lemberg; Organisation von Strakonitz; Jugendliche in Brünn; Schormann (Budapest); Arbeiter-Bildungsverein „Wahrheit“ in Budapest; Handlungsgehilfen in Kolomea; Organisierte Talleswerber Kolomea; Organisierte Arbeiter Kolomea; „Jihočeský Dělník“, Budweis; Genossen in Tarnopol, Gaya, Horn; Genossen aus Zürich, Dornbach, Pilsen, Sebenico, Laibach; Buchdruckereihilfsarbeiter Böhmens; Genossen in Mödling, Saaz, Spital; Redaktion „Naprzód“, Krakau; Genossen in Pola, Czernowitz, Krems; Verband der Tonarbeiter, Deutscher Arbeiter-Abstinentenverein; Zwittau, Pola, Leibnitz und Krakau (Genossen).

Sprechregister.

Adler, Dr. Viktor 108, 109, 120, 121, 129, 133, 176, 178, 197.
Austerlitz Fritz 90, 133, 160.
Beer Rudolf 99.
Behr 128.
Bretschneider Ludwig August 73.
Brodecký Wilhelm 119, 172.
Bukšeg Wilhelm 75.
Czech, Dr. Ludwig 120.
Daszynski Ignaz 100, 160, 196, 201.
Diamand, Dr. Hermann 109.
Doležel Ignaz 127.
Dorbić Girolamo 80.
Duda Adolf 187.
Elderſch Matthias 166, 175.
Ellenbogen, Dr. Wilhelm 74, 114, 121, 153.
Emmerling Georg 179, 188.
Fieth Ferdinand 98, 173.
Fröhlich, Dr. Richard 189, 197.
Grigorovici Georg 158.
Gröbner Johann 200.
Großmann Max 75.
Habermann Gustav 126.
Hannich Josef 82.
Hornof Jindřich 173.
Hueber Anton 98, 109, 112, 186, 201.
Johanis Václav 131, 172.
Kamper Anton 175.
Kovač Josef 100, 172.
Kořinek Karl 79.
Kristan Etbin 156, 175.
Leibfried Hermann 129, 201.
Monetti Karoline 173.
Morgenstern, Dr. Ludwig 127.
Muchitsch Vinzenz 196.
Němec Anton 74, 80, 155.
Nießner Wilhelm 118.
Novak Marie 187.
Pernerstorfer Engelbert 98, 115.
Pölzer Johann 73.
Prähauser Jakob 98, 129.
Prokeš Johann 131.
Resel Hans 159.
Reumann Jakob 79, 155.
Roušar Josef 183, 189.
Schlesinger Therese 127, 133.
Schloßnikel Hieronymus 81, 117, 185, 196.
Schrammel Anton 129.
Schuhmeier Franz 87.
Seidel Amalie 185.
Seliger Josef 79, 97.
Sindermann Karl 74.
Skaret Ferdinand 76, 81, 98, 129, 133, 198.
Soukup, Dr. František 117.
Špera Alois M. 126.
Stark, Dr. Hugo 151.
Steiner Josef 178.
Tomschik Josef 73, 201.
Tusar Vlastimil 87, 186.
Vaněk Karel 97, 122, 132, 173, 201.
Weirelberger Anton 119.
Wengels Robert 74.
Winarsky Leopold 73, 85, 105, 152.
Zápotocký Ladislaus 119.

Präsenzliste

zum Gesamtparteitag der österr. Sozialdemokratie in Wien.

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Abram Simon	Innsbruck	I. u. II. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Adler Viktor, Dr.	Wien	Gesamtexekutive (deutsch)
Arbeitel Moritz	Bielitz	II. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Aster Jaroslav	Karbitz	VI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Aust Ludvik	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Austerlitz Fritz	Wien	Referent
Bečvař Vaclav	Wien	V. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Beer Heinrich	Wien	Gesamtexekutive (deutsch)
Beer Josef	Schwechat	Mühlenarbeiter (deutsch)
Beer Rudolf	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Behr Anton	Krumau	XVI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Biňovec František	Kralup	VII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Boschek Anna	Wien	Gesamtparteivertretung (deutsch)
Braun Josef	Chrudim	XI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Bretschneider Ludwig	Wien	VII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Brodecký Wilhelm	Prag	Gruppe der Eisenbahner (tschechisch)
Cobal Michael	Sagor	Wahlkreis Krain und IV. steirischen Wahlkreis (slovenisch)
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Daszynski Ignaz	Krakau	Wahlkreis Krakau, Mitglied d. Gesamtparteivertr., R.-A. (polnisch)
David Anton	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Dědek Eduard	Wischau	IV. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Diamand Herm., Dr.	Lemberg	Wahlkreise Lemberg und Tarnopol (polnisch)
Dojáček Josef	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Doležel Ignaz	Wien	II. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Domes Franz	Wien	Industriegr. d. Metallarb. (deutsch)
Dorbić Girolamo	Spalato	Wahlkreise Dalmatiens (kroatisch)
Duda Adolf	Pottendorf	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Eich Wilhelm	Villach	Wahlkreis Kärnten (deutsch)
Eldersch Matthias	Brünn	I. schles. Wahlkreis, R.-A. (deutsch)
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Gesamtparteivertr., R.-A. (deutsch)
Emmerling Georg	Wien	Referent
Fieth Ferdinand	Staab	III. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Fröhlich Richard, Dr.	Wien	Referent
Gerdinitsch Ferdinand	St. Pölten	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Gumplowicz Lad., Dr.	Krakau	Neu-Sandezer Wahlkreis (polnisch)
Grab Viktor	Lemberg	Lemberger Wahlkreis (polnisch)
Grigorovici Georg	Wien	II. Bukowinaer Wahlkreis (deutsch)
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Gröger Florian	Falkenau	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Groß Johann	Wien	Industriegr. der Holzarb. (deutsch)
Grüll Josef	Wien	Gruppe der Eisenbahner (deutsch)
Habermann Gustav	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hackenberg Theodor	Gmünd	VII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Haecker Emil	Krakau	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Halik Vladimir	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsratsabgeordneter (deutsch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Hornof Jindřich	Karlin	Industriegr. d. Metallarb. (tschech.)
Hořejší Antonín	Tabor	XV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskom. Oesterr. (deutsch)
Jachimowycz Wolod.	Wien	Wahlkreis Stryj (ruthenisch)
Jarmer Ignaz	Mähr.-Trübau	VII. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Jarosewycz Rom., Dr.	Wien	Gesamtparteivertretung (ruthen.)
Jobst Sophie	Graz	I. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Johanis Václav	Prag	I. böhm. Wahlkreis und Schuhmacher (tschechisch)
Kamper Anton	Mitterdorf	II. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Klička Hynek	Birkenberg	XVII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Koch Marie	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Kolešík Martin	Göding	III. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Kopač Josef	Triest	Wahlkreis Triest u. Görz (slovenisch)
Kořínek Karl	Wien	Gesamtparteivertretung (tschech.)
Krátký Jaroslav	Prag	Industriegr. d. Holzarb. (tschechisch)
Kristan Etbin	Wien	Gesamtparteivertretung (sloven.)
Kubálek Karel	Wien	III. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Landau Helena	Wien	Wahlkreis Stanislau (polnisch)
Lazzarini Giuseppe	Albona	Wahlkreis Istrien (italienisch)
Leibfried Hermann	Dornbirn	Wahlkreis Vorarlberg (deutsch)
Máchová Karla	Prag	I., II., VII. und XIV. böhmischen Wahlkreis (tschechisch)
Maier Anna	Sternberg	VI. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Mantel Josef, Dr.	Przemysl	Wahlkreis Przemysl (polnisch)
Meleň Theophil	Lemberg	Wahlkreis Stryj (ruthenisch)
Mišiolek Leon	Krakau	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Monetti Karoline	Marburg	III. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Morgenstern Lud., Dr.	Mähr.-Schönberg	VII. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Muchitsch Vinzenz	Graz	I. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Nazaruk Josef	Buczacz	Wahlkreis Stanislau (ruthenisch)
Nelson Franz	Wr.-Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Němec Anton	Prag	tschech. Parteivertretung (tschech.)
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Novak Marie	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Nový František	Prag-Wrschowitz	XIV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Pasiczuyk Michael	Tarnopol	Wahlkreis Tarnopol (ruthenisch)
Perker Wilhelm	Wien	Wahlkreis Tarnopol (polnisch)
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Gesamtparteivertr., R.-A. (deutsch)
Piscel Antonio	Rovereto	III. Tiroler Wahlkreis (italienisch)
Pittoni Valentino	Triest	Wahlkreis Triest (italienisch)
Pölzer Johann	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Polke Emil	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Popp Adelheid	Wien	Frauenreichscomité
Prähauser Jakob	Salzburg	Salzburger Wahlkreis (deutsch)
Prokeš Jan	Mähr.-Ostrau	VI. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Puh Friedrich	Hangsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Rautenkranz Franz	Smichov	I. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Reitzner Adolf	Bodenbach	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Resel Hans	Graz	I. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Reumann Jakob	Wien	Kontrolle (deutsch)
Richter Paul Richard	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Rieger Eduard	Wien	Reichsratsabgeordneter (deutsch)
Roušar Josef	Prag	tschechosl. Gewerkschaftskommission
Schäfer Anton	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schlesinger Therese	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Schloßnikel Hieronym.	Sternberg	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Schorr Samuel, Dr.	Kolomea	Wahlkreis Kolomea (polnisch)
Schrammel Anton	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Schrammel Marie	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis (deutsch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Schuhmeier Franz	Wien	Gesamtparteivertr., R. A. (deutsch)
Schweichhart Josef	Steinschönau	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Šéha František	Proßnitz	V. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Seidel Amalie	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Seitz Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter (deutsch)
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Silberer Franz	Wien	Bäckerarbeiter (deutsch)
Skaret Ferdinand	Wien	Gesamtparteivertretung (deutsch)
Smitek František	Humpolec	XIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Soukup Františ., Dr.	Prag	tschechoslavische Parteiexekutive
Spera Alois M.	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Spielmann Julius	Linz	Oberösterreich (deutsch)
Sponer Marie	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Stark Hugo, Dr.	Karlsbad	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Statter Felix	Krakau	Wahlkreis Przemysl (polnisch)
Steiner Josef	Wien	I. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Suchanek Johann	Wien	Industriegr. d. Drechsler (deutsch)
Světlik Vinzenz	Wien	V. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Teska Josef	Prag	tschechoslavische Parteiexekutive
Terakowski Ludw.	Wien	Wahlkreis Jaroslau (polnisch)
Tomschik Josef	Wien	Gesamtparteivertretung (deutsch)
Tuller Ludwig	Leoben	II. steirischen Wahlkreis (deutsch)
Tusar Vlastimil	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Vaněk Karel	Prag	tschechoslavische Parteiexekutive
Volkert Karl	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Weinfeld Leon	Lemberg	Wahlkreis Stryj (polnisch)
Weixelberger Anton	Fürstenfeld	III. steir. Wahlkreis (deutsch)
Weselý Josef	Nimburg	X. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Weska Josef	Wien	III. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Widholz Laurenz	Wien	Gesamtparteivertretung (deutsch)
Winarsky Leopold	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wityk Semen	Lemberg	Wahlkreis Lemberg (ruthenisch)
Wolf Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wolfik Josef	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Zápotocký Ladislaus	Žižkov	XIV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)

Gäste:

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:

Robert Wengels (Berlin).
Karl Sindermann (Dresden).
Ottilie Baader (Berlin).

Für die Sozialdemokratie Ungarns:

Max Großmann (Budapest).
Ernst Garami (Budapest).

Für Kroatien und Slavonien:

Wilhelm Bukšeg (Agram).

Ergebnis der Abstimmungen

über die dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 60. — Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmungen.)

Angenommene Anträge:

2 (Ergänzung der Tagesordnung durch Punkt: Konsumvereine). **4** (Antrag Muchitsch als Resolution über Alkoholfrage, Seite 198). **5** (Antrag Deutsch betreffs Unterstützung der Organisation jugendlicher Arbeiter, Seite 200). **8** (Antrag Dorbić, Protest gegen die Verhältnisse in Dalmation, Seite 82). **9** (Antrag Schloßnikel, Anfügung der Wahlkreisberichte an den Bericht des Reichssekretariats, Seite 82). **9a** (Absolutorium für die Parteivertretung, Seite 82). **11** (Vertrauensvotum der Fraktion, Seite 121). **12** (Militarismus ist auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu stellen, Seite 121). **14** (Resolution zur Wahlrechtsbewegung, Seite 133). **16** (Antrag Skaret, die Beschlüsse der Frauenkonferenz zur Kenntnis zu nehmen). **17** und **18** (Resolution über Dualismus und Zusatzantrag Grigorovici, Seite 105 und 106). **19** (Resolution zu Sozialpolitik, Seite 176). **22** (Forderung der Vorlage des Gesetzentwurfes über Alters- und Invaliditätsversicherung, Seite 176). **23** (Antrag Silberer wegen des Ersatzruhetages der Bäcker, Seite 176). **24** (Antrag Kopač auf Auflösung der Betriebskrankenkassen, Seite 176). **25** (Antrag Kristan auf Urgierung des sozialdemokratischen Eisenbahnerantrages, Seite 176). **26** (Antrag Vaněk auf Urgierung der Invaliditäts- und Altersversicherungsvorlage, Seite 176). **27** (Resolution betreffs Beschickung des Internationalen Kongresses, Seite 179). **28** (Resolution über Konsumvereinswesen, Seite 189). **29** (Antrag Hueber, betreffs Arbeitsbedingungen der Konsumvereinsangestellten, Seite 189). **31** (Zusatzantrag Koušar, die Durchführung der Bestimmungen über Konsumvereine den nationalen Kongressen zu überlassen). **34** (Antrag Skaret-Němec auf Einhaltung des Absatzes IV des Organisationsstatuts, Seite 199). **36** (Antrag Skaret, Delegationsrecht der Partei- und Gewerkschaftsblätter). **38** (Antrag Pölzer, Fertigstellung des Programmkommentars, Seite 199). **40** (Resolution Daszynski gegen den Zarismus, Seite 201). **41** (Resolution Wityk, wegen Stanislau, Seite 201).

Durch Annahme anderer Anträge erledigt:

1 (Konsumverein auf die Tagesordnung zu setzen). **21** (Antrag Ellenbogen durch Annahme des Antrages 32, Seite 176). **33** (Antrag des II. Wiener Wahlkreises, durch Annahme des Antrages 34, Seite 199). **35** (Antrag der Gewerkschaftskommission wegen der Beschickung des Parteitages, durch Annahme des Antrages 36, Seite 199).

Der Parteivertretung überwiesene Anträge:

6 (Antrag Behr wegen des Terminhandels mit Getreide, Seite 200). **15** (Antrag Doležel auf Einführung einer Wahlrechtskampfrubrik in den Blättern, Seite 133). **37** (Antrag Winarsky betreffs Tagesordnung des nächsten Parteitages, Seite 199). **39** (Antrag der Mandatprüfungskommission betreffs Wahl der Delegierten, Seite 200). **42** und **43** (Anträge Dr. Czech und Johanis über den Ort des nächsten Parteitages, Seite 201).

Der Fraktion zugewiesene Anträge:

10 (Antrag des III. Wiener Wahlkreises, Seite 121). **20** (Antrag Weixelberger-Monetti wegen Wohnungsinspektion).

Vom Parteitag zur Kenntnis genommen:

13 (Kundgebung der Frauenkonferenz und der anderen Beschlüsse derselben, Seite 133).

Zurückgezogene Anträge:

7 (Antrag Schweichhart, Seite 82). **30** (Antrag Pittoni, Seite 189).

Abgelehnte Anträge:

3 (zur Tagesordnung, in der Vorbesprechung). **32** (Abänderungsantrag Arbeitel zur Resolution Muchitsch, Seite 198).

Sachregister.

Seite
Absolutorium. Erteilung für die Parteivertretung . . . 82
Achtstundentag für die Eisenbahnarbeiter . . . 44
Agitation . . . 20
Alters- und Invaliditätsversicherung . . . 13
Petitionssturm wegen der Alters- und Invaliditätsversicherung . . . 13, 31, 77
Alkoholfrage und Arbeiterklasse . . . 189—198
Annahme der Resolution über Alkoholfrage . . . 198
Debatte über die Alkoholfrage . . . 196—198
Referat über die Alkoholfrage . . . 189—195
Resolution über die Alkoholfrage . . . 195
Anträge der Fraktion im Parlament . . . 59
Anträge zum Parteitag . . . 60
Anträge zum Punkte „Arbeiterklasse und Alkoholfrage" . . . 60, 68
Anträge zum Punkte „Bericht der Gesamtparteivertretung" . . . 61
Anträge zum Punkte „Bericht über die parlamentarische Tätigkeit" . . . 61
Anträge zum Punkte „Dualismus und die Sozialdemokratie" . . . 63
Anträge zum Punkte „Internationaler Kongreß" . . . 67
Anträge zum Punkte „Konsumvereinsbewegung" . . . 67
Anträge zum Punkte „Sozialpolitik in Oesterreich" . . . 65
Anträge zum Punkte X . . . 61, 68
Anträge zum Punkte „Wahlrechtsbewegung" . . . 62
Anträge zur Tagesordnung . . . 60
Antrag der Mandatprüfungskommission . . . 70
Arbeiterausstellung in Prag . . . 25
Arbeiterheim in Favoriten, Einbruch daselbst . . . 13
Dringlichkeitsantrag wegen des Einbruches im Arbeiterheim . . . 55
Arbeiterinnen-Zeitung . . . 39
Arbeiterpartei, Deutschnationale . . . 17, 76
Christlichsoziale . . . 17, 76
Arbeiterschutz . . . 44
für landwirtschaftliche Arbeiter . . . 48
Ausbau der Arbeiterversicherung und Antrag im Parlament . . . 59
Ausgleich mit Ungarn . . . 43
Ausgleichsausschuß . . . 56
Ausgleich und Zölle . . . 51
Ausschüssen. Arbeit in den parlamentarischen . . . 54
Auswanderung aus dem Trentino . . . 34
Autonomie der Nationen . . . 11
Autonomiestreit in Triest und die Sozialdemokratie . . . 34
Begrüßungsreden . . . 73
Bergbau. Neunstundentag im . . . 45, 83
Bergbauinspektion. Antrag im Parlament wegen . . . 59
Bergbaulohnzahlungen. Antrag im Parlament wegen . . . 59
Bericht der deutschen Exekutive . . . 17
der tschecho-slavischen Exekutive . . . 23
der polnischen Exekutive . . . 28
der ruthenischen Exekutive . . . 31
der italienischen Exekutive in Triest . . . 32
der italienischen Exekutive im Trentino . . . 34
der südslavischen Exekutive . . . 37
der Fraktion . . . 40
Debatte darüber . . . 85—96 und 98—121
des Frauenreichscomités . . . 39
der Gesamtparteivertretung . . . 11
Debatte darüber . . . 76—82
der Kontrolle . . . 79
Berufsgenossenschaften in der Landwirtschaft . . . 48
Boryslaw. Dringlichkeitsantrag wegen . . . 55
Branntweinsteuervorlage . . . 40
Brotsteuer in Südtirol, Kampf dagegen . . . 37
Brüsseler Konvention . . . 84

Seite
Budget nach § 14 . . . 42
Budgetausschuß . . . 55
Budgetberatung . . . 45, 82
Dalmatinische Verhältnisse . . . 33, 38
  Annahme eines Protestes dagegen . . . 82
„Dělnické Listy" . . . 23
Demissionskomödie des Ministeriums Koerber . . . 42
Disziplinargesetz für Lehrer . . . 56
Domokos Lajos . . . 33
Dringlichkeitsanträge der Fraktion im Parlament . . . 53
Drofenik . . . 39
Dualismus und die Sozialdemokratie, Referat . . . 133—150
  Debatte darüber . . . 151—164
  Annahme der Resolution . . . 166
Eisenbahnausschuß . . . 56
Eisenbahnerangelegenheiten . . . 44
Ergebnis der Abstimmungen . . . 205
Fabrikswohnungen . . . 54
Fahrkartensteuer . . . 41, 49, 54, 83
Flugblätter . . . 20
Frauenkonferenz-Fragebogen . . . 29
Frauenorganisation . . . 14, 26, 78
Galgoczy . . . 30, 46
Galizien, Arbeitermorde . . . 13
Gemeindewahlen . . . 19, 25, 28, 33
Generalstreik in Triest . . . 32, 38
Gesamtorganisation . . . 3
  Gesamtparteitag . . . 3
  Gesamtparteivertretung . . . 3
Geschäftsordnung des Parlaments . . . 52
  des Parteitages . . . 10
Gewerbeausschuß . . . 54
Gewerbegerichtswahlen . . . 25, 31
Gewerbeordnung . . . 41, 47
Gewerkschaftskongresse . . . 21, 26
Gewerkschaftsorganisation . . . 14, 27
Haftpflicht der Eisenbahner . . . 56
Handelsverträge . . . 51
Handelsvertrag mit Serbien . . . 56
Handlungsgehilfendienstverhältnisse (Antrag) . . . 59
Haubitzen . . . 83
Häuserorganisation . . . 20
Hausiergesetz . . . 41, 47
Immunitätsausschuß . . . 58
Indirektes Wahlrecht . . . 18
Industrialisierung Galiziens . . . 28
Ingenieurtitel . . . 48
Interpellationen der Abgeordneten . . . 59
Investitionen . . . 40
Jugendliche Arbeiter . . . 14, 20, 26, 76
Justizausschuß . . . 56
Kassenbericht . . . 16, 79
Klerikalismus, Aktion des „Právo Lidu" gegen den . . . 24
  Kampf gegen den . . . 14
Koalitionsrecht, Koerbers Attentat auf das . . . 14
Kolportageverbot, Antrag auf . . . 59
Kongreß, Internationaler, Debatte . . . 178
  Referat . . . 176—178
  Resolution . . . 178
  Annahme der Resolution . . . 179
Konsumentenorganisation . . . 14
Konsumvereinsbewegung, Debatte . . . 185—189
  Korreferat . . . 183—185
  Referat . . . 179—183
  Resolution . . . 183
  Annahme der Resolution . . . 189

Seite
Kontrolle . . . 4
Krainische Verhältnisse . . . 38
Landarbeiterstreik in Galizien . . . 39
Landtagswahlen . . . 13
Albona . . . 31
Böhmen . . . 25
Favoriten . . . 19
Floridsdorf . . . 19
Galizien . . . 28
Kärnten . . . 18
Niederösterreich . . . 19
Oberösterreich . . . 19
Salzburg . . . 18
Tirol . . . 36
Vorarlberg . . . 18
Landtagswahlrecht . . . 14
Legitimationsausschuß . . . 54
Lemberger Bauarbeiterstreik . . . 55
Listen, schwarze, über Agitatoren . . . 17
Loyalitätsklausel . . . 57
Mandatprüfungskommission, Bericht der . . . 47
Debatte . . . 97—98
Wahl . . . 73
Maifeier . . . 21, 27
Massenpetitionen . . . 53
Mattachich-Affaire . . . 45
Mautgebühren, Aufhebung der . . . 41
Militarismus . . . 45
Debatte . . . 85
Militärlasten, ihre Erhöhung . . . 13
Militärstrafprozeßreform . . . 46
Minoritätsschulen . . . 23
Mittelstandspolitik . . . 13
Monasterzec . . . 29
„Naprzód" und seine Verfolgungen . . . 30
Nationalitätenprogramm . . . 8
Neunstundentag im Bergbau . . . 45
Notstandsausschuß . . . 54
Parteien Südtirols . . . 34
Parteipresse . . . 21
tschechische . . . 27
italienische . . . 33, 34
ruthenische . . . 32
slovenische . . . 38
Parteiprogramm . . . 5
Parteisteuer, Einhebung der . . . 19, 31
Parteitag, Aussig . . . 21
der italienischen Partei . . . 33
Prag . . . 26
der ruthenischen Partei . . . 31
Ort des nächsten . . . 201
Pensionsgesetz für Privatbeamte . . . 54
Personaleinkommensteuererhöhung von 20.000 Kr. aufwärts . . . 54
Personalsteuergesetz, Antrag auf Aenderung . . . 59
Popp Julius . . . 20
Präsenzliste . . . 203—205
„Pravo Lidu" . . . 23
Preßausschuß . . . 58
Preßreform . . . 13
Privilegienparlament, Kampf um seine Zerstörung . . . 12
Reichskrise . . . 12
Rekrutengesetz . . . 42
Rentenkonversion . . . 50
Resolution zur Alkoholfrage . . . 60
Annahme . . . 197
gegen den Zarismus . . . 70

Seite
Annahme . . . 201
über Dualismus . . . 63
Annahme . . . 166
Internationaler Kongreß . . . 67
Annahme . . . 179
Konsumvereinsbewegung . . . 67
Annahme . . . 189
über Sozialpolitik . . . 65
Annahme . . . 176
gegen die Vorfälle in Stanislau . . . 79
Annahme . . . 201
Wahlrechtsbewegung . . . 62
Annahme . . . 133
Ruthenen. Agitation unter ihnen . . . 31
Schlußrede des Vorsitzenden . . . 201
Selbständigkeit Galiziens . . . 29
Sonntagsruhe . . . 47
Ersatzruhetag der Bäcker . . . 47
Sozialpolitik des Ministeriums Koerber . . . 77
in Oesterreich, Debatte . . . 172–176
Referat . . . 166–170
Resolution . . . 169
Annahme der Resolution . . . 176
Sozialpolitischer Ausschuß . . . 54
Sprechregister . . . 206
Stanislau, Vorgänge in . . . 201
Steuerausschuß . . . 204
Tagesordnung des Parteitages . . . 9
Telegramme . . . 202
Terminhandel . . . 48
Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion . . . 43
Triest. Generalstreik . . . 13
Ucekar Carlo . . . 33
Unfallversicherungsanstalt, Wahlen . . . 28
Unterrichtsausschuß . . . 56
Verfassungsänderung . . . 59
Verfolgungen, Politische . . . 22, 33, 37, 78
Versammlungen . . . 27
Verstaatlichung der Eisenbahnen . . . 56
Verteuerung der Lebensmittel durch die Zölle . . . 58
Vertrauensvotum für Fraktion, Annahme . . . 121
Volksuniversitätskurse . . . 33
Volkswirtschaftlicher Ausschuß . . . 56
Vorbesprechung . . . 72
Wahlrecht, Allgemeines . . . 53, 84
Wahlrechtskampf . . . 76
Wahlrechtsbewegung, Referat . . . 122–125
Debatte . . . 126–133
Resolution . . . 133
Annahme . . . 133
Wasserstraßen . . . 44
Wasserstraßeninspektorat . . . 45
Zeleznikar F. . . . 39
Zollausschuß . . . 57
Zölle. Kampf gegen die Wucherzölle . . . 13
auf Kolonialwaren . . . 57
Zolltarif . . . 43
Zuckerfrage . . . 49
Zuckerkontingentierung . . . 42
Zuschriften und Telegramme . . . 202

Protokoll über die Verhandlungen
der
Zweiten Konferenz der sozialdemokratischen Frauen in Oesterreich

abgehalten am Sonntag den 8. November 1903 im kleinen Saale des Arbeiterheim in Wien.

Bei zahlreicher Beteiligung auch von seiten der Gäste wird die Konferenz von Genossin Popp um 9 Uhr vormittags eröffnet.

Genossin **Popp:** Im Namen des sozialdemokratischen Frauenreichscomites heiße ich Sie herzlichst willkommen. Es ist überflüssig, Ihnen auseinanderzusetzen, von welcher Wichtigkeit diese Konferenz ist. Daß die Genossen und Genossinnen selbst von der Notwendigkeit der Konferenz durchdrungen sind, geht daraus hervor, daß die Delegierung so zahlreich ist. Es sind 19 Delegierte aus der Provinz anwesend, außerdem Delegierte von 30 Wiener Organisationen. (Beifall.) Zur Konferenz sind ferner Vertreter der sozialdemokratischen Parteivertretung, der Gewerkschaftskommission und der Landesparteivertretung erschienen. Wir freuen uns, daß unsere Vorschläge überall so viel Zustimmung gefunden haben, und wir heißen Sie alle hier herzlich willkommen.

Genossin **Pölzer:** Ich begrüße Sie namens der organisierten Arbeiterinnen des X. Bezirkes. Es gereicht uns zur besonderen Freude, Sie in unserem Heim begrüßen zu können, und wir wünschen Ihren Beratungen, die dem Proletariat zum Nutzen gereichen sollen, den besten Erfolg.

Genosse **Dietl:** Sie befinden sich hier im Hause, das sich die Arbeiter des X. Bezirkes selbst erbaut haben, das sie aus eigener Kraft geschaffen haben, um ungestört unsere Beratungen pflegen zu können. Im Namen der Bezirksorganisation wünsche ich Ihnen, daß Sie sich in unserem Heim wohl fühlen, wie Sie sich in Ihrem eigenen Heim fühlen; wir wünschen, daß die heutige Konferenz dazu beitrage, daß die Frauenorganisation sich ausbreite und Schulter an Schulter mit den Männern Erfolge erziele.

Auf Vorschlag der Genossin Boschek werden die Genossinnen Lippa, Seidel (Wien) und Schrammel (Aussig) als Vorsitzende, Minna Krasa (Wien) und Jobst (Graz) als Schriftführerinnen ins Präsidium gewählt.

Genossin **Lippa** dankt für das Vertrauen und begrüßt die Genossinnen Baader aus Deutschland und Galambos aus Ungarn (Beifall), sowie den Reichstagsabgeordneten Sindermann aus Sachsen. (Beifall.)

Genossin **Baader:** Im Namen der Genossinnen Deutschlands will ich der Freude Ausdruck geben, Ihren Beratungen beiwohnen zu können. Ich glaube wohl, daß die Arbeit, die Sie leisten werden, dazu beitragen wird, die Arbeiterinnenbewegung Oesterreichs zu fördern, und daß auch die Arbeiterinnenbewegung Deutschlands daraus manche Anregung wird schöpfen können. So will ich Ihnen wünschen, daß Ihre Konferenz recht segensreich für unsere Gesamtpartei wirken möge. (Beifall.)

Genossin **Galambos** begrüßt in ungarischer Sprache die Konferenz im Namen der ungarischen Sozialdemokratie. Sie schließt mit einem Eljen auf die Sozialdemokratie.

Genosse **Sindermann:** Wir Sozialdemokraten Deutschlands haben ein großes Interesse an Ihren Verhandlungen. Denn Ihre Verhandlungen sind auch unsere Verhandlungen, Ihre Beschlüsse sind mitbestimmend auch für uns. Wenn wir sehen, wie man bei den Bürgerlichen den Frauen schöne Lieder singt, aber ihnen nicht die mindesten politischen Rechte einräumen will, muß man betonen: Es ist mehr als je notwendig, daß sich die Frauen im Rahmen der Sozialdemokratie zusammenschließen und Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen. Das ist doch klar, daß eine große Partei, die die Zukunft erobern, die ganze Welt erobern will, es nur kann, wenn die Frauen mithelfen. Es ist unmöglich, die Frauen politisch untätig zu erhalten, ja es ist unsere höchste Aufgabe, die Frauen an die Sozialdemokratie zu fesseln. Nur wenn wir das erreichen, wird es möglich sein, den Tag zu erreichen, an dem die Hungernden Brot und die Geknechteten die Freiheit erhalten. (Beifall.)

Die von den Einberuferinnen vorgeschlagene Geschäftsordnung wird genehmigt.

In die Mandatprüfungskommission, die zugleich als Wahlcomité fungieren soll, werden die Genossinnen Prakesch und Pölzer (Wien) und Sponer (Reichenberg) gewählt.

Boschek: Ich bin mit meinem Rechenschaftsbericht über die Geschäftsgebarung rasch fertig. Es blieben uns von der Frauenkonferenz (1898) her Kr. 433·86, an Beiträgen von den Organisationen nahmen wir ein Kr. 1053·44, vom Gründungsfest der „Arbeiterinnen-Zeitung" verblieben Kr. 182·62, als Nachtrag vom Jahre 1898 Kr. 3·80, die Summe der Einnahmen Kr. 1673·72. Dem stehen gegenüber an Ausgaben für die Provinzagitation (Versammlungen und Konferenz) Kr. 756·23, für Wiener Versammlungen haben wir Kr. 302·22 ausgegeben, für Drucksorten Kr. 128·70, an Festausgaben Kr. 173·57, Postwertzeichen Kr. 105·—, Diverse Kr. 49·04, mithin als Summe der Ausgaben Kr. 1514·76. Es verbleibt daher ein Saldo von Kr. 158·96.

Prakesch: Im Namen der Kontrollkommission berichte ich Ihnen, daß wir die Revision ordnungsgemäß vorgenommen und alles in Ordnung befunden haben. Ich empfehle Ihnen die Erteilung des Absolutoriums.

Vorsitzende: Ich bringe den Vorschlag zur Abstimmung. Die Konferenz erteilt das Absolutorium. Ich erteile nun der Referentin Genossin Boschek zum ersten Punkt der Tagesordnung: **Organisation,** das Wort.

Genossin **Boschek** (Wien): Werte Genossinnen! Wir werden heute bei der Frauenkonferenz keine Vorschläge bringen, die die bestehenden Beschlüsse der Gesamtorganisation, der gewerkschaftlichen und politischen, in irgend einer Form tangieren. Vielmehr wollen wir Mittel und Wege suchen, wo wir den Bestimmungen der Gesamtorganisation leichter zur Durchführung verhelfen. Wir haben in Oesterreich in der Gesamtorganisation keine so leichte Arbeit wie anderswo, neben der Rückständigkeit der Massen erschweren uns auch noch die sprachlichen Schwierigkeiten die Arbeit. Trotzdem müssen wir sagen, seit den zehn Jahren des ersten Gewerkschaftskongresses haben die Organisationen große Fortschritte gemacht, obwohl inzwischen zwei schwere wirtschaftliche Krisen zu überwinden waren. Schon bei der ersten Frauenkonferenz haben wir festgestellt, daß wir nicht mit separatistischen Vorschlägen kommen, wir wollten schon damals nur den Beschlüssen der Gesamtorganisation zum Durchbruch verhelfen. Wir kennen die Gründe, warum die Organisation der Frauen schwerer als die der Männer zu schaffen ist. Es müssen innerhalb der Gesamtorganisation spezielle Formen gefunden werden, um die Frauen leichter gewinnen zu können. Damit ist nicht gesagt, daß wir eine spezielle Frauenorganisation wollen. Wir wollen nur ein Hilfsorgan der Gesamtorganisation sein. In diesem Sinne haben wir während dieser fünf Jahre

gearbeitet. In erster Linie war der Beschluß entscheidend, der sich auf die Gründung von Frauensektionen in den Organisationen bezieht. Er war nicht leicht durchzuführen. Wir sind aber heute noch der Ansicht, daß die Gründung von Frauensektionen in den Berufsorganisationen notwendig ist. Wenn sie in manchen Organisationen nicht den richtigen Erfolg gezeigt haben, so hat oftmals die nötige Unterstützung von seiten der Genossen gefehlt. In den Branchenorganisationen sind Männer und Frauen gleich notwendig. Deshalb glauben wir, um die Frauen an die organisatorische Arbeit zu gewöhnen, müssen sie als Vertrauenspersonen in Fabriken und Werkstätten herangezogen werden. Es müssen die Frauen mit dem Leben und Wesen der Organisation vertraut gemacht werden, damit wir uns tüchtige, geschulte Funktionäre heranziehen. Jene Organisationen, die das heute schon getan haben, haben heute schon die ersehnten Erfolge. In sehr kurzer Zeit ist es möglich gewesen, Frauen in dieser Weise auszubilden. Seit zwei Jahren haben wir zum Beispiel eine junge Organisation, die nur aus Frauen besteht, die Tabakarbeiterinnenorganisation. Sie wird fast ausschließlich von Frauen geführt und gerade im letzten Jahre hat diese Organisation sich wunderbar verstärkt. Voriges Jahr zum Beispiel waren in Linz 13 Tabakarbeiterinnen organisiert, heute sind es mehr als vierhundert. (Bravo!) Ebenso ist es in Niederösterreich, in Tirol, in Sternberg, in Neutitschein, in Klagenfurt. In letzterem Orte waren früher nur einige Männer organisiert, heute zählt dort die Organisation über 600 weibliche Mitglieder. Ebenso ist's in Zwittau. Der Erfolg ist überall ein schöner und die Genossinnen führen die Organisationen ganz im Sinne der Gewerkschaftsbeschlüsse. Unser II. Wiener Wahlkreis hat den Beweis gegeben, daß die politische Frauenorganisation blühen kann, wenn die Männer sie fördern. Die Frauen unterstützen dort die Männer bei allen politischen Aktionen. In allen Sektionen hat der Wahlkreis weibliche Vertrauensmitglieder. Die Frauenorganisation hat hier einen Stand von über 400 Mitgliedern. (Rufe: Mehr!) In der freien Organisation! Wenn wir einen Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung werfen, so müssen wir sagen, wenn auch die Ziffern keine allzu hohen sind, so ist doch kein Grund zum Verzweifeln da. Er lehrt uns, weiter zu arbeiten, der Erfolg muß und wird sich einstellen! Waren es im Jahre 1892 2016 organisierte Frauen, so waren's 1902 — es fehlen in dieser Ziffer noch mindestens 1000 später hinzugekommene — 5888 weibliche Mitglieder der Gewerkschaften. Also über 3500 sind in zehn Jahren zugewachsen. Dazu kamen 1902 noch 370 Mitglieder aus den allgemeinen Gewerkschaftsvereinen und 2700 aus den Arbeiter-Bildungsvereinen, mithin 8958 organisierte Frauen gegen 155.530 männliche organisierte. Wir haben also jetzt zirka 11.000 organisierte Frauen in Oesterreich. Da die Gewerkschaften in Oesterreich sozialdemokratisch sind, sind es 11.000 Sozialdemokratinnen.

Wir dürfen uns damit aber nicht einlullen. Gerade in Oesterreich könnte noch mehr auf dem gewerkschaftlichen Gebiete geschehen, und der letzte österreichische Gewerkschaftskongreß hat auch zahlreiche Beschlüsse gefaßt, die, wie wir glauben, diesen Erfolg haben werden. Die Genossen haben gelernt, daß mit den niederen Beiträgen keine Organisation geschaffen werden kann, weil die Organisation damit nichts leisten könne, also für die Mitglieder wertlos ist. Es hat sich auch gezeigt, daß die Organisationen, die das Unterstützungswesen zuerst ausbauten, dadurch nicht nur an Mitgliedern zunahmen, sondern auch in den gewerkschaftlichen Kämpfen mehr Erfolge erringen konnten. Selbstverständlich müssen wir dafür sein, daß da auch für die weiblichen Mitglieder Unterstützungen eingeführt werden. Die Reiseunterstützung ist ja eine schöne Sache, aber für die Frauen kommt sie nicht in Betracht. Aehnlich ist es auch mit der Arbeitslosenunterstützung, die doch nicht denselben Wert für die Frauen hat wie für die Männer. Gerade die Frauen fragen sich, ehe sie zur Gewerkschaft beitreten, ob sie auch einen Vorteil davon haben. Ich kann da von den Erfahrungen bei der Organisation der Näherinnen, der ich vorstand, erzählen. Wir hatten ursprünglich mit Rücksicht auf die schlechten Löhne einen Wochenbeitrag von sechs Kreuzern festgesetzt, womit wir natürlich den Mitgliedern nicht viel bieten konnten. Wir

konnten es trotz der eifrigsten Organisation auf nicht mehr als 200 Mitglieder bringen. Als wir im vorigen Jahre die Umwandlung dieser Organisation in eine Organisation der Heimarbeiterinnen vornahmen und da Unterstützungen einführten, führten wir aus Angst, daß uns sonst zahlreiche Mitglieder abfallen könnten, drei Klassen ein, die niedrigste mit sechs Kreuzern, natürlich ohne Unterstützung, eine mit acht Kreuzern mit Entbindungskostenbeitrag und eine mit zehn Kreuzern mit Entbindungskostenbeitrag, Krankengeldzuschuß, Leichenkostenbeitrag, Unterstützung für Notfälle und die „Arbeiterinnen-Zeitung". Wir haben gleich am Anfang gesehen, daß von den sechzig Mitgliedern, die sich für die niedrigste Klasse meldeten, nur eines oder zwei darin blieben. Das hat uns bewiesen, daß es nicht wahr ist, daß die Arbeiterinnen nur durch niedrige Beiträge für die Organisation gewonnen werden können. Die Gewerkschaften müssen also auch diese Unterstützungen für die Frauen einführen, wenn sie die Frauen für die Organisation gewinnen wollen.

Ehemals war es ein Streit, ob man die Frauen gewerkschaftlich oder politisch organisieren soll. Jetzt ist der Streit wohl überwunden. Die Frauen müssen gewerkschaftlich organisiert werden, soweit sie Berufen angehören, soweit sie in der Fabrik, in der Werkstätte stehen. Da dürfen wir selbstverständlich keine separate Frauenorganisation haben, weil die Kräfte sonst ganz zersplittert würden. Aber wie jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter auch der Partei gegenüber seine Pflicht erfüllen muß, so muß es auch jede Arbeiterin. Wenn die Frauen politisch indifferent sind, so ist das für die Partei von Schaden, auch deshalb, weil dadurch die Männer von der politischen Organisation ferngehalten werden. Deshalb empfehlen wir auch in der von uns vorgeschlagenen Resolution, daß die politischen Organisationen die Frauen zu allen ihren Aktionen beiziehen. Es muß aber festgestellt werden, daß heute bei den Genossen das Interesse für die Organisation tatsächlich bereits größer geworden ist. Davon zeugt, daß heute bei den politischen Kongressen wie auch bei den Gewerkschaftskongressen bereits viele Frauen als Delegierte anwesend sind. Es geht vorwärts, und es liegt nur an uns, das, was wir geschaffen, weiter auszubauen. Auch in der Provinz sehen die Genossen allmählich ein, daß die Frauencomités deshalb wichtig sind, weil sie die Arbeiten, die durch weibliche Agitatoren besser gemacht werden können, selbst übernehmen. Das haben auch diejenigen als notwendig anerkannt, die früher gegen die besondere Frauenorganisation waren. Da wir nicht wissen, wann wieder eine Frauenkonferenz stattfinden kann, so mußten wir die Bestimmung treffen, daß die Wiener Plenarversammlung Ergänzungswahlen vornehmen soll. Was die Frage der Mittel betrifft, mit denen die Frauenorganisation besorgt werden soll, so geht es nicht an, daß wir eigene Beiträge einheben. Die Frauen sollen die gewerkschaftlichen und politischen Beiträge zahlen wie die Männer, wie kann man da von ihnen verlangen, daß sie noch eigene Beiträge für die Frauenorganisation zahlen? Es geht auch nicht an, daß wir von Fall zu Fall von den Organisationen uns die Mittel beisteuern lassen. Die Gesamtorganisation ist verpflichtet, aus ihren Mitteln uns eine ständige Subvention zu geben. Wir müssen allerdings auch da feststellen, daß uns bisher keinerlei Forderungen, die wir an die Parteivertretung oder an die Landesvertretung stellten, abgewiesen wurden. Aber wir müssen doch über ständige Mittel verfügen. In den Provinzen werden die Frauencomités von den dortigen Gesamtorganisationen die Mittel für ihre speziellen Ausgaben verlangen müssen. Obwohl im Bericht der tschechischen Parteivertretung an den Parteitag vor separaten Frauencomités gewarnt wird, kann ich Ihnen sagen, daß, wenn auch vielleicht manchmal kein Erfolg damit erzielt wurde, das kein Grund sein darf, eine im ganzen gut wirkende Einrichtung aufzugeben. Die Frauencomités sollen nichts sein als die von der politischen Organisation des Ortes eingesetzten Comités, die die Agitation unter den Frauen besorgen in Fühlung mit der Gesamtorganisation. Wenn wir wirklich die Organisation fördern, so wird man uns auch als vollwertige Genossen anerkennen müssen. Ich will zum Schluß nur anführen, daß selbst-

verständlich alle diese Beschlüsse nur in Uebereinstimmung mit der Gesamtorganisation durchgeführt werden können. (Beifall.)

Die Rednerin empfiehlt folgende

Organisationsbestimmungen für das sozialdemokratische Frauenreichscomité Oesterreichs.

1. Zur Förderung der Agitations- und Organisationsarbeiten für die politische und gewerkschaftliche Organisation wählt die Konferenz ein Comité von drei Personen.

2. Zur Ergänzung dieses Comités werden in einer Wiener Plenarversammlung der Frauen noch drei Personen gewählt.

3. Die Wiener Plenarversammlung der Frauen hat das Recht, Ergänzungswahlen für das auf der Konferenz eingesetzte Comité direkt vorzunehmen.

4. Die Kontrolle besteht aus zwei Personen und wird ebenfalls in der Wiener Plenarversammlung der Frauen gewählt. Die Kontrolle hat im Frauenreichscomité Sitz und Stimme.

5. Die Plenarversammlung der Frauen ist zusammengesetzt aus Delegierten jener Wiener Organisationen, die weibliche Mitglieder haben. Jede dieser Organisationen hat das Recht, bis zu hundert Mitgliedern zwei Delegierte, über hundert drei Delegierte zu entsenden.

6. Das Frauenreichscomité hat alle zwei Monate eine Plenarversammlung einzuberufen und zu dieser die Parteivertretung, die Gewerkschaftskommission und die niederösterreichische Landesparteivertretung einzuladen.

7. Reichskonferenzen sind nur im Einverständnis mit der Parteivertretung, der Gewerkschaftskommission und der niederösterreichischen Landesparteivertretung über Beschluß der Plenarversammlung der Frauen einzuberufen.

8. Die Mittel zur Bestreitung der gewöhnlichen Ausgaben für Korrespondenz und Verwaltung werden durch ständige Subventionen, um welche das Frauenreichscomité an die Parteivertretung, die Gewerkschaftskommission und die niederösterreichische Landesparteivertretung heranzutreten hat, sowie durch freiwillige Spenden von Organisationen aufgebracht.

9. Für spezielle größere Agitationstouren, die von Parteiinstituten, Organisationen oder Orten vom Frauenreichscomité verlangt werden, sind die Kosten hierfür von den Veranstaltern selbst zu tragen.

10. Um die Verbindung mit der Provinz aufrecht zu erhalten, hat das Frauenreichscomité in der Provinz Korrespondentinnen heranzuziehen. In größeren Provinzorten sollen Frauenagitationscomités eingesetzt werden, welche mit dem Frauenreichscomité direkt in Verbindung stehen. Die Wahlen der Provinz-Frauenagitationscomités werden in einer Versammlung, wo alle am Ort befindlichen Organisationen vertreten sind, vorgenommen.

Ferner empfiehlt die Frauenreichskonferenz den Beschluß der ersten Frauenkonferenz betreffs der Gründung von Frauensektionen in den bestehenden Organisationen aufs wärmste zur Durchführung.

Ferner empfiehlt die Rednerin folgende **Resolution**:

Um gleichzeitig die gewerkschaftliche und politische Erziehung und Organisation der Frauen zu fördern, empfiehlt die zweite österreichische Frauenkonferenz:

Die Berufsorganisationen mögen für ihre weiblichen Mitglieder Krankenzuschüsse und Entbindungskostenbeiträge einführen. Die politischen Organisationen mögen zu all ihren Besprechungen Frauen heranziehen, um sich für alle ihre Aktionen sowie für die Wahlarbeit der Hilfe der Frauen zu versichern und den Indifferentismus der weiblichen Arbeiterbevölkerung allerorts durch wirtschaftliche, politische Aufklärung zu bekämpfen und so die weiblichen Klassengenossinnen zu Mitkämpfern zu erziehen.

Es folgt nun die **Debatte**.

Janski (Wien): Was ist oft die Ursache der schlechten Frauenorganisation? Der qualifizierte Arbeiter sieht auf die unqualifizierte Arbeiterin oft sehr verächtlich herab und doch sind beide Geknechtete und Ausgebeutete. Es hat den Anschein, als ob hier zwischen denen und uns ein Klassengegensatz sich geltend machte. Oft wird die unqualifizierte Arbeiterin herabgewürdigt und über die Achsel angesehen. Wir in unserer Branche, die Buchdrucker, haben eine Reihe Unterstützungszweige eingeführt. Unsere Mitglieder, die Hilfsarbeiterinnen in der Buchdruckerei, hofften, als Organisierte besser behandelt zu werden! (Beifall.)

Jobst (Graz): Im Tätigkeitsbericht wird erwähnt, daß die Bewegung in Westböhmen zurückgegangen ist. Ja, wenn die Männerbewegung zurückgeht, geht eben auch die Frauenbewegung nicht vorwärts. Ich bin seit kurzem in Graz und sage Ihnen: Auf die Frauen wirkt es riesig, wenn Krankenzuschuß, Notstandsbeitrag, Leichenkostenbeitrag von der Organisation zugestanden wird. Diese Zweige könnten uns nützen. Mehr nützen, als wenn eine Rednerin der Provinz auf die Religion schimpft. Ich war sehr erstaunt, daß das Organisationsstatut erst in der gestrigen „Arbeiterinnen-Zeitung“ erschienen ist. Das hätte schon früher veröffentlicht werden sollen. (Rufe: Sehr richtig!) Wir in der Provinz hatten das besprechen wollen; ich muß das Comité schon ein bissel anrempeln.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Auch ich muß das Frauencomité ein wenig stupfen. (Heiterkeit.) Es hätte in der „Arbeiterinnen-Zeitung“ auch das alte Statut veröffentlicht werden sollen, damit man es vergleichen kann. Vor allem aber hat es mich sehr gefreut, daß die Genossin Boschek immer wieder betont hat, daß wir keine separatistische Bewegung wollen. Man glaubt in der Provinz oft, wir wollen allein wirtschaften. Dadurch, daß hier laut betont wird: „Wir wollen nichts als Mitarbeiterinnen sein“, wird das Mißtrauen doch ein wenig kleiner werden. Wir haben in Mährisch-Schönberg ein Frauencomité; das hing aber in der Luft. Arbeiten wir mit den anderen Organisationen Hand in Hand, so wird uns die Arbeit sehr erleichtert. In Nordmähren haben wir noch eine Erfahrung gemacht. Dort hat die Union der Textilarbeiter Vertrauensleute, die von Haus zu Haus gehen und die Beiträge einkassieren. Dadurch vermeiden wir die Rückstände der Beiträge, die, wenn sie anwachsen, oft zum Austritt der Mitglieder führen. Ich empfehle Ihnen dieses System aufs wärmste. Durch die Entbindungsbeiträge können wir die Frauen viel leichter gewinnen. Oft ist es armen Arbeiterinnen ganz unmöglich, sich für ihre schwerste Zeit etwas zu erübrigen. Wenn die Frau von der Organisation einen Entbindungskostenbeitrag bekommt, so helfen wir den armen Frauen in ihren bittersten Stunden. Die Verbindung zwischen dem Frauenreichscomité und der Provinz ist eine sehr schlechte. In den ganzen vier Jahren, die ich draußen arbeite, haben wir nichts vom Reichscomité gehört, eine Anregung ist von ihm nie gegeben worden. Wenn der eine dort, der andere dorthin zielt, so nützt das nichts. Ich empfehle also einen immer engeren Kontakt mit der Provinz. Ich habe zwar als Mitarbeiterin der „Arbeiterinnen-Zeitung“ dann und wann von der Genossin Popp ein Wort erfahren, aber offiziell nie. (Genossin Boschek: Sie haben ja auch nicht offiziell angefragt!) Ich kann doch nicht anfragen: „Habt ihr eine Anregung?“ (Heiterkeit.) Auch mit den männlichen Vertrauenspersonen muß die Verbindung stets eine enge sein! Ich sehe, das Frauenreichscomité schreibt schon Notizen nieder, wahrscheinlich werde ich jetzt geschlachtet werden. (Heiterkeit.) Ich schließe also. (Beifall.)

Prakesch (Wien): Wie wir gehört haben, ist nur ein kleiner Teil der Frauen organisiert. Daß das so ist, ist zum größten Teil die Schuld der Männer. Wir sehen das sogar bei unserer Organisation der Tabakarbeiterinnen. Da können viele Frauen nicht in der Organisation sein, weil die Männer sagen, sie brauchen eine Frau im Haus, nicht in der Versammlung. Ich glaube, daß es die erste Pflicht jedes Genossen ist, seine Frau in die Organisation zu schicken, nicht aber, sie zu hindern.

Fuchs (Zwittau): Wir sehen, daß es ohne politische Rechte keine Besserung auch in gewerkschaftlicher Beziehung gibt. Die Arbeiterschaft erhält

den Staat, sie sollte also auch alle politischen Rechte haben. Auch wir Frauen in Zwittau mußten uns organisieren. Leider sagen die Genossen sehr oft, die Frau gehört zum Herd. Das ist nicht wahr, die Frau gehört auch in die Politik. (Beifall.)

Schittenhelm (Wien): Es ist ein Fehler, daß der Organisationsentwurf so spät veröffentlicht wurde. Er hätte genau besprochen werden müssen. Ich bin ja mit den meisten Punkten einverstanden. Nur die neue Zusammensetzung des Frauencomités mißfällt mir. Das Reichscomité wurde in der ersten Konferenz aus zwölf Mitgliedern bestehend gewählt, von denen sechs auf der Konferenz, sechs in der Plenarversammlung der Wiener Gewerkschaften gewählt wurden. Jetzt soll das Comité nur aus sechs Mitgliedern bestehen. Das hat uns die Genossin Boschek nicht begründet. Wenn man eine neue Einrichtung treffen will, so muß man sich vor allem darüber klar sein, welche Ursachen die Aenderung der bestehenden bedingen und welche Vorteile die neue zu bieten verspricht. Meiner Ansicht nach war die frühere Bestimmung besser. In der Konferenz wurden früher vornehmlich Referentinnen gewählt, die dann ihre Erfahrungen, die sie auf ihren Reisen in der Provinz sammelten, verwerten konnten. In der Plenarversammlung wieder wurden gewerkschaftlich tüchtige Genossinnen gewählt, wodurch wieder das Vertrauen der Gewerkschaften zum Frauenreichscomité erhöht wurde. Ich habe den Antrag eingebracht, daß die frühere Zusammensetzung des Frauenreichscomités beibehalten bleibe.

Was die Referentin über das Unterstützungswesen gesagt hat, kann ich nur vollständig billigen.

Monetti (Marburg): Ich schließe mich den Ausführungen der Genossinnen Jobst und Freundlich an und will dem noch beifügen, daß auch wir die Unterstützungen eingeführt haben; wir finden, daß sie tatsächlich ein passendes Mittel sind, um Indifferente zu gewinnen.

Hier muß ich jedoch erwähnen, daß wir in Marburg keine größere Frauenindustrie haben, daß die Frauen somit kein Nebeneinkommen haben, die Beiträge, die sie leisten, daher von ihren Männern gezahlt werden. Es ist daher ganz unmöglich, einen höheren Beitrag zu bekommen. Wir können die wenigsten Frauen für die Straßenorganisation gewinnen, sind daher entschieden gegen eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge.

Ich bin im Gegenteil beauftragt, eine Erniedrigung — respektive im Heimarbeiterinnenverein die Einführung einer weiteren Klasse mit niedereren Beiträgen — zu verlangen.

Galambos (Ungarn): In Ungarn ist die Organisation riesig schwer durchzuführen, namentlich bei den Frauen. Doch hat man sogar Feldarbeiterinnen zu organisieren versucht; es gibt schon eine Organisation der Feldarbeiterinnen mit mehr als 400 Mitgliedern. Auch die Klerikalen werben um die Frauen. Doch wird unentwegt fortgearbeitet.

Pick (Pilsen): Die Genossin Boschek hat erwähnt, daß die tschechischen Genossen beschlossen haben, daß die Frauen mit den Männern gemeinsam sich organisieren sollen. Früher hatten wir in Prag und Pilsen tschechische Frauencomités. Sie wurden aufgelöst. Jetzt, wo die Männer arbeiten sollen, wird viel weniger gearbeitet. Alles schläft jetzt. Solange wir Frauen unsere Bewegung in Händen hatten, herrschte ein ganz anderes Leben! Ich bitte die Konferenz, dahin zu arbeiten, den Beschluß der tschechischen Genossen zu korrigieren. Die Frauen werden sonst einfach den Klerikalen überlassen. Uebrigens wirkt die Lähmung der Frauenbewegung auch auf die Bewegung der Männer schädigend ein. In allen Bezirken müssen sich die Frauen wieder beteiligen können.

Schlesinger (Wien): Unsere Konferenz, sagte die Genossin Boschek, hat nur den Zweck, uns den Beschlüssen der Gewerkschafts- und Parteikongresse anzupassen. Wir müssen aber auch die bestehenden Lücken ausfüllen. So zum Beispiel müssen wir bedacht sein, die Frauen — trotz unseres Vereinsgesetzes — politisch zu organisieren. Dazu dienen die freie Organisation und der Bildungsverein. Genossin Boschek hat nicht erwähnt, daß es Prole-

tarierinnen gibt, die gewerkschaftlich gar nicht organisiert werden können, Frauen, die dem Haushalt obliegen. Sie unorganisiert zu lassen, rächt sich bitter, sie werden eine Beute der Christlich-Sozialen. Ist eine Frau gewerkschaftlich nicht zu organisieren, so muß sie anders organisiert werden. Nach der neuen Volkszählung vermindert sich die Zahl der erwerbenden Frauen. Um so mehr Rücksicht haben wir auf die zu nehmen, die nicht in die Gewerkschaften gehören. Selbst in den Kreisen der organisierten Arbeiter machen sich noch Kastenunterschiede (zum Beispiel zwischen Qualifizierten und Unqualifizierten) geltend. Ich verweise Sie auch auf die Ausführungen der Genossin Janski von den Buchdruckereihilfsarbeiterinnen. Wir müssen die Frauen zu Sozialdemokratinnen machen. (Beifall.)

Baader (Berlin): Wir in Deutschland arbeiten auch unter schwierigen Verhältnissen. Unser Frauencomité wurde von der Polizei aufgelöst, die Mitglieder polizeilich gestraft. Wir können also nur von einzelnen Personen die Agitation betreiben lassen. Deshalb haben wir Zentralvertrauenspersonen und in ganz Deutschland Vertrauenspersonen. Wo aufklärungsfähige Leute sind, wird eine Frau gewählt, die die Agitation zu betreiben hat. Mehr als 80 solcher Vertrauenspersonen haben wir. Unser Ziel aber ist, bloß eine Vorarbeit zu leisten und die Frauen der Partei zuzuführen. Keine besondere Bewegung! Auch wir haben seit unserer Münchener Konferenz Fortschritte gemacht, politisch und gewerkschaftlich. Die deutsche Frauenbewegung, sagte Genossin Boschek, ist prozentuell geringer — im Verhältnis zur Gesamtbewegung — als in Oesterreich. Es fragt sich nur, wie der Prozentsatz sich zur Gesamtheit der Arbeiterschaft verhält. (Ruf: Sehr richtig!) In Sachsen dürfen Männer und Frauen sich politisch zusammenschließen, im großen Preußen nicht. Wir haben nun dort den Ausweg gefunden — um die Frauen politisch auszubilden und mit dem Programm bekannt zu machen, daß wir Lese- und Diskutierabende einführten. Diese Abende, zu denen nur Geladene Zutritt haben, wirken sehr günstig und wir haben auf diese Weise Frauen so weit herangebildet, daß sie in kleinen Versammlungen Reden zu halten vermochten. Wir in Deutschland haben aber viele Orte, wo selbst kleine Versammlungen unmöglich sind, für solche Orte haben wir Flugschriften und kleine Broschüren. Für diese Flugschriften haben wir viel Geld ausgegeben. Wir lassen auch an die Vertrauensleute Zirkulare, worin eine Anleitung zur Agitation enthalten ist, aussenden. In gewerkschaftlicher Hinsicht haben wir stets den Anschluß an die Berufsorganisation empfohlen und nur zu selbständigen Werkstubensitzungen der weiblichen Mitglieder geraten. In verschiedenen Orten Deutschlands haben wir sogenannte weibliche Beschwerdekommissionen gebildet, die Uebelstände in den Werkstätten den Gewerbeinspektoren bekanntzugeben haben. Ueber die politische Agitation meine ich: Sie sollen nicht nur die mündliche Agitation, sondern auch die Flugschriften fordern. Zur Deckung der Kosten haben wir auch Listen ausgesendet. In Deutschland ist es uns auch meistens gelungen, die Männer zur Leistung heranzuziehen. Wenn wir ein paar hundert Mark brauchen, so hat der deutsche Parteivorstand uns noch nie ein Ansuchen abgeschlagen. (Rufe: Wie bei uns! — Allgemeine Heiterkeit.) Freilich muß ich sagen, wofür ich etwas verlange. Wir wollen die Frauen der Sozialdemokratie zuführen, weil wir wissen, daß die bürgerliche Gesellschaft ohne die Frauen nicht überwunden werden kann. Ohne die Frauen keine Befreiung von der heutigen Gesellschaft! Die Frau aber kann auch nur dann die richtige Mutter und Gattin sein, wenn sie des Mannes gute Mitkämpferin ist. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Adler: Wenn wir diese Konferenz mit der ersten Konferenz vergleichen, dürfen wir wohl sagen: Wir können mit den Erfolgen dieser paar Jahre zufrieden sein. Nicht daß Sie bereits alle Arbeit geleistet hätten, die zu leisten ist. Das werden Sie gewiß nicht für sich in Anspruch nehmen. Aber es ist ein ganz erkleckliches Stück Arbeit geleistet worden. Wir müssen bekennen, daß es heute in Oesterreich weder einen gewerkschaftlichen noch einen politischen Kampf gibt, wo unsere Frauen nicht in ganz beträchtlicher Zahl mit vollem Bewußtsein und, was ich besonders hervorheben muß, mit Disziplin sich in

diesen Kampf einreihen. Und es wäre undankbar, wenn ich nicht speziell hervorheben wollte, daß an allen Wahlkämpfen, die in den letzten Jahren in Wien stattgefunden haben, die Frauen sich mit aller Energie beteiligt haben. Selbstverständlich, kleine Kinder, kleine Sorgen, große Kinder, große Sorgen. Solange Sie keine rechte Organisation gehabt haben, haben Sie auch keine Organisationssorgen gehabt. Jetzt, wo Sie wachsen, finden sich die Schwierigkeiten und besonders die Schwierigkeit, Ihre Organisation in die bestehende gewerkschaftliche und politische Organisation einzuschieben. Da besteht nun die Schwierigkeit, daß Sie sich selbständig entwickeln, zugleich aber auch ein Glied der sozialdemokratischen Organisation sein sollen.

Nun muß ich wohl auch davon sprechen, was wir der Frauenorganisation leisten. Wir sind leider nicht in der Lage, auf solche Leistungen hinzuweisen wie unsere Genossen in Deutschland. Die deutschen Frauen gehen, sagt die Genossin Baader, wenn sie ein paar hundert Mark brauchen, zum Vorstand und der gibt das Geld. Das haben Sie sich sehr gut eingerichtet. (Heiterkeit.) Aber an den Vorbedingungen dafür haben auch die Genossinnen in Deutschland mitwirken müssen. In einem Punkte sind die Genossen in Deutschland nicht um ein Haar weiter als wir. Sie können auch nicht hergeben, was sie nicht haben. (Heiterkeit.) Nur darum sind sie in der Lage, mehr herzugeben als wir, weil sie früher mehr empfangen haben. Wenn Sie also wünschen, daß der Parteivorstand Ihnen mehr leiste als Sympathie und eine gelegentliche kleine Hilfe, dann werden Sie gut tun, mit uns dafür zu sorgen, daß wir mehr haben.

Es ist auch eine Pauschalanklage gegen die Genossen erhoben worden, daß sie ihre Frauen hindern, in der Organisation tätig zu sein, anstatt sie selbst dazu zu veranlassen. Diese Anklage ist durchaus berechtigt, darüber ist gar kein Zweifel. Für die Frau, die den Mann in seiner Parteitätigkeit hindert, ist nicht sie verantwortlich, sondern der Mann selbst. Ich weiß, daß Sie den Gedanken nicht aufkommen lassen wollen, daß der Mann etwas vor der Frau voraus hat. (Heiterkeit.) Aber ich stehe auf dem Standpunkte, daß, wenn die Frau ungebildet ist, dafür heute der Mann verantwortlich ist. Ich könnte allerdings auch den Spieß umkehren und sagen: Wir haben noch so viele nicht einsichtige Männer, warum klärt ihr die nicht auf? (Heiterkeit.) Das nehmt ihr doch selbst nicht an, daß die Frau gescheiter sein solle als der Mann. (Heiterkeit.) Die stillschweigende Voraussetzung ist ja, daß der Mann in erster Linie verantwortlich ist für den Geist in der Familie, verantwortlich dafür, wenn die Frau einsichtslos ist. Es ist leider wahr, daß die Männer und vielfach auch gute Genossen ein Haar darin finden, wenn die Frau, die ihre Arbeit zu Hause hat, in die Versammlung geht. Das ist ja eine der wichtigsten Erscheinungen des proletarischen Elends, daß die Frau in der Tat durch ihre schwere Arbeit in der Wirtschaft so absorbiert wird, daß eine große Lücke vorhanden ist, wenn sie noch etwas anderes tut. Und es gehört zu den schwersten Aufgaben der Proletarierfrau, zu sagen, daß sie in der Organisation mitwirken soll. Weil eben diese Frage, so unscheinbar und kleinlich sie aussieht, eine der wichtigsten und schwierigsten ist, mit der Sie in Ihrer Bewegung zu rechnen haben, deshalb möchte ich Sie bitten, zwar mit Energie und Unermüdlichkeit, aber doch mit einer gewissen Mäßigung und Sanftmut in dieser Richtung vorzugehen. Je gemäßigter, aber je unermüdlicher Sie das machen werden, um so besser wird Ihre Stellung als Organisation und als einzelne Genossin in der Gesamtorganisation und unter den Genossen sein.

Sie haben eine schwere Arbeit zu leisten, aber Sie haben auch die Begeisterung und den Eifer, der erforderlich ist, damit sie geleistet werde. So zurückgeblieben wir in Oesterreich auch sind, unsere Frauenbewegung kann sich an Erkenntnis, an Tüchtigkeit und an Opferwilligkeit mit jeder anderen messen. Wir wissen, was unsere Bewegung an Ihnen hat, und wir wünschen Ihnen deshalb herzlich Gedeihen und Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Den Vorsitz führt Genossin Seidel.

Im Namen der Mandatsprüfung berichtet Genossin Pölzer, daß 60 Mandate anerkannt wurden, darunter auch solche, die nicht mit schriftlichen Mandaten versehen sind.

Die Debatte wird sodann fortgesetzt.

Popp: Ich muß gegen die Genossin Schittenhelm bemerken, daß das Comité nicht aus sechs, sondern, da die Kontrolle auch Sitz und Stimme dort hat, aus acht Personen besteht. Ich mache Sie da aufmerksam, daß die Gewerkschaftskommission, die doch viel mehr Agenden hat als das Frauenreichscomité, nur aus 12 Mitgliedern besteht, die Reichsparteivertretung nur aus sieben Mitgliedern. Die Genossin Schittenhelm hat auch bemängelt, daß diese Aenderung nicht begründet wurde. Bei beschränkter Redezeit kann man leicht so etwas übersehen. Ich will das also nachholen. Das Frauencomité ist in diesen fünf Jahren zur Ueberzeugung gekommen, daß ein so großer Apparat zu schwerfällig ist. Wir brauchten sieben Personen zur Beschlußfassung und diese zusammenzubringen, war nicht immer sehr leicht. Die Plenarversammlung der Wiener Frauen wird fortan alle zwei Monate zusammentreten und dadurch wird der Zusammenhang mit den Genossinnen viel besser hergestellt als durch ein großes Comité. Die Genossin Baader hat uns erzählt, daß die deutsche Frauenorganisation 80 Vertrauenspersonen besitzt. Bei uns versehen die Funktionen dieser die Korrespondentinnen und deren haben wir 40, also nicht gar so wenig. Genossin Freundlich hat nicht unrecht, wenn sie sagt, daß zu wenig Verbindung zwischen den Organisationen und dem Frauenreichscomité besteht. Das liegt aber zum Teil daran, daß wir tatsächlich zu wenig Kräfte haben. Aber wenn Sie den Organisationsentwurf annehmen, so werden wir über Geld verfügen und werden dann auch mehr für Sie leisten können. Für den Ausbau des Unterstützungswesens spricht die Erfahrung, die wir bei den Heimarbeiterinnen gemacht haben. Nur wenn man höhere Beiträge hat, kann man die Organisation auch wirklich fest zusammenhalten. Dann tritt ein Mitglied nur schwer aus, weil es zu viel verliert. Der hohe Beitrag wird mit ein Mittel sein, die Arbeiterinnen dauernd bei der Organisation zu erhalten, weil sie durch das eingezahlte Kapital an der Organisation interessiert sind. Können die Heimarbeiterinnen höhere Beiträge zahlen, so werden dies auch die anderen Frauen können. (Beifall.)

Walter (Floridsdorf): Ich muß betonen, daß in Floridsdorf zwar große Erfolge bei den Frauen errungen wurden, daß aber gerade bei uns, wo 1200 Arbeiterinnen in den Fabriken beschäftigt sind, nahezu gar keine gewerkschaftliche Organisation unter den Frauen besteht. Auch bei der Wahlagitation haben sich fast nur die Frauen, die nicht in den Fabriken arbeiten, beteiligt. Daran mag allerdings der letzte Streik schuld sein. Aber unser Verein geht jetzt doch vorwärts. Wir hatten anfangs 60, jetzt schon 120 Mitglieder. Wir heben 12 Kreuzer monatlich ein und können ihnen deshalb nicht mehr bieten als ein paar Vorträge. Ich werde deshalb für die Resolution stimmen.

Macha (Prag): Das Frauencomité in Prag wurde vor zwei Jahren aufgelöst. Das und zum großen Teile auch das mangelnde Verständnis bei unseren Genossen sind daran schuld, daß es bei uns mit der Frauenorganisation nicht so recht vorwärts geht. Die klerikale Partei hat begriffen, welche Bedeutung die Frau für sie hat. Wenn unsere Genossen das auch begreifen würden, würden wir auch mehr Erfolge haben. Das Frauenreichscomité besteht nur für die deutschen Genossinnen. Ich glaube aber, auf dem Parteitag von 1896 wurde doch beschlossen, daß alle Nationen ihre Vertretung haben sollen.

Vorsitzende **Seidel:** Zur Aufklärung diene der Genossin, daß sich unsere Tätigkeit nur auf alle deutschen Frauen erstreckt. Das scheint um so wichtiger, als ja bis vor kurzem auch die tschechischen Genossinnen ihr eigenes Frauenreichscomité hatten.

Schwabe (Linz): Wir hatten zuerst einen Unterstützungsverein gegründet, den wir allerdings auch bald zu einem Kampfverein umgewandelt haben. Wir haben jetzt 500 Mitglieder. (Beifall.) Wir hoffen, daß es so bleiben wird.

Lippa (Wien): Ich muß erklären, daß ich die Gründe für die Verkleinerung des Frauenreichscomités nicht für stichhältig ansehe. Wenn das Comité jetzt reduziert wird auf sechs Genossinnen, so werden wir in Zukunft mit den Gewerkschaften noch weniger in Fühlung sein als bisher. Wenn man mit 12 Genossinnen nicht immer beschlußfähig ist, so wird man es in Zukunft noch weniger sein. Man nimmt doch zunächst Referentinnen in das Comité. Die gehen natürlich auf Agitationsreisen oder haben Vorträge, wie soll da das Comité beschlußfähig sein? Wenn man mit den Gewerkschaften arbeiten will, muß man mit ihnen zusammenkommen. In den Plenarversammlungen wird nicht das Richtige erfahren. Und noch etwas. Wenn in einer Gewerkschaft, wo der Ausschuß aus Männern und Frauen besteht, dann noch separate Frauensektionen gegründet werden sollen, so wird die Organisation dadurch nur zerschlagen.

Pohl (Wien): So wichtig dieser Punkt ist, müssen doch auch die anderen Punkte wenigstens einigermaßen besprochen werden. Ich beantrage Schluß der Rednerliste.

Lippa (Wien): Das ist der wichtigste Punkt. Bei den anderen Punkten werden wir wohl nicht mehr als die Referate anhören.

Vorsitzende **Seidel:** Derselbe Antrag ist auch von Genossin Jobst gestellt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen.

Schittenhelm: Es ist nicht richtig, daß der Apparat bei 12 Mitgliedern zu schwerfällig ist. Das beweist, daß der Apparat fünf Jahre lang ganz gut funktioniert hat. Wenn Mitglieder ausgeblieben sind, so war das Frauenreichscomité verpflichtet, die betreffenden Organisationen darauf aufmerksam zu machen, damit diese andere Delegierte entsenden konnten. Eine falsche Ansicht ist es, wenn Genossin Popp das Frauencomité mit der Parteivertretung vergleichen will. Das Frauencomité ist eine ganz andere Körperschaft als die Parteivertretung und das Vertrauen der Gewerkschaften zum Frauencomité ist nicht so groß, daß man ihnen vier Mandate entziehen kann. Ich spreche nicht aus persönlichen Gründen. Aber es ist keine Ursache vorhanden, die bestehende Zusammensetzung zu ändern.

Genosse **Hueber:** Wir sind mit dem vorliegenden Organisationsentwurf vollkommen einverstanden, weil er keine neue Organisationsform schafft, sondern die Frauenorganisation den bestehenden Organisationsformen, die wir haben, eingliedert. Die Ausführungen der Genossin Boschek sind von der klugen Erwägung und der praktischen Erfahrung einer Frau geleitet, die die wirklichen Verhältnisse in unserer Organisation genau kennt. Darüber zu streiten, ob das Frauenreichscomité aus zwölf oder acht Frauen bestehen soll, erscheint mir sehr überflüssig und als Zeitverschwendung. Aber das eine scheint mir festzustehen: Je größer ein solcher Körper ist, um so unbeweglicher ist er. Ich glaube, die vorgeschlagene Zahl wird wohl genügen. Wie wird in der Praxis die Organisation der Frauen sich entwickeln? Das wurde schon von der Referentin gesagt. Die Gewerkschaften haben Sektionen, wo sie sich als praktisch erweisen. Im allgemeinen ist es aber im Interesse der Gleichberechtigung der Frau nützlicher, wenn die Frau dieselben Rechte der Beratung und Anteilnahme genießt, in den obersten wie in den untersten Organisationen. Wir sind in Oesterreich im Vereinsgesetz nicht gar so stiefmütterlich behandelt wie unsere deutschen Genossinnen. Wir müssen das für die Frauen ausnützen. Daher bin ich dafür, daß man die Bildungsvereine der Frauen nicht wieder sanktioniere. Es mag ja für einen Bezirk gut oder notwendig sein, es kann nicht gut für das ganze Reich sein.

Nun bin ich noch verpflichtet, als Vertreter der Gewerkschaftskommission die übliche Galanterie aufzugeben und einige ernste Worte zu sagen. Von

der Vertreterin der Buchdruckereiarbeiterinnen wurde die Anklage erhoben, daß sich die Genossen in den Buchdruckereien nicht wie Genossen benehmen. Sie können uns glauben, daß wir mit der Trennung der gewerkschaftlichen Organisation bei den Buchdruckern in gelernte und ungelernte Arbeiter nicht zufrieden sind. Die Form der Buchdruckerorganisation hat sich aber im Verlaufe von 60 Jahren so herausgebildet, daß man es immerhin begreiflich finden muß. Ich denke aber, daß es doch möglich wäre, bei den Buchdruckern in einer gemeinsamen Organisation dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, etwa durch entsprechende Klassen für die weniger verdienenden Arbeiter, so daß man also einer selbständigen Organisation für die Hilfsarbeiter nicht bedürfte. Ich glaube ja, daß es in einzelnen Offizinen so sein mag, daß sich die qualifizierten Arbeiter gegen die Hilfsarbeiter unqualifizierbar benehmen. Man kann das aber nicht generalisieren. Aber die Genossin Schlesinger hat das als Beweis erklärt, wie es in den Gewerkschaften mit der Ausbildung des Klassenbewußtseins bestellt ist. (Schlesinger: Das habe ich ja gar nicht gesagt!) Ich glaube, die Gewerkschaften haben gerade in Oesterreich viel für das Klassenbewußtsein der Arbeiter geleistet. Man kann hier nicht so von der Gewerkschaftsorganisation reden. Gewiß soll man auch die Arbeiterin organisieren, die zu Hause die Wirtschaft besorgt, aber das Wichtigere ist, die Masse der Frauen in die Organisation zu bringen, und das geht nur, wenn man der Frau ihre Knechtschaft in der Fabrik zum Bewußtsein bringt. Dann entsteht daraus auch die Erkenntnis der politischen Zusammenhänge. Durch die Annahme des Entwurfes wird uns auch der Weg gezeigt, auf dem wir gemeinsam zu arbeiten haben.

Schlesinger: Ich muß persönlich bemerken, daß Genosse Hueber meine Worte ganz falsch dargestellt hat. Ich habe nichts gesagt, als daß der von der Genossin Janski besprochene Vorfall zeigt, daß es Gewerkschafter gibt, die sich Sozialdemokraten nennen, es aber nicht sind. Ich muß sagen, daß es durchaus nicht am Platze ist, wenn Genosse Hueber dies gleich als Hochverrat hinausposaunt.

Janski (Wien): Ich habe nicht im allgemeinen gesprochen, sondern es gibt auch Ausnahmen. Wir wissen, daß ein Unterschied zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern ist; aber daß wir uns so behandeln lassen müssen, wie es geschieht, ist nicht notwendig. Ich zahle 54 Kreuzer wöchentlich, da müssen wir wohl auch das Recht haben, etwas zu reden. Darüber wäre noch sehr viel zu sagen. Wenn man sich über die hohen Beiträge beschwert, so sage ich: Wo man nichts hineingibt, dort kann man auch nichts herausnehmen. Was ich der Organisation gebe, bekomme ich zehnfach zurück. Wenn jede Genossin in sich ginge, so würde sie einsehen, daß sie auch die paar Kreuzer leicht aufbringen könnte.

Popp: Wir haben Ihnen den Antrag vorgelegt, daß vier Mitglieder auf der Konferenz, vier in der Plenarversammlung gewählt werden. Mit den zwei Mitgliedern der Kontrolle sind das zehn Mitglieder. Ich habe die Rede der Genossin Schlesinger nicht gehört, aber ich meine, die Genossin Schlesinger verdient nicht, von Genossen Hueber so behandelt zu werden. (Beifall.) Das müssen wir, die wir die Genossin Schlesinger kennen, hier feststellen.

Brehm (Wien): Es ist sehr notwendig, daß die Gewerkschaftsmitglieder mit dem Frauenreichscomité in Verbindung stehen. Deshalb wäre ich dafür, daß sechs Mitglieder in der Plenarversammlung gewählt werden. Wie viel hier gewählt werden, ist mir gleichgültig. Auch in meiner Gewerkschaft benehmen sich die Genossen nicht sehr solidarisch mit uns. Da gilt das, was die Genossin Janski gesagt hat, ebenfalls.

Krasa: Ich muß noch die Genossin Schlesinger gegen die Anwürfe in Schutz nehmen. Ich konstatiere, daß sie längere Zeit unter den Buchbindern gearbeitet hat und schon früher in den Organisationen der Handelsangestellten, der Tabakarbeiterinnen und Papierarbeiterinnen.

Monetti (Marburg) stellt folgenden Antrag:

Die Frauenkonferenz erachtet es als unbedingt notwendig, es dem Frauenreichscomité zur Pflicht zu machen, wenigstens dafür zu sorgen, auf gewerkschaftlichem Gebiete für die Aufklärung der Frauen in allen Sprachen, womöglich durch Entsendung von Referentinnen und durch Flugschriften, Sorge zu tragen.

Boschek: Die Konferenz ist nicht die richtige Instanz für die Klagen, die Genossin Janski vorgebracht hat. Die Genossin hätte sich an die Gewerkschaftskommission wenden sollen, die die Angelegenheit hätte untersuchen können, was uns hier gar nicht möglich ist. Ich glaube, es ist traurig, wenn solche Dinge wirklich vorkommen können. Aber ich kann mir nicht denken, daß die Leute, die sich so benehmen, Parteigenossen sind. Genossin Jobst hat gesagt, man solle bei der Agitation nicht so viel von der Religion sprechen. Aber ich glaube, daß das schon ein überwundener Standpunkt sei.

Man hat sich beschwert, daß wir nicht allen Wünschen nach Referentinnen nachkommen. Aber wir haben eben nicht genügend Kräfte, um allen solchen Wünschen zu entsprechen. Es kommt ja sogar vor, daß man, wenn man für Bauern eine Versammlung einberuft, sich an uns um eine Referentin wendet. (Heiterkeit.)

Was die Genossin Pick gesagt hat, ist sehr interessant. Ich weiß nicht, ob die Genossinnen im tschechischen Frauencomité wirklich alle Arbeit geleistet haben. Unseren deutschen Genossen würde es sehr schwer fallen, wollten sie unsere Frauencomités auflösen, weil alle Leute sehen, was wir leisten. Es liegt an den Genossinnen selbst, ihre Organisation zu verteidigen. Vielleicht trägt unsere Frauenkonferenz bei, daß die Genossinnen neue Argumente gegen die Genossen bekommen. Ich erwähne noch, daß wir an die tschechischen Genossinnen in Wien herangetreten sind, damit sie mit uns in Verbindung treten, und daß sie uns gar nicht geantwortet haben. Wir hätten selbstverständlich nichts dagegen, wenn die Wiener tschechischen Genossinnen ihre Delegierten zu unseren Plenarversammlungen schicken würden. Uebrigens glaube ich, wäre es gut, wenn Sie die Beschwerden über die Auflösung des Frauencomités morgen dem Parteitag vorlegen würden. Wir würden Sie dabei unterstützen.

Ich muß noch erklären, daß Genosse Hueber der Genossin Schlesinger unrecht getan hat.

Gegenüber dem, was die Genossin Lippa gesagt hat, muß ich doch erwidern: Wir wollen nicht Referentinnen im Frauencomité haben, sondern einflußreiche Genossinnen, die in den Gewerkschaften arbeiten. Im übrigen empfehle ich, als Vermittlungsantrag den Antrag Popp anzunehmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schittenhelm abgelehnt; das Organisationsstatut mit der von Popp beantragten Aenderung, dann die Resolution der Referentin und der Antrag Monetti werden angenommen.

Genosse **Winarsky:** Im Namen des Landesausschusses habe ich Ihnen herzliche Grüße zu überbringen. Der Landesausschuß hat es bisher schon als seine Pflicht angesehen, wo immer möglich, die Frauenorganisation zu fördern. Ich kann nur erklären, daß wir diese Pflicht auch in Zukunft erfüllen werden. Wir haben Ihnen schon jetzt eine ständige Subvention gegeben, und wir werden es auch in Zukunft so halten. (Popp: In erhöhtem Maße! Heiterkeit.) Gewiß, auch das wird sich machen lassen! (Beifall.)

Im Namen des Wahlcomités erstattet die Genossin Prakesch den Vorschlag für die Wahl des Frauenreichscomités. Gemäß diesem Vorschlag werden die Genossinnen Popp, Boschek, Schlesinger und Lippa gewählt.

Vorsitzende: Wir schreiten nun zur Beratung des dritten Punktes: **Arbeiterschutz.**

Das Referat hat Genossin

Popp (Wien): Wir haben uns wiederholt über Arbeiterinnenschutz in Versammlungen und Presse geäußert. Er ist nicht nur zur Erhaltung der Arbeiter selbst, sondern auch der Organisation notwendig. Erst wenn die

Arbeiterin ein größeres Maß von Schutz genießen wird, wird die Arbeiterin am Klassenkampf regeren Anteil nehmen können als heute. Der Arbeiterin ist es heute noch viel schwerer als dem Manne, an diesem Kampf teilzunehmen. Sie ist nicht nur Lohnsklave, sondern sie schmachtet noch unter vielen Leiden. Der Arbeiterschutz in Oesterreich scheint in den letzten Jahren stillzustehen. Oesterreich ist ja stets das Land des spätesten Arbeiterschutzes gewesen. Vor 1885 hat es in Oesterreich keinen Arbeiterschutz gegeben. Erst 1885 kam die Gewerbeordnung, die in einzelnen Paragraphen das nimmt, was sie in anderen gibt. So hat es bis 1885 kein Verbot der Nachtarbeit gegeben. Aber die Gewerbeordnung macht zu dem Verbot so viele Ausnahmen, daß es fast nicht mehr besteht. Daß in der Hausindustrie und im Kleingewerbe der Arbeitstag unbeschränkt ist, ist bekannt. Unter den Berufen, die der § 96 der Gewerbeordnung vom Verbot der Nachtarbeit befreit, sind auch solche, die sehr gesundheitsschädlich sind; bei der Papier- und Halbzeugfabrikation dürfen Mädchen von 14 bis 16 Jahren zur Nachtarbeit verwendet werden. Ebenso in den Zuckerfabriken, in welchen „ausnahmsweise bewilligte" Schichten von je 12 Stunden gemacht werden. Die Nachtarbeit in den Zuckerfabriken dauert fast das ganze Jahr, gewöhnlich acht bis neun Monate. Die Frauen arbeiten auch in den Zentrifugenräumen, in welchen die Hitze so groß ist, daß die Arbeiter sich der Kleider entledigen müssen und halbnackt herumgehen, da redet man von der „gefährdeten Sittlichkeit". Da sieht man, wie ernst es den bürgerlichen Klassen um die Hebung der Moral ist. Hier liegt einer der größten Schäden für die Gesundheit der arbeitenden Frauen. Schon der zehnstündige Arbeitstag bedeutet für Mädchen und Frauen eine viel zu starke Anspannung. Ja, sagen bürgerliche Weltverbesserer, das liegt an der geringen Widerstandsfähigkeit der Frau, aber gerade infolge der ungenügenden Löhne können die Frauen auch nur ungenügende Kräfte sammeln. Dazu kommt noch die Schwächung durch Wochenbetten, da die Zeit der Ruhe viel zu kurz ist. Die verheiratete Frau ist nicht nur Lohnsklavin, sie muß auch noch ihre Nächte ihren Kindern opfern. Kein Wunder, daß sie weniger widerstandsfähig ist! (Zustimmung.) So sagt der letzte Gewerbeinspektorenbericht, daß in den Flachsspinnereien die Einschränkung der Frauenarbeit eine unumgängliche Notwendigkeit ist, weil die große Staubentfaltung den Arbeiterinnen nicht zuträglich ist. Nun, wir wissen, wenn von Verkürzung der Arbeitszeit gesprochen wird, beginnen die Unternehmer zu krawallieren und reden von der Forderung der Industriellen. Oesterreich ist ein Land, das das größte Ausmaß von Ueberstunden gewährt! Noch mehr Ueberstunden werden hinter dem Rücken der Behörden ganz unangemeldet gemacht. Frühzeitiges Altern, häufiger Abortus, Unterleibsleiden, qualvolles Hinsiechen, keine Lebensfreude, ein jammervolles Sklavenleben, das ist die Folge dieses Systems für die arbeitende Frau. Die Gefährdung der Frau ist gleichzeitig eine Gefährdung des keimenden Lebens. So hat eine Untersuchung in Mainz ergeben, daß die Säuglingssterblichkeit bei Frauen, die schon vor der Ehe in Fabriken arbeiteten, um 17 Prozent größer war als bei den Frauen, die erst nach ihrer Verheiratung in die Fabrik gingen. Als man die Sterblichkeit von Kindern der Zigarrenarbeiterinnen untersuchte, zeigte sich, daß von 1147 Kindern 345 als Säuglinge starben! In England hat im Jahre 1897 eine statistische Untersuchung ergeben, daß von 86 Bleiweißarbeiterinnen 15 kinderlos waren, 35 hatten Fehlgeburten, 15 brachten kein lebendes Kind zur Welt! 36 hatten 113 Kinder, von denen nur 61 am Leben blieben! (Bewegung.) Nach Schuler, dem Schweizer Fabriksinspektor, fielen von 3·9 Prozent Totgeburten im Durchschnitt 5 Prozent auf industrielle Kantons, 6 Prozent auf den Kanton Glarus und 8·2 Prozent auf Fabriksarbeiterinnen! Die Kinder der Fabriksarbeiterinnen kommen schon geschwächt zur Welt. Im Bericht des Wiener Gewerbeinspektorats wird geschildert, daß in einer Bleikapselfabrik Arbeiterinnen Bleiweißlähmungen erlitten, nicht nur Bleiweißkoliken. Die Gefahren der Frauenarbeit sind also nicht im geringsten kleiner als die der Männer. Die Phosphorerkrankungen sind bekannt. Für Wien allein gibt es im letzten Bericht zehn Phosphornekrosen! In Linz, Pilsen, Budweis, Lem-

berg überall solche Erkrankungen! Einem Mädchen wurde der Kiefer weggefressen. Wenn man da gesunde Arbeitsräume, kürzere Arbeitszeit begehrt, so sind das vom Standpunkt der Menschlichkeit selbstverständliche Forderungen. Abschaffen kann man, wie viele Bürgerliche meinen, die Fabriksarbeit nicht. Man würde die Arbeiterinnen damit nur der noch ärgeren Heimarbeit ausliefern. Die deutsche Regierung hat Erhebungen anstellen lassen, warum verheiratete Personen Fabriksarbeiterinnen sind! Die Gewerbeinspektoren sagen übereinstimmend, das Motiv der Fabriksarbeit Verheirateter ist: die Not! Sie stellten fest, daß jeder Arbeiter, der genug verdient, bestrebt ist, die Frau im Hause zu halten. Wir sehen weiter, daß die Industrie noch eine Reihe von Gefahren kennt, die nicht sein müßten und die eingeschränkt werden könnten! Ich will nicht von „gesundheitsgefährlichen Betrieben" reden, denn welcher Betrieb ist nicht gesundheitsgefährlich! Wir verlangen aber die mögliche Herabsetzung der Arbeitszeit, damit den Arbeiterinnen Zeit bleibt, sich in frischer Luft zu erholen, und ordentliche Löhne, um sich gesund zu nähren. Ein bürgerlicher Gelehrter, Hirt, verlangt das Verbot der Frauenarbeit für die Färberei, Näherei, Stoffdruckerei, Fabrikation künstlicher Blumen 2c. 2c. Wir haben hier Hunderte Mädchen, die bei der Blumenfabrikation beschäftigt sind. Würde man das betreffende Verbot durchführen, was fingen diese Arbeiterinnen an? Aber das ist richtig: Der Arbeitstag der Blumenarbeiterinnen ist gewöhnlich 14, 16 Stunden, und wenn sie schon aus der Arbeit nach Hause gehen, nehmen sie noch einen Pack Arbeit mit nach Hause, den sie dort beim Lampenlicht ausfertigen! Die Tabakarbeiterinnen haben bei uns den Staat als Arbeitgeber. Der Staat, sollte man meinen, müßte mit gutem Beispiel vorausgehen. Lesen Sie nun den Gewerbeinspektoratsbericht von 1902. Da heißt es: „Die Magen- und Darmkrankheiten unter den Tabakarbeiterinnen greifen erschreckend um sich und die Ursache ist die ungenügende Ernährung der Arbeiterinnen." Der Staat bezahlt also seinen Arbeiterinnen Hungerlöhne. Das ist sein gutes Beispiel! Die Tabakarbeiterinnen sind in ihrer großen Mehrheit nicht imstande, lebensfähige Kinder zur Welt zu bringen, das bestätigt uns auch ein Arzt, und wenn sie das Kind selbst säugt, so wird das Kind vergiftet durch das Nikotin, womit der Körper der Mutter durchtränkt ist. Was tut not, um für die Arbeiter günstigere Zustände zu schaffen? Die erste Notwendigkeit ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Auf gesetzlichem Wege schwebt uns eine Reform nur in weiter Ferne. Unser Parlament hat andere Sorgen. In diesem hohen Hause hat man keine Zeit, Gesetze zu machen, die die Arbeiter vor grenzenloser Ausbeutung schützen. Freilich, es sind die Vertreter der Ausbeuter, deren Stimmen dort entscheidend sind. Die wichtigste Vorbedingung für die Erringung einer gekürzten Arbeitszeit ist deshalb heute die Organisation.

Ein anderes Kapitel: Unser Gesetz hält die Wöchnerin vier Wochen nach der Niederkunft von der Arbeit ferne. Gut. Das gilt aber nur von den Arbeiterinnen in versicherungspflichtigen Betrieben. Die vielen Tausende Heimarbeiterinnen genießen diesen Schutz nicht. Heute gebären und in zwei, drei Tagen wieder arbeiten, das ist das fürchterliche Gebot für Hunderte Frauen. Die Not, das absolute Nichts zwingt die Frau, ihre Gesundheit, ihr Leben zu lassen, um ein Stückchen Brot zu suchen. Aber auch der Schutz von vier Wochen ist nicht genügend. Wenn die Arbeiterin nach vier Wochen wieder zum Bügelbrett oder in die Flachsspinnerei oder in die nikotingeschwängerten Tabakfabrikssäle muß, da genügen vier Wochen nicht. Es ist eine Notwendigkeit, daß diese Schutzfrist auf mindestens acht Wochen ausgedehnt werde. Die Krankenkassen sagen mit Recht: „Wir können diese acht Wochen nicht zahlen." Aber nicht die Kassen, sondern der Staat, der sich dann die großgewordenen Kinder nimmt, soll den Kassen die nötigen Zuschüsse leisten! Die Arbeiterin, die einen Gulden im Tag verdient, bekommt heute nur 60 bis 70 Kreuzer Krankengeld. Wahrscheinlich deshalb, weil sie gerade in der Zeit nach der Entbindung gesunde, gute Kost braucht! (Zustimmung.) Der Arbeiterin soll ihr Durchschnittslohn ersetzt werden! Auch im letzten Stadium der Schwangerschaft muß eine Schutzfrist gegeben werden. Wie oft

sieht man eine hochschwangere Arbeiterin, die sich nur noch hinschleppt und die Roheit der Vorgesetzten überdies erdulden muß, weil sie nicht mehr genug roboten kann. Mindestens die letzten zwei, drei Wochen sollte der Staat durch die Krankenkasse der schwangeren Frau ermöglichen, daß sie sich Schonung gönnt. Der Staat verschwendet so viele Millionen für volksfeindliche Zwecke. Ist es denn sein Zweck, nur volksfeindliche Absichten durchzuführen? Würde hier der nötige Schutz gegeben werden, dann brauchten Tausende Frauen nicht frühzeitig einem qualvollen Siechtum verfallen! Auf dem Züricher Arbeiterschutzkongreß haben Katholische und Christlich-Soziale den Ausschluß der Frauen von der Fabriksarbeit begehrt. Diese humanen Leute sollten lieber im Parlament ihre Stimme erheben, aber da schrecken die guten Christen zurück oder sie sind gar diejenigen, die sich am lautesten wider die Forderungen der Arbeiter wenden! (Zustimmung.) Wie armselig und gesundheitsgefährlich sieht das Wochenbett der Arbeiterin gewöhnlich aus! Da gehört es zu unseren Forderungen, daß auch dafür gesorgt wird, daß es Orte gibt, wo die Arbeiterin die Stunde ihrer Niederkunft erwarten kann und die entsprechende Pflege findet! Dieselbe Gemeinde, die für alle möglichen Zwecke, für Monarchenempfänge und dergleichen Geld hat, sollte doch auch Geld haben für Wöchnerinnenheime und Entbindungsanstalten! (Beifall.) Manche deutsche Stadt hat schon eine anständige Wöchnerinnenheimpflege auf ihre Kosten eingerichtet, wo der Wöchnerin eine Pflegerin beigestellt wird, die ihr die wichtigsten Handgriffe besorgt. So viel wurde in den letzten Jahren von Säuglingsschutz geredet. Uns fehlen auch noch immer die so notwendigen Kinderkrippen. Die Mütter sollen dort die Möglichkeit haben, ihre Kinder mittags zu säugen, wo das nicht möglich ist, soll für gute künstliche Ernährung gesorgt werden. Das sind Aufgaben des Staates und der Gemeinde. Wir brauchen ferner ein vollständiges Verbot der Nachtarbeit. Unternehmer, die diese Bestimmungen des Arbeiterschutzes übertreten, sollten mit Arrest bestraft werden, mindestens so streng als man Arbeiter wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes bestraft. Das Verbot der Nachtarbeit nützt gar nichts, wenn die Arbeiterinnen die Arbeit nach Fabriksschluß noch packweise nach Hause tragen. Dieses Nachhausegeben muß verboten werden! Um das zu kontrollieren, brauchen wir die Zuziehung von Sachverständigen zur Gewerbeinspektion als Kontrollorgane. Was weiß heute der Gewerbeinspektor von den Kniffen der Unternehmer! Die Einführung von weiblichen Gewerbeinspektoren ist eine unerläßliche Forderung. Ein Gewerbeinspektor sagte unlängst, daß auch weibliche Inspektoren die Gefährdung der Sittlichkeit in den Betrieben nicht verhindern werden. Die Arbeiterin wird sich aber dem weiblichen Inspektor viel eher anvertrauen! Die deutsche Statistik lehrt uns, daß die weiblichen Inspektoren von den Arbeiterinnen viel mehr erfahren als die männlichen Inspektoren! ... Alle diese Dinge sind wiederholt besprochen worden. Wir haben uns in Versammlungen oft damit beschäftigt. Aber bisher war die Sache immer so, daß nicht planmäßig, einheitlich und andauernd die Agitation betrieben wurde. Das soll nun geschehen. Wir legen Ihnen nun die folgende Resolution vor:

> In Erwägung, daß alle Enqueten und Untersuchungen, vor allem aber die Berichte der Gewerbeinspektoren immer wieder lehren, daß ein erhöhter Schutz der Arbeiterinnen in Fabriken, Werkstätten und der Heimindustrie eine nicht mehr abzuweisende Notwendigkeit ist, erklärt die zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz, daß es ein Verbrechen an Leben und Gesundheit vieler Tausende Frauen und Mädchen bedeutet, wenn der Stillstand der Arbeiterschutzgesetzgebung noch länger anhält.
>
> Die sozialdemokratische Frauenkonferenz steht hiermit auf dem Boden jener Minimalforderungen, welche unser Parteiprogramm in Bezug auf Frauen- und Jugendschutz enthält, und fordert insbesondere von jeder Regierung, welche nicht den Schimpf einseitiger Unternehmerfürsorge auf sich laden will, die Einbringung eines Gesetzentwurfes im Parlament zur Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiterinnen, die durch stufenweise Herabsetzung auf zehn, respektive neun Stunden zu verwirklichen ist.

In gesundheitsschädlichen Betrieben und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ist eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit auf längstens sechs Stunden anzusetzen. Die Erhöhung der Altersgrenze jugendlicher Arbeiter auf 18 Jahre wird gleichfalls gefordert. Indem die Frauenkonferenz auf die im sozialdemokratischen Programm erhobene Forderung nach dem ausnahmslosen Verbot der Nachtarbeit von Frauen und jugendlichen Arbeitern besonderen Nachdruck legt, fordert sie, daß es allen Unternehmern bei Arreststrafe verboten werde, Arbeiterinnen, welche tagsüber in der Fabrik oder Werkstätte beschäftigt sind, Arbeit mit nach Hause zu geben. Der Samstagnachmittag ist den Arbeiterinnen freizugeben, da erst durch diese Einführung die Sonntagsruhe für die verheirateten Arbeiterinnen verwirklicht werden kann.

Zur wirksamen Kontrolle dieser Bestimmungen ist die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf den Kleinbetrieb eine notwendige Bedingung, ebenso die Einführung weiblicher Gewerbeinspektoren und die Zuziehung von Arbeiterinnen als Kontrollorgane.

Da es sowohl durch ärztliche Gutachten als auch durch die praktische Erfahrung längst festgestellt ist, daß die vierwöchentliche Schutzfrist für Wöchnerinnen nicht genügt, fordert die Frauenkonferenz die Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes auf acht Wochen nach der Niederkunft, wenn das Kind lebt, sechs Wochen bei Tot- und Fehlgeburten oder im Falle des Ablebens des Kindes, weiters kündigungslose Einstellung der Arbeit im letzten Stadium der Schwangerschaft.

Schwangeren im letzten Stadium und Wöchnerinnen ist von den Krankenkassen für die ganze Dauer der Schutzfrist der Verdienstentgang in der vollen Höhe des durchschnittlichen Taglohnes zu gewähren. Um den Kassen das zu ermöglichen, sind vom Staate Zuschüsse zu leisten.

Im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen fordert die Frauenkonferenz weiters die Errichtung von Entbindungsanstalten, Wöchnerinnenheimen und Wöchnerinnen-Hauspflege durch die Gemeinden, die Länder und den Staat.

Daß wir diese Resolution annehmen, ist nicht genug. Jede von Ihnen muß davon durchdrungen sein, daß Ihre Gesundheit, Ihr Fortkommen mit diesen Forderungen innig zusammenhängt. Alle Arbeiterinnen müssen von diesen Forderungen erfüllt sein und unsere Bewegung muß eine so große und mächtige werden, daß niemand mehr darüber hinwegsehen kann. Schließlich begehren wir auch den freien Samstagnachmittag. Er wird erst die wirkliche Sonntagsruhe für die Arbeiterin herbeiführen. Heute hat die Arbeiterin keine Sonntagsruhe. Was in England möglich war, wird und muß hier ebenfalls durchgesetzt werden können! Es ist im Sinne von Ihnen allen, wenn ich Sie auffordere, mitzuhelfen, mitzukämpfen zum Schutze unserer Frauen, zum Schutze unserer Kinder! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzende: Von der Genossin Freundlich ist folgender Antrag eingelaufen:

Das Referat der Genossin Popp soll als eine Broschüre herausgegeben werden, die nicht mehr als zehn Heller kosten darf.

Das Wort hat nun Genossin

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Das ausgezeichnete Referat der Genossin Popp enthält so viel Material, das wir noch ausnützen wollen. Ich glaube, daß es uns in der Agitation noch sehr gute Dienste leisten wird. Deshalb habe ich meinen Antrag auf Herausgabe desselben als Broschüre gestellt. Solche Broschüren müssen billig sein, deshalb habe ich zehn Heller als Preis vorgeschlagen. Vielleicht wird sich auch eine tschechische Genossin finden, die das Referat übersetzt, so haben wir gleich die gewünschte internationale Tätigkeit.

Prakesch (Wien): Der Staat zieht Millionen aus der Tabakindustrie. Auch der Tätigkeit der Ausschüsse in den k. k. Staatsbetrieben wird entgegengetreten, wo es geht. Wird die Arbeiterin krank, so bezeichnet man sie am liebsten als Simulantin. Kürzlich hat es sich ereignet, daß in Göding drei

Tabakarbeiterinnen auf der Straße entbinden mußten. Sie glaubten, daß sie eben bis zur letzten Minute roboten müßten. Freilich, wenn die Arbeiterinnen über ihre Rechte ordentlich aufgeklärt wären, könnten sie sich besser wehren. Auch diese drei hätten sich krank melden sollen, trotz allen Einschüchterungen.

Jobst (Graz): Auch ich empfehle die Herausgabe der Broschüre, sie wird uns im ganzen Reich vorzügliche Dienste leisten.

Vorsitzende: Von der Genossin Koch ist folgender Antrag eingebracht worden:

> Da die Arbeiterinnen auch dem Gewerbegericht unterstellt sind, für dieses Gericht derzeit nur das passive Wahlrecht besitzen, so fordern sie im Interesse aller Arbeiterinnen, im Interesse der Gleichberechtigung das aktive Wahlrecht für das Gewerbegericht.

Ueber den nächsten Punkt: **Die politische Betätigung der Frauen,** referiert Genossin

Schlesinger: Die politische Tätigkeit der Frauen zerfällt notwendig in drei Teile. Der erste Teil ist die Stellungnahme zu allen politischen Fragen, der zweite Teil die Unterstützung der männlichen Arbeiter in den politischen, besonders in Wahlkämpfen, der dritte Teil der Kampf für die eigenen Rechte der Frauen. Sie haben aus den Berichten gesehen, daß die Frauen zu allen wichtigen Angelegenheiten Stellung genommen haben — gegen die Erhöhung des Zolltarifs, gegen die Militärvorlagen, gegen den Raub an den Wöchnerinnen, gegen die Erhöhung der Krankengebühren. Was die Mitarbeit bei den Wahlen betrifft, so haben Sie schon von Dr. Adler gehört, daß wir auch in dieser Hinsicht unsere Pflicht ganz erfüllt haben. Daß die Frauen aber auch selbst an den politischen Organisationen teilnehmen, haben wir durch die Fragebogen erfahren, die das Frauenreichscomité herausgegeben hat. So stehen bei uns 700 Frauen in der freien politischen Organisation! Unsere Aktionen haben nicht nur den Zweck, durch den Druck auf die öffentliche Meinung direkten Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung zu nehmen, sondern wir sind auch bestrebt, dadurch so die Frauen über alle Tagesereignisse nachdenken zu lehren, und zwar vom Standpunkt einer sozialdemokratischen Lebensauffassung denken zu lehren und sie zum Klassenkampf heranzuziehen. Dadurch, daß wir an den Wahlkämpfen der Männer teilnehmen, erlangen wir selbst die beste Schulung für unsere eigenen politischen Kämpfe. Es genügt nicht, daß wir die Männer in ihren Kämpfen unterstützen, wir müssen auch die Frauen schulen, damit sie die eigenen Rechte in Anspruch nehmen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat immer behauptet, daß nur dem geholfen werden kann, der seine Rechte selbst zu behaupten weiß. Das gilt auch für uns. In keinem Lande ist bisher ein energischer Vorstoß gemacht worden, um den Frauen das Wahlrecht zu verschaffen, natürlich auch in Oesterreich nicht. Aktuell ist freilich heute die Frage bei uns nur in dem Sinne, daß die Frauen ihre eigenen politischen Rechte in Anspruch nehmen müssen und daß auch die Massen der sozialdemokratischen Männer die Wichtigkeit der Forderungen der Frauen erkennen. Viele Männer meinen, für die Frau sei nur der wirtschaftliche Kampf von Bedeutung. Jetzt ist die Wahlrechtsfrage aufgeworfen worden. Aber wie kommt es, daß gar nicht von den Rechten der Frau gesprochen wurde, der Frau, die doch dreimal mehr ausgebeutet wird als der Mann? Der Grund liegt in der Gefügigkeit und Anspruchslosigkeit der Frau. Wenn die Frau heute Wählerin wäre, so wäre sie nicht mehr so anspruchslos, wie sie es jetzt ist. Die sozialdemokratische Aufklärung würde ganz anders unter die Frauen dringen als jetzt! Wir könnten ganz anders zu den Frauen reden, wir könnten aber auch ganz anders an die Machthaber mit Forderungen für die Arbeiterinnen herantreten als jetzt, sobald die Arbeiterinnen Wählerinnen wären.

Es ist gewiß, daß der politische Kampf die Frau zum wirtschaftlichen Kampf viel besser befähigen würde. Die verelendete Frau wird ja gewiß kein besonders guter Soldat im politischen Kampf sein, aber wir müssen auch sagen, daß der wirtschaftliche Kampf der Frauen auf den politischen Kampf angewiesen ist. Wir müssen uns vor Augen halten, daß es unser höchstes

Prinzip ist, alle Mittel zu gebrauchen, die zur Befreiung der Arbeiterklasse, also auch des weiblichen Arbeiters beitragen. Es hat eine Zeit gegeben, wo kein Mensch, der politisch tätig war, sich um die Frauen gekümmert hat, eine Zeit, wo höchstens die Pfaffen noch es verstanden, daß die Frauen einen politischen Faktor bilden. Die Frucht davon sehen wir jetzt. Warum ist die christlich-soziale Partei so stark? Deshalb, weil die Pfaffen es verstanden, frühzeitig auf die Frauen Einfluß zu nehmen, weil sie sich nicht verschanzt haben hinter Prinzipien, die keine Prinzipien sind. Sie sagten sich einfach, wir brauchen die Frauen und wir müssen sie heranziehen. Jede Partei geht heute daran, die Frauen für sich zu gewinnen. Auch die nationalen Parteien bemühen sich um das Wohlwollen der Frauen. Wenn wir da nicht sehr dazu schauen, können wir es erleben — und wir haben es zum Teil schon erlebt — daß die Frauen den anderen Parteien zuströmen. Allerdings hat bis heute noch keine Partei außer der sozialdemokratischen die Gleichberechtigung der Frauen verlangt, aber auch die Sozialdemokratie müßte diese Forderung aus dem Hintergrund, in welchem sie bisher gehalten wurde, hervorholen.

Vor einem Jahre hat das Frauenreichscomité beantragt, das Frauenwahlrecht auf das Programm des nächsten internationalen Kongresses zu stellen. Das ist uns um so notwendiger erschienen, als wohl in den Programmen der meisten sozialdemokratischen Parteien das Frauenwahlrecht enthalten ist, die Genossen aber nicht überall einer Meinung sind über die Bedingungen, unter welchen in den Kampf für dieses Recht eingetreten werden soll. Es gibt Genossen, die meinen: Einstweilen macht sich das im Programm ganz hübsch, aber zu tun braucht man dafür nichts, bis sämtliche Forderungen der Männer erfüllt sind. Andere sind wieder der Ansicht, je früher wir damit anfangen, um so früher werden wir die proletarischen Frauen, die uns als indifferente Masse feindlich gegenüberstehen, zu uns bekommen. Hat es doch sogar die belgische Partei vor einigen Jahren den Genossen freigestellt, falls die Klerikalen das Frauenwahlrecht vorschlagen, dafür oder dagegen zu stimmen. Wenn der internationale Kongreß überhaupt die Aufgabe hat, Klärung in jene Fragen zu bringen, die den verschiedenen nationalen Parteien gemeinsam sind, so ist das Frauenwahlrecht eine dieser Fragen.

In der Vorberatung ist unser Antrag abgelehnt worden, weil die Sache schon auf früheren Kongressen entschieden worden sei. Dann hat der Dresdener Parteitag sich damit beschäftigt. Ich habe in einem Artikel der „Neuen Zeit“ die Sache auseinandergesetzt, hoffend, daß sich vielleicht der Dresdener Parteitag auf unseren Standpunkt stellen wird. Zu unserer freudigen Ueberraschung haben die Genossen von Frankfurt unseren Antrag aufgenommen und Paul Singer hat ihn wärmstens empfohlen.

Dank dem Eingreifen der von einer großen Zahl von Ihnen gekannten und verehrten Genossin Zetkin ist der Antrag aber gefallen. Wir konnten uns mit den Gründen, die Genossin Zetkin für ihre Ansicht geltend machte, nicht einverstanden erklären und haben uns nicht entmutigen lassen. Wir wollten den Antrag bei unserem österreichischen Parteitag stellen. Dr. Adler hat auch bereits zugesagt, ihn zur Annahme zu empfehlen. Ich will Dr. Adler nicht in den Verdacht bringen, der ihm bei manchen Leuten schaden könnte, daß er ein feuriger Anhänger des Frauenwahlrechtes sei (Heiterkeit), aber er hat doch gesagt, der Parteitag könnte den Antrag nicht ablehnen. Trotzdem habe ich mich in letzter Stunde entschlossen, den Antrag zurückzuziehen, und ich habe das auch im Frauenreichscomité durchgesetzt. Es war nämlich nun, da das Gewicht der deutschen Partei gegen uns in die Wagschale gelegt worden war, fast sicher, daß der Antrag in Amsterdam abgelehnt worden wäre, und ich glaube, daß das vielleicht doch auf viele Genossinnen einen deprimierenden Eindruck machen könnte.

Wir müssen, wenn wir schon den Antrag nicht einbringen, doch etwas anderes tun, damit endlich in unserer Parteiorganisation das Verständnis für die politischen Rechte der Frauen geweckt werde. Ich kann nicht umhin, es auszusprechen, daß auch unter den Genossinnen das Verständnis für unsere politischen Forderungen sehr gering ist. Wir müssen für die politischen Rechte

der Frauen eintreten, und zwar nach unten und nach oben. Wir müssen die Frauen für diesen Kampf gewinnen und wir müssen den Kampf gegen jene Elemente in unseren Reihen aufnehmen, die glauben, daß die politischen Rechte der Frauen vernachlässigt werden dürfen, daß sie nur zur Parade in unserem Programm stehen und eigentlich gar keine wirkliche Rolle in unserem Parteileben spielen.

Es hat in der letzten Zeit eine Bewegung für das allgemeine Wahlrecht stattgefunden. Wir haben in zahlreichen Versammlungen nachgewiesen, wie verfälscht das Wahlrecht ist. Aber es ist wenigen eingefallen, zu sagen, daß das allgemeine Wahlrecht bestenfalls nur das Wahlrecht für die halbe Bevölkerung ist. Niemand ist dafür eingetreten, daß die Massen des Proletariats darüber aufgeklärt werden, was man wirklich unter dem allgemeinen Wahlrecht versteht, und daß diesen Namen nur ein Wahlrecht verdient, das die ganze Bevölkerung umfaßt und nicht nur deren männliche Hälfte.

Wenn wir nun energischer in den Kampf für unsere Rechte eintreten wollen, so werden mehr Genossinnen als bisher in der Agitation tätig sein müssen. Sehr große Schulung ist dazu nicht notwendig. Viele von Ihnen könnten sehr gut in einer Versammlung sprechen, wenn sie nicht immer befürchten würden, von den Männern ausgelacht zu werden. Lassen Sie die Leute doch lachen, wenn es unter uns noch immer welche gibt, die dazu nicht zu vernünftig sind. Wir alle sind im Anfang ausgelacht worden, und hätten wir uns dadurch einschüchtern lassen, so hätten Sie heute nicht eine Rednerin.

Ich bitte Sie, folgende Resolution anzunehmen:

> Die Vertreterinnen der deutschen Sozialdemokratinnen Oesterreichs erklären, mit besten Kräften dahin wirken zu wollen, daß das Klassenbewußtsein immer weitere Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen erweckt und ihnen Verständnis für die Vorgänge des öffentlichen Lebens vermittelt werde. Sie wollen die Frauen wie bisher und, wo dies möglich ist, in höherem Maße als bisher aneifern, an allen politischen Tagesfragen Anteil zu nehmen und insbesondere die männlichen Genossen in ihren Wahlkämpfen wirksam und opferfreudig zu unterstützen.
>
> Zugleich aber erklären sie es für dringend notwendig, daß die proletarischen Frauen ihre eigenen politischen Rechte in Anspruch zu nehmen lernen und bereit seien, bei jeder Gelegenheit für die Forderung nach der rechtlichen Gleichstellung beider Geschlechter und insbesondere nach dem Wahlrechte der Frauen einzutreten. — Die Konferenz spricht zugleich die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Männer in höherem Maße als bisher die Frauen in dieser Aufgabe unterstützen und bei jeder Gelegenheit für die rechtliche und politische Gleichstellung der Geschlechter eintreten werden, wie das Programm der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich es von ihnen verlangt und wie sie es wiederholt auf unseren Parteitagen beschlossen haben.
>
> Nur wenn alle Parteigenossen ohne Unterschied des Geschlechtes ihre volle Kraft einsetzen, wird es uns gelingen, das, was bisher an unseren prinzipiellen Forderungen toter Buchstabe geblieben ist, in lebendige Tat umzuwandeln.

Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen, aber ja nicht zu glauben, daß mit der bloßen Annahme schon viel geschehen ist. Die Hauptsache wird die eifrige und mutige Durchführung unseres Beschlusses sein.

Lippa (Wien): Wenn die Genossin Schlesinger sagt, daß die Mitgliedschaft der Frauen in den Gewerkschaften nicht aufrecht erhalten werden kann, weil man sie dort zu wenig aufklärt, so muß ich dagegen Stellung nehmen.

Ich bin nicht gegen die politische Bewegung der Frauen. Die Genossin Schlesinger wird zugeben müssen, daß nicht nur in der gewerkschaftlichen, sondern auch in der politischen Organisation ein stetes Kommen und Gehen der Mitglieder zu bemerken ist. Das hat oft seine Ursache im Mangel eines ordentlichen Vertrauensmännersystems. Es ist allerdings leichter, in der poli-

tischen Organisation zu arbeiten als in der Gewerkschaft. Warum arbeitet die Genossin Schlesinger nicht mehr in den Gewerkschaften der Buchbinder, Handlungsgehilfen? Ist dort vielleicht schon die soziale Frage gelöst? (Heiterkeit. Rufe: Die Genossin Schlesinger soll heute der Sündenbock sein!) Nein, wir wollen keinen Sündenbock. Es ist aber leichter, in den politischen Vereinen zu arbeiten als in den Gewerkschaften. (Widerspruch. Rufe: Das gehört nicht hierher!)

Baader (Berlin): Ich habe mich zum Wort gemeldet, um die Genossinnen nicht glauben zu lassen, was sie nach den Ausführungen der Genossin Schlesinger leicht glauben könnten, daß wir in Deutschland gar nichts für das Frauenwahlrecht tun. (Schlesinger: Ich bitte vielmals um Verzeihung! Ich habe im Eifer vergessen, das zu erwähnen!) Das dachte ich wohl. Wir haben in Dresden eine Resolution gefaßt, die viel weiter geht als der Antrag, der mit dem von Ihnen geplanten übereinstimmte. Diesen haben wir für unpraktisch gehalten. Er wäre auch wahrscheinlich abgelehnt worden, während der unsere auf dem internationalen Kongreß zu Amsterdam zur Beratung kommen muß und auch angenommen werden wird. Ich hätte gewünscht, daß Sie diese Resolution zu der Ihrigen gemacht und Ihrem Parteitag vorgelegt hätten. Die Annahme dieser Resolution in Dresden wird uns befähigen, bei den zu gewärtigenden Wahlrechtskämpfen in Sachsen, in Bayern und auch in Preußen praktisch und mit aller Energie für das Frauenwahlrecht einzutreten. (Beifall.)

Seidel (Wien): Die Genossin Lippa scheint künstlich einen Gegensatz zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung der Frauen schaffen zu wollen. Wie wir wissen, daß bei den Männern die beiden Formen der Bewegung einander ergänzen müssen, so ist es auch bei den Frauen. Aber weder die Genossin Schlesinger noch wir andere glauben, daß die soziale Frage allein durch die politische Organisation gelöst wird. Sondern alle diese Organisationen müssen wie die Räder eines guten Uhrwerkes ineinander greifen. Es gibt eine ungeheure Zahl Frauen, die wir gewerkschaftlich nicht organisieren können. Sollen wir auf deren Mitwirkung im Klassenkampf verzichten? Dr. Adler hat gesagt, der Mann gebe den Ton in der Familie an. Aber gerade von den Vertretern der Gewerkschaften haben wir oft klagen hören, es stünde um die Gewerkschaften besser, wenn die Frauen gescheiter wären. Aber gerade um die Frauen gescheiter zu machen, brauchen wir die politische Organisation der Frauen. Der Arbeiter muß die Erziehung den Kindern überlassen, von der Frau hängt es ab, in welcher Richtung sich diese Erziehung bewegt. Es ist nicht gleichgültig, ob die Erziehung der Kinder selbst politisch unerzogenen Frauen überlassen wird.

Pohl: Ich glaube nicht beteuern zu müssen, daß ich nicht gegen die Erringung der politischen Rechte für die Frauen bin. Die Genossin Schlesinger spricht aber in ihrer Resolution nicht nur aus, daß man die Frauen politisch erziehen soll, sondern auch, daß die Partei aufgefordert wird, bei jeder Gelegenheit für das Frauenwahlrecht einzutreten. Ich glaube aber, die politische Stimmung, die in Oesterreich in absehbarer Zeit herrschen wird, wird nicht angetan sein, um eine Aktion für das politische Recht der Frauen einzuleiten. Ich bin tatsächlich der Ansicht, daß wir in Anbetracht der zurückgebliebenen gewerkschaftlichen Organisation der Frauen und in Anbetracht dessen, daß die Masse der Frauen dem politischen Leben ganz apathisch gegenübersteht, ja mit Hohn der gewerkschaftlichen Organisation gegenübersteht, doch andere Sorgen haben. Die Genossin Schlesinger denkt immer nur an ihre 400 Arbeiterinnen in ihrem Verein, aber es gibt Tausende Frauen, die, wenn wir mit der Forderung des Frauenwahlrechtes kommen, uns auslachen. Es mag der Genossin Schlesinger gleichgültig sein, ob sie hier ausgelacht wird, aber sich von diesen Proletarierinnen auslachen zu lassen, ist doch etwas anderes. Ich bin überzeugt, daß es sehr viele Frauen gibt, denen diese Resolution sehr schön in den Ohren klingen wird, die aber, wenn sie dann nach Hause kommen und die trostlosen Proletarierinnen sehen, dann doch nicht den Mut aufbringen würden, ihnen über solche Dinge zu sprechen. Es gibt im Augen-

blick viel wichtigere Fragen als die Erringung des Frauenwahlrechtes. Sie mögen mich eine Ketzerin schimpfen oder mir vorwerfen, daß ich meine Ansicht geändert habe — ich wäre da eben gescheiter geworden — aber ich sage Ihnen, wichtiger ist vor allem, daß die Arbeiter ein anständiges Wahlrecht bekommen. Deshalb können wir aber immerhin, wenn auch vorläufig nur prinzipiell, für das Frauenwahlrecht eintreten. (Beifall und Widerspruch.)

Berner: Ich glaube, wir können allen Genossinnen beistimmen, denen, die die gewerkschaftliche, wie denen, die die politische Organisation verteidigen. Die gewerkschaftliche Organisation schafft die Finanzen für die politische Organisation. Wo wäre die politische Organisation ohne die gewerkschaftliche Organisation? Die Genossinnen, die gewerkschaftlich organisiert sind, haben größere Vorteile, die politisch organisierten Frauen sind schon mehr erzogen. Beide Bewegungen brauchen wir. Wir sollen den Männern mit unseren Vorwürfen nicht so in die Haare fahren, in der kurzen Zeit haben sich die Genossen den Frauen gegenüber sehr gentlemanlike benommen. In einem klerikalen Oesterreich wollen Sie so begeisterte Anhänger des Frauenwahlrechtes? Die Parteivertretung bei uns und in anderen Ländern fürchtet sich vor dem Wahlrecht der Frauen, weil sie noch nicht genug aufgeklärt sind. Das Häuflein der sozialdemokratischen Frauen darf uns darüber nicht hinwegtäuschen. (Beifall.)

Brehm: Wenn Genossin Schlesinger sagt, die gewerkschaftlich Organisierten hätten kein Verständnis für die politische Organisation, so ist das nicht richtig. Allerdings ist es richtig, daß viele Frauen ihre Stimme für eine Krone verkaufen, wenn sie auch in der Gewerkschaft sind. Aber ehe man politische Rechte verlangt, muß man zuerst die Frauen gewerkschaftlich organisieren.

Jobst (Graz): Ich möchte auch in die Debatte, die sich unter den Wiener Genossinnen entsponnen hat, eingreifen. In Graz halten wir es so, daß wir die Frauen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, der Häuserorganisation zuführen.

Pölzer: Unsere Organisation wurde angegriffen und es wurde gesagt, daß wir nur politisch tätig sind. Wir trachten, die Arbeiterinnen den Gewerkschaften zuzuführen. Wir wollen sie zum Klassenkampf erziehen. In der Provinz haben Sie eine freie Organisation, wir haben dazu eine feste Organisation geschaffen.

Dr. Adler: Die Angelegenheit, die Sie jetzt beschäftigt, ist eine solche, die auch uns angeht. Wie soll die gewerkschaftliche Organisation mit der politischen verbunden werden? Ich glaube, für uns besteht da kein Streit. Sie wissen, daß auch diejenigen, die politische, prinzipielle Aufklärung in den Vordergrund stellen, davon überzeugt sind, daß die gewerkschaftliche Organisation und Agitation die Grundbedingung für uns sein muß. Es ist also nicht notwendig gewesen, daß mit einer gewissen Spitze hervorgehoben wurde, als ob es notwendig wäre, erst zu ermahnen, daß die Frauen sich in die wirtschaftliche Bewegung hineinfinden müssen, ehe sie politisch ausgebildet werden können. Sie können es ja auch bei den Männern nicht so auseinanderhalten und ich warne Sie, vielleicht in den Frauen den Gedanken zu erregen, der für sehr viele oberflächlich Denkende nahe liegt, daß eigentlich die ganze Politik nur ein Phrasenwerk sei. Sie würden damit der gewerkschaftlichen Organisation keinen Dienst erweisen.

Nun handelt es sich um die schwierige Frage des Frauenwahlrechtes. Die Sozialdemokraten aller Länder haben es von jeher als grundlegenden Satz des Programmes angesehen, daß die politischen Rechte für Mann und Frau gleich sein müssen. Es hat niemals eine Sozialdemokratie gegeben, die nicht das Frauenwahlrecht als eine ebenso notwendige Sache angesehen hätte wie das der Männer. Es wurde hier gesagt, daß sich die Männer vor den klerikalen Frauen fürchten. Wir haben die klerikalen Männer auch zu fürchten und es fällt uns gar nicht ein, etwa zu sagen, daß die Frauen noch nicht

reif seien für das Wahlrecht. Wir wissen genau, daß auch viele Männer noch lange nicht reif sind, ihr politisches Recht so auszunützen, wie es ihr politisches und ihr Klasseninteresse verlangt. (Beifall.) Aber es fragt sich, ob die politische Lage reif ist, um einen Feldzug für das Frauenwahlrecht zu unternehmen. Und da sage ich Ihnen rundweg, in Ländern, wie Oesterreich, Belgien u. s. w., wo das Männerwahlrecht noch nicht einmal erkämpft ist, wo wir alle Kraft auf diesen Punkt konzentrieren müssen, wäre es eine politische Torheit, diesen Kampf abzulenken auf einen Punkt, der voraussichtlich erst später zu erreichen sein wird. Von diesem Standpunkte der politischen Taktik muß ich sagen: Wir müssen bei jeder Gelegenheit erklären, daß wir für das Frauenwahlrecht sind, daß wir auch den ersten Schritt auf diesem Gebiete machen wollen, aber daß der letzte Schritt erst gemacht werden kann, wenn der erste Schritt gemacht ist, und der ist: die Erkämpfung des Wahlrechtes für die Männer.

Wir können uns allerdings nicht beklagen, daß Sie uns jemals in die Arme gefallen wären dadurch, daß Sie die Fahne des Frauenwahlrechtes in unzeitgemäßer Weise erhoben hätten. Wenn Sie Resolutionen fassen, ich habe für Resolutionen ein sehr weites Herz (Heiterkeit), aber ich bin jeden Augenblick bereit, Zeugnis abzulegen, daß das auch meine innerste Ueberzeugung ist. Aber wir sind nicht geneigt, diesen Kampf in den Vordergrund zu stellen.

Popp: Ich begreife nicht, warum da eine solche Meinungsverschiedenheit zutage getreten ist. Die Resolution bezweckt doch nichts anderes, als auf die sozialdemokratische Aufklärung der Frauen aufmerksam zu machen. Wenn die Genossin Pohl sagt, daß die Frauen politisch ganz apathisch sind, so muß ich ihr erwidern, daß die Frauen ja auch wirtschaftlich ganz apathisch sind. Wir wollen doch auch keinen Feldzug für das Frauenwahlrecht, wir wollen, wenn von der Reform des Vereinsrechtes gesprochen wird, verlangen, daß unsere Abgeordneten da die Beschränkungen für die Frauen beseitigen helfen. Das ist das Nächste, was wir von unseren Abgeordneten verlangen. Was wir von unseren Referenten verlangen, ist, daß sie, wenn sie über die politischen Rechte sprechen, auch davon sprechen, daß wir für die gleichen Rechte der Frauen eintreten. Daß man diese Forderung in den Vordergrund stelle, das ist niemandem von uns eingefallen. Wenn die Genossin Berner fürchtet, daß die Frauen dem Klerikalismus anheimfallen, so muß ich darauf verweisen, daß die indifferenten Frauen eben schon in den Händen der Klerikalen sind und daß politische Rechte sie erst daraus befreien sollen. (Beifall.)

Wir verlangen nicht, daß bei jeder Versammlung hinzugefügt werde: „Und wir verlangen auch das Wahlrecht für die Frauen." Wohl aber wollen wir, daß mehr als bisher darüber geredet werde, daß die Arbeiterinnen darüber aufgeklärt werden. Diese Resolution soll nicht eine angenommene Resolution mehr sein, sondern sie soll wirklich von Ihnen beherzigt werden. (Beifall.)

Freundlich: Ich stimme dem Genossen Dr. Adler vollkommen zu. Unsere gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen arbeiten auch politisch, wenn sie auch keine politische Organisation haben.

Novak: Die Genossin Pohl hat gesagt, wir haben jetzt keine Zeit, die Frage des Frauenstimmrechtes in den Vordergrund zu schieben. Das ist auch der Genossin Schlesinger nicht eingefallen. Daß politisch bei den Frauen etwas zu holen ist, zeigt die oft zitierte Organisation des II. Wahlkreises! Diese Frauen waren für eine gewerkschaftliche Bewegung nicht zu gewinnen. Arbeiten wir politisch und gewerkschaftlich!

Boschek: Politische und gewerkschaftliche Organisation ist bei uns nicht trennbar, wenige Leute können sich nur einer Organisationsform widmen. Der im II. Wahlkreis so schön durchgeführte Verein kann von der Konferenz nicht allgemein als Prinzip empfohlen werden, er hat besondere Existenzbedingungen. Da liegen ganz spezielle Voraussetzungen vor. Diese Organisation war als politische Organisation gedacht. Wegen unseres Vereinsgesetzes mußte sie das Kleid dieses Vereines annehmen. Wir haben uns bemüht, zu

erklären, daß wir die Beschlüsse der Gesamtorganisation bis aufs i-Tüpferl durchführen wollen, wir wollen keine separatistische Frauenorganisation schaffen. Damit würden wir nur die alten Arbeiter-Bildungsvereine neu ausgraben. Die haben wir aber hinter uns. In Wien kann so eine Organisation vielleicht durchgeführt werden, in der Provinz wäre das unmöglich. Auf drei, vier Seiten können wir nicht sein. (Beifall.)

Pohl: Ich muß nur erklären, daß ich nichts gesagt habe, um die gewerkschaftlich organisierten Genossinnen zu verdächtigen. Ich möchte auch nicht diese Debatte als Streit zwischen mir und der Genossin Schlesinger aufgefaßt wissen. Es sind prinzipielle Streitfragen, die eben bestehen.

Winarsky: Wenn man sagt, daß wir zuerst gewerkschaftlich organisiert sein müssen, so sage ich: Ich habe eine Gewerkschaft gegründet. Aber schließlich habe ich doch gesehen, daß ich nicht in eine Gewerkschaft hineinpasse. Ich habe gesehen, daß man in den Gewerkschaften nicht darauf ausgeht, die Frauen vernünftiger zu machen, das muß eben in den anderen Frauenorganisationen besorgt werden. Seien Sie froh, wenn wir die Frauen politisch organisieren. Wir werden uns so lange am Wahlkampfe der Männer beteiligen, bis auch wir befähigt sein werden, den Kampf für uns zu führen.

Schlesinger: Ich will in meinem Schlußwort nur wenige Einwürfe richtigstellen. Genossin L i p p a fragt, warum ich nicht mehr in den Gewerkschaften arbeite. Darauf kann ich kurz erwidern: wahrhaftig nicht aus Bequemlichkeit. Ich habe jahrelang bei den Buchbindern, jahrelang bei den Handlungsgehilfen gearbeitet, bis die Genossinnen dort imstande waren, selbständig weiter zu arbeiten. Später brauchte man mich wieder an einem anderen Posten notwendiger. Leider gibt es unter uns so wenig Rednerinnen, daß wir uns nicht erlauben dürfen, eine Referentin ausschließlich in einer Organisation zu beschäftigen. Daß ich allzeit meine Pflicht getan habe, wurde schon zu vielfach von solchen Genossinnen bestätigt, die mit mir gearbeitet haben, als daß ich noch mehr darüber reden müßte.

Genossin Baader gegenüber muß ich mich nachdrücklich entschuldigen. In dem Antrag, den wir unserem Gesamtparteitag vorlegen wollten, hatten wir auch vorgeschlagen, unsere Genossen mögen die Resolution Zetkin, welche der Dresdener Parteitag in Bezug auf das Frauenwahlrecht angenommen hat, ebenfalls annehmen. Als wir dann den ganzen Antrag zurückzogen, wollten wir die Resolution allein nicht einbringen, weil sie nur dasselbe besagt wie ein Antrag, den unser Parteitag zu Graz bereits angenommen hat. Da aber Genossin Baader Wert darauf legt, so beantrage ich jetzt, daß unsere Konferenz dem Gesamtparteitag diese Resolution der deutschen Genossinnen zur Annahme empfehle. Sie lautet:

> Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht gefördert, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.

Wenn die Genossin B o s c h e k sagt, im II. Wahlkreis seien besondere Bedingungen, so glaube ich, daß der II. Wahlkreis doch nicht so außer aller Welt liegt. Sie können es ruhig dem Verein überlassen, wo der Wunsch darnach besteht, Ortsgruppen zu gründen. Dr. Adler sagte: Nehmen Sie die Resolution an, ich habe ein weites Herz für Resolutionen. Ich sage Ihnen: Wenn wir die beiden Resolutionen annehmen, dann wird es auch unsere Pflicht sein, nicht nur selbst das unsere zu deren Durchführung beizutragen, sondern wir werden auch den Genossen Adler zwingen, uns bei der Durchführung dessen, was wir mit seiner Zustimmung beschlossen haben, zu helfen.

Bei der A b s t i m m u n g wird die beantragte Resolution samt dem Zusatz angenommen, die übrigen Anträge dem Frauenreichscomité und der Parteivertretung z u g e w i e s e n.

Vorsitzende: Wir schreiten zum Punkt: **Presse.** Das Referat hat Genossin

Pohl: Ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß der Stand der „Arbeiterinnen-Zeitung“ — deren Auflage zurückgegangen

war — sich bedeutend gebessert hat. Es fehlen uns nur 100 Abonnenten und das geringfügige Defizit wird geschwunden sein. Dieser Aufschwung wird Sie gewiß anspornen, das monatliche Defizit von nur 16 Kronen zu beseitigen. In früheren Jahren stand's schlechter. Die Zahl der Abonnenten hat sich auch im Verhältnis zur Zahl der organisierten Frauen vermehrt. Vor allem ist in Wien die Abonnentenzahl gestiegen, wir brauchen nicht mehr wehmütig auf die Provinz zu schauen. Im Jahre 1896 waren von 2500 Exemplaren bloß 500 Wiener Abonnenten, im Jahre 1900 von 5000 Exemplaren 500 Wiener Abonnenten. Im Jänner war die Abonnentenzahl wieder auf 3000 gesunken — wir hatten einmal schon 5400. Doch vom Jänner bis Oktober ging's wieder in die Höhe. Wir kamen wieder auf 4300 Abonnenten, wovon auf Wien jetzt 1200 fallen. Dieser Abonnentenstand war in Wien bisher nicht erreicht, er ist vorzüglich drei Organisationen zu danken: den Heimarbeiterinnen, den Tabakarbeiterinnen und dem Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen. Das ganz geringfügige Defizit wäre übrigens auch nicht vorhanden, wenn nicht die ersten Monate des Jahres einen geringeren Abonnentenstand aufgewiesen hätten. Genossinnen! Wenn es uns ernst ist um die Durchführung unserer Forderungen, wenn wir die Frauen gewerkschaftlich organisieren wollen, wenn wir die Dummheit und Feindseligkeit bekämpfen wollen, wenn wir die Laster und Schwächen rückständiger Frauen beseitigen wollen, so brauchen wir vor allem eine gute Presse! Wir können die Vorurteile, die sich uns entgegenstellen, nur mit ihrer Hilfe besiegen. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist eine Quelle der Kenntnis und des Wissens gerade für jene Frauen, die noch nicht in unseren Reihen stehen. Für diese Frauen ist sie ein lieber Freund. Wenn Sie in irgend ein verstecktes Nest in Schlesien oder Steiermark kommen, da haben wir oft alte Arbeiterinnen gefunden, für die das Ankommen der „Arbeiterinnen-Zeitung“ die schönste Zeit ist. Für diese Frauen ist die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ein Freund und Tröster! Gerade zu jenen, die noch gar keinen Einblick ins soziale Getriebe haben, muß unsere Presse dringen! Der Mann sagt ebenso oft, als er meint: „Die Frau soll für den Verein kein Geld ausgeben“, auch: „Wir halten ja die ‚Arbeiter-Zeitung‘, das Fachblatt oder die ‚Glühlichter‘. Wozu die ‚Arbeiterinnen-Zeitung‘?“ Aber die Arbeiterin muß sich die „Arbeiterinnen-Zeitung“ halten und sie unterstützen wie der Mann das Fachblatt. Ich empfehle Ihnen folgende

Resolution:

In Erwägung, daß die Parteipresse eine der wichtigsten Waffen im politischen und wirtschaftlichen Kampfe ist, in weiterer Erwägung, daß insbesondere für die Frauen die Zeitung oft den einzigen Zusammenhang mit der Oeffentlichkeit bildet und für die meisten die einzige und hauptsächliche Quelle der Aufklärung und des Wissens darstellt, in endlicher Erwägung, daß diese Waffe von unseren Gegnern, insbesondere den Klerikalen, gegen uns gewendet wird, beschließt die heute tagende zweite Frauenkonferenz, in erhöhterem Maße wie bisher für die Verbreitung der Arbeiterpresse zu wirken. Da die „Arbeiterinnen-Zeitung“ das einzige deutsche Blatt ist, das speziell für die Interessen der arbeitenden Frauen eintritt, macht es die heutige Frauenkonferenz den Genossinnen zur dringenden Pflicht, für die Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung“, womöglich ihre obligatorische Einführung in den Organisationen, mit allen Kräften zu sorgen.

Schmitt (Wien): Ich möchte Sie auf ein gutes Beispiel aufmerksam machen. Der Arbeiter-Bildungsverein im III. Bezirke von Wien kauft die „Arbeiterinnen-Zeitung“ und gibt sie an indifferente Mitglieder um zwei Heller weiter. Die Differenz zahlt er aus seiner Tasche darauf. Das ist den Arbeiter-Bildungsvereinen dank der Einnahme aus den Tanzschulen nicht schwer und gleichzeitig wirken sie damit sehr gut unter Indifferenten. Ich empfehle Ihnen daher folgenden Antrag zur Annahme:

Das neugewählte Frauenreichscomité möge einen Appell an die Bildungsvereine richten, die „Arbeiterinnen-Zeitung“ unter ihren weiblichen Mitgliedern einzuführen. Diese Organisationen haben eine große Anzahl von indifferenten Mädchen, welche durch die „Arbeiterinnen-Zeitung“

aufgeklärt werden können. Diese Organisationen können sie anfänglich um zwei Heller per Exemplar ihren Mitgliedern abgeben und der Preis könnte später auf vier Heller erhöht werden, sobald einmal das Interesse an dem Blatte genügend geweckt ist.

Macha (Prag): Ich möchte Sie kurz auf unser tschechisches Frauenblatt „Zensky Listy" verweisen. Die tschechischen Frauen wissen freilich nichts vom Stande des Blattes, auch die Verwaltung wurde ihnen von den männlichen Genossen abgenommen. Das Blatt ist auch nicht mehr so erfolgreich wie vor drei Jahren. In Wien, wo es so viele tschechische Arbeiterfrauen gibt, wäre seine Verbreitung gewiß sehr nötig. Wir dürfen die tschechischen Frauen in Wien nicht brach liegen lassen, es könnte uns diese Unterlassung noch sehr gereuen.

Zacha (Wien): Ich stelle fest, daß auch der Verein der Gürtler und Bronzearbeiter die „Arbeiterinnen-Zeitung" für die weiblichen Mitglieder eingeführt hat.

Brehm (Wien): Wir von der Papierindustrie nehmen leider nur zwanzig Exemplare ab. Das ist im Verhältnis zu den dort beschäftigten Arbeiterinnen sehr wenig. Hoffentlich wird es bald besser. Auch wir vermissen übrigens das tschechische Blatt.

Vorsitzende: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung.

Resolution einstimmig angenommen.

Antrag Schmitt einstimmig angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: **Konsumvereine**, hat das Wort Genossin

Novak: Ich muß mich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit auf einige Worte zur Resolution beschränken. Die Konsumvereinsfrage interessiert die Frauen gewiß ungeheuer. Oft unterschätzen selbst die Genossen den Wert der Konsumvereine. Wir haben uns bemüht, in der Resolution so ziemlich alles zu sagen, was wir dazu zu sagen haben. Sie lautet:

Die Frauenkonferenz erblickt in der Konsumvereinsbewegung ein wirksames Mittel, um im Verein mit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation die wirtschaftliche Befreiung des Proletariats vorzubereiten:

Indem der Arbeiterkonsumverein durch gute und preiswürdige Lebensmittel die Arbeiterfamilien vor der Lebensmittelfälschung, der Maß- und Gewichtsübervorteilung und dem Preiswucher durch den Zwischenhandel bewahrt, dazu beiträgt, die Gesundheit und die wirtschaftliche Lage der einzelnen Arbeiterfamilien zu verbessern. Zugleich bewährt sich aber der Konsumverein auch als Mittelpunkt für das Parteileben der Frauen eines Bezirkes oder Rayons. Er bringt die noch indifferenten Proletarierinnen mit den klassenbewußten in Berührung und kann demnach diesen ersteren die Ideen der Sozialdemokratie vermitteln.

Durch Verteilung von Agitationszetteln und Flugschriften, durch Vertrieb von Festkarten und Abzeichen kann der Konsumverein auch einen Teil der organisatorischen Kleinarbeit unter den Frauen übernehmen.

Eine noch wichtigere Funktion im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse fällt dem Konsumverein dann zu, wenn er durch tüchtigen Ausbau dahin gelangt, streikende Arbeiter und Arbeiterinnen durch Kreditgewährung in ihrem Kampfe mit dem Unternehmertum auf das wirksamste zu unterstützen.

Die Arbeiterkonsumvereine können aber ihre Aufgabe nur dann voll und ganz erfüllen, wenn jede Parteigenossin es sich zur Pflicht macht, sich neben der gewerkschaftlichen und politischen auch dieser Organisationsform anzuschließen, ihren ganzen Bedarf im Konsumverein zu decken und unter ihren Klassengenossinnen eifrig für diesen zu agitieren.

Zugleich sollen die Genossinnen es sich angelegen sein lassen, das Gebaren der Konsumvereine zu kontrollieren, allfällige Beschwerden an geeigneter Stelle geltend zu machen und, wo die erforderlichen Kräfte vorhanden sind, auch an der Leitung der Konsumvereine teilzunehmen.

Ohne die Unterstützung der Frauen können die Konsumvereine un-

möglich gedeihen; aber von den Frauen tatkräftig gefördert, müssen sie allerorts zu einem unserer mächtigsten Kampfesmittel werden.

Gruber (Wien): Als Delegierter des Konsumvereines „Vorwärts" will ich noch einige Worte an Sie richten. Was nützt es, wenn Sie noch so fest von unseren Ideen ergriffen sind und doch beim Greisler einkaufen? Wir arbeiten im Konsumverein gegen unsere ärgsten Feinde, die uns am Wahltag in den Rücken fallen. Der „Vorwärts" hat heute 25 Filialen. Es wird noch besser nach aufwärts gehen, wenn alle Genossinnen auch in dieser Hinsicht ihre Pflicht tun.

Vorsitzende: Wir kommen zum letzten Punkt: **Eventuelles.** Das Wort hat Genossin

Boschek (Wien: Ich will Sie nur aufmerksam machen, daß wir in einer Vorbesprechung beschlossen haben, unsere Verhandlungen in einer Broschüre erscheinen zu lassen. Setzen Sie sich dafür ein, daß dieses Protokoll auch gekauft wird. Geben Sie uns innerhalb acht Tagen bekannt, wieviel Exemplare Sie ungefähr benötigen, damit wir darnach auch die Höhe der Auflage bestimmen. Die Broschüre wird höchstens 20 H. kosten.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Danken wir nun am Schluß den Veranstalterinnen der Konferenz, die schöner ausgefallen ist, als wir erhofften. Die Debatten werden segensreich in uns nachklingen. Das Frauenreichscomité hat sehr eifrig gearbeitet, um die Konferenz vorzubereiten. Wir sprechen ihm unseren Beifall aus und unseren herzlichsten Dank. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzende **Lippa:** Nunmehr stehen wir am Schlusse unserer Beratungen. Die heutige Konferenz hat gezeigt, welche enorme Leistung seit den fünf Jahren unserer ersten Konferenz vollbracht wurde. Aus den Verhandlungen haben Sie alle gesehen, wie fest der Organisationsgedanke sich bei uns ausgebreitet, und wir sind auch heute gewiß einen Schritt nach vorwärts gekommen. Indem ich Ihnen auf Ihren Heimweg die besten Wünsche mitgebe, hoffe ich, daß Sie zu Hause die Arbeit mit doppelter Kraft wieder aufnehmen werden. Ich schließe die Konferenz mit dem Rufe: Hoch die sozialdemokratische Frauenorganisation! (Lebhafter Beifall.)

Die Teilnehmerinnen singen eine Strophe des Liedes der Arbeit und verlassen langsam den Saal.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Swoboda & Co., Wien, VI., Mariahilferstraße 89a.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand

Wien, VI., Gumpendorferstraße Nr. 18.

Arbeits- und Lebensverhältnisse der Wiener Lohnarbeiterinnen, Die. Ergebnisse und stenographisches Protokoll der Enquête über Frauenarbeit. Abgehalten in Wien vom 1. März bis 21. April 1896. 673 Seiten. Kr. 7·20. — Für Arbeitervereine und organisirte Arbeiter Kr. 2·40.

Blatchford, Robert. Im Reiche der Freiheit. (Merry England.) Briefe über den Socialismus. Uebersetzt von Henry Wright. 227 Seiten. Kr. 1·20.

Inhalt: Das Problem des Lebens. — Das Leben in Fabriksorten und in der freien Natur. — Die Landwirthschaft. — Die empfindlichen Kosten eines schlechten Systems. — Wer macht den Wohlstand, und wer hat ihn? — Ueber Miethe und Zinsen. — Ueber Wegwerfen und Verschwendung. — Von der Billigkeit. — Der Socialismus. — Die Gewinnsucht als Haupttriebfeder zur Thätigkeit. — Der Socialismus und der geistige Fortschritt. — Der Socialismus und die Sclaverei. — Ueber den Fleiß. — Die Rechte des Einzelnen. — Ueber den Luxus. — Ueber bezahlte Agitatoren. — Ueber Volksvertretung. — Geht es Dich nichts an? rc.

Blum, Emil. Wer lügt? Ein sociales Fragezeichen. Mit einem Vorwort von Max Nordau 14 Bogen. Kr. 1·20.

Dieses geistreiche Buch veranschaulicht in lebendiger Form die Lügenhaftigkeit der heutigen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen an den Typen des Arztes, Kaufmannes, Bankiers, Professors, Redacteurs, Advocaten, Politikers und Priesters.

Finsternisse. Das Leben Jesu im Lichte der Kritik. Von einem Zeitgenossen. 13 Bogen. Kr. 1·20.

Goncourt, Jules und Edmond, Germinie Lacerteux. Roman eines Dienstmädchens. Uebersetzt von Emma Adler. 242 Seiten. In Leinwand gebunden. Kr. 4·20.

Mit der ganzen künstlerischen Kraft des echten Poeten zeichnen die Goncourts in diesem Roman das Lebensschicksal einer Enterbten des Glücks.

Handbuch des Socialismus. Herausgegeben von Dr. C. Stegemann und Dr. C. Hugo. 1897. 55 Bogen. In Leinwand gebunden. Kr. 6·60.

In lexikographischer Anordnung bietet das „Handbuch“ ein möglichst vollständiges Bild von Theorien, Geschichte und Entwicklung des Socialismus. Karl Kautsky hat dasselbe in der „Neuen Zeit“ empfohlen und es für eine „fleißige, gewissenhafte und sehr zweckentsprechende Arbeit“ erklärt.

Herwegh, Georg, Gedichte. 18 Bogen. Elegant gebunden. Kr. 3·—.

Holz, Arno. Das Buch der Zeit. Lieder eines Modernen. 27 Bogen. In Leinwandband. Kr. 3·60.

Wie Wenige hat Arno Holz es verstanden, den Kampfen und Zielen unserer gährenden Zeit poetischen Ausdruck zu geben.

Jacoby, Leopold. Die Idee der Entwicklung. Zweite Auflage. In zwei Bänden. 18 Bogen. In Leinwand gebunden. Kr. 3·—.

Kautsky, Karl. Der Einfluß der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft. 195 Seiten. Kr. 1·20.

— Consumvereine und Arbeiterbewegung. 32 Seiten. Kr. —·24.

Klosterschüfer, Richard. Der Krüppel und andere Novellen aus dem Arbeiterleben. In Leinwand gebunden. Kr. 1·80.

Lampa, Anton. Naturkräfte und Naturgesetze. Gemeinverständliche Vorträge, gehalten im Wiener Arbeiter-Bildungsverein. 424 Seiten. Kr. 1·80.

Maurer, Georg Ludwig v. Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadtverfassung und der öffentlichen Gewalt. Mit einleitendem Vorwort von Heinrich Cunow. 338 Seiten. Kr. 6·—.

„In einem Lande wie Deutschland, wo noch gut die Hälfte der Bevölkerung vom Landbau lebt, ist es nothwendig, daß die socialistischen Arbeiter und durch sie die Bauern erfahren, wie das heutige Grundeigenthum, großes wie kleines, entstanden ist: nothwendig, daß dem heutigen Elend der Taglöhner und der heutigen Verschuldungsknechtschaft der Kleinbauern entgegengehalten werde das alte Gemeineigenthum aller freien Männer an dem, was damals für sie in Wahrheit ein „Vaterland“, ein vererbter freier Gemeinbesitz war . . . .; jener uralten deutschen Bodenverfassung, die sich in kümmerlichen Resten bis auf unsere Tage erhalten, die aber im ganzen Mittelalter als Grundlage und Vorbild aller öffentlichen Verfassungen gedient und das ganze öffentliche Leben nicht nur in Deutschland, sondern auch in Nord-Frankreich, England und Skandinavien durchdrungen hat. Und dennoch konnte sie so in Vergessenheit gerathen, daß erst in der letzten Zeit G. L. von Maurer ihre wirkliche Bedeutung von Neuem entdecken mußte.“ (Fr. Engels, „Entwicklung des Socialismus“. S. 46.)

Der Moloch des Militarismus. Ein Mahnwort an alle Welt. 7 Bogen. Kr. —·60.

Morgenroth. Socialdemokratische Zeit- und Festgedichte. Herausgegeben von J. Stern. Zwei Sammlungen à Kr. —·60.

Spielberg, Otto v. Das Menschenideal und seine Erfüllung. 8 Bogen. Kr. 1·20.

Troll-Borostyáni, Irma v. Im freien Reich. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Ludw. Büchner. 18 Bogen. Kr. 3·—.

Das interessante Werk erörtert Möglichkeiten und Berechtigung der Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter und legt die Nothwendigkeit einer Reform der Jugenderziehung dar.

Teifen, T. W. Das sociale Elend und die besitzenden Classen in Oesterreich. 180 Seiten. Kr. 1·20.

(Voß, Richard), Scherben. Gesammelt vom müden Manne. Erste Sammlung. Zweite, stark vermehrte Auflage. 25 Bogen. Kr. 6·—





